L 70.000
52
1917
23. III. - 15. V.
Innere Politik
16

23./III. 1917

Die deutschbürgerlichen Parteien für die Einberufung des Parlaments.

Zwei Ministererklärungen. — Völlige Uebereinstimmung zwischen den Christlichsozialen und dem Nationalverband. — Unerschütterliches Festhalten an den „Richtlinien". — Eine Aufforderung an die Regierung.

Parteiamtlich wird verlautbart:

Heute fand unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Groß eine Sitzung des von der christlichsozialen Partei und vom Deutschen Nationalverband eingesetzten gemeinsamen Ausschusses statt, welcher auch die Minister Dr. Baernreither und Dr. Urban beiwohnten.

In der Versammlung kam vor allem der von den Parteien geäußerte Wunsch nach Einberufung des Reichsrates zur Besprechung.

Minister Dr. Baernreither gab die Erklärung ab, daß die Regierung sich selbstverständlich den Ablauf der Legislaturperiode vor Augen halte und das Parlament so einberufen werde, daß es volle Zeit habe, alle jene Angelegenheiten zu erledigen, die mit Rücksicht auf die allgemeine Lage und den Ablauf dieses Termines gründlich beraten und beschlossen werden müssen. In gleichem Sinne gab Handelsminister Dr. Urban eine entschiedene Erklärung ab.

Die darauf folgende Beratung förderte eine völlige Uebereinstimmung der Meinungen zutage und bestätigte das unerschütterliche Festhalten beider Gruppen an den gemeinsam vereinbarten Richtlinien, betreffend die Neuordnung der politischen Verhältnisse.

In diesem Sinne wurde beschlossen, an die Regierung die Forderung nach ehester Einberufung des Parlaments zu richten.

Abendz
23./III. 1917

2

Die Christlichsozialen und der Nationalverband.

Die Voraussetzungen für die Einberufung des Reichsrates.

Ueber die Sitzung des Vollzugsausschusses der deutschen Parteien erfahren wir noch:

Der Verlauf war ein äußerst befriedigender. Landeshauptmann Hauser legte namens der Christlichsozialen den Standpunkt des christlichsozialen Klubs bezüglich Einberufung des Reichsrates ausführlich dar. Dieser Standpunkt fand allgemeine Würdigung. Besonders lebhafte Zustimmung fanden die Ausführungen des Landeshauptmannes Hauser bezüglich der sogenannten „Voraussetzungen" für die Einberufung des Reichsrates. Diese seien nicht ein Zugeständnis an die deutschen Parteien, sondern Staatsinteresse. Es sei nicht Sache der deutschen Parteien, die Regierung um dieselben anzubetteln, sondern Sache einer jeden Regierung, die den Bestand Oesterreichs wünsche, sie sobald als möglich durchzuführen.

Beruhigenden Eindruck machten die Erklärungen der k. k. Minister Dr. v. Baernreither und Dr. Urban.

Man ging in der ruhigen Sicherheit vollster Einigkeit und Uebereinstimmung auseinander. Die eifrigen Quertreiber sind wieder einmal nicht auf ihre Rechnung gekommen.

Heute mittag wurde Landeshauptmann Hauser vom Ministerpräsidenten Graf Clam-Martinic empfangen.

Arbeiterzeitung

24./III. 1917

I
3

Ein Geschäftsordnungsreformer.

In der „N. Fr. Pr." verbreitet sich der Herr Dr. Karl Reisser, Staatsarchivdirektor des Abgeordnetenhauses, wie er sich nennt, sehr eingehend über „das künftige Parlamentsverfahren". Da wir aus den zwei dicken Bänden, in denen, auf Initiative des Präsidenten Pattai, der Herr Direktor vor einigen Jahren die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses zu erläutern unternommen hat, den Grad seiner Fähigkeit, in dieser Materie als Fachmann aufzutreten, recht wohl zu erkennen vermögen — tatsächlich wird man in der einschlägigen Literatur nicht leicht ein Werk von dieser Gehaltlosigkeit auffinden —, so würden wir meinen, keine Pflichtversäumnis zu begehen, wenn wir jene Auseinandersetzung unbeachtet ließen. Indessen erklärt uns der Herr Archivdirektor mit einer sehr auffälligen Selbstbewußtheit „die Züge, die das Antlitz des kommenden Parlamentsverfahrens tragen wird", so daß wir einigermaßen stutzig geworden sind. Soweit unsere Kenntnis der österreichischen Verfassung reicht, steht die Feststellung seiner Geschäftsordnung in dem freien und selbständigen Rechte des Abgeordnetenhauses selbst; aber es scheint nicht, daß der Herr Direktor bloß weissagen wollte, wie die Entscheidung des Abgeordnetenhauses ausfallen werde. Vielmehr wünscht er wohl anzudeuten, daß, wenn er schon nicht derjenige ist, der das „Antlitz" prägen wird, er doch derjenige ist, der berät, vorschlägt, textiert; mit einem Worte, daß es der Herr Staatsarchivdirektor sei, von dem, sozusagen nach dem geistigen Urheberrecht, das Abgeordnetenhaus seine künftige Ordnung zu empfangen haben werde. Das klingt schon grotesk; aber heutzutage ist ja, wenigstens im Bereich der Absichten, alles möglich. Wir haben danach wohl die Pflicht, uns die Ideen des Herrn Dr. Reisser genauer zu besehen; es sind doch vielleicht nicht bloß theoretische Torheiten, sondern die Keime politischer Irrtümer.

Um es sofort und mit der gebotenen Deutlichkeit zu sagen: Herr Reisser versteht von der Sache gar nichts. Denn die „Erkenntnis", daß die Krankheit, an der das Abgeordnetenhaus leidet, die Obstruktion ist, und daß das Problem der Geschäftsordnungsreform die Beseitigung der Obstruktion sei, die ist heute wirklich zu billig, um mit ihr noch Staat machen zu können. Alle diese gedankenlosen Reformer machen sich die Reform deshalb sehr leicht: wo sie in der Geschäftsordnung eine Bestimmung finden, die zur Obstruktion mißbraucht wurde, heben sie sie auf, und damit, meinen sie, sei das Haus „reformiert". Genau betrachtet, begnügen sie sich damit nicht; ihnen ist eigentlich schon jede Wirksamkeit der Abgeordneten lästig und sie möchten überhaupt jedes Wirken des Abgeordnetenhauses aus der Welt schaffen. Ihr Ideal ist eine Abstimmungsmaschine; abstimmen, abstimmen ist die große Losung, und was das Abstimmen aufhalten kann, nämlich das Beraten und Erwägen, das sich in den Reden konzentriert, ist vom Uebel. Ihr Ideal ist ein parlamentarisches Verfahren, bei dem die Gesetzwerdung durch den Ablauf der Zeit erfolgt. Also etwa: eine Vorlage wird eingebracht und wenn sie in einer von der Regierung bestimmten Zeit nicht beschlossen wird, wird sie, durch den bloßen Ablauf der Zeit, Gesetz. Der § 14 ins Parlamentarische transponiert... Tatsächlich hat der Herr Dr. Reisser eine solche „Geschäftsordnungsreform" ersonnen. Es ist wohl eine der weisesten, in sich selbstverständlichen Bestimmungen, daß jeder Gesetzentwurf dreimal gelesen wird; sie ist deshalb ausnahmslos in alle parlamentarischen Geschäftsordnungen aufgenommen worden. Wie denn anders! Ein Gesetz ist doch kein Spaß, ist eine unwiderrufliche Bindung der Staatsbürger; da ist es wohl geboten, jedes Wort, jeden Gedanken, jede Bestimmung sorgsam zu überlegen; hier scheint Leichtsinn oder Gleichgültigkeit geradezu ein Verbrechen. Aber der österreichische Geist ist nun so auf den § 14 dressiert, daß ihm eine andere Art, die Staatsbürger zu verpflichten, als die, ihnen anzuordnen, gar nicht mehr recht vorstellbar ist. Man verordnet einfach und das Gesetz ist da: da geht freilich „keine Zeit verloren", da geht alles wie am Schnürchen. So einfach geht es nun mit dem Parlament nicht, aber es ist anzuerkennen, daß Herr Dr. Reisser nichts verabsäumt, was uns ihrem wahren Ideal der Gesetzfabrikation näher bringen könnte. Also schafft er die erste Lesung ab, schafft die dritte Lesung ab. Bliebe also noch die zweite; kann aber auch die nicht abgeschafft werden? Diese zweite Lesung hat selbst der Herr Steinwender (der doch in Sachen der Reformiererei kein Waisenknabe ist und es an Roheit der Gesinnung gegenüber dem Parlament nicht fehlen läßt) bestehen lassen. Herr Dr. Reisser schafft aber sogar die zweite Lesung ab! Der Kern der zweiten Lesung, das versteht wohl jeder, der überhaupt von dem parlamentarischen Wesen etwas versteht, ist die Spezialdebatte: „die Beratung und Abstimmung über die einzelnen Teile des Gesetzes"; die Spezialdebatte ist es, in der das Gesetz gefügt, geprägt, gemacht wird. Und nun erwäge man den Stumpfsinn eines Vorschlages, der darin gipfelt, daß dem Hause die Beratung und Abstimmung über die einzelnen Teile des Gesetzes überhaupt entwunden werden soll: es soll, wie die glorioseErfindung des zum Range eines Geschäftsordnungsreformators erhobenen Archivdirektors besagt, „im Hause lediglich eine Generaldebatte stattfinden, nach welcher in einer einzigen Abstimmung die Vorlage in ihrer Gesamtheit angenommen oder abgelehnt wird". Also was würde aus der Wirksamkeit, aus der gesetzgebenden Aufgabe des Parlaments? Es hätte „eine einzige Abstimmung" vorzunehmen! Haben wir nicht recht, wenn wir sagen, das Ideal dieser Herrschaften sei, aus dem Abgeordnetenhause eine Abstimmungsmaschine zu machen? Mit einer Komik, die nicht übertroffen werden kann, erklärt uns der Herr Dr. Reisser, die Abschaffung der Spezialdebatte „wäre von reichlichem Zeitgewinn begleitet". (Ein hübsches Deutsch!) Ganz bestimmt; aber wenn es die wahre Aufgabe der Volksvertretung ist, „Zeitgewinne" zu machen, so sollte man bei der Abschaffung der Spezialdebatte doch nicht haltmachen. Das beste wäre dann eine „Ordnung", wonach die Regierung heute ihre Gesetzentwürfe einbringt und in acht Tagen über sie abgestimmt wird; so könnte man in ein, zwei Wochen den ganzen „Fabriksbetrieb", wie sich der feinsinnige Herr Dr. Reisser ausdrückt, erledigt haben...

Der Widerwille gegen diese Reformer steigert sich dadurch, weil man immer deutlicher erkennt, daß ihnen jedes Gefühl für die Würde des Parlaments abgeht. Man muß nur hören, wie etwa dieser in jeder Hinsicht unzuständige Bürokrat über das Parlament spricht. Es ist die Rede von der Geschäftsordnung, die im Ausschuß des Abgeordnetenhauses, im Einvernehmen aller Parteien des Hauses, beschlossen wurde. Der Herr Dr. Reisser lobt „den bekannten Steinwenderschen Reformentwurf" über den grünen Klee („klare und plastische Fassung"); es ist natürlich, da zu dem „Referentenentwurf" Herr Steinwender nur seinen Namen, Herr Dr. Reisser aber den Geist beigesteuert hat, die billigste Art, sich selbst zu loben. Ueber den Beschluß des Ausschusses, in dem sich doch der Wille des Hauses selbst darstellt, fällt aber der Bürokrat folgendes hochnäsige Urteil: Diese vom Abgeordnetenhause beschlossene

Arbeiterzeitung

I
4

24. III. 1917

Eine Geschäftsordnungsreform.

„Geschäftsordnung hätte auch kaum einen anderen Effekt gehabt als die Anwendung des lauwarmen Wassers in der Hydrotherapie. Es wäre keine schonende, sondern eine wirkungslose Prozedur gewesen". Keine schonende Prozedur: die Herrschaften meinen nun in allen Ernst, daß das Maß der Rechte der Volksvertretung von ihnen abhänge, daß die Geschicke des Parlaments auf ihr Wohlwollen, auf ihre Gunst angewiesen sind! So laufen ihre sauberen Vorschläge einesteils darauf hinaus, daß der Volksvertretung jede Bewegungsfreiheit genommen und sie zu einem gestalten- und willenlosen Werkzeug für die Bedürfnisse der jeweiligen Regierung gemacht wird, und auf der anderen Seite muten sie dem Abgeordnetenhause eine Ordnung zu, die weit weniger für ein Parlament als für ein Strafhaus paßt. Parlamentswache, Polizei, Gendarmerie, bewaffnete Macht: das dünken ihnen so die sachgemäßen Mittel, um die „Ordnung" im Parlament herzustellen. Was für Vorstellungen haben diese „Reformer" von der Zeit, in der wir leben, da sie meinen, die Erneuerung Oesterreichs mit der bösartigsten Vergewaltigung des Abgeordnetenhauses anheben zu können? Schon der Gedanke, dem Parlament das Recht zu nehmen, das sein ursprünglichstes, nicht zu missendes Recht ist, ohne welches Recht es ein Parlament überhaupt nicht geben kann, das Recht, sich seine Ordnung selbst zu bestimmen, schon der Gedanke ist Hochverrat am Parlament und am Staate. Und nicht bloß, daß die Reformer diese Vergewaltigung, die Oktroyierung, vorschlagen — an was sie, wie die Exempel Neisser und Steinwender dartun, dabei noch denken! Nämlich an eine „Ordnung", die die Würde des Parlaments mit Füßen tritt! Das gewalttätige Beginnen möchte sich als „Rettung des Parlaments von außen und von oben" (Worte des Herrn Steinwender) ausgeben; in Wahrheit ist seine Absicht, das Parlament im Mark zu treffen und die Demokratie auf das tiefste zu demütigen. Deshalb würde sich ihm alles, was die Zukunft der Demokratie in diesen Landen nicht preisgeben will, auf das entschiedenste zu widersetzen wissen. Dabei ist zu erwägen, daß für diese „drakonische Prozedur" (Worte des Herrn Neisser) auch nicht die geringste Notwendigkeit vorliegt, daß das Abgeordnetenhaus willens und fähig ist, sich eine sachgemäße, das Arbeiten des Abgeordnetenhauses verbürgende Ordnung selbst zu geben. Wer behauptet, das Abgeordnetenhaus „kann sich selbst nicht retten" (Worte des Herrn Steinwender), lügt und das schon nicht unbewußt: denn warum macht man nicht die Probe auf das Exempel? Wir meinen da nicht, daß man die Sache etwa unbesehen dem Abgeordnetenhause überlassen soll und muß; warum sondiert man aber nicht das Feld, warum verhandelt man nicht mit den Parteien und führt sie zu einer Vereinbarung? Warum? Weil das Verhandeln Mühe macht, Geschick und Hingebung erfordert, es aber ungleich bequemer ist, sich einen Entwurf von Herrn Dr. Neisser ausarbeiten zu lassen und ihn zu oktroyieren! Aber dann bräche das Chaos erst recht herein!

Wir sind die entschiedensten Bekenner der Notwendigkeit einer Geschäftsordnungsreform und wollen eine Geschäftsordnungsreform, die jede Möglichkeit einer Obstruktion vollständig ausschließt; die jede Obstruktion unmöglich macht; wir wissen, daß das notwendig ist. Wir wollen, daß das Parlament arbeiten soll, und wollen, daß es darin nicht gestört werden kann. Aber wir wollen ein Parlament; ein freies, seiner Stellung, seiner Rechte, seiner Pflichten bewußtes Parlament, kein von der Obstruktion geschändetes, von einer Oktroyierung herabgewürdigtes Haus. Es ist sehr wohl eine Geschäftsordnung möglich, die alle Möglichkeiten der Obstruktion restlos ausrottet, dem Parlament aber dennoch Freiheit beläßt und seine Würde nicht antastet; die ihm ein ungestörtes, aber auch ein würdiges Arbeiten verbürgt. Ein von der Obstruktion zerrüttetes und gequältes Parlament ist ein Unding und wäre schlimmer als kein Parlament. Aber ein seelenloses, jeder eigenen Freiheit beraubtes Parlament ist nicht minder ein Unding und würde den Kräfteaufwand nicht lohnen. Ein Parlament ist ja kein bloßes Instrument zur Erzeugung von Gesetzen; ihm ist im Bereich aller staatlichen Institutionen die bedeutsamste Aufgabe zugewiesen: das Volk politisch zu vertreten, zu führen, zu erziehen; das vermag nur ein freies Parlament zu leisten. Deshalb wenden wir uns mit der Leidenschaft, die aus der Treue zur Demokratie entspringt, gegen frevelhafte Absichten der Art, wie sie die Reden der Herren Neisser und Steinwender allzu deutlich verraten.

Und nachdem wir sozusagen die Grundsätze dargelegt haben, die bei der Reform der Geschäftsordnung zu walten haben, wollen wir nun uns auch die „Vorschläge" im einzelnen besehen. Vielleicht gelingt es der Aufzeigung ihrer Sinnwidrigkeit, diejenigen zu bekehren, die ihnen zu vertrauen scheinen.

Österr. Volkszeitung
24. III. 1917

5

Kundgebung der deutschen Volksräte Südost-Oesterreichs.

Die am 18. März d. J. in Klagenfurt versammelten Vertreter der deutschen Volksräte von Untersteiermark, Kärnten, Krain, Triest und Küstenland haben nach eingehender Beratung der schwebenden politischen, nationalen und wirtschaftlichen Fragen nachstehende Kundgebung beschlossen:

Im Namen der von uns vertretenen Gebiete erklären wir mit allem Nachdruck, daß wir nach wie vor an den Forderungen des deutschen Osterprogramms, insbesondere an den Forderungen nach Sonderstellung Galiziens unter Ausscheidung der galizischen Vertreter aus dem Reichsrat und Festlegung der deutschen Staatssprache festhalten.

Von den Leitsätzen, die der deutsche Nationalverband im Dezember 1916 veröffentlicht hat, erachten wir jene, welche die Regelung der Sprachenfrage betreffen, für unzureichend und bedenklich, weil die Festsetzung wesentlichster Bestimmungen einer ungewissen Zukunft überlassen wird. Mit Entschiedenheit verwahren wir uns auch gegen die die deutschen Minderheiten gefährdenden Schulvorschläge dieses Programms.

Ebensowenig kann das Programm der deutschen Arbeitspartei, bei aller Würdigung der darin erhobenen sozialen und wirtschaftlichen Forderungen, unsere Zustimmung finden, weil den völkischen Interessen des deutschen Volkes in Oesterreich nicht entsprechend Rechnung getragen wird und in Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse unter Außerachtlassung aller bisherigen Erfahrungen die einverständliche Regelung des Sprachengebrauches im gemischtsprachigen Gebiete für möglich gehalten wird.

Unter schärfster Verwahrung gegen den vom Abg. Steinwender eingenommenen Standpunkt, der sich geradezu mit der vorbedingungslosen Einberufung des Parlaments abfindet und dem die Mehrheit des deutschen Volkes durchaus nicht zustimmt, fordern wir von den deutschen Abgeordneten im gegenwärtigen Zeitpunkt die entschiedene Vertretung der im Osterprogramm festgelegten Grundforderungen, in der Ueberzeugung, daß nur ein auf diesem Wege arbeitsfähig gemachtes Parlament auch die bevorstehenden großen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben ersprießlich lösen kann.

In der gleichen Sitzung gelangte unter anderem auch die Frage des Unterrichtes in den Nationalitätensprachen zur Erörterung. Es wurde übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, daß an die Lösung dieser Frage, deren Wichtigkeit allseitig anerkannt wurde, nicht herangetreten werden kann, bevor nicht feststeht, in welchem Umfange die deutsche Sprache als Staatssprache festgelegt und als Schulsprache an den nichtdeutschen Volks- und Mittelschulen eingeführt wird.

Auch die Zukunft Triests als österreichischer Reichshafen und südliches Ausfallstor des mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes bildete einen Gegenstand der Aussprache. Im Sinne der schon im Osterprogramm erhobenen Forderung wird das nachdrückliche Verlangen gestellt, daß mit dem kommenden Schuljahr die deutsche Schiffahrtsschule in Triest eröffnet werde.

Reichspost

27./III. 1917

9

Gibt es nur sozialdemokratische Arbeiter?

Die „Reichspost" und das „Grazer Volksblatt", wie die „Christlichsoziale Arbeiter-Zeitung" kennzeichneten bereits das Unrecht, daß bei der Ernennung des Ernährungsbeirates beim Amte für Volksernährung die sozialdemokratische Organisation sechs Mandate zugewiesen erhielt, während die christlich-antisemitische Arbeiterschaft in Wien nur ein Mandat bekam und die gesamten christlichen Kronlandsorganisationen ohne Vertretung geblieben sind. Das in Innsbruck erscheinende christlichsoziale Arbeiterblatt „Der Arbeiter" meldet ebenfalls den Sachverhalt und bemerkt dazu: „Angesichts dieser Tatsachen liegt die Frage sehr nahe: Hat die Regierung noch nie etwas gehört von der christlich organisierten Arbeiterschaft? Auch die christlich organisierten Arbeiter haben ein Recht, daß man sie berücksichtige und höre." An anderer Stelle meldet der „Arbeiter": Die Zurücksetzung der christlichen Arbeiterschaft bei den Ernennungen in den Ernährungsrat, worüber wir auch an anderer Stelle berichten, ist von der christlichen Arbeiterschaft der Alpenländer nicht gleichgültig hingenommen worden, sondern es sind bereits diesbezügliche Protesteingaben den Landesregierungen überreicht worden. Unser Verband und das Landeskartell der christlichen Gewerkschaften haben ebenfalls einen energischen Protest bei der Statthalterei überreicht. Hoffentlich bleibt die Forderung der christlichen Arbeiterschaft nach einer entsprechenden Vertretung im genannten Beirate nicht unberücksichtigt. Unserseits stellen wir abermals die Frage: „Muß das so sein?"

28/III. 1917

13

Politische Versammlung in Leitmeritz und Lobositz.

Samstag, den 24. d., fand in Lobositz unter Vorsitz des Bürgermeisters Pfannschmidt eine sehr zahlreich besuchte Wählerversammlung statt, in welcher Abgeordneter Mr. Hummer einen umfassenden Bericht über die politische Lage und über den Stand der Dinge betreffend die beabsichtigten Neuordnungen in Oesterreich erstattete. Die Versammlung, in der auch mehrere Wähler das Wort ergriffen, wurde nach mehr als vierstündiger Dauer mit einer Dankeskundgebung für Abgeordneten Mr. Hummer geschlossen.

Sonntag nachmittag wurde in Leitmeritz eine Wählerversammlung abgehalten, an der Vertreter aller Schichten der Bevölkerung und die Spitzen der Behörden teilnahmen. In dieser Versammlung sprach Abgeordneter Wolf über die innere Politik und über die Voraussetzungen der Einberufung des Reichsrates, Abgeordneter Mr. Hummer über die Vorgänge in Rußland und über deren voraussichtliche Wirkung auf den Verlauf des Krieges. Sodann erörterte der Redner die Maßnahmen der Regierung zur Regelung der Ernährung der Zivilbevölkerung. Auch in dieser Versammlung ergriffen verschiedene Wähler das Wort.

Zum Schlusse der mehr als dreistündigen Versammlung wurde folgende Entschließung unter lebhaftem Beifall angenommen:

„Die am 25. März 1917 im Gasthofe „zum Schwan" versammelten Wähler der Städte Leitmeritz und Theresienstadt haben die sachlichen aufklärenden Ausführungen der Herren Reichsratsabgeordneten Wolf und Mr. Hummer über die innerpolitische Lage mit Dank und Befriedigung zur Kenntnis genommen. Sie begrüßen das Zusammenwirken der deutschbürgerlichen Parteien in den grundlegenden Fragen der deutschösterreichischen Politik und geben der Erwartung Ausdruck, daß es der Zusammenfassung aller politischen Kräfte gelingen wird, in kürzester Zeit die sachlichen Voraussetzungen für eine Volksvertretung zu schaffen, deren Geschäftsordnung Gewähr für eine gedeihliche Lösung der ungeheuren, durch den Weltkrieg geschaffenen, sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben bietet. Die Versammlung fordert von den deutschen Abgeordneten ein unentwegtes Festhalten an den in der Osterbegehrschrift niedergelegten Forderungen der Deutschösterreicher, insbesondere in den Fragen der deutschen Staatssprache, der Kreiseinteilung und der Sonderstellung Galiziens und spricht den Herren Abgeordneten Wolf und Mr. Hummer ihr Vertrauen aus." Diese Entschließung wurde unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen.

Abgeordneter Mr. Hummer setzt die Versammlungstätigkeit in seinem Wahlbezirk in den nächsten Tagen fort und spricht Montag in Auscha, Dienstag in Wegstädtl, Mittwoch voraussichtlich in Theresienstadt. Abgeordneter Wolf begab sich nach der Versammlung in Leitmeritz nach München, wo er ebenfalls in einer Versammlung zu sprechen gedenkt.

Reichspost
29./III. 1917

Der Vorstand des Deutschen Nationalverbands

hielt heute eine Sitzung ab, in welcher der Vorsitzende Abg. Dr. Groß über die letzte Beratung des vom Nationalverbande und den Christlichsozialen eingesetzten Vollzugsausschusses Bericht erstattete und die vollkommene Uebereinstimmung zwischen den beiden Verbänden hinsichtlich der in der nächsten Zeit zu befolgenden Politik feststellte. An diesen Bericht knüpfte sich eine längere Besprechung, in welcher außer den politischen auch vielfache wirtschaftliche Fragen zur Erörterung gelangten. So wurde insbesondere darauf hingewiesen, daß die von der Regierung geplante Konzentration der Industrien mit großen wirtschaftlichen und sozialen Gefahren verbunden sei, worauf die Regierung in entschiedenster Weise aufmerksam zu machen sei. Des weiteren wurde die Forderung nach Rechnungslegung der verschiedenen Zentralen wiederholt und dahin erweitert, daß die Rechnungslegung nicht erst nach Ablauf des Rechnungsjahres erfolgen solle, sondern daß mit möglichster Beschleunigung über den dermaligen Stand dieser Zentrale berichtet werden möge.

Hamburger Fremdenblatt

29./III. 1917

15

Nationale und Staatspolitik in Oesterreich.

Von unserem Korrespondenten.

-ei- **Wien**, 24. März.

Trotzdem die Kriegsereignisse und seit Wochenfrist vor allem die sich in Rußland vollziehende Umwälzung das Interesse fast vollständig in Anspruch nehmen, haben doch die in der jüngsten Zeit sich häufenden Parteikundgebungen aus dem deutschen und dem slawischen Lager eine gewisse Aufmerksamkeit erregt, die nicht unbegreiflich ist. Muß doch binnen kurzer Zeit die Entscheidung darüber fallen, welches Schicksal das österreichische Abgeordnetenhaus haben soll, dessen Mandate nach der sechsjährigen Legislaturperiode, die im Juli des Jahres 1911 begonnen hat, erlöschen müssen, wenn nicht für eine Verlängerung ihrer Gültigkeit Vorsorge getroffen wird. Bei dem bedauerlichen Tiefstand, den das parlamentarische Leben in Oesterreich infolge der oft erörterten Ursachen erreicht hat, ist es leider wahrscheinlich, daß sich ein nicht unbeträchtlicher Teil der Abgeordneten damit vollkommen zufrieden geben würde, wenn ihnen eine zweijährige Verlängerung ihres Mandates verbürgt werden würde. Das ist aber wirklich eine recht nebensächliche Frage. Die Hauptsache wäre, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der österreichische Parlamentarismus in der Zukunft, die große Aufgaben an Regierung und Volksvertretung stellen wird, lebens- und leistungsfähig sein wird. Wenn der österreichische Reichsrat nicht neuerdings, wie er es so viele Jahre hindurch gewesen ist, nur ein politischer Debattierklub, aber keine gesetzgebende Körperschaft sein will, wird das geschehen müssen, was die deutschen Parteien verlangt und was das Ministerium Clam-Martinitz zugesagt hat: es müssen die Fragen der Festsetzung der deutschen Staatssprache, der Kreiseinteilung in Böhmen und der Reform der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses gelöst werden.

Die Erfahrungen von Jahren haben gezeigt, daß durch Verhandlungen zwischen den deutschen und den slawischen Parteien nicht zum Ziel zu gelangen ist. Die von den verschiedenen Ministerien unternommenen Versuche, einen nationalen Ausgleich in Böhmen herbeizuführen und auf diese Weise zu einer innerpolitischen Konsolidierung Oesterreichs zu gelangen, sind durchaus gescheitert und man braucht kein Pessimist zu sein, um jedem neuen derartigen Experiment ein ähnliches Schicksal vorauszusagen. Nun ist aber die Regelung der Sprachenfrage keineswegs etwa nur eine nationalpolitische Forderung der Deutschen, sondern auch eine Staatsnotwendigkeit und von diesem Gesichtspunkte wäre es wohl zu verstehen, daß ein Ministerium, an dessen Spitze Graf Clam-Martinitz steht, sich dazu entschließen würde, Verordnungen zu erlassen, deren Zweck es ist, die deutsche Vermittlungssprache einzuführen und die Kreiseinteilung in Böhmen, über die schon so lange verhandelt wurde, in Kraft treten zu lassen. Die nationalen Interessen der Deutschen Oesterreichs und die des Staates, erweisen sich eben auch in diesem Falle wieder, wie stets, als identisch. Trotzdem ist auf slawischer Seite ein wohlorganisierter, von Tag zu Tag sich verstärkender Widerstand gegen die Erlassung der viererörterten Verordnungen festzustellen. Der tschechisch-feudale Großgrundbesitz, der tschechische Verband und der Verband der südslawischen Abgeordneten haben in sehr entschiedener Form betont, daß sie jede „einseitige" Lösung von nationalpolitischen Fragen im Verordnungswege als unstatthaft betrachten und die Südslawen haben sich sogar zu der Drohung verstiegen, ihre Mandate niederzulegen, wenn sich die Regierung dennoch zu einem Oktroi entschließen sollte.

Das sind recht seltsame Präludien für die geplante „Flottmachung" des Parlaments. Unter diesen Umständen dürften wohl diejenigen recht behalten, die niemals recht daran geglaubt hatten, daß die vielbesprochenen Verordnungen wirklich erlassen werden würden. Abgesehen von dem slawischen Widerstand gegen die deutsche Staats- oder Vermittlungssprache und gegen die Kreiseinteilung in Böhmen ist auch noch folgendes vom Standpunkte der deutschen Parteien von sehr erheblicher Wichtigkeit: Die Sicherung maßgebenden Einflusses auf die Staatsgeschäfte würden den Deutschen nur durch die Sonderstellung Galiziens verbürgt werden, durch die die Vertreter der Slawen, die jetzt über die Mehrheit im Abgeordnetenhause verfügen, zu einer parlamentarischen Minderheit werden würden. Ohne diese Bürgschaft wäre die augenblickliche Erfüllung von Forderungen, die ebenso sehr vom nationalen wie vom staatspolitischen Gesichtspunkt aus, vollberechtigt sind, von sehr zweifelhaftem Wert und eine Revision der Geschäftsordnung könnte unter Umständen sogar eine sehr gefährliche Waffe gegen die Deutschen werden.

Fremdenblatt
31./III. 1917

Der Kaiser an den polnischen Staatsrat.

Der Krakauer „Czas" meldet aus Warschau: In der letzten Sitzung des polnischen Staatsrates brachte der Kronmarschall folgendes Antworttelegramm Kaiser Karls auf das an die beiden Monarchen der Zentralmächte gerichtete Huldigungstelegramm zur Verlesung:

„Kronmarschall Niemojowski, Warschau.

Mit wahrer Freude nahm Ich die Huldigungsworte zur Kenntnis, die Mir der Staatsrat unterbreitete und Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren für sie Meinen aufrichtigen Dank entgegenzunehmen und davon die Herren Mitglieder des Staatsrates verständigen zu wollen. Die warmen Worte, mit welchen der Staatsrat seine Dankbarkeit Meinem in Gott ruhenden Ohm, verewigten Kaiser und König Franz Joseph kundgab, haben Mich tief ergriffen.

Nicht weniger als dem verewigten Monarchen liegt Mir das Wohlergehen und Entwicklung des polnischen Volkes am Herzen, welches seit Jahrhunderten einen so wichtigen Faktor in der Geschichte der westlichen Zivilisation bildet. Meine aufrichtigen Wünsche begleiten die Bildung der durch Mich gemeinsam mit Meinem hohen Bundesgenossen ins Leben gerufenen Königreiches Polen, dessen erstes Organ der Staatsrat bildet. Mit höchstem Interesse begleite Ich jetzt wie vordem die wichtigen Aufgabe, welche den polnischen Staatsrat bei der Wiedergeburt des Vaterlandes erwarten, und die Bestrebungen, welche Sie und Ihre Mitarbeiter bekunden, um den großen Anforderungen dieser denkwürdigen Periode polnischer Geschichte nachzukommen.

Insbesondere würdige Ich entsprechend die Bestrebungen zwecks Bildung einer polnischen Armee, deren Errichtung für den polnischen Staat von größter Bedeutung ist, und Ich bin entschlossen, das Werk der Armeebildung kräftigst zu unterstützen. Nachdem Mein erhabener Bundesgenosse, Seine kaiserliche Majestät der Kaiser von Deutschland, dieselben Absichten wie Ich hegt, können das polnische Volk wie der Staatsrat sich der sicheren Hoffnung hingeben, daß der vollkommene Ausbau der vom Lande ersehnten Institution in erfolgversprechender Weise für die Zukunft Polens zustande kommt. Möge Gottes Segen auf Polen und Ihren Arbeiten, die zum Wohle des geliebten Vaterlandes aufgenommen wurden, ruhen.

Karl."

Reichspost

Abend
31./III. 1917

19

Gründung des Vereines „Oesterreichs Völkerwacht". Sonntag den 25. März fand im Grazer Alkoholfreien Speisehause die Gründungsversammlung des Vereines „Oesterreichs Völkerwacht" statt, der die weltlichen und geistlichen Behörden im pflichtgemäßen Kampf gegen die Unsittlichkeit, sowie in der pflichtmäßigen Fürsorge für die Volkssittlichkeit unterstützen will. Der Einberufer der zahlreich besuchten Versammlung, Professor Dr. Ude, sprach über die nächsten Aufgaben des Vereines und erläuterte die Satzungen. Als Mittel zur Erreichung des Zieles, das sich der neue Verein gesteckt hat, nannte er: a) das persönliche Beispiel eines sittenreinen Lebens nach den Vorschriften der katholischen Lehre; b) Aufklärung in Wort, Schrift und Bild durch Herausgabe aller einschlägigen Druckschriften über die Sittlichkeitsfrage und die damit zusammenhängenden Probleme, durch Mitarbeit an Zeitungen, Zeitschriften und Ueberwachung der Presse und Literaturerscheinungen; c) Erwirkung von Maßnahmen gegen die öffentliche Unsittlichkeit, vor allem gegen die öffentliche und geheime Prostitution und gegen die Herstellung und gegen den Vertrieb antikonzeptioneller Mittel; d) Anregung und Schaffung von Wohlfahrtseinrichtungen zur Förderung der Volkssittlichkeit; e) Fürsorge für sittlich Gefallene, Kampf gegen die Jugendverwahrlosung, Ueberwachung der Auslagefenster; f) Theater- und Kinoreform, gegebenenfalls auch durch Errichtung eigener, sittlich einwandfreier Theater und Kinos; g) Mitarbeit an allen der sittlichen Volkserneuerung dienenden Bestrebungen: Bekämpfung des Alkoholismus, Wohnungs- und Bodenreform, Gartenstadtbewegung, Pflege sittlicher Geselligkeit usw. Nach Verlesung der Satzungen wurden in den Vorstand gewählt: Exzellenz Gräfin Meran, Generalsekretär Dr. Metzger, von Miller, Oberpostkontrollor Richter (Wien), Ohrenarzt Dr. Rochhart (Wels), Msgre. Chefredakteur Schwechler, Prof. Dr. Ude, Frl. v. Woinowich und zu Kassaprüfern Frl. Dr. Rakoczek, Verlagsleiter Steiner. Die übrigen Mandate des Ausschusses werden mit Vertretern der verschiedenen Kronländer vom Vorstande besetzt. Der Verein erstreckt sich auf ganz Oesterreich und hat das Recht, an allen Orten Arbeitsausschüsse einzusetzen. Dem Vereine „Oesterreichs Völkerwacht" können sich katholische Vereine anschließen, um an diesen Bestrebungen mitzuarbeiten. In der Audienz bei der Kaiserin hatte Prof. Dr. Ude Gelegenheit, der hohen Frau das Arbeitsprogramm dieses Reichsvereines zu unterbreiten. Am Schlusse der Versammlung wurde die Geschäftsordnung erörtert und angenommen.

1./IV. 1917 22

Arbeiterzeitung

Der innere Tiefstand.

Der deutsche Reichstag hat aus eigener Initiative einen Verfassungsausschuß eingesetzt. Dieser Vorgang scheint äußerlich wenig zu besagen und drückt doch Großes aus. Die Neuordnung der inneren Politik hat Bethmann Hollweg der Zeit nach dem Kriege vorbehalten und also selbst keine Vorlagen unterbreitet, der Reichstag aber will nicht warten, sieht von der Initiative der Reichsregierung ab und macht sich selbst daran, aus eigenem Willen jene Ordnung zu beraten, die dem Bürgertum und den unteren Volksklassen in Hinkunft gerecht werden soll. Dieser Beschluß wird im Reichstag mit einer überwältigenden Mehrheit gefaßt und bloß ein bescheidenes Häuflein von Junkern und sonstigen Reaktionären stimmt gegen ihn.

Und wir?

Diese Gegenfrage allein ist niederdrückend. Wie trostlos es steht, das verrät nicht bloß der Mangel an einem Parlament, obschon dieser das sinnfälligste Anzeichen ist. Haben wir schon kein Parlament, so haben wir doch Parlamentarier, politische Parteien und eine politische Presse. Das Kennzeichnende der deutschen Geistesentwicklung im Kriege ist doch vor allem, daß sich die Herrschenden jählings bewußt geworden sind, dem Volke etwas zu schulden. Die staatliche Bürokratie, der Obrigkeitsstaat, hat plötzlich den Staatsbürger, die Bourgeoisie hat die deutsche Arbeiterklasse achten gelernt und eine unausschöpfliche Fülle von Schriftwerk aller Grade bemüht und überbietet sich in Anerkennung der Volksgesamtheit. Jeder weiß und bekennt es freudig, daß man sich selbst zu den arbeitenden Massen anders stellen, daß man diese im Staate anders einrichten werde.

Unsere Bourgeoisie hat auch heute noch die Arbeiterklasse nicht entdeckt. Die bürgerlichen Parteien reden von ihren „Belangen" — alte Ladenhüter, zumeist aus den Achtzigerjahren —, als ob es eine Arbeiterklasse, als ob es eine leidende, ringende, erwartende Volksmasse gar nicht gäbe! In endlosen Konventikeln beraten Parteihäuptlinge — und jeder fühlt sich als einer — über Probleme, die an sich schlimmer als Nichtigkeiten, die Verschrobenheiten sind, Dinge, die für das heraufsteigende materielle und geistige Leben nicht Belange, sondern Belanglosigkeiten sind. Den Volksmassen haben sie nichts zu bieten, schon weil sie nicht einmal an sie denken. Daß das Jahrhundert, das dem Kriege folgt, ein Jahrhundert der Demokratie und des Sozialismus werden muß, ahnen sie kaum, denn von nichts wissen sie ernsthaft zu reden als von der Gestaltung der Amtsakten, von deren Sprache, von den Sprengeln, von Amtsanwärtern! Nicht einmal so viel Verständnis ist ihnen aufgegangen, daß in den bevorstehenden Jahrzehnten der Wirtschaftsnot und Wirtschaftsarbeit die Bürokratie mit ihren Funktionen weit zurücktreten muß hinter der wirtschaftlichen Schöpferarbeit des Laienverwaltens! So schlimm steht es um diese bürgerlichen Parteien, daß sie nicht einmal noch ihr wirklich schaffendes Bürgertum verstehen gelernt haben, geschweige denn daß sie zu entdecken vermöchten, daß es daneben noch ein Proletariat, ein im Kriege gewaltig gewachsenes Proletariat gibt, das seinen Platz im Gemeinwesen beanspruchen, erobern und behaupten wird.

Diese Schande bedrückt am meisten. Wir sind nicht danach geschaffen, zu liebedienern, noch naiv genug, jedem Worte Mächtiger blindes Vertrauen entgegenzubringen. Zu wohl wissen wir, daß Regierungen in der Bedrängnis die guten Worte leichter finden. Immerhin gebietet die Wahrhaftigkeit, zu gestehen, daß unsere sogenannten Volksparteien, die „radikalen" voran, den „Fürstendienern" den Wettbewerb leicht machen. Dem Minister des Aeußern Grafen Czernin, und nicht den bürgerlichen Parteiführern war es vorbehalten, zu sagen: „Nicht den oberen Tausenden, dem Mittelstand und vor allem den breiten Massen, den von dem Schicksal Enterbten gebührt das größte Verdienst. Hut ab vor den Millionen, die draußen im Schützengraben oder daheim auf dem Schlachtfeld der Arbeit die täglichen Entbehrungen ohne Murren ertragen! Hut ab vor ihrer Größe und ihrer Kraft! Der Tag wird kommen, an welchem die Völker der Monarchie den Lohn für ihr Heldentum erhalten werden." Von einem bürgerlichradikalen Parteiführer hat man ein anderes Wort gehört, das Wort „Hinausschmeißen". Im übrigen aber werden die breiten Massen, die Millionen derer, die draußen im Schützengraben oder daheim auf dem Schlachtfeld der Arbeit die täglichen Entbehrungen ohne Murren ertragen, zum Lohne für ihr Heldentum — auf eine Kasernierung des Parlaments und auf irgend eine Regelung der Amtssprache verwiesen, beides natürlich Konventikelgeheimnis. Das ist unsere bürgerliche Politik!

Hier der tiefste Sitz unseres Uebels! Zeitfremd wie Wiedergekommene eines anderen Jahrhunderts führten die bürgerlichen Politiker Tag für Tag den alten Tanz um den Grabstein ihrer eigenen Irrtümer auf. Längst überholt sind all die Formeln und Schlagwörter, vor Jahrzehnten als Irrtümer erwiesen wie etwa das Linzer Programm von 1882, aber im Munde der ewig Gestrigen verstummen sie nicht. Nicht nur zeitfremd sind diese Parteien geworden, sie sind auch zeitlos, und kein noch so großer Wandel berührt sie und verleitet sie zur Anpassung. Unberührt sind sie von der welterschütternden Tatsache dieses Krieges geblieben, unberührt bleiben sie jetzt durch die welterneuernde, alles umgestaltende Tatsache der russischen Revolution. Auch angesichts dieser Umwälzung erwacht in ihnen noch keine Ahnung davon, daß sie den Volksmassen etwa anderes schuldig sein könnten als Aktenregeln. Ihr soziales Gewissen ist stumpf wie ihr politisches Denkvermögen.

Angeblich ganz mit nationalen Problemen beschäftigt, in Wahrheit bloß chauvinistischen Vorurteilen sklavisch ergeben, merken sie auch auf diesem Punkte nicht, was in der Welt der Nationen vorgeht. Sie merken nicht, daß die Neugestaltung im Osten die nationalen Beziehungen bis weit herüber in den Westen völlig ändert. Einmal, vor mehr als einem halben Jahrhundert, hat ein österreichischer Altliberaler eine organisatorische Idee gehabt — sie war zwar falsch, aber immerhin eine Idee. Das war Schmerling mit seinem Gedanken vom engeren und weiteren Reichsrat. Sie war falsch und ist darum gescheitert. Trotzdem haben sie die Ungarn nachgemacht in ihrem Verhältnis zu Kroatien — auch dort zum Unsegen, wie diese Quelle ewiger und unlösbarer Konflikte zeigt. Das hindert unsere Bürgerlichen nicht, diese zerschlissene Unglücksformel nach Oesterreich zurückzuersehnen und auf unseren Nordosten anzuwenden. Sie sind zeitlos — längst abgetane Irrtümer gelten als rettende Neuheiten! Sie werden die Schmerlingsche Formel noch nachbeten, wenn Rußland auch eine Völkerföderation im Stile der Vereinigten Staaten Amerikas wird. Sie wissen nicht, daß sich Völker und Staaten wandeln.

Das ist der tiefste Sitz all unserer Uebel. Wir gehen nieder durch die Verstandlosigkeit unserer bürgerlichen Politik in sozialen wie in nationalen Dingen. Sie wird nicht darauf verfallen, einen Verfassungsausschuß einzuberufen, um den Völkern der Monarchie nach dem Kriege gerecht zu werden — sie wird um einen Ukas intriguieren. Und kaum wird sie merken, was gemeint ist, wenn Graf Czernin ziemlich deutlich sagt: „Die beispiellose Aufopferungsfähigkeit und Kraft, mit welcher die Völker der österreichisch-ungarischen Monarchie die Entbehrungen ertragen, sichern ihnen den Enderfolg ... Der Tag wird kommen, an welchem die Völker der Monarchie den Lohn für ihr Heldentum erhalten werden."

Die österreichische Parteienpolitik hat allerdings eine stichhaltige Entschuldigung — sie hat es lange Jahre mit österreichischen Regierungen zu tun gehabt, die ihrer vollständig wert waren, die jedoch das größte Maß an Schuld tragen, weil es ihres Amtes war, zu führen, die öffentliche Meinung zu läutern und den Parteien Ziele zu setzen. Denn daß sich die bürgerlichen Parteien aus eigenem Antrieb und ohne die Regierung einen Verfassungsausschuß gesetzt hätten, das war für die österreichische Politik wohl zu viel verlangt!

Hamburger Fremdenblatt

1./IV. 1917

Regierung und Parlament in Oesterreich.

-ei- **Wien**, 28. März.

Von einer in hervorragender, öffentlicher Stellung befindlichen Persönlichkeit erhält Ihr Berichterstatter folgende Darstellung der Beratungen des gemeinsamen Vollzugsausschusses der deutschen Parteien des österreichischen Reichsrats:

Die Gefahren, die der Einigkeit der deutschen Parteien seit der Veröffentlichung des Beschlusses der Christlich-sozialen Partei über die Einberufung einer Obmänner-Konferenz zu drohen schienen, sind in der Sitzung des Vollzugsausschusses vollständig beschworen worden. Viel hat dazu das loyale und entgegenkommende Vergalten des Vorsitzenden, Abgeordneten Dr. Groß, beigetragen. Es hat sich vollständige Einmütigkeit ergeben; es blieb kein Gegensatz zurück und man hatte den Eindruck, daß der deutsche Vollzugsausschuß eine wertvolle und dauernde Einrichtung bleiben werde, die unter Umständen auch als Waffe gegen eine den Deutschen nicht wohlwollende Regierung und die slawischen Parteien ihre Schuldigkeit tun würde.

Die von den Ministern Dr. v. Baernreither und Dr. Urban abgegebenen Erklärungen sind als die bestimmteste Zusage aufzufassen, daß das Ministerium Clam-Martinitz die angekündigten Verordnungen über die Festlegung der deutschen Staatssprache, die Kreiseinteilung in Böhmen und die Revision der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses in absehbarer Zeit erlassen wird, und zwar ohne Rücksicht auf die Proteste der slawischen Parteien und auch ungeachtet der Drohung des kroatisch-slowenischen Klubs, die Mandate niederzulegen. Die Geschäftsordnungs-Reform würde, infolge der Einführung der deutschen Staatssprache, automatisch die Festsetzung der deutschen Verhandlungssprache im Parlament zur Folge haben. Durch die Befristung wichtiger Vorlagen soll deren Obstruierung unmöglich gemacht werden. Die Obstruktion soll auch dadurch erschwert, wenn nicht verhindert werden, daß die Zahl der für Interpellationen, Anträge und insbesondere für Dringlichkeitsanträge erforderlichen Unterschriften bedeutend erhöht wird. Von einer Vorlesung von Petitionen und Interpellationen soll künftig abgesehen werden, die Beantwortung von Anfragen durch die Regierung nur im schriftlichen Wege erfolgen. Das Halten sogenannter „Obstruktionsreden" wird nicht verhindert werden können. Mit der Lösung der galizischen Frage, beziehungsweise der Frage der Sonderstellung Galiziens beschäftigt sich die Regierung eingehend. Die Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, sind nicht gering und zum Teil auf die Art und Weise zurückzuführen, wie durch das seinerzeit erlassene kaiserliche Handschreiben die Lösung der polnischen Frage mit jener der künftigen Stellung des Kronlands Galizien verquickt worden ist.

Trotz aller Beschleunigung der Vorarbeiten für die Durchführung der Sonderstellung Galiziens, werden in der nächsten Tagung des Reichsrats die Vertreter dieses Kronlands dem Parlament noch angehören. Es besteht nun die Absicht, den Reichsrat für Anfang Mai einzuberufen, wodurch ihm Gelegenheit geboten sein würde, bis zum 17. Juli, an dem die Gültigkeit der Mandate erlischt, die dringendsten Arbeiten zu erledigen. Wegen der Konstituierung des Büros des Abgeordnetenhauses ist die Lage nicht geklärt. Wenn die Vertreter Galiziens noch anwesend sind und es vielleicht zu einem Zusammengehen aller slawischen Parteien — einschließlich der tschechischen Sozialdemokraten — bei der Präsidentenwahl kommen sollte, besteht die Gefahr der Wahl eines slawischen Präsidenten. Es wird sogar der Name des Kandidaten für diesen Fall genannt, und zwar der des slowenischen Abgeordneten Ritter v. Pogacnik. Im Verlauf der Beratungen des Abgeordnetenhauses dürfte es zu erregten Debatten kommen. Die durch den Krieg geschaffene wirtschaftliche Lage und der angesammelte politische Zündstoff werden, darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben, wahrscheinlich zu stürmischen Szenen führen.

Reichspost

1/IV. 1917

1

24

Das neue Triest.

Wien, am 31. März.

Zwei Seelen wohnen jetzt in der Brust eines jeden echten Interventionisten des „Regno": Die eine, die es nicht erwarten kann, daß der römische Adler endlich auf dem Triester Dome von San Giusto sich niederlasse, so wie es d'Annunzio verhieß, und die andere, die sich höllisch vor einer Offensive fürchtet, die irgend woher Freiherr v. Conrad, der Schreckliche von Gorlice, gegen die Po-Ebene unternehmen könne. Als es in den Augustkämpfen des vergangenen Jahres den Italienern gelungen war, um ein Kleines bei Görz vorwärtszukommen, nachdem die Armeen des Zaren zu ihrer großen Offensive vorgebrochen waren, und da schon der rumänische Abfall seine Schatten vorauswarf, hatten die Zeitungsstrategen von Mailand und Rom heftige Anfälle von Kriegshysterie bekommen, in denen sie sich schon an den Toren von Triest sahen und von einem Tag zum anderen verkündigten, daß morgen das große Ereignis sei, welches ... Ja, jenes Ereignis, für das die im Mai 1915 gegen den Isonzo ausziehenden Regimentsmusiken schon die Noten des Festspieles mitgenommen hatten und das der Nation monatelang vor dem Kriege als die süße, reife Frucht versprochen worden war, nach der man nur zu langen brauche, um sie dem „zerschmetterten", „verhungerten" Oesterreich zu nehmen. Eine schwunghafte Ansichtskartenindustrie hatte dem Volke Italiens vorgespiegelt, daß vor dem ersten die Grenze überschreitenden Versagliere die Oesterreicher sogleich das Hasenpanier ergreifen und mit dem ersten italienischen Kanonenschuß ihre letzten Reste weggeblasen sein würden. Aber es war ganz anders gekommen und nach den kargen Kriegsgenüssen der Augusttage 1916 hatte man sich abermals bescheiden müssen, von den Gradeser Lagunen aus nur mit dem großen Fernrohre in Triest einzuziehen.

Nun ist das Frühjahr 1917 gekommen, die Zeit für die mit Vorschußlorbeeren bekränzte Ideal-Einheitsoffensive des Verbandes. Aber sorgenvoll furcht sich die Stirne der großen lateinischen Befreier, die ringsum im Verbande Dinge geschehen sehen, die ihnen nicht gefallen wollen. Frankreich hungert und ist durch die überraschende Frontveränderung militärisch in Verwirrung gebracht; Rußland ist durch die Revolution zu einem großen Fragezeichen geworden, nur das unbarmherzige England, von dessen Starrheit die Bundesgenossen mehr zu befürchten als zu gewinnen haben, ist noch halbwegs fest auf seinen Füßen. Indessen stehen die Scharfschützen des Boroevic kaum einen Büchsenschuß von Görz entfernt, ein furchtbarer Wall zieht sich dort oben auf den Karsthöhen vom Monte Gabriele bis zur Hermada und in den dunklen Schluchten liegt eine Artillerie verborgen, die, von Zeit zu Zeit aufbrüllend, allerhand Ahnungen in den italienischen Linien erweckt. Was wird da aus dem Marsch nach Triest, dem lange ersehnten, lange verkündigten, ohne dessen Eroberung Italien den Krieg nicht beenden kann, wenn es nicht damit seine Niederlage bezeichnen will!

Während Triest dem „Regno" derart militärisch fernerückt, vollzieht sich auch in dem politischen Leben der Stadt eine heilsame Umwandlung, eine geistige Eroberung, die aber auch so ganz anders ist, als es sich die Bündnisbrecher gedacht haben. Jawohl, es ist eine Eroberung, die sich jetzt für die Monarchie in ihrer größten und wichtigsten Hafenstadt vollzieht, denn die politische Verwahrlosung — sagen wir es nur offen heraus — war in Triest schon weit genug vorgeschritten. Nicht als ob die Irredenta die Mehrheit der Bürgerschaft für sich gewonnen gehabt hätte, es war kaum ein Viertel der Stadt irredentistisch, aber die Hälfte der bodenständigen Bewohnerschaft war führerlos, unorganisiert, dem Terrorismus der Straße und der Presse ausgesetzt und unterlag deshalb leicht bei einzelnen politischen Entscheidungen dem Vorstoß der im Gegensatz zu ihr vortrefflich organisierten und gewalttätigen Irredenta. Deren Macht war in dem Besitz der Gemeindeverwaltung und der Schulen begründet. Man warf nicht nur an den Nationalfeiertagen mit rot-weiß-grünem Koriandoli und strich die Fließen des Steinpflasters vor dem Municipio in den „heiligen Farben" Italiens an — solche Scherze waren nur die harmlose Abwechslung in dem ganz und gar nicht harmlosen Spiel, das die irredentistische Gemeindeverwaltung bei der Führung ihrer Geschäfte und der Besetzung ihrer Aemter betrieb. Ihr Geist war Felonie, ihr Wirken boshafte Obstruktion gegen Oesterreich. Das Reich überschüttete Triest mit Millionen und die Gemeindeverwaltung dankte dafür mit politischer Defraudation. Daß sie auch noch eine finanzielle Mißwirtschaft führte, daß sie die eigene Bürgerschaft benachteiligte, indem sie die fettesten Posten in den Kommunalbetrieben methodisch mit Reichsitalienern besetzte, war nur die Begleitmusik zu dem allgemeinen Texte. Verrottung war alles.

Aber das schlimmste war die Schule, ein Unterricht, der die Jugend mit berechneter Konsequenz verführte. Die Schulbücher — welcher Optimist in Wien hatte sie approbiert? — feierten den „blauen Himmel Italiens, der auf den Alpen liegt," sprachen von „unserem König", wenn sie den Sardinier meinten, kannten nur Gedichte von Carducci und d'Annunzio. Von Oesterreich nicht ein Wort. In keiner Triester Kommunalschule gab es ein Bild des Kaisers, kein Bild irgend einer vaterländischen Persönlichkeit; der Bildschmuck der Schulräume verwies die Vorstellungen des Kindes ausnahmslos auf Italien. Und es war nicht nur bildlich, daß der österreichische Doppeladler aus dem Wappen von Triest still verschwand und erst von dem nunmehrigen Statthalter Baron Fries in seine heraldischen Rechte wieder eingesetzt wurde — mit den Symbolen des Reiches war auch das Reich selbst in Triest, so weit es die Autonomie der Stadt konnte, ausgemerzt worden. Mit kalt berechnender Bosheit suchte man die Italiener Oesterreichs in Widerspruch mit dem Staate zu bringen und alles Gute zu verderben, das der Staat gegenüber seinen italienischen Bürgern beabsichtigte. Nach Kriegsausbruch sind in Triest Briefe beschlagnahmt worden, aus denen hervorgeht, daß die letzten großen Wiener Universitätskrawalle italienischer Studenten von Triest aus angestiftet waren, mit dem ausgesprochenen Zwecke, es dürfe nicht zugelassen werden, daß eine Annäherung der österreichischen und italienischen Politik stattfinde. Man befürchtete damals im irreden-

Reichspost 1./IV. 1917

II
25

Das muß Triest.

tistischen Lager, es könne zur Gründung der italienischen Universität kommen und damit der Irredenta eines ihrer wichtigsten Agitationsmittel gegen das Bündnis Italiens mit Oesterreich entzogen werden. Das sollte verhindert werden. Es ist festgestellt worden, daß im Mailänder „Corriere della Serra" schon einen Tag, bevor die Krawalle in Wien einsetzten, eine farbenreiche Schilderung der Szenen veröffentlicht worden ist, dank eines schmerzlichen Regiefehlers, der den italienischen Urhebern dieses Anschlages gegen den Frieden im italienischen Volke unterlaufen war.

Nun endlich hat der Krieg dank einer zielbewußten staatlichen Verwaltung Wandel geschaffen. Es ist wahr, 50.000 Reichsitaliener haben die Stadt verlassen müssen und viele Hunderte von geschlossenen Läden bezeugen die großen Veränderungen, die vor sich gegangen sind. Vielleicht ist das Geschäftsleben der rührigen Handelsstadt fast so still geworden, wie jenes unter den Kolonnaden des Markusplatzes von Venedig, aber dafür werden sich nach dem Kriege dem bodenständigen Handel und Gewerbe ungemessene neue Erwerbsmöglichkeiten eröffnen. Jetzt ist endlich einmal der Heimat Platz geschaffen. Die zwei Dutzend „Recreatorien", in denen die irredentistischen Vereine die Jugend von Triest an sich zu ziehen suchten, sind geschlossen, die Zahl der 1400 Mitglieder der neugegründeten Jugendhorte, die vor dem Kaiser bei dessen letztem Besuche in Triest mit klingendem Spiele aufzogen, hat sich auf 12.000 vermehrt, eine prächtige, hoffnungsvolle Jungmannschaft. In die Schulen ist Ordnung gebracht worden, die Lehrkörper sind reformiert, an der Herausgabe eigener Schulbücher für Triest und das Küstenland wird gearbeitet. Für die sprachliche Erziehung der Jugend, die in den Kommunalschulen rein italienisch war, wurde ein neuer Lehrplan geschaffen, der auch den Rechten der nichtitalienischen Bevölkerung Rechnung trägt und vor allem auch dafür sorgt, daß in dem größten Handelshafen der Monarchie, der in seinen kaufmännischen und Verkehrsbedürfnissen auf eine in der ganzen Monarchie gangbare Verkehrssprache angewiesen ist, die Kenntnis der deutschen Sprache der Jugend allgemein und ausreichend vermittelt wird. Auch dafür wird gesorgt, daß künftighin die Autonomie der Gemeindeverwaltung von Triest nicht in den Himmel wachse.

Der neue energische Zug, der in die Verwaltung gekommen ist, macht sich auch schon im bürgerlichen Leben der Stadt bemerkbar. Bei allen Werken der Kriegscharitas ist das von seinen Terroristen befreite Bürgertum Triests mit offenen Händen und sichtbar mit ganzem Herzen dabei und bewunderungswürdig ist, mit welcher Ruhe und Starkmütigkeit das Volk die vielen Entbehrungen erträgt, welche die Lage der Stadt im Kriegsgebiete und in einer landwirtschaftlich ärmlichen Umgebung mit sich bringt. Wenn es noch gelänge, der Stadt eine im vaterländischen Geiste wurzelnde, großzügig ausgestattete italienische Großpresse zu geben, die imstande wäre, den vom Volkszorn buchstäblich ausgetilgten „Piccolo" zu ersetzen, so würde die geistige Erneuerung Triests noch rascher vor sich gehen. Endlich steht der Oesterreicher in Triest, das ihm künstlich entfremdet worden war, wieder auf heimatlichem Boden.

Aber das Hinterland, namentlich die österreichische Kaufmannschaft, wird nicht vergessen dürfen, daß große österreichische Aufgaben in dem Handelshafen erwachsen, daß unsere Kaufmannswelt in dem Emporium der Adria, dessen Besitz ihr Leben und Entwicklungsmöglichkeit bedeutet, große Aufgaben zu erfüllen hat. Das große Wort Kaiser Karls über die Beteiligung Oesterreichs an der Weltwirtschaft an die Deputation der österreichischen Kaufleute gerichtet, weist nach Triest. Im Frieden wird das Werk unserer Waffen zu krönen sein dadurch, daß Innerösterreich mit seinem Kapital und seiner Arbeit zielbewußt an das Meer herantückt und sich von der Pforte zum Weltverkehr geistig und wirtschaftlich nicht mehr abdrängen läßt.

Arbeiterzeitung

3./IV. 1917

„Werden wir einfach hinausschmeißen!" Herr K. H. Wolf erklärt in der „Ostdeutschen Rundschau":

Aus Ihrem gestrigen Leitaufsatz entnehme ich, daß die Arbeiter-Zeitung mir eine Aeußerung a n d i c h t e t, die ich in meiner jüngst in Teschen gehaltenen Rede angeblich getan haben soll, und darob die Schale ihres Zornes über mich ausgießt. Mich mit der Arbeiter-Zeitung auseinanderzusetzen halte ich für gänzlich zwecklos; ich glaube auch nicht, daß auch nur einer der Leser der „Ostdeutschen Rundschau" mir eine so unsinnige bramarbasierende Aeußerung zutraut, wie

sie mir da in den Mund gelegt worden ist. Ebensowenig wie in dieser habe ich die Aeußerung auch in der von einem polnischen Blatte berichteten Form getan, nämlich: „Die werden nach dem Kriege e i n f a c h a u s z i e h e n m ü s s e n." Ich habe von der deutschen Sozialdemokratie und der Sozialdemokratie überhaupt nur an einer Stelle meiner Rede gesprochen.

Herr Wolf erzählt dann, was er nun in Teschen gesagt haben will, und das wäre dies: „Wenn diese künftige deutsche Mehrheit im österreichischen Parlament für uns einen Wert und volle Sicherheit haben solle, so müsse dafür gesorgt werden, daß möglichst alle Mandate der deutschen Wahlbezirke in die Hand von Männern kommen, die national verläßlich und niemals geneigt sind, sich jüdischer Führung zu fügen. Zu diesem Zwecke werde bei den nächsten Wahlen eine starke und zielbewußte Zusammenfassung aller deutschbürgerlichen politischen Kräfte notwendig sein." Genau so zurückhaltend und diplomatisch pflegt sich der Herr Wolf in geschlossenen Versammlungen seiner Leute auszudrücken. Besonders drollig ist seine Annahme, daß just ihm niemand doch bramarbasierende Aeußerungen zutrauen werde. Ganz gewiß, bramarbasiert hat Herr Wolf noch nie. Man beachte übrigens die Aehnlichkeit der Mitteilung in dem polnischen Blatte mit unserem Bericht. Wir haben ganz selbstverständlich Herrn Wolf nichts „angedichtet". Wir haben herzlich wenig Interesse für seine Versammlungen und Reden und hätten gar nicht gewußt, daß Herr Wolf in Teschen war. Aber e i n T e i l n e h m e r a n d e r V e r s a m m l u n g hat uns über sie berichtet und den Wortlaut der Aeußerung genau so angegeben. Und der hätte doch — weiß Gott kein Interesse, für Herrn Wolf zu bramarbasieren. Es unterliegt für uns also keinem Zweifel, daß Herr Wolf so gesprochen hat, wie er jetzt nicht gesprochen haben will.

Arbeiterzeitung 6./IV. 1917

Wo ist der Herr Sylvester?

Am 23. Oktober 1916 hatte der Präsident des Abgeordnetenhauses die Vertreter aller Parteien um sich versammelt, um ihre Meinung über die Einberufung des Reichsrates zu vernehmen. Alle Redner sprachen sich grundsätzlich für die Einberufung aus und Herr Dr. Sylvester übernahm es, der Regierung es zur Kenntnis zu bringen. Was hat der Präsident seither gemacht? Gar nichts! Seither ist Koerber gekommen und gegangen, die Regierung Clam-Martinic gekommen; der Präsident des Abgeordnetenhauses kümmert sich aber um gar nichts. Man hat den Eindruck, er hat das Parlament vergessen ...

Alle Welt spricht von der Notwendigkeit einer Reform der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses. Wer wäre berufener, den Entwurf auszuarbeiten, als der Präsident? Der Präsident muß doch das Haus kennen. Er muß wissen, was es braucht und was es verträgt; er vor allem hat die Mängel des heutigen Verfahrens am genauesten kennen gelernt und wieder er kennt doch auch am besten die Psyche des Hauses, weiß also, was man ihm zumuten kann, was es aber nicht vertrüge. Wer ist berufener, den Vorschlag zu machen, als der Präsindent? Er verkörpert doch die Autorität des Hauses selbst und von ihm nimmt jeder gern an, daß er die Reform nur von dem Gesichtspunkt der Gesundung des Hauses betrachtet und vollziehen will. Was hätte also der Präsident zu tun? Selbst einen Entwurf auszuarbeiten und die Parteienvertreter zu versammeln, um ihnen den Entwurf vorzulegen, klarzustellen, zu empfehlen! Was tut unser Präsident? Gar nichts! Für ihn, den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, existiert die Frage der Geschäftsordnung einfach nicht! Er wartet darauf, was die hohe Regierung zu tun belieben werde. Wir möchten wetten, daß die Regierung, die jetzt über einem neuen Entwurf brütet, weder bei der „Fertigstellung" des ersten noch bei der Beratung ihres zweiten Entwurfs ihn auch nur gefragt hatte. Wie für Sylvester die Geschäftsordnungsreform, so existiert für die Regierung der Präsident des Abgeordnetenhauses nicht!

Man ist so an diese Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewöhnt, nämlich an ihre Kraft- und Marklosigkeit, an ihren Mangel an Mut, Würde und Selbstbewußtsein, daß von ihnen nichts mehr überrascht, auch dieses nicht, daß die Geschäftsordnungsreform, die ganz und gar in die autonome Befugnis des Abgeordnetenhauses fällt und für die schon nur Vorschläge zu entwerfen von einer nichtparlamentarischen Regierung ein Uebergriff ist, nicht von dem Präsidenten des Hauses, sondern von der Regierung betrieben wird; auch dieses nicht, obwohl es wohl die größte Ungeheuerlichkeit scheint, die überhaupt zu denken ist. Was geht das den Herrn Präsidenten an, daß sich die Regierung mit der Sache beschäftigt? Das berührt ihn nicht und könnte ihn nicht stören; im Gegenteil, das hätte ein Anlaß mehr für ihn sein müssen, die Sache kräftig in die eigene Hand zu nehmen. Hätten wir einen Präsidenten, einen Mann, so hätte er der Regierung ruhig gesagt: Ihr Minister, mischt euch doch nicht in Sachen, die euch nichts angehen; seid froh, wenn ihr mit euren eigenen Angelegenheiten fertig werdet! Die Geschäftsordnung mache ich, und ich lasse mich in der Erfüllung meiner Pflicht von niemandem beunruhigen. Ich werde einfach die Sache selbst in die Hand nehmen, den Entwurf ausarbeiten und die Parteien auf ihn zu einigen versuchen! So hätte ein Mann gesprochen und so ein Mann auch gehandelt. Dann wäre die Regierung natürlich nie auf den unsinnigen Gedanken gekommen, dem Abgeordnetenhause die Ordnung seines inneren Verfahrens aufdrängen zu wollen, und hätte ihre Hände von einer Sache gelassen, die sie nichts angeht und in die sie sich, nach allen Regeln des parlamentarischen Vertrauens, nicht einzumischen hat.

Wir erwarten von Herrn Sylvester, daß er das Versäumnis noch in letzter Stunde gutmacht. Er schiebe die unzuständigen Reformer einfach beiseite, verbinde sich mit den sachkundigen Leuten von allen Parteien — allzuviele sind es ohnedies nicht — und arbeite den nötigen Entwurf aus, einen Entwurf, wie ihn das Haus braucht und verträgt. Dabei wird ihn die Zustimmung des ganzen Hauses begleiten und auch die öffentliche Meinung, die die Bevormundung des Parlaments durch eine hohe Regierung mit dem größten Mißmut wahrnimmt und längst es verlangt, daß sich das Parlament auf eigene Füße stelle. Das erste, was not tut, ist, daß es von seiner eigenen Angelegenheit jeden Eingriff fernhalte!

Fremdenblatt
7./IV. 1917

Die Frage der Sonderstellung Galiziens.

Das Elaborat des Polenklubs fertiggestellt.

Die parlamentarische Kommission des Polenklubs unter Vorsitz des Obmannes Dr. R. v. Bilinski und in Anwesenheit der Reichsrats-Abgeordneten Abrahamowicz, Daszynski, Diamand, Glombinski, Halban, Kendzior, Lasocki, Löwenstein, Leo, Steinhaus und Staslowicz, des Herrenhausmitgliedes Goluchowski und des Ministers Bobrzynski hat Donnerstag den 5. d. die Beratungen über das Elaborat betreffend die Sonderstellung Galiziens zum Abschluß gebracht, worauf eine Debatte abgeführt wurde, in welcher die Ergebnisse der Beratungen resumiert und die taktischen Richtlinien für die weitere Aktion bestimmt wurden. Dabei ist man übereingekommen, daß die Mitglieder der parlamentarischen Kommission vom 13. d. angefangen in Wien versammelt bleiben, um erforderlichenfalls jederzeit zu Beratungen zusammentreten zu können.

Von führender Seite wird den „Polnischen Nachrichten" mitgeteilt: Als endgiltiges Ergebnis der im Polenklub seit Mitte Dezember v. J. andauernden Erörterung der Sonderstellungsfrage muß die einmütige Erkenntnis bezeichnet werden, wonach als Korrelat der Erweiterung der politischen Landesautonomie die Gewährung einer solchen wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit gilt, welche die kulturelle Entwicklung des Landes im finanziellen und wirtschaftlichen Interesse des Staates gewährleisten würde. Dieser Gesichtspunkt ist für die Beurteilung der Frage der Sonderstellung für den Polenklub allein maßgebend.

Illustr. Wr. Extrablatt

Neue Freie Presse Abendbl 29
7/10. 1917

Bezeichnung der beiden Staatsgebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Bei der noch zur Zeit der Regierung Kaiser Franz Josefs I. im Jahre 1915 erfolgten Regelung der Wappenfrage wurde zum erstenmal der Name „Oesterreich" auf Cisleithanien, sohin auf die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder, angewendet. Nun ist durch Zirkularverordnung des Kriegsministeriums vom 4. April 1917 bezüglich der Bezeichnung Oesterreichs und Ungarns im schriftlichen Dienstverkehr der Militärbehörden verfügt und im Normalverordnungsblatte vom 7. April d. J. folgendes bekanntgegeben worden:

Nach Mitteilung des k. k. und des k. u. Ministerpräsidenten lautet die Bezeichnung der beiden Staatsgebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie:

a) für das österreichische Staatsgebiet: „Oesterreich" oder „die österreichischen Länder";

b) für das ungarische Staatsgebiet: „die Länder der ungarischen heiligen Krone".

Diese Bezeichnungen haben von nun an im schriftlichen Dienstverkehr ausschließlich Anwendung zu finden.

Die Zeit
8./IV. 1917
31

Osterfrieden im Innern?

Vom **Staatssekretär a. D. Bernhard Dernburg**
(Berlin).

Muß um das preußische Wahlrecht gekämpft werden?

Das Bekenntnis des preußischen Ministerpräsidenten zu einer baldigen und gründlichen Reform des preußischen Wahlrechtes im Abgeordnetenhaus hat sämtliche politischen Parteien im Parlament und Presse zur Stellungnahme veranlaßt. Sie war, wie zu erwarten, freudig auf der Linken, unwillig und bedenklich auf der Rechten, aber nirgends ist die Berechtigung der Forderung vollständig abgelehnt worden, ja selbst die konservativen Ultras des preußischen Herrenhauses haben ihre prinzipielle Geneigtheit deutlich ausgesprochen. Das ist ein gewaltiger Fortschritt, denn noch im vergangenen Jahre hat sich die konservative Fraktion der beiden Häuser des Landtages strikt ablehnend verhalten. Nun geht der Kampf um den Umfang der zu gewährenden Abänderungen und um den Zeitpunkt, an dem sie eingeführt werden können. Herr v. Bethmann, der den Gedanken der Stärkung des deutschen politischen und völkischen Lebens durch den Aufstieg der Tüchtigsten, auch aus den Massen, wiederholt ausgesprochen hat, wird diesen nur verwirklichen können, wenn die Reform weit hinausgreift über das, was die preußische Regierung im Jahre 1909 vorgeschlagen hat und was ein so unrühmliches Ende nahm. Will er tatsächlich dem ganzen preußischen Volk bis hinein in die breiten Massen die Freude an der lebendigen Mitwirkung im Staatsleben ermöglichen und das auch dort mit schöner Kraft im Kriege aufgetretene Staatsbewußtsein und die Empfindung für die Verpflichtung jedes ernsthaften erwachsenen Preußen, an den öffentlichen Dingen mitzuarbeiten, festigen, so muß er ein sehr liberales Wahlrecht zur Durchführung bringen. Daß er das will, unter Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit und gegenüber jedem Widerstand, darüber hat seine Rede vom 14. März keinen Zweifel gelassen, aber er steht auf dem Standpunkt, daß mit Rücksicht auf den zu erwartenden Kampf die Reform bis nach geschlossenem Frieden verschoben werden müsse, weil er mit Recht der Meinung ist, daß innere Erschütterungen in der gegenwärtigen Lage des Krieges nicht ungestraft herbeigeführt werden können. Demgegenüber sind viele ernsthafte Politiker der Ansicht, daß aus Gründen der inneren wie der äußeren Politik mit der Reform nicht gezögert werden sollte, weil nach Abschluß des Krieges in Deutschland an Reich und Einzelstaaten, ebenso wie an Kommunen, Aufgaben herantreten müssen, die nur in Einigkeit und Uebereinstimmung zu lösen sind, aber so dringend auftreten werden, daß die Zeit, die für eine Wahlreform doch auch gefunden werden muß, überhaupt nicht da sein wird. Nach außen aber besteht ein Zusammenhang zwischen der Erreichung eines günstigen Friedens und dem Vertrauen auf liberale Einrichtungen in dem preußischen Eckpfeiler des deutschen Reichsbaues, ein Zusammenhang, den der Kanzler im Reichstag angedeutet hat, als er die russischen Vorgänge zuerst, die Frage des preußischen Wahlrechtes im Anschluß daran besprach.

Die Kraft der Bewegung nach einer alsbaldigen Wahlreform nimmt täglich in der Presse zu, und sie findet ihren Niederschlag in der Kommission, die der Reichstag mit überwältigender Mehrheit für verfassungsrechtliche Angelegenheiten niedergesetzt hat, welcher Kommission auch der freisinnige Antrag auf die Einführung des Reichstagswahlrechtes in den Einzelstaaten als erster Verhandlungsgegenstand überwiesen worden ist. Der Kanzler hat ausdrücklich erklärt, daß er diesen Dingen zurzeit eine Beihilfe nicht leisten werde, und es ist ein gewisser Gegensatz zwischen ihm und der Reichstagsmehrheit daraus entstanden, wenn man auch bei dem Ansehen, das er bei dieser genießt, unmittelbar unerfreuliche Folgen nicht wird befürchten müssen. Dagegen muß dieses Vorgehen des Reichstages in Preußen bittere Empfindungen auslösen und vermutlich den Widerstand da, wo er seinen Hauptsitz hat, vergrößern. Es ist etwas daran, daß sich das preußische Souveränitätsgefühl auch in den Einzelpersonen sträuben muß, wenn gewissermaßen von außen ein Druck, zunächst preußische Dinge in gewisser Richtung zu regeln, ausgeübt wird. Bei der bisherigen Haltung der Konservativen ist es ja begreiflich, daß dieses Mittel gewählt worden ist, ja, es schien überhaupt kein anderer Weg vorhanden; die Empfindung bleibt nichtsdestoweniger.

Wenn man nun auch in allen Parteien über die Notwendigkeit der Abänderung des Wahlrechts sich einig ist, so ist man dies keineswegs hinsichtlich des Umfanges dieser Abänderung. Sozialdemokratie und Freisinn verlangen das Reichstagswahlrecht schlechthin, in der nationalliberalen Fraktion sind die Meinungen offenbar geteilt, und das Bekenntnis des Zentrums zu diesem Wahlrecht war, wenigstens bei der letzten Reformvorlage, doch nur ein theoretisches. Freikonservative, die die Wahlreform mit ziemlicher Entschiedenheit verlangen, suchen einen vermittelnden Weg, während die Konservativen sich nicht ausgesprochen haben, aber offenbar doch über ein Minimum nicht hinausgehen wollen. Die Sozialdemokratie geht soweit, die Oktroyierung des Reichstagswahlrechtes in Preußen durch die Krone vorzuschlagen. Dieser Weg wäre durchaus unerwünscht. Gewiß, große Veränderungen im konstitutionellen Leben der Staaten haben gewöhnlich einen revolutionären Ausgang und Ursprung; sie lassen sich meistens ohne eine Vergewaltigung der bisherigen Machthaber nicht durchführen, aber die Grundlage, auf der ein oktroyiertes Recht liegen würde, wäre doch für seinen Fortbestand nicht unbedenklich. Je stärker man die Notwendigkeit konstitutioneller Zustände betont, um so stärker muß man Methoden vermeiden, die damit nicht das mindeste zu tun haben. Wer eine unmittelbare Durchführung einer Wahlreform verlangt, muß sich darüber klar sein, daß heute eine solche nur auf dem Wege eines Kompromisses vorgenommen werden kann; im Frieden, wenn man Zeit hat, wenn ein frischer, fröhlicher Wahlkampf nur zur Belebung der inneren Politik führt, hat es weniger Bedenken, wenn die Gegensätze bis zum letzten Akt durchgeführt werden, wenn eine oder zwei Auflösungen des Parlaments erfolgen und der ganze umfangreiche Apparat politischer Wahl- und Stimmungsmache in Bewegung gesetzt wird. Das ist heute, darin wird man dem Reichskanzler recht geben, nicht möglich, in einer Zeit, in der ein sehr großer Teil der Wähler im Felde steht, und wo die letzte Muskel angespannt werden muß für die tägliche Abwehr eines gewaltigen und auf Deutschlands Vernichtung bedachten Feindes. Zu solcher Zeit wird man eher zu einem Notgesetz greifen als zu anderen Zeiten, und für die Durchkämpfung parteipolitischer Dogmen bleibt kein Raum.

Die Regierung hat offenbar den Gedanken eines Pluralwahlrechtes noch nicht aufgegeben, jedenfalls wird sie am leichtesten auf diesen Boden treten. Daß wir ein allgemeines, direktes und geheimes Wahlrecht haben müssen, unterliegt keinem Zweifel. Trotz mancher theoretischer Vorzüge ist die öffentliche Stimmenabgabe heute nicht durchführbar und oft mit einem Gewissensdruck verknüpft. Es bleibt also die Frage nach dem gleichen Wahlrecht. Selbst sehr demokratische Länder, wie zum Beispiel England in seiner neuen, gerade jetzt einzubringenden Wahlrechtsvorlage, halten ein Pluralwahlrecht aufrecht, nur muß es so eingerichtet sein, daß es eben nicht privilegierte Kreise, Stände und Vermögensstufen schafft, sondern sich mehr auf dem Boden bewegt, daß

Neue Freie Presse

8/IV. 1917

34

Der vernewerte Ausgleich mit Ungarn.

Vom Reichsratsabgeordneten Dr. Otto Lecher.

Wien, 7. April.

Der Krieg ist an keinem Gebiete unseres staatlichen Lebens spurlos vorübergegangen; er hat auch unsere Vorstellungen über den Ausgleich mit Ungarn wesentlich berichtigt. Bis in die letzten Jahre hin galt es ungefähr für ausgemacht, daß Geld mächtiger sei als Ware; daß in der Einräumung einer offenen Tür für den Verkäufer eine Vergünstigung liege; daß die Einfuhr fremder Erzeugnisse klugerweise zu kontrollieren und nach Tunlichkeit zu erschweren sei. Zwar hat es immer Idealisten gegeben, welche das Verhältnis Oesterreichs zu Ungarn großzügiger und einheitlicher auffaßten, aber das waren eben Idealisten und die separatistische Entwicklung der Dinge ging über sie hinweg. 1907 endlich landeten wir bei dem „Handels- und Verkehrsvertrag", der das „Zoll- und Handelsbündnis" ersetzte; bei den zwei selbständigen, nur von einer einheitlichen Zollgrenze umgebenen Zollgebieten, die an Stelle des gemeinsamen einheitlichen Zoll- und Handelsgebietes traten; bei der automatischen Zolltrennung, die mit Beginn 1918 von selbst auflebt, falls eine Erneuerung des Handels- und Verkehrsvertrages bis Ende 1917 nicht stattfindet.

Solchen und ähnlichen Tendenzen hat die Kriegserfahrung widersprochen. Sie rückte den Konsumenten in den Vordergrund. Nicht in der Abschließung gegen den wechselseitigen Import wird das Heil erblickt. Wer Güter besitzt, darf sie nicht allein liefern, er muß sie auch liefern. Das Zollgebiet wird in der öffentlichen Vorstellung durch das Wirtschaftsgebiet, dieses durch das Konsumgebiet ersetzt. Wenn es früher für staatsmännisch galt, sich gegenseitig vorzurechnen, welch schätzbare Kundschaft man sei, kann sich jetzt der Erzeuger selten enthalten, gegenüber dem Verbraucher — und zahle dieser noch so splendid — die Protektormiene aufzusetzen.

Die Aushungerungspolitik unserer Feinde hat der Volkswirtschaft im Kriege eine neue und erhöhte Bedeutung verliehen. Neben die militärische Kraft ist sie als ebenbürtige Schwester getreten. Damit ist auch jene Frage entstanden, die da lautet: Wenn das Kriegswesen eine staatsgrundgesetzlich Oesterreich und Ungarn gemeinsame Angelegenheit ist, warum sollen die für die Großmachtstellung der Monarchie nicht minder wichtigen wirtschaftlichen Angelegenheiten von getrennten Kompetenzen abhängig bleiben? Warum sollen sie lediglich nach periodisch neu zu vereinbarenden gleichen Grundsätzen zu behandeln sein? Beim Militär die pragmatische Einheit, bei der Wirtschaft die Trennung? Ist es so schroffer Widerspruch haltbar?

Die Vereinbarung solcher Grundsätze ist keine ganz leichte Sache. Diese Vereinbarung und gewisse finanziell Abmachungen, darunter die Bestimmung der Quote, bilde den wirtschaftlichen Ausgleich. Die bisnun alle zehn Jahr erfolgende Erneuerung hat ein Großteil der politischen Kraft der beiden Donaustaaten verzehrt und uns den Namen de „Monarchie auf Kündigung" eingetragen. Die betreffende Kämpfe bewirkten nicht allein eine beklagenswerte Entfremdung zwischen Zis und Trans. Sie wurden auch im Auslande mißverstanden und als Zerfallerscheinung mißdeutet. Sie erschütterten das geschäftliche Vertrauen, welches auf der Stabilität der Zollpolitik beruht, und hinderten viele Investitionen.

Die zwiespältige Entwicklung des Wirtschaftslebens der Monarchie hatte noch andere üble Folgen. Im Dualismus behält von den beiden Partnern immer jener Recht der am längsten Nein sagen kann. Es kam darauf an unbefriedigte Forderungen zu schaffen, die man als Kompensationsobjekte zu verwenden hoffte. Zwischen ganz heterogene Dinge wurden solcherart von der Staatskunst Junktims geknüpft. Derlei Requisite des Ausgleichskampfes kamen nicht allein bei den periodischen Erneuerungsverhandlungen, sondern auch später bei der praktischen Durchführung der getroffenen Vereinbarungen zur Anwendung. So wurde ein Zustand der Unsicherheit permanent. Man versuchte diesem neuen Uebel durch Loyalitätsklauseln, Nachtragsprotokolle und Geheimpakten, in denen erst gesagt ist, wie eine Vertragsbestimmung eigentlich in Wahrheit gemeint sei, abzuhelfen. Man verstrickte sich immer mehr.

Am 24. Februar d. J. haben die beiden Regierungen in Wien und Budapest kundgemacht, daß die seit längerer Zeit gepflogenen Verhandlungen, betreffend die Regelung der Zoll- und Handelsbeziehungen zwischen Oesterreich und den Ländern der ungarischen Krone für die Zeit vom 1. Januar 1918 an insoweit zu einem vorläufigen Ergebnis geführt haben, als nunmehr der Einleitung handelspolitischer Verhandlungen mit dritten Staaten, insbesondere mit dem Deutschen Reiche, kein Hindernis im Wege stehe. In Ungarn hatte die Regierung rechtzeitig den Fachvereinigungen Gelegenheit zur Aeußerung gegeben. Nicht so in Oesterreich. Auch hatte der ungarische Ministerpräsident wiederholt Veranlassung genommen, den Reichstag über prinzipielle Fragen aufzuklären und auf diese Weise die Fühlung mit der Oeffentlichkeit des Landes aufrechtzuerhalten. Ein paralleles Vorgehen in Oesterreich vermissen wir. Um so höher ist die Arbeit einzuschätzen, welche die handelspolitische Zentralstelle in Wien aus eigenem Antriebe geleistet hat und die in den den Weg weisenden Beschlüssen vom 24. Mai 1916 gipfelt. An der Spitze dieser Richtlinien steht eine Forderung, von deren Durchführung sich die Zentralstelle eine fundamentale Besserung des Verhältnisses zwischen Oesterreich und Ungarn, eine radikale Behebung der vorstehend geschilderten Uebelstände verspricht; es ist die Pragmatisierung des wirtschaftlichen Ausgleiches.

Damit wird eine staatsrechtliche Rangerhöhung der österreichisch-ungarischen Handelspolitik angestrebt. Sie soll aus der Reihe der bloß nach von Zeit zu Zeit zu vereinbarenden Grundsätzen zu behandelnden Gegenstände ausgeschieden und in die Reihe der dauernd gemeinsamen Materien aufgenommen, also dem Kriegswesen und dem Aeußern gleichgestellt werden. Ihre Vertretung nach außen hätte der gemeinsame Minister des Aeußern zu versehen, dem in einer entsprechend auszugestaltenden Zoll- und Handelskonferenz ein zollparlamentähnliches Organ zur Seite stände. Ferner soll dauernd festgelegt werden, daß die „beiden Staaten ein einheitliches Wirtschaftsgebiet darstellen".

Die vorstehenden Thesen haben das Verdienst, lebhaft und lange, insbesondere aber in der Kriegszeit schwer empfundenen Uebelständen energisch an den Leib zu rücken. Einen öffentlichen Mangel klar aufgedeckt und der Allgemeinheit zum Bewußtsein gebracht zu haben, ist unter allen Umständen wertvoll, selbst wenn man sich in betreff des Vorschlages, wie er vor dem Krieg beitrat, [illegible]

Frankfurter Zeitung

8/IV. 1917

8

36

Die innerpolitische Erneuerung.

N Berlin, 7. April. (Priv.-Tel.) In einer Sondernummer des „Reichsanzeigers" wird folgender Erlaß des Kaisers an den Reichskanzler und Präsidenten des Staatsministeriums Herrn v. Bethmann Hollweg bekannt gegeben:

Noch niemals hat sich das deutsche Volk so fest gezeigt wie in diesem Kriege. Das Bewußtsein, daß sich das Vaterland in bitterer Not befand, übte eine wunderbar versöhnende Kraft aus, und trotz aller Opfer an Blut draußen im Felde und schwerer Entbehrungen daheim ist der Wille unerschütterlich geblieben, für den siegreichen Endkampf das Letzte einzusetzen. Nationaler und sozialer Geist verstanden und vereinigten sich und verliehen uns ausdauernde Stärke. Jeder empfand: was in langen Jahren des Friedens unter manchen inneren Kämpfen aufgebaut war, das war doch der Verteidigung wert.

Leuchtend stehen die Leistungen der gesamten Nation in Kampf und Not vor meiner Seele. Die Erlebnisse dieses Krieges um den Bestand des Reiches leiten mit erhabenem Ernste eine neue Zeit ein. Als dem verantwortlichen Kanzler des Deutschen Reiches und ersten Minister meiner Regierung in Preußen liegt es Ihnen ob, den Erfordernissen dieser Zeit mit den rechten Mitteln und zur rechten Stunde zur Erfüllung zu verhelfen. Bei verschiedenen Anlässen haben Sie dargelegt, in welchem Geiste die Formen unseres staatlichen Lebens auszubauen sind, um für die freie und freudige Mitarbeit aller Glieder unseres Volkes Raum zu schaffen. Die Grundsätze, die Sie dabei entwickelten, haben, wie sie wissen, meine Billigung. Ich bin mir bewußt, dabei in den Bahnen meines Großvaters, des Begründers des Reiches, zu bleiben, der als König von Preußen mit der militärischen Organisation und als deutscher Kaiser mit der sozialen Reform monarchische Pflichten vorbildlich erfüllte und die Voraussetzung dafür schuf, daß das deutsche Volk in einmütigem ingrimmigem Ausharren diese blutige Zeit überstehen wird.

Die Wehrmacht als wahres Volksheer zu erhalten, den sozialen Aufstieg unseres Volkes in allen seinen Schichten zu fördern, ist von Beginn meiner Regierung an mein Ziel gewesen. Bestrebt, in fest gewahrter Einheit zwischen Volk und Monarchie dem Wohle der Gesamtheit zu dienen, bin ich entschlossen, den Ausbau unseres innerpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, so wie es die Kriegslage gestattet, ins Werk zu setzen.

Noch stehen Millionen Volksgenossen im Felde. Noch muß der Austrag des Meinungsstreites hinter der Front, der bei einer eingreifenden Verfassungsänderung unvermeidlich ist, im höchsten vaterländischen Interesse verschoben werden, bis die Zeit der Heimkehr unserer Krieger gekommen ist und sie selbst am Fortschritt der neuen Zeit mit raten und taten können. Damit aber sofort beim glücklichen Ende des Krieges, das — wie Ich zuversichtlich hoffe, nicht mehr fern ist — das Nötige und Zweckmäßige auch in dieser Beziehung geschehen kann, wünsche Ich, daß die Vorbereitungen unverweilt abgeschlossen werden.

Mir liegt die Umbildung des preußischen Landtages und die Befreiung unseres gesamten innerpolitischen Lebens von dieser Frage besonders am Herzen. Für die Aenderungen des Wahlrechts zum Abgeordnetenhause sind auf meine Weisungen schon zu Beginn des Krieges Vorarbeiten gemacht worden. Ich beauftrage Sie nunmehr, mir bestimmte Vorschläge des Staatsministeriums vorzulegen, damit bei der Rückkehr unserer Krieger diese für die innere Gestaltung Preußens grundlegende Arbeit schnell im Wege der Gesetzgebung durchgeführt wird. Nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege ist nach meiner Ueberzeugung für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr. Der Gesetzentwurf wird ferner unmittelbare und geheime Wahl der Abgeordneten vorzusehen haben.

Die Verdienste des Herrenhauses und seine bleibende Bedeutung für den Staat wird kein König von Preußen verkennen. Das Herrenhaus wird aber den gewaltigen Anforderungen der kommenden Zeit besser gerecht werden können, wenn es in weiterem und gleichmäßigem Umfange als bisher aus den verschiedenen Kreisen und Berufen des Volkes führende, durch Beachtung ihrer Mitbürger ausgezeichnete Männer in seiner Mitte vereint.

Ich handele nach den Ueberlieferungen großer Vorfahren, wenn ich bei Erneuerung wichtiger Teile unseres festgefügten und sturmerprobten Staatswesens einem treuen, tüchtigen und hochentwickelten Volke das Vertrauen entgegenbringe, das es verdient.

Ich beauftrage Sie, diesen Erlaß bald bekannt zu geben.

Großes Hauptquartier, den 7. April 1917.

Wilhelm I. R.

— — v. Bethmann Hollweg.

Reichspost
8. IV. 1917

37

Ein Eingriff in die Landesautonomie.

Die Steuerzuschläge für die k. k. Krankenanstalten in Wien und Prag.

Von Landesausschuß Hermann Bielohlawek.

Die §-14-Verordnung vom 13. März d. J., mit welcher die Einhebung von Steuerzuschlägen zur teilweisen Deckung der mit dem Betriebe der Wiener k. k. Krankenanstalten und des k. k. Allgemeinen Krankenhauses in Prag verbundenen Auslagen verfügt wurde, kann nicht tritt los hingenommen werden, weil sie, ohne zwingenden Grund erlassen, dem klaren Wortlaute der Reichs- und Landesverfassungsgesetze schroff widerspricht, die Grundlagen der autonomen Finanzwirtschaft angreift, und daher von den Ländern und Gemeinden nicht ohne entschiedene Verwahrung hingenommen werden kann und wird. Der vielberufene § 14 des Staatsgrundgesetzes über die Reichsvertretung bestimmt wörtlich, daß nur Anordnungen, „zu welchen verfassungsmäßig die Zustimmung des Reichsrates erforderlich ist", wenn sich die dringende Notwendigkeit ergibt, durch kaiserliche Verordnung getroffen werden können. Die Einhebung von Steuerzuschlägen überhaupt, insbesondere aber zur Erhaltung von Krankenanstalten von Wien und Prag bedarf jedoch zweifellos nicht der Zustimmung des Reichsrates, sondern der betreffenden Landtage; der Reichsrat ist hiefür nicht zuständig. Es kann mithin auf Grund des § 14 keine Verfügung über Steuerzuschläge getroffen werden.

Dazu kommt aber noch etwas anderes. Die Verfechter einer Ausdehnung des staatlichen und Einschränkung des autonomen Wirkungskreises können hier ein wirkliches Schulbeispiel staatlicher Verwaltung betrachten, aus welchem sie etwas lernen sollten. Niemand bestreitet, daß Humanitätsanstalten bei den heutigen Lebensmittelpreisen mit ihren regelmäßigen Einnahmen nicht ausreichen können; deshalb hat auch die niederösterreichische Landesverwaltung für ihre zahlreichen großen Anstalten Erhöhungen der Verpflegstaxen vorgenommen und der Landesausschuß hat solche Erhöhungen auch den Krankenanstalten der niederösterreichischen Städte bewilligt. Aber alle diese Erhöhungen hielten sich in bescheidenen Grenzen, weil die Landesverwaltung einsah, daß es nicht angehe, die Lasten, welche durch den Krieg hervorgerufen wurden, in so hohem Maße auf die ohnehin stark in Anspruch genommene Bevölkerung abzuwälzen. Sowohl das Land wie auch die niederösterreichischen Städte, vor allem die Reichshauptstadt Wien, tragen einen großen Teil der durch die Teuerungsverhältnisse erwachsenen Mehrauslagen ihrer Humanitätsanstalten selbst, in der Hoffnung, den Abgang nach dem Kriege durch Ersparnisse wieder hereinzubringen. Nur die große Staatsverwaltung, welche im ganzen nicht mehr als 10, sage zehn, Krankenhäuser selbst verwaltet, steht beharrlich auf dem Standpunkt, daß dieselben gleich einem Erwerbsunternehmen ihren Betrieb aus den Verpflegskosteneingängen zur Gänze selbst decken müssen und verweigert jeden staatlichen Zuschuß. Sie hat es für angezeigt erachtet, während des Krieges in den Wiener Krankenanstalten eine Taxerhöhung von 68 Prozent (von Kronen 3.20 auf Kronen 5.37) vorzunehmen, und eine weitere Steigerung auf 100 Prozent (Kronen 6.45) wurde nur durch den entschiedenen Widerspruch der Vertreter des Landes und der Krankenkassen verhindert. Und kaum ist noch die Druckerschwärze des Landesgesetzblattes mit der letzten Taxerhöhung trocken geworden, welche der Bevölkerung, den Landesfonds und den Krankenkassen im Vergleich zur Taxe vor dem Kriege eine Mehrbelastung von rund 5 Millionen auferlegt, so greift die Staatsverwaltung die finanzielle Grundlage der autonomen Körperschaften an, indem sie deren hauptsächlichste, ihnen verfassungsrechtlich allein vorbehaltene Einnahmsquelle, die Steuerzuschläge, für sich in Anspruch nimmt, ohne sich darüber mit der Landesverwaltung auch nur ins Einvernehmen zu setzen. Fürwahr, eine merkwürdige Auffassung bei einer Verwaltung von Humanitätsanstalten! Sie läßt ahnen, wie sich die Ausdehnung des staatlichen Wirkungskreises auf die Bereiche der autonomen Verwaltung geltend machen würde!

Und wie verfügt nun die Staatsgewalt über die autonomen Mittel? Sie weiß doch, daß auch die von dem Lande und den Gemeinden verwalteten öffentlichen Humanitätsanstalten große Betriebsabgänge aufweisen, sie weiß, wie schwer den Privatkrankenhäusern, die sie zum Teile selbst benützt (wie zum Beispiel die Kinderspitäler in Wien), die Aufbringung der Beiträge für ihren Unterhalt wird; aber die neuen Steuerzuschläge mit einer Einnahme von mehr als 2 Millionen werden ganz allein und ausschließlich nur für die k. k. Krankenanstalten in Anspruch genommen. Das Land, das bekanntlich für alle armen Wiener und anderen Niederösterreicher sowie für die im Lande verpflegten Ausländer die Krankenverpflegskosten zu bestreiten hat; die Reichshauptstadt, welche ein musterhaftes großes Krankenhaus, das k. k. Jubiläumsspital mit großen Betriebsabgängen verwaltet, also die Stadt, von deren Bewohnern die neue Umlage eingehoben wird; endlich die Landstädte, die ebenfalls unter solchen Lasten seufzen — sie alle bekommen von der neuen Umlage nichts! Wo ist da die verwaltungspolitische Einsicht und das soziale Gerechtigkeitsgefühl der Staatsverwaltung?

Bei diesem Anlasse muß darauf hingewiesen werden, daß ich schon vor einer Reihe von Jahren einen Gesetzentwurf im Landtage eingebracht habe, der eine planmäßige Unterstützung der Krankenanstalten aus öffentlichen Mitteln zum Gegenstande hatte. Es ist sehr zu bedauern, daß dieser Gesetzentwurf unter dem Ansturm verschiedener Gegner wieder verschwand: an der Hand eines solchen Gesetzes wäre es möglich gewesen, unsere öffentlichen Krankenanstalten auf eine gesunde finanzielle Grundlage zu stellen. Gesetzgeberische Eingriffe von der Art der jüngsten §-14-Verordnung zeigen nur wie man es — nicht machen soll.

Es ist selbstverständlich, daß sich der niederösterreichische Landesausschuß in seiner nächsten Sitzung mit den Rückwirkungen der kaiserlichen Verordnung befassen und die einzuleitenden Schritte in Erwägung ziehen wird.

Der Abend
12./IV. 1917

41

Glossen vom Tage.

Die sozialdemokratischen Gemeinderäte haben an den Bürgermeister die Frage gerichtet, ob er geneigt sei, die Augen nicht länger vor den Forderunegn der Zeit zu verschließen und dem arbeitenden Volke endlich zu geben, was sein gutes Recht schon lange ist, im Kriege aber mit ganz besonderem Nachdruck bestätigt wurde: die Mitwirkung aller an der Gemeindeverwaltung durch das allgemeine, gleiche, selbstverständlich unmittelbare und geheime Wahlrecht. Nicht minder soll auch den Frauen ihr gutes Recht werden, indem sie, die so tapfer die gleichen Pflichten auf sich genommen haben, nun auch gleichberechtigt werden sollen. Man darf neugierig sein, wie die Antwort des Bürgermeisters lauten wird; er hat sich in der jüngsten Zeit modernen Auffassungen etwas zugänglicher als sonst gezeigt, als einer der so wenigen, die im Kriege und vom Kriege etwas gelernt haben; nun wird er Gelegenheit haben, zu zeigen, ob das ernst war oder Redensarten zum Fenster hinaus. Hoffen wir! Nicht einmal so sehr im Interesse des Volkes, das man dauernd nicht um sein Recht wird bringen können, sondern zum Vorteil der Ruhe in der Stadt und ihrer Verwaltung.

Mit Neugierde mag man auch der Haltung der Gemeinderäte entgegensehen, die sich die Freisinnigen nennen. Auch für sie kann die jetzt aufgerollte Frage eine wahre Schicksalsfrage werden: ob sie sich dem Begehren der Sozialdemokraten anschließen, kann ja gewiß nicht einen Augenblick zweifelhaft sein. Aber es gibt Liebe und Liebe, und es wird dieses Mal die wahre, ungeheuchelte sein müssen. Hier gibt es kein Diplomatisieren und Politisieren, sondern nur ein Entweder — Oder. Die freisinnige Partei kann gestärkt und verjüngt aus der Angelegenheit hervorgehen, aber auch den letzten Todesstoß erhalten, je nachdem, ob sie offen und mit ganzem Herzen an die Seite der sozialdemokratischen Vorkämpfer tritt oder in den alten verhängnisvollen Fehler der unaufrichtigen Halbheiten zurückfällt. Dafür ist die Zeit aber ganz und gar vorbei. Wir meinen, daß in Zeiten, wo der deutsche Kaiser die Notwendigkeit rückhaltloser Volksmäßigkeit einsieht und bekennt und wo viele Anzeichen darauf hindeuten, daß wir auch in diesem Falle Schulter an Schulter gegen Rückschritt und Standesegoismus kämpfen werden, die Bürgerlich-Freisinnigen im Gemeinderate keinen Augenblick zögern dürfen, wohin Pflicht und Vorteil sie weisen, selbst wenn unerwarteterweise ihr Herz stumm bleiben sollte. Wir hoffen aber, trotz vieler Enttäuschungen, daß es dieses Mal reden werde, denn nur dann wird ihre Mitwirkung an dem großen Werke des gleichen städtischen Wahlrechtes erfolgreich sein. Wir wollen das aber, denn es ist notwendig, daß aus unserer preußischen Wahlordnung endlich eine gerechte, zweckmäßige, wirklich freiheitliche werde.

*

In einem Aufsatz über „Österreichs nächste Aufgaben" in der „Frankfurter Zeitung", dessen größerem Teil auch der Freidenker äußerster Richtung zustimmen kann, sagt Dr. Franz Klein:

„Das Wiederaufleben der während des Krieges eingeschränkten bürgerlichen Freiheiten, auf das man mit wahrer Sehnsucht wartet, wäre selbstverständlich nicht Neuorientierung. Daß der Krieg als seine Friedensergänzung eine volkstümliche Richtung der gesamten inneren Politik erheischt, hat der deutsche Reichskanzler Mitte März dieses Jahres im preußischen Abgeordnetenhause bestätigt. Nur eine Politik der Rechte und Interessen des Volkes kann gemeint sein, wenn der österreichische Minister des Äußern vor kurzem sagte, dem Mittelstande und den breiten Massen gebühre das Hauptverdienst am Kriege und es werde der Tag kommen, an dem die Völker der Monarchie den Lohn für ihr Heldentum erhalten werden. Im gegenwärtigen Kriege vollzieht sich ein Austausch von Herrschaft und Freiheit über die ganze Welt hin. England und Nordamerika nehmen Herrschaftliches in ihr demokratisches Leben und Rußland eignet sich dafür Freiheitliches an. Infolge des Krieges schwingt in Ländern mit übergewichtiger Staatsgewalt das Pendel nach der letzteren Richtung und aus den Erklärungen der beiden Minister ist zu entnehmen, daß auch sie so urteilen ... Eine volkstümliche Politik in Österreich würde wohl auch den bisher davon ausgeschlossenen Klassen das Wahlrecht oder ein besseres Wahlrecht zu den Landtagen und Gemeindevertretungen bringen, und es haben sich, wie schon jetzt in England zutage tritt, die Aussichten der Frauen auf Gewährung von Wahlrecht und Wählbarkeit ebenfalls sehr gebessert. Zum mindesten für die Gemeindevertretungen dürfte man sich auch in Österreich dem nicht verschließen."

*

Die Demokratie ist friedlich; sie muß es ihrem Wesen nach sein, selbstverständlich die wirkliche Demokratie, die das Selbstbestimmungsrecht des Volkes innerhalb der Grenzen freier Ordnung bedeutet, nicht die fälschlich so genannte Demokratie des Großkapitals, in Wahrheit eine Demagogie. Diese friedliche Natur der echten Demokratie zeigt sich in der Meldung, die heute aus Petersburg kommt, daß der Rat der Arbeiter und Soldaten Friedensverhandlungen verlange. Wir waren vom ersten Augenblick angefangen der Überzeugung, daß die Umwälzung in Rußland friedensfördernd sein werde, ein Volk macht nicht Revolution, um nachdrücklicher, als der Zar es tat, Krieg führen zu können. Die Ereignisse scheinen zu bestätigen, was die geschichtliche Erfahrung hoffen ließ. Wenn die wirkliche Demokratie in Rußland stärker ist als die Verbündeten des westlichen Großkapitals, die jetzt noch die vorläufige Regierung in der Hand haben, so werden die friedliebenden Absichten der Mittelmächte, wie sie der Reichskanzler und Graf Tzernin aussprachen, dort drüben keinen Widerstand begegnen. Die Demokratie ist friedliebend, möge ihre äußere Gestalt die der Republik oder monarchisch sein.

Fremdenblatt Abendbl. 12./IV. 1917

17 VI 42

Die Einberufung des Reichsrates.

Eine Mitteilung des Ministers Dr. Urban im Deutschen Nationalverband.

Heute vormittags hielt der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes eine mehrstündige Sitzung ab, an der auch Handelsminister Dr. Urban und Präsident Doktor Sylvester teilnahmen. In der Sitzung wurde neuerlich die innere politische Lage und die Frage der Einberufung des Reichsrates, sowie die Schaffung der Vorbedingungen hiefür eingehend erörtert.

Im Laufe der Debatte teilte Handelsminister Doktor Urban mit, daß der Zusammentritt des Reichsrates für Ende Mai und die Verlautbarung seiner Einberufung vierzehn Tage vorher in Aussicht genommen ist.

Pester Lloyd

12./IV. 1917

Parteitag der ungarländischen Sozialdemokratie.

Eine Friedenskundgebung.

Die ungarländische sozialdemokratische Partei hielt — wie das parteioffiziöse Blatt Népszava mitteilt — während der Osterfeiertage ihren Landeskongreß. Die Tagung erfolgte geheim und nur die Ergebnisse der Beratung werden in dem bezeichneten Blatte heute mitgeteilt. Es waren 28 Provinzorganisationen mit 38 Delegierten und 47 hauptstädtische Organisationen mit 120 Delegierten, sowie die hauptstädtischen Bezirksexekutiven und die Nationalitätenausschüsse durch besondere Delegierte vertreten. Der Parteitag nahm den Bericht der Parteileitung zur Kenntnis, er schuf zur innigeren Ausgestaltung der Beziehung zwischen der Parteileitung und den Parteimitgliedern einen besonderen Parteiausschuß, der Kontrollrechte übt und in gewissen Beziehungen auch Initiativrechte hat. Andere Beschlüsse betrafen den Ausbau der Organisation der Unterrichtswesens, der Presse der sozialdemokratischen Partei. Als vierter Punkt der Tagesordnung des Kongresses war das Thema „Die russische Revolution, der Frieden und die ungarische Arbeiterschaft" gegeben. Eine lebhafte Debatte führte schließlich zur Annahme einer Resolution, die also beginnt:

„Die ungarländische sozialdemokratische Partei, deren Kongreß am 8. April des Jahres 1917 tagt, begrüßt das tapfere russische Proletariat, das mit der Beseitigung des zaristischen Absolutismus nicht nur die eigenen Unterdrücker, sondern alle Tyrannenmächte der Welt tödlich getroffen und damit die Demokratie, den sozialen Fortschritt, die Sache des Friedens in der ganzen Welt wirksam gefördert hat. Der feste Anschluß an die Ideale des internationalen Sozialismus und an die Taktik des Klassenkampfes hat dem russischen Proletariat die Kraft gegeben, so viele seiner politischen Forderungen zu verwirklichen und deshalb begrüßt die sozialistische Arbeiterschaft Ungarns den Sieg, den die russische Revolution über eine der unbarmherzigsten, wenn auch nicht die einzige absolutistische Macht errungen hat. Der Kongreß stellt fest, daß das ungarische Abgeordnetenhaus in einstimmigem Beschluß dagegen protestiert hat, daß die Waffen der ungarischen Truppen durch irgend jemand zur Niederschlagung der russischen Freiheit, zur Erweckung der zaristischen Macht verwendet werden dürften."

Dann führt die Resolution aus, gegenüber dieser Haltung des ungarischen Abgeordnetenhauses müsse auch betont werden, daß dem ungarischen Parlament die Pflicht zukomme, für Recht und Freiheit des ungarischen Volkes einzustehen und namentlich der demokratischen Umwandlung Ungarns alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Der Kongreß erblickt in der Demokratisierung Ungarns nicht nur einen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Verwirklichung berechtigter politischen Aspirationen, sondern auch einen Schritt, der zum Frieden führt, denn die Friedensparteien und Friedenskräfte des revolutionären Rußland müßten besser erstarken, wenn die Friedensbereitschaft Oesterreichs und Ungarns nicht nur durch die höchsten Schichten der Bevölkerung der Monarchie zum Ausdruck gebracht würde. In diesem Sinne fördert der Kongreß die Wiederherstellung der Vereins-, der Versammlungs- und der Preßfreiheit, damit der Friedenswille des ungarischen Volkes bekundet werden könne. Der Parteitag fordert die Veröffentlichung der Friedensbedingungen unserer Monarchie, die Ausschließung jeder gewalttätigen Annexion, sowie jede Behinderung der freien wirtschaftlichen und nationalen Entwicklung der Staaten, er fordert die Anerkennung der obligatorischen internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, sowie des Prinzips der gleichmäßigen und progressiven Abrüstung; der Kongreß verlangt, daß in Staaten, die von mehreren Nationalitäten bewohnt werden, allen Völkern freie wirtschaftliche, nationale und kulturelle Entwicklung gesichert werde. Er tritt ein für das System des Freihandels, für die Oeffentlichkeit des diplomatischen Dienstes und für die Veröffentlichung der Verträge.

Die Resolution schließt mit dem Wunsche, daß das internationale sozialistische Bureau seine Tätigkeit wieder aufnehme, und sie macht es den sozialistischen Arbeitern Ungarns zur Pflicht, den Friedenswillen des ungarischen Volkes im Wege der sozialistischen Organisationen wirksam zu betonen.

Nobbe Wiener Journal

Die Zeit

Abendbl.

13./IV. 1917

45

Generalversammlung des Tschechenklubs.

KB Prag, 13. April. Der Tschechenklub hielt gestern abends unter dem Vorsitz des Herrenhausmitgliedes Mattus seine diesjährige Generalversammlung ab. In dem Jahresbericht, den der Vorsitzende erstattete, wurde zunächst des verblichenen Kaisers Franz Josef gedacht. Sodann begrüßte der Vorsitzende mit warmen Worten die Thronbesteigung Kaiser Karls, von dem sich trotz der verhältnismäßig kurzen Zeit seiner Regierung sagen lasse, daß sich selten ein Herrscher in allen Schichten der Bevölkerung wegen seines Eingreifens in die Regierungsaktionen im Interesse der Gerechtigkeit und des öffentlichen Wohles solche Sympathien erworben habe, wie unser junger Herrscher. (Lebhafter Beifall.) Der Jahresbericht begrüßt schließlich die Errichtung des Nationalausschusses und des Tschechischen Verbandes. Nach Vornahme der Wahlen, bei denen Dr. Mattus abermals zum Vorsitzenden gewählt wurde, gab auf Anregung des Herrenhausmitgliedes Krizik die Versammlung durch lebhaften Beifall ihrer Freude über die vor kurzem erfolgte Auszeichnung ihres Vorsitzenden Ausdruck, worauf dieser mit dem Wunsch erwiderte, daß die bisherige erfreuliche Uebereinstimmung zwischen ihm und dem Tschechenklub auch weiterhin bestehen bleiben möge.

13/IV. 1917

46

Wehe dem Tisza!

In einem wilden Sturm, der an die erregtesten Zeiten des ungarischen Parlamentarismus gemahnt, ist heute der ungarische Reichstag vertagt worden. Kaum war die Sitzung eröffnet, wurde der Ministerpräsident mit den leidenschaftlichsten Rufen überschüttet. Graf Tisza hatte ansonsten ein probates Mittel bereit, um die Erregung gegen ihn zu beschwören: er ließ seine Hausknechte aufmarschieren und die warfen die oppositionellen Abgeordneten einfach zum Saale hinaus. Aber es scheint, daß für diese Tiszasche Methode, die Geister, die er rief, zu beschwichtigen, nun die Zeit vorüber ist: Graf Tisza konnte sich vor dem tobenden Sturm nur durch die Flucht retten; erst wurde die Sitzung zweimal unterbrochen und dann wurde die Vertagung ausgesprochen. Zum erstenmal verkörpert die Opposition wider Tisza eine demokratische Forderung: die nach einer volkstümlichen Wahlreform, gegen die sich der Oligarchenhäuptling bekanntlich mit seiner ganzen eisenstirnigen Beschränktheit stemmt. Diesmal stammt die Erregung nicht aus den kleinlichen Kulissenvorgängen, an denen der ungarische Parlamentarismus so überreich ist; vielmehr ist die Opposition der Ausdruck des Unwillens, der Erbitterung, die das ganze ungarische Volk ergriffen hat, da es müde ist, sich von einem Tisza das Maß seiner politischen Entwicklung, seiner politischen Freiheit und Unfreiheit vorschreiben zu lassen. Das allgemeine Wahlrecht her! Darauf waren die leidenschaftlichen Zurufe gestimmt, die den Tisza in die Flucht zwangen, in eine Flucht, die mit der Wegschaffung des Reichstages wohl noch lange nicht abgeschlossen ist. Mag es nur eine Minderheit sein, die heute im Abgeordnetenhause die Forderung nach der Wahlreform erhob, hinter der Forderung steht doch das ganze ungarische Volk, das sich von der Oligarchenherrschaft bedrückt und entwürdigt fühlt; stehen alle Völker Ungarns, die unter der Ueberherrschaft der privilegierten Schicht einer einzigen Nation seufzen und leiden. Die oppositionelle Minderheit wäre unvermögend gewesen, den Tisza in die Flucht zu schlagen, wenn ihre Forderung nicht von der lebendigen Kraft des Volkes genährt würde.

Es scheint unmöglich, daß Graf Tisza, in dem sich in dem Grafenland die oligarchische Herrschsucht am reinsten behauptet hat, am Ruder bleibe. Während des ganzen Krieges ist Graf Tisza angerufen worden, doch zu begreifen, daß das gewaltige Erlebnis des Weltkrieges auch in Ungarn nicht ohne politische Wirkungen bleiben könne. Für diese Forderung hat er nur Hohn gehabt. Für den Tisza war der Weltkrieg im Grunde nur eine Episode: wenn er vorüber, werde es so sein, wie es war, wie es sein müsse, wenn die ungarische Weltordnung nicht außer Rand und Band geraten soll. Die Krieger werden aus den Schützengräben, die so viel Blut getrunken haben, heimkehren und ergeben und demütig dorthin treten, wohin sie gehören: an den Pflug, in die Werkstätten und Fabriken, in die Laden und Comptoirs; an der politischen Machtverteilung, an der staatlichen Willensbestimmung aber werde und dürfe sich nichts ändern. Das Gewimmel unter dem Grafen Tisza: wie sollte es Rechte beanspruchen, wie Macht verlangen können? Der Graf Tisza, den eine zwar unerforschte, aber sicherlich gütige Vorsehung dem Ungarland geschenkt hat, wird für die Massen, die das Vaterland gerettet haben, natürlich sorgen, versteht, sich „väterlich" sorgen; aber man komme ihm nur nicht mit absonderlichen Einfällen von dem Selbstbestimmungsrechte der Menschen, von ihrem Rechte, mitzusprechen, mitzubestimmen, mitzuentscheiden; das würde dem Staate nicht frommen und ihnen nicht nützen. Denn sie sind ja zu unreif, zu unwissend, um beanspruchen zu können, daß auch auf ihren Willen wie sich der ungarische Reichstag bilden soll, so ist die ungarische Nation, vor deren Willen wir uns sonst ehrfürchtig zu beugen haben, ungebildet, unreif, unbrauchbar; und ihren Willen in unverfälschter Weise einzuholen wäre für die ungarische Staatlichkeit die allergrößte Gefahr! In Wahrheit war das ungarische Parlament, allem seinen feierlichen Firlefanz zu Trotz, in den letzten Jahren nur das Feigenblatt für den Absolutismus des Grafen Tisza; er hat in dem Lande, wenngleich durch das Medium des Parlaments, so geherrscht, wie nur ein absoluter Monarch herrschen kann. Wäre es sonst denkbar gewesen, daß er sich der Forderung nach einer Wahlreform, die der Herzenswunsch des gesamten ungarischen Volkes ist, zu deren Notwendigkeit sich nun auch die Koalitionsgrafen bekennen, die an dem Verrat der Fejervary-Kristoffyschen Ideen keinen geringen Anteil haben, daß er sich ihr mit einer dreisten Anmaßlichkeit widersetzen wird, als wäre er, weil er über die zusammengeschwindelte Parlamentsmehrheit verfügt, der ungekrönte Herr und Gebieter über Land und Volk in Ungarn? In dem Grafen Tisza hat sich das oligarchische Bewußtsein, die Vorstellung von der providentiellen Mission der Oligarchie in Ungarn am schroffsten verkörpert. Deswegen mußte er in Widerspruch mit der neuen Zeit geraten, die sich in der ganzen Welt ankündigt und auch in Ungarn ihren Einzug halten will und halten muß. Der Graf Tisza, der vor gar nicht langer Zeit der Mächtigste in Oesterreich-Ungarn schien, ist unmöglich geworden.

Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht versteht! Dieses Wort des deutschen Reichskanzlers gilt für alle, die berufen sind, die Geschicke der Völker zu lenken; und an dem Grafen Tisza, der, der wahren staatsmännischen Einsicht ermangelnd, unfähig war, die Flammenzeichen, die von den Trümmerstätten des Krieges weit in die Lande rauchen, zu verstehen, und der, des echten sittlichen Charakters entbehrend, die Sehnsucht des leidenden und darbenden Volkes nicht mitempfindet, an dem Grafen Tisza hat sich das Mahnwort Bethmann Hollwegs unwiderruflich erfüllen müssen. Der Vorstellung von den Auserwählten, die uns zu regieren haben und denen wir gehorsamen müssen, dieser Vorstellung, die den Herrschenden die gewohnte und traute war, den Beherrschten die unvermeidliche und nicht zu beseitigende schien, der hat der Krieg ein Ende gemacht. Das Volk will frei sein, will seine Geschicke selbst in die Hand nehmen, will sich nicht mehr gängeln und bevormunden lassen. Und an diesem ehernen Willen wird aller Widerspruch zu Schanden. Die Vertagung des Reichstages, in dem Tisza geherrscht hat, kann nur bedeuten, daß diese Herrschaft zu Ende geht. Die Wahlreform, die dem Volke gibt, was des Volkes ist, muß auch in Ungarn kommen; und überall, wo die Bastionen des Unrechtes noch ragen, werden sie geschleift werden. Freiheit und Selbstbestimmung heischt das Volk, und es wird sie überall erringen.

Arbeiterzeitung
14./IV. 1917

Erweiterung des Gemeindewahlrechtes.

Ein vierundzwanzigliedriger Ausschuß wird eingesetzt. — Auch die Frauen sollen das Wahlrecht bekommen. — Eine Vorlage schon in Arbeit.

Das wichtigste Vorkommnis in der gestrigen Gemeinderatssitzung war die Anfrage der sozialdemokratischen Gemeinderäte wegen Erweiterung des Wahlrechtes in den Gemeinderat und die Antwort, die der Bürgermeister darauf gab. Dr. Weiskirchner trat der in der Anfrage ausgesprochenen Meinung voll bei. Er nannte es ein Gebot der Billigkeit, den heute noch Ausgeschlossenen oder denen, die nur in beschränktem Maße mitwirken konnten, einen „stärkeren Einfluß" auf die Zusammensetzung der Gemeindeverwaltungskörper einzuräumen. Wir wollen annehmen, daß hinter dieser Bezeichnung „stärkeren Einfluß" nicht wieder neues Unrecht lauert. Die Sozialdemokraten wünschen nicht einen stärkeren Einfluß der bisher mißachteten Wählerschaften, sie wünschen für sie den gleichen Einfluß. Jedem Bürger gleiche Pflicht, jedem Bürger aber auch gleiches Recht und gleiches Recht auch den Frauen. Auch das hat Dr. Weiskirchner nicht mit voller Klarheit ausgesprochen, aber wenn der Bürgermeister sagte, daß dabei auch „die Frage des Frauenwahlrechtes zu behandeln sein werde", so soll dies als ein erster Schritt abseits von den alten Wegen verzeichnet werden. Die Frauen, deren Rat während des Krieges Tag um Tag gehört wird und gehört werden muß, werden diese Willenskundgebung des Bürgermeisters schon richtig zu erfassen verstehen. Der Bürgermeister ist von der Notwendigkeit überzeugt, daß die bisherige Gemeindeverfassung Wiens geändert werde, und schon in der nächsten Sitzung des Gemeinderates wird ein vierundzwanzigsiedriger Ausschuß eingesetzt werden, der die Vorschläge des Magistrats zu prüfen haben wird. Möge dieser Ausschuß, dem natürlich alle Parteien angehören werden, gut beraten sein und das Wahlrecht für die Gemeinde so erweitern, daß wirklich alle Bürger und Bürgerinnen dieser Stadt gleichen Anteil an ihrer Entwicklung und Verwaltung nehmen können! Mehr Segen könnte auf keinem Beschluß liegen als auf diesem.

Sonst gab es noch eine Reihe von Angelegenheiten des Tages zu erledigen, die indes in ihrer Bedeutung gegen dieses Ereignis weit in den Hintergrund traten.

Arbeiterzeitung 14./IV. 1917

Wahlreform für Wien.

Der Bürgermeister hat die Frage der sozialdemokratischen Gemeinderäte sofort beantwortet: er stellte in der heutigen Sitzung des Wiener Gemeinderates den Antrag, aus der Mitte des Gemeinderates einen Ausschuß von vierundzwanzig Mitgliedern zu bestellen, der über die Neuordnung der Gemeindeverfassung und des Gemeindewahlrechtes beraten soll. Der Antrag des Bürgermeisters wurde einstimmig angenommen; die Wahl des Ausschusses, dem Vorlagen, mit denen sich der Magistrat bereits beschäftigt, zugehen werden, wird in der nächsten Sitzung des Gemeinderates vorgenommen werden. Damit ist die Frage der Reform der Verfassung der Stadt Wien in aller Form auf die Tagesordnung gestellt und, wie anzuerkennen ist, in einer Weise, die eine ersprießliche Lösung durchaus möglich macht. Es wird nun auf den Ernst des Bürgermeisters und auf den guten Willen seiner Partei ankommen, um der Reichshauptstadt den Ruhm zu sichern, die großen demokratischen Notwendigkeiten, die sich aus dem Weltkrieg zwingend ergeben, als die erste große Körperschaft erkannt und erfüllt zu haben.

Der Bürgermeister hat dem Antrag eine Begründung [illegible] die wohl die Notwendigkeit bekennt, „allen Staatsbürgern für die vielen und unsäglichen Opfer, die sie in diesem unseligen Weltkrieg bringen mußten, einen stärkeren Einfluß auf die Zusammensetzung der öffentlichen Vertretungskörper einzuräumen und zu diesem Zwecke das Wahlrecht auf eine breitere Grundlage zu stellen", sich aber darüber, wie dieser „stärkere Einfluß" herbeigeführt werden soll, jeder Andeutung enthält. Aber wir wollen nicht bezweifeln, daß dem Bürgermeister das Unrecht, das die gegenwärtige Gemeindeverfassung an den breiten Massen des Volkes verübt, in seiner ganzen Schwere und Schärfe bewußt ist und er sich fortan der Ueberzeugung nicht verschließen will, daß die Reform, um den Forderungen der Gerechtigkeit nur halbwegs zu entsprechen, tief und gründlich einsetzen muß. Es reicht aus, darauf hinzuweisen, daß die Sozialdemokratie in dem Gemeinderat, der ein sehr großer Körper ist, auf ein paar armselige Mandate gewiesen ist — nicht etwa, weil sie eine kleine entwicklungsunfähige Partei wäre, die im Volke keine Wurzeln geschlagen hat, sondern im Gegenteil, weil sie eine große, sich stetig entwickelnde und von Wahl zu Wahl wachsende Partei ist. Der Widerspruch des Wiener Wahlrechtes gegen die Gebote der Gerechtigkeit liegt darin, daß die Zahl unserer Wähler ständig steigt, die Wählerzahl aber in dem „allgemeinen" Wahlkörper gleichsam eingefangen wird, so daß den Massen in diesem Käfig die Möglichkeit der Entwicklung völlig benommen ist. Dadurch wird das Wiener Wählen vorweg um den redlichen, gesunden Wettbewerb gebracht; was der eigentliche Sinn des Wählens ist und bleiben soll, nämlich die Erneuerung und Auffrischung des Blutes, machen die auf den Vorrechten des Besitzes aufgebauten Wahlkörper zunichte. Wir wollen alte Rechnungen nicht aufmachen und sind, da eine neue Zeit anheben soll, durchaus geneigt, über die alten schweren Konflikte, die sich an die Wiener Wahlreformen und an alle Wahlen in Wien knüpfen, das Buch zu schließen. Dazu ist freilich von nöten, daß sich auch die Christlichsozialen zu jener Höhe erheben, auf der Wahlreformen nicht ausschließlich vom Gesichtspunkt der Parteiinteressen betrachtet werden, wo mit einer Wahlreform nicht der alleinige Zweck verfolgt wird, die Macht der herrschenden Partei zu verankern. Herr Weiskirchner würde sich um die Stadt, deren erster Bürger er ist, ein wahrhaftes Verdienst erwerben, wenn er diese alte böse Vergangenheit abschließen und das politische Leben, in das durch die parteiischen Wahlreformen, durch die parteiische Handhabung der im Wahlkataster konzentrierten Befugnisse so viel Giftstoff hineingetragen wurde, zu entgiften sich bereit zeigen würde. Das würde dem Gemeinderat nur Nutzen bringen und dem ganzen Gemeinwesen nur frommen.

Der Gemeinderat muß weit mehr, als er es ist, ein Spiegelbild des gesamten Volkes werden, wenn er die Fülle der großen Aufgaben, die vor ihm stehen, meistern soll. Aus der Demokratie strömt eine gewaltige schöpferische Kraft hervor; das hat der Weltkrieg wohl selbst den verstocktesten Zweiflern klargemacht. Denn nur in der Demokratie kann alles, was in der Gesamtheit an Begabung, Tüchtigkeit, Hingebung vorhanden ist, gesammelt und zur schaffenden Tat vereinigt werden. Wenn wir die Opfer überwinden ollen, die uns der Krieg zu tragen gezwungen at, wenn diese förmliche Ausblutung des Gellschaftskörpers wettgemacht werden soll, so muß in erneuerndes Schaffen und Aufbauen von nten auf begünnen, dessen Notwendigkeit nur die emokratie zu begreifen und das nur die Demokratie leisten vermag. Um das leisten zu können, was zu isten das ernsteste Gebot der Stunde ist, muß der iener Gemeinderat, dessen Aufgaben nach dem Kriege ier unübersehbar sind, auf eine wahrhaft demoatische Grundlage gestellt werden; nur aus dieser nigen Verknüpfung mit dem gesamten Volke werden m fruchtbare Kräfte erwachsen. Deshalb, und nicht oß aus dem sittlichen Grundsatz, daß große Leistungen n Anspruch auf Rechte geben, ist das Wahlrecht der auen so bedeutsam geworden; der Gemeinderat m ganz einfach auf die Mithilfe, auf die itarbeit der Frauen nicht mehr verzichten. Das Frauenwahlrecht ist nicht bloß ein Recht der Frauen, die sich durch die ganze harte Prüfung des Krieges so wunder bar bewährt haben, deren Heldentum wir alle Dank und Bewunderung schulden; es ist nicht minder auch eine Notwendigkeit für den Gemeinderat, dem viel fehlen würde, wenn er weibliche Einsicht und weibliches Mitgefühl weiter entbehren müßte.

So wollen wir den Tag, an dem der Wiener Gemeinderat diesen Beschluß faßte, als einen in der Geschichte der politischen Entwicklung dieser Stadt erfreulichen Tag begrüßen. Vor allen Bürgern Wiens ist heute ein Versprechen abgelegt worden; und wir wollen, alle Enttäuschungen der Vergangenheit vergessend, glauben und hoffen, daß es ehrlich und rechtschaffen erfüllt werden wird.

Reichspost 14./IV. 1917

Tisza.

Wien, am 13. April.

Als heute das Kaiserpaar nach Budapest fuhr, wartete Ministerpräsident Graf Stefan Tisza in Preßburg auf den Hofzug, um alsbald dem Monarchen noch während der Fahrt einen politischen Bericht erstatten zu können. Das ungarische Abgeordnetenhaus ist gestern unter bewegten Szenen vertagt worden und es lag dem Kabinettschef daran, den Herrscher zu unterrichten, bevor ihn die mannigfachen Eindrücke der ungarischen Hauptstadt umgeben werden.

Die Zustände sind keine durchaus erfreulichen. Das ungarische Parlament hat in den schwersten Zeiten des Weltkriegsanfanges eine imponierende Geschlossenheit gezeigt. Wenn diese Einheit auch in den Angelegenheiten des Krieges und der auswärtigen Politik nicht beirrt worden ist, so stören die innerpolitischen Unstimmigkeiten, die die Ruhe der ungarischen Oeffentlichkeit trüben, doch das Bild, das die Monarchie in diesen Zeiten nach außen geben muß. Man hat sich in Ungarn mit Recht etwas zugute darauf getan, daß der ungarische Parlamentarismus bisher während des Krieges sozusagen der Ausdruck konstitutioneller Einrichtungen in der Monarchie gewesen ist, aber gerade deshalb ist es weniger als je gleichgültig, wie die Beschaffenheit dieses Parlamentes und der in ihm aufscheinenden Zustände ist.

Graf Stefan Tisza hat die Natur eines Kraftmenschen, nichts an ihm ist mittelmäßig, er pflegt alles mit der Bewegung des Athleten zu erledigen. Auch seine Gegensätze und Widersprüche zur Opposition. Etwas mehr gelassene Sanftmut und überzeugende Milde wären häufig mehr, aber das liegt ihm nicht. Er hält die bis zur Härte gesteigerte Unnachgiebigkeit für ein stärkeres Mittel der Politik, und es ist zuzugeben, daß sich sein unsterbliches Verdienst, die Wehrreform und damit die Verteidigungsfähigkeit der Monarchie für den sich ankündigenden Weltkrieg in Sicherheit gebracht zu haben, auf diese eiserne Härte gründet, mit der er damals im ungarischen Parlamente die Obstruktion zu Boden warf. Sicher hat mancher von denen, die damals von der Parlamentswache aus dem Saale des Abgeordnetenhauses geführt wurden, seitdem ihm hundertmal schon im Stillen für diese Tat gedankt, die es verhinderte, daß ein innerpolitischer Zwist Ungarns zu einer nationalen und gesamtstaatlichen Katastrophe wurde.

Aber jede Taktik eignet sich nicht für jede Zeit und alle Verhältnisse, und was in einer Bestandslage Ungarns und der Monarchie das Rechte war, das ist von recht zweifelhaftem Wert, wo ohne diese Gewalt, ohne diese eigensinnige Beharrlichkeit eine glatte Ordnung unschwer herzustellen wäre. Die ungarische Opposition war jetzt während des Krieges, da die Zusammenfassung der Kräfte sich von selbst nahe legte, zu einem Koalitionskabinett erbötig. Entgegenkommen in der Frage der Wahlreform hätte die Verständigung erleichtert. Doch Graf Stefan Tisza will nicht. Er hat eine sehr persönliche Meinung über die Wahlreform, die Ungarn nottue, — die Meinung seiner Parlamentsmehrheit ist dabei nicht von Wichtigkeit — und diese seine Anschauung verteidigt er mit der Tapferkeit eines unüberwindlichen Doktrinärs. Außer ihm gibt es kein Gesetz. Allah ist groß und Stefan Tisza ist sein Prophet, das ist der wichtigste politische Grundsatz in allen Handlungen des Mohammed von Geszt. Nicht um alle Welt hätte er zugegeben, daß bei dem Einbruch der Rumänen nach Siebenbürgen die Verwaltung schlimme Versäumnisfehler begangen habe; und als man ihm im Abgeordnetenhause Dokumente vorhielt, die von unseren Militärbehörden in Serbien aufgefunden, mehrere der von ihm in Kroatien begünstigten serbischen Politiker schwer kompromittierten, da plaidierte er lieber mit unhöflicher Geschmacklosigkeit für die politische Naivität des Generalstabes, um die Glaubhaftigkeit der Beweismittel in Frage zu stellen, bevor er gegen die minderwertigen Werkzeuge seiner Politik in Kroatien die Konsequenzen gezogen hätte. Stefan Tisza ist gewiß kein Liebhaber der Baron Rajacic, Surmin, Lorkovic und Svetozar Pribicevic, die für den Belgrader Verschwörerverein Narodna Odbrana in Kroatien Gelder sammelten, sich in widerrechtlichen Besitz von amtlichen Chiffreschlüsseln setzten und auf der Agramer Vertrauensmännerliste des Ministerpräsidenten Pasic standen, aber es genügt, daß er diese Männer bisher für seine Politik verwendete und daß man ihm nun nachweist, daß er sich dabei Unwürdiger bedient habe, um ihn wie einen gereizten Löwen aufspringen und die Vertrauensmänner des Herrn Pasic verteidigen zu lassen.

Große Fragen beschäftigen die Monarchie. Wir wissen nicht, wann der Friede kommt, aber daß er auch plötzlich wie der Kriegsausbruch kommen kann, das wissen wir. Eine Unsumme von wichtigen Fragen, zum Teil von solchen, von deren guter Lösung es abhängt, ob das Ende des furchtbaren Krieges der gebrachten Opfer wert wird, steht dann mit einem Male zur Beantwortung vor uns. Niemand wird uns dann noch Zeit geben, unter uns noch bestehende Unklarheiten und Differenzen beizulegen; nur durch die Festigkeit des wohlüberlegten und einmütigen Wollens werden wir dann in entscheidenden Stunden der Verhandlungen das uns Wichtige durchsetzen können. Man muß mit Sorge an diese vielleicht schon recht nahe Zeit denken, wenn man aus den innerpolitischen Vorgängen Ungarns wahrnimmt, wie wenig bei Graf Stefan Tisza überzeugende Beweisgründe gelten, wo er mit einer schon gefaßten Meinung auf den Plan tritt. Es ist keine Einmischung in ungarische Dinge, wenn man hievon spricht, denn es waren wiederholt Angelegenheiten, die gemeinsamer Natur, mitunter sogar mehr in das Interesse Oesterreichs neigend waren, in denen Graf Tisza sein doktrinäres Nein den Ueberzeugungen aller, auch hervorragender ungarischer Staatsmänner entgegensetzte.

Der Einzelne, der auf sich gestellt ist, wird mit herber Kraft Interesse und Sympathie wecken; derjenige, der in einer Zeit der größten Schicksalsschwere die Verantwortung für die Zukunft eines Staatswesens teilt, wird ebenso kräftig als klug sein müssen. Der Wunsch, einen solchen Mann an der Spitze zu besitzen, beschäftigt heute Ungarn, nicht nur die Opposition, sondern auch die Mehrheit der Regierungspartei.

Österr. Volkszeitung
14./IV. 1917

Tagung der Kärntner Alldeutschen.

Der Verein der Alldeutschen in Kärnten hielt am 4. d. M. in Klagenfurt eine Mitgliederversammlung. Vorsitzender Bahnadjunkt K. Göttlich machte unter allgemeinem Beifall über die vom Verein bezüglich des deutschen Schulwesens in Triest unternommenen Schritte Mitteilung. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde die Frage der Einberufung des Reichsrates erörtert und die vom Ausschusse des Vereins bereits früher veröffentlichte diesbezügliche Kundgebung genehmigt. Einen breiten Raum nahm die Erörterung über die Neugestaltung Oesterreichs ein, wobei auf die Forderungen der deutschen Osterbegehrschrift hingewiesen, weiter die Beseitigung der Landesautonomie und die Vereinfachung und Verbilligung der staatlichen Verwaltung überhaupt verlangt wurde. Dagegen sei an der Städteautonomie festzuhalten, jedoch die Schaffung von Berufsbürgermeistern und eigens vorgebildeten Gemeindeamtmännern ins Auge zu fassen. Fachlehrer Prugger gab die Losung nach neuen Männern aus, deren Tun weniger vom klügelnden Verstande und mehr von der sieghaften Kraft völkischen Eigennutzes geleitet sein müsse. Abg. Dr. Angerer stellte in Aussicht, daß der Verein sich in der nächsten Mitgliederversammlung mit der schwierigen Frage der Errichtung einer Provinz Südösterreich befassen, außerdem am 15. d. M. in Villach eine öffentliche Vereinsversammlung abhalten werde. Auch des Abg. Dr. Wichtl wurde gedacht, der die Vorgänge in der Depositenbank in Versammlungen auf das schärfste gegeißelt und das Eingreifen der Behörde verlangt habe, eine Forderung, die im Kranzprozeß endlich ihre Erfüllung fand. Abg. Dr. Angerer erklärte zum Schlusse: Die tatsächliche Lage erfordere heute ein einmütiges Zusammengehen aller deutschen Parteien beim Neuaufbaue des Staates.

Arbeiterzeitung
14./III. 1917

Oesterreich marschiert an der Spitze der Demokratie!

Das versichert uns heute die „Reichspost". Hören wir einen Augenblick zu; es ist zu drollig:

Haben wir nicht demokratischere Einrichtungen als alle, die jetzt ringsum mit ihrer Demokratie großtun? Wahr ist, daß wir in Oesterreich in Bezug auf demokratische Einrichtungen an der Spitze marschieren und daß die Völker der westlichen Republiken noch lange sich fortentwickeln dürfen, bis sie so weit sind, wie wir. Die paar Schönheitsfehler und Rückständigkeiten in den Wahlordnungen mancher Landtage und Gemeinden sind Ausnahmserscheinungen, welche die Allgemeinerscheinung nicht zu verdunkeln vermögen, sondern nur sie bestätigen... Nicht der Mangel an Freiheit und Demokratie, sondern im Gegenteil ihre schier unbegrenzten Möglichkeiten bei Kriegsausbruch haben zu einem bürokratischen Interregnum geführt ... Genuß demokratischer Güter und Einrichtungen, mit denen Oesterreich ausgestattet ist wie kaum ein anderer Großstaat der Welt... Oesterreich allen voran — sei das tägliche Preislied eines jeden Oesterreichers...

Also, wenn in dem „Preislied" überhaupt ein Sinn ist, so anscheinend der: Wir sollen beseligt sein, daß wir demokratische „Einrichtungen" haben, aber nur ja nicht so unbescheiden, daß wir von ihnen Gebrauch machen wollten. Also marschieren wir in der Demokratie „an der Spitze", weil wir ein Parlament haben; daß man sich, weder im Frieden noch im Kriege, um den Reichsrat einen Pfifferling schert, bedeutet natürlich gar nichts und die „Westler" werden sich noch lange fortentwickeln müssen, bevor sie „so weit sind wie wir", nämlich beim § 14. Können wir nicht stolz sein, daß wir siebzehn Landtage haben; wo gibt es derlei in dem verrotteten Westen? Daß sie alle längst verschollen sind und die wichtigsten und großen längst verscharrt, das sind eben wieder nur Schönheitsfehler! Wir haben Geschworne für politische Delikte; können wir uns also nicht sehen lassen? Daß wir aber dem Militärgericht „überwiesen" wurden — was in Ungarn nicht, nicht einmal in Bosnien geschah —, beweist eben, daß uns nur die Fülle der demokratischen Einrichtungen stört. Das ist ja der eigentliche Krebsschaden, die „unbegrenzten Möglichkeiten" unserer Freiheit, weshalb man mit den Möglichkeiten so gründlich aufgeräumt hat. Welche „unbegrenzte Möglichkeiten" bietet zum Beispiel die staatsgrundgesetzlich „verbürgte" Freiheit der Meinungsäußerung? Weshalb es not tut, sie durch die absolute Konfiskationsbefugnis im Frieden, durch den noch absoluteren weißen Fleck im Kriege zu begrenzen! Doch wozu den Preis- und Meistersänger der „unbegrenzten Möglichkeiten" mit Beispielen erläutern! In Wahrheit könnte man daran, daß in dem Hauptblatt einer Partei, die eine Volkspartei sein will, dieser Artikel erscheinen konnte, schon ausreichend erkennen, daß in Oesterreich überhaupt jedes Gefühl für Demokratie erloschen ist. Denn es ist nicht anders, als ob jemand schmierige Lumpen preisen wollte, weil er die „unbegrenzte Möglichkeit" hat, in Seide zu gehen, als ob sich jemand der Ketten, die er trägt, rühmen wollte, weil er die „unbegrenzte Möglichkeit" hat, im Aether zu fliegen! Daß wir die Institutionen haben und jeder auf ihnen herumtrampeln kann, ist ja eben der Beweis, wie unfrei wir sind und wie der antidemokratische Geist hier herrschend ward.

Neues Wiener Tagblatt Abend
14./IV. 1917
53

Graf Czernin an den Bürgermeister von Wien.

Wien, 14. April. In Erwiderung auf die in der gestrigen Gemeinderatssitzung erfolgte Kundgebung des Bürgermeisters der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien hat der Minister des Aeußern Graf Czernin folgendes Schreiben an den Bürgermeister Dr. Weiskirchner gerichtet:

„Euer Exzellenz! Wollen Euer Exzellenz meinen herzlichsten Dank für die Worte entgegennehmen, die Sie an mich gerichtet haben.

Das Bewußtsein, daß die Bevölkerung Wiens und, wie ich glaube, der ganzen Monarchie meine Politik billigt, gibt mir die Sicherheit, auf dem eingeschlagenen Wege fortzuschreiten. Das furchtbare Drama des Weltkrieges nähert sich seinem Ende. Und dieses Ende wird ein für die Monarchie ehrenvoller Friede sein, weil die Völker Oesterreich-Ungarns in fast dreijährigem Ringen bewiesen haben, daß sie niemals zu besiegen oder zu vernichten sind. Vor ihrer Kraft und Größe verblaßt der Heroismus der Antike. Die heutige Generation wird in der Geschichte fortleben. Noch die Geschlechter ferner Jahrhunderte werden mit Ehrfurcht und Bewunderung von jenen sprechen, welche in dem furchtbarsten Kriege aller Zeiten Dasein und Ehre der Monarchie erfolgreich verteidigt und deren Entwicklung für alle Zukunft gesichert haben.

Arbeiterzeitung

15/IV. 1917

Versammlung in Ottakring.

Am letzten Mittwoch fand im Ottakringer Arbeiterheim eine gut besuchte Vereinsversammlung des Wahlvereines statt, in der Abgeordneter David über: Die Sozialdemokratie, das Parlament und die bürgerlichen Parteien sprach. Der Redner führte folgendes aus: Die Völker Oesterreichs sind ohne jeden Einfluß auf ihre Geschicke. In allen Ländern waren die Abgeordneten in der Lage, über das zu sprechen, was das Volk bedrückt. Wir mußten mit verschränkten Armen dastehen und konnten nicht zum Worte kommen. Wie kommt es, daß wir unter solchen Verhältnissen zu leben gezwungen waren? Mangelt uns etwa der Verstand hiezu, oder besteht vielleicht eine Gefahr für den Staat, wenn wir über das sprechen, was das Volk braucht? Das ist gewiß nicht der Fall! Nur die Bequemlichkeit der Regierung trägt die Schuld dafür, daß sich bei uns derartige Verhältnisse geltend machen konnten. Von dem Grafen Stürgkh, der immer ein Feind des Volkshauses und der Demokratie gewesen ist, haben wir nichts anderes erwartet, wohl aber von dem Grafen Clam-Martinic. Er war es doch, der im Verein mit anderen Mitgliedern des Herrenhauses von der Regierung Stürgkh die Einberufung des Parlaments verlangte. Später dann, als er zur Regierung berufen wurde, erklärte er am 24. Dezember 1916, daß er es als das Ziel der Regierung betrachte, das verfassungsmäßige Leben in Oesterreich wiederherzustellen. Auch der junge Kaiser erklärte, daß er möglichst bald den Eid auf die Verfassung vor dem versammelten Reichsrat ablegen wolle. Seitdem sind Monat vergangen, aber weder der Wunsch des Volkes noch der des Kaisers ist in Erfüllung gegangen. Wie kann man ein solches Vorgehen vor dem Volke verantworten? Während des ganzen Krieges hat es mit Ausdauer und Zähigkeit alle Not an der Front und im Hinterland getragen und eine Bedürfnislosigkeit an den Tag gelegt, die geradezu bewunderungswürdig ist. Soll der Lohn hiefür darin zu suchen sein, daß man diesem Volke eine Helotenstellung unter allen anderen Völkern in Europa einräumt? Es mag gegangen sein, daß man das Parlament hinderte, während des Krieges seiner Meinung Ausdruck zu geben, man wird es aber nicht hindern können, daß es beim Friedensschluß mitredet. Der Redner bespricht die „Belange" des Deutschen Nationalverbandes und dessen Verhalten zur Einberufung des Parlaments. Auf angebliche Versprechungen des Grafen Stürgkh bauend, wollen sie es durchsetzen, daß ihnen der Reichsrat vollständig ausgeliefert wird. Aber Wolf und sein Anhang wird sich irren, wenn er glaubt, daß es ihm leicht werden wird, die Sozialdemokraten aus dem Parlament hinauszuschmeißen. Denn Sozialdemokraten wirft man nicht so leicht hinaus, ganz abgesehen davon, daß Herr Wolf vollständig vergißt, daß es die Massen, die hinter ihren Abgeordneten stehen, niemals dulden würden, daß eine Hand an ihre Vertreter gelegt würde. Die Christlichsozialen wissen in dieser Zeit nicht recht, was sie tun sollen. Sie schwanken hin und her, weil sie sich nicht offen zu Wolf bekennen wollen. Wenn sie aber auch in der letzten Zeit die Einberufung des Parlaments verlangt haben, so machen sie trotzdem die Mauer für Wolf und seinen Anhang ... Nach einem kräftigen Schlußwort des Abgeordneten Volkert, der den Vorsitz führte, wurde die schön verlaufene Versammlung geschlossen.

Die Sozialdemokraten, die bürgerlichen Parteien und das Parlament.

Folgende Vereinsversammlungen finden statt:

Landstraße. Morgen Montag um 8 Uhr abends im großen Dreher-Saal, Hauptstraße Nr. 97. Referent: Abgeordneter Rudolf Müller.

Margareten. Mittwoch den 18. d. um 1/2 8 Uhr abends im großen Saale des Eisenbahnerheims, Margaretengürtel Nr. 136. Referenten: Friedrich Austerlitz und Abgeordneter Franz Domes.

Mariahilf. Morgen Montag um 3/4 8 Uhr abends im großen Saale des Verbandsheims. Referent: Abgeordneter Karl Leuthner.

Meidling. Morgen Montag im Arbeiterheim, Eichenstraße Nr. 50/52. Referent: Abgeordneter Ludwig Wutschel.

Hernals. Morgen Montag um 1/2 8 Uhr abends in Rossels Gartensalon, Lacknergasse Nr. 12. Referent: Abgeordneter Karl Volkert.

Atzgersdorf. Morgen Montag um 1/2 8 Uhr abends in Bauers Saallokalitäten, Wienerstraße. Referent: Abgeordneter Josef Tomschik.

Klosterneuburg. Heute Sonntag um 3 Uhr nachmittags in Ferstls Bahnhofrestaurant, großer Saal. Referent: Johann Pölzer.

Pottenstein. Heute Sonntag um 1/2 3 Uhr nachmittags in Appels Gasthauslokal. Referent: Abgeordneter Ludwig Bretschneider.

Schwechat. Heute Sonntag um 9 Uhr vormittags im Privatlokal, Brauhausgasse Nr. 2. Referent: Paul Richter.

St. Veit an der Triesting. Heute Sonntag um 9 Uhr vormittags in Kindls Gasthaus. Referent: Abgeordneter Ludwig Bretschneider.

Poster Lloyd

Abendbl

17./IV. 1918

Demission der Minister Dr. Urban und Dr. v. Baernreither.

Aus Wien wird uns telegraphiert: Handelsminister Dr. Urban und der Minister ohne Portefeuille Dr. v. Baernreither, die als Vertreter der deutschen Parteien in das Kabinett eingetreten sind, haben infolge des gestrigen Ministerratsbeschlusses, von der Oktroyierung der Voraussetzungen für die Einberufung des Reichsrats im Hinblick auf die kritischen Weltereignisse abzusehen, ihre Demission gegeben und den Obmann des Deutschen Nationalverbandes hievon in Kenntnis gesetzt.

Es handelt sich, wie bekannt, um das von den deutschen bürgerlichen Parteien geforderte Oktroi der deutschen Vermittlungssprache, der Kreiseinteilung in Böhmen und einer neuen Geschäftsordnung. Die Regierung hat die Erfüllung dieser Forderungen seinerzeit allerdings zugesagt, sie wollte aber wahrscheinlich im jetzigen so schwierigen Zeitpunkte nicht durch ein Oktroi, dem die Slowenen und auch die deutschen Sozialdemokraten entschieden widerstreben, einen Zankapfel in das Parlament werfen, das zu wichtigeren Aufgaben berufen sei. Die deutschen Parteiminister hielten sich indes durch die seinerzeit gemachten Zusagen für gebunden und gaben ihre Demission. Es wird von den deutschen Parteien abhängen, ob diese Demission aufrechterhalten wird, und wenn ja, welchen Einfluß sie auf die gesamte Position des Ministeriums Clam-Martinic haben kann.

In Abgeordnetenkreisen hat der gestrige Ministerratsbeschluß und die sich daran anschließende Demission der Parteiminister tiefen Eindruck gemacht. Die christlichsoziale Vereinigung, deren Obmann Prälat Hauser heute vormittag mit dem Grafen Clam-Martinic konferiert hatte, dürfte den Ministerratsbeschluß schwerlich zu einer gegnerischen Haltung gegen das Kabinett veranlassen. Ein großer Teil des deutschen Nationalverbandes, in erster Linie die deutsche Arbeitsgemeinschaft, dürfte der Ansicht sein, daß in der jetzigen Zeit das Parlament über alles gestellt werden müsse und daß daher auf die Erfüllung der Voraussetzungen nicht zu bestehen wäre.

Eine schroffere Stellung werde aber voraussichtlich der deutschradikale Flügel, der unter Führung der Abgeordneten Wolf und Hummer steht und wahrscheinlich der Obmann des deutschen Nationalverbandes Dr. Groß selbst einnehmen. Ob das Parlament, wie der Ministerrat beschlossen hat, wirklich in der zweiten Hälfte des Monats Mai einberufen werden wird, hängt jetzt einzig und allein von der Haltung der deutschen Parteien ab.

Aus Wien wird uns ferner von unserem Korrespondenten telegraphiert: Bekanntlich hat in der inneren Politik die Frage der Oktrois bestimmter Gesetzentwürfe bis vor kurzem eine große Rolle gespielt. In dieser Situation hat sich insofern eine Aenderung ergeben, als die großen weltpolitischen Vorgänge naturgemäß ihre Rückwirkung auf die innere Politik äußern mußten. Den ganzen Komplex der inneren Fragen wie eine stille Insel zu behandeln, die von den Brandungen des großen politischen Getriebes nicht berührt wird, geht auf die Dauer nicht an. Sicherlich wird, wenn es zu Friedensverhandlungen mit Rußland kommt, die Stimme des österreichischen Parlaments gehört werden und es steht nunmehr fest, daß der Reichsrat im Mai zusammentritt. Die politische Klugheit gebietet es, da man einen arbeitsfähigen Reichsrat braucht, von allen jenen Maßregeln und Oktrois abzusehen, die die Arbeitsfreudigkeit des Parlaments behindern und es in eine Zwangslage versetzen könnten. Hinter den großen Notwendigkeiten des Staates als Ganzen müssen die inneren Angelegenheiten, so dringlich sie auch erscheinen mögen, zurücktreten.

Wie das Neue Wiener Tagblatt meldet, traten die Vorstände des Deutschen Nationalverbandes und der christlichsozialen Partei zu einer Besprechung über die durch die Demission der beiden Minister Dr. Urban und Baernreither geschaffene Situation zusammen. Dem gestrigen Ministerrat, in dem die Neuorientierung der inneren Politik bestimmt wurde, soll auch der Minister des Aeußern Graf Czernin beigewohnt haben.

Aus Prag wird telegraphiert: Die Bohemia schreibt: Man wird die baldigste Einberufung des Parlaments gewiß nicht ohne Freude zur Kenntnis nehmen, zunächst schon wegen der schönen Hoffnung auf die nahe Friedensmöglichkeit, woran das Haus nach besten Kräften mitwirken soll, dann aber auch wegen des darin geäußerten Vertrauens in die Einsicht der Arbeitskraft dieses Parlaments, aber es bleibt bedauerlich, daß jene Staatsnotwendigkeiten, die die Deutschen zu Nutz und Frommen des von ihnen begründeten Staates vertreten, wieder ins Ungewisse zurücktreten.

Das Prager Tagblatt sagt: Es ist mit Gewißheit anzunehmen, daß sich die Volksvertretung Oesterreichs der ungeheuren Pflicht bewußt wird, die sie nun übernehmen muß. Das österreichische Parlament wird allen Sonderwünschen der Fraktionen und Parteiegoismen absagen und sich allein große Aufgaben vor Augen halten müssen. Die Menge erwartet sachliche Arbeit für ein neues, demokratisches Oesterreich.

Narodni Listy führen aus: Das Parlament wird seinen Aufgaben nur dann voll gerecht werden, wenn es sich von einträchtigen ausschließlichen Rücksichten auf große, geschichtliche Aufgaben leiten lassen wird.

Narodni Politika und Venkov äußern sich in ähnlichem Sinne.

Hlas Naroda spricht die feste Hoffnung aus, daß sich das Parlament kleinlichen Zänkereien entziehen und mit neuer Lust zu Beratungen über die Zukunft versammeln wird.

Cech meint: Die Abgeordneten müssen dessen eingedenk sein, daß das Abgeordnetenhaus nur dann den Hoffnungen, die von seiten der Regierung in das Haus gesetzt werden, entsprechen kann, wenn es bereitwillig allen Wünschen der Regierung entspricht, alle ihre Anträge genehmigt und jede Erschwerung dieser Aufgaben vermeidet.

Im Pravo Lidu spricht Abgeordneter Smeral seine Ueberzeugung aus, daß keine verschärfenden nationalen Gegensätze, sondern eine Abschleifung der Spitzen eintreten wird.

Neue Freie Presse

17./IV. 1917

Die Idee von § 14-Verordnungen als Voraussetzung für die Einberufung des Reichsrates.

In den Kreisen der deutschen Parteien haben schon im Herbst 1914 Besprechungen über ein Programm für eine politische Neuordnung in Oesterreich begonnen. Diese Neuordnung sollte die nationalpolitischen und parlamentarischen Schwierigkeiten, die vor dem Kriege zur Vertagung der Beratungen des Abgeordnetenhauses geführt haben, beseitigen. In einer zu Ostern 1915 den politischen Kreisen bekannt gewordenen Programmschrift, die sogenannte Osterbegehrschrift, wurden die im Kreise der deutschen Parteien erörterten Forderungen zum erstenmal systematisch zusammengestellt. Sie umfassen eine Regelung der Sprachenfrage auf Grund der Einführung der deutschen Verkehrssprache, eine Ordnung der nationalpolitischen Verhältnisse hauptsächlich in Böhmen, Einführung von Kreisverwaltungen für den Bereich der staatlichen und autonomen Administration, sodann überhaupt eine Verwaltungsreform, endlich eine Reform der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses. Außer dieser Osterbegehrschrift, welche in außerparlamentarischen deutschen Kreisen, allerdings unter Mitwirkung der Abgeordneten, zustande kam, wurde innerhalb des Deutschen Nationalverbandes ein Programm festgestellt, welches den offiziellen Standpunkt des Nationalverbandes zur Neuordnung der Dinge in Oesterreich zusammenfaßt. In diesem Programm heißt es im Zusammenhang mit den deutschen Forderungen, die im wesentlichen mit den in der Osterbegehrschrift enthaltenen übereinstimmen: „Sofort nach Durchführung der notwendigen Verfassungsänderungen hat der Reichsrat seine Tätigkeit aufzunehmen." Dieses Programm des Nationalverbandes enthielt die erste offizielle Parteierklärung darüber, daß man sich die Verwirklichung der politischen Reformen auf außerparlamentarischem Wege denke. In zahlreichen Parteiversammlungen wurde in der Tat von einem Teile der deutschen Abgeordneten der Standpunkt vertreten, daß die Neuordnung im Wege von Oktrois durchgeführt werden soll. Es wurde erzählt, daß unter dem Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh auch im Schoße der Regierung erwogen worden sei, ob der Weg des Oktrois einzuschlagen sei.

Als nach dem Sturze des Ministerpräsidenten Doktor v. Koerber Graf Clam-Martinic sein Kabinett bildete, wurde in den Kreisen der deutschen Parteien erklärt, daß das Kabinett die Gesetzentwürfe ausarbeiten werde, die dann vor Einberufung des Parlaments im Wege des § 14 eingeführt werden sollen. In der programmatischen Erklärung der Regierung, die am 21. Dezember v. J. veröffentlicht wurde, heißt es: „Die Herstellung voller verfassungsmäßiger Zustände, die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen dazu, die Ebnung des Weges zum Parlament wird das hohe Ziel der Regierung bilden." Nach dieser Erklärung wurden im Sprachgebrauche der politischen Parteien allgemein die „Voraussetzungen" für die Einberufung des Parlaments mit den besprochenen § 14-Verordnungen identifiziert. Dem Eintritte der deutschen Minister Dr. Urban und Dr. Baernreither in das Kabinett gingen Besprechungen im Deutschen Nationalverband voraus. Der Nationalverband faßte nach einem Bericht des Ministers Dr. Urban die nachstehende Entschließung: „Die auf Wunsch der deutschbürgerlichen Parteien geäußerte Bereitwilligkeit des Abgeordneten Dr. Urban zum Eintritt in die zu bildende Regierung, welche dazu bestimmt ist, die Vorbedingungen für eine fruchtbare Arbeit des Parlaments zu schaffen, wird zur Kenntnis genommen und dem Abgeordneten Dr. Urban das fortdauernde Vertrauen ausgedrückt." Die deutschen Minister sind seit dem Bestehen des Kabinetts wiederholt in den Beratungen der deutschen Parteien erschienen und informierten den Nationalverband über den Fortgang der Arbeiten an jenen Entwürfen, die allenfalls die Grundlagen für § 14-Verordnungen bilden sollten.

Neue Freie Presse

17./IV. 1917.

Der Reichsrat ohne die geplanten Verordnungen.

Die Anwendung des Paragraphen Vierzehn für eine neue Geschäftsordnung, für eine Kreisverfassung in Böhmen und für die Staatssprache unterbleibt.

Wien, 16. April.

Die Politik des Deutschen Nationalverbandes ist zu einer Straßenkreuzung gekommen. Die Frage ist zu beantworten, ob auch der Reichsrat verloren gehen solle, weil die Eingriffe zur Befriedigung alter, hundertfach berechtigter Wünsche des deutschen Volkes gegenwärtig aus Rücksichten, die mit dem Frieden zusammenhängen, schwer durchsetzbar sind. Die Sicherung der deutschen Minderheit in Böhmen, die Wiedergabe an den Staat, was er nie hätte verlieren sollen, die Einheit durch die Sprache und die Bürgschaften für die Arbeitsfähigkeit des Hauses, wer könnte die Umrisse dieser Verjüngung von Oesterreich zeichnen, ohne der mühseligen Arbeit von Jahrzehnten zu gedenken, durch welche dieses Ziel hätte erreicht werden sollen. Von den wechselnden Verordnungen vergänglicher Minister geschreckt, haben die Deutschen einen Ausgleich mit der Mehrheit in Böhmen gesucht und den Stein des Sisyphus vergeblich den steilen Berg hinaufgewälzt. Da kam dem Deutschen Nationalverband der Gedanke, daß die Schöpfungen, die das deutsche Volk, die Oesterreich und auch die Monarchie brauchen, von der Hand des Ministerpräsidenten aufgebaut werden sollen. Was die Einigung der Völker nicht bringen konnte, sollte ohne Ausgleich, durch den Paragraph Vierzehn und durch Patente vollstreckt werden. Der Plan ist gescheitert und das Testament des Grafen Stürgkh, von dem erzählt wird, daß er dem Vorstande des Nationalverbandes das Versprechen gegeben habe, diese Verhältnisse außerparlamentarisch zu regeln, wird unerfüllbar bleiben. Deshalb muß die Frage gestellt werden, ob auf den Trümmern dieser Politik auch der Reichsrat zerschlagen werden solle, ob das deutsche Volk nicht eine Stelle brauche, wo die Verfassung den Gedanken und das Wort unantastbar machen und wo nach dreiunddreißig Monaten des Krieges die längst nach Ausdruck ringenden Wünsche und Beschwerden der Wähler vernehmlich werden. Oesterreich will eine rechenschaftslose Politik nicht haben.

Das Volk ist in die Hoffnung auf den Frieden eingesponnen und eine Politik, die sich der lebendigsten Erwartung nicht anpassen wollte, würde sich selbst aufheben. Sie müßte an ernsten Widerständen sich zerreiben und wäre mit dem Vorwurfe belastet, daß sie arm wie Flottwell in Raimunds Verschwender sei, ohne nationale Errungenschaften und ohne den einer großen deutschen Partei im Abgeordnetenhause gebührenden Einfluß vor die Wähler hintrete. Wir haben gelesen, was der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern Graf Czernin am Samstag über den Frieden der großen Welt mitzuteilen hatte. Der deutsche Reichskanzler Herr v. Bethmann Hollweg hat eine ähnliche Kundgebung veröffentlicht und Kräfte sind tätig, deren Bedeutung für die Monarchie, für Deutschland und für alle Mittelmächte sich kaum abschätzen läßt. Die strengste Selbstprüfung ist nötig, ehe in solchen Augenblicken eine aus dem deutschen Volke in Oesterreich hervorgegangene Partei sich entschließt, die Hand gegen das Parlament auszustrecken und durch eine solche Kundgebung gegen die unwägbaren Elemente in der Politik zu handeln, von denen Fürst Bismarck sagte, daß kein Staatsmann sie vernachlässigen dürfe. Im deutschen Volke fehlt sicher die Auffassung nicht, daß die Rechtsbeständigkeit in der Politik ein hohes Gut sei, das von sämtlichen freien Nationen sorgfältig verteidigt wird. Die Feinfühligkeit parlamentarischer Vertretungen in solchen Grundsätzen wirkt zurück auf die Beziehungen jeder einzelnen Persönlichkeit zu der Staatsgewalt. Der politische Rechtssinn hat Wirkungen auf das tägliche Leben des Einzelnen.

Aber selbst eine Politik, die von der Meinung ausgeht, daß in so außerordentlichen Zeiten auch rauhere Mittel zulässig seien, muß noch immer eine Kunst bleiben, die den richtigen Zeitpunkt wählt und sich vor der Verstrickung in Undurchführbarkeit hütet. Das Volk will den Reichsrat. Deshalb wäre ein Kampf gegen das Parlament unvolkstümlich. Mehr als drei Jahre ist Oesterreich regiert worden ohne tatsächliche Verantwortlichkeit und ohne die Pflicht zur Rechenschaft. Der Minister des Aeußern Graf Czernin hat in dem Schreiben an den Bürgermeister der Stadt Wien gesagt, daß der Krieg seinem Ende zuneige. Welche Fülle von Arbeit die Vorbereitung des Friedens allen Parlamenten auferlegen wird, ist kaum auszudenken. Soll eine große deutsche Partei in Oesterreich, weil die nationalen Voraussetzungen für den Reichsrat jetzt nicht geschaffen werden, auch noch ohne jeden Einfluß auf die wirtschaftlichen Voraussetzungen des Friedens bleiben: soll das steuerkräftigste Volk sich die finanziellen Leistungen von einer Mehrheit aus den steuerschwächsten Gebieten auferlegen lassen? Die Politik des Nationalverbandes darf die Fühlung mit der auswärtigen Lage nicht verlieren, das Lauern der Entente nicht übersehen und die boshaften Fälschungen in England nicht gleichgültig hinnehmen. Das Parlament muß einberufen werden und die Wohlfahrt des deutschen Volkes in Zeiten, wie sie in Jahrhunderten nicht wiederkehren, fordert, daß die parlamentarischen Einrichtungen nicht länger bloß ein papierener Besitz sind, sondern der Selbstbestimmung dienen und die Verfassung zu einer Wahrheit machen.

Wer mit offenem Auge ein Zuschauer der jetzigen Weltereignisse ist, erkennt leicht, daß die Scheidewände zwischen innerer und äußerer Politik gefallen sind. Die Revolution in Rußland ist eine Veränderung in den inneren Regierungsformen und dennoch ein Wendepunkt im Kriege, eine mächtige Verschiebung in den Ansichten der Feldherren und Diplomaten. Sind im deutschen Reichstage die Gegensätze zwischen den wirtschaftlichen Parteien noch so abweisend wie vor dem Kriege und zeigt sich nicht überall, daß Gruppen und Verbände ihre Politik dem Frieden, der ehrenvollen Beendigung des Krieges unterordnen? Niemals werden die Deutschen in Oesterreich aufhören, den Staat daran zu erinnern, daß er ohne Einheit in der Amtssprache sein Gefüge lockere; niemals werden sie unterlassen, von jeder Regierung zu verlangen, daß die deutsche Minderheit in Böhmen von deutschen Beamten verwaltet, von deutschen Richtern gerichtet werde und daß sie auf eigenem Boden auch ihr eigenes Leben leben könne. Die Erfahrungen des Krieges haben diese Ansprüche zu staatlichen Notwendigkeiten erhoben. Was sein muß, wird auch geschehen, weil die Fortdauer der nationalen Wirren im Frieden den Lebensmut beugen und die Erneuerung von Oesterreich hindern würde. Aber jetzt, da ein leises Dämmern besserer Zeiten aufsteigt, ist innere Politik auch äußere Politik; jetzt wäre nichts schädlicher als ein Stimmenverhältnis bei der Prüfung des Paragraphen Vierzehn, das die Deutschen im Hause vereinsamen und eine ihnen unfreundliche Mehrheit zusammenschließen würde. Ehe die Voraussetzungen des Reichsrates nach dem Vorschlage des Deutschen Nationalverbandes gegeben sein konnten, hätten die Voraussetzungen seiner Politik in den Parteien gesichert werden müssen. Auch der Paragraph Vierzehn mündet schließlich in eine Mehrheit beider Häuser des Parlaments. War sie verbürgt? Kaum. Verloren ist nur der Erfolg einer Taktik, aber kein Splitter von den unverjährbaren Ansprüchen der Deutschen. Der Reichsrat, diese Volksnotwendigkeit, darf jedoch nicht verloren gehen.

Neues Wiener Tagblatt

17./IV. 1917

Naumann als Gast der Wiener Universität.

Ein Vortrag über Imperialismus und Sozialismus.

Der hervorragende Vertreter des mitteleuropäischen Staatsgedankens Reichstagsabgeordneter Friedrich Naumann aus Berlin hielt vorgestern abend als Gast der Wiener Universität im Konzerthaussaal einen Vortrag, dessen materielles Erträgnis den Kriegsfürsorgezwecken der Universität zufließt. Zum Gegenstand seiner diesmaligen Ausführungen machte der Vortragende die zwei wichtigsten und stärksten politischen Strömungen, die im Verlaufe des Weltkrieges zutage traten, Imperialismus und Sozialismus, die beide zunächst gesondert, dann sich nähernd und nun parallel miteinander wirkend in die Erscheinung treten. In logischer Aneinanderreihung und immer im Zusammenhange und unter Hinweis auf gegenwärtige Ereignisse setzte Naumann überzeugend auseinander, wie diese beiden Strömungen sich entwickelten, sich schätzen lernten, sich ergänzten und ineinander wuchsen. Der Vortragende schilderte zunächst die Entstehung der imperialistischen und sozialistischen Ideen. Der Imperialismus entstand von oben als Machtgedanke, die Staatsausdehnung mit der Staatsaußenwirkung verbindend; der einzelne verschwand in der Einheit der Zwecke und das ganze Volk wurde gleichsam geschlossen in den Dienst einer Generalidee gestellt. Der Sozialismus kam aus dem Proletariat in die wissenschaftliche Studierstube und wurde zu einer Art Gesellschaftsidee neuer Kreise; er flieg von unten auf. Beide Strömungen begegneten sich im gemeinsamen Organisations- und Ordnungsgedanken, der ihnen, allerdings jedem für gesonderten Zweck, stets eigen war. Die Anpassung an den Kriegszustand wäre ohne das Vorhandensein der sozialdemokratischen Organisationen unmöglich gewesen. Imperialismus und Sozialismus haben voneinander gelernt und brauchten einander, wobei allerdings der einzelne und sein Individualismus schlecht wegkommen mußte.

Mit größter Klarheit besprach Naumann die Umwandlung der sozialistischen Parteien aller kämpfenden Staaten aus kritischen Beobachtern der Staatsaktionen zu aktivschaffenden Kräften, die sich überall in der Frage des Krieges praktisch auf die Seite des Imperialismus stellten. Der Redner zog nach einem historischen Rückblick die drei großen Ereignisse der jüngsten Zeit, die der gleichen Richtung folgten, in den Kreis seiner Betrachtungen. Die russische Revolution, die den Zaren wegen des Mangels an Imperialismus vom Throne stürzte, ist nicht nur als innerer Vorgang in Rußland, sondern auch als große außenpolitische Umwälzung aufzufassen, bei der der Imperialismus die Hilfe des Sozialismus angerufen hat. Das zweite Ereignis ist die Osterbotschaft des deutschen Kaisers, die überzeugend und kraftvoll von der Ueberbrückung der Kluft zwischen Imperialismus und Sozialismus Zeugnis gibt. Als drittes Ereignis ist Amerikas Kriegserklärung aufzufassen, die beweist, wie ein antimilitaristischer Staat vom imperialistischen Gedanken erfaßt und von ihm fortgerissen wird. Auch dieses Geschehnis zeigt, daß sich eine Demokratie mit imperialistischen Tendenzen erfüllen kann. Naumann erörterte sodann in kritischer Form die Frage, ob das neue demokratische Staatengebilde, dessen Vollzug nicht zu verkennen ist, auch imperialistischen Verpflichtungen entsprechen werde und ob mit den großen Massen eine großzügige Innen- und Außenpolitik gemacht werden kann. Der Krieg selbst, so beantwortete der Vortragende diese Frage, hat bereits weit über Erwarten gut für diese Möglichkeit wirkliche Beweise geliefert. Der Militarismus, von dem Sozialismus am heftigsten bekämpft, ist heute zu einem integrierenden Bestandteil der Volkswirtschaft geworden. Er macht jetzt die Experimente, die für die zukünftige Umgrenzung der Wirklichkeiten des Sozialismus ungemein lehrreich sind.

Im Krieg erlebten wir alle die Generalprobe für die von dem Sozialismus gewünschte wirtschaftliche Organisation, angesagt und durchgeführt von den hervorragendsten Vertretern des Imperialismus. Der sich vollziehenden Verständigung stehen allerdings noch einige Widerstände entgegen, nämlich derjenigen, die früher sich freuende Dritte waren, und aller unternehmenden, unabhängigen Individuen. Gewiß war die Periode des Individualismus für die Erstarkung der Staaten von nicht zu verkennender Wichtigkeit, und der Kriegsbeginn brachte zunächst eine neue Blüte des individualistischen Gedankens, aber bald auch dessen notwendige Hemmung durch die sozialistischen Theorien sich anpassenden imperialistischen Diktaturen der Höchstpreise und Zwangsablieferungen. Damit begann die Periode des Staatssozialismus, und der Privathandel sowie die Weltwirtschaft, zwischen denen die Volkswirtschaft als ein kaum definierbarer Begriff immer schwankte, verwachsen nun zu einer wirklichen Staats- und wahren Volkswirtschaft. Mit herzlichen innigen Worten sprach Naumann sodann über den Parlamentarismus, der nach Ueberwindung von Kinderkrankheiten sich nun erst in seinem hohen Wert zeige, und erörterte zum Schlusse seinen Lieblingsgedanken „Mitteleuropa", dessen Notwendigkeit er mit der Beredtsamkeit, die Naumann auszeichnet, nachzuweisen verstand. Ohne auf eine Erörterung der Kriegsziele einzugehen, verwies er darauf, daß Generale und Parteisekretäre, also Imperialismus und Sozialismus, sich heute in dem Gedanken vereinigen, daß ein größeres Wirtschaftsgebiet für die erfolgreiche Verteidigung des Vaterlandes, das wir alle lieben, von größtem Nutzen und Vorteil ist.

Dem Vortrag folgte stürmischer Beifall.

Reichspost

17./IV. 1917

Die Anschuldigungen gegen Mitglieder der serbo-kroatischen Koalition.

Eine Erklärung des Ministerpräsidenten Grafen Tisza zu dem Leitartikel der „Reichspost" vom 14. April.

Wir erhalten von Sr. Exzellenz dem Herrn Ministerpräsidenten Grafen Tisza drahtlich folgende Erklärung: „An die löbliche Redaktion der „Reichspost", Wien, VIII.

Budapest, 16. April.

Ich bitte, folgender Erklärung in Ihrem werten Blatte Raum zu geben: „Am 14. April befaßte sich die „Reichspost" in einem Leitartikel mit meiner Wenigkeit und stellte die Behauptung auf, daß ich kroatische Politiker beschütze, gegen die schwerwiegende Tatsachen bewiesen wurden. Es ist mir nicht möglich, im jetzigen Stadium der Sache in das Meritum einzugehen und muß mir vorbehalten, im geeigneten Zeitpunkte der Oeffentlichkeit vollen Aufschluß zu geben; muß jedoch auf das nachdrücklichste bitten, einseitig aufgestellte Behauptungen nicht als Tatsachen hinzunehmen und erlaube mir als Beispiel darauf hinzuweisen, daß die Behauptung, als hätten die in Frage stehenden kroatischen Politiker Gelder für die serbische „Narodna Odbrana" gesammelt, eine plumpe Mystifikation ist, deren Unwahrheit außer jedem Zweifel steht.

Hochachtungsvoll

Tisza."

17/IV. 1917

66

Die Einberufung des Parlaments und die „Voraussetzungen".

Am 23. März veröffentlichten wir an dieser Stelle im Anhange an die Mitteilungen über die zuvor stattgefundene Sitzung des Vollzugsausschusses deutscher Parteien eine Information aus leitenden Kreisen der christlichsozialen Partei, in der mit Bezug auf jene Sitzung gesagt wurde: „Besonders lebhafte Zustimmung fanden die Ausführungen des Landeshauptmannes Hauser bezüglich der sogenannten „Voraussetzungen" für die Einberufung des Reichsrates. Diese seien nicht ein Zugeständnis an die deutschen Parteien, sondern Staatsinteresse. Es sei nicht Sache der deutschen Parteien, die Regierung um dieselben anzubetteln, sondern Sache einer jeden Regierung, die den Bestand Oesterreichs wünsche, sie sobald als möglich durchzuführen."

Wie nun verlautet, bestimmen Erwägungen der äußeren Politik, welche jetzt ein möglichst geschlossenes und ungehemmtes Zusammenwirken aller Kräfte erfordere, die Regierung zu der Auffassung, daß es dem Parlamente am besten selbst überlassen werde, sich von Partei zu Partei über die jetzt im Interesse der staatlichen Gemeinschaft und der Arbeitsfähigkeit des Hauses notwendigen Maßnahmen zu verständigen. Man rechnet, wie es den Eindruck macht, damit, daß der große Ernst der Gegenwart, die mögliche Nähe der Friedensverhandlungen, die große Verantwortung, die in dieser Lage dem Abgeordnetenhause zukommt, das Parlament zur Selbsthilfe bestimmen werden und die Selbsthilfe werde würdiger und zuverlässiger sein, als ein mit dem § 14 aufgenötigte Ordnung.

Daß eine parlamentarische Erstellung der Staatsnotwendigkeiten, die man gemeinhin als „Voraussetzungen" bezeichnete, das Ideal wäre, ist selbstverständlich. Ob das Parlament aus dem Ernst der Zeit gelernt hat und sich der Pflicht, das kämpfende und um einen ehrenvollen Frieden ringende Vaterland würdig und in machtvoller Einigkeit zu vertreten, bewußt sein wird, das wird die Zukunft lehren. Für den Augenblick ist das Ausschlaggebende, daß die Regierung in Erwägung der auswärtigen Lage und mit der Einstellung auf die Friedensbemühungen ihren Entschluß für notwendig hält. Die Regierung allein ist in Kenntnis der heiklen Einzelheiten, die für die Einschätzung der auswärtigen Lage maßgebend sind und der Außenstehende kann deshalb nur schwer das Gewicht der Gründe bestimmen, welche die Regierung zu ihrem Entschlusse veranlassen. Man kann nur wünschen, daß sie sich in ihrem Urteil nicht irre und durch eine Täuschung über die Lage nicht etwa Maßregeln versäumt werden, ohne die wir in eine geordnete staatliche Friedenswirtschaft nicht eintreten können. Die christlichsoziale Partei hat ausdrücklich erklärt, daß sie die Voraussetzungen nicht als ein Zugeständnis an die deuschen Parteien, sondern als ein Staatsinteresse betrachtet über das die Regierung selbst zu wachen hat. Wenn jetzt entsprechend ihrer Forderung die Einberufung des Parlamentes — diese letztere wird für Mitte Mai erwartet — erfolgt, so wird sich ja bald zeigen, ob der richtige Weg gewählt worden ist.

Es sind heute verschiedene Krisengerüchte in der Stadt verbreitet gewesen; es wurde sogar von einem Regierungswechsel gesprochen. Die Meldungen waren unrichtig. Die beiden Minister v. Baernreiter und Dr. Urban werden mit ihren Parteigruppen in den nächsten Tagen Fühlung nehmen, um wegen der getroffenen Entschlüsse der Regierung mit ihnen zu beraten.

Neue Freie Presse

17./IV. 1917

Einberufung des Reichsrates ohne die Voraussetzungen auf Grund des § 14.

Keine kaiserlichen Verordnungen über die Geschäftsordnung, über die nationale Ordnung in Böhmen und über die Verkehrssprache.

Wien, 16. April.

Die Besprechungen, die in maßgebenden politischen Kreisen über die Voraussetzungen für die Einberufung des Reichsrates stattgefunden haben, haben zu einer politischen Absicht geführt, welche heute bereits als spruchreif bezeichnet werden kann.

Die in dem Programm der Regierung angekündigte Einberufung des Reichsrates ist für den Monat Mai geplant.

Dagegen sind die maßgebenden politischen Kreise von der Erwägung geleitet, daß es gegenwärtig nicht zeitgemäß wäre, durch Anwendung des § 14 und durch kaiserliche Verordnungen die sogenannten Voraussetzungen für die Einberufung des Reichsrates zu schaffen.

Es kann daher mit Bestimmtheit angenommen werden, daß von den in Erwägung gestandenen kaiserlichen Verordnungen über eine neue Geschäftsordnung für den Reichsrat, über die Neuordnung der nationalen Verhältnisse in Böhmen durch Einführung einer Kreisverfassung, durch Ordnung der Frage der Minoritätsschulen, ferner über die Festsetzung einer Verkehrssprache abgesehen werden wird.

Die Beweggründe, welche zu diesem Beschlusse führten, liegen hauptsächlich darin, daß gegenwärtig die ganze Aufmerksamkeit der Friedensfrage zugewendet wird. Die Kundgebung unseres Auswärtigen Amtes, die am Samstag veröffentlicht worden ist, und die entsprechende Kundgebung der deutschen Reichsregierung haben gezeigt, daß die gesamte innere und äußere Politik gegenwärtig der Friedensfrage untergeordnet ist.

Unter solchen Umständen wird erwartet, daß auch der Reichsrat auf Grund der ihm zukommenden Verantwortlichkeit sich den Bedürfnissen der Friedensfrage vollständig anpaßt.

Es handelt sich darum, die wirtschaftlichen Vorbereitungen für den Frieden zu treffen und insbesondere die Einrichtungen zu schaffen, die für den Uebergang aus der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft notwendig sind.

Die Friedensfrage soll dahin führen, daß der Reichsrat die Voraussetzungen seiner Arbeitsfähigkeit sich selbst schafft und nicht auf Grund des § 14 erhält.

Mit Rücksicht auf die Friedensfrage sind die maßgebenden politischen Kreise zur Erkenntnis gekommen, daß alles, was jetzt zu nationalen Erregungen führen könnte, vermieden werden soll, damit der Reichsrat eine Stütze der Friedenspolitik werde, zu der sich die verbündeten Regierungen in den Kundgebungen am Samstag neuerdings bekannt haben.

Das ist das Ergebnis von Besprechungen, die insbesondere in den letzten Tagen in den maßgebenden politischen Kreisen geführt worden sind. Wie es den Anschein hat, wird diese Auffassung, zu der die maßgebenden politischen Kreise gekommen sind, keine Rückwirkung auf die Zusammensetzung des Ministeriums haben. Die dem Ministerium angehörenden, den deutschen Parteien nahestehenden Minister werden sich über die Auffassung, zu der die maßgebenden politischen Kreise gekommen sind, mit ihren Parteien ins Einvernehmen setzen.

Die Aufgaben des Abgeordnetenhauses.

Aeußerungen deutscher Abgeordneter.

Abgeordneter Ferdinand Reichsritter v. Pantz.

Vorstandsmitglied des Deutschen Nationalverbandes.

„Es ist selbstverständlich, daß ein österreichischer Politiker in der jetzigen schwierigen Zeit sich den zwingenden Forderungen der äußeren Politik nicht zu entziehen vermag. Die Ereignisse der letzten Wochen in der auswärtigen Politik haben einen bestimmenden Einfluß auch auf die innere Politik genommen und nehmen müssen. Ich finde es daher nach den mir zuteil gewordenen Aufklärungen sehr begreiflich, wenn sich das Ministerium des Grafen Clam-Martinic den Forderungen der äußeren Politik, das heißt des Grafen Czernin entsprechend, entschlossen hat, so rasch als möglich den Reichsrat einzuberufen und dadurch die Möglichkeiten, zu einem ehrenvollen Frieden zu gelangen, zu verstärken. Die bekannte Haltung der Entente kann nur durch ein klares Votum der Vertreter aller österreichischen Völker im Abgeordnetenhause ihres Wertes vollständig entkleidet werden. Daß alle Gedanken lediglich auf das Werk des Friedens und auf jene Maßnahmen, die von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft hinüberführen, gerichtet sind, ist selbstverständlich. Es wird Aufgabe des Hauses, das eine ungeheure Verantwortung in diesem Augenblicke zu tragen hat, sein, gleich zu Beginn der Tätigkeit einen Verfassungsausschuß, womöglich aus beiden Häusern bestehend, einzusetzen, der alle Fragen des österreichischen Verfassungslebens in den Bereich seiner Beratungen zu ziehen hat, die beide Häuser unbedingt beschäftigen müssen, um zu einer legalen Neuordnung der Dinge in Oesterreich zu kommen.

Die größte Staatsfrage, die uns alle im Augenblick beherrscht, ist die Frage des Friedens, und ich glaube nicht, daß es irgendeinen Politiker gibt, der die Notwendigkeiten, die sich daraus ergeben, verleugnen könnte. Das erfordert Opfer, die alle Nationen zu bringen haben. Es ist aber ganz selbstverständlich, daß gerade bei dieser Haltung jene Notwendigkeiten, die sowohl für den Staat wie für das staatserhaltende Volk der Deutschen bestehen, nicht übergangen, sondern rechtzeitig berücksichtigt werden müssen. Die Notwendigkeiten, die für die rasche Erreichung des Friedens sich ergeben, dürfen selbstverständlicherweise nicht die Erfüllung jener Forderungen ausschließen, die das deutsche Volk im Interesse der Erhaltung des Staates und des eigenen Lebens erhoben hat."

Abgeordneter Max Friedmann.

„Ich bin während des Krieges wiederholt für die Einberufung des Reichsrates eingetreten und habe nie versäumt, auf die vielen und großen Bedenken gegen den parlamentslosen Zustand hinzuweisen. Die Regelung der schwebenden Fragen sollte und konnte im Verhandlungswege rechtzeitig vorbereitet werden. Es ist im gegenwärtigen Zeitpunkte müßig, über die Ursachen zu sprechen, warum dieses Ziel nicht erreicht werden konnte.

Ein ehrenvoller Friede steht seit einigen Wochen mehr denn früher und als alles andere im Vordergrunde aller Wünsche, und es scheint undenkbar, dieses Ziel zu erreichen, wenn der Reichsrat nicht ungesäumt zu Worte kommt. Gerade die Geschehnisse der letzten Wochen haben die Notwendigkeit der raschesten Belebung des streng verfassungsmäßigen Lebens in Oesterreich neuerlich erwiesen, aus inneren Gründen und in Ansehung der äußeren Verhältnisse. Die Abgeordneten werden sich der großen Verantwortung, die sie zu tragen haben, bewußt sein und daher alles daran setzen, die dem Hause obliegenden Pflichten zu erfüllen und die Erwartungen der Bevölkerung nicht zu enttäuschen. Auch harren Aufgaben der allergrößten Bedeutung für den Uebergang in die Friedenswirtschaft ihrer Lösung. Auf Grund der Erfüllung all dieser schweren Pflichten wird jene Einigung zustande kommen, die notwendig ist im Interesse des Staates und des deutschen Volkes. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, die Errungenschaften des Heeres auf legalem Wege dem innerstaatlichen Leben dienstbar u machen und dem staatlichen und dem Volksleben jene sicheren Grundlagen zu geben, deren es für eine schöne Zukunft bedarf. Hoffentlich werden sich auf dieser Grundlage vor allem alle Deutschen des Abgeordnetenhauses zu gemeinsamem Schaffen finden."

Neue Freie Presse

69

18/IV. 1917

Die Entlassungsgesuche von drei Ministern.

Michael Bobrzynski, Karl Urban und Joseph Maria Baernreither.

Wien, 17. April.

Drei Minister bitten um Enthebung. Die Vertreter der Deutschen und der Polen, der Völker, die im Kriege am stärksten in die Weltereignisse hineingezogen worden sind, wollen an der Regierung nicht länger teilnehmen. Die Politik der Verordnungen ist hinfällig geworden und die Minister, die sich dafür verbürgt haben, daß Oesterreich durch außerparlamentarische Eingriffe über die größten Schwierigkeiten der inneren Politik hinwegkommen werde, fühlen sich bloßgestellt und wollen gehen. Michael Bobrzynski ist keiner von den Ministern, die auswechselbar und gleichgültig in das Durchhaus der zweiten Rangklasse eintreten und es wieder verlassen. Er ist wer, hat Gesinnung und Kraft, und wir denken, daß noch manches von ihm zu hören sein dürfte. Es ist ein Gewinn, daß bei dem Hinausschieben der galizischen Sonderstellung auch er noch gemeinsames Eigentum von Oesterreich bleibt, und so arm sind wir an Persönlichkeiten, daß keine verloren gehen sollte. Aber sein Entlassungsgesuch hat den letzten Grund in einem Irrtum. Das Handschreiben des Kaisers Franz Joseph hat den Ministerpräsidenten v. Koerber beauftragt, die künftige Stellung von Galizien in Oesterreich gesetzmäßig zu regeln. Die Vollmacht der Regierung ist genau umschrieben worden und hatte ihre Grenzen in der Verfassung, über die der Paragraph Vierzehn nicht hinaus kann. Wenn der Reichsrat nicht einmal darüber beschließen sollte, wie sich Galizien zum Staate verhalten werde, würde es kaum die Mühe lohnen, von ihm zu sprechen, und die Versuche, ihn wieder zum Leben zu bringen, wären nutzlos. Galizien hat acht Millionen Einwohner, gute Felder und Petroleumgruben, die jetzt einen gar nicht zu schätzenden Wert für die Verteidigungsfähigkeit der Mittelmächte haben; ferner Salz und Kohle. Ein Parlament, das stumm geschehen ließe, was die Regierung über ein solches Land verfügt, müßte gestrichen werden und würde den Völkern nur vortäuschen, daß sie Abgeordnete haben. Galizien hat eine weitgezogene Grenze und nationalgemischte Bewohner, so daß auch die auswärtige Politik dort immer wachsam sein mußte. Wir haben uns nie vorstellen können, daß der Reichsrat in der wichtigsten Verfassungsfrage, die er seit einem halben Jahrhundert zu lösen hätte, übergangen werden dürfe.

Aber die lange Parlamentslosigkeit hat die sich selbst zum Zweck und Grundsatz erhebende, jeder Rechenschaft entrückte Politik so erweitert, daß Minister und Abgeordnete sich in die Zulässigkeit gar nicht mehr hineinfinden konnten. Das polnische Nationalkomitee hat eine Schrift des Direktors Feldstein über das Volksvermögen in Galizien herausgegeben. Der rechnungsmäßige Beweis wird versucht, daß die acht Millionen Bewohner uns nicht mehr kosten, als sie geben, und daß Galizien kein passives Land sei. Diese Unterscheidung war immer kleinlich und verwirrend, weil sie nicht zum Bewußtsein brachte, daß die Länder den Aeckern gleichen, die erst durch sorgfältige Bearbeitung ertragfähig werden. Galizien braucht Kapital und je loser seine Beziehungen zu Oesterreich werden sollten, desto schwieriger wäre es nach dem Kriege, dort zu helfen, wo das stärkste Bedürfnis ist; je mehr es sich von uns zurückzöge, desto weniger könnte es an der Entwicklung im mittleren Europa teilnehmen. Die Trennung durch Verordnung und Patent ist schon ganz unmöglich. Wer soll die Leistungen für Galizien bestimmen, wer die Quote festsetzen, die künftigen Formen des Zusammenhanges regeln und vor allem den sicheren Griff haben, um in der jetzigen aufgeregten Zeit das Aufflackern nationaler Zwistigkeiten in einem Grenzlande zu verhüten.

Minister Bobrzynski hat jedoch die Sonderstellung von Galizien bald durchführen, sie noch vor dem Frieden und noch vor der völkerrechtlichen Gestaltung der Unabhängigkeit des Königreiches Polen bis zum Dachfirst ausbauen wollen. Er war der Werkmeister dieser Politik, hat ihr das Knochengerüst und das Fleisch gegeben und sie schöpferisch in den Entwürfen ausgearbeitet. Er hat den Polenklub für seine Ansichten gewonnen und will das Ministerium verlassen, weil auch die Sonderstellung von Galizien zurückgestellt worden ist wie die Staatssprache, die Kreisverfassung und die Geschäftsordnung.

Die Vertreter des Nationalverbandes und des Polenklubs im Ministerium glauben nicht länger bleiben zu können. Die Entscheidung über ihre Gesuche ist bisher nicht getroffen, aber die Krise mußte fast mit Notwendigkeit in den Tagen sich nähern, in denen die Staatsmänner der Mittelmächte sich vor der ganzen Welt zum Frieden bekennen, zu einer Politik, die aus dem Herzen des Volkes aufsteigt. Väter und Mütter sprechen nicht von der galizischen Sonderstellung, auch nicht von der Geschäftsordnung, sondern von ihren Kindern, von ihrer Sehnsucht, von ihrer Heimkehr und von ihrer Zukunft. Was sind ihnen jetzt einzelne Menschen und wären es selbst Minister. Es mag ein Abstieg sein, daß der Krieg den größten Teil des Volkes gezwungen hat, sich weit mehr als früher der Sorge um die Nahrung hinzugeben, um die von den Preisen bedrohte Auskömmlichkeit, um Brot, Mehl, Fett und Kartoffeln. Das ist jetzt innere Politik und auch die Kleidung ist es, alles, was der Mensch braucht, um nur über die ursprünglichsten Bedürfnisse hinwegzukommen. Der Glaube hat sich festgesetzt, daß der Reichsrat helfen könne. Wenn der Deutsche Nationalverband diese volkstümliche Strömung in sich aufgenommen, wenn er rechtzeitig, besonders nach der Freude über den Sieg am Dunajec, ihr zum Durchbruche verholfen und sich nicht in Schwärmereien für den Paragraph Vierzehn verirrt hätte, wäre manches anders geworden. Das deutsche Volk hätte bereits, was es jetzt, da die Politik des Friedens zur Vorsicht zwingt, nicht haben kann. Der Deutsche Nationalverband hatte nicht die politische Witterung, die ihn bewogen hätte, die Gefühle des Volkes auf sich wirken zu lassen und zu verstehen, daß es ein Parlament wollte, weil es unter den Gebrechen der rechenschaftslosen Politik litt.

Handelsminister Urban und Minister Baernreither bitten um die Enthebung, weil die Verordnungspolitik unter dem Einflusse der Friedenspolitik versagt. Die Veräußerung des Problems von Galizien mit dem von Böhmen und mit dem der Staatssprache war ein Irrtum, an dem die Politik des Deutschen Nationalverbandes scheitern mußte, weil so gewaltige Veränderungen selbst von den entschlußkräftigsten Ministern bei der jetzigen Weltlage nicht einmal in Angriff genommen werden können. Dennoch stimmt es nachdenklich, daß von den vier nationalen Ministern im Kabinette zwei deutsche aus Böhmen und ein Pole aus Galizien ihre Stellen niederlegen wollen, daß die deutschen und polnischen Gruppen im Abgeordnetenhause von einer Krise gestreift werden, während die übrigen nationalen Parteien unberührt geblieben sind. Auch die Klärung dieses Gegensatzes kann nur im Reichsrate stattfinden. Aufhören muß das Schwingen von Donnerkeilen in geschlossenen Räumen. Auf dem Rechtsboden der Abgeordneten, im hellen Lichte müssen die deutschen Vertreter nicht für sich, aber für den Staat verlangen, was ihm und ihnen zusteht und Verordnungen nie hätten zum sicheren Besitze machen können. Wir aber können uns heute nicht losreißen von dem Gedanken an die große Schlacht in Frankreich, wo deutsches Heldenblut fließt und wo zugleich um die Erhaltung der Monarchie gestritten wird. Der Schlag des Herzens wird stärker, wenn der Bericht über diese Völkerschlacht uns die Ereignisse schildert. Wir haben die Empfindung, daß dem deutschen Volke überall eine große Zukunft beschieden sei.

Arbeiterzeitung
18./IV. 1917

70

Die Wendung mit dem Reichsrat.

Demission der Minister Urban, Bärnreither und Bobrzynski.

Die erste Wirkung des Aufgebens der „deutschen Belange" ist die Krise der nationalverbändlerischen Minister: Dr. Urban und Dr. Bärnreither haben dem Ministerpräsidenten ihre Demission überreicht. Es hieß zuerst, sie werden ihre Entschlüsse von der Stellung des Nationalverbandes abhängig machen; indessen scheinen sie den Zwang zur Demission schon früher begriffen zu haben. Weiter heißt es, daß auch der polnische Landsmannminister Dr. Bobrzynski entweder die Absicht habe, zu demissionieren, oder schon demissioniert habe; sein Grund ist allerdings nicht klar. Indessen hielten Nationalverbändler und Christlichsoziale heute den ganzen Tag Besprechungen. Es scheint ihnen aber Mühe zu machen, zu einem Entschluß zu kommen. Die Lage in den beiden deutschbürgerlichen Parteien ist nicht gleich. Die Christlichsozialen haben sich für die „Voraussetzungen", an die die Einberufung des Reichsrates geknüpft werden sollte, eher widerwillig entschlossen; jedenfalls ist die Sache nicht ihre Erfindung und sie haben sie nur mitgemacht, um nicht weniger national zu erscheinen. Auch im Deutschen Nationalverband ist die Stimmung nicht ganz einheitlich; die Forderungen werden leidenschaftlich nur von einem Teil vertreten, der andere Teil, namentlich die alpenländischen Abgeordneten, stimmt nur zu. Im Grunde ist die Sache eine Erfindung des Herrn Wolf und seiner Leute; die Führung des Herrn Wolf erweist sich für den Nationalverband als wahrhaft verhängnisvoll.

Die sagenhaften Belange datieren ihren Ursprung auf die Regierung Stürgkh zurück. Der Graf Stürgkh hatte bekanntlich nur eines im Sinn: nämlich im Amte zu bleiben. Es wäre aber in dem Augenblick unmöglich geworden, da der Reichsrat erscheint; dieses schändliche Mißregieren konnte nur währen, solange es jeder Kontrolle entledigt war. Nun brauchte Graf Stürgkh so eine Art von moralischem Grund, um seine Abneigung gegen das Parlament zu bemänteln: den lieferten ihm die Belange. Er versprach — wenigstens behaupten sie es — den Deutschradikalen, daß er bestimmte ihrer Forderungen irgendwie oktroyieren werde. (Jetzt redet man vom § 14, es wären aber lauter „Patente" nötig gewesen.) Damit hat er es erreicht, daß die Forderung nach der Einberufung des Reichsrates als eine antideutsche Handlung verschrien, das verfassungswidrige Regieren als ein deutsches ausgegeben werden konnte — worin sich die Deutschradikalen danach fleißig übten. Dann kam Koerber und der erklärte bekanntlich, daß er für keine Frage den Reichsrat vorweg und prinzipiell ausschalten wolle. Die Deutschradikalen begannen gegen ihn ein Kesseltreiben und da gleichzeitig Graf Tisza anrückte — der ja auch die schönen Stürgkhschen Zeiten, wo er auch unser Herr war, nicht vergessen konnte —, fiel Koerber. Graf Clam-Martinic übernahm die Belange und den Plan: das heißt er verpflichtete sich, drei oder vier Dinge (Kreisorganisation in Böhmen, deutsche Staatssprache, Sonderstellung Galiziens und die neue Geschäftsordnung für das Abgeordnetenhaus) vor der Einberufung des Reichsrates zu oktroyieren; zur Bekräftigung und Beaufsichtigung wurden die zwei deutschen Minister ins Kabinett aufgenommen. Nun ist es natürlich sinnlos, die Dinge so hinzustellen, als ob mit ihnen das Abgeordnetenhaus saniert werden sollte; was haben sie mit dem Parlament zu schaffen? Die Sache war vielmehr die, daß die drei Dinge geschehen sollten, um deutsche Forderungen zu erfüllen: als Lohn, wie die Nationalverbändler sagen, für ihre so staatstreue und opferwillige Haltung während des ganzen Krieges. So haben die Belange allmählich die Kraft einer Vorstellung erhalten.

Was sich nun geändert hat, ist mit Händen zu greifen. Vor allem begreift man, daß jene Oktroyierungen alles andere denn ein arbeitsfähiges und harmonisches Parlament hervorbringen würden; es wäre dann wohl nur noch ärger geworden. Das fühlen ja auch die Nationalverbändler: deshalb ihre Forderung nach der strammsten Geschäftsordnung, die den Sturm, den sie nach den Patenten gewärtigen, beschwören sollte. Zum zweiten bringt es aber die mit der Antwort der Entente, mit der Rede Miljukows entstandene internationale Lage mit sich, daß man sich der Gefährlichkeit von Maßregeln, die bestimmte Nationen als eine starke Kränkung, ja Demütigung für sie erachten, bewußt wird; das würde den Friedensbestrebungen nicht gerade förderlich sein. Mit anderen Worten: die Oktroyierungen, die man unternehmen wollte, um die Deutschen sozusagen zu belohnen, werden nun unterlassen, um nicht die Tschechen zu verletzen oder aufzuregen. Verwunderlicher ist dabei weit mehr als die Aenderung in den Auffassungen der Regierung — denn so, wie sie sich's vor Monaten vorgesetzt hat, geht es heute nicht mehr, viel zu viel Dinge haben sich seither geändert — die Form, in der sie diese Aenderung kundgibt. Man hätte eher geglaubt, sie werde für diesen Umschwung vorher, insbesondere bei den Nationalverbändlern, die Stimmung vorbereiten; indessen hat sie diese ihre eigentliche Partei kurzerhand vor die vollendete Tatsache gesetzt. Auch in solchen Dingen spürt man überall den § 14-Geist: die Regierung setzt einfach und die Parteien haben sich ebenso einfach danach zu richten.

Wie die Dinge weitergehen werden, ist vorläufig noch nicht abzusehen; ihre Entscheidung wollen die Nationalverbändler in einer Vollversammlung am Dienstag aussprechen. Alles in allem erscheinen die Dinge durch das Zaudern der Regierung schrecklich verfahren.

Reichspost Abendblatt
18/IV. 917

Die teilweise Ministerkrise.

Die Vorgänge im Nationalverband. — Audienzen.

Unausgesetzt werden Versuche gemacht, über die durch die jähe Aenderung des Arbeitsprogrammes der Regierung herbeigeführte Krise möglichst rasch hinwegzukommen.

Im allgemeinen ist die Auffassung der Lage heute im Schoße des Nationalverbandes ruhiger geworden; doch droht die deutschböhmische Vereinigung für den Fall, als der Verband hinsichtlich der beiden von ihm seinerzeit mit gebundener Marschroute ins Kabinett entsendeten Vertrauensmänner nicht die Schlußfolgerung aus der geänderten Lage ziehen sollte, mit dem Austritt aus dem Verband, da man in Deutschböhmen wegen der Nichterfüllung der gegebenen bestimmten Zusagen, von der man den endlichen nationalen Frieden für Böhmen erhofft hatte, äußerst verstimmt sei. Auf den Fortbestand des gemeinsamen Vollzugsausschusses der deutschbürgerlichen Parteien würde jedoch, so wird betont, eine etwaige Spaltung des Nationalverbandes keinen Einfluß haben, da die Ueberzeugung von der unerläßlichen Notwendigkeit des Zusammengehens der deutschen Parteien sich von Tag zu Tag mehr vertieft. Der gemeinsame Vollzugsausschuß wird nachmittags zu einer neuen Besprechung zusammentreten. Inzwischen sind die Vorsitzenden der beiden Parteien, Abg. Prälat Hauser und Professor Dr. Groß rastlos bemüht, eine Klärung herbeizuführen. Minister Dr. Baernreither weilte gleichfalls im Parlamentsgebäude zur Beratung mit den deutschen Parteiführern.

Die Bemühungen der einsichtigen Parteiführer gehen dahin, mit Rücksicht auf die auswärtige Lage möglichst rasch über die nicht durch Schuld der Parlamentarier geschaffenen plötzlichen Schwierigkeiten und Hemmungen hinwegzukommen.

Vossische Zeitung

18/IV. 1917

74

Ministerkrisen in Oesterreich.

Drahtmeldung.

Wien, 17. April.

Wie die Blätter erfahren, haben die Minister Dr. Baernreither und Handelsminister Dr. Urban ihre Entlassungen angeboten.

In deutschen Parteikreisen wird dieser Schritt mit den Meldungen begründet, daß die Einberufung des Reichsrates für den Mai erfolgen soll, daß es aber maßgebende politische Kreise mit Rücksicht auf die Vorgänge auf dem Gebiete der auswärtigen Politik nicht für zeitgemäß erachten, durch Anwendung des § 14 die sogenannten Voraussetzungen für die Einberufung zu schaffen, weshalb von den in Erwägung gestellten Kaiserlichen Verordnungen über die neue Geschäftsordnung des Reichsrats, die Neuordnung der nationalen Verhältnisse in Böhmen, sowie über die Festsetzung einer Verkehrssprache abgesehen werden wird. Die beiden Minister waren in das Kabinett mit Zustimmung der deutschbürgerlichen Partei eingetreten. Da in mehreren Beschlüssen des deutsch-nationalen Verbandes und der christlich-sozialen Vereinigung die erwähnten Voraussetzungen für die Einberufung des Reichsrates verlangt worden waren, sahen sich die beiden Minister zum Rücktritt veranlaßt.

Unser Wiener Berichterstatter meldet uns über den Rücktritt der beiden Minister und über eine mögliche Erweiterung der Krise noch folgendes:

* **Wien**, 17. April.

Die erste Folge des Beschlusses der Regierung, den Reichsrat ohne vorherigen Oktroi einzuberufen, ist die Demission der beiden deutschen Minister Urban und Bärnreither, die den deutschen Parteien gegenüber sich zur Durchführung des Oktrois verpflichtet hatten. Man glaubt jedoch in parlamentarischen Kreisen, daß es zu einer Gesamtkrise des Kabinetts Clam-Martinitz kommen wird.

Die Haltung der Parteien gegenüber dem Reichsrat ist noch nicht geklärt. Die Christlich-Sozialen dürften sich bedingungslos für die Notwendigkeit, im Reichsrate zu erscheinen und an den Verhandlungen teilzunehmen, entscheiden. Ebenso neigt ein Teil des deutschnationalen Verbandes, nämlich die Arbeitsgemeinschaft, zu einer gemäßigten Auffassung. Dagegen ist die Erregung in deutsch-radikalen Kreisen und unter den deutsch-böhmischen Abgeordneten außerordentlich groß, da sich diese Abgeordneten den Wählern gegenüber für die Durchführung des Oktrois verbürgt haben. Es wäre nicht unmöglich, daß dieser Teil der Abgeordneten ihre Mandate niederlegt.

*

Wie wir ferner hören, hat inzwischen auch der polnische Landsmannsminister Bobrinsky seine Demission gegeben. Er begründet sie damit, daß die Voraussetzungen, unter denen er seinerzeit die Berufung in das Kabinett angenommen habe, sich als nicht zutreffend erwiesen hätten.

* * *

In Oesterreich hat sich wieder einmal der Wind gedreht. Als Kaiser Karl wenige Tage nach seinem Regierungsantritt das Ministerium Körber durch ein Ministerium ersetzte, an dessen Spitze zwar Graf Heinrich Clam-Martinitz, ein Politiker von tschechisch-feudaler Vergangenheit, stand, dem aber deutsche Politiker von so ausgeprägter Gesinnung wie Dr. v. Bärnreither und Dr. Karl Urban angehörten, da durfte es als zweifellos gelten, daß noch vor der Wiedereinberufung des Reichsrats die gefährlichsten Hemmnisse, die sich einer gedeihlichen Tätigkeit der Volksvertretung in den Weg zu legen drohten, hinweggeräumt werden würden. Man durfte erwarten — und wiederholt und noch bis vor kurzem wurde es als die bestimmte Absicht des Ministeriums bezeichnet —, daß vorweg die Festsetzung der deutschen Staatssprache und die Einteilung Böhmens in gesonderte deutsche und tschechische Verwaltungsgebiete mittels kaiserlicher Verordnungen auf Grund des § 14 erfolgen werde. Allein „es fiel ein Reif in der Frühlingsnacht", mit einem Male sind all jene Erwartungen zuschanden geworden, Graf Clam-Martinitz hat sich eines anderen besonnen und verzichtet darauf, das, was bei Uebernahme der Regierung angeblich oder wirklich sein Programm war, zur Tat zu machen. Angeblich oder wirklich — denn es gibt nicht wenige Politiker, zumal unter den Deutschösterreichern, die von Anfang an ein leises Mißtrauen gegen den Grafen Clam-Martinitz nicht überwinden und sich nicht recht in den Gedanken finden konnten, daß gerade dieser innerlich den Tschechen so nahe stehende Staatsmann, wie kräftig auch seine österreichische Staatsgesinnung betont wurde, ernstlich bereit sein sollte, seinen Volks- und früheren Parteigenossen den Schmerz anzutun, die deutsche Staatssprache zu verkünden und die von den Deutschen zu ihrem Schutz verlangte neue Kreisordnung in Böhmen einzuführen. Aber man tut mit solchem Mißtrauen dem Grafen Clam wohl unrecht. Mancherlei Anzeichen deuten darauf hin, daß es ihm mit seiner Absicht redlicher Ernst, daß er von der Ersprießlichkeit und Notwendigkeit, so vorzugehen, wie er angekündigt hatte, überzeugt und entschlossen gewesen, seine innersten Neigungen der Pflicht gegen den Staat zu opfern.

Was den jähen Umschlag herbeigeführt hat, deutet die oben wiedergegebene halbamtliche Meldung aus Wien an: Rücksichten auf die Vorgänge auf dem Gebiete der auswärtigen Politik ließen die Anwendung des § 14 zur Schaffung der Voraussetzungen für die Einberufung des Reichsrats nicht zeitgemäß erscheinen. In klares Deutsch übersetzt heißt das: im Hinblick auf die Bestrebungen, mit Rußland zu einer Verständigung zu gelangen, will man den Hetzern der Entente die Möglichkeit nehmen, die Stimmung der freiheitlich Gesinnten in Rußland dadurch in ungünstigem Sinne zu beeinflussen, daß sie die österreichische Regierung der Anwendung reaktionärer, dem Geist des Konstitutionalismus widersprechender Methoden anklagen.

Ist der Programmwechsel des Kabinetts Clam-Martinitz wirklich und nur auf Erwägungen dieser Art zurückzuführen, dann werden auch die Deutschösterreicher, wie schmerzlich sie auch diese abermalige Enttäuschung berechtigter Hoffnungen treffen mag, sich damit abzufinden wissen. So Wichtiges steht auf dem Spiel, daß daneben die Frage, ob die deutsche Staatssprache und die Neuordnung in Böhmen jetzt oder erst in einigen Wochen oder Monaten eingeführt werden sollen, an Bedeutung zurücktritt; endlich wird es ja doch dazu kommen, wenn Oesterreich nicht wieder in das alte Elend schwerster innerer Erschütterungen zurückfallen soll, aus dem der Weltkrieg es herausgeführt hat.

H. B.

Die Zeit
K. k. Bezirksschulrat Wien.

18./IV. 1917

76

Parlamentserwachen.

Der Reichsrat wird einberufen, das österreichische Parlament wird wieder lebendig, ohne parteipolitische Bedingungen, ohne „Voraussetzungen". Braucht man erst zu beweisen, daß dies eine Staats- und Volksnotwendigkeit ist? Daß es undenkbar wäre, in dieser großen Weltkrise, wo alle Völker an die Lösung ihrer historischen Lebensaufgaben schreiten, als einziger Staat unter allen dazustehen, der nur bureaukratisch und ohne Mitwirkung des Volkes regiert würde? Ob wir ein Parlament haben sollen oder nicht, kann nicht von Voraussetzungen abhängig gemacht werden. Es gibt dafür eine einzige Voraussetzung: die Verfassung. Unsere Verfassung ist zwar in drei harten Kriegswintern eingefroren, aber sie lebt noch, und sie taut wieder auf in diesem Lenz der Kriegsstürme und Friedensahnungen. Je näher die Möglichkeit rückt, daß der blutigste und opferreichste aller Kriege durch einen ehrenvollen Frieden seinen Abschluß finde, desto unmöglicher wird es, daß wir den gewaltigen Staatsproblemen, die nun erst reifen, parlamentslos gegenüberstehen. Die Regierung hat erkannt, daß sie den Verantwortungen, die diese Schicksalsstunde mit sich bringt, allein nicht gewachsen ist. Sie braucht das Parlament, sie ruft es, und es wird auf dem Platze sein und wird erfüllen, was die österreichische Oeffentlichkeit von ihm erwartet.

Die alte Monarchie hat in diesem Krieg wieder ihre unverwüstliche Lebenskraft erwiesen. Jedes Jahrhundert seines Bestandes hat für das Donaureich Prüfungen gebracht, die seinen Zusammenhalt, seine Existenz in Frage stellten. Aber je schwerer die Prüfung, desto glänzender wurde sie bestanden. Und ein Staat, der eben erst gezeigt hat, daß er dem furchtbarsten Druck von außen zu widerstehen vermag, sollte eine Belastungsprobe seiner inneren Einrichtungen zu scheuen haben? Gewiß, unser Nationalitätenstaat hat noch nicht die endgültige, die feste Ordnung gefunden, die ein ruhiges Zusammenleben seiner Völker zu sichern vermöchte. Es ist jetzt nicht die Zeit, diesen beklagenswerten Versäumnissen der Vergangenheit nachzuforschen und die Schuld von oben wie die Schuld von unten, die dabei zusammengewirkt haben, bilanzmäßig festzustellen. Immerhin war aber unsere innere Bauarbeit vor dem Kriege, wenn auch noch weit von der Vollendung und nicht einmal im erwünschten Entwicklungstempo, so doch im allmählichen Fortschreiten begriffen — und sie wird weiter fortschreiten und zu gutem Ende gedeihen, wenn sie von gewaltsamen Eingriffen und Störungen bewahrt bleibt. Nicht Oktroyierungen tun uns jetzt not, sondern zusammenfassende, konstruktive, im besten Sinne staatserhaltende Arbeit, die nur auf parlamentarischem Boden geleistet werden kann. Unermüdlich und mit nie erlahmender Geduld die Verständigung der Nationen und zugleich ihr Verständnis für die Bedürfnisse der Staatsgesamtheit zu fördern, muß der oberste Leitsatz österreichischer Regierungen bleiben.

Der Staat ist nicht eine Macht für sich, die, dem Volksleben entrückt, auf einsamer Höhe thront. Der Staat zieht seine Kraft aus den Volkskräften, und wenn er nicht ihre lebendige Zusammenfassung ist, wird er zu einer blutlosen Abstraktion. Das österreichische Parlament wird nach den Erfahrungen und Erlebnissen dieses Krieges, in dem die Völker die beispiellosesten Opfer für die Erhaltung des Staates gebracht haben, sich selbstverständlich nicht in Gegensatz zu den Bedürfnissen des Staates stellen. Es wird ihm geben, was ihm gebührt, in dem sicheren Bewußtsein, daß es selbst die volkstümliche Grundlage seines Bestandes ist. Zweifeln wir nicht an unserem Parlament und an seiner politischen Einsicht und Leistungsfähigkeit! Ueber die Verstimmung einzelner Gruppen, über momentane Parteibeschwerden wird die zwingende Notwendigkeit, jetzt das Gesamtwohl voranzustellen, sicherlich hinweghelfen. Allerdings wird aber auch die Regierung dabei mehr tun müssen, als sich bloß auf die Gunst der Umstände zu verlassen und sich unter dem schützenden Fittich der Weltgeschichte ein ruhiges Plätzchen zu suchen. Ein Parlament braucht eine führende Hand, und so lange es diese nicht in seiner eigenen Mitte findet, erwächst unparlamentarischen Regierungen eine erhöhte Last der Verantwortung. Das Parlament wird fragen, wie der Frieden aussehen soll, den die äußere Politik der Monarchie erstrebt, und nach welchen Richtlinien dann der Ausbau der inneren Politik folgen soll. Wenn die Regierung richtig führt, wird das Parlament den richtigen Weg gehen.

19./IV. 1917

Die Regierung soll zeigen, was sie kann!

Die Regierung Clam-Martinic hat einen unmöglichen Plan aufgegeben; das ist sehr löblich. Aber wenig löblich wäre es, wenn sie gleichzeitig vermeinte, daß die nationalen Streitfragen, die sie durch Patente „lösen" wollte, nun einer Lösung nicht mehr bedürfen, und wenn sie glaubte, mit dem Aufgeben eines unmöglichen Planes sei ihre Aufgabe in Sachen des Parlaments erschöpft. Wir haben das Vorhaben, Dinge, die an den empfindlichsten Nerv der nationalen Verhältnisse greifen, mittelst Oktroyierungen zu „regeln", vorweg als ein unfruchtbares erkannt; nationale Regelungen können nicht gesetzt, müssen, wenigstens in den Umrissen und in der Hauptsache, vereinbart werden. Die Wahrheit, und eine betrübliche, ist, daß durch diesen Plan, der in der Stürgkhschen Erbschaft einer der bösesten war, eine sehr günstige Gelegenheit versäumt wurde: die Zeit, da alles im Flusse war, die nationalen Parteien zur Nachgiebigkeit und Verständigung gestimmt, da von einer ernsthaften Bemühung ein fruchtbares Ergebnis wohl erwartet werden konnte. Es ist nicht gut, daß einesteils der Plan in die Vorstellungen des deutschen Bürgertums eingehen konnte und sein Aufgeben nun als eine Art Verleugnung empfunden werden wird, und anderenteils, daß sein Aufgeben von der anderen Seite als ein Triumph aufgefaßt werden kann; beides ist einer Stimmung, in der das Einvernehmen gedeiht, nicht gerade förderlich. Geradezu seltsam mutet es aber an, daß ernsthaft gemeint werden konnte, von den Oktroyierungen eine Gesundung des Abgeordnetenhauses erwarten zu können, wo es doch klar ist, daß sie die Reizungen, die das Haus zerrütten, nur gemehrt hätten. Im Grunde hat an diese heilende Folge eigentlich auch die Regierung nicht geglaubt; deshalb ihr Streben nach einer Geschäftsordnung, mit der jede Lebensregung im Hause hätte geknebelt werden können. Der ganze Plan konnte nur in der Atmosphäre der Zensur gedeihen; wäre die offene und freimütige Kritik nicht immer unterbunden worden, so wäre in der kritischen Erörterung, bei der alle Teile zu Wort kommen, die Unmöglichkeit eines Planes, der nur einen Teil sehen wollte, rasch zu Tage getreten. Eine Politik, die die Kritik ausschließt, muß eben auf Abwege geraten.

Indessen kommen wir nicht weiter, wenn wir über den irreführenden Plan weiter nachsinnen, und da es sich nicht bloß um das Schicksal einer Regierung, sondern eben um das Schicksal des Parlaments handelt, so ist die dringende Frage, was nun geschehen soll. Den einen Grundirrtum, den die Regierung begangen hat, nämlich, daß sie die fruchtbare Idee der Kreisorganisation, statt sie als eine Frage der Reform der Verwaltung aufzufassen, zu einer Art der Bestrafung der Tschechen benützen wollte, den kann sie unschwer gutmachen: indem sie die Frage in ihr Recht einsetzt, die Kreisorganisationen also nicht auf Böhmen beschränkt, sondern sie als die allgemein so wünschenswerte und unerläßliche Verwaltungsreform erfaßt und vorschlägt. Wir können nicht hoffen, daß wir alle nationalen Streitfragen in einem Atemzug und so zwischen Tür und Angel bereinigen können; aber herauskommen müssen wir, wenn wir die Aufgaben, die der Krieg in gewaltiger Fülle vor uns stellt, meistern sollen, aus dem trüben Dunst, aus der ewigen Unruhe, aus der nationalen Wirrnis, die alle Kräfte lähmt und alle Geister entmutigt. Die nationalen Streitfragen müssen endlich mit Ernst und Nachdruck ausgepackt werden, und mit der Tradition des Auf-ein-anderes-Geleise-Schiebens muß endlich aufgeräumt werden. In der Hauptsache hat es immer an dem Ernst gefehlt, und er würde ganz anders mitwirken, wenn man endlich begriffe, daß alle nationalen Fragen nur im Zeichen der Demokratie lösbar sind. Die Gleichgültigkeit [illegible]

Wenn aber die Regierung Clam-Martinic gar vermeint, daß sie, indem sie darauf verzichtet, das Abgeordnetenhaus mittelst Patenten zu vergewaltigen, schon alles getan habe, um das Parlament freizumachen, so irrt sie gleichfalls sehr. Wenn sich die Regierung auf den Plan der „Schaffung von Voraussetzungen" nicht eingelassen, ihn nicht als ihren Königsgedanken verkündet hätte, so wäre es in dem Abgeordnetenhause natürlich leichter gegangen und eine Vereinbarung zwischen den Parteien über die Vorfrage aller Tätigkeit des Parlaments, über die Geschäftsordnung, wäre unschwer zustande gekommen. Weder der Plan noch sein Aufgeben ist dem Verhältnis zwischen den nationalen Parteien förderlich, und so muß nun die Regierung zeigen, daß sie nicht bloß, wie man uns ständig versichert, guten Willen, sondern daß sie auch Talent hat. Bei großen Dingen und für den einzelnen mag es genügen, gewollt zu haben; in der Politik muß man das, was man will, auch können. Wir können nicht behaupten, daß wir von dem Können der Regierung Clam-Martinic bisher überraschende Proben empfangen haben. Diese Regierung ist sozusagen wasserscheu; sie traut sich nicht unter die Parteien, weil sie befürchtet, von den Wellen verschlungen zu werden. Ihr Ideal ist der stille, verschwiegene Ministerrat, wo man die „guten" § 14-Verordnungen ausheckt, bei denen die einzige Mühsal ist, sie im Reichsgesetzblatt abzudrucken. Aber mit diesem idyllischen Absolutismus geht es nicht weiter; die Staatsbürger wollen überhaupt nicht mehr „regiert" werden, wollen ihre Sache selbst besorgen, und sich diesem Willen, der die Kraft einer zwingenden Entschlossenheit hat, zu widersetzen, könnte selbst in Oesterreich einmal nicht unbedenklich werden.

Die Regierung hat knapp einen Monat Zeit und sie möge es sich ernsthaft überlegen, ob sie sich die Fähigkeit zutraut, aus dem Wirrsal, in das ganz eigentlich sie das Parlament gebracht hat, den Weg zu einem normalen und arbeitsfähigen Hause zu finden. Dieses arbeitsfähige Haus ist durchaus möglich und es ist unerläßlich; so kann es nicht weitergehen und würde es nicht weitergehen. Wir müssen aus dem Sumpf heraus und müssen eine Regierung finden, die es zuwege bringt.

Neues Wiener Tagblatt
19/IV. 1917

Der Kurs bleibt.

Vom Abgeordneten Dr. **Otto Steinwender.**

Man will wissen, die deutschen Abgeordneten seien verstimmt darüber, daß es nicht nach ihrem Willen gegangen und der von ihnen empfohlene Weg der Patente und Verordnungen verlassen worden sei. Die Dinge stehen denn doch etwas anders. Gewiß, wenn die deutschbürgerlichen Parteien ein von der Regierung in Aussicht genommenes Vorgehen gebilligt und sich durch zwei ihnen angehörige Minister an der Durchführung beteiligt haben, wenn darauf viel Zeit und Kraft verwendet wurde und es sich nun herausstellt, daß es so nicht gehe, wie man es sich vorgestellt hatte, so ist das immerhin verdrießlich. Aber die deutschen Parlamentarier sind nicht daran schuld, daß es so gekommen ist. Nicht sie sind auf den Gedanken der Oktroyierungen verfallen, und gebilligt haben sie ihn zu einer Zeit, wo er ganz wohl durchführbar gewesen wäre. Daß sich die Verhältnisse ändern können, haben sie vorausgesehen, und daher haben sie gedrängt, aber nachdem die von ihnen vorausgesehene Veränderung eingetreten ist, werden sie etwas andres zu tun haben, als sich Stimmungen hinzugeben, mit denen aufrechte Männer nichts anzufangen wissen.

Jetzt handelt es sich darum, den Staat durch Zusammenfassung aller Kräfte stark zu machen und nach außen als stark darzustellen, und wenn eine Taktik, die gewiß einmal die richtige gewesen wäre, in diesem Augenblick stören könnte, so würden wir ohne weiteres auch dann auf sie verzichten, wenn wir sie erfunden hätten. Nein, alles, was einen ehrenvollen Frieden beschleunigen und was die Völker Oesterreichs einer besseren Zukunft zuführen kann, das ist unsre eigenste Sache, und an dieser Arbeit werden wir uns nicht stören lassen durch unnützes Erinnern an irgendeine Taktik. Man wird uns schon an der Arbeit sehen, an der wirtschaftlichen, an der finanziellen und an der sozialen, und recht gründlich wird diese Arbeit sein, gründlicher, als es manchen lieb sein mag, denen der Krieg allzu gut angeschlagen hat.

Aber damit ist das nicht aufgegeben, was die deutschbürgerlichen Parteien verlangt haben, nicht für sich, sondern für den Staat. Wir haben die Staatssprache verlangt, doch nicht für uns, sondern für den Staat, der nun einmal nicht fertig wird, wenn er in acht Sprachen reden soll. Wer von der Staatssprache, oder welchen Namen immer man ihr zu geben für vorsichtig erachtet, eine Germanisierung fürchtet oder hofft, wer in ihr eine Bevorzugung der Deutschen oder eine Schädigung der Slawen findet, der redet ins Blaue. Und daher wollen wir, daß Ordnung gemacht werde, weil der Staat die Ordnung braucht, und wenn diese Ordnung nicht in einem Zuge gemacht wird, gemacht werden muß sie, und an dieser Notwendigkeit hat sich durch die Aenderung der Taktik nicht das mindeste geändert.

Und die Dinge in Böhmen kann man denn doch nicht stecken bleiben lassen. Da man ganz genau weiß, was die Deutschen wie die Tschechen einerseits brauchen, anderseits vertragen, da beide Teile froh wären, aus den Hemmnissen herauszukommen, in die sie sich selbst verstrickt haben, und da die Bewohner aller andern Kronländer Gott danken würden, wenn sie durch den böhmischen Streit nicht mehr aufgehalten würden, so wäre es allerdings das einfachste gewesen, mit einem einzigen großen Strich endlich Schluß zu machen. Aber Schluß machen muß man doch, und zwar so bald als irgendmöglich, und die deutschen Parteien müssen darauf bestehen, nicht bloß, weil es sich um Millionen von Stammesgenossen, sondern weil es sich auch um den Staat und seine Zukunft handelt.

Von der Geschäftsbehandlung im Reichsrat sprechen wir nicht, weil die Sache zu klar, und von Galizien nicht, weil die Sache zu unklar ist. Aber gemacht werden muß alles, und zwar in demselben Sinn, wie es bisher gedacht war, ohne Aufschub, ohne Schwanken, ohne Neuorientierung. Und wir werden überall mittun, forsch und stramm und ohne alle Verstimmung, denn dazu haben wir keine Zeit.

Berner Bund

19./IV. 1917

Friedensfrage und innerpolitische Krisis in Oesterreich

Wie wir gemeldet haben, hat die österreichische Regierung beschlossen, mit Rücksicht auf die Friedensfrage den Reichsrat im Laufe des Monats Mai einzuberufen. Aus diesem Beschlusse ist nun plötzlich eine innere Krise erwachsen, die namentlich in deutschnationalen Kreisen des Landes die Gemüter heftig zu erregen scheint. Eine unmittelbare Folge des Einberufungsbeschlusses ist die Demission des Handelsministers, Dr. Urban, und des Ministers ohne Portefeuille, Dr. Baernreither.

Der Grund zu dieser Krisis liegt darin, daß die deutschen Parteien auf dem Standpunkt stehen, eine Einberufung des Reichsrates habe keinen Zweck, solange nicht, durch außerparlamentarische Maßnahmen der Regierung, die Möglichkeit einer ersprießlichen Parlamentsarbeit geschaffen werde. Was sie verlangen, ist eine Aenderung der Geschäftsordnung, zu der auf Grund des bekannten Paragraphen 14 die Regierung auch ohne Parlament berechtigt sei, ferner die Einführung des Deutschen als Amtssprache für ganz Oesterreich, die Schaffung einer Kreisverfassung für Böhmen, durch die die Rechte der deutschen Minderheiten besser gewahrt werden sollen als bisher. Das Ministerium Clam-Martinic hat nun diese Begehren abgewiesen und will den Reichsrat einberufen, ohne die von den Deutschen verlangten außerparlamentarischen Vorbereitungen.

„Die Beweggründe, die zu diesem Beschlusse führten, — so lesen wir in einer anscheinend offiziösen Auslassung der „N. Fr. Presse" — liegen hauptsächlich darin, daß gegenwärtig die ganze Aufmerksamkeit der Friedensfrage zugewendet wird. Die Kundgebung unseres Auswärtigen Amtes, die am Samstag veröffentlicht worden ist, und die entsprechende Kundgebung der deutschen Reichsregierung haben gezeigt, daß die gesamte innere und äußere Politik gegenwärtig der Friedensfrage untergeordnet ist.

Unter solchen Umständen wird erwartet, daß auch der Reichsrat auf Grund der ihm zukommenden Verantwortlichkeit sich den Bedürfnissen der Friedensfrage vollständig anpaßt.

Es handelt sich darum, die wirtschaftlichen Vorbereitungen für den Frieden zu treffen und insbesondere die Einrichtungen zu schaffen, die für den Uebergang aus der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft notwendig sind.

Die Friedensfrage soll dahin führen, daß der Reichsrat die Voraussetzungen seiner Arbeitsfähigkeit sich selbst schafft und nicht auf Grund des Paragraphen 14 erhält."

Zu diesen Vorgängen wird den „M. N. N." aus Wien gemeldet: Durch den gestern gefaßten Beschluß des Ministerrates ist nicht nur eine Ministerkrise, sondern auch eine parlamentarische Krise angebahnt worden, die sich vor allem im deutschen Nationalverband bemerkbar machen dürfte. Die deutschradikale Partei und ein Teil der deutsch-böhmischen Abgeordneten fühlen sich durch die gefallene Entscheidung besonders hart betroffen. Sie stehen auf dem Standpunkte, daß für sie die Parlamentseinberufung nun keinen Wert mehr habe. Es wird sogar der Gedanke erwogen, ob unter diesen Umständen nicht eine Mandatsniederlegung aller deutschen Abgeordneten am Platze wäre. In den nächsten Tagen werden die deutschen Abgeordneten zu Beratungen zusammentreten. Schon heute ist der Landeshauptmann von Oberösterreich, Prälat Hauser, beim Ministerpräsidenten erschienen, um im Namen der christlichsozialen Partei mit ihm zu verhandeln. Der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes wollte in einer andern Angelegenheit mit dem Ministerpräsidenten in Fühlung treten, die Besprechung dürfte nun aber unterbleiben, weil man glaubt, daß die Partei mit dem Minister nicht mehr verhandeln wird. In bezug auf die Haltung der Tschechen wird auf die Audienz verwiesen, die der tschechische Arbeitsminister Trnka beim Kaiser hatte. Die tschechische Presse begrüßt den Schritt der Regierung und sie weist darauf hin, daß nunmehr der Weg für die Einberufung des Parlaments frei sei, die unter allen Umständen „voraussetzungslos" geschehen müsse.

Vossische Zeitung
19./IV. 1917

Die österreichische Ministerkrise.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **Wien**, 18. April.

In der Ministerkrise ist bisher keine Entscheidung gefallen. Innerhalb der deutschen Parteien dringt immer mehr die (auch von der „Vossischen Zeitung" vertretene) Auffassung durch, daß die Gründe, die für die Einberufung des Reichsrats ohne vorherige Oktrois sprechen, nur mit der Friedensfrage zusammenhängen können. Es wird nach einem Ausweg gesucht, um den deutschen Ministern Urban und Baernreither das Verbleiben im Kabinett zu ermöglichen. Es wird erwogen, die Form einer Erklärung der Krone oder der Regierung festzustellen, daß die Neuordnung in Oesterreich, die durch Oktrois herbeigeführt werden sollte, nicht fallen gelassen, sondern daß nur der Weg geändert werde, um zu diesem Ziele zu gelangen. Eine solche Erklärung würde es den deutschen Parteien möglich machen, an den Verhandlungen des Reichsrats teilzunehmen und ihr Verhältnis zu der Regierung nicht zu ändern. Eine Reorganisation des Kabinetts Clam-Martinitz in Gestalt einer Ersetzung der deutschen Minister durch Beamte würde von den deutschen Parteien nicht angenommen werden. Im Polenklub bemüht man sich, den Minister Dr. v. Bobrzynski zum Bleiben zu bewegen, doch verlautet, daß er auf seinem Demissionsgesuch beharre, da die Grundlage seiner Politik, die Durchführung der Sonderstellung Galiziens, hinausgeschoben sei.

Ministerpräsident Graf Clam-Martinitz wird heute beim Kaiser in Audienz erscheinen, um ihm die Demissionsgesuche der drei Minister zu überreichen. Man glaubt allgemein, daß die Krise auf die ausscheidenden drei Minister beschränkt bleiben wird.

Sehr bemerkenswert ist eine Aeußerung des Herrenhausmitgliedes Grafen Nostitz, dessen besondere Beziehungen zum Ministerpräsidenten bekannt sind: „Die Nachricht, daß das Parlament für Mai einberufen werde, ohne daß vorher bestimmte Staatsnotwendigkeiten mittels kaiserlichen Erlasses erledigt werden, hat gewiß überraschend gewirkt. Aufmerksamen Beobachtern unseres parlamentarischen Lebens aber konnte es nicht entgehen, daß durch den Ausbruch der russischen Revolution auch die innerpolitische Lage Oesterreichs und Deutschlands gewissen bestimmenden Einflüssen ausgesetzt war, und daß man mit der Möglichkeit eines nahenden Friedens zu rechnen habe. Als Trägerin des Friedensgedankens erscheint in Rußland die russische Demokratie und die Sozialdemokratie. Die Mittelmächte sind eifrig an der Arbeit, hier anzuknüpfen und im Geiste der Erklärungen der verbündeten Regierungen eine Verständigung herbeizuführen. Gegenüber diesen für unsere Zukunft entscheidenden Vorgängen haben natürlich alle innerpolitischen Ereignisse in den Hintergrund zu treten. Wenn der von allen Schichten der Bevölkerung sehnlichst erwartete Friede wirklich im Anmarsch ist, dann haben alle die maßgebenden Faktoren unserer auswärtigen Politik das entscheidende Wort. Wenn diese betonen, daß die Parlamente eine große und wichtige Rolle als Vertretung der freien Völker Oesterreichs spielen, wenn sie darauf hinweisen lassen, daß der baldigste Zusammentritt des Abgeordnetenhauses geradezu eine unabweisliche Voraussetzung für eine günstige Abwicklung der Friedensverhandlungen ist, muß jeder Gedanke, welcher von den Lenkern der inneren Politik gegen eine voraussetzungslose Tagung des Parlaments erhoben werden könnte, schweigen."

Frankfurter Zeitung

19/IV. 1917

19/82

Die Wendung in Oesterreich.

G Wien, 18. April. (Priv.-Tel.) Offiziell wird mitgeteilt, daß der vorgestrige Ministerrat beschlossen hat, den österreichischen Reichsrat einzuberufen, ohne vorher die Verfügung zu treffen, die von den deutschen Parteien als die Vorbedingung einer erfolgreichen Tagung des Parlaments bezeichnet und mindestens von den deutschen Mitgliedern des Kabinetts Clam-Martinitz zugesagt worden waren. Die Zurücknahme dieser Zusage wird mit der geänderten Welllage motiviert, die dazu zwinge, alle Kräfte zusammenzufassen, und das ganze politische Leben hinter der Erörterung der Friedensfrage zurücktreten zu lassen. Es sei nötig, daß das Abgeordnetenhaus die Schwelle der neuen, wahrhaft historischen Session ohne politische Belastung überschreite und nicht schon im Beginn seiner Tätigkeit Entscheidungen vorfinde, die geeignet seien, die Leidenschaften zu entfesseln und die schöpferische Einmütigkeit der Volksvertretung zu beeinträchtigen.

Es wird nicht gesagt, woher die Regierung die Gewißheit nimmt, daß durch die Erfüllung der Wünsche der Slawen und die Zurücknahme einer den Deutschen gegebenen Zusage bei den Deutschen keine Leidenschaften entfesselt würden. Sie setzt eben wie immer voraus, daß die Deutschen staatlichen Sinn genug haben, nicht im entscheidenden Augenblick die Maschine zum Stillstand zu bringen. Sie wird sich wohl auch schwerlich verrechnen. Denn das Verlangen nach einer Tagung des Parlaments ist so stark und das Bedürfnis nach der Wiederherstellung einer öffentlichen Tribüne zur Kontrolle der Verwaltung so groß, daß ein Widerstand gegen die Einberufung des Reichsrates — gleichviel aus welchen Motiven — von der Oeffentlichkeit kaum verstanden werden dürfte. Es ist ebenso gekommen, wie es an dieser Stelle bereits vor Wochen vorausgesagt worden war. Man hat den geeignetsten Moment zur Befreiung Oesterreichs aus Schwäche und Mangel an Entschlossenheit, vielleicht auch ein bißchen aus Falschheit, verpaßt, und was man von der Minute ausgeschlagen, bringt keine Ewigkeit zurück. Die Entscheidung der Regierung ist zweifellos mit beeinflußt von der russischen Revolution und der Angst, irgend etwas zu tun, was, wenn auch ganz ohne Berechtigung, von den slawischen Parteien als gegen sie gerichtet empfunden und verschrien werden könnte. Es zeigt sich eben wieder, daß es in Oesterreich eine besondere Vorsehung für die Slawen und gegen die Deutschen gibt, auch jetzt, nachdem in diesem Kriege die Deutschen unerhörte Opfer für Staat und Dynastie gebracht, während Teile der Slawen, milde gesagt, sich etwas weniger leidenschaftlich für den Bestand von Thron und Reich eingesetzt haben. Daß diese Vorsehung einen starken klerikalen Anstrich hat, sei nur nebenbei bemerkt. Das Unglück der Deutschen in Oesterreich ist es eben, daß der klerikale Teil von ihnen national fast neutralisiert ist, während sich bei den Slawen die klerikale Gesinnung sehr wohl mit leidenschaftlichem Nationalismus verträgt.

Es muß ferner festgestellt werden, daß zur Entscheidung in negativem Sinne auch jene Anhänger des mitteleuropäischen Gedankens beigetragen haben, deren Parole ist: „Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich, dafür aber im Innern weitestgehende Berücksichtigung der slawischen Wünsche." Der zweite Teil ihres Programms wird nun erfüllt werden, ob auch der erste, wird erst abzuwarten sein. Daß die speziellen Vertrauensleute der Deutschen, Dr. Baernreither und Dr. Urban, welche ihren Rücktritt erbeten haben, im Kabinett bleiben können, ist wohl nur unter der Voraussetzung möglich, daß es ihnen gelingt, die telegraphisch berufenen Obmänner der Deutschen für den Standpunkt der Regierung zu gewinnen, was immerhin keine Kleinigkeit sein wird. Dafür tritt die „Neue Freie Presse" in ihrem Artikel ein, der mit dem Satz schließt: „Verloren ist nur die Frage einer Taktik, aber kein Splitter von den unverjährbaren Ansprüchen der Deutschen. Der Reichsrat, diese Volksnotwendigkeit, darf jedoch nicht verloren gehen." Man muß eben, wie gesagt, zustimmen. Die wichtigste Aufgabe des Augenblicks ist die Sicherung des Krieges, dann wird jede Regierung, gleichviel, ob die jetzige oder eine andere die Aufgabe übernehmen müssen, im Parlament vielleicht die Zustimmung oder wenigstens die stillschweigende Duldung der Slawen zu erwirken. Das wird aber die schwerste Aufgabe für die Zukunft des Staates sein. Die Deutschen werden bis dahin wohl Gewehr bei Fuß der Regierung gegenüber bleiben können.

G Wien, 18. April. (Priv.-Tel.) Trotz der atembeklemmenden Spannung, mit der der Kampf im Westen verfolgt wird, stehen die Vorgänge, die zum Rücktritt der beiden Minister Dr. Urban und Dr. Bärnreither führten, im Vordergrund der politischen Erörterungen. Es hat jetzt schon den Anschein, daß sich die Mehrheit der Deutschen zu radikalen Entschließungen, wie Niederlegung der Mandate oder Lahmlegung des Reichsrats, nicht verleiten lassen wird. Die Ueberzeugung setzt sich durch, daß tatsächlich der Augenblick zur Erfüllung der den Deutschen gemachten Zusagen verpaßt ist, und jetzt wichtige Aufgaben zu lösen sind, die eine Aenderung der Taktik erfordern. Es war auch nicht so sehr der Frontwechsel der Regierung an sich, der die Deutschen erbittert hat, als vielmehr die überraschende und verletzende Art, mit der er vollzogen und begründet worden ist. Es wäre ein Leichtes gewesen, die deutschen Führer zu berufen und von ihnen unter Hinweis auf die geänderte Lage die Lösung von den eingegangenen Verpflichtungen zu fordern, die von der Mehrheit gewiß nicht verweigert worden wäre, wenn die Regierung erklärt hätte, sie halte an ihrem Programm fest und wolle nur zu seiner Erfüllung um jeden Preis noch den letzten Versuch machen, das Ziel auf parlamentarischem Wege zu erreichen. Daß man diesen Weg nicht gewählt hat, sondern die Deutschen vor eine vollzogene Tatsache stellt, wird weniger dem bösen Willen oder besser der Absicht eines wirklichen Systemwechsels bei den leitenden Männern zugeschrieben, als vielmehr der Unbeholfenheit der jetzt Oesterreich regierenden aristokratischen Dilettanten, die die Wirkung ihrer Worte und Handlungen nicht im vorhinein ermessen können. Gleichwohl läßt sich noch nicht voraussehen, welchen Verlauf die Krise noch nehmen wird.

Wenn sich Ministerpräsident Graf Clam-Martinitz nicht beeilen sollte, unzweideutig zu erklären, daß er an dem Inhalt der Abmachungen mit den Deutschen unverbrüchlich festhalte, so wird er mit seinem ganzen Kabinett in den Strudel hineingezogen, trotzdem die Wiener Presse mit einer Würdelosigkeit sondergleichen der Regierung heute beispringt und verleugnet, was sie gestern geschrieben hat. Wohltuend sticht davon die Haltung der „Arbeiterzeitung" ab, die aus grundsätzlichen Gründen stets gegen die außerparlamentarische Erledigung der nationalen Rechtsfrage aufgetreten ist, heute aber den Affront, der den Deutschen angetan worden ist, mit unverblümten Worten als schweren politischen Fehler kennzeichnet. Man macht sich auf eine lange Dauer der Krise gefaßt.

Kölnische Zeitung

19./IV. 1917

19/83

Was Deutsch-Oesterreich erwartet.

✡ **Wien,** 17. April. **(Telegr.)** Der Beschluß des Kabinetts Clam, die geplanten und beiden deutschen Parteigruppen feierlich zugesagten Bürgschaften für die Stärkung der österreichischen Staatsgewalt (deutsche Staatssprache), für die Sicherung des deutschen Volksstammes in Böhmen (nationale Kreiseinteilung), sowie für den geordneten Gang der Beratungen des Abgeordnetenhauses (Geschäftsordnungsreform) nicht vor dem Zusammentritt des Reichsrats durch Zwangsverordnung zu schaffen, sondern diese Maßnahmen zu vertagen, ist unter den gegenwärtigen Umständen zweifellos ein Gebot der Staatsklugheit. Die russische Revolution mit der Rückwirkung ihrer demokratischen Grundtendenzen auf die österreichische Bevölkerung und die Osterbotschaft Kaiser Wilhelms, die nochmals in feierlichster Form die Ausgestaltung der Volksrechte in Preußen verkündigt, lassen heute den Zeitpunkt als verpaßt erscheinen, durch einen heilsamen chirurgischen Eingriff der Regierung die Krebsschäden herauszuschneiden, die bisher die österreichischen Staatsbürger im Zustande dauernden Siechtums erhalten haben. Dazu hätte man sich entschließen müssen, als die österreichische Öffentlichkeit noch frisch unter dem Eindruck der schlimmen Folgen der parlamentarischen Zustände für die österreichische Zentralgewalt und die Rüstung zu dem aufgezwungenen Daseinskampf stand und namentlich den unheilvollen Anteil der tschechischen Demagogie an der Schuld hierfür unverwischt vor Augen hatte. Nun aber sind trotz des unermüdlichen Drängens der beiden deutschen Parteigruppen alle frühern Gelegenheiten zu dieser Zwangskur ungenützt geblieben, haben die weltgeschichtlichen Ereignisse zu einer solchen Steigerung der demokratischen Triebe geführt, gleichzeitig sind Ereignisse wie die Friedensfrage in den Bereich der Möglichkeit gerückt, ist daher die Sorge in den Vordergrund gehoben, da jeder noch so wünschenswerte und heilsame Versuch der Regierung, aus eigner Machtvollkommenheit die Krankheitsherde zu beseitigen, diese Triebe zum Widerstand aufstacheln würde, dem Parlamente zur Mitarbeit an der Lösung dieser Frage die Handlungsfähigkeit zu sichern. Die nach einer etwaigen Zwangsordnung geplante Bürgschaft ist jetzt jedenfalls kaum noch zu erhoffen. Vom Standpunkte der Staatsräson wird man also diesen Beschluß heute nicht unbedingt mißbilligen können. Es ist aber anderseits sehr bedauerlich, daß auf diese Weise nicht nur Österreich der Möglichkeit beraubt wird, einen großen Schritt vorwärts auf der Bahn seiner innern Festigung zu tun, sondern auch die Deutsch-Österreicher um den Lohn ihrer gewaltigen Leistungen in diesem Weltkrieg gebracht erscheinen, die, wenn nicht allein, so doch mindestens vorwiegend das siegreiche Durchhalten des alten Donaureiches in diesem Daseinskampfe ermöglicht haben und sicherlich ihnen den Anspruch verliehen haben, in dem von ihnen abermals mit ihrem Gut und Blut verteidigten und sozusagen neugegründeten Reiche sorgenlos und unangefochten als eigentliches Staatsvolk zu leben, und dem Staatsganzen den Stempel ihres Geistes und ihrer Kultur aufzuprägen. Wenn das Kabinett Clam von den Deutsch-Österreichern nach dieser Entscheidung erwartet, daß sie nunmehr wieder ihre berechtigten Wünsche zugunsten der eigentlich dringenden Staatsinteressen zurückstellen, so zeigt das jedenfalls, daß es ihre politische Einsicht sehr hoch einschätzt. Es gehört sehr viel Entsagungsfähigkeit und Staatsbewußtsein dazu, diese Opfer zu bringen, und es wäre den Deutsch-Österreichern kaum zu verübeln, wenn sie diese Zumutung nicht ohne heftige Ausbrüche ihres Unwillens hinnehmen und mindestens eine anderweitige Sicherstellung ihrer Ansprüche in feierlichster Weise verlangten. Ohne solche Sicherstellung wäre wohl kaum daran zu denken, daß ihre beiden Vertreter, Urban und Bärnreither, im Kabinett Clam verharrten und dieses selbst noch die Reichsratseröffnung erlebte. Darüber werden die nächsten Tage entscheiden. Die beiden deutschen Gruppen haben ihre Mitglieder telegraphisch nach Wien berufen, um die nötigen Beschlüsse zu fassen. Inzwischen sucht die Neue Freie Presse den Deutschen im Leitartikel zu versichern, daß ihre Ansprüche nur zurückgestellt, nicht abgelehnt seien und daß sie deshalb das geforderte Opfer im höhern Staatsinteresse unbesorgt bringen dürften. So einfach wird das jedoch kaum gehen. Wir gehen ernsten Tagen in Österreich entgegen.

Zuversicht auf eine Klärung in kurzer Zeit.

✡ **Wien,** 18. April. **(Telegr.)** Zu dem Rücktritt der beiden deutschen ist nun noch der des polnischen Ministers Bobrzynski gekommen. Auch dieser ist durch den Beschluß des Kabinetts Clam, auf eine außerparlamentarische Neuordnung Österreichs zu verzichten, persönlich betroffen, da er sich seinem Klub gegenüber für die Durchführung des kaiserlichen Handschreibens über die Sonderstellung Galiziens ohne Parlament verbürgt hat, und diese Durchführung, wie übrigens schon vorher erwartet wurde, nunmehr ebenfalls aufgegeben worden ist. Der Polenklub hatte die galizische Autonomie schon in den Ausschußberatungen soweit gefördert, daß der Entwurf am 24. April der Vollversammlung hätte vorgelegt werden sollen. Alle drei Ministergesuche sind vorläufig noch unerledigt. Die gestrige Versammlung der Vertreter des deutschen Nationalverbandes und der christlichsozialen Vereinigung billigte nach dem Anhören der Minister Urban und Bärnreither deren Schritt, doch herrschte in ihr die Anschauung vor, daß man sich in keinen Gegensatz zu den Rücksichten auf die auswärtige Politik setzen dürfe, vielmehr im Hinblick auf die im Vordergrunde der Erörterung stehende Friedensfrage alles tun müsse, was in der innern Politik augenblicklich ratsam erscheine. Die Einberufung des Parlaments wurde als notwendig bezeichnet und trotz der bedauerten gegenwärtigen Vertagung der Sicherstellung der berechtigten Forderungen des deutschen Volkes in Österreich die Zuversicht geäußert, daß dennoch schon in allernächster Zeit eine Klärung der innerpolitischen Lage erfolgen werde. Es wurde zur Stütze dieser Auffassung darauf hingewiesen, daß Graf Clam noch bis 17. abends an dem geplanten Oktroi festgehalten habe. Dieselbe Auffassung der Lage kam auch in der nachfolgenden Sitzung des Vorstandes der Christlich-Sozialen zum Ausdruck. Ebenso scheint der Polenklub, mit dessen Obmann Bilinski Graf Clam bereits eine Besprechung hatte, keine gegnerische Haltung gegen das Kabinett Clam einnehmen zu wollen und sogar zu wünschen, daß Bobrzynski darin verbleibe.

Reichspost Abendblatt
19./IV. 1917

Das parlamentarische Gesicht und das andere.

Die jüngste innerpolitische Krise ist demokratischen Ursprungs. Wenigstens wird in den Blättern, die sich darüber höchlichst erfreut zeigen, daß die deutschen Parteien um die „Voraussetzungen" gekommen sind, die Regierungserklärung, daß Erfordernisse der äußern Politik einen Hinausschub der angekündigten Neuordnung in Oesterreich notwendig machen, mit der wichtigen Miene von Eingeweihten dahin erläutert, daß nach der russischen Revolution und nach dem Anschluß der großen nordamerikanischen Republik an unsere Feinde die Anwendung des Notparagraphen undenkbar geworden sei. Es gelte jetzt, der Welt vorzudemonstrieren, daß Oesterreich ein richtiger Verfassungsstaat sei, der parlamentarisch-demokratisch regiert werde. Ob diese Auslegung zutrifft und inwieweit unserer Reichspolitik daraus ein Vorteil erwachsen kann, wenn wir nach einer dreijährigen Regierung der Verordnungen der Welt eine so streng parlamentarische Fassade zeigen, daß wir selbst auf den geplant gewesenen letzten kräftigen Abschluß des ganzen §-14-Regimes verzichten, bleibe außerhalb der Betrachtung. Uns beschäftigt hier allein die Tatsache, die wir vor uns haben, nämlich daß die Voraussetzungen fielen, weil wir aus Gründen der äußern Politik wieder ein Staat der Verfassungsmöglichkeit, des Parlamentarismus, der Demokratie und der Freiheit sein und gelten wollen.

Gut. Aber wäre es dann nicht folgerichtig, darauf zu sehen, daß der gewinnende Eindruck, den wir im neuen Kleid zu machen hoffen, nicht durch kleine Stilwidrigkeiten im Kostüm gestört oder gar verwischt werde? Das demokratisch-konstitutionelle Gesicht in Ehren, aber wie reimen sich dazu die weißen Flecke in der Presse? Gewiß, eine scharfe Preßzensur kommt in den besten demokratischen Familien vor und neben der französischen und italienischen „Preßfreiheit" braucht sich die österreichische nicht zu schämen. Auch in der jungen russischen Republik scheint einstweilen nur für jenen Teil der öffentlichen Meinung eine Aeußerungsfreiheit zu bestehen, der den Petersburger Machthabern zu Gefallen schreibt. Aber gleichwohl, die Gefahr, daß jene Politik, durch welche der Staat um die „Voraussetzungen" der deutschen Parteien gekommen ist, um den erstrebten Erfolg gebracht werde, die Gefahr, daß man unserer schönen neuen Fassade die Verfassungsmäßigkeit und Freiheitlichkeit nicht glaubt, wenn die Zensur beharrlich an die Stelle des freien Wortes den weißen Fleck setzt, besteht. Man kann sich die Preßzensur als Werkzeug der hohen Politik vorstellen und geneigt sein, ihr als solchem selbst für die schmerzlichsten und unbegreiflichsten Nebungen verständnisvolle Duldung entgegenzubringen. Aber das Verständnis versagt, wenn in einer Zeit, wo die Reichspolitik den Gang zur Verfassungsmäßigkeit, zum Parlamentarismus, zur Demokratie und Freiheitlichkeit für so zweckmäßig und notwendig hält, daß sie unbedenklich die Zurücknahme feierlicher und wiederholter Zusagen riskiert, weil sie zur neuen Politik nicht mehr passen, wenn also in einer solchen Zeit die Zensur fortfährt, in ihrer alten Weise die neue Fassade zu verunzieren. Ist es nützlich, der Welt zwei Gesichter zu zeigen, ein parlamentarisch-freiheitliches und jenes andere aus der Provinzialstube unserer Zensurpraxis?

„Also wenn schon, denn schon! Seien wir ganz, was wir gelten wollen und was zu scheinen jetzt zu den Erfordernissen unserer auswärtigen Politik gehört. Halbheiten sind schlimmer als gar nichts und bringen den gemachten Aufwand um das erhoffte Erträgnis. Man schicke die weißen Flecke auf den Weg, den man aus höheren Rücksichten die „Voraussetzungen" gehen hieß, oder man rufe die letzteren wieder zurück, wenn man der ersteren nicht entraten zu können glaubt. Zeigen wir der Welt ein Gesicht, nicht zwei, damit kein Zweifel darüber möglich werde, welches das wahre, wirkliche, echte Oesterreich vorstelle. Die Zensur sei Spiegel, Begleiterin und allenfalls Werkzeug der hohen Politik, aber nicht deren nachhinkender Widerspruch.

Kölnische Zeitung
20./IV. 1912.

20
89

Die Deutschen fügen sich, die Polen wollen nicht.

✡ **Wien**, 19. April. (Telegr.) Die Hoffnungen, daß sich die deutschen Parteien der neuen allgemein-politischen Lage gewachsen zeigen und ihre große geschichtliche Aufgabe in Österreich in diesem entscheidenden Zeitpunkte nicht durch eine Mißstimmung über den augenblicklich notwendig gewordenen Verzicht auf Erfüllung ihrer leidenschaftlich und lange gehegten, mehr noch dem Staats- als dem Nationalinteresse dienlichen Wünsche verleugnen würden, hat sich in vollem Umfange bestätigt. In der gestrigen Sitzung des gemeinsamen deutschnationalen und christlichsozialen Vollzugsausschusses kam die Anschauung zum Durchbruch, daß bei allem Bedauern über das Verpassen so vieler Gelegenheiten für die geplante außerparlamentarische Neuordnung Österreichs die deutschen Gruppen im Interesse der gegenwärtig in den Vordergrund gedrängten Fragen der allgemeinen Politik sich von ihrer berechtigten Verstimmung darüber nicht dazu verleiten lassen dürften, eine gegnerische Haltung zum Kabinett Clam einzunehmen oder den parlamentarischen Beratungen Schwierigkeiten zu machen, falls die Regierung feierlich ein Bekenntnis ablege für die Notwendigkeit der geplanten Reformen und für ihr Festhalten an diesen und zusichere, sie ernstlich auf parlamentarischem Wege durchführen zu wollen. Aus der Versammlung heraus wurde der Antrag gestellt, sich diese Gewißheit durch eine Audienz der Gruppenführer beim Kaiser zu verschaffen. Dieser Antrag wurde angenommen und die nachgesuchte Audienz sofort im kurzen Wege, was einen überaus günstigen Rückschluß auf die Auffassung des Kaisers gestattet, für heute um 6 Uhr abends im Schloß Laxenburg bewilligt. Zu dieser Audienz wurden von den deutschnationalen Gruppen entsandt die Herren: Groß, Damm, Wolf, Steinwender, Pacher, von den christlichsozialen: Prinz Alois Lichtenstein, Weißkirchner und Fink. Weißkirchner, das Stadtoberhaupt Wiens, wurde beauftragt, an den Kaiser die Huldigungsansprache zu halten. Nach der Audienz werden die Beratungen des gemeinsamen Vollzugsausschusses am Freitag fortgesetzt werden. Sie werden nach allen Anzeichen dazu führen, daß das Verhältnis der deutschen Gruppen zum Kabinett Clam wiederhergestellt wird, und die deutschen Minister neuerlich die Vollmacht erhalten werden, im Kabinett zu verbleiben. Schon jetzt wird mitgeteilt, daß der Kaiser den Grafen Clam seines vollen Vertrauens versichere und den Rücktritt der drei Minister nicht genehmigen werde.

Im Gegensatz zu der Haltung der deutschen Gruppen zur Kabinettskrise scheinen die Polen mehr Schwierigkeiten machen zu wollen. In der parlamentarischen Kommission des Polenklubs erstattete Obmann Bilinski Bericht über die Lage und über den Verlauf seiner gestrigen Unterredung mit dem Ministerpräsidenten, in der er auch das wenig freundliche Verhalten der Regierung den Polen gegenüber sowie auf die hierdurch im polnischen Lager hervorgerufene Mißstimmung mit der Bemerkung hinwies, daß nur eine Regierung, die bereit wäre, den Polen entgegenzukommen und deren berechtigte Wünsche zu berücksichtigen, auf Unterstützung des Polenklubs rechnen könnte. In der Aussprache unterzogen viele Redner das Vorgehen der Regierung einer scharfen Kritik, wobei sie hervorhoben, daß man von der Verwirklichung der Sonderstellung Galiziens eine Besserung der Verhältnisse in dem arg betroffenen Lande erhofft habe. Daher müsse die Enttäuschung infolge der plötzlichen Wendung in dieser Frage auf die Stimmung in Galizien und auch im Königreich Polen nachteilig einwirken. Die Beschlußfassung wurde mit Rücksicht auf die bisher noch ungeklärte Lage auf Freitag, 20. d. M., vertagt.

Vossische Zeitung
20./IV. 1917.
21
90

Das österreichische Deutschtum und der Staatsgedanke.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung".

* **Wien**, 20. April.

Die innerpolitische Krise hat ihren Abschluß gefunden. Die beiden deutschen Minister werden im Amte verbleiben. Es verlautet, daß sie heute vom Kaiser in Audienz empfangen werden, und daß ihnen weiter durch ein kaiserliches Handschreiben bekannt gegeben wird, daß ihre Demission nicht angenommen ist. Dagegen gilt es als sicher, daß Dr. Bobrzynski aus dem Kabinett ausscheiden und durch einen anderen polnischen Parteimann ersetzt werden wird.

Der unter Führung des Wiener Bürgermeisters Dr. Weiskirchner bei Kaiser Karl in Audienz erschienenen Abordnung deutscher Reichsratsabgeordneter, die ihrer tiefen Besorgnis wegen des Aufschubs der versprochenen Maßnahmen zugunsten der Sicherung des österreichischen Deutschtums Ausdruck verlieh, erwiderte, wie noch gemeldet wird, der Kaiser:

„Indem ich Ihnen, meine geehrten Herren, für die Kundgebung loyaler Gefühle, in denen ich mit Freuden einen neuen Beweis für die treue Gesinnung des deutschen Volkes in Oesterreich und seine Anhänglichkeit an das Herrscherhaus erblicke, herzlichst danke, versichere ich Sie, daß ich den Ernst und den Eifer Ihrer politischen Bestrebungen dem vollen Werte nach anerkenne. Des beispielgebenden Opfermutes, den die Deutschen in Oesterreich bewiesen, ihres auf den Schlachtfeldern erprobten Heldenmutes, der Staatstreue, die sie unerschütterlich bewahrt, der Standhaftigkeit, mit der sie sich im Ertragen der Entbehrungen des Krieges hervorgetan haben, gedenke ich dankbar. Sie werden meinem Gedächtnis nicht entschwinden, mein Vertrauen ist den Deutschen Oesterreichs sicher. Es ist meine Absicht, den Reichsrat in naher Zeit einzuberufen. Dem Wiederbeginn des parlamentarischen Lebens nach jahrelangem Stillstand kommt in diesem Augenblick außerordentliche Bedeutung zu. Ich gewärtige von der Einsicht aller Parteien, daß sie in achtunggebietender Entschlossenheit für die höchsten Staatsinteressen und Staatsnotwendigkeiten eintreten werden. Ich zähle dabei auf die Deutschen in Oesterreich, denen als sicheren Stützen der Staatseinheit bei der Ordnung der Verhältnisse, die schon während des Krieges angebahnt wurde und nach seiner Beendigung mit Konsequenz durchgeführt werden muß, eine große Aufgabe zukommt, deren Erfüllung ich von ihnen zuversichtlich erwarte. Meine Regierung wird an den Zielen, die ihr gesetzt sind, unverrückt festhalten. Ich rechne zuversichtlich darauf, daß im Parlamente die Ueberzeugung von der Notwendigkeit eines einträchtigen Zusammenwirkens der Vertreter aller Völker Oesterreichs die Verhandlungen beherrschen wird und dadurch die Bedingungen für eine glückliche Zukunft Oesterreichs geschaffen werden. Daß Sie, meine Herren, in diesem Sinne Ihre Kräfte in den Dienst der gemeinsamen Sache stellen, dessen bin ich sicher."

Auch die Mittelpartei des Herrenhauses tritt für die Stärkung des österreichischen Staatsgedankens, zugleich aber für die Festlegung der deutschen Staatssprache ein. In ihrem dem Kaiser unterbreiteten und dem Ministerpräsidenten überreichten neuen Programm wird eine sorgfältige planmäßige Pflege des österreichischen Staatsgedankens und eine Festigung der Zentralgewalt verlangt. Den Volksstämmen, die Oesterreich bewohnen, sei auf der Grundlage der Gleichberechtigung die Entfaltung ihres nationalen Wesens zu gewähren, soweit dies mit der Einheit des Staates vereinbar sei. Weiter wird in dem Programm die Festlegung der deutschen Sprache als Staatssprache verlangt, worin jedoch keinerlei Beeinträchtigung anderer Sprachen, vielmehr ein Element der Verständigung und des Friedens liege. Unter Punkt „Krieg- und Heerwesen" wird erklärt, die kräftige Führung des Weltkrieges bis zum endgültigen Siege der Zentralmächte ist als der Kampf Oesterreich-Ungarns um seine Existenz die Aufgabe und das Ziel jedes Patrioten. Hierzu ist die Heranziehung der gesamten Kräfte der Monarchie bis an die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit geboten. Auch nach Beendigung des Weltkrieges hat die Wehrmacht in ihrer Gesamtheit in der Hand des Kaisers und Königs zu bleiben. In bezug auf die auswärtige Politik sieht die Partei in der Aufrechterhaltung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche die unabänderliche Richtlinie der österreichischen auswärtigen Politik. Jede im österreichischen wohlverstandenen Interesse liegende Ergänzung des Bündnisses zur Annäherung auf wirtschaftlichem Gebiete — unter der selbstverständlichen Wahrung des souveränen [illegible] wird mit Freuden begrüßt.

* **Wien**, 19. April.

Zahlreiche tschechische Abgeordnete aus Böhmen und Mähren sind in Wien eingetroffen und hielten heute eine Beratung ab. Auch die in Wien weilenden slawenischen Abgeordneten nahmen an den Besprechungen teil, die vor allem der Sicherstellung gemeinsamer Richtlinien für die kommende Parlamentstagung galten. Auch mit den Polen werden diesbezügliche Verhandlungen gepflogen.

*

Diese Erklärung des Kaisers ist in mehr als einer Beziehung interessant. Der Einberufung des Reichsrats gerade im jetzigen Augenblick legt Kaiser Karl „außerordentliche Bedeutung" bei, wie wohl hinzugefügt werden kann, nicht nur in inner-, sondern vor allem in außenpolitischer Hinsicht. Die „höchsten Staatsinteressen" sind heute die Fragen von Krieg und Frieden. Diesen gegenüber müssen augenblicklich alle anderen in den Hintergrund treten.

Eine gewisse Zusage für die Neuordnung der Stellung des Deutschtums im Rahmen der Gesamtmonarchie ist trotzdem erfreulicherweise in den Kaiserworten zu finden, wenn es weiter heißt, daß den Deutschen bei der „Ordnung der Verhältnisse, die schon während des Krieges angebahnt wurde und nach seiner Beendigung mit Konsequenz durchgeführt werden muß", eine große Aufgabe zukommt, deren Erfüllung von der Krone zuversichtlich erwartet wird.

Wohl infolge dieser Zusicherung der Erfüllung der deutschen Forderungen, die im Wesentlichen neben der Festlegung der deutschen Staatssprache in der einer neuen Kreiseinteilung in Böhmen und des Schutzes der dortigen deutschen Minderheiten bestehen, haben auch die deutschen Parteiminister im Einvernehmen [illegible] Die österreichische Ministerkrise hat sich so auf die Auswechslung des polnischen Landsmannministers beschränkt. Dr. Bobrzynski hat sich in der Sache der Neuregelung der Stellung Galiziens zur westlichen Reichshälfte und damit zur Monarchie zu sehr festgelegt, als daß er einen Aufschub oder eine andere Lösung der Angelegenheit noch weiter mit seiner Person decken zu können glaubte.

Hamburger Fremdenblatt

20./IV. 1917.

Die innerpolitische Lage in Oesterreich.

ei. **Wien**, 19. April. (Drahtbericht unseres Vertreters.) Die gestrige Beratung des Vollzugsausschusses der deutschen Parteien hat von 5 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends gedauert. Aus der offiziellen Mitteilung, die darüber ausgegeben wird und die sich nur auf formelle Einzelheiten beschränkt, erfährt ihr Berichterstatter folgendes: Die Erörterung der durch die Haltung der Regierung geschaffenen Lage hat sich sehr lebhaft gestaltet. Sämtliche Mitglieder des Vollzugsausschusses sowie auch die beiden bisherigen Minister Dr. Urban und Dr. Beernreiter griffen in die Debatte ein, die trotz vielfach widersprechender Anschauungen schließlich doch zu einer einmütigen Auffassung führte. Das Rücktrittsgesuch der beiden bisherigen deutschen Minister fand die volle Genehmigung des Vollzugsausschusses. In der Beratung fand auch die Erregung, die in der deutsch-böhmischen Wählerschaft über das Unterbleiben der angekündigten Verordnung herrscht, starken Widerhall. Bezüglich der Haltung des Ministerpräsidenten Graf Clam-Martinitz wurde erklärt, daß man erwartet hätte, er würde aus der Unmöglichkeit, die den Deutschen gegebene Zusage einlösen, sofort die Folgen ziehen. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, daß mehrere Mitglieder des gemeinsamen Vollzugsausschusses der deutschen Parteien, und zwar die deutsch-nationalen Abgeordneten Dr. Groß, Dr. Damm, K. H. Wolf, Dr. Steinwender, Pacher, das Herrenhausmitglied Braß, die christlichsozialen Abgeordneten Prinz Alois Liechtenstein, die Bürgermeister Dr. Weißkirchner und Fink, beim Kaiser um eine Audienz ansuchen, um ihm die Wünsche der deutschen Parteien vorzutragen. Man setzte sich deshalb sofort mit der Kabinettskanzlei ins Einvernehmen und bald darauf langte die Verständigung ein, daß Kaiser Karl die Vertreter der deutschen Parteien heute abend 6 Uhr in Laxenburg empfangen werde.

Der Führer der Deutschradikalen, Abg. Wolf, hat sich in Gesprächen über die Stimmung der Deutsch-Böhmen geäußert. Er sagte, daß die Nachricht von dem Unterbleiben der Verordnungen eine sehr starke Wirkung hervorgerufen habe. Man dürfe nicht vergessen, daß sich nach langem Harren die Bevölkerung Böhmens ihrer Hoffnung beraubt sieht und im Bewußtsein ihrer treu erfüllten Pflicht gegen König und Staat während der Kriegszeit und auch während des Friedens das Vorgehen der Regierung bitter empfinden wird. Man wird sich aber trotzdem bemühen, die Erregung in den Grenzen zu halten, wie es dies durch die Rücksicht auf die äußere Lage notwendig erscheint. Die „Deutschböhmische Korrespondenz" teilt gegenüber gegenteiligen Gerüchten mit, daß von deutschradikaler Seite keine Anregung auf Einleitung von Abstinenzpolitik gegeben worden sei.

Die gestrige Sitzung der parlamentarischen Kommission des Polenklubs hat ebenfalls zu ziemlich erregten Auseinandersetzungen geführt. Der Vorsitzende Ritter v. Bilinski erstattete einen Bericht über die Lage und seine gestrige Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinitz, in der er erklärte, daß das Verhalten der Regierung zu den Polen wenig freundlich sei. Bilinski führte weiter aus, daß nur eine Regierung, die bereit sei, den Polen entgegenzukommen und deren berechtigte Wünsche zu erfüllen, auf die Unterstützung des Klubs rechnen könne. In der Debatte wurde das Vorgehen der Regierung auf das schärfste kritisiert und hervorgehoben, daß nur durch die Verwirklichung des galizischen Sonderstellungsplanes eine wirkliche Besserung der Verhältnisse in Galizien zu erwarten gewesen wären. Aus diesem Grunde hat daher die Enttäuschung über die plötzliche Wendung in dieser Frage um so schärfer gewirkt. Eine Beschlußfassung hat aber auch in der Sitzung des Polenklubs noch nicht stattgefunden. Alle Parteien warten erst die völlige Klärung der Lage ab.

Pester Lloyd

20./IV. 1917

Ein neues Programm der Mittelpartei des österreichischen Herrenhauses.

Budapest, 20. April.

Die Mittelpartei des österreichischen Herrenhauses hat, von der Erwägung ausgehend, daß politische Parteien von Zeit zu Zeit ihre Programme dem gewandelten Zeitgeist anpassen und ihre konkreten Ziele mit den geänderten Verhältnissen in Einklang bringen müssen, ihr vor genau zwanzig Jahren formuliertes Programm einer Revision unterzogen, und sie hält nun den Zeitpunkt für gekommen, dieses neue Programm, nachdem es vorher zur Kenntnis Sr. Majestät gebracht worden, auch der Oeffentlichkeit mitzuteilen.

Soweit das Programm der Mittelpartei die innerpolitischen Fragen des österreichischen Staates betrifft, ist darüber nicht viel zu sagen. Die ungarische Oeffentlichkeit, die publizistische wie die parlamentarische, hat es bisher stets gemieden, zu den Binnenkämpfen der österreichischen Parteien Stellung zu nehmen; ihr Taktgefühl und Erwägungen der politischen Zweckmäßigkeit rieten ihr immer, sich den Streitfragen, die lediglich Oesterreich angehen und daher ausschließlich von den österreichischen Parteien auszutragen sind, prinzipiell fernzuhalten. Wenn es einem ungarischen Blatte gestattet wäre, von dem Eindruck Rechenschaft abzulegen, den dieser Teil des neuen Programms auf unsere öffentliche Meinung macht, so könnte immerhin gesagt werden, daß der goldene Mittelweg, den die Mittelpartei des Herrenhauses in den innerösterreichischen Fragen einschlägt, auch Fernerstehenden, daher sachlicher Urteilenden als ein durchaus gangbarer erscheint, auf dem die innere Politik Oesterreichs die längst ersehnte Entwirrung zu finden hoffen darf, da die Bestrebungen der Mittelpartei auf der Linie der unerläßlichen Stärkung der staatlichen Zentralgewalt liegen, dabei aber den Nationalitäten innerhalb der unbedingt zu wahrenden Staatseinheit die freie Entfaltung ihres Volkstums einräumen wollen.

Zu dem Programmabschnitt aber, der die Ueberschrift „Verhältnis zu Ungarn" führt, darf, da es sich hier schon um gemeinsame Fragen handelt, die ungarische öffentliche Meinung sich ohne jegliche Zurückhaltung äußern. So kann es denn von ungarischer Seite ausdrücklich gebilligt werden, daß die Mittelpartei des Herrenhauses sich zu der durch den Ausgleich des Jahres 1867 geschaffenen Rechtslage bekennt, und uneingeschränkte Zustimmung kann ferner auch der Grundsatz fordern, daß an den pragmatischen Einrichtungen nicht gerüttelt und daher auch die gemeinsame Vertretung im Auslande nicht beeinträchtigt werden soll. Minder verständlich erscheint uns jedoch die in dem Programm ausgedrückte „Erwartung", „daß an dem Geiste des Ausgleichswerkes und seiner Bestimmungen festgehalten und in Hinkunft jeder einseitigen Weiterentwicklung oder Abbröckelung entschieden vorgebeugt werde". Offen gestanden, wissen wir nicht recht, worauf die Mittelpartei des Herrenhauses mit dieser „Erwartung" hinzielen wollte. Bei strengster Selbstprüfung werden die Anhänger der dualistischen Idee in Ungarn die Anerkennung für sich fordern dürfen, den Geist des Ausgleichswerkes und seiner Bestimmungen stets treu und gewissenhaft gewahrt zu haben. Wenn es in Ungarn parteipolitische Bestrebungen gibt, die **nicht** auf der prinzipiellen Grundlage des Ausgleichswerkes stehen, so haben es die Anhänger des Dualismus wahrlich nie an Mut und Energie fehlen lassen im zähen und entschlossenen Kampfe gegen diese Bestrebungen. Und da diese Vergangenheit auch für die Zukunft verpflichtet, so müßte uns die von der Mittelpartei zum Ausdruck gebrachte „Erwartung", wenn sie etwa eine Mahnung an die ungarischen Anhänger des Ausgleiches sein will, als im höchsten Grade überflüssig erscheinen. Allerdings gibt es in Ungarn Bestrebungen, die über den Ausgleich hinausgehen möchten; doch fehlt es ja andererseits in Oesterreich nicht an Tendenzen, die das Ausgleichswerk aus dem Grunde bekämpfen, weil es Ungarn **zu viel** gegeben habe. Solche Polarität der Erscheinungen würde uns dennoch niemals dazu bewegen, einer österreichischen Partei, die sich offen zu dem Ausgleichswerk bekennt, auch nur andeutungsweise geheime Konnivenzen **dieser** österreichischen Strömungen gegenüber zuzumuten. Jedenfalls dürfen wir das politische Lager, das in Ungarn für den Geist und die Bestimmungen des Ausgleichs eintritt, mit gutem Gewissen gegen den Vorwurf in Schutz nehmen, jemals eine einseitige Weiterentwicklung oder Abbröckelung des staatsrechtlichen Ausgleichs angestrebt zu haben. Wenn das Programm der Mittelpartei in diesem Punkte etwa auf die Regelung des Wappens und der Fahnen der gemeinsamen Einrichtungen anspielen sollte, so müssen wir schon sagen, daß darin ein sachliches und gerechtes Urteil weder eine Weiterentwicklung, noch eine Abbröckelung des im Jahre 1867 Geschaffenen erblicken darf. Diese Regelung ist erfolgt streng im Geiste des Ausgleichsgesetzes, sie ist erfolgt, um den Dualismus, auf dessen Rechtsboden ja die gemeinsamen Einrichtungen der Monarchie stehen, endlich auch heraldisch zum unzweideutigen Ausdruck zu bringen. Die Regelung war notwendig geworden, weil die früheren Wappen und Fahnen der paritätischen Gleichstellung der beiden Staaten innerhalb der Monarchie zuwiderliefen und den weder rechtlich noch tatsächlich zutreffenden Schein erwecken konnten, als ob die staatsrechtliche Struktur Oesterreich-Ungarns auch jetzt noch unverändert die gleiche wäre, wie in der längst und endgültig entschwundenen Zeit, aus der die alten Embleme und Fahnen, einzig kraft des Beharrungsvermögens, in die Gegenwart herübergekommen waren. Wer auf der Basis der durch den Ausgleich geschaffenen Rechtslage steht, kann unseres Erachtens unmöglich ein Rütteln an den pragmatischen Einrichtungen in einer Handlung erblicken, die alle Mißdeutungen von dieser Rechtslage abwehrt und den Geist des Ausgleichs mit einer fortab jeden Zweifel bannenden Deutlichkeit zum Ausdruck bringt.

Arbeiterzeitung

20./IV. 1917

Unter Wolfs Führung.

Das deutsche Bürgertum in Oesterreich hat jetzt eine Erfahrung gemacht, wohin es kommt, wenn es der Führung des Herrn K. H. Wolf sich unterwirft, die es wohl nicht übersehen und nie vergessen sollte. Es ist die herbste Beschämung, die es seit den Badenischen Sprachenverordnungen erlebt hat, und die Deutschbürgerlichen verdanken sie geradezu ausschließlich dem Manne, der den Anspruch erhebt, über deutsche Gesinnung der allein zuständige Richter zu sein. Wer den Einfällen des Herrn Wolf nicht gehorsamt, der ist ja in dem Sprachgebrauch der Deutschradikalen kein echter Deutscher, dem fehlt es an nationaler Energie, an der Festigkeit der Gesinnung, der wird geächtet und verfolgt. Wir sprechen da nicht von den deutschen Sozialdemokraten, mit deren gehässiger Befehdung die Deutschradikalen ihre Politik bestreiten; haben aber den Terrorismus des Herrn Wolf, dessen Kraft darin besteht, jedem das Deutschtum abzusprechen, der sich seine eigene Meinung bewahrt hat, nicht auch Deutschbürgerliche verspürt? Der Pakt der Deutschradikalen mit dem Grafen Stürgkh hat ja auch bei den Bundesgenossen mehr Bedenken als Freude erregt, und der Einfall, die ganze Politik des deutschen Bürgertums auf die Gunst von oben einzustellen, wird von nicht wenigen sofort als gefährlich erkannt worden sein. Den Christlichsozialen war doch genugsam anzumerken, mit wie wenig Zuversicht sie bei der Sache waren; freilich hat diese Partei, die einmal ganz Oesterreich um ihr Panier sammeln wollte und sich die Reichspartei nannte, auf eine selbständige Politik längst verzichtet und ist, um nur nicht Wolfs Aechtung als Minderdeutsche zu verfallen, eigentlich nur noch ein Vollzugsorgan der Einfälle des Herrn Wolf. So ist es auch vielen ergangen, die im Nationalverband den Kopf schüttelten, als Herr Wolf die Politik des deutschen Bürgertums an die vergänglichen Verheißungen vergänglicher Regierungen band; nun mögen sie den Schaden beschauen, dem sie gewähren ließen und für den sie darum alle mitverantwortlich sind. Und war denn aus der Vergangenheit nichts zu lernen? So oft ist schon die Politik der Hintertreppen dem deutschen Volke verhängnisvoll geworden, daß ein rechtschaffener Politiker sie wohl hätte scheuen müssen. Und was soll man dazu sagen, daß diese Politik der verschwiegenen Abmachungen, der Versprechungen, die die Oeffentlichkeit fürchten, daß diese Politik, die in ihrem Geiste ganz aus der Zeit des ödesten Kulissenparlamentarismus stammt, in einer Zeit unternommen wurde, die die Zeit der Demokratie ist, welche alle Heimlichkeiten und Zweideutigkeiten ausschließt? Nur in einem Manne, der sich nach einer Sturm- und Drangperiode, die eine ganz andere Entwicklung verhieß, zu einem vulgären Taktiker und Diplomaten entwickelt hat, konnte der Einfall entstehen, die Zukunft des deutschen Volkes in Oesterreich auf die Einsicht und auf das Wohlwollen des Grafen Stürgkh aufzubauen. Der Einfall hat geendet, wie er enden mußte: mit dem Zusammenbruch.

Es ist nicht wahr, daß es keinen anderen Weg gibt, das zu erringen, was die Deutschen in Oesterreich national zu verlangen das gute Recht haben, als diesen Weg: daß man nämlich die Gunst der Regierung gewinnt und von Patenten sein Recht erwirbt; von Patenten, vor denen einem demokratischen Politiker schon vorweg ein Grauen angehen muß. Es wäre durchaus möglich gewesen, für nationale Forderungen wie die Kreisorganisation, wie die nationale Autonomie Deutschböhmens, die gesamte Kraft des deutschen

Turm der Trompeten keine Bretter öffnen und das Abfeuern ihrer Artillerie-Geschütze, in Kriegsbereitschaft gebracht, sei es auch unter ebenso ärgere wie elendliche Teufelei bekämpfen, sind sie es, die das Gerücht tatsächlich erreichen und sich dafür den Sieg zuschreiben dürfen. Oeffentlich wird sich zeigen, daß diese modernen Trompeten-engelchen sich

selbst der verstockteste Deutschnationale begreifen, daß die Schwäche der deutschen Forderungen darin liegt, daß sie niemals auf eine demokratische Grundlage gestellt wurden, daß man sie, statt sie auf die deutsche Gesamtheit zu stützen, zu einem Privileg der Bürgerlichen degradiert hat; daß man, statt sie in einem nationalen Parlament beschließen zu lassen, in geheimen Konventikeln sie entstehen ließ. Und wohl würden auch die Tschechen den hartnäckigen Widerstand längst aufgegeben haben, wenn sie diese gesammelte Ueberzeugung des deutschen Volkes erblickt hätten. Herr Wolf hat diesen neuen Auffassungen, zu denen der Weltkrieg drängte, nichts entgegenzusetzen gewußt als seinen kleinlichen Haß gegen die Sozialdemokraten. Als in Prag über die Gestaltung des böhmischen Landtages beraten wurde und die Herren Bärnreither und Urban, die jetzt Minister sind, anrieten, doch auch eine Verständigung mit den deutschen Sozialdemokraten zu suchen, setzte Herr Wolf gegen die Anregung seinen ganzen Terrorismus. Wie sich Spießer, die einen Ball arrangieren, um einen hochgebornen Protektor umsehen, so haben sich diese deutschen Männer lieber um adelige Protektion umgeschaut, als daß sie die Vertreter der deutschen Arbeiterklasse als Gleichberechtigte anerkannt hätten. Welche Vorstellungen sie überhaupt von der Sozialdemokratie haben, sieht man schon an ihrem Jargon: immer noch haben sie die Dreistigkeit, davon zu reden, ob man die deutschen Sozialdemokraten „beiziehen" solle — als ob wir, die die größte deutsche Partei in Oesterreich sind, auf ihren Wink zu harren hätten. Haben sie nicht immer gegen die deutschen Sozialdemokraten kindischen Haß betätigt? Was war, als das erste Haus des allgemeinen Wahlrechtes zusammentrat, ihr Hauptbestreben? Da haben sie sich alle, als kleine Eduards, im „Einkreisen" der Sozialdemokratie geübt! Und daß diese deutsche Bourgeoisie, soweit sie vom Nationalverband vertreten wird, auch im Weltkrieg keine andere Gesinnung hegt, daß sie, auch diesem gewaltigen gemeinsamen Erlebnis aller Glieder des Volkes zu Trotz, in ihrer hochmütigen Gehässigkeit, in ihrer engstirnigen Verstocktheit verharrt, das zeigt, daß Wolf und seine Leute zu denen gehören, die nichts gelernt und nichts vergessen haben. Aber ist es denkbar, daß diejenigen, die das deutsche Bürgertum auf Abwege führen, seine Führer bleiben können?

Nur im Geiste der Demokratie können wir in Oesterreich zu einem Zustand gelangen, wo sich die ungelösten nationalen Fragen nicht störend vor alle schaffende Arbeit stellen. Diejenigen, die so gern von dem deutschen „Volke" reden, werden sich endlich bequemen müssen, dieses ganze Volk als gleichberechtigt anerkennen; nicht nur ein bevorrechtetes Bürgertum zu sehen, von dem die Arbeiterklasse ein Anhängsel sei, das man mit „fünften Kurien" abfertigen kann. Im Geiste demokratischer Politik wird das deutsche Volk sein Recht erlangen, nicht auf Hintertreppen sich's erschleichen. Die nationalverbändlerischen Führer verstehen die Zeit nicht mehr, und darum müssen sie scheitern. Dem deutschen Volke muß aber der Vorsatz reifen, wie einer Politik so einer Führung sich zu entwinden, die es in den Sumpf führt und, statt ihm Erfolge zu verschaffen, Beschämungen und Enttäuschungen ihm bietet.

Reichspost

21./IV. 1917

Das neue Programm der Mittelpartei.

Das von der Mittelpartei des Herrenhauses am 30. v. M. beschlossene und gestern veröffentlichte neue Programm hat in der Oeffentlichkeit im allgemeinen eine freundliche Aufnahme gefunden. Es wird, und wohl mit Grund, der echt österreichische Geist des Programmes hervorgehoben, das konservative Treue mit gesundem Fortschritt verbinde und tiefes Verständnis für das Wesen und die Probleme Oesterreichs zeige.

Da in einem Blatte über die Stellung der Mittelpartei zur Frage der Länderautonomie aus dem Programm der irrige Schluß gezogen wurde, die Partei strebe eine Verwaltungsreform au „im Sinne einer Einschränkung der Autonomie", so sei dem der Wortlaut der bezüglichen Stelle des Programms entgegengehalten:

Bei voller Würdigung der Leistungen, auf welche die autonome Verwaltung in einzelnen Ländern hinweisen kann, lassen die Erfahrungen, die in anderen Kronländern mit der Selbstverwaltung gemacht wurden, mehrfache Aenderrngen wünschenswert erscheinen. Vor allem haben sich daraus, daß in den Landesangelegenheiten ein Nebeneinander von staatlicher und Selbstverwaltung besteht, abgesehen von der Verteuerung der Gesamtverwaltung, nicht befriedigende Erscheinungen ergeben. Es wurde ferner wiederholt in den Vertretungskörpern wie auch sonst in der Oeffentlichkeit eine gewisse Kontrolle über die Verwendung der finanziellen Landesmittel verlangt. Auch die Entwicklung des Verhältnisses zwischen der Gesetzgebung des Reichsrates und der Landtage hat nach einer verbreiteten Ansicht allmählich zu einer nicht immer zweckmäßigen Verkürzung der Reichsratsgesetzgebung geführt. Die Partei kann sich diesen Bedenken nicht verschließen und ist der Meinung, daß neben anderen politischen und wirtschaftlichen Gründen namentlich auch die allseitige Verstärkung des staatlichen Einflusses, die nach dem Kriege unerläßlich sein wird, es verlangt, den angeführten Bedenken gerecht zu werden. Sie hält daher für diejenigen Länder, in welchen die Vorbedingungen dafür gegeben sind, die Schaffung von Kreisvertretungen und Kreisregierungen für empfehlenswert, und zwar um so mehr, als man sich davon eine Abschwächung im nationalen Streite erhofft. Wo diese Einrichtung untunlich ist, soll durch angemessene Einschränkung der Doppelverwaltung eine Vereinfachung ermöglicht werden, allenfalls mit Einführung von Verwaltungsstellen, die aus Berufsbeamten und Laien gebildet sind und unter der Leitung eines staatlichln Organes stehen. Die Partei hält ferner die Anordnung einer staatlichen Kontrolle über die Landesfinanzverwaltung für ratsam, wobei die dagegen erhobenen Bedenken sich insofern mildern ließen, als diese Kontrolle dem Obersten Rechnungshofe übertragen werden könnte. Insofern sich die gegenwärtige Zuständigkeit der Landesgesetzgebung in gewissen Materien als nicht praktisch erweisen oder unter den jetzigen Verhältnissen die Einheitlichkeit der Gesetzgebung vorteilhaft erscheinen sollte, würde es der Auffassung der Partei entsprechen, diese Angelegenheiten wieder an den Reichsrat zu übertragen. Außerdem ist dafür zu sorgen, daß die Landesgesetzgebung im Rahmen der ihr eingeräumten Zuständigkeit stets im Einklange mit den Bestimmungen und Grundsätzen der Reichsgesetzgebung erhalten werde. Eine Erweiterung der gegenwärtig bestehenden Länderautonomie ist nach dem Vorangehenden keinesfalls in Aussicht zu nehmen.

Das Programm spricht sich also wohl gegen eine „Erweiterung" der bestehenden Länderautonomie aus, nicht aber für eine Einschränkung. In dem Wunsche nach Einschränkug der verteuernden Doppelverwaltung, der Neuordnung der Zuständigkeit nach Maßgabe der praktischen Zweckmäßigkeit, ja selbst nach einer Zuweisung der Finanzkontrolle an eine hiezu geeignete staatliche Zentralstelle ist ebensowenig eine Autonomiegegnerschaft zu erkennen, wie in dem Rufe nach Kreisvertretungen. Die meisten dieser Forderungen werden auch von entschiedensten Verteidigern der Selbstverwaltung verfochten. Wie wir übrigens von zuständiger Seite erfahren, ist aus dem Prgramm der Mittelpartei mit vollem Bedacht jede autonomiegegnerische Tendenz ferngehalten worden.

Das gleiche gilt von der Behauptung des nämlichen Blattes („N. F. Pr."), das Schulprogramm der Mittelpartei „strebe die Verstaatlichung der Volksschule auf dem flachen Lande an"; die geforderte Sicherstellung der „entscheidenden staatlichen Einflußnahme auf das gesamte Volks- und Bürgerschulwesen einschließlich der Lehrerbildungsanstalten" zu dem ausdrücklichen Zwecke, um „die Jugend in religiös-sittlichem Geiste zu erziehen, sowie sie zu dynastischer, staatstreuer und staatsbürgerlicher Gesinnung heranzubilden", bedeutet denn doch etwas anderes als die „Verstaatlichung der Volksschule auf dem flachen Lande", die angeblich von der Mittelpartei angestrebt werde.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat im Laufe der Programmberatungen die ursprüngliche Fassung des vorgelegten Elaborats sehr wesentliche Abänderungen erfahren.

Reichspost
21./IV. 1917

Versammlung in Mariahilf.

Der Christlichsoziale Wählerverein Mariahilf hielt gestern seine Hauptversammlung ab, die massenhaft besucht war. Es waren u. a. erschienen: die Landtagsabgeordneten Anderle und Spalowsky, BV. Dirnbacher, StR. kaiserl. Rat Wesely, GR. Paulitschke, die Bezirksräte Gustine Petter und Pfaller, die Ortsschulräte Stark und Stoppel, Hochw. Prof. Huber, Hochw. Barth und Don Hollik, die Oberlehrer Blaschek und Hofbauer, die Fachlehrer Friedl und Muther, HKR. kais. Rat Wegl-Leckl, die Armenräte Danzinger, Otto Dirnbacher, Oblt. Hermann, Kantner, Kurzmayer, Menschl, Rosenberg, Siegfried, Sklenar, Spirek und Weinrich. Entschuldigt hatten ihr Fernbleiben Propst Binhack und Don Stundtner. Nach Begrüßung der Erschienenen durch den Obmann GR. Schwarz erstattete dieser den Tätigkeitsbericht, der von eifriger Arbeit und schönen Erfolgen Zeugnis gab.

BR. Gustine berichtete über die Kassagebarung, die unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse zufriedenstellend genannt werden kann. Im Wahlgang wurde GR. Schwarz wieder an die Spitze des Vereines berufen. Dann brachte Mitglied Würtinger die Notwendigkeit der Zusammenlegung der beiden im Bezirke bestehenden Wählervereine zur Sprache und verlangte Aufklärung über den Stand dieser Angelegenheit. Obmann Schwarz erwiderte, daß der christlichsoziale Wählerverein in Erkenntnis der Bedeutung dieser Sache bereits wiederholt seine Bereitwilligkeit zur Verschmelzung erklärt habe, so daß ihn ein Verschulden nicht treffe. „Ueber die Gemeindeverwaltung während des Krieges" sprach GR. Paulitschke, der, öfters von Beifall unterbrochen, unter anderem ausführte: Trotz der Tatsache, daß die Leistungen der Gemeinde selbst eine eindringliche Sprache reden, die jedem verständlich sein könnte, erscheint es immer wieder notwendig, auf die Arbeiten des Rathauses hinzuweisen, da Unverstand und Uebelwollen viel Verwirrung in der Bevölkerung anrichten. Wie immer, ist auch in der Kriegszeit die Gemeinde in der Fürsorge für die eigenen Angestellten an der Spitze aller Verwaltungskörper geschritten. Lange bevor sich der Staat entschloß, seinen Angestellten durch Gewährung von Teuerungszulagen das Durchhalten einigermaßen zu erleichtern, hat die Gemeinde eingegriffen und hat seither dreimal die Ansätze der Teuerungszulagen erhöht. In ausführlicher Weise legte der Redner die Leistungen der Zentralstelle für die Angehörigen von Eingerückten dar und beschäftigte sich mit den verschiedenen Fürsorgeaktionen, die von der Gemeindeverwaltung geschaffen, bezw. unterstützt wurden.

Zum Schluß sprach sehr wirksam GR. Spalowsky über die Einberufung des Parlamentes und sagte: Bekanntlich ist unser Parlament seit Jahren infolge der nationalen Wirren zur Untätigkeit verurteilt gewesen. Alle Versuche, eine Lösung der nationalen Fragen herbeizuführen, scheiterten an dem nationalen Radikalismus der Slawen. In der Bevölkerung wurde es lebhaft begrüßt, als die Regierung Clam-Martinic ankündigte, daß sie vor der Einberufung des Parlamentes die notwendigen Voraussetzungen für die Möglichkeit fruchtbringender Tätigkeit schaffen werde. Mit diesem Regierungsprogramm erklärten sich die Deutschen um so mehr einverstanden, weil sie, die stärkste Stütze des Staates, immer das lebendigste Interesse an der endlichen Ermöglichung positiver Arbeit für Staat und Bevölkerung hatten. Dieses Interesse wurde auch dadurch nicht verkümmert, daß die verschiedenen Regierungen die große Opferbereitschaft und die unbedingte Staatstreue der Deutschen nicht immer gebührend anerkannten. Nach den Erfahrungen des Weltkrieges darf wohl angenommen werden daß auch die maßgebenden Personen des Staates einsehen und erkennen gelernt haben, welche Stellung den Deutschen in Oesterreich auf Grund ihrer Haltung gebührt. (Stürmischer Beifall.) Die christlichsoziale Partei darf für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, seit jeher auf die zwingende Notwendigkeit eines festen Zusammenschlusses der Deutschen hingearbeitet zu haben. Wenn diese Vereinigung nun endlich doch, trotz aller Versuche der Judenpresse, das Zusammenarbeiten zu stören, zustande gekommen ist, so freut sich darüber niemand aufrichtiger als wir. (Großer Beifall). Nun wandte sich LAbg. Spalowsky der Besprechung der Aufgaben zu, die das Parlament zu erledigen haben wird. Als deren wichtigste nannte er: Ordnung in den kriegswirtschaftlichen Maßnahmen, Versorgung der Invaliden, Ueberführung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft, vernünftige Sozialpolitik und gerechte Steuerpolitik. Zum Schlusse seiner lichtvollen Ausführungen mahnte der Redner in begeisternden Worten zu unermüdlicher Arbeit und zur Gewinnung neuer Mitglieder Abnehmer unserer christlichen Presse.

Kölnische Zeitung

21./IV. 1917.

N. 100

Die politische Lage in Ungarn.

V **Budapest**, 15. April.

In einem schrillen Mißton ist die jüngste Tagung des ungarischen Parlaments, die längste mit Ausbruch des Kriegs, ausgeklungen. Es war dies die sogenannte Krönungstagung des Reichstags, der nach dem Tode Franz Josephs I. zusammentrat, um Karl IV. als apostolischen König von Ungarn in die Fülle seiner Herrscherrechte einzusetzen. Damals, am Schlusse des vorigen Jahres, war der Regierung auch die Ermächtigung zu erteilen, den Staatshaushalt auf ein weiteres halbes Jahr in dem bisherigen Rahmen weiterzuführen. Um die festliche Stimmung der Krönungstage nicht zu stören, nahm die Opposition Abstand davon, bei der Verhandlung des Etats ihrem Unmut gegen die innere Politik der Regierung des Grafen Tisza freien Lauf zu lassen, zumal da ihr Graf Tisza das Versprechen gegeben hatte, daß das Parlament nach der Krönung Gelegenheit haben sollte, die Tätigkeit der Regierung der eingehendsten Kritik unterziehen zu können. Das Verhältnis zwischen dem Grafen Tisza, der das uneingeschränkte und volle Vertrauen des dahingeschiedenen greisen Monarchen besaß, und der Opposition, die in den ersten zwei Jahren des Kriegs Burgfrieden hielt, begann sich nun wieder schärfer zuzuspitzen, da die Linke darauf rechnete, unter dem neuen Herrscher, wenn auch nicht den Grafen Tisza verdrängen, so doch an der Macht teilnehmen zu können. Der Gedanke eines Konzentrationskabinetts, worin alle politischen Werte Ungarns zusammengefaßt werden sollten, wurde immer nachdrücklicher verfochten, offenbar auch in den Audienzen, die der junge König den Führern der Opposition gewährte, ohne daß dieser Gedanke greifbare Gestalt angenommen hatte. Die Oppositionspresse wurde aber nicht müde, die Konzentration als bevorstehend zu bezeichnen. Dabei verdichteten sich die Angriffe und Anwürfe gegen das Kabinett Tisza immer mehr; es wurden Unvereinbarlichkeitsfälle gegen zahlreiche Mitglieder der Regierungspartei angemeldet, die zur Folge hatten, daß etliche Abgeordnete, eine wirtschaftliche Tätigkeit der gesetzgeberischen vorziehend, ihr Mandat niederlegten; es wurden Beschwerden erhoben, die Regierung habe in den Ernährungsfragen nicht genügende Voraussicht bekundet; dann wurden Anschuldigungen laut gegen kroatische Abgeordnete, die zwar nicht der Regierungspartei angehören, aber die Regierung unterstützen, sie hätten Beziehungen zu den großserbischen Umtrieben unterhalten. Trotzdem gelang es noch vor Ostern, alle von der Regierung gewünschten Fragen zu erledigen. Nach Ostern waren nur mehr ein, zwei formelle Sitzungen geplant, und dann sollte sich das Abgeordnetenhaus durch eignen Beschluß vertagen.

Da kam Kaiser Wilhelms Osterbotschaft über die Wahlreform. Diese günstige Gelegenheit wollte sich die Opposition nicht entgehen lassen, um diese Frage auch im ungarischen Parlament auf die Tagesordnung zu stellen. Da sie aber wußte, daß Graf Tisza dieser Frage in Ungarn keine Aktualität zubilligen will, veranstaltete ein Teil der Opposition in der ersten Sitzung nach Ostern wüste Lärmszenen, in der Zuversicht, dadurch die Vertagung des Hauses hinausschieben zu können. Zu ihrer größten Verblüffung war aber Graf Tisza in dem Besitz eines königlichen Handschreibens, mit dem die Vertagung des Reichstags auf unbestimmte Zeit ausgesprochen wird. Darauf hatte die Opposition nicht gerechnet. Ihre Hoffnung, daß Graf Tisza nicht im Vollbesitz des Vertrauens des Königs ist, hatte sie betrogen. Daß der Ministerpräsident mit Hilfe des königlichen Handschreibens alle weitern Erörterungen abschnitt, veranlaßte den Grafen Julius Andrássy zu der Erklärung, nach diesem Vorfall könne mit Tisza parlamentarisch nicht mehr verhandelt werden. Am nächsten Tage wandte sich Graf Tisza in der nationalen Arbeitspartei scharf gegen die Konzentrationsidee, denn die grundlegende Bedingung erfolgreichen Regierens sei der restlose Einklang zwischen den Mitgliedern einer Regierung. Ein solcher könnte aber nach den jüngsten Angriffen der Opposition gegen die gegenwärtige Regierungspartei nicht hergestellt werden. Er tat aber auch Äußerungen, mit denen er den Riß, der zwischen ihm und den Führern der Opposition wieder entstanden ist, noch mehr erweiterte. In bezug auf die Konzentration sagte er nämlich, die königlichen Audienzen der Oppositionspolitiker seien von einem ganzen System wohlinformierter Flüsterungen, heimlich verlautender Halblügen umrankt worden. Dieser Ausspruch veranlaßte nun gestern die Grafen Albert Apponyi, Julius Andrássy, Michael Károlyi und Aladár Zichy, das Zusammenwirken mit Tisza in einer Körperschaft als moralische Unmöglichkeit zu bezeichnen und aus allen unter seinem Vorsitz stehenden Kriegsfürsorgeeinrichtungen auszutreten. Gleichzeitig gaben sie eine Erklärung ab, die sie vor ihrer Veröffentlichung auch dem gerade in Budapest weilenden König vorgelegt hatten, daß das Streben der Opposition bezüglich der Bildung eines Konzentrationskabinetts sich nicht im Gegensatz zu der Auffassung Sr. Majestät befinde. Graf Tisza erwiderte hierauf in der Vertagungssitzung des Magnatenhauses, er als konstitutionell fühlender Mensch würde sich niemals auf persönliche Anschauungen des Königs berufen.

Die mit dem heutigen Tag einsetzende Pause in den Beratungen des ungarischen Reichstags, die ungefähr bis Mitte Juni währen soll, dürfte jedenfalls eine Klärung in der innerpolitischen Lage bringen. Soviel ist gewiß, daß die Krone gegen die Bildung eines Konzentrationskabinetts nichts einzuwenden hätte, wenn sich die Politiker untereinander einigen können. Nach den jüngsten Vorfällen scheint aber ein Zusammenwirken Tiszas und seiner Partei mit der Opposition unmöglich zu sein. Die Opposition will die bevorstehende Pause nicht müßig verstreichen lassen und in Parteiversammlungen die Agitation gegen die Regierung fortsetzen. Überflüssig, zu sagen, daß Änderungen in der innern Politik Ungarns keinerlei Einfluß auf die auswärtige Politik ausüben würden, da in diesem Betracht keine Meinungsverschiedenheiten unter den Parteien obwalten. Aber die innere Politik steht heute auch in Ungarn nur in zweiter Reihe, und was die breiten Schichten dieses überwiegend agrarischen Staates anlangt, so dürften sie sich mehr nach einer Reform des Bodenbesitzes als des Wahlrechts sehnen.

Neue Freie Presse Abend
21./IV. 1917

Die Parteien und die innerpolitische Krise.

Wien, 21. April.

Im Abgeordnetenhause, in dem in der abgelaufenen Woche infolge der Wendung in der Behandlung der innerpolitischen Fragen eine lebhafte parlamentarische Tätigkeit herrschte, war es heute verhältnismäßig stille. In den Parteiberatungen ist eine Pause eingetreten, die nicht nur durch den morgigen Sonntag verursacht, sondern vorwiegend auch auf sachliche Gründe zurückzuführen ist. In den Verhandlungen des gestrigen Tages wurde es vermieden, Beschlüsse zu fassen. Man ließ sich hiebei von der Anschauung leiten, daß die innere Lage noch einer weiteren Klärung bedürfe, ehe die Parteien dazu endgültige Stellung nehmen können.

Diese Klärung erwartet man aus Mitteilungen, die die beiden demissionierten Minister Dr. Baernreither und Dr. Urban für Montag in Aussicht gestellt haben. Handelsminister Dr. Urban ist, wie bereits gemeldet, gestern vom Kaiser in Audienz empfangen worden und auch Doktor Baernreither hat heute Gelegenheit erhalten, dem Monarchen seine Anschauungen über die Lösung der Krise darzulegen. Die beiden Minister werden nach diesen Audienzen in der Lage sein, den Parteien, als deren Vertrauensmänner sie dem Kabinett angehören, die gewünschten Aufklärungen zu geben. Erst nach diesen Aufklärungen werden die Parteien ihre Haltung dem Kabinett des Grafen Clam-Martinic gegenüber und ihre Stellung zur Frage, ob die beiden deutschen Minister als ihre Vertrauensmänner in der Regierung verbleiben sollen, einrichten können.

Am Montag und Dienstag der nächsten Woche werden die deutschböhmischen Abgeordneten und der Deutsche Nationalverband sowie der gemeinsame Vollzugsausschuß zusammenkommen. Von dem Ergebnisse der Beratungen dieser Körperschaften wird die weitere Entwicklung der inneren Lage abhängen.

Besprechung des Abgeordneten Dr. Groß mit Ritter v. Bilinski.

Der Obmann des Deutschen Nationalverbandes Doktor Groß wird heute mit dem Obmann des Polenklubs Doktor Ritter v. Bilinski zu einer Besprechung zusammenkommen. In der gestrigen Vorstandssitzung des Deutschen Nationalverbandes wurde auf die Notwendigkeit verwiesen, daß die Parteien untereinander Fühlung suchen, um die Vorbereitungen für eine eventuelle Tagung des Reichsrates, für deren ersprießlichen Verlauf vor allem ein vorher erzieltes Einvernehmen der großen Parteien notwendig ist, zu treffen. Die Besprechung des Obmannes des Deutschen Nationalverbandes mit dem Polenobmann dürfte bereits diesem Zwecke dienen.

21./IV. 1917 Abendbl. 105

Die Vorgänge im Polenklub.

Die Führer sämtlicher polnischen Gruppen sind bereits in Wien eingetroffen, um an den Beratungen über die Stellungnahme des Polenklubs gegenüber den jüngsten Entschlüssen der Regierung teilzunehmen. Nach der übereinstimmenden Auffassung in den polnischen Kreisen erscheint die Verwirklichung des galizischen Sonderstellungsprojektes unter den obwaltenden Verhältnissen als praktisch unausführbar. Abgesehen von der Enttäuschung, welche die Ergebnislosigkeit der viermonatigen diesem Gegenstande gewidmeten Vorarbeiten in Galizien hervorgerufen hat, müsse der Polenklub, so wird hervorgehoben, auch auf die Rückwirkung dieser Stimmung auf die Gestaltung der Verhältnisse im Königreich Polen Bedacht nehmen. Angesichts dessen obliege es nun dem Polenklub, seine Beziehungen zur Regierung einer Revision zu unterziehen. Die Regierung müsse, um der Unterstützung des Polenklubs sicher zu sein, dartun, daß sie den aufrichtigen Willen und die Möglichkeit habe, auf einen günstigen Umschwung für die Polen hinzuwirken. Es sei somit Sache der Regierung, in diesem Belange den geeigneten Ausweg zu finden. Mit neuerlichen Zusagen könne aber die jetzt ausgebrochene Krise unmöglich beigelegt werden. Hiezu bedürfe es eines unzweideutigen, die Beruhigung der öffentlichen Meinung ermöglichenden Aktes. In diesem Sinne werden allem Anscheine nach auch die Beschlüsse des Polenklubs formuliert werden.

Die konservative Gruppe des Polenklubs kam heute vormittag im Parlamentsgebäude zur Fortsetzung ihrer Beratungen zusammen. An der Sitzung nahmen außer den dem Abgeordnetenhause angehörenden Mitgliedern auch die Herrenhausmitglieder Graf Goluchowski, Graf Lanckoronski, Ritter v. Smolka, Dr. Graf Pininski, Dr. v. Korytowski, Ritter v. Jendrzejowicz und Ritter v. Abrahamowicz teil.

Neues Wiener Tagblatt
22/IV. 1917

Für den Reichsrat.

Vom Abg. Dr. **Otto Steinwender.**

Voraussichtlich in der vorletzten oder letzten Woche des Mai wird der Reichsrat zusammentreten, und zwar unter andern Verhältnissen, als noch vor kurzer Zeit gedacht worden war. Eine ganze Reihe schwieriger Arbeiten sollte dem Reichsrat erspart bleiben; die Stellung Galiziens, die Frage der Staatssprache, der ganze Komplex des böhmischen Streites sollten geordnet und dadurch sowie durch eine neue Geschäftsordnung sollte die Arbeitsfreiheit des Abgeordnetenhauses gesichert sein. Aber mit der Zeit änderte sich die Meinung über die Wirkung der beabsichtigten Eingriffe, man mußte annehmen, daß eine operative Behandlung zu spät komme und daß nichts übrig bleibe, als von der eigenen Lebenskraft die Heilung des Schwerkranken zu erwarten. Keine der genannten Staatsnotwendigkeiten verschwindet, aber für keine bleibt dem Parlament die eigene Arbeit erspart; ob sie gelingen wird, wissen wir zur Stunde nicht, aber wir verzichten und verzagen nicht.

Eines ist allerdings sicher. Die von der Regierung aufgestellten und von den deutschen Parteien anerkannten und als eigene Forderungen übernommenen Staatsnotwendigkeiten haben nicht nur die in Aussicht genommene besondere Behandlungsart, sondern auch den zeitlichen Vorrang eingebüßt. Der feierliche Akt, mit dem der Kaiser die Volksvertretung begrüßt und das eidliche Gelöbnis ablegt, nimmt selbstverständlich den ersten Platz ein. Dann muß das Präsidium, hierauf die Delegation neugewählt und die Mandatsdauer des gegenwärtigen Hauses verlängert werden, weil sie im Juli abläuft und Neuwahlen vor Durchführung der Demobilisierung als unzulässig angesehen werden müssen. Die Regierung wird eine ganze Reihe dringendster Vorlagen einzubringen haben, Indemnitäten, Ermächtigungen, Provisorien, vielleicht auch Steuern, alle diese Vorlagen müssen nach kurzen ersten Lesungen Ausschüssen zugewiesen und zum Teil mit aller Beschleunigung verabschiedet werden. Dabei wird den Vollsitzungen nur ein knappes Zeitausmaß zugemessen werden können, dafür werden einige Ausschüsse versammelt bleiben, etwa ein Finanzausschuß, ein politischer und ein Kriegswirtschaftsausschuß. Wir haben also eine Fülle dringendster Arbeiten vor uns, von denen ihrer Natur nach auch nicht eine einzige warten kann.

Nichts von alldem kann gelingen ohne die tätigste Mitwirkung der Regierung, aber wir Abgeordnete haben in dem gegenwärtigen Augenblick weniger Recht als jemals, uns auf Kritik und auf schließliche Annahme oder Ablehnung zu beschränken. Das Haus ist doch unser Haus. Wir haben es verkümmern und verkommen lassen, unsre Sache in erster Linie wird es sein, es wieder aufzubauen. Was wir

Frankfurter Zeitung

22./IV. 1917

Das Ende der österreichischen Krise.

Wien, 21. April. (Priv.-Tel.) In politischen Kreisen wird nunmehr übereinstimmend angenommen, daß mit der Audienz der beiden Parteiführer beim Kaiser die Kabinettskrise, soweit sie die Minister Dr. Urban und Dr. Baernreither betreffen, beigelegt erscheint. Die Demissionsgesuche der beiden deutschen Minister werden vom Kaiser mit dem Ausdruck fortdauernden Vertrauens abgelehnt werden und die deutschen Parteien werden in ihrer überwiegenden Mehrheit dem Verbleiben ihrer Vertrauensmänner im Kabinett keinen Widerstand entgegensetzen, wenn auch, wie verlautet, ein Teil der deutschradikalen Abgeordneten nicht damit einverstanden sein soll.

Bezüglich der Krise im polnischen Landmannsministerium steht die Sache allerdings anders. Die Stimmung im Polenklub gegen die Regierung ist sehr scharf, und zwar aus dem Grunde, weil nach den neuen Entschließungen die Hoffnung auf die Verwirklichung der Sonderstellung Galiziens fast vollständig geschwunden erscheint. Die Beratungen, in denen die polnischen Abgeordneten über ihre zukünftige Haltung schlüssig werden wollen, dauern noch fort. Die deutschen Parteiberatungen, die gestern wieder aufgenommen wurden, haben den Zweck, die ausgebrochene Krise zu liquidieren. Gestern vormittag trat im Abgeordnetenhause der Hauptausschuß der deutsch-böhmischen Vereinigung zu einer Sitzung zusammen, der auch der Minister Dr. Urban beiwohnte. Der Vorsitzende erstattete einen Bericht über die Audienz Dr. Urbans und begründete die Stellung der beiden Minister in der gegenwärtigen politischen Situation. An diesen Bericht knüpfte sich eine längere Debatte. Gleichzeitig tagte im Rathaus der gemeinsame Vollzugsausschuß des Deutschen Nationalverbandes und der Christlich-sozialen Vereinigung. In der Beratung wurden die durch die Vorgänge der letzten Zeit unterbrochenen Erörterungen der innerpolitischen Situation fortgesetzt. Beide Beratungen stehen in direkter Verbindung zueinander.

G Wien, 21. April. (Priv.-Tel.) Die Antwort des Kaisers auf die Ansprache der Deutschen enthält wohl keine bestimmte Zusage, daß die Durchführung der als staatsnotwendig erkannten Reformen unter keinen Umständen an einem Veto der Slawen scheitern wird. In diesem Punkte wird die weitere Wachsamkeit der Deutschen der Regierung gegenüber notwendig sein. Aber die Anerkennung der Leistungen und der Staatstreue der Deutschen ist in so feierlicher Weise erfolgt, daß der Affront der ihnen durch die überraschende Zurückziehung der Regierungszusage angetan worden ist, dadurch getilgt erscheint. Die Krise dürfte damit vorläufig behoben sein, umsomehr als die Deutschen sich überzeugen konnten, daß Graf Clam Martinitz bis zum letzten Moment an der Erfüllung seiner Zusage sich gehalten und auch Graf Czernin, der selbst einer der eifrigsten Befürworter der Reformen gewesen ist, sich nur unter dem Drucke von Rücksichten auf die auswärtige Politik anders entschlossen hat. Man will verhüten, daß die slawischen Parteien aufs neue den Versuch machen, sich als verfolgt und um ihres Slawentums willen drangsaliert hinzustellen. Daß die Tschechen eine privilegierte Nation sind, weiß man ja im Auslande nicht, und wenn die tschechischen Abgeordneten ihre Mandate niedergelegt hätten, was ihnen bei der kurzen Dauer, für die sie noch gelten, keine großen Opfer auferlegt hätte, so wäre der Eindruck einer solchen Demonstration für eine Politik der Verständigung jedenfalls störend gewesen. Insofern mußten auch die Deutschen den Argumenten des Grafen Clam-Martinitz zustimmen und haben auch die sonstigen naheliegenden Konsequenzen aus der ihnen zugefügten Bloßstellung nicht gezogen. Man befürchtet jedoch nicht, daß darüber hinaus hinter dem Verhalten der Regierung Absichten außerpolitischer Natur liegen könnten. Die unerschütterliche Anhänglichkeit an das Bündnis mit dem Deutschen Reich wird hier vielmehr als ein Glaubenssatz aller maßgebenden Personen der Monarchie angesehen. Man ist auch wohl auf deutscher Seite nicht ganz richtig verfahren. Die Deutschen wollten nicht nur die ziemlich einfachen Patente über die Staatssprache und über die böhmische Kreiseinteilung, sie wollten auch die Frage der Minoritätsschulen und die sehr komplizierte Sonderstellung Galiziens zugleich erledigen. Darüber ging aber der Schwung verloren, ohne den so weitgreifende Reformen nicht vollzogen werden können. Aber die einmal als notwendig erkannten Verfassungsänderungen können darum nur aufgeschoben und nicht aufgehoben sein. Es wird zunächst der Versuch gemacht werden müssen, das vorgesteckte Ziel auf parlamentarischem Wege zu erreichen. Die Tschechen sind vielleicht schon zu der Einsicht gelangt, daß die Zeiten ihrer Vorzugsstellung vorüber sind, man hält es für möglich, daß sie einem Ausgleich wenigstens keine Schwierigkeiten in den Weg legen. Dazu ist es freilich notwendig, daß die Regierung sich mit der ganzen Kraft dafür einsetzt und die Meinung nicht aufkommen läßt, daß sie den Deutschen, mit dem was sie selbst braucht, ein Geschenk macht. Wenn dann die Tschechen dennoch hartnäckig bleiben und wieder den Reichsrat lahmlegen, ergibt sich freilich doch die Alternative, den außerparlamentarischen Weg zu betreten oder die Reformen fallen zu lassen. Die internationale Lage wird sich ja bis dahin soweit geklärt haben, daß man die Rücksichten, die man heute nehmen zu müssen glaubt, nachher nicht mehr geltend machen kann. Die Deutschen Oesterreichs haben jedenfalls durch ihr jetziges Verhalten aufs neue ihr verantwortliches Staatsgefühl bewiesen.

Reichspost

23./IV. 1917

110

Eine Kundgebung der christlich-sozialen Arbeiterschaft.

Die christlichsoziale Arbeiterschaft Oesterreichs und die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage.

Wir erhalten folgende parteiamtliche Mitteilung:

Die christlichsoziale Arbeiterschaft Oesterreichs hat behufs Stellungnahme zur gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage eine Reichskonferenz nach Wien einberufen, die am 22. d. unter zahlreicher Beteiligung von Delegierten aus allen Kronländern zusammentrat. Vor Eingang in die Tagesordnung wurde einstimmig folgende Resolution beschlossen:

„Die IV. Reichskonferenz der christlichsozialen Arbeiterschaft Oesterreichs entbietet den Kämpfern an der Front herzlichen Gruß und innigen Dank für die opferfreudige Hingabe an den Dienst der Vaterlandsverteidigung. Sie dankt dem Minister des Aeußern Graf Czernin für seine Kundgebungen für die Herbeiführung eines baldigen, ehrenvollen Friedens. Sie begrüßt die endliche Einberufung des Reichsrates und gibt der Erwartung Ausdruck, daß dieser, eingedenk des hohen Ernstes der Zeit, unter Hintansetzung aller nationalen und parteipolitischen Gegensätze ungesäumt an die Bewältigung der brennenden Gegenwartsfragen schreiten und einer glücklichen Zukunft Oesterreichs die Wege bereiten werde."

Den Gegenstand der Beratungen der Konferenz bilden die Frage der Demobilisierung, die Fragen der Wiederaufrichtung und der Sicherung des wirtschaftlichen Lebens, der Sicherung der Volksernährung, der Versorgung der Kriegsinvaliden, der Witwen und Waisen, die Frage der Sozialversicherung und Maßnahmen für die Staatsangestellten. Die Referate werden erstattet von LA. Kunschak, GR. Spalowsky und GR. Ullreich. Die Beschlüsse werden der Regierung und dem Parlamente unterbreitet.

Neue Freie Presse
24./IV. 1917

111

Voraussichtliches Verbleiben der deutschen Minister im Kabinett.

Bevorstehende Erklärung der Regierung über den Reichsrat und die nationalpolitischen Fragen.

Wien, 23. April.

Die beiden deutschen Minister Dr. Urban und Doktor Baernreither werden voraussichtlich im Kabinett des Grafen Clam-Martinic verbleiben. Dies kann als das Ergebnis der Beratungen bezeichnet werden, welche heute den ganzen Tag im Schoße der deutschen parlamentarischen Parteien gepflogen worden sind. In den nächsten Tagen wird eine neue programmatische Erklärung der Regierung erfolgen.

In dieser Erklärung werden, wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, die drei Fragen berührt werden, die gegenwätig im Mittelpunkte der politischen Erörterung stehen. Zunächst wird die Erklärung den Standpunkt der Regierung zur Frage der Einberufung des Reichsrates kennzeichnen und neuerdings betonen, daß die Regierung, so wie sie dies in ihrem Programm vom 20. Dezember vorigen Jahres bereits getan hat, auch jetzt von der unbedingten Notwendigkeit, das Parlament ehestens zu einer Tagung einzuberufen, überzeugt ist. Die Erklärung wird den Termin, den die Regierung für den Zusammentritt des Reichsrates in feste Aussicht nimmt, genauer umschreiben.

Der zweite Teil der programmatischen Regierungserklärung wird jene Fragen zum Gegenstande haben, die bisher unter der Bezeichnung „Voraussetzungen" zusammengefaßt waren. In diesem Teile der Erklärung wird zwischen jenen Angelegenheiten unterschieden werden, die in den Wirkungskreis des Reichsrates fallen, und jenen, die in die Landtagskompetenz gehören. Bezüglich der Reichsratsangelegenheiten wird die Regierung die Zusicherung geben, daß sie die entsprechenden Vorlagen dem Reichsrate unterbreiten und deren Verabschiedung nach Kräften fördern werde. Weiter wird die Regierung den Weg andeuten, den sie für die Durchsetzung der in den Wirkungskreis des böhmischen Landtages fallenden Fragen in Aussicht nimmt.

In ihrem dritten Teile wird sich die Regierungserklärung mit den galizischen Angelegenheiten beschäftigen.

Die Minister Dr. Urban und Dr. Baernreither haben den parlamentarischen Parteien heute nähere Mitteilungen über diese programmatischen Regierungserklärungen gemacht, deren Wortlaut ein am Mittwoch stattfindender Ministerrat feststellen wird. Auf Grund dieser Mitteilung hat sich die Deutsche Arbeitsgemeinschaft für die Beilegung der teilweisen Krise im Kabinett Clam-Martinic ausgesprochen, der gemeinsame Vollzugsausschuß des Deutschen Nationalverbandes und der christlichsozialen hat sich im gleichen Sinne geäußert. Die deutschböhmische Vereinigung hat in ihrem Beschlusse die Frage, ob die beiden deutschen Minister im Kabinett verbleiben sollen oder nicht, offen gelassen. Endgültige Beschlüsse werden heute allerdings noch nicht gefaßt, sondern sind der morgigen Plenarversammlung des Deutschen Nationalverbandes überlassen worden. Doch gilt es in führenden deutschen Kreisen für sicher, daß der Deutsche Nationalverband sich der Deutschen Arbeitsgemeinschaft und dem Vollzugsausschuß von der Mehrheit vertretenen Anschauung anschließen wird.

Die deutschen Parteiberatungen.

Ueber den Verlauf der heutigen Beratungen der Klubs und Parteiverbände, die für vertraulich erklärt wurden, erfahren wir folgendes:

In der deutschböhmischen Vereinigung war naturgemäß die Haltung der meisten Redner gegenüber der Frage, ob die Minister Dr. Urban und Dr. Baernreither als Vertrauensmänner der deutschen Parteien im Kabinett verbleiben können oder nicht, eine zurückhaltende. Von mehreren Rednern wurde mit aller Entschiedenheit erklärt, daß nach ihrer Auffassung die Vorkommnisse der letzten Tage ein solches Verbleiben ausschließen. Doch konnten diese Redner die Mehrheit des Verbandes für sich nicht gewinnen. Von den fünf Anträgen, die in der Deutschböhmischen Vereinigung gestellt wurden, war jener des Abgeordneten Iro der schärfste. Dieser Antrag ging dahin, die deutschen Minister aufzufordern, auf ihrer Demission zu beharren. Doch wurde dieser Antrag zurückgezogen. Ein in ähnlichem Sinne lautender Antrag Hummer wurde abgelehnt. Das gleiche Schicksal erfuhr ein Antrag Damm, der von der Regierung ein Festhalten an ihrem ursprünglichen Regierungsprogramm verlangte.

Es wurde schließlich ein Antrag der Abgeordneten Dr. v. Lodgman und Hartl angenommen, in dem das Befremden darüber ausgesprochen wird, daß die Regierung aus der Aenderung ihres Programms die Konsequenzen nicht gezogen habe und dem Verbande im Hinblicke auf die neue Orientierung der Regierung freie Hand in bezug auf seine Stellung zum Kabinett vorbehalten wird. In dem Antrage wird auch die Zusicherung gegeben, daß die Vereinigung alles aufbieten werde, um die Arbeitsfähigkeit des Parlaments unter der Voraussetzung sicherzustellen, daß die Regierung die Erfüllung der berechtigten Forderungen der Deutschböhmen gewährleistet. Dieser Antrag wird zur endgültigen Beschlußfassung der morgigen Sitzung des Deutschen Nationalverbandes vorgelegt werden.

Ueber die Sitzung des gemeinsamen Vollzugsausschusses der deutschbürgerlichen Parteien erfahren wir: Die Sitzung, welcher auch die beiden Minister Dr. Urban und Dr. Baernreither beiwohnten, dauerte von 7 bis ½9 Uhr. Die Minister machten hier die gleichen Mitteilungen, die Handelsminister Dr. Urban in der Deutschböhmischen Vereinigung bekanntgab. Abgeordneter Wolf sprach sich über die Stellung aus, welche die deutschböhmischen Abgeordneten einnehmen müssen, die schon mit Rücksicht auf die Wählerschaft die beiden deutschen Minister zum Verbleiben im Kabinett nicht auffordern können. Anderseits verkennen die deutschböhmischen Abgeordneten die Rücksichten nicht, welche durch die auswärtige Situation geboten seien. Die Mehrzahl der Anwesenden war jedoch der Anschauung, daß gerade mit Rücksicht auf die auswärtigen Fragen vor allem die Arbeitsfähigkeit des Reichsrates sichergestellt werden müsse. Aus diesem Grunde scheine es angezeigt, für das vorläufige Verbleiben der deutschen Minister im Kabinett sich auszusprechen, ohne damit der künftigen Handlungsfreiheit gegenüber der Regierung zu präjudizieren.

In der Sitzung der deutschen Arbeitsgemeinschaft wurde von der Mehrheit der Anwesenden gleichfalls unter Hinweis auf die dringenden Erfordernisse der Zeit die Notwendigkeit betont, unter allen Umständen eine Tagung des Reichsrates zu ermöglichen. Man müsse daher die Schwierigkeiten, welche einer solchen Tagung entgegenstehen, beseitigen. Aus diesem Grunde sei es angezeigt, unter gewissen Voraussetzungen für das Verbleiben der beiden deutschen Minister im Kabinett einzutreten. In der Arbeitsgemeinschaft wurde auch ein in diesem Sinne abgefaßter Antrag als Vorlage für die Beschlußfassung in der morgigen Sitzung des Deutschen Nationalverbandes angenommen. In der Arbeitsgemeinschaft wurden auch wichtige parteitaktische Fragen, namentlich über die Stellung der Arbeitsgemeinschaft innerhalb des Nationalverbandes, erörtert.

Fremdenblatt

24./IV. 1917

112

Die Salzburger beim Kaiser.

Gestern erschien beim Kaiser eine Deputation, bestehend aus dem Fürsterzbischof in Salzburg Geheimen Rat Dr. Kaltner, dem Landeshauptmann Geheimen Rat Prälaten Winkler, dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Sylvester, dem Reichsrats- und Landtags-Abgeordneten Dr. Freiherrn v. Fuchs, dem Landeshauptmann-Stellvertreter Reichsrats-Abgeordneten Dr. Stölzel und dem Bürgermeister kaiserlichen Rat Ott. Die Abordnung unterbreitete anläßlich des Schlusses des Jubeljahres der Jahrhundertfeier der Zugehörigkeit Salzburgs zu Oesterreichs neuerlich die Huldigung von Land und Stadt Salzburg und wiederholte die im vergangenen Jahr weiland Kaiser Franz Joseph I. unterbreiteten Bitten Salzburgs, insbesondere jene um Wiedererrichtung der alten Salzburger Universität durch Angliederung weltlicher Fakultäten an die bestehende theologische Fakultät. Diese Hochschule möge als k. k. Kaiser Karls-Universität neu erstehen.

Der Kaiser erwiderte auf die Ansprache:

„Mit freudiger Genugtuung habe Ich den loyalen Ausdruck der Mir dargebrachten Huldigung vernommen und Ihre Bitte um Wiedererrichtung der vormals bestandenen Universität in Salzburg durch Angliederung weltlicher Fakultäten an die dortige theologische Fakultät gerne gehört.

Wenn in Meinem treuen Lande Salzburg bei der Erinnerung an seine seit einem Jahrhundert vollzogene Vereinigung mit dem österreichischen Kaiserstaate mitten in den Kümmer- und Bedrängnissen des großen Krieges die tatkräftige Initiative führender Männer zu einer Einigung über den lange gehegten Wunsch gediehen ist, die ehemalige Universität wieder aufzurichten, erkenne Ich darin einen erfreulichen Ausdruck des Bewußtseins heimischer Kulturkraft, der dem Bildungsdrange des Volkes eine neue Stätte wissenschaftlicher Forschung und Lehre gewinnen will.

Ihr Erscheinen und Ihre gemeinsame Kundgebung liefern zugleich den Beweis dafür, daß ernstes Wollen imstande ist, die Brücke zwischen Auffassungen verschiedener Richtung zu schlagen und jene Lage zu schaffen, in der eine gedeihliche Blüte der hohen Schule zum Wohle des Staates nicht minder wie des Landes und seiner altehrwürdigen Landeshauptstadt zu erwarten ist.

Meine Regierung wird jene Vorkehrungen in Erwägung zu ziehen haben, welche erforderlich sind, um den von Ihnen erbetenen Ausbau der Salzburger hohen Studien zu einer Universitas litterarum auf den verfassungsmäßigen Weg zu leiten."

Hamburger Fremdenblatt
24.IV.1917
113 VM

Oesterreichs innerpolitische Lage.

ei. **Wien**, 3. April. (Drahtbericht unseres Vertreters.) Die Erwartung, daß infolge der Audienz der deutschen Parteiführer beim Kaiser die durch die Nichtdurchführung der innerpolitischen Reformen hervorgerufene Krise rasch beendigt werden dürfte, scheint nicht gerechtfertigt gewesen zu sein. Das geht schon daraus hervor, daß sich die Wiederernennung der zurückgetretenen Minister Dr. Urban und Dr. Baernreither verzögert hat. Tatsächlich ist die Stimmung unter den Deutsch-Böhmen dem Verbleiben der deutschen Minister im Kabinett nicht günstig. Gegen den Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinitz besteht ein tiefgehendes Mißtrauen. Dazu kommt noch der Eindruck, den das herausfordernde Auftreten der Tschechen und ihre Bemühungen, ein Zusammenwirken aller slawischen Parteien des Parlaments einschließlich der Polen zu erwirken, hervorgerufen hat. Den heute stattfindenden Beratungen der deutschen Parteien wird großes Gewicht beigelegt. Es traten nachmittags die deutsch-böhmische Vereinigung, die deutsche Arbeitsgemeinschaft, der gemeinsame Vollzugsausschuß des deutschen Nationalverbandes und der Christlich-sozialen zusammen. An der letzten Beratung nahmen auch die beiden Minister Dr. Urban und Dr. Baernreither teil, um Aufklärung über die Lage und das Ergebnis ihrer Audienz beim Kaiser abzugeben. Von diesen Beratungen wird es abhängen, ob die beiden Minister im Amte verbleiben werden. Man erwartet von ihnen eine Erklärung nach zwei Richtungen und zwar zunächst darüber, welche Absicht die Regierung bezüglich der Bildung einer Arbeitsmehrheit hat und auch darüber, welche Pläne sie verfolgt, um auf andere Weise die staatlichen Interessen auf nationalem Gebiete sicherzustellen, nachdem sich der Weg des Oktrois als ungangbarer Weg erwiesen hat.

Der Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses Dr. Sylvester ist in Wien eingetroffen, und hat mit den parlamentarischen Führern Rücksprache genommen, um die Einberufung des Parlaments, die nun bestimmt für den 22. Mai erwartet wird, vorzubereiten. Dr. Sylvester beabsichtigt auch allenfalls zum gegebenen Zeitpunkte eine Obmännerkonferenz einzuberufen.

———⁂———

Vossische Zeitung

24./IV. 1917 114

Das neue Galizien.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **Wien,** 24. April.

In der galizischen Krise ist bisher noch keine Entscheidung getroffen. In der Verhandlung der polnischen Demokraten wurde nach längerer Debatte beschlossen, dem Polenklub nahezulegen, mit Rücksicht auf die Interessen der Polen und der Lage Galiziens seine Haltung gegenüber der Regierung zu ändern. Als geeigneter Ausweg aus der gegenwärtigen Lage wurde die Veröffentlichung eines Patentes bezeichnet, das die Grundzüge des galizischen Sonderstellungs-Projektes umfaßt und die Verwirklichung des Planes anzukündigen hätte. Falls die Regierung dem zustimmen würde, würde sich Dr. Bobrzynski bestimmen lassen, als Vertrauensmann des Polenklubs im Kabinett zu verbleiben.

Die wichtigsten Bestimmungen des von der parlamentarischen Kommission des Polenklubs fertiggestellten Referates über die Sonderstellung Galiziens sind folgende:

Der Kompetenz der gesetzgebenden Körperschaft Galiziens werden aus dem Wirkungskreis des Reichsrates zufallen: Die Finanz-, Verkehrs-, Gewerbe- und Sanitäts-Angelegenheiten, die Gesetzgebung über das Heimatrecht, die Feststellung der Grundsätze über das Unterrichtswesen, die Straf-, Justiz- und Zivilgesetzgebung, die Gesetzgebung über das Handels- und Bergrecht, die Gesetzgebung über die Organisation der Gerichte und Verwaltungsbehörden sowie die zur Durchführung der Preßfreiheit des Versammlungs- und Vereinsrechts zu erlassenden Gesetze.

Die Staatsgrundgesetze vom Jahre 1867 haben die Grundlage der Landesverfassung gebildet; die gesetzgebende Körperschaft Galiziens kann Aenderungen an ihr vornehmen. Es obliegt ihr außerdem, die Abgeordneten in den österreichischen Reichsrat sowie in den gemeinsamen Delegationen zu entsenden.

Die gesetzgebende Körperschaft Galiziens soll aus einem Senat und aus einem Landtag bestehen. Der Landtag setzt sich aus 166 Polen und 62 ruthenischen Mitgliedern zusammen, die mittels des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts zu wählen sind. In den gemischten Bezirken wird die Errichtung eines nationalen Katasters vorgesehen. Frauen, die akademische Studien vollendet haben oder öffentliche Aemter bekleiden, dürfen persönlich ihr Wahlrecht ausüben. Dem Senat werden 130 bis 140 Mitglieder angehören, darunter die im Lande wohnhaften Mitglieder des Kaiserhauses sowie die vom Kaiser ernannten lebenslänglichen und erblichen Mitglieder des österreichischen Herrenhauses aus Galizien, ferner Bischöfe und Vertreter der Universität, der Städte und des Groß-Grundbesitzes.

Mit der Verwaltung des Landes wird eine vom Kaiser ernannte und den gesetzgebenden Körperschaften Galiziens verantwortliche Regierung mit einem Kanzler an der Spitze betraut, und dem Kanzler, der aus den Reihen des Reichstages zu entnehmen ist, werden die Staatssekretäre für politische Angelegenheiten, für Unterricht, Verkehr, Justiz, Ackerbau, Handel und Gewerbe beigegeben. Dem Kanzler steht das Recht zu, zu den Sitzungen des österreichischen Ministerrates zu erscheinen und an den Entscheidungen der Galizien betreffenden Angelegenheiten teilzunehmen.

Um die Fühlung mit der österreichischen Regierung herzustellen, wird ein Minister für Galizien mit einem ausgedehnteren Wirkungskreis als bisher ernannt werden. Die polnische Sprache ist Amtssprache der galizischen Behörden sowie auch mit den österreichischen Ministerien, ausgenommen dem Kriegsministerium. Ueber den Gebrauch der deutschen Sprache neben der polnischen im inneren Dienste der Gendarmerie und der Landwehr hat der Kaiser auf Antrag der Landesregierung zu verfügen.

Das Eisenbahnpersonal hat mit Ausnahme der Bahnarbeiter der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig zu sein. Das Land hat über die Einnahmen in Galizien aus den Steuern, Monopolen, Kohlen, Petroleum usw. zu verfügen, und eine prozentmäßig festzustellende Quote dieser Einnahmen sowie auch den Gesamteingang der Zölle an die Kassen der österreichischen Verwaltung abzuführen.

* *

* **Wien,** 24. April.

Die beiden zurückgetretenen deutschen Minister werden sehr wahrscheinlich im Kabinett verbleiben. Dies ist das Ergebnis der Verhandlungen, die gestern die deutschen Parteien den ganzen Tag über gepflogen haben. Die wichtigste dieser Beratungen war die Vollversammlung der Deutsch-böhmischen Vereinigung, der auch der Handelsminister Dr. Urban beiwohnte. Nach einer eingehenden Debatte wurde ein Antrag beschlossen, der der morgigen Vollversammlung des Deutsch-Nationalen Verbandes vorgelegt werden wird." In diesem Antrage wird zunächst das Befremden darüber ausgesprochen, daß der Ministerpräsident seine Absicht, zu demissionieren, nicht ausgeführt habe, und sodann erklärt, daß die deutschen Abgeordneten alles aufbieten, um die Arbeitsfähigkeit des Reichsrates sicherzustellen. Um den deutschen Parteien diese Stellung zu ermöglichen, soll in den nächsten Tagen eine neue Erklärung der Regierung erscheinen.

In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Einberufung des Reichsrates für den 30. Mai in Aussicht genommen ist.

Reichspost
24./IV. 1917

Vor der Entscheidung der deutschen Parteien.

Morgen dürfte in der Frage über die Haltung der bürgerlichen deutschen Parteien gegenüber der durch außenpolitische Vorgänge geschaffenen neuen Lage die Entscheidung fallen.

Heute war der gemeinsame Vollzugsausschuß der beiden Parteien versammelt, worüber parteiamtlich folgendes verlautbart wird: „Der Vollzugsausschuß der deutschbürgerlichen Parteien hielt heute abend eine zweistündige Sitzung zur Vorbereitung der morgigen Klubberatungen, in denen die entscheidenden Beschlüsse hinsichtlich der gegenwärtigen politischen Lage gefaßt werden sollen." Wie diese Entscheidung ausfallen wird, läßt sich vermuten und war seit dem Tage von Laxenburg, der die Deutschen für die mit den Regierungen gemachten Erfahrungen entschädigte, kaum mehr zweifelhaft. Kaiserworte verbürgen, daß die Ziele bleiben und in den Aufgaben der Regierung keine Aenderung eintritt und daß nur die Form, welche dabei von der Regierung einzuhalten ist, nunmehr eine andere geworden ist als die, welche bisher von der Regierung den deutschen Parteien zugesagt worden war. Es ist in die Hand der deutschen Parteien gegeben, auf parlamentarischem Boden mit parlamentarischen Mitteln die Regierung zur Erfüllung der von ihr übernommenen Pflichten zu veranlassen und fortlaufende Kontrolle zu üben.

Unmut erregt in deutschen Parteikreisen die Hetze, die von den Organen der Kriegsverdienerkreise, insbesondere in Böhmen, gegen den deutschen Block getrieben wird. Offenbar ist den Hintermännern der Finanzpresse bei dem Gedanken an das von den deutschen Parteien für die Reichsratstagung angekündigte wirtschaftliche Arbeitsprogramm nicht ganz geheuer zu Mute. Darum das demagogische Gerede von der „Sackgasse", in die angeblich die Politik der deutschen Parteien geraten sei — als ob das Bewußtsein, ein gutes und richtiges Ziel angestrebt zu haben, nicht auch dann genügen könnte, wenn der Erfolg durch äußere Umstände vertagt würde! — und von der Parlamentsgegnerschaft usw. Gegenüber diesen Treibereien gilt es, kaltes Blut zu bewahren. Der Reichsrat ist nahe und damit auch die Gelegenheit für die deutschen Parteien, ihren Wert und ihre Bedeutung für den Staat zu zeigen, aber auch die Gelegenheit, der Sehnsucht der Bevölkerung nach Besprechung und Bekämpfung der wirtschaftlichen Uebelstände Rechnung zu tragen. Und da diese Sehnsucht bei allen Nationen besteht, dürfte vielleicht gerade die wirtschaftspolitische Arbeit eine Brücke zur Verständigung werden. Ob dann die zurzeit zur Schau getragene hitzige Parlamentsfreudigkeit der gewissen Presse, die sich heute an den deutschen Parteien reibt, durchhält, wird sich erst zu zeigen haben.

Reichspost Abendl
24./IV. 1917

116

Einberufung des Reichsrats auf den 30. Mai. — Das Arbeitsprogramm.

Die parteiamtliche „Korr. Austria" berichtet: Da die neue Session umsichtige und sorgfältige Vorbereitungen, die ernste Zeit das Zusammenfassen aller Kräfte und die einheitlich organisierte Zusammenarbeit der Parteien erfordert, wird der Reichsrat, wie heute endgültig feststeht, am Mittwoch den 30. Mai eröffnet. Das Einberufungspatent soll nächsten Samstag oder Sonntag kundgemacht werden. Naturgemäß nehmen die Vorarbeiten, wie die Fühlungnahme der Regierung, die Verhandlungen der Parteien untereinander, die Ausarbeitung der Vorlagen, darunter die umfangreichen Begründungen der erlassenen umfassenden Verordnungen, die Auswahl der neuen Pairs usw. die Zeit bis 30. Mai voll in Anspruch und erscheint daher die Ansetzung eines früheren Termins kaum möglich. Sehr wichtig ist die vorherige Lösung der Präsidentenfrage, da zunächst eine Neukonstituierung des Bureaus des Hauses erfolgen muß. Ebenso stehen an erster Stelle die Huldigungskundgebung für den Monarchen und der Empfang beider Häuser in der Hofburg. Kundgebungen für Heer und Flotte sowie für den Frieden und Loyalitätsäußerungen der Parteien werden gleichfalls die ersten Sitzungen beschäftigen. Sind die Formalien vorüber, so werden das Budgetprovisorium, die Idemnität für die § 14-Verordnungen, die Rekrutenkontingente angesprochen, die Geschäftsordnungsvorlage der Regierung eingebracht werden, und letztere sofort mit befristetem Termin dem sofort zu erneuernden Geschäftsordnungsausschusse zuzuweisen sein. Die Wahl der Delegation ist vorzunehmen, einige Permanenzausschüsse sind einzusetzen, denen alsbald die Ernährungs-, Kriegsfürsorgefragen usw. zuzuweisen sind. Ueberhaupt ist das Schwergewicht der Arbeiten anfangs in die Ausschüsse zu verlegen und werden die wirtschaftlichen Vorlagen in den Vordergrund rücken. Auch die Verlängerung der Mandatsdauer wird ehestens vorgelegt und durchgeführt, ein gemeinsames Komitee für die parlamentarische Zensur eingesetzt werden, beziehungsweise ein Abgeordneten-, Journalistenbeirat usw. für die parlamentarische Zensur eingesetzt werden, von der die militärische und außenpolitische wie bei allen Kriegführenden Mächten natürlich aufrecht bleibt, während die innerpolitische im Einvernehmen aller berufenen Faktoren nach Tunlichkeit abgebaut wird.

Die Zeit
25./IV. 1917

Ganz oder gar nicht.

Der Reichsrat soll Ende Mai einberufen werden. Die Einberufung ist uns zwar schon etliche Male angekündigt worden, aber diesmal, hoffen wir, wird es Ernst damit. Es ist doch undenkbar, daß zu einer Zeit, wo die Nationen der ganzen Welt zu den größten politischen Entscheidungen antreten, die Völker Oesterreichs außer der Reihe bleiben sollten. Und es ist ebenso undenkbar, daß wir Oesterreicher, wir ganz allein auf Erden, nachdem wir drei Jahre stillgeschwiegen haben, auch jetzt, auch in dieser ernsten historischen Stunde, aufs Wort verzichten müßten. Wir sind ebenso reif und mündig wie die Bürger anderer Staaten, und wir haben dasselbe Bedürfnis nach einer freien öffentlichen Tribüne. Es hat freilich bei uns schon des öfteren Zeiten des politischen Stillstandes, der Parlamentserstarrung gegeben. Aber wir konnten dieses zeitweilige Uebel tragen, weil in diesen toten Intervallen die anderen bürgerlichen Freiheiten doch fortlebten, weil wir unser Vereins- und Versammlungsrecht und ein erträgliches Maß von Preßfreiheit besaßen. Das alles ist uns jedoch unter dem Kriegszustand abhanden gekommen, und deshalb fühlen wir jetzt um so brennender die Sehnsucht nach dem Parlament: als der einzigen freien Tribüne, die uns unter den gegebenen Verhältnissen noch übrig bleibt.

Diesen Restbestand unserer politischen Schatzkammer wollen wir aber auch rein und unversehrt erhalten sehen. Das heißt: Wenn das Parlament zusammentritt, muß die Tribüne auch wirklich frei sein. Ein Parlament hört auf zu sein, was es sein soll, und hört überhaupt zu bestehen auf, wenn die Kritik und Kontrolle, die sein Beruf sind, auch nur die mindeste willkürliche Einschränkung erfahren, sei es eine Einschränkung der parlamentarischen Redefreiheit, oder sei es eine Einschränkung der wahrheitsgetreuen Wiedergabe der Parlamentsberichte durch die Presse. In letzterer Hinsicht hört man bereits von der Absicht munkeln, eine Art von parlamentarischer Zensurkommission einzurichten. Vor solchen Plänen kann nicht früh und nicht eindringlich genug gewarnt werden. Sowie einmal der mindeste Anlaß gegeben wäre, an der absoluten Wahrhaftigkeit und Sachtreue der in der österreichischen Presse erscheinenden Parlamentsberichte zu zweifeln, wäre die ganze kommende Parlamentstagung dem Ausland gegenüber bereits vollständig entwertet. Wenn das Ausland, das uns jetzt mit gespannter Neugier in die Fenster guckt, herabgelassene Gardinen sieht, wird es niemals glauben, daß in diesem Hause eine freie, unbeeinflußte Volksvertretung tagt. Daß hier ein mächtiges, den Staat souverän beherrschendes Parlament tage, wird ohnedies niemand glauben. Aber zum mindesten den Glauben an die Freiheit unserer Tribüne dürfen wir im Interesse der politischen Reputation unseres Staates nicht erschüttern lassen. Das ist das Minimum an Kredit, dessen wir bedürfen, und ohne das in diesem Zeitalter der Demokratie unser Staat den anderen Staaten gegenüber nicht als Gleicher unter Gleichen erscheinen könnte.

Aber auch aus innerpolitischen Gründen ist uns die Freiheit der parlamentarischen Verhandlungen und die Freiheit der Zeitungsberichterstattung darüber unentbehrlich. Ein Parlament wäre ein bloßer Debattierklub, wenn seine Beratungen nicht unter Zeugenschaft der gesamten Oeffentlichkeit stattfänden. Der Abgeordnete spricht nicht für das Publikum des Parlamentssaales, sondern für die Bevölkerung, und zu diesem weiten Hörkreis spricht er nur durch die Preßberichte. Ohne immune Berichterstattung gibt es keine immune Volksvertretung. Wenn also das österreichische Parlament tagt, muß selbstverständlich die parlamentarische Berichterstattung zensurfrei sein. Berichte zum Beispiel, wie sie dem österreichischen Publikum über ungarische Parlamentsverhandlungen geboten zu werden pflegen, Berichte, in denen man aus den ausführlichen Ministerreden den Inhalt und Sinn der verstümmelten Oppositionsreden kaum zur Not zu erraten vermag, solche Tendenzberichte sind unmöglich, wenn es sich um unser eigenes, das österreichische Parlament handelt. Soll es tagen, dann muß es mit dem ganzen Oeffentlichkeitsapparat tagen, der dazu gehört. Mit einer bloßen Scheintagung wäre weder den Volks- noch den Staatsinteressen gedient. Wir wollen das Parlament entweder ganz oder gar nicht.

Arbeiterzeitung
25./IV. 1917

Ueberall Gärung.

Aeußerlich ist die deutsche Krise beendigt. Die Nationalverbändler stimmen zu, daß die zwei Minister, die sie in das Kabinett Clam-Martinic entsendet haben, um das Oktroyieren zu überwachen, darin auch verbleiben, nachdem das Oktroyieren aufgegeben worden ist. Da die Krise äußerlich darin bestand, daß die Minister Urban und Bärnreither demissioniert haben, der Beschluß, der ihr Verbleiben im Amte als „wünschenswert" erklärt, die lästige Pflicht ihnen nun abnimmt, auf der Demission zu beharren, so kann die Krise mit der Entscheidung, daß ihre Demmission nicht angenommen wird, als beendet betrachtet werden, und dem äußeren Anschein nach wird sie auch beendet sein. So schaut es aus, aber man täte gut daran, sich von dem Schein dieser Beilegung der Krise nicht blenden zu lassen und nicht zu meinen, nun sei alles wieder in Ordnung und der normale Gang der Dinge durch nichts mehr behindert. Dem steht schon entgegen, daß die polnische Krise noch nicht bereinigt ist und der galizische Minister noch nicht wiedergewonnen; so biegsam wie die Nationalverbändler sind die Polen doch nicht, und nicht jedem eignet die Strebsamkeit, die die Herren Bärnreither und Urban beseelt. Aber es wäre nur eine gefährliche Selbsttäuschung, wenn die Regierung vermeinte, daß nun, da sie die zwei Minister behält, alles getan sei und sie sich weiterhin um nichts zu bekümmern habe, als daß die Vorlagen, die sie dem Reichsrat unterbreiten will, rechtzeitig gedruckt werden. Mit ihrer falschen und zwecklosen Politik hat die Regierung Clam-Martinic das ganze Haus in Gärung versetzt; nun schaue sie dazu, daß für sachliche Arbeit die Stimmung bereitet wird.

An den Polen kann man dieses Experimentieren am lebendigen Leibe, als das sich das österreichische Regieren nun darstellt, besonders faßlich studieren. Man verkündet dem Lande Galizien, daß man es „sondersstellen" wolle, was doch nicht weniger ist, als daß es aus der engeren österreichischen Staatlichkeit ausgeschieden wird und zur Selbständigkeit aufrückt. Das ist doch nicht die Ankündigung einer landläufigen Reform, die man durchführt oder die man sich noch überlegt; das greift tief, verknüpft sich mit dem Willen der Menschen, wird ein Bestandteil ihrer Ideologie. Tatsächlich haben sich die Polen von dem engeren Oesterreich gedanklich bereits losgelöst, innerlich fühlen sie sich eben schon sondergestellt, und so kann man es sich vorstellen, was es bedeutet, wenn die Regierung ihnen plötzlich erklärt, sie mögen sich die Sonderstellung nun wieder aus dem Kopfe schlagen, vorläufig sei daran nicht zu denken — als ob am vierten November daran leichter zu denken gewesen wäre — und so müssen sie sich wieder entschließen, gute österreichische Patrioten zu werden. Es bedeutet nicht weniger, als daß man von ihnen begehrt, nachdem sie ihr ganzes Denken auf die Selbständigkeit eingestellt haben, den Gedanken der Selbständigkeit wieder aufzugeben und sich damit zu befreunden, daß die Sonderstellung auf die lange Bank geschoben wird, auf der schon so viele Vorsätze zu politisch-nationalen Reformen ruhen. Sondersstellung besagt natürlich auch ein Fremder-werden, und tatsächlich fühlen sich die Polen als Fremde; im Parlament sozusagen als Fremde von Distinktion. Es ist ja wahr, daß nicht die Regierung Clam-Martinic die Sondersstellung angekündigt hat, und es kann auch wahr sein, daß ihr jetzt nichts anderes übrig blieb, als sie aufzuschieben; aber daß man einen derartigen Gärungsstoff nicht ungestraft unter die Parteien wirft, ist klar. Die Hartnäckigkeit, mit der die Polen die Beteiligung an der

[illegible] Staat bereits be[illegible] Bedeutung gibt er täglich viele Beweise [illegible] Streiches aufgehört haben. Es fragt sich nur, ob der Staat aus den Lehren des Streiches nicht erkennt, daß es für ihn wirtschaftlicher wäre, die Betriebe [illegible]

setzung des normalen Wirkens und Arbeitens. Dann wieder wird erklärt, erst müsse man mit dem Kriege fertig werden und mit den unmittelbaren Sorgen, die er aufwirft, bevor man sich in die nationalen Dinge einlassen könne, bevor man an diese stacheligen Fragen herantreten werde. Was heute eine Voraussetzung war, ist morgen eine nebelhafte Zukunft; Unbedingtes wird gleichgültig und das Zufällige wird danach die Regel. Man könnte es vielleicht so ausdrücken: Die Regierung sieht einmal die Deutschen, das anderemal die Tschechen, das drittemal die Polen, aber sie sieht nie das ganze Oesterreich, faßt nie das ganze Problem ins Auge. Sie gewinnt zuerst die einen durch Versprechungen und beschwichtigt die anderen, indem sie jene Versprechungen aufgibt; das bewirkt aber nicht, daß alle zufrieden werden, sondern führt herbei, daß alle unzufrieden sind — was nur dem Grafen Taaffe als der ideale Zustand der nationalen Verhältnisse erscheinen konnte, was aber in Hinsicht des kranken Parlaments eine bedenkliche Methode zu sein scheint. Das Parlament, das man drei Jahre lang mit Fußtritten behandelt hat, braucht, um sich zu sammeln, zu festigen, um den ihm gebührenden Platz in der österreichischen Staatlichkeit zu erobern, den guten Willen aller Parteien, den Parlamentswillen bei allen Parteien; aber durch jene Methode wird er nicht geweckt, wo er nicht war, sondern dort verschüttet, wo er war. Die vier Monate Politik der Regierung Clam-Martinic haben zu der Konsolidierung nicht nur nicht beigetragen, sondern der unzweifelhaft vorhandenen Stimmung aber Abbruch getan.

Deshalb lastet auf der Regierung jetzt eine große Aufgabe, denn ihr obliegt, gutzumachen, was diese vier Monate, da man sich gleichsam in einem Zirkel bewegte, verdorben haben. Es ist nicht zum wenigsten ihre Schuld, daß sich die nationalen Parteien heute fremder und feindseliger gegenüberstehen denn je. Sie muß diejenigen, die sie auseinandergeführt hat, zusammenbringen und aus der allgemeinen Bejahung des Staates die Bejahung des Parlaments gewinnen. Ohne Geschicklichkeit, Hingebung, Eifer ist das schwierige Werk nicht zu leisten, und Graf Clam-Martinic möge überlegen, ob seine Regierung, wie sie dasteht, diesen Ansprüchen auch genügt. Viel Zeit ist verlorengegangen, nun aber ist keine mehr zu verlieren.

Reichspost

25./IV. 1917

120

Die christlichsoziale Arbeiterschaft und die wirtschaftlich-soziale Vorbereitung des Friedens.

Beschlüsse der Reichskonferenz der christlichsozialen Arbeiterschaft.

Auf der dieser Tage in Wien abgehaltenen Reichskonferenz der christlichsozialen Arbeiterschaft wurden außer der bereits mitgeteilten Stellungnahme zur Reichsratseinberufung Beschlüsse über die wirtschaftlich-soziale Ueberleitung in die Friedenszeit und über die großen Aufgaben nach dem Kriegsende gefaßt, die im nachstehenden, obwohl sie naturgemäß in vielem der von dem Block der deutschen Parteien der Regierung überreichten Denkschrift über das gleiche Thema ähneln, wiedergegeben seien:

„Noch ist nicht abzusehen, wann der Krieg sein Ende finden werde. Nichtsdestoweniger ist es heiligste Pflicht aller öffentlichen Faktoren, insbesondere aber Pflicht der Regierung und der Volksvertretung, ohne Verzug an all die Fragen ernsthaft heranzutreten, von welchen die Wiederaufrichtung und Sicherung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens bedingt wird. Die christlichsoziale Arbeiterschaft beehrt sich zu diesem Behufe der hohen Regierung wie dem Abgeordnetenhause ihre Ansichten über die dringlichst notwendigen Maßnahmen wie folgt darzulegen:

Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen Lebens.

Um das wirtschaftliche Leben raschestens und mit sicherem Erfolg in Fluß zu bringen, muß dafür gesorgt werden, daß die abflutenden Arbeitermassen ohne Zeitverlust zu Verdienst und Arbeit gelangen. Die drohende Massenarbeitslosigkeit muß unbedingt verhindert und die Arbeitslosigkeit auf das unvermeidliche Mindestausmaß beschränkt werden. Um dies zu erreichen, genügt es nicht, Arbeitsgelegenheit überhaupt zu schaffen, es muß dabei auch auf alle volkswirtschaftlichen Bedürfnisse und auf die rationellste Verwendung der vorhandenen und weiter noch erforderlichen Mittel Bedacht genommen werden. Unter diesen Voraussetzungen empfiehlt sich:

1. Die Einsetzung einer staatlichen Demobilisierungskommission, welche das heute zur Veräußerung gelangende Kriegsmaterial zu übernehmen und dieses mit Ausschluß jedes Zwischenhandels unter Mitwirkung der Organisation der Industrie, des Gewerbes und der Landwirtschaft dem Eigenbedarf der in Betracht kommenden Kreise zuzuführen hätte. 2. Den Berg- und Hüttenbetrieb raschestens zu größter Leistungsfähigkeit auszugestalten, wobei im vorhinein auf eine weitgehende Einschränkung des Sparkasse- und des Warengeschäftes der Banken. Anpassung des Sparkasseregulativs an die geänderten Zeitverhältnisse und deren Bedürfnisse.

Zur Sicherung des wirtschaftlichen Lebens und dessen Entwicklung wäre auch: 1. Ein das österreichische Interesse wahrender langfristiger Ausgleich mit Ungarn abzuschließen, falls dies nicht möglich, unter Errichtung einer Zollgrenze die Politik der freien Hand zu befolgen, 2. weitherzige Wirtschaftsverträge mit den Balkanstaaten und 3. ein inniges Wirtschaftsbündnis mit dem Deutschen Reiche zu vereinbaren.

Sicherung der Volksernährung.

Die große Bedeutung der heimischen Landwirtschaft nicht nur für die Volksernährung, sondern auch für die Wehrfähigkeit des Staates hat uns der Krieg greifbar vor Augen gestellt. Die Hebung der Produktionsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft gehört daher ohne Zweifel zu den unabweisbarsten Verpflichtungen gegenüber Volk und Staat. Dieser Aufgabe werden in erster Linie dienen:

1. Bekämpfung der Landflucht durch Ausdehnung und Anpassung des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung auf die landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten. 2. Ausbau und Anpassung des Schulwesens am flachen Lande an die Bedürfnisse der Landwirtschaft. 3. Bereitstellung neuer Ländereien für die Landwirtschaft durch umfassende Meliorationen und Verpflichtung der Eigenjagdbesitzer zu landwirtschaftlicher Produktion auf ihren Jagdgütern. 4. Verbot der Umlegung landwirtschaftlicher Betriebe in Jagdgüter. Strenge Maßnahmen gegen die Güterschlächterei und Vorkaufsrecht der Gemeinden bei Veräußerung landwirtschaftlichen Besitzes. — Der Sicherung der Volksernährung hätte ferners eine radikale Preispolitik zu dienen, deren unmittelbares Ziel der Abbau der Preise sein müßte.

Versorgung der Kriegsinvaliden, Witwen und Waisen.

Die geltenden Bestimmungen über die Militär- und Hinterbliebenenversorgung sind unzureichend. Der mehr als 40jährige Bestand des Gesetzes über die Militärversorgung beweist allein schon, daß seine Bestimmungen den heutigen wirtschaftlichen und sozialen

---

gezogen — so riet der Vorsitzende dem Kläger zu einem Vergleich von 500 Mark. M. wollte jedoch gar nichts zahlen, und so mußte Abweisung wegen sachlicher Unzuständigkeit erfolgen. S. sollte, wie die Verhandlung ergeben habe, nicht Angestellter, sondern Teilhaber der Aktiengesellschaft werden. Er müsse demhin seine Ansprüche gegen den Beklagten beim ordentlichen Gericht geltend machen.

Der Herr Kommerzienrat Netzermann wurde von der Bamberger Strafkammer des fortgesetzten Vergehens gegen den Verkehr mit Malzkontingenten und verbotenem Malzhandels schuldig befunden und zu 4 Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 716.000 Mark verurteilt. Die Geldstrafe wird im Nichteinbringungsfalle in ein Jahr Gefängnis umgewandelt.

Sportnachrichten.

Rennen zu Wien.

Mineralrennen. 4800 Kr. 1800 M. Bar. Uechtritz FH. Rothal (Janek) 2 : 02·7 (3, 1) 1., Gf Wenckheims dbr St. Szava II. (Szilagyi) (3, 42) 2., Barati menes br. W. Viki (Mate) (2½, 32) 3. Ne engedj (8, 105), Kedvencz (2½, 31). Tot. 46 : 10 (28 : 5), Platz 29, 19 : 10. Zweikronenraum 8.50 : 2 (21 : 5). Platz 10, 8.50 : 5.

Verkaufsrennen der Dreijährigen. 3700 Kr. 1000 M. Hrn. v. Szemeres FSt. May Queen (Varga) 1 : 07·8 (1½, 1) 1., Frau Neumanns br. H. Fallot (Janek) (3, 57) 2., Hrn. Münzer v. Münzbrücks br. H. Mozi (Basch) (3, 54) 3. Treue (5, 122), Vogelhupp (3, 32). Tot. 24 : 10 (12 : 5), Platz 15, 19 : 10. Zweikronenraum 5 : 2 (13.50 : 5), Platz 9, 9 : 5.

Fenekrennen. 12,200 Kr. 2000 M. Oreglaki menes 4j. FH. Proba (Varga) 2 : 12·5 (5 : 1) 1., Bar. Rothschilds 4j. FH. Sanskrit (Janek) (pari 17) 2., Hrn. Oeszis 4j. br. H. Bankar öcsese (Tausz) (12, 529) und Gf. Zichys 5j. FH. Prince (Pretzner) (3, 47) im toten Rennen 3. Nestor (5, 124), Boston (3, 67), Ormuzd (10, 251). Tot. 114 : 10 (42 : 5). Platz 14, 11, 19. 11 : 10. Zweikronenraum 16 : 2 (40 : 5), Platz 6, 5.50, 7, 5.50 : 5.

Aprilrennen. 6500 Kr. 1800 M. Zöldzeti menes

Das Präsidium der Elternratstag anberaumt. Die Leitung des österreichischen Elternratstags hat gestern der Presse folgende Mitteilung zugehen lassen: Die tatsächlichen österreichischen Elternräte haben sich bereits für den 6. und 7. Mai 1916 für die ungehemmte Fortdauer der Erfüllung und des Bestandes der Elternfabrikate angesprochen, um damit die möglichste Steigerung der Produktion anzuregen. Sie haben nunmehr beschlossen, den mit dem Jahre 1917 ohnehin ablaufenden Kartellvertrag formell fest schon gänzlich aufzulösen. Es soll lediglich das Abrechnungsbureau für kaufliche Zwecke bestehen bleiben, um — dem

Neues Wiener Tagblatt
25/IV. 1917

Im Zeichen des Reichsrates.

Der Deutsche Nationalverband hat das zeitgemäße Schlußwort zur Neuorientierung der inneren Politik gesprochen. Und zwar im Zeichen des Reichsrates, des Konstitutionalismus. Wir sagen ausdrücklich, daß sein Schlußwort ein zeitgemäßes sei, denn es trägt den Bedürfnissen der Tage, die wir leben, Rechnung. Was von einigen Seiten als Krise bezeichnet wurde, das erscheint nun beigelegt; die deutschen Minister, die demissionierten, verbleiben im Amte, und alle Aufmerksamkeit, alle Spannung und alles Interesse wendet sich nun den Vorbereitungen für die Reichsratstagung und den Arbeiten zu, die die Volksvertretung zu leisten hat, der Session, der nach dem Ausspruch des Kaisers den deutschen Parteiführern gegenüber im gegenwärtigen Augenblick eine außerordentliche Bedeutung zukommt.

Einsichtige Politiker können sich eben der Wucht der Tatsachen nicht entziehen. Das ist im gleichen Maße erklärlich und anerkennenswert. Der gesunde Menschenverstand, der gewiß doch auch in der Politik maßgebendste Stimme haben muß, lehrt jeden, der sich der Einsicht nicht eigensinnig verschließt, daß die größeren Gesichtspunkte immer den Vorrang haben müssen, wenn auch damit, wenigstens für den Moment und für die nächstfolgende Zeit, Hoffnungen sich mit dem Zuwarten begnügen müssen, die man bereits rasch als gereifte Früchte begrüßen wollte.

Der einsichtige Parteimann, der mit der löblichsten Entschiedenheit für sein Programm eintritt und es verteidigt gegen jede Kränkung oder Schädigung, weiß zu beurteilen, wenn Wandlungen in den Regierungsmaßnahmen nicht Angriffe gegen die Politik seiner Partei darstellen. Der Deutsche Nationalverband konnte sich nicht der Ueberzeugung verschließen, daß die Neuorientierung der Politik des Grafen Clam-Martinitz der Notwendigkeit entsprang, die unerläßliche und unabwendbare Schlüsse aus bedeutsam geänderten Verhältnissen zog, die jeder Ingerenz der Regierung vollständig unzugänglich sind. Der Weltlage und der Friedensfrage mußte sich die Maxime in der inneren Politik unterordnen; gerade ein Kabinettschef, wie Graf Clam, von dessen Prinzipientreue sein Wirken im Herrenhause beredtes Zeugnis ablegte, war eine persönliche Bürgschaft, daß die neue Trasse keine Abkehr von seinem Programm, sondern eben nur ein neuer Weg sei, vorgezeichnet von Gewalten und Erwägungen, denen jeder Bürger, der die Beilegung des furchtbaren Weltkrieges ersehnt, willig gehorcht.

Dem Deutschen Nationalverband gebührt der aufrichtige Dank des Parlaments, dem er den freien und zugleich einen stolzen Weg eröffnet; denn er will bestrebt sein, die Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses sicherzustellen. Die Regierung und der Deutsche Nationalverband opfern in gleichem Maße den größeren Aufgaben, den höchsten Zielen. Die Erwartung ist berechtigt, daß die große Zeit ein selbstbewußtes und pflichteifriges Parlament findet.

Reichspost Abendbl.
25./IV. 1917
123

Dem Reichsrat entgegen!

Die gestrigen Beschlüsse der deutschen Parteien.

Da durch die gestrigen Beschlüsse des Vorstandes der Christlichsozialen Vereinigung deutscher Abgeordneter sowie des Deutschen Nationalverbandes den beiden Vertrauensmännern der letztgenannten Gruppe das Verbleiben im Kabinett ermöglicht wurde, wird allgemein die Krise als beseitigt betrachtet, so daß nunmehr die Regierung durch die staatskluge und maßvolle Haltung der beiden bürgerlichen deutschen Parteien in die Lage versetzt ist, sich ohne Hemmungen ganz der Vorbereitung einer fruchtbaren Tagung des Reichsrats zu widmen. Die Christlichsozialen heben in ihrer Entschließung nicht nur ihre Bereitwilligkeit, sondern auch ihren Wunsch, an diesen Vorbereitungen mitzuwirken, nachdrücklich hervor.

Obwohl die Krise im polnischen Landsmannministerium noch nicht beigelegt ist, herrscht doch die Ansicht vor, daß der Polenklub nicht nach dem Ruhme geizen dürfte, jetzt als die einzige Parlamentsgruppe zu erscheinen, von der noch zeitraubende Störungen ausgehen. Auch die deutschen Parteien hatten bestimmte Wünsche bezüglich der galizischen Frage, aber sie trugen der Tatsache, daß das galizische Problem, solange noch ein Teil des Landes vom Feinde besetzt ist und der Friede noch nicht feste Verhältnisse geschaffen hat, überhaupt nicht spruchreif ist, bereitwillig Rechnung. Da außerdem die parlamentarische Vertretung des ukrainischen Teiles der Bevölkerung Galiziens, wie sie neuerlich feststellt, in der Frage der künftigen Ordnung Galiziens dem Standpunkt der Polen entgegengesetzte Wünsche hat und entweder die Teilung des Kronlandes fordert oder aber für ein ungeteiltes Galizien jede Erweiterung der Autonomie bis zu einem „Ausgleich von Volk zu Volk" bekämpft, kann die Regierung, schon mit Rücksicht auf die vor allem sicherzustellende Arbeitsfähigkeit des Parlaments, sich in der galizischen Frage unmöglich einseitig die Hände binden lassen. Die erfahrenen Führer des Polenklubs, der bisher im Rufe stand, stets eine Politik des augenblicklich Möglichen zu treiben, dürften also wohl auch diesmal nicht daran denken, den Bogen zu überspannen; und so dürfte die polnische Krise ehestens den gleichen Weg nehmen, den die Krise der beiden Nationalverbandsminister bereits zurückgelegt hat.

Auffallend ist die gedämpfte Stimmung, in der das sozialdemokratische Hauptorgan die von den bürgerlichen deutschen Parteien in Angriff genommene Freilegung der Bahn zum Reichsrat bespricht. Es verhöhnt die Nationalverbändler wegen ihres gestrigen Beschlusses als „biegsam" und stellt die Minister Baernreither und Urban als Streber hin; da seien die Polen, die noch Schwierigkeiten machen, andere Leute. Solange die beiden Minister Rücktrittsneigungen und die deutschen Parteien geringere „Biegsamkeit" zeigten, wurden sie im nämlichen sozialdemokratischen Organ — und in den verwandten liberalen Blättern — als heute Parlamentsfeinde geschildert, während der noch andauernden Unbeugsamkeit des Polenklubs liebevolle Begründungen und Anerkennungen gewidmet werden. Es dürfte also an der sozialdemokratischen Begeisterung für den Reichsrat irgendetwas nicht ganz echt sein. Das sozialdemokratische Hauptorgan führt schließlich unter Hinweis auf die „allgemeine Bejahung des Staates" — also nicht mehr „Kadaver"!? — der Regierung ihre Pflicht zu Geschicklichkeit, Hingebung und Eifer vor Augen sowie zur Ueberlegung, ob sie, „wie sie besteht, diesen Ansprüchen auch genügt." Dies scheint auf Wünsche der sozialdemokratischen Partei nach einer Umgestaltung des Kabinetts hinzudeuten. Wir wissen nicht, ob in dieser Hinsicht irgend etwas geplant ist, aber als während der ersten Tage der nun überwundenen Krise der in manchen parlamentarischen Kreisen allezeit populäre Gedanke eines Koalitionskabinetts aufblitzte, wurde von mehreren Seiten — und wie uns dünkt, mit vollem Recht — hervorgehoben, daß wenigstens in einem solchen Falle auf die Teilnahme und Mitverantwortung der Sozialdemokratie nicht verzichtet werden dürfe. In der Tat haben die Sozialdemokraten in allen Verbandsstaaten den Regierungen, Präsidenten und Königen ihre Dienste als Minister zur Verfügung gestellt, und es ist nicht anzunehmen, daß den Führern unserer Sozialdemokratie nicht möglich sein sollte, was den Vandervelde, Henderson, Bissolati und Genossen keinerlei Bedenken verursachte. Es würde sich dann zwar die Welt — man hat es in den Verbandsländern erlebt — nicht mit einem Schlage in ein Paradies verwandeln, wenn aus den unverantwortlichen Kritikern verantwortliche Exzellenzen würden, aber schon das Sichtbarwerden dessen, was ja ohnehin ist, wäre, wie wir glauben, ein gewisser Vorteil. Der Gedanke eines Koalitionskabinetts ist erfreulicherweise, da die partielle Ministerkurse behoben wurde, gegenstandslos geworden, aber der sozialdemokratische Wunsch nach Personaländerungen im Kabinett scheint fortzubestehen. Von unserem Standpunkt aus ist grundsätzlich gegen eine Berücksichtigung des schüchternen Aufnahmebegehrens nichts einzuwenden.

•

Die Gruppe der deutschen Agrarpartei des Nationalverbandes gab gestern in einer Entschließung dem Wunsche nach einer endgültigen Besetzung Ackerbauportefeuilles Ausdruck, da der Ministerpräsident, der die Verwaltung dieses Ressorts vom Kabinett Koerber her provisorisch beibehalten hat, mit Aufgaben aller Art überlastet sei und dem Ackerbauressort nicht, wie es notwendig wäre, seine ganze Kraft widmen könne. Es wurde angeregt, wenigstens einen verantwortlichen Leiter aus der Reihe der höheren Beamten zu bestellen.

Wie wir hiezu erfahren, wird die Zweckmäßigkeit der Erfüllung dieses Wunsches erwogen; es käme bejahenden Falles für den Posten in erster Linie ein vielgenannter hoher Verwaltungsbeamter in Betracht, der an der Abfassung der vielbesprochenen neuen kaiserlichen Verordnung gegen Kettenhandel und Preistreiberei hervorragend mitgewirkt und dabei tiefes Verständnis für die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Gegenwart bekundet hat.

Die Zeit
K. k. Bezirksschulrat Wien.

26/IV. 1917

Ein Schritt weiter.

In dem Organ unseres Ministeriums des Aeußern erscheint ein hochoffiziöser Artikel, der auf eine Frage Antwort gibt, die im Anschluß an die kürzlich in Berlin stattgefundene Konferenz deutscher, österreichischer und ungarischer Sozialdemokraten von einer Berliner sozialdemokratischen Korrespondenz an die deutsche Regierung gestellt wurde, die Frage nämlich, ob sie „die Formel der russischen Arbeiterklasse annimmt und sich ausdrücklich zu einem Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen grundsätzlich bereit erklärt". Unsere Regierung hat, obwohl sie nicht auch von dem Berliner Organ ausdrücklich gefragt worden war, gut daran getan, zu antworten. Man versteht, daß es sich ihr nicht darum gehandelt hat, irgend jemandem auf eine Frage dienstwillig eine Antwort zu geben, sondern daß sie nur eine ihr passend erscheinende Gelegenheit benützt hat, um etwas öffentlich zu sagen, was ihr in dieser Zeit wichtig erscheint, und das ist, „daß unsere Monarchie absolut keine aggressiven Pläne gegen Rußland hat und auch nicht beabsichtigt, ihr Gebiet auf dessen Kosten zu erweitern". Das ist ein erfreulicher weiterer Schritt nach vorn auf dem Wege zur Verständigung, den unsere Regierung seit einiger Zeit mit unverkennbarer Entschlossenheit betreten hat. Er ist wohlgetan.

Freilich, was die Berliner sozialdemokratische Korrespondenz, beziehungsweise die Petersburger Arbeiter- und Soldatendeputierten gefordert haben, ist das noch nicht ganz. Denn diese wollten einen Verzicht auf Annexionen nicht bloß gegenüber Rußland, sondern im allgemeinen, und auch einen Verzicht auf Kriegsentschädigungen, und diese Verzichte — wohlgemerkt — in amtlicher Form, so wie die russische provisorische Regierung ihre Verzichte in amtlicher Form ausgesprochen hatte. Was aber heute von unserer Regierung vorliegt, ist nicht eine amtliche Kundgebung — ein noch so hochoffiziöser Artikel kann eine solche nicht ersetzen —, und es ist auch nicht ein so umfassende Verzicht, wie ihn die Russen geleistet haben, sondern nur ein partieller, auf Annexionen gegenüber Rußland. Alles andere — Annexionen gegenüber anderen Staaten und Kriegsentschädigungen — wird offen gelassen.

Dem russischen Verlangen entspricht also die Kundgebung unserer Regierung nicht ganz. Will man sie aber gerecht beurteilen, wird man sie nicht mit den in einem Sprung so weit gesteckten Zielen der russischen Revolution, sondern mit dem Vorgehen der mit uns verbündeten deutschen Regierung vergleichen müssen. Einen Tag vor dem Grafen Czernin hat Herr v. Bethmann Hollweg in seinem offiziösen Organ, in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, auf die Frage, die doch eigentlich nur an ihn gestellt worden war, geantwortet. Es ist interessant, sich daran zu erinnern, wie. Das Kanzlerorgan hat es da vor allem im Namen der Regierung rundweg abgelehnt, gegenwärtig überhaupt weitere — es seien nun amtliche oder bloß offiziöse — Erklärungen abzugeben. Das Kanzlerorgan übergeht mit völligem Stillschweigen die amtlichen russischen Verzichte, die doch der einzige Ausgangspunkt der ganzen Friedensdiskussion der letzten Tage waren, und verweilt um so ausschließlicher bei einigen überspannten Kriegszielforderungen englischer und französischer Zeitungen, die weder amtlichen noch offiziösen Charakter besitzen, sondern bekannte Chauvinistenblätter äußerster Observanz sind. „Glauben — ruft dann das Kanzlerorgan aus — die deutschen Sozialdemokraten, gegen diese Ideen unserer Feinde im Westen durch ihre Formulierungen aufzukommen? Sie werden Enttäuschungen erleben." So läßt der Reichskanzler den deutschen Sozialdemokraten antworten, und seine Stimme wird übertönt von dem heiseren Geschrei der Alldeutschen im Lande, die jetzt, gerade jetzt wieder, stürmischer als seit langem schon, den „deutschen Frieden" verlangen, mit Annexionen ohne Zahl im Osten, im Westen und im Kolonialgebiet und mehreren hundert Milliarden Kriegsentschädigungen.

Graf Czernin ist unbeirrt um einen, wenn auch zunächst kleinen Schritt auf der Bahn weiter gegangen, die er in seinen früheren Kundgebungen unter Zustimmung der deutschen Regierung betreten hat, um der „nutzlosen Menschenschlächterei", wie sein Organ die Fortführung des Krieges treffend kennzeichnet, ein Ende zu machen. Es ist kein Zeichen von Schwäche, wenn ein Staatsmann den Mut hat, sich zu seinem gesunden Menschenverstand öffentlich zu bekennen.

Arbeiterzeitung
26./IV. 1917

Der Reichsrat wird einberufen!

Der Reichsrat wird für den 30. Mai einberufen. Endlich, nach mehr als vier Monaten des Schwankens und Zögerns, sagt die Regierung darüber ein offenes Wort, und wenn sie auch immer noch den zweideutigen Vorbehalt macht, daß sie beschlossen habe, die Einberufung „in Aussicht zu nehmen", so ist da ein Zurück natürlich ausgeschlossen: der Reichsrat *muß* einberufen werden. Mit Genugtuung verzeichnen wir es. Denn in diesen drei Jahren, da der Reichsrat eingescharrt war und kein Auferstehen mehr möglich schien, haben wir für das Recht des Parlaments unausgesetzt gekämpft. Als der Reichsrat für die feilen Skribenten und Politiker, die allimmer den Mantel nach dem Winde drehen, nur ein Gegenstand des Hohnes war und jeder Gassenbube der Politik über die Volksvertretung seine Späße machte — man müßte und wird alle diese Dokumente der Verlotterung des bürgerlichen Geistes wohl sammeln —, da blieben wir Sozialdemokraten fast allein dem Parlamente treu, und wenn es sich nun aus dem Staube erhebt, in den es, unter dem Beifall der charakterlosen Nationalisten, eine gewissenlose Regierung gestürzt hatte, so können wir darin eine Wendung begrüßen, an der das sozialdemokratische Ausharren den größten Anteil hat. Vieles wäre anders gegangen und geworden, Unermeßliches wäre nicht versäumt worden, wenn der Mut, den Reichsrat sofort bei Kriegsausbruch einzuberufen und ihn unentwegt festzuhalten, nicht gefehlt hätte. So wie der Reichsrat am 30. Mai 1917 zusammenkommt, konnte er jeden Tag in den drei Kriegsjahren zusammentreten; nie stand ihm mehr am Wege als jetzt. Nur eine erbärmliche Verlogenheit hat immer unbesiegbare Schwierigkeiten vorgeschützt — Schwierigkeiten, die, weil aus dem Wesen des Nationalitätenstaates erfließend, immer sind und sein werden und die eben bewältigt werden *müssen*. Rückschauend stellt sich die Ausschaltung des Parlaments als ein wahres Verbrechen, als Hochverrat an Staat und Volk dar, und alle, die an ihr mitschuldig waren, wird das Urteil der Geschichte mit Wucht und Schärfe treffen.

Die Regierung ergänzt die Mitteilung mit einer Art von Programm, von dem man nur fordern kann, daß es die Regierung *ernst* nehme, daß es nicht bloße Augenblicks- oder Verlegenheitsphrasen bleiben, sondern daß hinter ihm der ernste Wille der Regierung stehen müsse. Die Regierung denkt an einen weitausgreifenden „Arbeitsplan", für den sie das Einvernehmen der Parteien herstellen will; sie gedenkt auch die Lösung der streitigen nationalen Fragen „mit Nachdruck" zu betreiben. Soweit es Dinge sind, die dem Reichsrat anheimfallen, wird die Regierung „mit den Parteien und Gruppen des Reichsrates" „Fühlung nehmen" und „kommendenfalls" (an übermäßiger Bestimmtheit leidet das Programm gerade nicht) dem Reichsrat Vorlagen unterbreiten. Bei den böhmischen Dingen wird sich die Regierung „der Mitwirkung erprobter und bewanderter Männer bedienen", was wohl besagen soll, daß sie sich bemühen will, über die Lösung ein Einvernehmen der beiden Nationen herzustellen, wonach die Form dann, in der die Ordnung gesetzt werden soll, eine Frage zweiten Ranges wäre. In der galizischen Sonderstellung scheint die Regierung noch ganz ratlos zu sein: die Bemerkung, sie werde sich für die Verwirklichung „mit vollem Ernste einsetzen", ist inhaltsloser, als es angesichts des Gewichtes der ganzen Frage erlaubt scheint. Aber der Schwerpunkt liegt ja nicht in den sich zwischen allen möglichen Ansprüchen durchschlängelnden Programmen, sondern, deutlich gesagt, in diesem: ob es erstens die Regierung mit dem Reichsrat *ehrlich meint* und ob sie zweitens die Fähigkeit hat, das Parlament, das es ja, nach der Verwüstung dreier Jahre, auch nicht leicht hat, *zu meistern*. Rechtschaffener Wille zum Parlament ist das erste und wichtigste Erfordernis, und eine Regierung, die [illegible] schlossen ist, mit [illegible]

[illegible] Entschluß schon geglückt. Denn das Verderblichste sind die Regierungen, die vorweg an den § 14 denken, mit ihm drohen, sozusagen innerlich mit ihm operieren; diese Unehrlichkeit, Untreue der Regierungen war es, die das Parlament ganz eigentlich heruntergebracht hat. Das zweite ist natürlich: Fähigkeit, Geduld, Hingebung, Ausdauer; diese Tugenden, die so selbstverständlich und doch so selten sind, die vermögen alle Schwierigkeiten zu überwinden und über alle Fährlichkeiten siegreich zu bleiben. Hoffentlich ist der Wille gut und das Talent stellt sich ein.

Die Regierung verheißt auch als sozusagen politische Neuorientierung den Abbau der politischen Zensur. *Aber da ist noch weit mehr abzubauen*, und darüber wird der Regierung schon rechtzeitig reiner Wein eingeschenkt werden.

26./IV. 1917

126

Die Obmannwahl in der Herrenhaus-Rechten

Die Denkrede des Grafen Silva-Tarouca.

Gestern vormittags fanden sich die Mitglieder der Rechten des Herrenhauses in beträchtlicher Anzahl zusammen, um, wie bereits gemeldet, die bereits für den 20. Februar d. J. anberaumte und dann vertagte Wahl des Obmannes an Stelle des Grafen Heinrich Clam-Martinic vorzunehmen. Gemäß dem gestrigen Beschlusse des Vollzugsausschusses wurde Graf Silva-Tarouca gewählt. Zwölf Stimmen waren leer. Der neue Obmann dankte für das ihm von der Partei dargebrachte Vertrauen und versprach, sich dessen stets wert erweisen zu wollen. Er gedachte der hervorragenden Herrschertugenden weiland Kaiser Franz Joseph und hob hervor, daß Kaiser Karl außer vielen schönen Eigenschaften von seinem Großoheim auf dem Throne auch dessen ganz bewunderungswürdige und allen voranleuchtende Arbeitsfreudigkeit geerbt habe. Was man vom jungen Monarchen gesehen und wahrgenommen hat, lasse die besten Hoffnungen auf dessen weitere Regierungszeit erhoffen. Der Obmann gedachte sodann seines Vorgängers in der Funktion des Führers der Rechten, des Fürsten Franz Thun und sagte von ihm, daß das Leben dieses Staatsmanne bis zum letzten Augenblicke durch Arbeit für den Staat ausgefüllt war.

Graf Silva-Tarouca besprach hierauf die besondere Stellung der Partei im Herrenhause selbst und in der Politik Oesterreichs überhaupt. In ihrem Lager wäre ganz Oesterreich und sie böte, Deutsche, Czechen, Polen, Slovenen und Kroaten vereinigend ein Abbild des Staates. Darum käme ihr auch eine große Bedeutung zu.

Es wurde beschlossen, demnächst eine Vollberatung über die politische Lage abzuhalten.

Vor der Sitzung der Rechten hielten deren Mitglieder Dr. Friedrich Prinz Schwarzenberg, Prinz Ferdinand Lobkowitz, Dr. Friedrich Prinz Lobkowitz, Ritter v. Wohanka, Dr. R. v. Mettal, Hofrat Professor Doktor Goll, Minister a. D. Dr. Zaczek, Hofrat Professor Dr. Hlava, Abt Franz Barina, v. Krizek, Geheimer Rat Dr. Mattus eine Besprechung ab.

Frankfurter Zeitung
26./IV.1917

26
127

Das Programm der österreichischen Regierung.

Wien, 25. April. (W. B.) Meldung des Wiener Corr. Bur. Die Regierung hat beschlossen, die Einberufung des Reichsrates für den 30. Mai in Aussicht zu nehmen und ihn vor allem mit der Ernährungsfrage und wirtschaftlichen, mit dem Kriege zusammenhängenden und anderen, insbesondere auch sozialen und staatsfinanziellen Fragen zu befassen. Die Regierung beabsichtigt, nicht nur für die bevorstehende Tagung, sondern auch für die weitere Tätigkeit dem Reichsrat einen bestimmten Arbeitsplan vorzulegen, sich in der Zwischenzeit darüber mit den Parteien ins Einvernehmen zu setzen und zugleich den Abbau der politischen Zensur einzuleiten. Die Regierung erwartet, daß sie im Parlament Unterstützung für ihr Bestreben finden wird in einer Zeit der höchsten politischen Spannung und der größten Anstrengung der Staats- und Volkskräfte, nicht nur das für die Gegenwart Notwendige zu schaffen, sondern auch für die Zukunft die Grundlage für ein einträchtiges Zusammenleben der Völker Oesterreichs herzustellen. Die Regierung hält unverrückt an den Zielen fest, die sie sich gesetzt hat, insbesondere an einer den Bedürfnissen des Staates und seiner Verwaltung Rechnung tragenden Regelung der sprachlichen Verhältnisse, sowie an der Ordnung des Sprachengebrauchs und der Einführung entsprechender Verwaltungseinrichtungen in den Ländern, soweit sich dies als notwendig darstellt. Die Regierung wird diese Angelegenheiten in ihrem Zusammenhang mit Nachdruck unverzüglich verfolgen. Bezüglich der Angelegenheiten, die in den Wirkungskreis des Reichsrats fallen wird die Regierung mit den Parteien und Gruppen des Reichsrats über die Grundlagen der weiteren Behandlung Fühlung nehmen, kommenden Falles diesbezügliche Vorlagen dem Reichsrat unterbreiten. Was jene Angelegenheiten anbelangt, die sich auf die Ordnung im Königreiche Böhmen beziehen, so hat das kaiserliche Handschreiben vom 26. Juli 1913 in Aussicht genommen, daß die Regierung sich zur Sicherstellung der Grundlagen dieser Ordnung des Rates und der Mitwirkung erprobter und bewanderter Männer bedienen werde, um darnach die notwendigen Maßregeln treffen zu können. Die gegenwärtige Regierung, die nach wie vor solche Maßregeln als ein dringendes unaufschiebbares Bedürfnis des staatlichen Lebens ansieht, wird den Intentionen des kaiserlichen Handschreibens gemäß vorgehen. Für die Verwirklichung des Inhaltes des kaiserlichen Handschreibens vom 4. November 1916 betreffend das Königreich Galizien, wird sich die Regierung mit vollem Ernste einsetzen, dabei selbstverständlich bemüht sein, eine Annäherung der beiden das Land bewohnenden Völker zu erzielen.

Neues Wiener Tagblatt
26./IV. 1917

Neuland.

Vom Abg. Dr. **Otto Steinwender.**

Für den Politiker ist es leichter, in der Bevölkerung Stimmungen hervorzurufen als zu beseitigen, besonders dann, wenn es Verstimmungen sind. Unsre Bevölkerung hatte darauf gerechnet, daß der lange Kampf um die Staatssprache und um die Stellung unsrer Stammesgenossen in Böhmen vor dem entscheidenden Ende stehe, und eine Gewähr für diese Hoffnung hatte sie in der Berufung zweier deutscher Parteiminister in den Rat der Krone gesehen. Nunmehr ist zwar das Ziel nicht aufgegeben, aber der bequeme Weg ist versperrt. Die Verstimmung darüber ist begreiflich, und hätte man ihr gefolgt, so wären die deutschen Minister zum Rücktritt aufgefordert worden. Aber wir Abgeordnete sind des Verständnisses bei unsrer Wählerschaft sicher, wenn wir nicht Stimmungspolitik, sondern Realpolitik getrieben und das Verbleiben unsrer Vertrauensmänner auf ihrem Vertrauensposten als wünschenswert bezeichnet haben. Mit einem andern Beschluß hätten wir einen leichten Augenblickserfolg gegen eine dauernde Schädigung der nationalen und politischen Stellung unsres Volkes eingetauscht. Dazu waren wir nicht zu haben. Wir haben uns unsern Schritt wohl überlegt, und der Erfolg wird uns recht geben.

Allerdings nur dann, wenn wir den Weg einer zielbewußten Realpolitik einmütig und entschlossen weiter verfolgen. In wenigen Wochen öffnen sich die Tore des Parlaments, die durch drei Jahre geschlossen waren. Wenn wir durch sie einziehen in die lange verödeten Hallen, müssen wir alle Erinnerungen an alte Gegnerschaften und an eigene Unzulänglichkeit, müssen wir Vorwürfe und Zweifel draußen lassen. Die Frage, ob es denn im Reichsrat vorwärtsgehen wird, darf gar nicht aufgeworfen werden, es handelt sich nur um das Wie. Und die Lösung der Frage, wie die Arbeit anzupacken sein wird, ist in erster Linie unsre Sache, denn unser ist das Recht der Erstgeburt, das niemand ausschließt, das uns aber die Pflicht auferlegt, voranzugehen, nicht gegen, sondern mit den andern. Die Zeiten, in denen wir warten und die Ereignisse an uns herantreten lassen konnten, liegen für immer hinter uns und vor uns in einer Größe ohnegleichen die Aufgaben einer neuen Zukunft.

Unser aller Sehnsucht ist ein ehrenvoller und dauerhafter Friede. Die Heere und die Herrscher werden ihn bringen, aber einen Anteil daran wird auch unser Parlament haben, einen bescheidenen, aber vielleicht keinen unwesentlichen. Wenn es vor der Welt dasteht einig und geschlossen, opfermutig und zukunftssicher, dann ist es seiner Wirkung sicher auf das eigene Volk, aber auch auf die Feinde, die mit unsrer Zerfahrenheit gerechnet haben. Unserm eigenen Volke, das so Uebermenschliches geleistet und getragen, unserm Volke von Helden der Waffen, der Arbeit und der Opfer sind wir schuldig, einen Anblick zu bieten, der dieser Größe nicht ganz unwürdig ist. Alles, worüber gestritten wurde durch Jahre und Jahrzehnte, hat zurückzutreten vor dem, was alle einigen soll in dem großen Gedanken des Vaterlandes.

Aber auch der Friede, wenn er einmal gekommen sein wird, darf uns nicht in das alte Elend kleinlichen Zwistes zurückfallen sehen, denn dann beginnt erst recht für unser Parlament eine Zeit ganz neuer Arbeit. Wohl wird es über den Neubau des Staates und der Gesellschaft verschiedene Meinungen, und es wird einen Widerstreit der Auffassungen und der Interessen geben; aber mit den alten Parteien hat dieser Widerstreit nichts zu tun. Was der starke Staat der Zukunft braucht, was die Volkskraft braucht, um sich wieder zu erholen und zu neuer Blüte zu gedeihen, das alles ist so gewaltig und neuartig, daß keiner der alten Maßstäbe mehr gilt. Nicht an diese oder jene Partei und nicht an bestimmte Nationalitäten, sondern an alle lebendigen Kräfte wird der Appell ergehen zu neuer Arbeit, und wir Deutsche in Oesterreich sind bereit, ihm zu folgen.

Das Vaterland ruft. Der alte Heimatboden ist es und Neuland zugleich.

Neues Wiener Journal

Vossische Zeitung 27./IV. 1917

Klärung in Oesterreich.

Graf Clam-Martinitz hat eine glückliche Hand. Innerhalb weniger Tage ist es ihm gelungen, den Sturm zu beschwören, den bei Deutschen und Polen sein jäher Programmwechsel entfesselt hatte, und eine Verständigung zu erzielen, deren Besiegelung in der im gestrigen Morgenblatt veröffentlichten Regierungserklärung zu erblicken ist. Der Ministerpräsident befand sich bei den Verhandlungen mit den deutschen Parteien und den Polen allerdings sachlich insofern in einer vorteilhaften Stellung, als er sich auf die Gebote der äußeren Politik berufen konnte und an der allgemeinen Volksstimmung in Oesterreich einen Rückhalt hatte, die vor allem anderen die Vermeidung jeder Maßregel verlangt, durch welche die Möglichkeit, zum Frieden zu gelangen, abgeschwächt werden könnte. Dagegen war persönlich seine Stellung sehr heikel; er hatte bestimmte Zusagen gemacht, die einzulösen er nicht vermochte; bestanden Deutsche und Polen auf ihrem Schein, dann mußte Graf Clam, der nicht nur Staatsmann, sondern auch Kavalier ist, zurücktreten. Er darf es als einen ebenso großen persönlichen wie sachlichen Erfolg betrachten, daß seine Gläubiger sich ohne allzulanges Sträuben dazu verstanden, ihn insoweit aus dem Wort zu lassen, daß sie auf die sofortige Erfüllung seiner Zusagen verzichteten und ihm eine sogar ziemlich unbestimmte Fristerstreckung gewährten.

Mehr noch als eine Fristerstreckung. Die Deutschen verzichten, wenigstens so weit die Zuständigkeit des Reichsrats in Betracht kommt, auf jede Oktroyierung, sie verzichten vor allem auf die Einführung der deutschen Staatssprache im Wege der Verordnung und zeigen sich damit einverstanden, daß sie auf dem Wege der verfassungsmäßigen Gesetzgebung erfolgen soll. Damit entlasten sie den Grafen Clam-Martinitz von der alleinigen persönlichen Haftung für die Einlösung seiner Zusage, die nun zum guten Teil in die Hand des Parlaments gegeben ist. Stillschweigende Voraussetzung ist dabei allerdings, daß die Regierung, falls es ihr nicht gelingen sollte, diese von ihr ausdrücklich anerkannte Staatsnotwendigkeit auf parlamentarischem Wege durchzusetzen, sich jener Vollmachten bedienen wird, welche der bekannte § 14 ihr für solche Notfälle bietet. Eine andere Forderung der Deutschen, deren Erfüllung Graf Clam zugesichert hat, die neue Kreisordnung für Böhmen, gehört nicht zu den Zuständigkeiten des Reichsrats, sondern zu denen des böhmischen Landtags. Diese Körperschaft ist seit Jahren bis zur völligen Regungslosigkeit gelähmt, und es ist sehr zweifelhaft, ob dieser Zustand sich in absehbarer Zeit ändern kann. Daraus erklärt es sich, daß hinsichtlich der Kreisordnung, welche auch die Regierungskundgebung als „ein dringendes, unaufschiebbares Bedürfnis des staatlichen Lebens" bezeichnet, nicht ausdrücklich von einer parlamentarischen Erledigung gesprochen, sondern lediglich angekündigt wird, daß die Regierung „sich zur Sicherstellung der Grundlagen dieser Ordnung des Rates und der Mitwirkung erprobter und bewanderter Männer bedienen werde, um danach die notwendigen Maßnahmen treffen zu können". Beabsichtigt ist also wohl eine Befragung deutscher und tschechischer Parteimänner, vielleicht in der freilich schon etwas anrüchig gewordenen Form einer „Ausgleichskonferenz", weniger über den Grundsatz als über die technischen Einzelheiten der künftigen Kreisordnung, die dann dem ad hoc einzuberufenden Landtag zu Annahme oder Ablehnung vorgelegt und im Falle der Ablehnung durch kaiserliche Verordnung in Kraft gesetzt werden könnte.

Es ist ein Wechsel auf recht lange Sicht, den die Deutschen für die ursprüngliche Zusage des Grafen Clam-Martinitz eingetauscht haben, aber er darf als gut gelten, denn als Zahlungsbürge steht hinter dem Ministerpräsidenten die Krone; die entscheidende Wendung in der Krise im Sinne des Verbleibens des Grafen Clam an der Spitze der Regierung und der deutschen Parteiminister im Kabinett ist infolge der Unterredung des Kaisers Karl mit den deutschen Parteiführern und der sie befriedigenden Antwort des Kaisers auf die Ansprache ihres Wortführers, des Dr. Weiskirchner, eingetreten.

Gleich den Deutschen haben auch die Polen ihren Frieden mit dem Grafen Clam-Martinitz gemacht, auch sie haben auf die Oktroyierung der Bestimmungen über die Selbstverwaltung Galiziens verzichtet und sich mit der Ordnung dieser Frage auf dem parlamentarischen Wege einverstanden erklärt. Allerdings dürften sie dabei allerhand Hintergedanken haben. Denn wenn das, was in den letzten Tagen als das Programm der Polen gemeldet wurde, wirklich ihr Programm ist, dann wird sich wohl nie ein Reichsrat, aber auch wohl nie eine österreichische Regierung finden, die zu alledem Ja und Amen sagt. Dieses Programm beansprucht für Galizien schlechtweg alle Rechte. Zur Zuständigkeit des galizischen Landtages sollen gehören die Finanz-, Verkehrs-, Gewerbe- und Sanitätsangelegenheiten, die Gesetzgebung über das Heimatrecht, die Feststellung der Grundsätze über das Unterrichtswesen, die Straf-, Justiz- und Zivilgesetzgebung, die Gesetzgebung über Handels- und Bergrecht, die über Organisation der Gerichte und Verwaltungsbehörden sowie die über Preß-, Vereins- und Versammlungsrecht; sogar über die Einnahmen aus Monopolen, Kohle und Petroleum soll das Land verfügen und nur eine Quote dieser Einnahmen an das Reich abführen. Andererseits aber sollen vom galizischen Landtag entsandte Abgeordnete im österreichischen Reichsrat und in der österreichischen Delegation Sitz und Stimme haben. Das ist ein überreichlich gehäuftes Maß von Landesrechten, denen eigentlich nur ein einziges Recht des Reiches gegenübersteht: das zerstörte Galizien wieder aufzubauen. Man kann es verstehen, daß die Regierungserklärung sich über die galizische Frage sehr vorsichtig ausdrückt, wie es um so gebotener war, als die polnische Frage im allgemeinen, mit der die galizische mannigfache innere und äußere Zusammenhänge hat, noch in vollem Flusse ist und vorerst keiner weiß, was da noch werden mag.

H. B.

Reichspost Abend
27./IV. 1917
132

Wählerversammlungen.

Der christliche Wählerverein für den 9. Bezirk hielt am Donnerstag, den 19. d., in Fritz' Gastwirtschaft, Newaldgasse, eine gut besuchte Versammlung ab, der auch zahlreiche Mandatare beiwohnten. LAbg. Wolny beleuchtete in längerer Rede die Verhältnisse in Rußland und die Rückwirkung derselben auf unser Vaterland und kam dann auf die Ziele der christlichsozialen Partei zu sprechen, für die sie im Vereine mit den anderen bürgerlichen Parteien oder allein, wie in der Parlamentsfrage unentwegt eingetreten sei. Nach einer Erklärung über das zukünftige Proportionalwahlrecht und die Politik der liberalen und sozialdemokratischen Parteien schloß er seine Ausführungen mit den Worten: „Möge sich das Parlament, dessen Einberufung bevorsteht und auf dessen Arbeiten alle Völker Oesterreichs warten, der hohen und sittlichen Kraft bewußt werden, die seinen Arbeiten innewohnen soll. Möge es die schweren Fragen und Aufgaben, die uns alle betreffen, glücklich lösen und so den Grundstein zu einem neuen großen Oesterreich legen." Gemeinderat Partik beschäftigt sich sodann mit der Approvisionierung und wies auf die Mittel und Wege hin, durch welche die Produktion gehoben werden könnte. Er geißelte an der Hand von Beispielen das dem Vaterlande und dem Volke verderbliche Streben der Kriegsverdiener, möglichst viel Land in Jagdgut umzuwandeln. So wurde ein Groß-Hollenstein von dem Herausgeber einer Wiener Zeitung 36 Bauernwirtschaften angekauft und seinem Jagdgute einverleibt. In Steiermark wurden in den Jahren 1903 bis 1912 laut Ausweis des statistischen Amtes in Graz 55.103 Hektar Land für Jagdzwecke umgewandelt. Dadurch werden dem Volke wichtige Nahrungsprodukte entzogen und durch das Vergnügen einzelner der Kampf des Vaterlandes erschwert. Redner schilderte hierauf die Ursachen der Milchknappheit in Wien, die hauptsächlich in den verschiedenen Höchstpreisen (Ungarn 54 Heller, Oesterreich 56 Heller) liegen. GR. Wolny trat sodann für eine tüchtige Ernährungspolitik und eine bessere Bewirtschaftung des Bodens ein. Reicher Beifall lohnte alle Ausführungen der einzelnen Redner.

Montag fand in Stephingers Gasthaus in Simmering eine vom Christlichsozialen Arbeiterverein einberufene gut besuchte Versammlung statt. RAbg. Dr. Mataja kam in seiner mit großem Beifall aufgenommenen Rede auch auf die Einberufung des Parlaments zu sprechen und führte aus: Wenn wir Christlichsozialen die sofortige Einberufung des Reichsrates verlangen, so tun wir dies mit guten Gründen. Wir hoffen zuversichtlich vom Reichsrate, daß er für die notwendigsten Bedürfnisse Sorge tragen wird. Durch die Einberufung des Parlaments wird auch manches besser werden, was uns heute drückt, z. B. die Zensur, die auf den Blättern unserer Partei in weit schwererem Maße lastet als auf den gegnerischen Zeitungen. Weiters hat es keine Begründung, die Person des Ministerpräsidenten vor jeden Angriffen in der Presse zu schützen. Gerade in diesen Zeiten sollte sachlich Kritik erlaubt sein, mit Recht fordern wir daher auch die Freigabe der Kritik gegenüber dem Ministerpräsidenten. Für den Bestand unseres alten, ehrwürdigen Kaiserreiches ist es gänzlich gleichgültig, ob Graf Clam-Martinic oder ein anderer Ministerpräsident ist. Als eine Volkspartei im wahrsten Sinne des Wortes müssen wir an so manchem, was von der Regierung verfügt wurde, Kritik üben und jede leiseste Kritik in einen weißen Fleck zu verwandeln, hat keinen Sinn. Reicher Beifall lohnte die glänzenden Ausführungen des Redners. Bezirksvorsteher Hirsch kennzeichnete in treffender Weise die Umtriebe der Gegner, um die Verdienste der derzeitigen Gemeindeverwaltung in der Oeffentlichkeit herabzusetzen. Und doch muß jeder objektiv Denkende zugeben, daß wir es nur der weisen Voraussicht unseres Kriegsbürgermeisters zu danken haben, daß es uns nicht noch schlechter geht. Daß wir jetzt keine Erdäpfel mehr erhalten, ist gewiß nicht die Schuld der Gemeindeverwaltung; wenn keine Erdäpfel nach Wien kommen, so kann die Gemeinde auch keine verkaufen. Wohl wurden der Gemeinde Wien aus Böhmen und Mähren eine größere Anzahl von Waggons mit Kartoffeln versprochen, doch sind bis jetzt herzlich wenig davon nach Wien gelangt. Redner besprach noch verschiedene Bezirksfragen, insbesondere die Tätigkeit der Frauenhilfskomitees im Bezirke, die Ausspeiseaktion sowie die Gründung des Rekonvaleszentenheimes im Brauhause für verwundete oder erkrankte Simmeringer Krieger worauf der Vorsitzende die schön verlaufene Versammlung mit der Aufforderung, an dem Ausbau der Organisationen und der Verbreitung der christlichen Presse zu arbeiten, schloß.

Die Zeit

Abendbl
27./IV. 1917

133

Der Wortlaut der kaiserlichen Handschreiben.

Die morgige „Wiener Zeitung" wird außer dem an der Spitze des Blattes veröffentlichten Handschreiben an den Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic noch folgende Handschreiben verlautbaren:

„Lieber Graf Clam-Martinic!

Ihrem Antrage entsprechend, habe Ich dem Ansuchen Meiner Minister Dr. Baernreither und Doktor Bobrzynski und Meines Handelsministers Doktor Urban um Enthebung vom Amte keine Folge gegeben. Meine an diese Minister gerichteten Handschreiben folgen mit.

Laxenburg, am 26. April 1917.

Karl m. p.

Clam-Martinic m. p."

„Lieber Dr. Baernreither!

Ich finde Mich nicht bestimmt, Ihrem Ansuchen um Enthebung von dem Amte Meines Ministers zu willfahren, und versichere Sie Meines fortdauernden Vertrauens.

Laxenburg, am 26. April 1917.

Karl m. p.

Clam-Martinic m. p."

„Lieber Dr. Bobrzynski!

Ich finde Mich nicht bestimmt, Ihrem Ansuchen um Enthebung von dem Amte Meines Ministers zu willfahren, und versichere Sie Meines fortdauernden Vertrauens.

Laxenburg, am 26. April 1917.

Karl m. p.

Clam-Martinic m. p."

„Lieber Dr. Urban!

Ich finde Mich nicht bestimmt, Ihrem Ansuchen um Enthebung von dem Amte Meines Handelsministers zu willfahren, und versichere Sie Meines fortdauernden Vertrauens.

Laxenburg, am 26. April 1917.

Karl m. p.

Clam-Martinic m. p."

Die Einberufung des Reichsrates auf den 30. Mai.

Verlautbarung des Einberufungspatentes und Versendung der Einladungen durch die Kanzleidirektionen.

Wien, 27. April.

Wie wir im Abendblatte mitgeteilt haben, wird morgen die „Wiener Zeitung" und das Reichsgesetzblatt das kaiserliche Patent vom 26. April, betreffend die Einberufung des Reichsrates auf den 30. Mai, verlautbaren.

Die Präsidien der beiden Häuser des Reichsrates wurden bereits heute mittag durch eine Zuschrift des Ministerpräsidenten von der Vollziehung des Patents verständigt.

Nach § 1 des Gesetzes vom 12. Mai 1873, R. G. Bl. Nr. 94, in betreff der Geschäftsordnung des Reichsrates haben sich die beiden Häuser des Reichsrates an dem in der kaiserlichen Einberufung festgesetzten Tage zu der durch ihre Kanzleien bekanntgegebenen Stunde in ihren Sitzungssälen zu versammeln.

Die Kanzleidirektion des Abgeordnetenhauses hat in Gemäßheit dieser gesetzlichen Bestimmung heute folgendes Schreiben an die Reichsratsabgeordneten versendet:

Se. k. u. k. Apostolische Majestät haben mit a. h. Patent vom 26. April 1917 den Reichsrat auf den 30. Mai 1917 in die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien allergnädigst einzuberufen geruht.

Zufolge der diesbezüglichen, an das Präsidium des Abgeordnetenhauses gerichteten Zuschrift Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten vom 27. April l. J., Z. 2382/M. P., beehrt sich die Kanzleidirektion des Abgeordnetenhauses auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 12. Mai 1873, R. G. Bl. Nr. 94, in betreff der Geschäftsordnung des Reichsrates, die Mitteilung zu machen, daß die Eröffnungssitzung des Abgeordnetenhauses Mittwoch den 30. Mai 1917, 11 Uhr vormittags, stattfinden wird.

Wien, am 27. April 1917.

Kanzleidirektion des Abgeordnetenhauses des Reichsrates."

Auch das Herrenhaus wird am 30. Mai seine Eröffnungssitzung halten.

Fremdenblatt

28./IV. 1917

Der Kaiser an den Grafen Clam-Martinic.

Der Kaiser hat das nachstehende Handschreiben erlassen:

Lieber Graf Clam-Martinic!

In ernster Zeit haben Sie, Meinem Rufe folgend, die Leitung Meiner österreichischen Regierung übernommen.

Seither sind Sie Mir mit Ihrem wertvollen Rate stets treu zur Seite gestanden.

In verständnisvollem Eingehen in Meine Bestrebungen haben Sie, unermüdlich sorgend um das Wohl Meiner schwer geprüften Völker, die schwierigen Verhältnisse zu mildern verstanden, die der Krieg geschaffen hat.

Bei dem uneingeschränkten Vertrauen, welches Ich Ihnen entgegenbringe, gereicht es Mir zur lebhaften Befriedigung, daß alle Mitglieder Meiner Regierung einmütig sind in dem Bestreben, die Kräfte des Reiches zusammenzufassen zum Wohle aller Meiner Völker.

Gestützt auf dieses Vertrauen, dessen Ich Sie und alle Mitglieder der unter Ihrer bewährten Leitung stehenden Regierung versichere, können Sie für Ihre von echt österreichischem Geiste getragenen Bemühungen um das Staatswohl auf Meine stete Unterstützung zählen.

Laxenburg, am 26. April 1917.

Karl m. p.

Clam-Martinic m. p.

Reichspost

28./IV. 1917

Freie Bahn.

Wien, am 27. April.

Der Reichsrat ist auf den 30. Mai einberufen, die eine Zeit lang der Regierung wegen der Aenderung ihres Programms drohende Krise, welche die Vorbereitungen für die Reichsratstagung gefährdete, ist beigelegt, eine feierliche kaiserliche Vertrauenskundgebung an die Mitglieder der Regierung, voran an ihr Haupt, setzt den Schlußpunkt hinter den Zwischenfällen, Ueberraschungen, Wirrungen und Wandlungen der jüngsten Zeit. Die bürgerlichen deutschen Parteien dürfen es sich als Verdienst buchen, daß sie es gewesen sind, deren politische Mäßigung aus dem Gestrüpp den Weg ins Freie bahnte. Es war in einer Stunde, welche die Klugheit und Leidenschaftslosigkeit der deutschen Parteien eben auf eine harte Probe stellte, von allerhöchster Stelle an die politische Einsicht und an den allezeit bewährten Staatssinn der Deutschen Oesterreichs appelliert worden und die beiden bürgerlichen deutschen Parteien zögerten nicht, durch ihre Beschlüsse das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Dem voranleuchtenden deutschen Beispiel folgte vorgestern der Polenklub, und damit waren die Wolken, die den Regierungshimmel bedenklich umdüstert hatten, vertrieben, der Weg zum Reichsrat freigelegt.

Wie in seiner ewig denkwürdigen Ansprache an die deutschen Parteiführer in Lazenburg, betont der Kaiser auch in dem Allerhöchsten Handschreiben, mit dem er den Grafen Clam-Martinic und sein Ministerium anläßlich der glücklichen Ueberwindung der Krise auszeichnet, kurz und markig das Werk, das es jetzt zu verrichten gilt: die Kraft des Reiches zusammenzufassen zum Wohle aller Völker, die es bewohnen, vor allem zur Milderung der schwierigen Verhältnisse, die der Krieg über die schwer geprüfte Bevölkerung Oesterreichs gebracht hat, sowie in echt österreichischem Geiste sich um das Staatswohl zu bemühen. Jawohl, dies ist die Aufgabe, die vor uns steht, das Gebot der Stunde für die Regierung wie für die Parteien, die Fahne, um die sich alles scharen kann und muß. Oesterreichisch denken, österreichisch handeln! Rücksicht nehmen auf die Erfordernisse der harten Gegenwart, dem, was das Volk fühlt und denkt, leidet und erstrebt, die Stimme und den helfenden Arm leihen, das Gemeinsame den vielen Sonderwünschen voranstellen, so wie es in ernster Zeit die Schweizer Eidgenossen auf die eindringlichen Mahnungen des schlichten Klausners von der Flühe hin zum Segen des Landes und aller seiner Stämme getan haben. Sammlung der Kräfte, viribus unitis! lautet der kaiserliche Ruf.

Noch ein Monat wird verstreichen bis zur ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses. Es kann viel geschehen in dieser Frist, manches, was sich vermuten und voraussehen läßt, aber auch vieles Unberechenbare. Alle Welt ist in blutiger Gärung, die Menschheit windet sich in furchtbaren Wehen, um Völkerschicksale wird mit ehernen Würfeln gewürfelt, und alle Spieler fühlen es, daß die Entscheidung heranreift. Wehe uns, wenn uns die Stunde, in der mit dröhnender Stimme das Urteil gesprochen, das Ergebnis des großen Ringens verkündet wird, als ein kleines politisches Geschlecht befände! Es geht nicht um Jahrzehnte, es geht um Jahrhunderte. Die Blicke vieler kommender Generationen sind fragend und forschend auf uns gerichtet, prüfend und wägend unser Verhalten an dem vielleicht ernstesten und schwersten, sicher aber auf lange, lange hinaus entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte Oesterreichs. Einen ganzen Monat dauert es noch bis zum Tage, an dem sich die Volksboten nach dreijähriger Trennung wieder versammeln werden. Zeit genug, um sehr viel nützliche Vorbereitungsarbeit, die ein ersprießliches parlamentarisches Arbeiten zu verbürgen vermöchte, zu leisten; aber auch Zeit genug, um nach schlechten Vorbildern der Vergangenheit den Weg mit Felsblöcken zu verlegen und alles Wachstum, alle Keime, alle Hoffnungen zu ersticken; Zeit genug, um einander das Zusammenkommen mit geharnischten Entschließungen, blechernen Sonetten ohne Reim zu erschweren und zu verleiden; Zeit genug, um mit den alten demagogischen Unarten, diesen Bazillenträgern aller parlamentarischen Unfruchtbarkeit, die Atmosphäre gründlich zu vergiften; Zeit genug, um mit Radikalismen und tönenden Schlagworten aller Art neue Konjunkturen zu schaffen, die Oeffentlichkeit zu verwirren, die Temperamentvollen zu erhitzen, die Hasenherzigen zu schrecken und unserem alten Erdübel, dem Pessimismus, Tür und Tor zu öffnen.

Alle diese Gefahren müssen vermieden und müssen, wo sie sich zeigen, von allen wahrhaft Vaterländischgesinnten rechtzeitig und nachdrücklich bekämpft werden. Der Parteiführer harrt eine verantwortungsvolle, vielleicht mitunter undankbare, gewiß aber verdienstreiche Aufgabe. Nicht minder der Presse, die sich ihres Amtes bewußt ist. Oesterreichs Würde und Oesterreichs Schicksal ward in die Hand seiner Volksvertreter gegeben. Möge der Erfolg den Entschluß rechtfertigen, damit die Völker den Tag der Rückkehr zu den verfassungsmäßigen Freiheiten segnen dürfen!

Der Abend
28./IV. 1917

28
139

Aufgezwungene Meinungen

Die „Arbeiter-Zeitung" schreibt: Allmählich wird manches von den Praktiken bekannt, mit denen die Regierung Stürgkh die Vorstellung von den einigen und glücklichen Völkern in Österreich zu erzeugen suchte. In einer Beschwerde des Vereines der tschechischen Journalisten an den Grafen Clam-Martinic wird über folgendes geklagt: Besonders nötig und mit Nachdruck muß auf die Praxis in Prag hingewiesen werden, auf eine Praxis, die ebenso die Moral, wie die publizistische Würde verletzt, nämlich die, daß die Zeitungen gezwungen werden, Artikel, die ihnen von Behörden (Polizei!) zugeschickt werden, als eigene Artikel der Zeitung abzudrucken und daß ihnen verboten wird, anzugeben, der Artikel sei ihnen zugeschickt . . . .

Daran knüpft sich eine Betrachtung in Gestalt eines weißen Fleck, um gleiches zu vermeiden, unterlassen wir Kritik. Die Sache erfordert wohl auch keine. Man weiß, was man sich zu denken hat.

Hamburger Fremdenblatt
29./IV. 1917
25
140

Eine Erklärung der Wiener Regierung.

-ei- **Wien**, 26. April.

Heute sind wir gleich mit zwei Regierungserklärungen überrascht worden, einer amtlichen, durch das Preßbüro des Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinitz ausgegebenen, und einem Aufsatz des „Fremdenblatts", der seine Herkunft aus dem Auswärtigen Amt nicht verleugnet. In der Mitteilung der österreichischen Regierung wurde uns zunächst gesagt, daß es die bestimmte Absicht des Ministeriums sei, den Reichsrat für den 30. Mai einzuberufen. Auch über die Arbeiten, die der Volksvertretung während ihrer in Aussicht genommenen Tagung zugedacht sind, läßt sich die Erklärung vernehmen. Es sind allerdings ziemlich allgemeine Andeutungen, die in dieser Beziehung gemacht werden. Die Ernährungsfrage und alle anderen mit dem Kriege zusammenhängenden sozialen und finanziellen Fragen sollen das Parlament beschäftigen. Es wird zugegeben, daß es erst noch weiterer Verhandlungen mit den einzelnen Parteien bedürfen wird, um die Durchführung des Arbeitsplanes zu sichern. Was über die Herstellung der Grundlagen eines einträchtigen Zusammenwirkens der Völker Oesterreichs, über die Regelung des Sprachengebrauchs und über die Ordnung im Königreich Böhmen gesagt wird, enthält nichts Neues und ist schon oft genug, und zwar in viel bestimmterer und verbindlicherer Form verlautbart worden. Auf die Wünsche der deutschen Parteien, deren Erfüllung die Regierung doch zugesagt und angeblich nur zurückgestellt hat, wird in der heute veröffentlichten Erklärung nicht mehr eingegangen; dagegen wird ausdrücklich der Zusicherungen gedacht, die den Polen gemacht wurden, um sie zum Aufgeben ihrer in den letzten Tagen mit großer Schärfe betonten Gegnerschaft wider das Kabinett Clam-Martinitz zu bewegen. Trotz dieses Entgegenkommens ist es bisher nicht gelungen, den Polenklub zu versöhnen. Er macht vielmehr seine endgültige, erst Mitte des nächsten Monats zu erwartende Stellungnahme von dem Ergebnis der neuen Verhandlungen abhängig, die zwischen seiner Leitung und dem Ministerpräsidenten in den nächsten Tagen stattfinden werden. Die gereizte Stimmung der Polen kommt in ihrer parteiamtlichen Mitteilung über die von ihnen gefaßten Beschlüsse zum Ausdruck, insbesondere in dem Verlangen nach sofortiger Aenderung der mißgünstigen und kränkenden Behandlung, die die polnische Bevölkerung seit Kriegsbeginn angeblich zu erdulden hat. Was damit gemeint ist, ist auf den ersten Blick nicht ganz klar. Man hat es hier aber offenbar mit einem Niederschlag der Beschwerden von allpolnischer Seite zu tun. Es wäre freilich nach den Erfahrungen, die unsere in Galizien kämpfenden Truppen gerade zu Beginn des Krieges mit den allpolnischen Elementen machen mußten, ein Gebot der Bescheidenheit und der Klugheit, an die Maßnahmen, zu denen die Behörden infolge gewisser Erscheinungen gezwungen waren, lieber nicht zu erinnern. Angesichts dieses Auftretens der Polen und des Verhaltens der anderen slawischen Parteien des Abgeordnetenhauses muß man um so mehr die Geduld und die Mäßigung bewundern, die in den von den deutschen Parteien gefaßten Beschlüssen zum Ausdruck gekommen ist. Trotz des tiefgehenden Unmuts, der sich der deutschen Wählerschaften nach der ihnen widerfahrenen Enttäuschung bemächtigt hat, haben die deutschen Parteien sich doch damit beschieden, die weiteren Schritte der Regierung in einer beobachtenden Stellung abzuwarten. Es wird sich bald zeigen müssen, ob das stürmische Vorgehen der slawischen Parteien es den deutschen Gruppen des Parlaments ermöglichen wird, auch in Zukunft diese Zurückhaltung zu bewahren.

Die vom „Fremdenblatt" veröffentlichte „Antwort an die Sozialdemokratie" ist im wesentlichen eine Wiederholung dessen, was der Minister des Aeußern, Graf Czernin, in seinen früheren Anfragen über die Kriegsziele der Monarchie und ihre Friedensbereitschaft gesagt hat. Die bereits abgegebene Erklärung, daß Oesterreich-Ungarn gegenüber Rußland keine aggressiven Pläne verfolge und keine Erweiterung seines Gebiets auf dessen Kosten anstrebe, wurde nun durch das „Fremdenblatt" bekräftigt und unterstrichen. Es wäre in diesem Augenblick vielleicht nicht angebracht, sich über die Zweckmäßigkeit einer allzu häufigen Betonung unserer Friedensgeneigtheit auszulassen. Das eine muß aber festgestellt werden, daß diese wiederholten Erklärungen schon jetzt zu mißverständlichen Auffassungen und zu Erscheinungen geführt haben, die nicht nur bedauerlich, sondern auch bedenklich genannt werden müssen. Die Forderung nach einem Frieden um jeden Preis, ohne jeden Gewinn und ohne jede Entschädigung für die ungeheuren Opfer, die wir in der Abwehr des auf uns geschehenen feindlichen, unsere Vernichtung bezweckenden Ueberfalles gebracht haben, kann nur von denen erhoben und geteilt werden, die zu diesen Opfern nicht beigetragen haben oder denen das echte vaterländische Gefühl stets fremd gewesen ist. Zu welchen — gewiß unbeabsichtigten — Wirkungen die Erörterungen über einen Friedensschluß ohne jede Entschädigung bereits geführt haben, das zeigt am besten die Stellungnahme mancher Wiener Blätter, die dem Zustandekommen des Friedens einen Dienst zu erweisen glauben, indem sie Angriffe gegen die Stellen und Parteien in Deutschland richten, die von einer bedingungslosen Beendigung des Krieges pflichtgemäß nichts wissen wollen. Die Bemerkungen, die die „Zeit" an den Artikel des „Fremdenblatts" geknüpft hat, waren mehr als eine bloße Geschmacklosigkeit. Zu einer Gefahr für das einige Verhältnis der beiden verbündeten Kaiserreiche werden sie sicherlich nicht werden. Dieses Verhältnis ist auf festen Grund gebaut. Es stützt sich auf die jahrzehntelangen Verträge zwischen den beiden Staaten und auf die Freundschaft ihrer Herrscher; es ist zu einem unlösbaren und unerschütterlichen geworden durch die in drei harten Kriegsjahren bewährte treue Waffenbrüderschaft. Papier und Druckerschwärze vermögen viel, und jeder aufrichtige Freund der Presse kann das nur aufrichtig wünschen. Sie werden aber nicht imstande sein, das feste Band zu lockern, das Blut und Eisen geschaffen haben, das die Mittelmächte im Ringen um ihren Bestand gegen eine Welt von Feinden in Hunderten von Schlachten stets von neuem befestigt haben.

Reichspost
29./IV. 1917

Hermann Bahrs Vortrag im Palais Harrach.

Zum Vortrag Hermann Bahrs im Palais Harrach über das Thema „Oesterreich über alles", gehalten zugunsten des Piusvereines und der Verbreitung guter Soldatenlektüre — fand sich Samstag nachmittag ein glänzendes Publikum ein, das der Festsaal des Palais kaum zu fassen vermochte. Viele Bewerber um Karten mußten wegen Raummangels abgewiesen werden. Der Vortrag wurde ein wenig zu einem Gesellschaftsereignis, zu einem Stelldichein fast der ganzen in Wien anwesenden Aristokratie und sonstiger hervorragender Persönlichkeiten. Die Frauen Erzherzoginnen Maria Therese und Maria Annunziata, Ihre königl. Hoheit Gräfin Bardi, Kardinal Fürsterzbischof Dr. Piffl zeichneten den Vortrag durch ihre Anwesenheit aus.

Unter den Erschienenen waren ferner zu bemerken: Obersthofmeister Graf Wurmbrand-Stuppach, die Fürstinnen Liechtenstein, Fürstin Pauline Metternich mit Prinzessin Clementine Metternich, Fürst und Fürstin Oettingen, Fürstin Palffy, Fürstin Thurn-Taxis, Fürstin Wrede, Prinzessin Auersperg, Prinzessin Elisabeth Croy, Prinzessin Esterhazy, Prinzessin Liechtenstein, Prinzessin Paula Lobkowitz, Prinzessin Schönburg, Prinzessin Schwarzenberg, Prinzessin Wrede, die Gräfinnen Hoyos-Trauttmansdorff, Coudenhove, Buquoy-Czernin, Anna Harrach, Lédebour, Clary, Sternberg, Colloredo-Mannsfeld, Patzki-Liechtenstein, Colloredo Thun, Marie und Therese Szeczen, Elisabeth Kinski, Altgräfin Salm samt Töchter, die Gräfinnen Fünfkirchen-Liechtenstein, Elise Schönberg, Clam-Martinic, Marenzi, Kielmannsegg, Thun-Czernin, Bergen Dessewffy, Harrach-Lobkowitz, Thun-Windischgrätz, Hunyadi, Wenckheim, Rosenberg, Seilern, Pejaczevich, Daun, Karolyi, die Komtessen Bellegarde, Thun, Auersperg, Seilern, Baron und Baronin Breuner, Baronin Dankelmann, Baronin Lederer, Baron und Baronin Sektionschef Parisini, Baron Vittinghoff-Schell, die Prinzen Karl und Louis Liechtenstein, die Grafen Bellegarde Marenzi, Jaroslav Thun, Nostitz, Harrach, P. Galen, Canonikus Graf Esterhazy, Botschafter Graf Mensdorff, Schriftsteller R. v. Kralik samt Gemahlin Maja v. Kralik, R. v. Tobisch, Kommerzialrat Zacherl, Oberst Schindler u. v. a.

Die Grundgedanken des Vortragenden, dem zum Schluß rauschender Beifall zuteil wurde, lassen sich etwa so wiedergeben: Es wird jetzt viel von einem neuen Oesterreich gesprochen. Das „neu" kann nur gemeint sein im Sinne des non nova sed noviter = nicht etwas Neues, sondern das Alte auf neue Weise. Das alte Oesterreich ist es, das sich neu bewährt hat und als Oesterreich von morgen gepredigt werden muß. Oesterreich entstand 1526, als unter Ferdinand, dem Bruder Karls V., Böhmen und Ungarn mit den deutsch-habsburgischen Ländern vereinigt wurden; als verschiedengestaltige Völker sich wie zu einem „Ehebund" vereinigten, heraus aus dem Bewußtsein, daß jedes einzelne erst zusammen mit andern, im Weltstreit mit andern das eigenste Wesen auswirken und betätigen könne. Das eigenste Wesen: Das Wesen des Süddeutschen, aber auch das der Tschechen und Ungarn läßt sich am besten bestimmen mit dem Bilde Leibnizens vom „schaffenden Spiegel". Es sind Naturen, stark rezeptiv, erst in der Gegenwirkung auf äußere Einwirkungen so recht ihr Selbst entdeckend und zur Vollreife gestaltend. Der Nationalitätenstaat Oesterreich war unverständlich geworden einem mechanistischen Zeitalter, das den bloßen Nationalismus pflegte, Nation und Staat in eins setzte und keine Beziehung zu gewinnen wußte zum Organismus Oesterreich mit seinem inneren völkischen Reichtum. Heute, wo die Nationalstaaten sich zu Gruppen zusammenschließen, in der Gruppenbildung nicht nur ein Werk der Not, sondern auch ein Zukunftsideal betrachtend, ist Oesterreich aktuell. Denn für das, was nun werden soll, ist Oesterreich altes Beispiel, ist Oesterreich das gegebene Modell. Das nicht immer verstandene und praktizierte Programm für Oesterreich und seine Staatspolitik ist wunderbar ausgedrückt im Apostelwort „Dienet einander nach euren besonderen Gaben als treue Verwalter." Das heißt: Dienstschaft, nicht Herrschaft ist die Aufgabe. Die besonderen Gaben, Naturanlagen, Nationalverhältnisse sind Geschenke der Vorsehung, die als solche gewürdigt werden müssen, die jede gewaltsame Unterdrückung verbieten. Aber wir dürfen die Naturanlage nicht egoistisch genießen, wir sollen ihre getreuen Verwalter sein in Unterordnung unter das ewige Sittengesetz. Dieses österreichische Programm ist zugleich Programm für Europa, wenn es aus Haß und Gegensatz wieder zu Frieden und gegenseitigem Verstehen der Völker kommen will. Der Oesterreicher hat heute eine große europäische Mission. Je mehr die Oesterreicher — nicht etwa Nachahmer anderer, Duplikate des Engländers oder Norddeutschen, sondern Oesterreicher sind im Sinne lebendigster Bejahung und Betätigung ihres Wesens, um so wertvoller sind sie für Europa, um so besser ist es um das Oesterreich von morgen bestellt.

Bahr ist ein glänzender Sprecher, der geborene Konferenzredner, das Wort meisternd wie ein Fachmann von der Bühne, ihm aber auch jene Geistigkeit und jenes Gewicht gebend, das nur Geistesgenialität geben kann. Man sollte Bahr öfter in Wien hören können.

Neue Freie Presse
29/IV. 1917

I

142

Die Aufgaben des Reichsrates.

Vom Reichsratsabgeordneten Dr. Otto Lecher.

„Will denn irgendein Mensch in Zweifel ziehen, daß der deutsche Reichstag in den jetzt bald drei Jahren dieses Krieges dem Vaterland, seinem Volke Dienste geleistet hat wie kein Parlament der Welt?"

Bethmann Hollweg, 14. März 1917.

Nicht ohne Neid setze ich diese stolzen Worte den folgenden Ausführungen als Motto. Wird je der Tag kommen, wo aus berufenem Munde auch dem österreichischen Reichsrat ein ähnliches Lob zuteil wird? So weit wir von diesem Ziele auch entfernt sind und so erschreckend der Tiefstand unseres öffentlichen Lebens heute nach mehr als dreijähriger Ausschaltung der Volksvertretung ist, müssen wir uns dennoch klar darüber werden, daß es so wie bisher unter gar keinen Umständen weitergehen kann. Man hat nicht die Auswahl zwischen Parlament und Paragraph Vierzehn. Es liegt nicht im Belieben des Ministeriums, konstitutionell oder absolut zu regieren oder gar je nach Laune in einer Art gemischten Systems. Ein moderner Staat ist ohne organische Bildung des Staatswillens unter Mitwirkung der Staatsbürger nicht denkbar. Fehlt dieses Organ oder funktioniert es nicht, dann haben wir es mit einem unvollständigen oder gelähmten, nicht vollkommen lebensfähigen staatlichen Gebilde zu tun.

Die größte und die erhabenste Aufgabe, die der wieder einberufene Reichsrat zu erfüllen hat, besteht in einer Standeserhöhung des Vaterlandes, welches durch sein lebensfähiges Parlament aus der Reihe der absolutistischen Staaten in jene der konstitutionellen erhoben wird. Die „Reihe" der absolutistischen Staaten ist heute weder groß noch ihre Gesellschaft verlockend. Oder soll es vielleicht dahin kommen, daß bei einem künftigen Friedenskongreß das altehrwürdige Kaisertum Oesterreich der einzige Teilnehmer ist, welcher keine Volksvertretung besitzt? Würde in diesem Falle unsere Stellung nicht von Haus aus eine schwache sein? Würde unsere Stimme noch als ebenbürtig angesehen werden? Nach der Verfassung schließt der Kaiser Frieden. Er schließt alle Staatsverträge ab. „Zur Gültigkeit der Handelsverträge und jener Staatsverträge, die das Reich oder Teile desselben belasten oder einzelne Bürger verpflichten, ist die Zustimmung des Reichsrates erforderlich." Das künftige Friedensinstrument wird sich naturgemäß auf einen großen Komplex von finanziellen, wirtschaftlichen und sonstigen Materien, auf welche die vorstehende Charakteristik paßt, erstrecken. Es ist daher die Mitwirkung des Reichsrates beim Friedensschluß unerläßlich. Ohne ihn sind wir nicht friedensfähig.

Einen wesentlichen Bestandteil der Neugruppierung Europas wird das Wirtschaftsbündnis der Zentralmächte bilden. Mit großer Genugtuung haben wir von dem Beginne der Verhandlungen vernommen. Wenn auf einen Vertrag der oben zitierte Paragraph unseres Staatsgrundgesetzes paßt, ist es das beabsichtigte Wirtschaftsbündnis. Es ist ja denkbar, daß unsere bewährten Bundesgenossen sich bei Abschluß desselben über den Mangel parlamentarischer Zustimmung auf unserer Seite hinwegsetzen, aber kaum dürfte diese Nachsicht in formeller Beziehung anders als durch materielle Nachgiebigkeit unserseits zu erkaufen sein. Wobei man durchaus nicht an eine shylockartige Ausnützung der Situation zu denken braucht, sondern sich nur vergegenwärtigen wolle, wie kräftig das Wort eines Unterhändlers klingt, wenn er den Rücken durch die öffentliche Meinung seines ganzen Landes gedeckt hat, und wie schwach, wenn er niemand hinter sich hat als ein paar absetzbare Beamte höherer Rangstufe. Wir haben mit dem ungarischen Ausgleich gerade in dieser Beziehung die belehrendsten Erfahrungen gemacht. Wir erinnern uns, was der Paragraph Vierzehn des Grafen Franz Thun kostete und um wie viel besser der letzte, von dem Hause des allgemeinen Stimmrechtes genehmigte Ausgleich gerade in seinen wirtschaftlichen und finanziellen Belangen ausgefallen ist. Dieser Ausgleich endet 1917. Seine Erneuerung steht unmittelbar bevor. Oesterreich hat das größte materielle Interesse, daß dieselbe auf parlamentarischem Wege zustande komme.

Ohne Reichsrat ist unser Vaterland somit weder friedensfähig, noch bündnisfähig, noch ausgleichsfähig. Wenn der Verlauf des Krieges uns von Tag zu Tag deutlicher gezeigt hat, wie innig die Macht- mit der Wirtschaftspolitik zusammenhängt, muß sich die Erkenntnis festigen, daß die Grundlagen eines ehrenvollen und den Bestand der Monarchie sichernden Friedens nicht allein mit Waffen, Entbehrungsopfern und diplomatischen Schachzügen erstritten werden können, sondern daß sie auch das Ergebnis eines Kampfes der Meinungen sind, welcher sich in der Presse und in der sonstigen öffentlichen Diskussion der betreffenden Länder abspielt. Oft wurde das Wort zitiert von der Feder, welche verderbe, was das Schwert gutgemacht habe. In dieser Form ist der Ausspruch vieux jeu. Für Oesterreich besteht die Gefahr, daß das Verderben nicht von den Diplomaten, sondern von jener innerpolitischen Weisheit drohe, deren letzter Schluß Paragraph Vierzehn ist.

Dem neu einberufenen Reichsrate obliegt als erste Pflicht die Bestellung des eigenen Hauses. Die gegenwärtigen Abgeordneten sind im Juni und Juli 1911 gewählt. Sie befinden sich daher unmittelbar vor dem Erlöschen ihrer Mandate. Die Durchführung von Neuwahlen ist während des Krieges untunlich, weil ein Großteil der Wähler unter der Fahne steht, gewisse Länderstrecken zum Kriegsgebiete gehören und die Agitation manche weniger wünschenswerte Begleiterscheinungen hätte. Man wird daher bei uns voraussichtlich zur selben Methode greifen, welche in anderen Staaten angewendet wurde: die Mandatsdauer wird durch Gesetz um eine bestimmte Frist verlängert. Gerade in den letzten Tagen kam in London eine Bill zustande, welche die Mandate der Gemeinen bis Ende November erstreckt. Nicht minder wichtig wie die baldige Regelung dieser Angelegenheit ist die Schaffung einer neuen, die Obstruktion ausschließenden Geschäftsordnung. Darüber ist man einig. Alle Parteien haben ihre Bereitwilligkeit, an dieser Reform mitzuwirken, kundgegeben. Wer das Haus des allgemeinen Wahlrechtes will, und zwar nicht bloß auf dem Papiere, sondern als maßgebenden Faktor des politischen Lebens, der muß auch die neue Geschäftsordnung wollen. Je rascher, um so besser. Man soll den allseitigen guten Willen, den die Volksvertreter nach Wien mitbringen werden, benützen. Der Lauf der Dinge kann ohnehin nur zu bald Verstimmungen und Entfremdungen erwecken und es wird gut sein, wenn ein eventueller politischer Kampf sich schon in den Geleisen der neuen Geschäftsordnung abspielt. Der aufzuführende Neubau des Abgeordnetenhauses wird gekrönt durch die Konstituierung eines neuen Bureaus. Es ist von schicksalschwerer Bedeutung, daß man bei Wahl des neuen Präsidenten eine glückliche Hand habe und einen Mann an die Spitze stelle, der Mut, Objektivität, Gesetzeskenntnis und Würde mit guten Nerven vereiniat.

Neue Freie Presse

II

29./IV. 1917

143

Die Aufgaben des Parlaments.

Im Frühling 1914 tagten die Delegationen zum letztenmal; damals in Budapest. Seit jener Zeit sind sie nicht mehr zusammengetreten, besitzen wir kein gemeinsames Budget. Die Einberufung dieser Körperschaft ist ein um so dringlicheres Gebot, als für eine ganze Anzahl von Krediten und Kriegsausgaben, welche den gemeinsamen Haushalt der beiden Staaten der Monarchie belasten, Indemnität anzusprechen ist. Selbstverständlich steht die Indemnität auch für das Budget Oesterreichs auf der Tagesordnung. Der Umstand, daß die Kriegsanleihen infolge der Vertagung des Reichsrates nicht auf Grund eines Gesetzes, sondern nur auf Grund einer kaiserlichen Verordnung aufgenommen werden konnten, hat unsere Kreditfähigkeit einigermaßen beschränkt. Paragraph Vierzehn gestattet keine dauernde Belastung. Die Staatsschulden-Kontrollkommission ist nicht in der Lage gewesen, andere als rückzahlbare Darlehen gegenzuzeichnen. Die Ausgabe von Rente, welche in anderen Staaten höchst erfolgreich vor sich ging, mußte aus diesem Grunde in Oesterreich unterbleiben. Bei der Bestimmung der Amortisationstermine ist man gewiß mit aller Vorsicht vorgegangen, so daß bei dem seinerzeitigen Eintritt der Fälligkeiten eine Beengung nicht zu befürchten ist. Immerhin ist es sehr wünschenswert, daß Oesterreich für die kolossale Summen in Anspruch nehmenden Kriegskredite auch die hergebrachte Rentenform sowie in anderen Staaten zur Verfügung stehe, was lediglich von der Bewilligung des wiederbelebten Reichsrates abhängt. Zu den finanziellen Fragen, mit denen sich das Parlament beschäftigen wird, gehört ferner die Vermehrung der Einnahmen behufs Deckung des Zinsendienstes der Anlehen. So rückhaltslose Billigung das diesbezügliche Streben der Regierung finden muß und so begreiflich es ist, daß das Finanzministerium in einer Zeit kriegerischer Verwicklungen und weit herabgesetzten Personalstandes sich nicht in fernabsehende Neuschöpfungen einlassen kann, daher in der Hauptsache auf vorhandenen Organisationen zuschlagsweise aufbaut, so kann doch nicht geleugnet werden, daß mancher Mißgriff unterlief und vielfach danebengeschossen wurde. Auch mit diesen Fragen wird sich das Haus zu beschäftigen haben, wobei allerdings an Stelle des Uebereifers gewisser Volksfiskalisten, die heute schon das Messer wetzen, wahre Einsicht in die wirtschaftlichen Dinge und tiefes soziales Verständnis treten sollten.

Mit dem Worte: soziales Verständnis, bin ich bei der Schwierigkeit aller Schwierigkeiten angelangt. Die fürchterliche Kriegszeit hat eine derartige Umwälzung hervorgerufen, daß alle sozialen Lehren und Erfahrungen, mit denen wir bisher recht und schlecht auszukommen wußten, über den Haufen geworfen sind. Auch der Mann mit offenem Auge, edlem Herzen, redlichem Sinn und gutem Willen weiß sich angesichts dieser überwältigenden Evolution nur selten Rat. Man staunt, wie die Bureaukratie den Mut aufbringen konnte, in den Prozeß dieser gigantischen Gärung einzugreifen, ohne sich der gesetzlichen Mithilfe der Volksvertretung zu bedienen. Während in anderen Ländern die sogenannten Konzentrationskabinette geschaffen wurden, deren Sinn es ist, die Erfahrungen aller Parteien zu einer gemeinsamen Verantwortung zu vereinigen, hat das Paragraph-Vierzehn-Ministerium den verfassungsmäßigen Gefährten von sich gestoßen und ist, allein auf seine Aktenklugheit gestützt, dem sozialen Problem gegenübergetreten, welches in solcher erdrückenden Ungeheuerlichkeit noch niemals die Menschheit belastet hat.

Wird das wiederbelebte Abgeordnetenhaus arbeitsfähig sein? Ja. Das Haus des allgemeinen Stimmrechtes war bisher immer arbeitsfähig, wenn sich die Regierung um die betreffenden Fragen mit wirklichem Ernst bemühte. Diese Blatt für Blatt aus den Protokollen nachzuweisende Wahrheit wird neuerlich um so mehr ihre Bestätigung erfahren, als gerade in der schrecklichen Kriegszeit das Verantwortungsgefühl und der Geist der Zusammengehörigkeit Beweggründe sind, die über manches Hemmnis hinweghelfen. In allen Mitgliedern des Reichsrates lebt die heiße Sehnsucht nach Sieg und Frieden, der Wunsch, dem nutzlosen Blutvergießen ein Ende zu setzen und die Bürger dieses Staates wieder ihrem Berufe und ihren Familien zurückzugeben. Wenn die Regierung auf diese Gesinnung der Volksvertreter baut und mit Vertrauen dem Reichsrat die Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte ermöglicht, dann ist die Hoffnung eine begründete, es werde das Ende des Weltkrieges und das Ende des österreichischen Parlamentskrieges zusammenfallen.

Neue Freie Presse

29/IV. 1917

144

Ein Handschreiben des Kaisers an den Grafen Tisza.

Aufforderung zu Vorschlägen über Erweiterung des Wahlrechtes.

Budapest, 28. April.

Das morgige „Budapesti Közlöny" veröffentlicht folgendes a. h. Handschreiben an den königlich ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza:

„Lieber Graf Tisza!

Nach der Thronbesteigung habe Ich Mich bestimmt gefunden, durch unmittelbaren Verkehr die verschiedenen Richtungen des ungarischen öffentlichen Lebens und die Auffassungen der Führer der Parteien über die Lage und die uns gestellten Aufgaben kennen zu lernen.

Deshalb habe Ich Ihrem Antrage, die führenden Mitglieder der ungarischen politischen Parteien ohne Rücksicht der Parteistellung zu Mir zu berufen, Folge gegeben und die Führer der Minorität wiederholt über ihre Bitte empfangen.

Nach Abschluß der Audienzen sehe ich keinen Anlaß, daß Ich Mich von der Regierung trenne, welche im Abgeordnetenhause über eine feste Majorität verfügt und in schweren Zeiten beinahe vier Jahre eine von seltener Aufopferung und wahrem Patriotismus geleitete, zielbewußte Tätigkeit im Interesse der Verteidigung des Vaterlandes und der möglichsten Erleichterung der schweren Lage der Bevölkerung des Staates entfaltet, für welche Ich Ihnen Meine besondere Anerkennung und Meinen Dank ausspreche.

Indem Ich Sie und die übrigen Mitglieder der Regierung Meines Ihnen gegenüber bisher gehegten vollkommenen Vertrauens versichere, fordere Ich die Regierung auf, die Staatsgeschäfte mit ihrer erprobten Treue fortzuführen und Mir umgehend die geeigneten Vorschläge zu unterbreiten, in welchen Meine dankbare Anerkennung für die bewunderungswürdigen Kraftanstrengungen und die patriotische Haltung der Nation in den schicksalsschweren Tagen dieses Weltringens in einem umfassenden System der Volkswirtschaftseinrichtungen und in einer Erweiterung des Wahlrechtes zutage tritt, welche der jetzigen großen Zeit und den von der Bevölkerung gebrachten Opfern mit Berücksichtigung der Lebensinteressen des ungarischen Staates entspricht.

Karl m. p.

Tisza m. p.

Neue Freie Presse

30./IV. 1917

146

Die Erweiterung des ungarischen Wahlrechtes.

Von unserem Korrespondenten.

Budapest, 29. April.

Die Kundgebung des Monarchen, der in Anerkennung der dem Volke gebrachten Opfer die Ausdehnung des Wahlrechtes wünscht und die Schaffung bedeutsamer Wohlfahrtsinstitutionen verheißt, steht im Vordergrund der Erörterung. Der Regierungskommentar zu dem königlichen Handschreiben stößt bei den Oppositionsparteien und selbst in vielen der Regierung nahestehenden Kreisen auf mehr oder minder heftigen Widerspruch. Man findet, daß das in dem Regierungscommuniqué umrissene Ausmaß der Wahlrechtsausdehnung hinter den gehegten Erwartungen zurückbleibt.

Nach den in den oppositionellen Parteien herrschenden Stimmungen zu schließen, erscheint es als zweifellos, daß die Opposition den Hebel ihrer künftigen Aktionen innerhalb und außerhalb des Parlaments eben in diesem angedeuteten vermeintlichen Gegensatz zwischen den beiden Kundgebungen anlegen wird. Manche Anzeichen sprechen dafür, daß sich die vereinigten Oppositionsparteien nunmehr endgültig auf eine gemeinsame Wahlrechtsreform festlegen und diese der vom Kabinett Tisza zu unterbreitenden neuen Ergänzungsvorlage gegenüberstellen werden. Die im Jahre 1912 von Franz Kossuth unterbreitete Wahlrechtsvorlage der vereinigten Oppositionsparteien, welche allen des Lesens und Schreibens kundigen Männern über 24 Jahre bei einjähriger Seßhaftigkeit das Wahlrecht zuerkennt und etwa 2,600.000 Wähler an die Urne rufen würde, hat dem Vernehmen nach die meiste Aussicht, als Plattform für die kommenden oppositionellen Aktionen zu dienen.

In der Regierungspartei vertritt man die Auffassung, daß die Opposition die von der Regierung in der kommenden Tagung vorgelegten zahlreichen populären Vorlagen kaum obstruieren und deren von der ganzen Nation sehnsüchtig erwartete Verwirklichung durch Skandale verzögern wird. Auch hofft man, daß sich bis zur nächsten Tagung die Meinungen geklärt und daß bis dahin die Annäherungsversuche zwischen rechts und links zu einem gedeihlichen Ergebnis geführt haben werden. Das Wahlrechtsproblem, das durch das Handschreiben des Herrschers in den Vordergrund der ungarischen Politik gerückt erscheint, wird dem Parlament und dem Kabinett Tisza noch sehr viel zu schaffen geben.

Aeußerungen ungarischer Parlamentarier.

Graf Albert Apponyi.

Präsident der Vereinigten Unabhängigkeits- und Achtundvierziger Partei.

Das Handschreiben hat im Kreise meiner Partei keine besondere Ueberraschung hervorgerufen, denn dort wurden die Nachrichten von einer drohenden Regierungskrise stets mit einer gewissen Zurückhaltung aufgenommen. Die Unhaltbarkeit des jetzigen Systems hat tiefere Gründe, und an dieser Tatsache wird durch die Hinausschiebung der Krise nichts geändert. Wie wahr dies ist, beweist schon der Kommentar, welcher von seiten der Regierung an das Handschreiben geknüpft wurde. Aus diesem Kommentar geht bereits hervor, daß die Regierung den Inhalt jener Weisung, die den Fortschritt nach demokratischer Richtung hin fordert, auf das möglichst mindeste Maß herabzusetzen bestrebt ist. Die Ueberbrückung der bestehenden Gegensätze ist daher nur formeller, im parlamentarischen Sinne genommen technischer Art und keine wirkliche Ueberbrückung.

Baron Ernst Daniel.

Geheimer Rat, Minister a. D.

Nach den Gerüchten und Folgerungen, welche die oppositionellen Parteien an die letzten Vorgänge knüpften, konnte meiner Ueberzeugung nach ein solches Handschreiben nicht ausbleiben. Das Handschreiben zeigt, daß der Monarch einen vollkommen verfassungsmäßigen Weg einschlägt und jene Regierung, die von der Majorität des Landes unterstützt wird, aufrechterhalten zu sollen glaubt. Die Vorlagen, die in dem Handschreiben vorgesehen sind, decken sich vollkommen mit dem Programm, das die Regierung seinerzeit verkündet hat. Ich erblicke in dem Handschreiben auch eine Warnung an die oppositionellen Parteien, daß die Methode, die sie in dem Kampfe gegen die Majorität und die Regierung befolgt haben, an maßgebendster Stelle keine Billigung findet, wie dies die Opposition voraussetzen zu dürfen glaubte.

Franz Nagy.

Geheimer Rat, Staatssekretär a. D.

Der Eindruck, den das Handschreiben hier hervorruft, ist ein ausgezeichneter. Namentlich die Reformen, die auf sozialem Gebiete und bezüglich der Volkswohlfahrt angekündigt sind, werden im ganzen Abgeordnetenhause mit großer Freude begrüßt werden. Das Handschreiben stellt eine Ergänzung des Wahlrechtes von 1913 in Aussicht, welche die Grundlagen dieses Gesetzes nicht tangiert. Die Tatsache, daß der Monarch den verdienstvollen Kriegern das Wahlrecht zubilligt, wird gleichfalls große Befriedigung auslösen. Das warme Interesse, welches der Monarch für die Bedürfnisse des Volkes hegt, wird von der Arbeitspartei mit ebenso aufrichtiger Dankbarkeit begrüßt werden wie der vom höchsten konstitutionellen Sinne zeugende Entschluß des Monarchen, die aktuellen Fragen auf rein parlamentarischem Wege nach dem Majoritätsprinzip zu lösen.

Baron Ludwig Lovay.

Mitglied des Reichstages.

Da Graf Tisza mit den Oppositionsführern in der nächsten Zukunft Fühlung suchen dürfte, darf man hoffen, daß auf dieser Grundlage eine Verständigung zwischen Majorität und Opposition zum Zwecke einer gedeihlichen parlamentarischen Arbeit möglich werden wird. Das Handschreiben wird aber auch auf die Stimmung in den Schützengräben eine aufmunternde Wirkung üben, da die verdienstvollen Krieger, namentlich die Besitzer von Tapferkeitsmedaillen, das Wahlrecht erhalten. Die in dem Handschreiben in Aussicht gestellte Bodenreform, die namentlich für die Mehrproduktion von großer Wichtigkeit ist, wird von der gesamten ungarischen Landwirtschaft mit großer Freude begrüßt werden. Auf Grund des Handschreibens wird endlich nach dem Kriege ein wohlorganisiertes und gut funktionierendes Parlament zustande kommen, das eine ihren schweren Aufgaben gewachsene Regierung trägt.

Neue Freie Presse
30./IV. 1917

Die Wahlreform in Ungarn.

Das Stimmrecht für die Besitzer der Tapferkeitsmedaille und einen Steuerzensus von zwanzig Kronen oder von acht Joch Ackerland.

Wien, 30. April.

Die Einzelheiten über die in Ungarn geplante Wahlreform zeigen, daß die Erweiterung der bürgerlichen Rechte mit sehr sparsamer Hand zugemessen wird. Das Wahlrecht sollen die Besitzer von Tapferkeitsmedaillen und die Steuerträger, die zwanzig Kronen jährlich an den Staat entrichten, und die Landwirte, die einen Grundbesitz von acht Joch haben, bekommen. Eine solche Wahlreform macht einen sehr verletzten Eindruck. Die Besitzer von Tapferkeitsmedaillen sind eine kleine Minderheit unter den vielen hunderttausend ungarischen Soldaten, die im Felde stehen. Diese Erweiterung des Wahlrechtes kann wohl schwerlich als Reform bezeichnet werden. Der Zensus von zwanzig Kronen ist ferner noch an die Bedingung geknüpft, daß die Steuerzahler des Lesens und Schreibens kundig seien.

Solche Voraussetzungen für das Wahlrecht bestehen in keinem anderen Lande von Europa und sind nach dem Weltkriege kaum aufrechtzuerhalten. Die Gegenströmung in Ungarn ist bereits sehr stark. Der Entwurf wird scharf getadelt und daraus ergibt sich, daß die Kämpfe zwischen den Parteien bei der Wiedereröffnung des Reichstages an Leidenschaftlichkeit noch zunehmen werden. Die Hoffnung, daß die Kundgebung an den Grafen Tisza, die gestern veröffentlicht worden ist, dazu beitragen werde, die Gegensätze zwischen den Parteien zu mildern und friedlichere Stimmungen hervorzurufen, ist durch diese Wahlreform vereitelt worden. Die Wahlreform verdient nach einer auch in Ungarn weit verbreiteten Ansicht diesen Namen überhaupt nicht. Verständlicher ist noch die vollständige Weigerung eines hochkonservativen Politikers als ein Zugeständnis, das sich von den Notwendigkeiten so weit entfernt und den Eindruck macht, daß nur der Form genügt werden sollte, daß aber in der Sache die Weigerung bleibe. Es ist ein Irrtum, wenn die ungarische Regierung den Kampf mit der Opposition auf dem Schlachtfelde des Wahlrechtes aufnimmt. Der Weltkrieg läßt sich von der Politik nicht ausscheiden und fordert ein weitherzigeres Urteil über das Maß der Volksrechte als früher.

Frankfurter Zeitung
30. IV. 1917

30
148

Die innerpolitischen Vorgänge in Oesterreich.

G **Wien**, 28. April. (Priv.-Tel. ...) Die Vorgänge auf der innerpolitischen Bühne Oesterreichs haben etwas Verwirrendes und machen es dem ausländischen Beobachter schwer, den ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht zu finden. Es ist deshalb unbillig, wenn in der österreichischen Presse sich starke Empfindlichkeit gegen die Aeußerungen der deutschen Presse über den jähen Frontwechsel der österreichischen Regierung bemerkbar macht. Wenn man die Aeußerungen der reichsdeutschen Presse mit denen in einem großen Teil der österreichischen Presse vergleicht, so bleibt sie immer noch beträchtlich hinter denen zurück, was man hier in der ersten Erregung gesagt hat. Ob es nun einen Ruhepunkt in dem Wirbel der Aeußerungen bedeutet, daß heute mit der Ankündigung der Einberufung des Reichsrats für den 30. Mai auch ein Handschreiben des Kaisers an den Grafen Clam erscheint, in dem dieser mit Gegenzeichnung bestätigt, daß er unermüdlich um das Wohl seiner Völker sorge, die Schwierigkeiten der Verhältnisse zu mildern versuche und sich des uneingeschränkten Vertrauens des Monarchen erfreue, muß erst abgewartet werden. Gestern hieß es, die Regierung müsse dem Mißtrauen der Polen weichen, heute heißt es wieder, daß auch der polnische Minister Obrinsky sein Portefeuille behalte und damit endgültig die Krisis beigelegt sei.

Die Blätter verabsäumen auch nicht, die endgültige Einberufung des Parlaments nach dreijähriger Pause mit sympathischen Artikeln zu begrüßen. Den Deutschen wird die Freude daran allerdings etwas verbittert mit dem Verzicht, mit dem sie die Einberufung bezahlen müssen, wenn sie wenigstens die Gewißheit hätten, daß der Preis des Opfers wert ist. Aber was aus dem slawischen Parteilager laut wird, ist keineswegs geeignet, die Zuversicht auf eine gedeihliche Tagung des Parlaments zu stärken. Da das tschechisch-slowenische Komitee schon heute Verwahrung einlegt, daß eine einseitige Parteiforderung als Staatsnotwendigkeit erklärt wird, läßt sich nicht gerade eine erfreuliche Session erwarten, selbst wenn die Deutschen ihre Empfindungen zurückdrängen sollten. Wenn man sich nun doch unter diesen keineswegs günstigen Vorzeichen entschlossen hat, das Parlament einzuberufen, so ist dies ein Beweis dafür, daß bei etwas größerer Parlamentsfreundlichkeit auch Graf Stürgkh einen Reichsrat nicht hätte zu fürchten brauchen. Aus der Debatte hätte das Ausland schwerlich etwas erfahren, was es nicht schon gewußt hätte. Die Völker Oesterreichs aber hätten eine Tribüne gehabt, von der aus sie der selbstherrlichen Bürokratie ihre Not hätten zu Gehör bringen können. Jetzt muß das Sicherheitsventil doch geöffnet werden, gleichviel wie sein Ton erschallen wird.

Neues Wiener Tagblatt
1./V. 1917

Das Frauenwahlrecht.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„In Rußland hat die durch die Revolution eingesetzte Regierung erklärt, daß bei Einberufung der konstituierenden Versammlung, die über die zukünftige Verfassung des Reiches entscheiden wird, auch die Frauen wahlberechtigt sein sollen. Auch in England, wo die Regierung vor dem Krieg eine so entschiedene Gegnerin des Frauenstimmrechtes war, hat sich dies geändert, und es wird nun eine Wahlreform vorbereitet, die auch das Wahlrecht für die Frauen bringen soll. Man hat eben im Krieg überall erst recht erkennen gelernt, welch wichtiger Teil des Volkes die Frauen sind, wieviel sie im Staat leisten, welch große Opfer und Leiden sie auf sich nehmen, wie unentbehrlich ihre Arbeitskraft in der Industrie, im Handel und Verkehr, in der Kriegsfürsorge ist. Und nicht am wenigsten gilt dies für unsre österreichischen Frauen. Nicht mit Unrecht hat man sie die „Soldaten des Hinterlandes" genannt, und wahrlich, auch von so manchen Heldinnen des Hinterlandes könnte man sprechen. Darum ist es nur selbstverständlich, daß man auch bei uns darangeht, den Frauen Rechte im öffentlichen Leben einzuräumen.

In der letzten Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde bekanntlich die Ausarbeitung einer neuen Gemeindewahlordnung auf demokratischer Basis beschlossen, welche auch den Frauen das Wahlrecht in der Gemeinde geben soll. Das ist ein bedeutsamer erster Schritt. Die Wiener Frauen werden nun auch mit aller Kraft selbst für ihr Wahlrecht, das sie nach und nach in Gemeinde, Land und Staat erringen wollen, eintreten. Diese Woche wird eine ganze Reihe von Frauenversammlungen für das Frauenwahlrecht abgehalten werden. Bei der ersten derselben, die, vom Allgemeinen österreichischen Frauenverein veranstaltet, unter dem Titel „Die Demokratie und die Frauen" am Donnerstag, den 3. d., im Saale des Niederösterreichischen Gewerbevereines stattfinden wird, werden die Führerinnen der verschiedenen Frauenorganisationen darlegen, welche Wichtigkeit das Wahlrecht einerseits für die erwerbenden Frauen, für Lehrerinnen, Beamtinnen, Geschäftsfrauen, Arbeiterinnen, anderseits für jede Hausfrau und Mutter besitzt. Darum müssen auch alle Wiener Frauen das Wahlrecht in die Gemeinde erhalten, ob sie nun Steuern zahlen oder nicht, ob sie ledig oder verheiratet sind, sowohl in ihrem eigenen Interesse wie im Interesse der Allgemeinheit. Denn die Frauen sind ja die Hälfte des Volkes, und mütterlich werden sie nicht nur für sich, sondern für alle sorgen, wie die Mutter in der Familie wird die Frau im Haushalt der Gemeinde für das Wohl aller sich einsetzen."

Die Zeit

1. IV. 1917

Ein Reförmchen.

Graf Tisza eröffnet einen Detailhandel mit Wahlrecht. Das ist die Art von Wahlreform, zu der er sich unter dem Druck des kaiserlichen Handschreibens entschließt, das dem lange Widerstrebenden eine Wahlreform zur Pflicht macht. Er will, wie sein offiziöser Kommentar zum kaiserlichen Handschreiben sagt, einige „Detailfragen" des Wahlrechtes regeln. Soll dies der Zweck einer Wahlreform sein, um die man in Ungarn wie anderwärts so heftig zu streiten pflegt? Daß die Soldaten mit Tapferkeitsmedaillen eben nun auch sollen wählen dürfen? Ist das Wahlrecht eine Art von Dekoration, mit der man patriotische Verdienste kostenlos ablohnt? Daß ein paar tausend kleine Grundbesitzer und Steuerträger mehr sollen wählen dürfen? Das ist ein Reförmchen, aber keine Reform und verfehlt vollständig den Zweck der Reform. Was will man denn eigentlich durch das Wahlrecht reformieren? Doch nicht das Wahlrecht selbst, das nicht Selbstzweck ist, sondern den Staat, wenn er eben einer Reform bedarf. Der ungarische Staat aber bedarf einer schon sehr lange, und einer gründlichen noch dazu. Denn er ist, trotz des formalen Vorzuges des parlamentarischen Systems, einer der politisch rückständigsten Staaten. Sein Krebsübel ist nicht das Wahlrecht — dieses ist nur Mittel zum Zweck —, sondern seine Nationalitätenpolitik und sein ganzes politisches System, zu dessen Aufrechterhaltung das schlechte Wahlrecht dient. Ungarn ist ein Nationalitätenstaat. Eine Nation, die magyarische, herrscht über alle anderen. Aber mit dieser Formel ist die Ungerechtigkeit des Systems noch nicht erschöpft. Sie muß durch eine zweite Formel ergänzt werden. Denn auch die magyarische Nation herrscht nicht, sie wird selbst, ebenso wie die anderen Nationen, von einer Adelsoligarchie beherrscht und hat vor den anderen Nationen nur den einen schwachen Vorzug voraus, daß ihre, die magyarische, Adelskaste es ist, die den ganzen Staat, Magyaren und Nichtmagyaren, national allerdings im Sinne und zum Vorteil des Magyarentums allein, beherrscht. Augenblicklich ist es übrigens nicht einmal eine Adelsoligarchie mehr, die den Staat dominiert, sondern ein einzelner Mann, der, weil er der stärkste unter den Oligarchen ist, die Alleinherrschaft an sich gerissen hat und die anderen Oligarchen zwingt, ihm entweder als Mitglieder seiner Regierungspartei zu folgen oder ihn als Opposition zu bekämpfen. Dieser Mann ist Graf Tisza.

Die übrigen Oligarchen, die Oppositionellen — die Karolyi-Partei und die paar Demokraten vielleicht ausgenommen —, wollen nun die Diktatur des einen Mannes brechen, um die volle Oligarchie wiederherzustellen und die Magyarisierungspolitik unangetastet fortzubetreiben, eher noch zu verschärfen. Das Krebsübel wollen sie aber auch durch das Wahlrecht, nach dem sie verlangen, nicht beseitigen. Die Wahlreform soll jedoch, wofern sie der Not der Zeit, dem Staate und der Monarchie dienen soll, gerade das Mittel, eines der Mittel sein, um Ungarn und uns von dem Krebsübel zu befreien. Zu diesem Zweck muß freilich die Wahlreform eine gründliche, sehr gründliche sein, eine Wahlreform, die allen Nationalitäten Ungarns einen ihrer Bevölkerungszahl entsprechenden Anteil an der Volksvertretung einräumt. Es müssen aber auch Vorkehrungen getroffen werden, um ihnen diesen Anteil zu sichern. Selbst mit dem heutigen Wahlrecht könnte sich die magyarische Adelsoligarchie nicht behaupten, wenn dieses Wahlrecht ehrlich gehandhabt würde. Doch man kennt die ungarischen Wahlen, die nachgerade weltberühmt geworden sind, bei denen es nie ohne militärische Assistenz, ohne Tote und Verwundete und ohne Millionengelder abgeht. Selbst das liberalste Wahlrecht, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime, würde gar nichts nützen, wenn diese Wahlpraktiken blieben. Auch diese müssen aufhören, und dazu ist neben der Wahlreform eine radikale Reform des ganzen ungarischen Verwaltungssystems erforderlich. Erst dann wird eine Heilung des Krebsübels möglich sein, der ungarischen Nationalitätenpolitik. Das ist das Gebot der Zeit, das im Frieden zu lange vernachlässigt worden ist. Mit Reförmchen ist da nichts getan. Grundlegende Reformen sind notwendig, nicht nur eine Reform des Wahlrechtes, sondern noch eine Reihe großer Reformen, die allerdings aus einer ehrlichen Reform des Wahlrechtes sich dann von selbst entwickeln werden.

Neue Freie Presse
1.V.1917

Die Erweiterung des Wahlrechtes in Ungarn.

Vom Geheimen Rate Grafen Julius Andrassy.
Königlich ungarischer Minister a. D.

Budapest, 30. April.

Ich habe mich darum bemüht, daß auch in Ungarn jenes Ideal zur Wirklichkeit werde, das bei allen anderen in den Krieg verwickelten Nationen erreicht worden ist, daß nämlich bei der Konstituierung des Kabinetts und bei der politischen Zusammenarbeit und bei jeder politischen Aktion das ausschließlich maßgebende Motiv die Erwägung der gegenwärtigen schicksalsentscheidenden Fragen und der Kriegsinteressen sei.

Dies ist mir nicht gelungen.

Parteiinteresse und persönliche Stimmungen waren stärker als die Motive — ich muß es beschämt eingestehen — die anderwärts überall automatisch jene Entwicklung gesichert haben, in der sich das politische Leben den Gegenwart und Zukunft der Nation beherrschenden großen Fragen anpaßt.

Ich will diese Tatsache derzeit nicht zum Gegenstand der Kritik machen. Ich stelle bloß fest, daß längst begangene Fehler des Ministerpräsidenten wieder die Wirkung haben, daß der Parteikampf nicht aufhört, während die Nation vor die erhabene Pflicht gestellt werden sollte, die politischen Parteien nur nach den großen Interessen des Krieges sich gruppieren und handeln zu lassen. Alle Parteien haben ihr Blut und ihr Leben für die Nation hingegeben.

Ich möchte derzeit meine Kritik bloß auf die Wahlrechtspolitik der Regierung beschränken. Der Herrscher hat in sehr warmen und schönen Worten gesprochen. Er hat der Regierung geboten, ihm Vorschläge zu unterbreiten, die seine „dankbare Anerkennung über die wunderbare Kraftentfaltung und die von der Nation in den schicksalentscheidenden Tagen des gegenwärtigen Weltringens bekundete patriotische Haltung zum Ausdrucke bringen und die der großen Zeit und den vom Volke gebrachten Opfern entsprechen".

Das Dankgefühl eines Herrschers kann sich nur in großen Taten offenbaren; den großen Zeiten und den vom Volke gebrachten, in der Tat unermeßlich großen Opfern können nur institutive Schöpfungen, bloß große Entschlüsse entsprechen, nicht aber die Abänderung der Beistriche, der Strichpunkte und der geringfügigen Details eines solchen Gesetzes. Einige tausend Inhaber von Tapferkeitsmedaillen sollen das Wahlrecht erhalten, deren großer Teil vermöge des Zensus oder vermöge der Unteroffizierscharge ohnehin wahlberechtigt ist. Von den des Lesens und Schreibens Kundigen soll nunmehr nicht nur derjenige das Wahlrecht erhalten, der 20 Kronen Steuer bezahlt, sondern auch derjenige, der in dem glücklichen Besitz von acht Joch Ackerfeld ist. Der Ministerpräsident hat stets die These von sich gewiesen, daß das Wahlrecht als Belohnung verliehen werde. Das königliche Handschreiben steht indes auf dem prinzipiellen Standpunkt, daß das Wahlrecht aus dankbarer Anerkennung zu verleihen ist. Der Ministerpräsident hat betont, daß das von ihm geschaffene Wahlgesetz allen berechtigten Ansprüchen vollkommen genügt. Demgegenüber gibt die königliche Kundgebung der Ueberzeugung Ausdruck, daß der gegenwärtige Rechtszustand der Größe der Zeit und den vom Volke gebrachten Opfern nicht entspricht. Das Handschreiben hat ebenso wie bei der Anordnung, betreffend die übrigen Volkswohlfahrtsverfügungen, den prinzipiellen Standpunkt, den die Opposition hat. Der Ministerpräsident soll aber die von einem vollkommen gegensätzlichen prinzipiellen Standpunkt ausgehenden Weisungen verwirklichen. Er sagt im halbamtlichen Communiqué, daß „die ungarische Gesetzgebung vor kaum vier Jahren die weitgehenden demokratischen Wahlrechtsreformen geschaffen hat, so daß in dem gegenwärtigen Augenblicke eher von einer bloßen Ergänzung dieses noch nicht erprobten Reformwerkes die Rede sein kann". Die durch geringfügige Zweckmäßigkeitsrücksichten bestimmte Ergänzung kann ja gar nicht dazu berufen sein, den königlichen Dank und die Größe der Zeiten und der vom Volke gebrachten Opfer auszudrücken. Hiezu kann eine bloße Restaurierungsarbeit nicht geeignet sein, sondern bloß eine kühne, großzügige Schöpfung. Der Ministerpräsident bemißt die neuen Rechte — selbst in der Ergänzungsarbeit — engherzig, und die Rechte derer werden gar nicht berührt, die Rechte fordern, die politisches und Klassenbewußtsein besitzen und die heute zu wichtigen internationalen Aufgaben verwendet werden. Nach der Betonung der großen Zeiten und des Dankes im Handschreiben erklärt der Ministerpräsident: er werde sich der Erwägung solcher Detailfragen nicht verschließen, deren richtige Lösung die rechtserweiternden Bestimmungen des Wahlgesetzes von 1913 zweckmäßig ergänzen wird, ohne die Grundlage dieses Gesetzes zu berühren und die politische Führerstellung der ungarischen Intelligenz zu gefährden.

Die Wahlrechtsfrage ist durch das königliche Handschreiben und das Regierungscommuniqué stärker betont auf die Tagesordnung gesetzt worden als durch irgendeine oppositionelle Aktion. Offenbar ist das königliche Handschreiben der Erkenntnis entsprungen, daß eine Lösung eine allgemeine Notwendigkeit ist. Man wollte offenbar denselben Weg beschreiten wie der deutsche Kaiser und der deutsche Kanzler. Das Handschreiben entspricht denn auch jenem weisen, vorausschauenden und liberalen Geist, der sich in der Kundgebung des deutschen Kaisers offenbart. Das Verhalten des Ministerpräsidenten ist indes weit hinter demjenigen des Kanzlers zurückgeblieben. Der Kanzler unterstreicht in jedem Worte die Wichtigkeit und den inneren Wert der in der Herrscherkundgebung enthaltenen Verheißungen. In Deutschland hat das Verhalten des Reichskanzlers allenthalben den Glauben erweckt, daß von Reformen die Rede sei, die der großen Zeiten und der von dem Volke gebrachten Opfer würdig sind. Bei uns sieht jedermann, daß die von der Regierung geplante Art der Durchführung die Reform auf die Ergänzung eines unpopulären Werkes beschränkt.

Es gibt keine gute Politik, Neuerungen zur Befriedigung der Volksrechte und Volksinteressen zu versprechen und die aufgeworfene Frage dann nicht zu lösen. Es ist ein Fehler, groß scheinende Versprechungen zu leisten und gleichzeitig den Nachweis zu führen, daß von diesen Versprechungen nichts verwirklicht werden wird.

Arbeiterzeitung
1./V. 1917

Lob der Demokratie! In der „Oesterreichischen Rundschau", in der sonst die Autorität gepredigt wird, schreibt Herr v. Chlumecky der Jüngere:

> Nun bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß aus dem Weltkrieg nur ein einziger souveräner Sieger hervorgeht: der demokratische Gedanke. Den Staat in den Dienst der Demokratie, aber auch die Demokratie in den Dienst des Staates zu stellen, das wird die große Aufgabe Mitteleuropas sein, und von ihrer mehr oder weniger glücklichen Lösung hängt die Zukunft der Monarchie ab. Wir haben zu unserem Leid gesehen, welch ungeheure Kraft der demokratische Gedanke zu entfesseln vermag und möchten dies nun auch einmal zu unserem Nutzen innerhalb unserer Grenzen erproben. Das soll nicht ein hohles Schlagwort und ebensowenig ein gedankenloses Nachahmen fremder politischer Formen sein. Dem demokratischen Prinzip soll in Oesterreich und in Ungarn unter voller Berücksichtigung des Gewordenen und Gegebenen eben jener Platz angewiesen werden, den das Werdende, die Zukunft, erheischt. Dabei brauchen wir auf gar nichts von dem zu verzichten, was bis nun unsere Stärke bedeutete: nicht auf die festgefügte Armee, nicht auf eine einzige der Prärogativen der Krone und am allerwenigsten auf jenes alte, traditionelle Verhältnis zwischen Dynastie und Volk, welches den festesten Kitt des ganzen Reiches bildet. Der Einwand der politischen Rückständigkeit der Massen Ungarns und teilweise auch Oesterreichs erschein, hinfällig, wenn man den Westen nicht gedankenlos kopiert sondern mit den gegebenen Verhältnissen rechnet.
>
> Bei richtiger Führung kann daher die Monarchie außen- und innenpolitisch nur gewinnen, wenn sie ihr Haus auf eine demokratischere Basis stellt. Es wäre ein Fehler, wollte man glauben, daß hiedurch die Initiative und Führung der wirklichen Intelligenz entgleiten und unfehlbar in die Hände demagogischer Elemente gespielt werden müßte. Um Oesterreich und Ungarn vor dieser vermeintlichen Gefahr zu behüten, bedarf es vor allem eines: daß die politisch und intellektuell Hochstehenden und Führenden es nicht unter ihrer Würde erachten, sich auch mit den breiten Massen über Zweck und Mittel ihres politischen Programms in Fühlung zu setzen — daß mit fester Hand und unbeugsam konsequentem Zielbewußtsein regiert werde, die Masse aber hiebei zur Erkenntnis gelange, daß der ihr zustehende größere Einfluß auch größere Pflichten gegenüber dem Gesamtstaat auferlege.

Das ist so österreichisches Lob der Demokratie! Sie möchten nämlich alle nur denkbaren Prärogative aufrecht halten — wie denkt der mährische Landtagsabgeordnete Chlumecky über das allgemeine und gleiche Wahlrecht für den Landtag von Mähren? — die Massen zur Unterstützung und Folgsamkeit verpflichten („daß mit fester Hand und unbeugsam konsequentem Zielbewußtsein regiert wird": von wem, über wen?) und es Demokratie nennen! Von der platonischen Anerkennung der Demokratie hat die Demokratie wenig! Da muß nicht nur gepfiffen, sondern auch getanzt werden!

Reichspost

1.IV.1917

* **Liberale Zusprüche.** Ein Wiener liberales Spätabendblatt schreibt heute zum 1. Mai u. a.:

Ernster und größer, als jemals zuvor, seitdem dieser Tag gefeiert wird, ist ... die Aufgabe, die das Geschick dem Sozialismus gestellt hat, eine Kraftprobe, wie sie an weltgeschichtlicher Bedeutung vielleicht nur mit der verglichen werden kann, die das Bürgertum in der großen französischen und amerikanischen Befreiung des achtzehnten Jahrhunderts zu leisten hatte. Wie damals der Weg durch Blutvergießen zur friedlichen Ordnung (!) führte, so soll es auch diesmal sein. Der Sozialismus wird jetzt zu zeigen haben, ob er schon stark genug ist, der Tragbalken der Gesellschaft zu sein. Gelingt ihm diese Probe (Des Blutvergießens? — D. Red.), so dürfen wir annehmen, daß der Tag gekommen sei, mißlingt es (Was? D. Red.), was wir nicht befürchten wollen, aber doch als Möglichkeit ins Auge fassen müssen, so wird das nichts gegen die welterobernde Zukunft des sozialistischen Gedankens beweisen, sondern nur zeigen, daß das Erziehungswerk noch nicht vollendet ist ... Der Gedanke, den sie (die Sozialdemokratie) vertritt, läuft keine Gefahr, ob nun das große Werk dieses Mal gelingt oder nicht ... Dem Sozialismus gehört die Zukunft ... Wir schreiten unaufhaltsam der Zeit entgegen, wo es nicht mehr nötig sein wird, zu friedenstiftenden Beratungen zusammenzutreten, weil die in Arbeit verbündeten Völker Europas überhaupt nicht länger Krieg führen werden (dies soll offenbar eine Anspielung auf die von einer durch Hindenburg und Groener gekennzeichneten Gruppe propagierte Arbeitsverweigerung in den Rüstungsindustrien sein.

Neben dem Umsturzprogramme des liberalen Blattes („Abend") erscheint die Haltung der sozialdemokratischen Presse als konservativ.

Reichspost
1./V. 1917.

Innerpolitisches.

Zur Einberufung des Reichsrates.

Am kommenden Donnerstag findet über Einladung des Präsidenten Dr. Sylveſter um 10 Uhr vormittags im Präsidialsalon des Abgeordnetenhauses eine Besprechung der Vorstände der größeren parlamentarischen Klubs statt, um die Vorbereitungsarbeiten für die Reichsratstagung einzuleiten.

Zu diesen Vorbereitungen gehört u. a. die Veranlassung der Enthebung von ungefähr 70 Abgeordneten, welche derzeit Kriegsdienste leisten. Die einleitenden Schritte sind übrigens diesbezüglich bereits von der Kanzlei des Abgeordnetenhauses unternommen worden.

Eine überflüssige Frage ist von den Anregern der Schaffung einer „parlamentarischen Zensurbehörde", bestehend aus Vertretern des Ministeriums des Aeußern, des Kriegsministeriums, der österreichischen Regierung, des Abgeordnetenhauses und der — Zeitungsredaktionen aufgeworfen worden. Nach diesem schönen Plane müßte sich die Volksvertretung bezüglich ihrer Reden und Anträge, ehe diese zur Veröffentlichung gelangen dürfen, eine Oberaufsicht und Ueberprüfung durch eine nur zum geringen Teile aus Parlamentariern bestehende Zensurbehörde gefallen lassen. Die Einrichtung wäre so sehr dem ganzen Geist der Verfassung und des Parlamentarismus entgegengesetzt, daß neben einem solchen unwürdigen Zustande beinahe noch die nackte Parlamentslosigkeit sympathischer erschiene. Entweder traut man dem Abgeordnetenhause oder doch seiner überwiegenden Mehrheit das Verständnis dafür zu, was es dem Vaterlande schuldig ist, welche Rücksichten es zu nehmen hat, was es darf und was es nicht darf, oder man traut ihm dies nicht zu; im letzteren Falle war die Einberufung ein Wagnis, dessen Folgen die Einberufer hinnehmen müssen; im ersteren Falle aber hat einzig und allein das Parlament selbst, beziehungsweise sein Präsident und niemand anderer ein Zensurrecht. Man wird sich schon einmal dazu entschließen müssen, die Präsidialgeschäfte durch eine geeignete Persönlichkeit so führen zu lassen, daß der Parlamentarismus bestehen kann. Der Präsident muß wissen, was er soll und was er kann, und muß gegenüber jeder Widersetzlichkeit und allen Schlichen und Kniffen und Umgehungskünsten einzelner (z. B. leises Reden oder Reden in einer dem Vorsitzenden nicht geläufigen Sprache!) seinen Willen durchzusetzen imstande sein. Er bedarf dazu freilich des starken Rückhaltes an dem Hause, aber noch mehr des eigenen Verantwortungsgefühls. Der Präsident muß wissen, daß er für das, was im Hause mit seiner Zulassung geschieht, die Hauptverantwortung trägt. Er soll diese Verantwortung fürchten, aber nicht sie scheuen oder krumme Wege wandern, um sie abzuschieben. Gegenüber Parlamentsmitgliedern, welche sich weigern, sich den Anordnungen des Vorsitzenden zu fügen und dadurch das Parlament selbst gefährden, muß eben mit der erforderlichen Schärfe aufgetreten werden. Daran wird man erkennen, ob das Haus selbst die Tagung ernstlich will oder nicht. Der Präsident muß wissen, was er zu zensurieren hat, und das Haus muß wissen, daß es, wenn es leben will, seinem Präsidenten fallweise den erforderlichen Rückhalt zu gewähren hat.

Große Umsicht wird die Erledigung der Anfangsgeschäfte des Präsidenten erfordern. Man denke nur an die würdevolle Kundgebung, die der Reichsrat unseren Helden an der Front schuldet, an die Trauerkundgebungen und Nachrufe! Wie viele Ereignisse, die ein Gedenkwort des Präsidenten erheischen, haben sich in der langen parlamentslosen Zeit zugetragen! Der Thronwechsel, die auswärtigen Kundgebungen an unser Parlament, dann die Ermordung des Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh, das Ableben zahlreicher Abgeordneter und von Persönlichkeiten, die, wie der ehemalige Präsident Dr. Kathrein, auf Erinnerungsworte Anspruch haben.

Von den 516 Mandaten sind 35 durch Tod ihrer Inhaber, durch Verzicht oder Gerichtsspruch erledigt und zwar die der gewesenen Abgeordneten: Dr. Adolf Bachmann, Dr. Cesare Battisti, Johann Bis, Franz Burival, Wenzel Choc, Dr. Leonhard Ritter v. Demel, Vaclav Fresl, Franz Fuchs, Franz Grafenauer, Johann Gratz, Otto Günther, Josef Hudec, Wenzel Kotlar, Dr. Kurt Kramar, Paul Krennwallner, Wladimir Kurylowicz, Erhard Lipka, Dr. Alexander Lisiewicz, Rudolf Löbl, Matko Mandic, Dr. Dmitryj Markow, Josef Netolitzky, Dr. Josef Neumann, Dr. Friedrich Pacak, Dr. Wilhelm Pollauf, Franz Povse, Dr. Alois Rasin, Jan Rataj, Franz Rienößl, Georg Schachinger, Ferdinand Seidl, Johann Vojna, Heinrich Wastian, Anton Weiguny, Leopold Winarsky. — Hiezu kommen noch einige Mandate, deren Träger freiwillig oder unfreiwillig am Erscheinen „verhindert" sind, wie Masaryk, Dürich usw.

Neue Freie Presse Abendbl 155
3./V. 1917

Die Vorbereitungen für die Reichsratssession.

Die Parteibesprechungen bei Dr. Sylvester.

Wien, 3. Mai.

Heute haben die Besprechungen der Parteien über die Vorbereitungen für die kommende Reichsratssession begonnen. Vormittags fanden die unverbindlichen Beratungen statt, die Präsident Dr. Sylvester veranlaßt hatte, um die Voraussetzungen für die klaglose Erledigung gewisser mit der Tagung des Abgeordnetenhauses in Zusammenhang stehender Angelegenheiten zu schaffen.

Im Mittelpunkt der Erörterung stehen vornehmlich zwei Fragen: die Reform der Geschäftsordnung und die Präsidentenwahl. Die letztere Frage wird voraussichtlich schon morgen zur Entscheidung kommen, da der Deutsche Nationalverband morgen in seiner Plenarsitzung seinen Kandidaten nominieren wird. In der heutigen Besprechung beim Präsidenten Dr. Sylvester wurde vor allem die Geschäftsordnungsfrage einer Beratung unterzogen und es konnte, wie wir erfahren, insofern ein Resultat erzielt werden, als ein engeres achtgliedriges Komitee eingesetzt wurde, dem die Führer der großen Parteien angehören und das morgen abend um 6 Uhr seine Beratungen aufnehmen wird. Heute wurde bereits über den Vorgang gesprochen, dessen Einhaltung zu einer raschen Reform der Geschäftsordnung führen könnte, und wurde hierüber auch eine prinzipielle Einigung erzielt.

Außerdem wurde in der Besprechung bei Dr. Sylvester auch über die Einsetzung von Ausschüssen ein Einvernehmen der anwesenden Parteienvertreter hergestellt. In der Konferenz wurde auch das Verlangen gestellt, daß die zur Kriegsdienstleistung einberufenen Abgeordneten sofort enthoben oder beurlaubt werden, damit sie an den notwendigen Vorarbeiten für den Reichsrat teilnehmen können. Ferner wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß den Abgeordneten, die im engeren oder weiteren Kriegsgebiete wohnen oder dort gewählt sind, die Freizügigkeit bei Reisen von und nach Wien eingeräumt werde, damit sie mit ihren Wählern in Kontakt treten können. Der Präsident wird sich in dieser Angelegenheit mit der Regierung ins Einvernehmen setzen, damit diesem Wunsche Rechnung getragen werde.

Die Frage der Präsidentenwahl wurde in der heutigen Konferenz gleichfalls besprochen und an Doktor Sylvester das dringende Ersuchen gerichtet, eine auf ihn entfallende Wiederwahl anzunehmen. Dr. Sylvester erklärte jedoch, unbedingt an seinem Entschlusse festzuhalten und eine Wiederwahl unter allen Umständen abzulehnen.

An der heutigen Besprechung nahmen die folgenden Abgeordneten teil: Dr. Groß, Dr. Steinwender, Dobernig, Hummer, Fink, Jung, Dr. Ritter v. Bilinski, Dr. German, Stanek, Tusar, Wernerstorfer, Seitz, Romanczuk, Ritter v. Wassilko, Dr. Koroschec und Simionovici.

Heute nachmittag halten die Vorstände der Deutschen Arbeitsgemeinschaft und des Deutschen Nationalverbandes Sitzungen, die gleichfalls die Vorbereitungen für die Reichsratssession und insbesondere die Frage der Präsidentenwahl zum Gegenstande haben.

Die Verhandlungen über die Sonderstellung Galiziens.

Die meritorischen Verhandlungen des Präsidiums des Polenklubs mit der Regierung über die Sonderstellung Galiziens nahmen, wie wir bereits gemeldet haben, Dienstag in einer Konferenz beim Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic ihren Anfang. An dieser Beratung nahmen auch Finanzminister Dr. v. Spitzmüller, der Minister des Innern Freiherr v. Handel und der Eisenbahnminister Freiherr v. Forster sowie der Minister für Galizien Dr. Bobrzynski teil. Gestern wurden die Beratungen beim Finanzminister fortgesetzt. Für die nächsten Tage sind weitere Konferenzen im Ministerium des Innern und im Eisenbahnministerium in Aussicht genommen.

Die Frage der Präsidentenwahl.

Bei allen Parteien steht derzeit die Frage, wer bei Beginn der neuen Session zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt werden soll, im Mittelpunkte der Erörterung. Im deutschen Nationalverband, dem als der stärksten Partei nach einer seit Schaffung des Volkshauses eingehaltenen Uebung das Vorschlagsrecht zusteht, sind die Meinungen vorläufig noch geteilt. Der größere Teil der Mitglieder des Verbandes dürfte den Abgeordneten Dobernig zum Präsidenten vorschlagen. Insbesondere in der Deutschen Arbeitsgemeinschaft und in der deutschen Agrarpartei ist die überwiegende Zahl der Mitglieder für den genannten Abgeordneten. Eine Minderheit, die hauptsächlich bei den Deutschradikalen Unterstützung findet, tritt für den Abgeordneten Doktor Groß ein. Die Entscheidung über die Präsidentenfrage dürfte voraussichtlich in der morgigen Plenarversammlung des Deutschen Nationalverbandes fallen.

Abendblatt
3./V. 1917
156

Das Wahlreformhandschreiben des Königs und die ungarische Regierung.

Von einem ungarischen Politiker wird uns geschrieben:

Die „Reichspost" traf das Richtige, als sie in ihrer Besprechung des Allerhöchsten Handschreibens an den Grafen Tisza bemerkte, die Stelle über die Erweiterung des Wahlrechts bedeute einen Sieg der Wahlreformforderungen der Oppositionsparteien über den bisher schroff ablehnend gewesenen Standpunkt der Regierung. Es ist sicherlich ein großer moralischer Erfolg der Wahlreformanhänger, daß Graf Tisza seine Unterschrift unter den ihm vom König gewordenen Auftrag setzte, eine Erweiterung des Wahlrechts anzubahnen, „welche der jetzigen großen Zeit und den von der Bevölkerung gebrachten Opfern mit Berücksichtigung der Lebensinteressen des ungarischen Staates entspricht." Es muß immer wieder darauf verwiesen werden, daß dieser königliche Auftrag vom ungarischen Ministerpräsidenten gegengezeichnet ist, daß sich dieser also trotz seiner vorherigen reformgegnerischen Erklärungen aus irgendwelchen Gründen dem König gegenüber zum Inhalt des Auftrages bekannte und durch seine Unterschrift das Versprechen leistete, die vom König gewollte Reform zu verwirklichen.

Blieb Graf Tisza bei diesem Vorsatz? Die „Auslegung" — wie die „Reichspost" die Auslassungen der „Budap. K." über das Allerhöchste Handschreiben sehr zutreffend bezeichnete — des Wahlreformauftrages durch eine „zuständige Stelle" ließ sofort erkennen, daß die Regierung des Grafen Tisza die Absicht hat, den Reformgedanken so lange auf ihrem Prokrustesbett zu strecken und zu amputieren, bis von den edlen Absichten des Königs nur mehr ein kaum noch erkennbarer Rumpf übrig ist. Die Regierung beruft sich auf die vor vier Jahren beschlossene, bisher aber praktisch noch nicht erprobte „weitgehende demokratische" Reform, deren Ergänzung allein bei der Erfüllung des königlichen Auftrages in Betracht kommen könne. Ueber die vor vier Jahren beschlossene „Reform" braucht in den Spalten der „Reichspost" wohl nichts mehr gesagt zu werden, da sie seinerzeit die Mängel des Werkes eingehend besprochen hat, ohne den relativen Fortschritt zu leugnen. Aber zwischen jenem Wahlreformbeschlusse und dem Allerhöchsten Handschreiben liegt nicht mehr und nicht weniger als die ungeheure Umwälzung des Weltkrieges, eine wirtschaftliche, soziale und geistige Entwicklung, die sonst vielleicht Jahrhunderte erfordert hätte. Und welche Folgerung zieht daraus die ungarische Regierung? Wie sieht die von ihr beabsichtigte „Ergänzung" der Tiszaschen Wahlreform aus, die Ergänzung, die nach dem klaren Willen des Königs eine „der jetzigen großen Zeit und den von der Bevölkerung gebrachten Opfern entsprechende Erweiterung" des Wahlrechts sein soll? Die Regierung will „vorschlagen", das Wahlrecht den Inhabern der Tapferkeitsmedaille zuzuerkennen, ebenso „wünscht" sie, daß bei Analphabeten nicht nur ein Steuerzensus von 20 Kronen, sondern auch Grundbesitz im Ausmaße oder in der Bedeutung von acht Joch Ackerland als Voraussetzung für das Wahlrecht genüge. Im übrigen will die Regierung nur noch Detailfragen zur „Erwägung" zulassen.

Es ist klar, daß mit einer solchen „Erweiterung" — die Mehrzahl der Besitzer von Tapferkeitsmedaillen dürfte am Kriegsende zu Unteroffizieren ernannt sein und solche besitzen schon nach dem Wahlgesetz von 1913 das Wahlrecht! — dem Willen des Königs nicht entsprochen würde. Graf Tisza wird sich schon dazu verstehen müssen, der „jetzigen großen Zeit" und den „von der Bevölkerung gebrachten Opfern" ausgiebigere Zugeständnisse zu machen oder aber freimütig zu erklären, daß er sich außerstande sehe, dem von ihm gegengezeichneten Auftrag des Königs im vollen Ausmaße gerecht zu werden. Eine dritte Möglichkeit ist ausgeschlossen. Die Bevölkerung Ungarns dürfte es in der überwiegenden Mehrheit vorziehen, sich an den Wortlaut des Allerhöchsten Handschreibens zu halten, als mit den halbamtlichen Verkleinerungsnachworten zu begnügen. Sie wird es lieber mit dem König halten, der bauen will, als mit den Kärrnern, die zu tun bekommen. Die Oppositionsparteien aber, deren Wahlreformwünschen zwar in dem Allerhöchsten Handschreiben, nicht aber in den Regierungskommentaren Genüge geschah, besitzen nun in dem von Grafen Tisza gegengezeichneten Schriftstück das Instrument, mit dem sie bei einiger Besonnenheit an das Ziel ihrer Wünsche zu gelangen hoffen dürfen, und das sie bisher fälschlich auf anderem als dem verfassungsmäßigen Wege erreichen zu können glaubten.

Berner Bund

4./V. 1917

159

König Karls ungarische Reformbestrebungen

(Von unserem Korrespondenten)

nk. Budapest, 29. April 1917.

Ganz Ungarn ist heute erfüllt von freudigster Sensation. König Karl hat an den Ministerpräsidenten Grafen Tisza ein allerhöchstes Handschreiben gerichtet, in welchem er die ungarische Regierung auffordert, ihm Vorschläge zu unterbreiten, die seine „dankbare Anerkennung für die in den schicksalsschweren Tagen des gegenwärtigen Weltringens bekundete staunenswerte Kraftentfaltung und patriotische Haltung der Nation" in einer Reihe von Volkswohlfahrtsverfügungen und in einer Ausdehnung des Wahlrechts zum Ausdruck bringen sollen.

Der Wunsch des Königs, das Wahlrecht auszudehnen, es insbesondere allen jenen zu erteilen, die mit ihrem Leib das Vaterland beschützten, die ihr Blut für König und Land vergossen, ist auch der einstimmige Wunsch des Volkes und seiner unabhängigen es ehrlich mit diesem meinenden Vertreter. Das Wort des jungen Königs ist umso höher anzuschlagen, als es seinem eigensten Empfinden, seiner persönlichen Initiative zu danken ist, ihn als einen von modernem Geist erfüllten Monarchen charakterisiert. Er selbst hat in diesem Punkt den Grafen Tisza erst umstimmen, mit jugendlicher Kraft die Bedenken des einer ausgesprochenen Junkerpolitik ergebenen Grafen überwinden müssen.

Graf Tisza hat sich noch vor kaum 14 Tagen entschieden gegen jede Ausdehnung des Wahlrechts ausgesprochen. Im Magnatenhaus und im Klub seiner Partei hat er erklärt, daß eine neuerliche Vermehrung der Wähler eine Gefahr für die ungarische — d. h. magyarische — Nation bedeuten würde. In langen Reden führte er damals aus, daß die vor dem Krieg votierte „Reform" des Wahlrechts noch gar nicht erprobt worden sei, daß es ein nationales Unglück bedeuten würde, wenn man einen Sprung ins Ungewisse tun und dem Terrorismus radikaler Schlagworte nachgeben wollte. Schon die vor vier Jahren erfolgte Herabsetzung des Wahlzensus sei vielleicht ein allzu kühner Schritt nach vorwärts gewesen, die Zukunft sollte beweisen, ob man nicht schon „zu weit" gegangen sei. Graf Tiszas Ausführungen fanden natürlich den warmen Beifall seiner treuen Mameluken, obwohl die nationale Arbeitspartei gerade durch ihr Programm des allgemeinen Wahlrechts bei den Wahlen die Majorität erzielt hatte. Umso heftiger wurde in den letzten Tagen — insbesondere seit dem Erscheinen des berühmten Ostererlasses des Deutschen Kaisers betreffend das Wahlrecht in Preußen — die Wahlrechtsfrage in Ungarn von der Opposition propagiert. Man erinnert sich der stürmischen Vorgänge in der Sitzung des Abgeordnetenhauses, die zur Vertagung desselben geführt haben und bei welchen die Opposition den Grafen Tisza auf das heftigste bekämpfte und ihm gedroht hatte, daß das Haus nichts arbeiten werde, wenn er nichts zugunsten der Ausdehnung des Wahlrechts, insbesondere auf die im Felde Stehenden veranlassen würde. Nach der Vertagung des Hauses sprach man auch allgemein von einer Krise und erwartete geradezu stündlich die Demission Tiszas, da man in eingeweihten Kreisen wußte, daß König Karl schon vor Kaiser Wilhelm einen Schritt zugunsten der Demokratisierung des Wahlrechts geplant hatte und man bei der legendären Charakterfestigkeit Tiszas nicht anzunehmen wagte, daß er unter dem Einfluß des Königs so rasch seine traditionelle Ueberzeugung über Bord werfen würde. Jedenfalls hat nun König Karl gesiegt, inwieweit Tisza auch innerlich zum Fortschritt bekehrt wurde, bleibt dahingestellt.

Das ungarische Wahlrecht ist trotz seiner von dem jetzt noch gewählten Reichstag vor vier Jahren beschlossenen Reform noch sehr rückständig. Es war bis dahin eigentlich nur ein Privilegium der begüterten Klassen und die verfassungsmäßige Garantie für die Oligarchie der Gentry. Diese wollte bekanntlich zuerst das Kabinett Fejervary brechen und sein Minister des Innern, Josef Kristoffy, überraschte im Jahre 1906, also zu einer Zeit, wo in Oesterreich noch niemand an das bald darauf erfolgte Ende des Kurienparlamentes dachte die Welt mit dem Entwurf eines neuen Wahlrechtes für Ungarn, das auf breitester demokratischer Grundlage beruhte und das Prinzip der allgemeinen, direkten und geheimen Abstimmung einführen wollte. Kristoffy drang nicht durch, seine Anregung und seine Ideen wirkten aber fort. 1910 wurde das allgemeine Wahlrecht in Oesterreich eingeführt und in Ungarn kam es und zwar erst 1913 nur zu einer teilweisen Wahlreform, die aber keine wesentliche Aenderung der politischen Verhältnisse ergab, zumal sie praktisch noch gar nicht zur Erprobung kam. Seither ist die Situation eine durchaus neue. Durch ganz Europa geht durch den Weltkrieg entfacht ein neuer Zug. Die Helden des ungarischen Volkes haben im harten Kampf an der Front ihre Tüchtigkeit bewiesen, gezeigt daß sie ihren Staat schützen und stützen können. Sie vor allem verdienen, daß man ihnen im Frieden nun auch jene Rechte einräumt, die andere Völker längst besitzen.

Auch auf dem Gebiet der Volkswohlfahrt ist in Ungarn noch viel zu tun. Zahlreiche sozialpolitische Institutionen, die sich anderwärts seit langer Zeit bewährten, fehlen hier noch ganz. Es heißt, daß die neuen Entwürfe außer den im Interesse der Invaliden, Kriegswitwen und Kriegswaisen erfolgenden Verfügungen die Befriedigung der sanitären und kulturellen Ansprüche des Volkes zum Ziele haben, sowie darauf gerichtet sein sollen, die Besitzerwerbung möglichst breiten Volksschichten zugänglich zu machen, die Reform und Ergänzung der Arbeiterversicherung und die naturgemäß anschließende entsprechende Anerkennung und Regelung der Arbeitergewerkschaften anstreben werden. Die Regierung wird sich auch mit einer Regelung der Bezüge, des Avancements und der Lebensverhältnisse der Beamten befassen müssen.

Der heutige Tag wird daher — sofern der Wille des Königs ehrlich und ganz durchgeführt werden wird — für Ungarn und sein Volk von epochaler Bedeutung werden.

Pester Lloyd
4./V. 1917

Die Christlichsozialen für das Wahlrecht und den Frieden.

Der christlichsoziale Verband hielt gestern abend unter dem Vorsitze des Abgeordneten Alexander Gießwein eine Sitzung, in der einstimmig für das allgemeine, geheime Wahlrecht Stellung genommen wurde. Man beschloß, in dieser Angelegenheit eine Petition an den König zu richten. Der Verband schloß sich ferner der Aktion zur Erbauung einer Friedenskirche an. Abgeordneter Gießwein wies sodann auf die Aktion zur Verbesserung der materiellen Lage der staatlichen und städtischen Beamten hin, und der Verband beschloß, diese Aktion nach Kräften zu unterstützen. Der Verband wird Pfingsten in Budapest eine Landesversammlung halten, in der alle diese Fragen eingehend erörtert werden sollen.

Westungarischer-Grenzbote 161 4 9
4/V. 1917

Zur Einberufung des Reichsrates.

Wien, am 2. Mai.

Die Einberufung des Reichsrates, der am 30. Mai seine Arbeiten wieder aufnehmen soll, rückt eine ganze Reihe innerpolitischer Fragen in den Vordergrund. Nahezu drei Jahre währt jetzt der Krieg und die ganze lange Zeit hindurch schwieg Oesterreichs Volksvertretung. Während alle kriegführenden Staaten ihre Parlamente tagen ließen, mußte das österreichische ausgeschaltet werden. Das hatte gewiß seine guten Gründe. Niemand empfand es, als der Krieg ausgebrochen war, als irgendwelche Beschränkung, weil gleichzeitig die Session des österreichischen Reichsrates geschlossen wurde, womit jede Tätigkeit auf so lange unterbunden war, bis der Kaiser die Wiedereinberufung des Reichsrates ausdrücklich aussprach. Damals standen wir ja alle unter dem beschämenden Eindrucke der vollständigen Lahmlegung der Arbeitsfähigkeit unserer Volksvertretung. Der Mißbrauch der Redekanzel zu Kundgebungen, deren einziger Zweck es war, daß sie zum Fenster hinausgeschrien wurden, um draußen Werbearbeit zu leisten, die sonst, wenn der Schutz der Immunität wegfiel, nicht geleistet werden konnte, hat zu argen Mißbräuchen geführt und schien bei vielen Abgeordneten der einzige Zweck ihres Mandats zu sein. Das Aergste für die Beurteilung der Dinge bei uns daheim im feindlichen und auch im neutralen Auslande war zu befürchten, wenn dieser Mißbrauch des immunisierten Rederechtes der Abgeordneten fortbestehen blieb. Das war aber gewiß nicht der einzige Grund für die Heimschickung des Abgeordnetenhauses bei Kriegsbeginn, es gab deren noch mehrere andere und alle zusammen erzeugten in den weitesten Volkskreisen nur ein Gefühl der Erleichterung, als ob man sich von einer Last befreit fühlte. So hat tatsächlich das österreichische Abgeordnetenhaus sich selbst zur Untätigkeit während des Krieges verurteilt und es heißt die Tatsachen ins Gegenteil umlügen, wenn man anderes behauptet.

Wenn dann später im Verlaufe des Krieges mit seinem mannigfachen, insbesondere mit den im Hinterlande sich zeigenden Erscheinungen auf wirtschaftlichem Gebiete, das Verlangen nach dem Abgeordnetenhause und seiner Rednertribüne wieder wach wurde, so hat das mit den Gründen nichts zu tun, die zu seiner Heimschickung bei Beginn des Krieges notwendigerweise geführt hatten. Damit ist nur der Beweis erbracht, daß es niemandem bei uns einfällt des unfähigen Abgeordnetenhauses wegen auf die Verfassung selbst verzichten zu wollen. Sie soll, sie muß uns erhalten bleiben und gerade gewisse Erscheinungen während des Krieges haben uns gelehrt, daß wir ohne Verfassung einer gesunden Volksvertretung einfach nicht leben, als Völkerstaat und Wirtschaftsverband nicht bestehen können. Wir brauchen eine Volksvertretung. Aber die muß grundverschieden sein von jener, die wir in Erinnerung haben, weil die andere, die vor ihr lebte und wirkte, schon längst unserem Gedächtnisse entschwunden ist. Wir brauchen eine Volksvertretung und die Zeit während des Krieges, da sie völlig stillstand, hat uns den Beweis dafür gebracht.

So war es naturgemäß, daß die geeinten deutschbürgerlichen Parteien sich zwar für die Einberufung des Reichsrates jederzeit aussprachen, aber um eben eine Wiederholung der Schauspiele vor Beginn des Krieges im griechischen Hause auf dem Franzensringe zu vermeiden, gewisse Sicherungen verlangten, die gegeben werden sollten, bevor man das Einberufungspatent erließ. Dieses logisch richtige und praktisch allein wirksame Mittel sollte dem Abgeordnetenhause seine Arbeitstätigkeit und damit seine gesunde Macht im Interesse des Staates und seiner Völker geben. Es ist bezeichnend und wird auch für die Zukunft zur Belehrung weitester Kreise dienlich sein, daß gerade jene Parteien, die am lautesten nach der Volksvertretung schrieen, um damit zu zeigen, daß sie die „wahren Verfassungsfreunde" sind, gegen die notwendigen Sicherungen für die Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses waren. Diese Kreise haben mit ihrem rein doktrinären Widerstande recht behalten, das Abgeordnetenhaus wird am 30. Mai zusammentreten und es wird für seine Arbeitsfähigkeit denselben Mangel an Bedingungen finden, der es vor Kriegsausbruch gekennzeichnet hat. Die deutschen Parteien trifft keine Schuld, wenn sich Szenen wiederholen, die zum Kennzeichen des österreichischen Abgeordnetenhauses gehörten, die ihm aber sicher nicht zur Ehre gereichten. Was an den deutschbürgerlichen Parteien lag, haben sie getan und haben sie gefordert. Sie wünschen, daß die Erkenntnis aus den Erfahrungen des Krieges klar und tief genug sein möge, um die anderen Parteien auf denselben Standpunkt zu führen, auf dem die deutschbürgerlichen Parteien jetzt stehen. Sie wollten ein arbeitsfähiges Parlament und verlangten deswegen gewisse Sicherungen. Da diese nicht gegeben sind, so fürchten sie einen Zusammenbruch des Parlamentes zum Schaden der Volksvertretung. Sie werden aber alles tun, damit dieser Zusammenbruch vermieden werde. Was an den deutschbürgerlichen Parteien liegt, soll geschehen, um das Abgeordnetenhaus seiner Aufgabe im Dienste des Volkes und des Staates zuzuführen. Aber die deutschbürgerlichen Parteien können nicht die Bürgschaft für andere übernehmen und müssen darum die Verantwortung für die Einberufung des Reichsrates, wenn dieser versagen sollte, ablehnen.

—k.

Die Zeit
4./V. 1917

Kundgebung für das Frauenwahlrecht.

Die bürgerlichen Frauenorganisationen Wiens veranstalten zur Erringung des Frauenwahlrechtes eine Reihe von Kundgebungen, die gestern abends in einer massenhaft besuchten Versammlung des Allgemeinen Oesterreichischen Frauenvereins im Saale des Gewerbevereins eingeleitet wurden. Die Vorsitzende Vizepräsidentin Frau Leopoldine Kulka bemerkte in ihrer Eröffnungsansprache, daß die Frage des Frauenwahlrechtes durch die russische Revolution ins Rollen gebracht wurde. Es könne keine echte Demokratie geben, die den Frauen ihr Recht vorenthalten würde, denn Demokratie ist Volksherrschaft, und die Hälfte des Volkes besteht aus den Frauen. Das Frauenwahlrecht müsse ein allgemeines, gleiches und direktes sein. Es wurde einstimmig eine Resolution beschlossen, worin das Erstarken der Demokratie in allen Ländern freudig begrüßt wird. Bewegten Herzens blicken die Versammelten auf das russische Volk, auf seine Erhebung aus jahrelanger Knechtschaft. Sie verzeichnen mit Anteilnahme die Ankündigung der Wahlreform in Preußen und sprechen den Arbeitern Ungarns zu dem würdigen Kampf um ihr Recht die wärmste Sympathie aus. Sie hoffen, daß in Oesterreich mit der endlichen Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen durch die bevorstehende Eröffnung des Reichsrates die Ausschaltung der Volksvertretung endgültig beseitigt erscheint. Sie begrüßen mit freudiger Genugtuung, daß das Gemeindewahlrecht in Wien und anderen Städten Oesterreichs auf neue demokratische Grundlagen gestellt werde, und insbesondere, daß den Frauen gegenüber solange geübte Unrecht endlich gutgemacht werden soll. Indem sie ihrer festen Ueberzeugung Ausdruck geben, daß das neue Gemeindewahlrecht unterschiedslos allen Frauen zukommen muß, erheben sie klar und unbedingt die Forderung nach dem persönlichen, allgemeinen, gleichen und direkten, aktiven und passiven Gemeindewahlrecht der Frauen. Sie betrachten dies als ersten Schritt, dem in kürzester Frist die Zuerkennung des politischen Frauenwahlrechtes folgen müsse.

Fremdenblatt
5./V. 1917

Das Frauenwahlrecht.

Von Helene Granitsch,
Präsidentin der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs.

Das kommunale Wahlrecht der österreichischen Frauen betreffend vertrete ich den Standpunkt, daß die Frauen durch ihre Arbeit im Weltkriege bewiesen haben, daß sie reif dafür sind, ihre staatsbürgerlichen Rechte auszuüben, so wie sie ihre staatsbürgerlichen Pflichten erfüllt haben. Die Bevölkerung hat ein Anrecht darauf, daß in dieser Zeit des notwendigen wirtschaftlichen Wiederaufbaues alle verfügbaren Kräfte für das Gesamtwohl herangezogen werden.

Daß die Frauen sich für die Verwaltungsarbeit in der Gemeinde eignen, erhellt daraus, daß die Aufgaben der Kommune in engstem Zusammenhang stehen mit dem ureigensten Wirkungskreis der Frau in Haus und Familie. Die Approvisionierungsfrage, die Wohnungsfürsorge, die Jugendpflege, Schulfragen, der Säuglings- und Mutterschutz gehören zu den wichtigsten Aufgaben einer wohlorganisierten Gemeindewirtschaft und kein objektiver Beobachter wird sagen können, daß den Frauen gerade zur Lösung solcher Fragen das Verständnis mangelt. Denken Sie nur daran, was die Frauen gerade auf diesen Gebieten schon bisher ohne Wahlrecht geleistet haben. So z. B. der Säuglings- und Mutterschutz. Das war von jeher eine besondere Fürsorgetätigkeit der Frauen. Das liebste Kind meiner Kriegsfürsorgearbeit — die Kriegspatenschaft — hat bereits mehr als eine Million Kronen pro Jahr für Zwecke des Säuglings- und Mutterschutzes in Wien allein verausgabt, und in ausgezeichneter Organisation funktioniert der ärztliche Hilfsdienst, unterstützt von der unermüdlichen Arbeit der Schwestern und Pflegerinnen. Dann die Arbeit der Frauenhilfsaktion im Kriege, die von zirka 900 Wiener Frauen seit dem Jahre 1914 in aufopferungsvollster Weise geleistet wird. An der Spitze der Hilfsaktion steht bekanntlich die Frau des Bürgermeisters, Bertha Weiskirchner. Wenn der Arbeitslosigkeit abgeholfen, wenn die völlige Mutlosigkeit und der Zusammenbruch der hilfesuchenden Frauen immer wieder verhütet werden konnte, es ist den Frauen zu danken, die unermüdlich und stets gütig und hilfsbereit ihren Dienst in der Gemeinde auf dem Gebiete der Fürsorgetätigkeit bisher versehen haben.

Die Versammlungen, die nunmehr eingesetzt haben, werden den geeinten Willen der Wiener Frauen zum Ausdruck bringen, und wir hoffen, daß die Wahlrechtsbewegung der Frauen in vollem Gegensatz zu den abstoßenden Kämpfen, die bisher allen politischen Wahlen zur notwendigen Begleiterscheinung geworden waren, stehen wird. Sowie in Norwegen den Frauen das aktive und passive Wahlrecht als selbstverständliche Folge der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Zeit zugefallen ist, so gebe auch ich mich der Hoffnung hin, daß uns Oesterreicherinnen vorerst auf dem Gebiete der Kommunalverwaltung ohne Widerstand die vollen Staatsbürgerrechte nunmehr zugestanden werden. Mögen nur die Frauen in ihrer Gesamtheit sich der Bedeutung dieser Zeit bewußt sein und mögen sie die Pflichten, die ihnen die Zeit auferlegt, mit dem vollen Ernst und mit voller Hingebung erfüllen. Die Frau, die zur Zeit des Weltkrieges lebt, muß eben andere Gedankengänge verfolgen und ihren Wirkungskreis großzügiger auffassen als die glückliche, in ihrer Häuslichkeit wohlbehütete Frau des Vormärz.

Neue Freie Presse

5./V. 1917

Wien, 4. Mai. (Das Elaborat des Polenklubs und die Sonderstellung Galiziens.) Wie man uns aus Lemberg meldet, enthält das von der parlamentarischen Kommission des Polenklubs fertiggestellte Elaborat über die Sonderstellung Galiziens außer den bereits veröffentlichten noch folgende Bestimmungen über das Verhältnis der galizischen gesetzgebenden Körperschaften zum österreichischen Reichsrat: Zur Beratung der mit Oesterreich gemeinsamen Angelegenheiten haben die polnische und die ruthenische Kurie des galizischen Landtages 78 polnische und 28 ruthenische Abgeordnete in den Reichsrat zu entsenden. Die Mitglieder des galizischen Oberhauses (Senats) werden in dieser Abordnung mit 20 Prozent vertreten sein. Für die Delegationen wird diese galizische Abordnung sieben Mitglieder und zwei Ersatzmänner und das galizische Oberhaus vier Delegierte und einen Ersatzmann zu bestimmen haben. Der Minister für Galizien hat mit dem österreichischen Ministerpräsidenten sein und des galizischen Kanzlers Ernennungsschreiben zu kontrasignieren. Er gilt den österreichischen und den galizischen Vertretungskörperschaften als Repräsentant der galizischen Regierung, er nimmt an den Verhandlungen über den österreichischen Ausgleich mit Ungarn und über die Handelsverträge sowie über die Feststellung der Eisenbahn- und Schiffahrtstarife teil und wohnt auf Einladung des Kanzlers den Beratungen der galizischen Landesregierung bei. Der Kanzler kontrasigniert die Ernennung der Mitglieder der galizischen Regierung sowie die Sanktion der Gesetze und beteiligt sich mit beratender Stimme an den Sitzungen des österreichischen Ministerrates. Der Landeskredit soll sichergestellt werden durch die Zuerkennung des Rechtes der Pupillarsicherheit der galizischen Wertpapiere in ganz Oesterreich, wie auch durch die Belehnungsmöglichkeit dieser Papiere, wie diese für die österreichischen Staatspapiere besteht. In der Verwaltung der Oesterreichisch-ungarischen Bank wird ein von der galizischen Regierung vorgeschlagenes Mitglied die Interessen Galiziens zu wahren berufen sein. Der österreichische Staatsschatz hat dem Lande Galizien eine Subvention in Form eines Investitionsdarlehens im Laufe der ersten fünf Jahre bis zur Höhe von 500 Millionen, ferner in Form der Amortisierung der Galizien zur Deckung der laufenden Abgänge erteilten Darlehen und durch die Effektuierung der im Gesetze vom 11. Juni 1901 zum Bau der galizischen Wasserstraßen zuerkannten Kredite zu gewähren. Die neue Landesverfassung Galiziens soll spätestens ein Jahr nach dem Friedensschlusse ins Leben treten. Bis dahin ist das Budget Galiziens im Rahmen des österreichischen Staatsvoranschlages vom österreichischen Reichsrat zu beschließen, und zwar unter Beteiligung der galizischen Abgeordneten und Herrenhausmitglieder. Bis zum Inslebentreten der galizischen Landesverfassung wird in Wien eine provisorische Vertretung Galiziens aus den Reichsratsabgeordneten und den Herrenhausmitgliedern Galiziens bestehen.

Neues Wiener Tagblatt

5./V. 1917

Vollversammlung der Deutschradikalen Vereinigung.

Gestern vormittag fand eine Sitzung der Deutschradikalen Vereinigung statt, an der sämtliche Abgeordneten der Partei, soweit sie nicht dienstlich verhindert waren, teilnahmen. Nachdem der Vorsitzende Abg. Wolf den zum erstenmal in der Vollversammlung erschienenen Abgeordneten Doktor Kindermann auf das herzlichste begrüßt hatte, wurde in die Tagesordnung eingegangen und der Bericht der Abgeordneten Wolf und Pacher über die politische Lage entgegengenommen. Unter einem wurde die Frage der Besetzung der Stelle des Präsidenten im Abgeordnetenhause einer eingehenden Erörterung unterzogen, an der sich unter andern die Abgeordneten Berndt, Heine, Mag. Hummer, Dr. Kindermann, Kroy, Dr. Roller, Dr. Sommer, Dr. Tobisch und Dr. Wichtl beteiligten. Der von den Vertretern der Partei im Vorstande des Deutschen Nationalverbandes eingenommene Standpunkt fand die einhellige Billigung der Versammlung, die an der Kandidatur des Abgeordneten Dr. Groß treu festhalten zu wollen erklärten. Abg. Mag. Hummer verlangte und erhielt Weisungen hinsichtlich der ihm übertragenen Vertretung der Partei im sogenannten Neunerausschuß, welcher sich mit der Frage der Geschäftsordnung zu befassen hat und dem Vertreter der verschiedenen großen Verbände des Abgeordnetenhauses angehören.

Die Zeit
K. k. Zeitungsarchiv Wien.

5./V. 1917

171

Dr. Groß — Präsidentschaftskandidat.

Dobernig — Obmann des Nationalverbandes.

* Wien, 4. Mai.

Der Nationalverband hat in seiner heutigen Vollversammlung den Abg. Dr. Groß für die durch den Rücktritt des Dr. Sylvester freigewordene Präsidentenstelle des Abgeordnetenhauses als Kandidaten nominiert. Hierauf zog Abg. Dobernig, für den bekanntlich die Deutsche Arbeitsgemeinschaft agitierte, seine Kandidatur zurück. Er erklärte ausdrücklich, daß ihn Erwägungen persönlicher sowie politischer Natur und die Wahrung der Einheit der deutschen Partei bewogen hätten, seine Kandidatur zurückzuziehen. Dr. Groß erwiderte darauf, er könnte sich nur schwer entschließen, die Präsidentenstelle anzunehmen, doch tue er es nur aus politischem Pflichtgefühl und im Hinblick auf die schweren politischen Zeiten, denen wir entgegengehen.

Bei der Wahl wurden 48 Stimmzettel abgegeben, von denen 38 auf Dr. Groß entfielen, 6 blieben leer und 2 wurden für Mag. Hummer abgegeben.

Der Vorsitzende der Versammlung Dr. Damm und Dr. Groß sprachen dem Abg. Dobernig ihren Dank aus, der auch im Parteibeschluß formell ausgedrückt wurde. Der Verband hoffe, daß sich Dobernig ihm zur Verfügung stellen werde, wenn der Verband seiner bedürfe. Abg. Dobernig ist nämlich ausersehen, für den Fall der Wahl des Dr. Groß zum Präsidenten Obmann des Nationalverbandes zu werden.

Ueber die Stellung der anderen Parteien zur Kandidatur des Dr. Groß ist vorläufig noch nichts bekannt. Man setzte ein Komitee ein, das sich bezüglich der Präsidentenwahl mit den anderen Parteien ins Einvernehmen setzen soll.

Hierauf wurde beschlossen, die übrigen Anlegenheiten auf die Tagesordnung der nächsten Vollversammlung des Nationalverbandes zu setzen, die Donnerstag den 10. d. stattfinden wird; Dr. Groß schloß hierauf die Sitzung.

Die Verhandlungen mit den anderen Parteien.

Wie die Deutschen Nachrichten erfahren, haben die Verhandlungen mit den Parteien des Abgeordnetenhauses in der Präsidentschaftsfrage bereits begonnen.

Beratung der Deutschradikalen.

Die Politischen Tagesbücher melden: Heute nachmittags fand eine Sitzung der Deutschradikalen Vereinigung statt, in der nach Berichten der Abgeordneten Wolf und Pacher über die politische Lage in Erörterungen über die Präsidentenwahl für das Abgeordnetenhaus eingegangen wurde. Die Versammlung erklärte nach eingehender Beratung, an der Kandidatur des Dr. Groß festhalten zu wollen. In der Debatte brachte Abg. Dr. Wichtl zur Sprache, daß nach verschiedenen Blättermeldungen eine Begnadigung von politischen Verbrechern geplant sei und legte Verwahrung dagegen ein. Er erhielt den Auftrag, über den Gegenstand eingehende Informationen einzuholen und dem Vorstand des Nationalverbandes hierüber Bericht zu erstatten.

Neue Freie Presse

6./V. 1917

173

Antwort des Kaisers an den Obmann des Polenklubs.

Ueber die Zukunft von Galizien und Polen.

Wien, 5. Mai.

Der Kaiser hat heute beim Empfange des Präsidiums des Polenklubs in Krakau auf die Ansprache des Obmannes Ritter v. Bilinski folgendes erwidert:

„Mit besonderer Freude höre Ich die Kundgebung bewährter Ergebenheit und Anhänglichkeit, die Sie Mir namens der polnischen parlamentarischen Vertretung zum Ausdruck bringen, und nehme gern den Anlaß wahr, mit vollster Anerkennung der Treue zu gedenken, die Ihr Land in schwerer Kriegsbedrängnis erhärtet hat. Seien Sie Meines wärmsten Verständnisses für die Bedürfnisse Ihrer Heimat in dieser großen, schweren Zeit sicher.

Das von gegenseitigem Vertrauen erfüllte persönliche Verhältnis, das sich zwischen weiland Meinem erlauchten Großoheim und den Polen herausgebildet, will Ich Mir erhalten. Von aufrichtigen Sympathien für die polnische Nation beseelt und ihre Gefühle verstehend, will Ich an dem neuerrichteten polnischen Staat mitbauen und das Handschreiben Meines hochseligen Vorgängers vom 4. November 1916 verwirklichen. Möge das Land darin ein gewichtiges Zeichen Meines hervorragenden Vertrauens erblicken, wodurch die Eintracht der beiden das Land bewohnenden Völker geschaffen und Galizien um so inniger Mir und Meinem Hause verbunden werden soll."

Arbeiterzeitung
7./V. 1917

Der Wahlrechtskampf der Wiener Arbeiterinnen.

Die große Frauenkundgebung für das allgemeine Wahlrecht der Frauen, die gestern im Konzerthaussaal stattfand, nahm einen eindrucksvollen, überaus erhebenden und würdigen Verlauf. Wenn etwas, so hat diese Versammlung den Beweis erbracht, daß das Frauenwahlrecht und die Erlangung politischer Gleichberechtigung für die Frau nicht mehr bloß eine theoretisch-akademische Sache ist, sondern daß in der Frauenwelt, insbesondere aber in der proletarischen, ein starker, ernster Drang nach politischer Betätigung und nach Einflußnahme lebendig geworden ist. Zweifellos — und dies ging auch aus dem Verhalten der Versammlung deutlich hervor — hat der Krieg in den Köpfen der Frauen revolutionierend gewirkt und ihnen die Ueberzeugung beigebracht, daß es bei der zukünftigen Gestaltung Europas und bei der Sicherstellung von Zuständen, die fürderhin eine Kriegsgefahr ausschließen, stark auf sie ankommt. Die Frauen sind die gebornen Friedenspolitikerinnen und ihr nun erwachtes Bedürfnis, in aller Zukunft das Gewicht ihres Willens zu Gunsten eines dauernden Friedens in die Wagschale zu werfen, wird nicht mehr einzuschläfern sein. Das hat sich gestern deutlich erwiesen. Die Versammlung, die dem Wahlrecht galt, hat sich in völlig spontaner Weise zu einer Friedenskundgebung gestaltet. Und zwar zu einer sehr beachtenswerten schon nach der bloßen Zahl der Wiener Arbeiterfrauen, die dort im Konzerthaussaale zusammengeströmt waren, um auszudrücken, was sie wollen. Man ist zur Feststellung dieser Zahl nicht auf bloße Schätzungen angewiesen, denn man weiß, wie viele Personen der Konzerthaussaal bei voller Besetzung faßt. Da nun mindestens tausend Personen keinen Platz finden konnten, so betrug die Zahl der Anwesenden — fast ausschließlich Frauen und zum weitüberwiegenden Teile Arbeiterinnen — mindestens 3500. Um zu ermessen, was das heißt, muß man noch bedenken, daß diese 3500 ja doch nur eine Delegation der vielen anderen geplagten und gequälten proletarischen Frauen darstellen, die nach der mühseligen Hetzjagd, zu der sie Sonntag vormittag verurteilt sind, nach stundenlangem Stehen vor den Lebensmittelgeschäften und Marktbuden nachmittags ermüdet zusammenbrechen und sich nicht mehr entschließen können, eine entlegene Versammlung zu besuchen.

Die Kundgebung wurde eingeleitet durch die Begrüßungsansprache der Vorsitzenden Amalie Seidl. Nach ihr ergriff Adelheid Popp das Wort, um in ausführlicher kraftvoller Weise die beantragte Entschließung, die in energischen Worten das allgemeine Wahlrecht für die Frauen fordert, zu begründen. Diese Ausführungen erregten so wie die folgenden besonders an jenen Stellen, die sich mit der Friedensfrage befaßten, fesselosem Beifall. Es sprachen nun Abgeordneter Ellenbogen im Namen der Parteivertretung, Abgeordneter Reumann im Namen der Gemeinderatsfraktion, Abgeordneter Pernerstorfer im Namen der Parlamentsfraktion, dann für die gewerkschaftlich organisierten Frauen Anna Boschek, worauf nach einem packenden Schlußwort Amalie Seidels die Entschließung unter stürmischem Beifall angenommen wurde. Um 6 Uhr abends endete die Versammlung, die um 3 Uhr nachmittags begonnen hat. Eine Kundgebung auf der Straße fand nicht statt.

Pester Lloyd

Abendblatt
8.IV. 1917

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa und das Wahlrecht der Industriearbeiter.

In der Form einer nachträglichen Polemik gegen eine Rede, die Graf Albert Apponyi vor mehreren Wochen im Abgeordnetenhause gesprochen und die unter vielen anderen Fragen auch diejenige des Wahlrechts der Industriearbeitek erörtert hat, kommt ein heute im Az Ujság veröffentlichter Artikel des Grafen Stefan Tißa auf dieses Thema zurück, um in sehr bemerkenswerten Ausführungen einen ergänzenden Kommentar zu dem halbamtlichen Communiqué zu liefern, das am 28. April als Anhang des an den Ministerpräsidenten gerichteten königlichen Handschreibens veröffentlicht worden ist.

In dieser offiziösen Verlautbarung hatte die Regierung bekanntlich der im königlichen Handschreiben an den Ministerpräsidenten gerichteten Aufforderung, Vorschläge über die Ausdehnung des Wahlrechts vorzubereiten, die Deutung gegeben, die Gesetzgebung habe vor kaum vier Jahren eine weitgehende demokratische Wahlrechtsreform geschaffen und mithin könne im gegenwärtigen Augenblick eher nur von einer Ergänzung des bisher noch gar nicht erprobten Reformwerkes die Rede sein; gleichzeitig deutete die offiziöse Verlautbarung den Umfang dieser Ergänzung an, indem sie mitteilte, daß die Inhaber der Tapferkeitsmedaille und die Eigentümer von acht Joch Ackerfeld des Wahlrechts teilhaftig werden sollen.

Wir bemängelten damals in unseren Ausführungen über das königliche Handschreiben und den halbamtlichen Kommentar, daß die ganze industrielle Arbeiterschaft bei dieser Ergänzung des Wahlrechtes leer ausgehen würde, obgleich sie in den Werkstätten des Hinterlandes ihre patriotische Pflicht vollauf erfüllt und auch an ihrem Teil sehr wesentlich zu der wunderbaren Kraftentfaltung der Nation beigetragen habe. Gleichzeitig betonten wir, daß, wer dem Landmanne, der acht Joch Feld bewirtschaftet, die politische Reife zutraue, von dem Wahlrechte den richtigen Gebrauch zu machen, nicht die Auffassung haben dürfe, daß der organisierte Arbeiter, der auf erheblich höherer Bildungsstufe steht und durch seine Leistungen im Kriege nicht bloß seine staatsbürgerliche Zuverlässigkeit, sondern auch seine Bedeutung für die nationale Wehrhaftigkeit bewiesen habe, vom Wahlrechte auszuschließen sei.

Der Artikel, den Graf Stefan Tißa heute im Az Ujság veröffentlicht, entwickelt nun in eingehender Weise den Standpunkt des Ministerpräsidenten in der Frage des Wahlrechtes der industriellen Arbeiterschaft. Er geht davon aus, das Wahlgesetz vom Jahre 1913 habe unter den industriellen Arbeitern über dreißig Jahren einen viel größeren Teil des Wahlrechtes teilhaftig werden lassen, als dies in anderen Gesellschaftsklassen der Fall war, und wenn man prüfe, welchem Quotienten der Männer über vierundzwanzig Jahren in den einzelnen Gesellschaftsklassen das Wahlrecht eingeräumt worden, so befinde sich auch dann die Klasse der industriellen Arbeiter im Vorteil gegenüber den übrigen. Der Artikel fährt dann fort:

„Das war der Wille der Gesetzgebung. Sie hat es zielbewußt und wohlüberlegt getan. Denn sie wollte Raum schaffen für die politische Geltung der industriellen Arbeiter.

Und wenn nun die Prüfung der auf Grund des neuen Gesetzes angelegten Wählerlisten dartun sollte, daß es uns nicht gelungen ist, die praktische Verwirklichung dieses gesetzgeberischen Willens zu sichern, so werden wir eben eingehend und gewissenhaft zu erwägen haben, welcher weitergehenden Verfügungen es bedarf, um dieses Ziel zu erreichen. Denn darin stimmen wir alle überein, daß wir den ungarischen Industriearbeitern die Pforte der politischen Geltung aufschließen müssen. Mit diesem Schritt gehen wir nicht über den wirklichen Rahmen des Gesetzes vom Jahre 1913 hinaus. Im Gegenteil, wir dienen durch ihn geradezu jener ratio legis, von der die Gesetzgebung im Jahre 1913 sich leiten ließ. Auch der Motivenbericht des Wahlrechtsgesetzes hat es ja offen ausgesprochen, daß er die politische Geltung der Industriearbeiterschaft zu sichern wünscht. Sollte uns also die Erfahrung davon überzeugen, daß dieses Ziel des Gesetzes auf Grund der gegenwärtigen Konskription nicht erreicht werden konnte, so würden wir nur im Geiste des Gesetzes vorgehen, indem wir die Mittel böten, das Ziel zu erreichen.

Die aktive Teilnahme der ungarischen industriellen Arbeiterschaft am öffentlichen Leben wünsche ich warm, denn ich halte sie für dazu gereift vermöge ihrer Erwerbsverhältnisse, ihrer Bildungsstufe und des in ihr erwachten politischen Selbstbewußtseins."

Neues Wiener Journal

Fremdenblatt
8. V. 1917

Die Geschäftsordnungsreform.

Wie bereits gemeldet, hielt letzten Freitag der von den Parteien des Abgeordnetenhauses eingesetzte Neunerausschuß unter dem Vorsitze des Abg. Dr. Steinwender eine Beratung über die Geschäftsordnungsreform ab. Ueber ihren Verlauf berichten „Narodni Listy": Die Grundlage für die Verhandlungen bildeten zwei Entwürfe der neuen Geschäftsordnung: einen beantragte der Minister des Innern Freiherr v. Handel, den zweiten Minister Dr. Baernreither. Es handelte sich hauptsächlich darum, aus beiden Entwürfen, die ursprünglich hätten oktroyiert werden sollen, alles auszuscheiden, wogegen sich aus Abgeordnetenkreisen ein heftiger Widerstand erhoben hätte.

Ausgeschieden wurden aus dem Elaborate insbesondere alle Disziplinarstrafen und Bußen gegen Abgeordnete, ferner alle Paragraphen, welche dem Präsidenten das Recht einräumten, einzelne Abgeordnete auf unbestimmte Zeit oder auf immer auszuschließen, oder die verschiedene Strafen gegen Abgeordnete ermöglichten, wie Mandatsverlust, weiter jene Paragraphen, welche die Schaffung einer Parlamentswache betrafen.

Dagegen wurde alles belassen, was zur Vereinfachung und Abkürzung der Debatten beitragen kann. Insbesondere die Vorschriften, mit denen eine Sprechzeit für das Plenum und für die Ausschüsse und die Schaffung einer Rednertribüne eingeführt werden soll. Die Mitgliederzahl des Präsidiums bleibt unverändert, ein Präsident und sieben Vizepräsidenten. Ganz neu sind die Bezüge der Abgeordneten für die Ausübung ihres Mandats. Es wird beantragt, die Abgeordneten mögen monatlich 800 Kronen beziehen und außerdem sollen sie, insofern sie ständig außerhalb Wiens ihren Wohnort haben, vierteljährlich 600 Kronen für die Wiener Wohnung erhalten.

Die wichtigste Aenderung, welche der Ausschuß Freitag durchführte, ist der Beschluß über den Antrag, welchen Doktor Baernreither über seinen Entwurf stellte und der dahinging, daß für alle Verhandlungen des Parlaments, für seine gesamte Korrespondenz nach außen ausschließlich die deutsche Sprache eingeführt werde.

Die Parteien des Abgeordnetenhauses werden jetzt aufgefordert werden, einen Ausschuß von 26 Mitgliedern einzusetzen, der das Elaborat des provisorischen Ausschusses, der Freitag tagte, zu finalisieren und fertigzustellen haben wird, bevor der Reichsrat zusammentritt. Gleich nach Zusammentritt des Abgeordnetenhauses wird ein 26gliedriger Ausschuß, der eigentliche Geschäftsordnungsausschuß, eingesetzt werden, der mit größter Beschleunigung seine Beratungen durchführen wird, damit die neue, definitive und keineswegs provisorische Geschäftsordnung gleich in den ersten Sitzungen der neuen Parlamentskampagne auf die Tagesordnung des Plenums gelangen könne.

Die Zeit Abendbl 9/IV. 1917

Sozialdemokratische Massenkundgebung für das Frauenwahlrecht.

Die sozialdemokratische Partei veranstaltete Sonntag nachmittags im großen Saale des Konzerthauses eine Versammlung, die sich zu einer Kundgebung für das Frauenwahlrecht gestaltete. Die Versammlung war von mehreren tausend Personen besucht. Auch aus mehreren Städten Niederösterreichs waren Abordnungen der Frauenorganisationen erschienen. Die erste Rednerin Frau Popp erklärte, die Frauen verlangen das Wahlrecht, um mitzuentscheiden, daß die Mittel des Staates in Zukunft für die Zwecke der Volkswohlfahrt verwendet werden. Als Mütter und Gattinnen werden sie stets ihre Stimme gegen den Krieg erheben. Wenn Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt habe, im Gemeinderat werde über das Frauenwahlrecht geredet werden, genüge das nicht, die Frauen verlangen seine Einführung; mit Komplimenten und schönen Redensarten sei ihnen nicht gedient. Wenn sogar in Rußland das Frauenwahlrecht eingeführt wird, dürfe Oesterreich nicht zurückbleiben. Rednerin beantragte eine Resolution, in der unter anderem an die sozialdemokratischen Abgeordneten des Reichsrates die Aufforderung gerichtet wird, nach Wiedereröffnung des Parlaments die Verleihung des allgemeinen und direkten Wahlrechtes an die Frauen zu beantragen. Reichsratsabgeordneter Dr. Ellenbogen begrüßte die Versammlung namens des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich. Reichsratsabgeordneter Reumann sprach namens der sozialdemokratischen Fraktion des Gemeinderates. Er forderte die Frauen zum Ausharren im Kampfe aus, denn von dem guten Willen der christlichsozialen Gemeinderatsmehrheit sei wenig zu erwarten. Reichsratsabgeordneter Pernerstorfer führte aus, daß es für die politische Entwicklung nur einen Weg gebe, den Weg der Demokratie, und diese habe die Gleichberechtigung der Frau zum Inhalt. Die Vertreterin der Gewerkschaftskommission Frau Boschek bemerkte, daß von dieser Versammlung die Parole ausgehen müsse zu einem systematischen Wahlrechtskampf der Frauen Oesterreichs. Die von Frau Popp beantragte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Fremdenblatt
9. IV. 1917

Deutscher sozialdemokratischer Klub.

Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten hielt Montag den ganzen Tag Beratungen ab. Zunächst erstattete das Präsidium Bericht über die politische Lage. Daran knüpfte sich eine sehr ausführliche Debatte, die sich mit der Frage der Geschäftsordnung, mit der Wahl des Präsidenten und den sonstigen aktuellen Fragen beschäftigte. Die Anträge des Präsidiums zur Frage der Geschäftsordnung wurden genehmigt und das Präsidium ermächtigt, die Verhandlungen mit den Parteien über die Geschäftsordnung abzuschließen. Dann referierte Abg. Seitz über die bevorstehenden parlamentarischen Arbeiten. Die Debatte hierüber nahm den größten Teil des Nachmittags in Anspruch. Es wurde die Einsetzung von Arbeitsgruppen beschlossen, die die parlamentarische Tätigkeit des Klubs vorbereiten und dem Klub eingehende Vorschläge erstatten werden. Die Gruppe, die sich insbesondere mit der Uebergangswirtschaft zu befassen haben wird, wurde beauftragt, dem Klub über die Fragen der Rohstoffbeschaffung, über Schiffahrts- und Verkehrsfragen, über die Zentralen, die Demobilisierung sowie über Valuta- und Finanzfragen Berichte zu erstatten; eine andere Gruppe soll über die Ernährungsfragen, eine dritte über die Fragen des Militarismus, eine weitere über die innerpolitischen Ereignisse während des Krieges berichten.

Ein weiteres Referat bezog sich auf die erflossenen § 14-Verordnungen, auf aktuelle Verfassungsfragen — Kreiseinteilung usw. —, auf den Ausnahmszustand und das Standrecht, sowie auf die Aufhebung der Geschwornengerichte und insbesondere auf die Zensur.

Abg. Tomschik berichtete über die Lage der Eisenbahner, insbesondere über die Ernährungsfrage in den Eisenbahnwerkstätten und beim Verkehr, die in der letzten Zeit besonders schwierig geworden ist; das Klubpräsidium wurde beauftragt, mit den Abgeordneten Tomschik und Müller den Ministerpräsidenten, sowie den Eisenbahnminister und den Finanzminister auf die schwierige Lage aufmerksam zu machen und die Notwendigkeit sofortiger Abhilfe darzulegen.

Zum Schlusse erstattete Abg. Dr. Adler einen Bericht über die internationalen Verhandlungen mit den Bruderparteien, die nun zu der in den nächsten Wochen in Stockholm stattfindenden Konferenz führen werden.

Die Mandatsverhältnisse im Abgeordnetenhause

Von den 516 Mandaten des Abgeordnetenhauses sind zurzeit 481 besetzt. Davon entfallen 97 Mandate auf den Deutschen Nationalverband, 67 Mandate auf die Christlichsoziale Vereinigung, 4 auf den Klub der deutschen Demokraten und 3 auf die Alldeutsche Vereinigung. Der Klub der deutschen Sozialdemokraten zählt 42 Mitglieder. Der Czechische Verband zählt 96 Mitglieder. Der Polenklub umfaßt 73 Mitglieder. Außerhalb des Polenklubs steht der Klub der polnischen Volkspartei mit 5 Mitgliedern. Von den südslawischen Parteien zählt der Dalmatiner Klub 7 Mitglieder und der kroatisch-slowenische Klub 24, von den ukrainischen Parteien die Ukrainische parlamentarische Vertretung 25 und der Bukowinaer ukrainische Klub 4 Mitglieder. Die Unio Latina umfaßt 10 Mitglieder der Italienischen Volkspartei, 6 Mitglieder des Klubs der liberalen Italiener und 5 Mitglieder des Rumänenklubs. Schließlich gibt es noch 13 Mandatsinhaber, welche keinem Klub und keinem Verband angehören.

Von den erledigten Abgeordnetenmandaten gehören 8 zum Besitzstande der Deutschnationalen, beziehungsweise 7 zum Besitzstande des Deutschen Nationalverbandes. Des weiteren sind 5 christlichsoziale Mandate erledigt. Von Mandaten deutscher Sozialdemokraten sind zwei Mandate erledigt. Des weiteren ist das Mandat des italienischen Sozialdemokraten Dr. Battisti (Trient) erledigt. Von Mandaten, die zum Besitzstande der Czechen gehörten, sind frei geworden: Burival, Choc, Fresl, Kotlarz, Dr. Kramarz, Netolitzky, Josef Neumann, Dr. Pacak, Dr. Rasin, Rataj und Vojna, zusammen 11 czechische Mandate. Des weiteren sind erledigt die Mandate der beiden Ruthenen, die sich dem czechischen nationalsozialen Klub angeschlossen hatten, nämlich des Doktor Kurylowicz (Sanok) und Dr. Markow (Sokal). Von Mandaten der polnischen Parteien sind 3 erledigt. Schließlich sind 2 Mandate bei der slowenisch-kroatischen Partei erledigt.

Eine Reihe von Abgeordneten wird durch die Ereignisse der Kriegszeit verhindert sein, im Abgeordnetenhause zu erscheinen und das Mandat auszuüben. Es sind dies zunächst die in Kriegsgefangenschaft befindlichen zwei Abgeordneten, der Alldeutsche Vinzenz Malik (Irkutsk, Sibirien) und der Pole Professor Zamorski (kriegsgefangen in Italien). In Rußland interniert sind die Ruthenen Dr. Okunewskyj, Petryckyj und Staruch. Der interniert gewesene Abgeordnete Breiter soll sich bereits auf der Heimreise nach Oesterreich befinden. Der Ruthene Folis befindet sich in dem vom Feinde besetzten Gebiet und im feindlichen Auslande weilen die czechischen Abgeordneten Dürich und Doktor Masaryk (auch Abg. Klofac wird im Hause nicht erscheinen) und die italienischen Abgeordneten Canduss-Giarda und Dr. Pitacco, sowie der Abg. Dr. Gregorin.

10./IV. 1917

182

Zweck der Geschäftsordnungsreform.

Die Abgeordneten haben sich an die Reform der Geschäftsordnung gemacht und so tauchen wieder die absonderlichen Pläne auf, die die Krankheit des Parlaments damit kurieren wollen, daß sie dem Hause die natürliche Bewegungsfreiheit beschränken. Abschaffung der ersten Lesungen, Befristung der Vorlagen, die Verpflanzung des schriftlichen Verfahrens in den Geschäftsgang des Parlaments — das alles scheint herzlich überflüssig, wenn man den Kern des Uebels fest ins Auge faßt und ihn wirklich und gründlich beseitigt. Die Wahrheit ist, daß man sich ein obstruktionsfreies, also ein normales Parlament überhaupt nicht mehr vorzustellen vermag und deshalb immer noch nach besonderen „Kautelen" Ausschau hält. Aber indem wir die Obstruktion beseitigen — und das soll geschehen, weil sonst das Parlament immer vor der Gefahr steht, daß sie ihm über den Kopf geworfen wird —, beseitigen wir alle Hindernisse seiner geordneten Führung und ersparen uns, nach besonderen Auskunftsmitteln zu greifen, die das gewöhnliche Arbeiten erst wieder verbürgen sollen. Ein normales Arbeiten brauchen wir, und das schließt künstliche Hilfsmittel wohl aus.

Die Zeit nutzbringend zu verwerten: dieses ist das Problem, das die Geschäftsordnungsreform lösen soll. Das bedingt, daß keine Zeit vergeudet wird mit nichtigen, von der schöpferischen Arbeit wegführenden Verhandlungen und daß sich die Reden der Quantität nach in einem Umfang halten, der sich aus dem Gegenstand und der Sachlage ergibt: daß also, kurz gesagt, die Verhandlungen des Parlaments befreit werden von der Obstruktionsrede und Obstruktionsdebatte. Das bedingt weiter, daß die Debatten des Hauses an Verhandlungsgegenstände anknüpfen, daß man also, statt die politischen Auseinandersetzungen, wie es überall der Fall, an die Verhandlungen des Staatshaushalts anzuknüpfen, sie in leeren „Erklärungsdebatten" aufgehen läßt und danach glücklich ist, jene erste Lesung, die so sachgemäß verwertet werden könnte, durch allerlei Schacher zu ersparen. Wo sich Mißbräuche eingenistet haben, müssen sie beseitigt werden, aber die betreffende Einrichtung bleibt dennoch notwendig und muß erhalten werden. Die ersten Lesungen sind manchmal notwendig, manchmal überflüssig; ob sie stattfinden sollen, ergibt sich eben aus dem Gegenstand, der dann, wenn das Haus von der Obstruktion befreit sein wird, sachlich erwogen wird; die Arbeit des Parlaments muß eben aus dem Dunstkreis der Obstruktion erhoben werden und dann tritt die sachliche Beurteilung in ihr Recht. So zwecklos manchmal die ersten Lesungen sind, so sinnlos ist der Zwang, alles in die Ausschüsse schicken zu müssen; wie viele Dinge könnten ohne die sogenannte Vorberatung gleich im Hause erledigt werden! Die Initiative der Abgeordneten, die sich in den selbständigen Anträgen und Interpellationen darstellt, kann nicht angetastet werden, angesichts der vielen Nationen, von denen manche nur eine geringe Anzahl von Abgeordneten haben, kann nicht einmal die Zahl der Unterschriften erhöht werden; da müssen die Parteien eben Selbstzucht üben und sich dessen bewußt werden, daß mit der sinnlosen Vermehrung der Anträge und Interpellationen (und auch Resolutionen) deren Wert vernichtet wird: weil sie nur dann Beachtung heischen können, wenn sie sich auf das Notwendige beschränken und bewältigbar bleiben. Es muß die Möglichkeit aufrecht bleiben, sich über die Geschäftsbehandlung zu äußern, tatsächlich zu berichtigen; aber das muß auf seinen Zweck begrenzt bleiben und gegebenenfalls mechanisch beschränkt werden. Es kann nicht umgangen werden, daß der Präsident gefragt wird, aber natürlich muß das Anfragerecht in den Schranken der Befugnisse des Präsidenten verbleiben; daß die Präsidenten, obwohl dazu berechtigt, nicht den Mut hatten, jenen deklamatorischen „Anfragen", die nur zum Zwecke demagogischer Reden unternommen wurden, zu steuern, beweist nur alles gegen die Präsidenten und nichts gegen die Notwendigkeit der Einrichtung. Auch die Notwendigkeit, die Disziplinargewalt des Präsidenten zu verstärken, erkennen wir für unseren Teil an; wenn auch im Augenblick die Zurückhaltung überwiegen mag, so kann es dem Hause nur frommen, wenn die Grenzen abgesteckt werden, wo die Debatte aufhört und der Skandal beginnt. Das Abgeordnetenhaus gleicht einem Garten, dessen ursprüngliche Harmonie von viel Unkraut überwuchert wird. Die Aufgabe der Reform ist nun, das Unkraut auszujäten, den Garten aber dabei nicht zu verwüsten, vielmehr dessen organisches Wachstum erst recht zu ermöglichen. Beseitigen wir die Obstruktion, so haben wir der Entfaltung der natürlichen Anlage des Abgeordnetenhauses den Weg freigemacht.

Aufrichtig gesprochen, begreifen wir nicht recht, warum die Reform den Reformatoren gar so viel Kopfzerbrechen auflastet. Wohl deshalb, weil immerzu an besondere, ganz besondere Vorkehrungen gedacht wird, anstatt daß einfach der natürliche Weg beschritten würde: der, die chronische Arbeitsunfähigkeit, die in der Obstruktion und in der Möglichkeit der Obstruktion wurzelt, zu beheben. Wir erachten die zu leistende Aufgabe als ungemein leicht und möchten uns verpflichten, in einem Tage eine Geschäftsordnungsreform herzustellen, die alles leistet, was man von dem technischen Verfahren billigerweise erwarten kann.

Österr. Volkszeitung

10./V. 1917

Niederösterreichischer Volksbund.

In Anwesenheit zahlreicher Vertreter hielt der alle nationalfreiheitlichen Parteigruppen Niederösterreichs umfassende Niederösterreichische Volksbund am vergangenen Sonntag seine diesjährige Hauptversammlung ab. Nach Erledigung der Geschäfte der Tagesordnung besprach Abg. Kittinger die behördlichen Maßnahmen zur Linderung der Lebensmittelnot und verwies auf die ungeheuren ungenützten Wasserkräfte in Oesterreich, deren Dienstbarmachung für die Allgemeinheit eine Hauptaufgabe der zukünftigen Wirtschaftspolitik sein müsse. In Erörterung der kommenden sozialpolitischen Probleme trat er mit allem Nachdruck für die materielle Sicherstellung der Invaliden und Kriegerwitwen und -waisen ein und forderte nationale Bodenschutzgesetze zur Erhaltung des heimischen Grund und Bodens. Abg. Wedra beschäftigte sich mit den für die Uebergangswirtschaft zu schaffenden Vorbedingungen. Redner erörterte das Verhältnis der einzelnen Berufsstände zu einander und ihre gedeihliche Zusamenfassung im Interesse des Volksganzen und forderte eindringlich eine wirksame wirtschaftliche Besserstellung der Festangestellten, deren Lage bei den jetzigen Verhältnissen mehr als drückend bezeichnet werden müsse.

Abg. Dr. Leopold Waber, der geschäftsführende Obmann des Volksbundes, schilderte die Vorgänge, die zu der letzten innerpolitischen Krise geführt haben und betonte, daß die deutschen Abgeordneten nach wie vor der Politik des Grafen Clam-Martinic mit äußerster Reserve gegenüberstehen. Redner ging sodann auf die Forderungen des Polenklubs ein und wies darauf hin, daß in der Zeit der wirtschaftlich-politischen und rechtlichen Annäherung der mitteleuropäischen Staaten eine wirtschaftliche Lostrennung der polnischen Gebiete Oesterreichs vom Gesamtstaat und damit von den Mittelmächten, wie sie der Polenklub anstrebe, schwer denkbar sei und sich auch mit den eigenen Interessen Galiziens nicht in Einklang bringen lasse. Galizien gebühre infolge seiner historischen Entwicklung, seiner geographischen Lage und seiner besonderen kulturellen Verhältnisse gewiß eine Sonderstellung, keineswegs aber seien die Bedingungen für eine Lostrennung vom Reiche in irgendeiner Form gegeben. Die polnische Forderung nach Abtrennung niederschlesischen Gebietes könne nicht ernst genommen werden, dagegen müßten die Deutschen mit allem Nachdruck die Angliederung der alten deutschen Herzogtümer Auschwitz und Sator an Schlesien, die bis zum Jahre 1866 dem Deutschen Bunde angehörten und ihrer ganzen historischen Entwicklung nach als deutsches Gebiet anzusehen seien, verlangen.

Ueber Antrag des Vorstandsmitgliedes Luft wurden die Berichte der Abgeordneten nach einer regen Wechselrede zur Kenntnis genommen und ihnen einstimmig Dank und Vertrauen für ihre weitere politische Tätigkeit ausgesprochen.

Neue Freie Presse
10./V.1917

Die Moral in der Politik.

Wien, 11. Mai.

In der „Deutschen Revue“ (Deutsche Verlagsanstalt in Stuttgart) ist kürzlich unter dem Titel „Die Moral in der Politik“ ein Beitrag vom Herrenhausmitglied Dr. Franz Klein erschienen. Der Verfasser hat sich in dieser Arbeit vor eine Reihe überaus schwieriger Probleme gestellt, die er mit einer verschwenderischen Fülle von Gedanken gelöst hat. Der Zweck der Arbeit war: Erstens die Lehre von der grundsätzlichen moralfreien Politik abzulehnen, die namentlich in verschiedenen Kreisen Deutschlands unter Berufung auf Bismarck Pflege findet, und zwar zum Nachteile Deutschlands, weil man im Auslande die Ausführungen der „Realpolitiker“ ernst nahm, verallgemeinerte und dann daraus für Deutschland sehr schädliche Waffen schuf, die es als outlaw hinstellten. Zweitens sollte die besondere Staatsmoral, verschieden von der bürgerlichen, verneint und widerlegt werden, und drittens wollte der Autor, was das praktisch wichtigste ist, ungefähr bestimmen, was moralische Politik ist und daß sie erreichbar und nützlich sei. Das leicht in Utopie ausartende Thema hat Franz Klein so sachlich als möglich behandelt, um dann zu erörtern, woran zu bessern wäre, ohne von der Politik Unmögliches zu verlangen. Gedankenreichtum und vollendete Darstellungsform vereinigen sich zu einer Arbeit, die jeder Gebildete mit Genuß lesen wird.

Nach der Ansicht des Verfassers sind moralisch möglichst einwandfreie Ziele der Politik anzustreben, und zwar für die auswärtigen Beziehungen gemäß dem Grundgedanken des berechtigten Nebeneinander aller friedliebenden und gute Nachbarschaft haltenden Kulturvölker, der Rücksicht auf ihre Lebens- und Entwicklungsbedingungen und der Verneinung einer Vor-, Ober- oder Weltherrschaft einzelner Mächte oder Machtverbände. Verneinung auch dann, wenn solche Herrschaft unter der Flagge, andere Völker zu beglücken, an sich gerissen wird. Ebenso wäre es Anmaßen eines ungebührlichen Vorranges, politische „Doktrinen“ von Staaten zu verpönen und aus ihrer angeblichen Gefährlichkeit das Recht zu schöpfen, als Welterlöser solche Staaten zum Tode zu verurteilen. Mit einer derartigen sittenpolizeilichen Einmischung zur vorgesetzten Obrigkeit sich aufzuwerfen, widerspricht dem gleichen Rechte der Völker. Die Gegenwart setzt die wahre Natur solcher Ansprüche in die rechte Beleuchtung. Deutschland, das niemanden nach dem Leben trachtete, muß nach dem englischen Ministerpräsidenten wegen „unmenschlicher Praktiken“ unterdrückt werden und England, von dem die europäische Verschwörung angezettelt und bis zu den Vernichtungszielen getrieben wurde, führt im Interesse der Einigkeit und des Fortschrittes der Völker einen Befreiungskrieg! Mehr Moral in der Politik heißt ferner möglichstes Vermeiden von gewissen Hilfsmitteln, Umtrieben und Verfahren, die der Verfasser im ersten Teile der Darstellung auseinandersetzt, und strengste Beurteilung des Notstandsfalles, so daß man innerlich beruhigt dessen gewiß ist, man habe das Nichtmoralische nur gezwungen gewollt. Sofern von mehreren Wegen, um wirkliche Lebensinteressen im erforderlichen Maße zu befriedigen, gerade derjenige eingeschlagen wird, der für einen anderen Staat der schädlichste ist, ohne daß dieser den Regeln guten Einvernehmens zuwidergehandelt hätte, würde eine solche Beruhigung wohl nicht begründet sein. Endlich müßte England davon abkommen, Moral und Recht in der Politik als Wachs zu behandeln, das nach Bedarf geknetet wird. Das ist nicht, wie neulich gesagt wurde, eine britische Gewohnheit; es ist mit der Moral des Staatsegoismus vielmehr untrennbar verbunden, das Sittliche in dem jeweils politisch, militärisch oder wirtschaftlich Notwendigen zu sehen. Beides ist eins, es gibt kein außerhalb liegendes Maß; eine feste selbständige Maßeinheit kann nur die Pflichtenlehre der gesellschaftlichen Ethik bieten.

Der Verfasser wendet sich dann der Rede zu, die der Präsident der Vereinigten Staaten im März beim Eintritt in seine zweite Amtsperiode aufgestellt hat. Die Grundsätze würden zum Teile den früher erwähnten Forderungen der Moral in der Politik entsprechen. Allein es fehlt ihr völlig der Widerschein dessen, was während des Krieges in den Vereinigten Staaten vorgegangen ist, eine für deutsches Denken unbegreifliche Zusammenhanglosigkeit zwischen Geist und Wirklichkeit. Ihre Sätze sind deshalb zum Teile geradezu eine Mißbilligung der tatsächlichen Politik der Vereinigten Staaten oder doch mit dieser schwer zu vereinigen. Von den Munitionslieferungen und Anlehen bis zum unvermittelten Abbruch der diplomatischen Beziehungen, dem Einwirken auf die Neutralen, um sie zu Gleichem zu bestimmen, und dem Aneignen fremder diplomatischer Schriftstücke, reiht sich ein grober Verstoß gegen Gerechtigkeit, Unbefangenheit und Mäßigung an den anderen, ohne daß Notstand begründet gewesen wäre. Die politische Praxis der Vereinigten Staaten hat bis nun ungeachtet aller schönen Worte und Gedanken nur das Haben an sittlich bedenklichen Handlungen der Außenpolitik bereichert, die ungeheure moralische Schuldlast der Diplomatie aber in keiner Weise verringert.

Franz Klein wirft dann die Frage auf, welche Art der Politik den Mittelmächten ziemt. Es kann, wie er sagt, kaum fraglich sein, denn sie haben mit ihrer freiwilligen Aufforderung zu Friedensverhandlungen abermals ein Bekenntnis abgelegt, das durch das Wort Kaiser Wilhelms, den Vorschlag zum Frieden zu machen, sei eine sittliche Tat, vertieft und geadelt wird. Dieser Brief an den Reichskanzler ist ein Beweistum ersten Ranges, denn der oberste Träger der Staatsgewalt nennt darin als Antrieb zu einer der wichtigsten politischen Handlungen das Gewissen, das Gefühl der religiösen Verantwortung, das Herz für Freund und Feind und den Willen, das Leid zu beenden, ohne Ausnahme also Beweggründe der Privat- oder Gesellschaftsmoral. Nach ihrem durch die klassische deutsche Philosophie herausgearbeiteten Staatsbegriffe und nach dem inneren Verwachsensein von Staat und Bürgern, das ihm entspricht, ist die Einheit von Staats- und Privatmoral, wenn irgendwo, so im Gebiete der Mittelmächte bodenständig. In dieser Frage stehen aber auch andere Völker an ihrer Seite, in erster Reihe die feindlichen. Hüben ist man entrüstet über das „perfide Albion“, die gewalttätige Politik der Moskowiter, die Rachsucht Frankreichs und über das untreue, vertragsbrüchige Italien und Rumänien, drüben ebenfalls Empörung über die Hunnen und Barbaren, die sich gegen alle Grundsätze der Menschlichkeit vergehen, über die beabsichtigte Unterjochung Europas, über das schwachen Völkern angetane Unrecht, über Neutralitätsverletzungen usw. Kann es einen schlüssigeren Beweis dafür geben, wie tief der Trieb in den Menschen sitzt und wie angeboren es ihnen ist, den Staat und sein Tun als ein moralisches Wesen ihrer eigenen sittlichen Art zu betrachten? Das krampfhafte Bemühen der Parteien aller Länder, ihre Forderungen als rechtlich und im Sinne der bürgerlichen Auffassung als sittlich begründet darzustellen, entstammt es nicht auch demselben Triebe und demselben Gefühle? Man könnte demnach wohl sagen, daß die Behandlung der Staatsangelegenheiten nach den Abmessungen der bürgerlichen Moral heute eigentlich von fast allen europäischen Völkern für richtig gehalten und gewollt, aber nur leider nicht ausgeübt wird. Wer daran schuld hat, soll unentschieden bleiben. Ungeachtet ihrer häufigen Wirkungslosigkeit schwebt aber doch diese gleichmäßige Einstellung des Gewissens auf persönliches und Staatsleben, die fast unwillkürlich geschieht, wie ein Hauch guten Menschentums tröstend über allen Gegnerschaften. Die Lehre der Neu-Machiavellisten, die das mehr geistreich als beweisend als altväterischen Unverstand verwirft, bietet für diesen Kulturbesitz, wenn er auch nunmehr verunstaltet und verschüttet ist, keinen Ersatz. Er wird, wie wir hoffen wollen, einmal in mehr Reinheit und zu besserer Verwendung wieder zutage kommen. Denn die Menschheitsgeschichte bekundet es in jeder ihrer vielen Wandlungen, daß es letzten Endes dem Staat und der Gesellschaft immer am meisten zum Heile war, wenn sich mit dem im niederen oder höheren Sinne Nützlichen und Zweckmäßigen die Unterscheidung von Gut und Böse klärend und erziehend verband.

Frankfurter Zeitung
10./V. 1917

10
185

Die galizische Frage.

Wien, 10. Mai. (Priv.-Tel.) Die am 5. Mai in Krakau veranstalteten Kundgebungen hatten in den ukrainischen politischen Kreisen eine starke Aufregung hervorgerufen. Unter diesem Eindruck hat die Parlamentskommission der ukrainischen Parlamentsvertretung eine mehrere Sitzungen andauernde Beratung abgehalten und beschlossen, sich an den Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinitz, der den Ukrainern mehrere Male versicherte, daß er ohne eine Verständigung mit der ukrainischen Parlamentsvertretung keine politischen Schritte in der Frage der Sonderstellung Galiziens unternehmen werde, mit der schriftlichen Ankündigung zu wenden, daß angesichts der Krakauer Kundgebungen, für welche die Regierung verantwortlich ist, die Stellung der Ukrainer im Parlament zur Regierung einer Aenderung unterzogen werden wird. Am 15. Mai findet eine Plenarsitzung der ukrainischen Parlamentsvertretung statt.

Wie die polnischen Blätter berichten, haben die Abgeordneten der polnischen Volkspartei einstimmig beschlossen, an den weiter angekündigten Verhandlungen des Polenklubs über die Sonderstellung nicht mehr teilzunehmen.

Neues Wiener Tagblatt
10./V. 1917

Der Zusammentritt des Reichsrates.

Aus den Kreisen des Deutschen Nationalverbandes wird uns zur Präsidentenfrage des Abgeordnetenhauses mitgeteilt: Der Deutsche Nationalverband hält an seinem in der Vorwoche gefaßten Beschluß fest, seinen Obmann Abg. Doktor Groß als Präsidentschaftskandidaten den Parteien zu präsentieren. Der Verband und auch die Christlichsoziale Vereinigung vertreten den Standpunkt, daß ihnen das Präsentationsrecht der zum Präsidenten zu wählenden Persönlichkeit unbenommen bleiben muß. Es wird hiebei daran erinnert, daß gelegentlich der Wahl Dr. Weiskirchners zum Präsidenten, der bekanntlich den Parteien des Hauses von den Christlichsozialen in Vorschlag gebracht worden war, ein Teil der Abgeordneten entgegen diesem Vorschlag für die Wahl Dr. Ebenhochs zum Präsidenten eintrat. Nichtsdestoweniger beharrte damals die Christlichsoziale Vereinigung bei ihrer Präsentation; auch diesmal wird der Deutsche Nationalverband auf der Kandidatur des Abgeordneten Dr. Groß zum Präsidenten beharren, wenn auch von einzelnen Parteien sich Widerstände ergeben sollten. Der Deutsche Nationalverband als die größte Partei des Hauses nimmt für sich die Nomination des Präsidentschaftskandidaten in Anspruch und präsentiert, wie schon erwähnt, den parlamentarischen Parteien hiefür den Abg. Dr. Groß.

Auch die Frage der Handhabung der Zensur der Parlamentsberichte wird in Abgeordnetenkreisen vielfach diskutiert, zumal diese Angelegenheit von großer Bedeutung ist.

Arbeiterzeitung

11. IV. 1917

Die Geschichte einer Präsidentschaft.

Unter diesem Titel erzählt die Grazer „Tagespost“: Im Spätherbst 1916 drang im Vorstand des Deutschen Nationalverbandes eine bösartige Stimmung gegen Dr. Sylvester durch: Sein Entgegenkommen gegenüber den Parteien ginge zu weit, eine scharfe oktroyierte Geschäftsordnung erfordere eine andere, eine eiserne Hand, und seine fortgesetzten Bemühungen um die Einberufung des Hauses durch Abhaltung von Obmännerkonferenzen stören die Kreise jener, die sich um die Durchführung der sogenannten Voraussetzungen (mittelst § 14 oder durch kaiserliche Patente) bemühen. Der deutschradikale Abgeordnete Teufel übernahm über Auftrag des Vorstandes den keineswegs angenehmen Weg zu Dr. Sylvester, um ihm die seidene Schnur zu überbringen, das heißt ihn zu veranlassen, die Präsidentschaft des Hauses niederzulegen. Dr. Sylvester, überbürdet durch Berufsgeschäfte und in schmerzlicher Erinnerung der schweren und dornenreichen Arbeit der letzten Parlamentssession, erklärte sofort dem Vorstand durch einen Brief seine Absicht, die Präsidentschaft niederzulegen. Der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes, in dem damals die in Bildung begriffene Arbeitsgemeinschaft noch nicht formell vertreten war, tat keinerlei Schritte, um die Demission Dr. Sylvesters rückgängig zu machen, vielmehr schrieb ihm Dr. Groß als Obmann einen Dankbrief, durch den die Entschließung Dr. Sylvesters — so war es zwischen den Zeilen zu lesen — gebilligt erschien! Die seidene Schnur, die Teufel überbracht hatte, wurde also mit Wolle umwickelt! Dieses war der erste Streich, doch der zweite folgt sogleich.

Nun war die Bahn frei zum Präsidentensitz. Da die neuzuschaffende Geschäftsordnung eine eiserne Hand erfordern solle, eine solche aber gerade nicht zu haben war, begnügte man sich mit der des Obmannes Groß und forderte diese. Und er schlug ein. Allerdings nicht sofort. Zuerst einiges Sträuben, der Deutsche Schulverein verlange seine ganze Tätigkeit u. s. w. Auf Drängen soll sich nun Dr. Groß bereit erklärt haben, anzunehmen. Das war im November 1916, und leider ist nicht zu konstatieren, ob bei dem Vorstandsbeschluß eine bloße Willensbekundung durch Aussprache oder durch eine formgerechte Abstimmung erzielt wurde. Das erste ist das Wahrscheinliche. Nun folgten Sitzungen des Nationalverbandes und des Vorstandes. Dieser wurde neu gebildet, die Arbeitsgemeinschaft konstituierte sich, Ausschüsse traten zusammen, aber niemals wurde irgend einer dieser vorgenannten Beschlüsse kundgetan, auf Anfragen wurde abgewinkt. Die Frage der Präsidentschaft sei nicht zeitgemäß und könne erst später erledigt werden. Als die Präsidentschaftsfrage endlich überreif war, traten nun am 2. und 3. Mai die Parteien des Nationalverbandes zusammen. Die Radikalen mit etwa 25 Mitgliedern traten für Dr. Groß ein, die Deutsche Arbeitsgemeinschaft mit 42 Mitgliedern fast einstimmig für Dobernig, ausschlaggebend blieben also die Agrarier mit ungefähr 32 Mitgliedern. Ihr Führer Dr. Damm versicherte Dobernig seiner Sympathie, erklärte aber sowohl ihm als auch später seiner Partei, daß er sich an den Vorstandsbeschluß vom November für gebunden erachte; man habe damals Dr. Groß zur Kandidatur aufgefordert, seinen Namen in die Oeffentlichkeit gebracht, und somit wäre mit dem Abschwenken von Groß zu Dobernig eine Art Mißtrauenskundgebung verbunden. So unlogisch diese Motivierung heute erscheint, weil ja Dr. Groß nur für einen bestimmten Fall des Geschäftsordnungsoktrois aufgefordert wurde und ein Verzicht seinerseits jede Mißdeutung ausgeschlossen hätte, beschlossen dennoch die deutschen Agrarier (unter denen sich viele Kärntner befinden!), für Dr. Groß einzutreten. Dazu kam noch, daß Dobernig, den trotzdem noch ungewissen Ausgang der Wahl scheuend, seine Kandidatur zurückzog.

Zusammenfassend sehen wir also zuerst das planmäßige Wegdrängen Sylvesters, die Vorschiebung des Dr. Groß, die Unkenntnis, in welcher man durch Monate den Deutschen Nationalverband absichtlich ließ, dann die plötzliche Entzauberung der Kandidatur und die Entdeckung eines sogenannten bindenden Beschlusses für Dr. Groß. Als Resultat dieser Behandlung ergab sich eine für einen deutschen Präsidentschaftskandidaten unwürdige Mehrheit im Verband. (38 Stimmen!) Das Parlament bekommt möglicherweise einen Präsidenten, den es seiner Mehrheit nach nicht mag, die Ordnung im Hause wird an einen Glasfaden gehängt, der Nationalverband erhält vielleicht einen neuen Obmann, bestimmt aber einen bösen Riß, der schwerer zu vergipsen sein wird als die früheren. Da die Frage der Tagung des Parlaments heute mehr als eine innerpolitische, ja, wenn man die Zusammenhänge überblickt, eine weltpolitische Bedeutung hat, so merkt man wieder, wie in der Nationalverbandspolitik alles einschrumpft und zur Lächerlichkeit wird. Lächerliche Nichtigkeiten werden zu Staats- und Volksfragen — so macht man deutsche Politik in Oesterreich!

Neues Wiener Tagblatt
11./IV. 1917

Deutscher Nationalverband.

Gestern fand, wie schon berichtet, eine Vorstandssitzung des Deutschen Nationalverbandes statt. Die Verhandlungen erstreckten sich, wie die „Pol. Tagebücher" melden, zunächst auf jene Angelegenheiten, die mit der Einberufung des Reichsrates unmittelbar in Zusammenhang stehen. Insbesondere wurde von mehreren Seiten darauf verwiesen, daß die Frage der Enthebung oder Beurlaubung der eingerückten Abgeordneten ehebaldigst zu erledigen wäre. Hiezu gab Handelsminister Dr. Urban die Aufklärung, daß von seiten der Regierung alles geschehen sei, um eine ehebaldige Regelung der Angelegenheit herbeizuführen. Was die Ergänzung des Hauses anlangt, so erscheint die Vornahme von Nachwahlen untunlich.

Sodann ging der Vorstand in die Erledigung verschiedener Personalangelegenheiten ein. Für den Beirat im Handelsministerium wurde von seiten der deutschen Arbeitsgemeinschaft Abg. Dr. Kofler in Vorschlag gebracht, ein Vorschlag, der vom Vorstande zur Kenntnis genommen wurde. Abg. Pacher hat seine Berufung in den Beirat im Handelsministerium abgelehnt. Die deutschradikale Partei wird daher rechtzeitig einen andern Vertreter namhaft machen. Hinsichtlich der Ergänzung des Herrenhauses wurde eine eingehende Beratung gepflogen. Alle Redner waren darin einig, daß gelegentlich des nächsten Pairsschubes dem Deutschen Nationalverband nahestehende Personen angemessen berücksichtigt werden sollen.

Hierauf machten die Abgeordneten Dr. Steinwender und Hummer über die letzte zwischen den Parteien gepflogene Besprechung betreffend die Geschäftsordnung Mitteilung. Es wurde beschlossen, der Bildung eines größeren, von allen Parteien des Hauses zu beschickenden Ausschusses zuzustimmen, der zunächst unverbindlich den Wortlaut der künftigen Geschäftsordnung feststellen soll. Die Arbeit dieses Ausschusses soll den Parteien zur Entscheidung vorgelegt werden, damit, deren Zustimmung vorausgesetzt, die Reform der Geschäftsordnung sofort bei Zusammentritt des Hauses ohne jede Verzögerung erledigt werden kann.

Wie wir erfahren, kam es im Vorstande auch zu einer freimütigen Aussprache zwischen den alpenländischen und den deutschböhmischen Parteiführern. Das Ergebnis derselben war, daß von allen Seiten festgestellt werden konnte, es bestünden keinerlei Gegensätze oder Verstimmungen im Verband. Es wurde im Gegenteil eine erfreuliche Uebereinstimmung in der politischen Auffassung der führenden Persönlichkeiten festgestellt und von allen Seiten die gegenseitig an den Tag gelegte loyale Haltung anerkannt. Alle Redner gaben dem aufrichtigen Wunsche nach möglichst inniger Zusammenarbeit Ausdruck.

Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes.

Parteiamtlich wird verlautbart: Gestern nachmittag trat der Deutsche Nationalverband zu einer zahlreich besuchten Vollversammlung zusammen. Zunächst wurde die Frage beraten, ob und welche Sonderausschüsse im Verband einzusetzen seien. Es wurde beschlossen, daß, mit Ausnahme der bereits bestehenden Ausschüsse, des Angestellten- und des Demobilisierungsausschusses, derzeit keine weiteren Ausschüsse eingesetzt werden, daß vielmehr für besondere Angelegenheiten vom Vorstand eigene Berichterstatter zu bestellen sind.

Weiter wurde die Geschäftsordnung des Verbandes einer eingehenden Beratung unterzogen und zum Beschluß erhoben.

Der Vorstand wurde ferner beauftragt, die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen, damit bei Eröffnung des Hauses die notwendigen Anträge und Interpellationen eingebracht werden, welche aber erst bei ihrer Einbringung zu veröffentlichen sind.

Eine besonders große Ausdehnung in den Beratungen nahm die Besprechung der Ernährungsfragen ein. Dabei wurde namentlich über den mangelnden Zuschub an Saatgut (Kartoffel rc.) sowie über die starke Inanspruchnahme des Viehstandes Beschwerde geführt. Es wurde darauf hingewiesen, daß sich die ärgsten Mißstände aus der mangelhaften Organisation und aus der zu geringen Zufuhr aus Ungarn ergaben. Die Vollversammlung faßte den Beschluß, zum Ernährungsminister eine Abordnung zu entsenden, welche diese Beschwerden vorzubringen und Mittel und Wege vorzuschlagen hat, durch welche sowohl für die nächste als auch für die weitere Zukunft die Ernährung der Bevölkerung sichergestellt werden kann.

Schließlich befaßte sich die Vollversammlung nach bereits vorher erfolgter eingehender Beratung im Vorstand und dem Angestelltenausschuß mit der Frage der Aufbesserung der Bezüge der Staats- und Staatsbetriebsangestellten (insbesondere auch der Eisenbahnangestellten aller Kategorien sowohl hinsichtlich der ständigen Gehaltserhöhung als auch der Erhöhung der außerordentlichen und Dienstzulagen). Die Vollversammlung nahm den Bericht des Obmannes über die diesbezüglich erfolgte Rücksprache mit der Regierung zur Kenntnis und beauftragte sowohl den Vorstand als auch den Angestelltenausschuß, diese Angelegenheit fortlaufend zu betreiben und dem Verband in der nächsten Vollversammlung über die inzwischen unternommenen Schritte und das Ergebnis zu berichten.

Abschr. 11.10.1917 189 u 11

Die Vorgänge in Ungarn.

In Ungarn ist der Kampf zwischen der Regierungsmehrheit und den Oppositionsparteien über die Wahlreformfrage auf der ganzen Linie entbrannt. In einer Zuschrift an den „Pester Lloyd" suchte Ministerpräsident Graf Tisza dem Regierungskommentar über das Allerhöchste Handschreiben, der so viel Beanstandung erfahren hat, eine mildere Deutung zu geben: Es sei nicht richtig, daß die Regierung die vom König gewünschte Erweiterung des Wahlrechts auf die Inhaber der Tapferkeitsmedaille und auf die Besitzer von mindestens acht Joch Ackergrund beschränken wolle; was die Regierung wolle, sei eine Wahlrechtserweiterung, deren Detailfragen noch zu erwägen bleiben, auf der Grundlage des Tiszaschen Wahlgesetzes aus dem Jahre 1913. Auf die Rettung der Grundlagen und Prinzipien jenes Gesetzes, auf das Graf Tisza so stolz ist wie auf das Ei des Kolumbus, scheint es der Regierung hauptsächlich anzukommen. Dies geht auch aus einer Polemik des Grafen Tisza gegen den Grafen Apponyi im „Az Ujsag" hervor, worin es nach einem Hinweise auf die Bevorzugung der industriellen Arbeiter im Wahlgesetz von 1913 heißt:

Die Gesetzgebung hat es zielbewußt und wohlüberlegt getan, denn sie wollte Raum schaffen für die politische Geltung der industriellen Arbeiter. Und wenn nun die Prüfung der auf Grund des neuen Gesetzes angelegten Wählerlisten dartun sollte, daß es uns nicht gelungen ist, die praktische Verwirklichung dieses gesetzgeberischen Willens zu sichern, so werden wir eben eingehend und gewissenhaft zu erwägen haben, welcher weitergehenden Verfügungen es bedarf, um dieses Ziel zu erreichen. Denn darin stimmen wir alle überein, daß wir den ungarischen Industriearbeitern die Pforte der politischen Geltung aufschließen müssen. Mit diesem Schritt gehen wir nicht über den wirklichen Rahmen des Gesetzes vom Jahre 1913 hinaus, wir dienen geradezu jener ratio legis, von der die Gesetzgebung im Jahre 1913 sich leiten ließ. Sollte uns also die Erfahrung davon überzeugen, daß dieses Ziel des Gesetzes auf Grund der gegenwärtigen Konskription nicht erreicht werden konnte, so würden wir nur im Geiste des Gesetzes vorgehen, indem wir die Mittel böten, das Ziel zu erreichen.

Graf Tisza zeigt sich also bereit, in der Wahlrechtsfrage mit sich reden zu lassen. Nun richtet sich aber die Gegnerschaft der Opposition weniger gegen die Wahlreformansichten des Grafen Tisza — auch die Mehrheit der Opposition würde vermutlich in der Wahlreformfrage nicht ungern mit sich reden lassen — als vielmehr gegen die Person und das ganze Regierungssystem des Grafen Tisza selber. Und so dürfte die Hoffnung des Grafen Tisza, durch das Mittel der Wahlreform, hinsichtlich welcher bei manchen Oppositionsführern und bei der Regierung parallele, auf das bekannte gleiche Ziel gerichtete stille Wünsche bestehen dürften, zu einem modus vivendi mit der Opposition zu kommen, an der wenigstens bisher an den Tag gelegten absoluten Unversöhnlichkeit der Opposition gegenüber dem Ministerpräsidenten scheitern. Daß Graf Tisza gern mit sich reden ließe, um die Prinzipien seiner Wahlreform, die er für eine Vereinigung von Demokratie mit den Bedürfnissen des einheitlich-nationalen Charaktrs Ungarns hält, zu retten, zeigt auch eine von ihm im „Igazmondo" veröffentlichte Polemik gegen den Grafen Andrassy, worin er sagt: „Man würde über das Ziel schießen, wenn man allen jenen das Wahlrecht geben würde, die es verlangen. Es seien die auf der niedrigsten Bildungsstufe stehenden Schichten, die es am meisten fordern. Diesen könne man das Wahlrecht nicht geben, solange nicht die Intelligenz und die patriotisch bewährten Schichten herangezogen werden." Daß aber umgekehrt auch in der Opposition eine gewisse Neigung besteht, in der Wahlreformfrage aus

Gegnerschaft [illegible] Tisza nicht über das Ziel zu schießen, scheint ein Artikel des Grafen Apponyi darzutun, der es namens seiner, der Kossuth-Partei, also der stärksten unter den oppositionellen Gruppen, ablehnt, mit den übrigen Oppositionsgruppen einen Wahlrechtsblock zu bilden, insofern dieser in seinen Forderungen über die seinerzeit von den Oppositionsparteien vereinbarte Wahlreformformel hinausgehe.

Am radikalsten von den nationalen Parteien gebärdet sich in ihren Wahlreformforderungen die Karolyi-Gruppe (Unabhängigkeits- und 48er Partei), deren Entschließung im heutigen Morgenblatt der „Reichspost" mitgeteilt wurde. Die Partei, die nur über einige wenige Mandate verfügt, deren Zahl mit dem Machthunger der Führer in umgekehrtem Verhältnisse steht, hofft von den Wogen radikalster Demokratie ans Ziel ihrer Wünsche getragen zu werden. Darum auch ihr Bestreben, alle oppositionellen Gruppen, einschließlich der Sozialdemokraten, zu einem Wahlreformblock mit möglichst radikalem, für die Agitation geeignetem Programm zusammenzuschweißen, Bemühungen, denen aber sowohl die Kossuthpartei Apponyis als auch die Verfassungspartei Andrassys, die hinsichtlich der Demokratisierung Ungarns ebenso ihre „Prinzipien" besitzen wie Graf Tisza, überaus kühl gegenüberstehen. Wohl aus dem Bedürfnisse heraus, in Zusammenhang mit den radikaldemokratischen Elementen, insbesondere mit den Sozialdemokraten zu bleiben, ist auch der zweite Teil der mitgeteilten Entschließung der Karolyigruppe zu erklären, der sich die Friedensformel der roten Internationale (Friede ohne jedwede Annexion oder Kriegsentschädigung) zu eigen macht und die sozialdemokratische Milizforderung übernimmt. Ob die Karolyigruppe mit diesen Konzessionen an die Sozialdemokratie bei der Agitation — auf diese allein ist es ja abgesehen — auf ihre Rechnung kommt, bleibt abzuwarten. Insbesondere wenn die Bevölkerung Ungarns erfährt, daß sie nach diesem Programm der „Tiger" für die Kosten der serbischen und rumänischen Einbrüche selber aufzukommen hätte und daß den besiegten Einbrechern keinerlei Schadensgutmachung auferlegt werden dürfe, mögen ihr vielleicht doch Bedenken aufstei-

Abendblatt
11. IV. 1917

190

Innerpolitisches.

Zur Geschäftsordnungsreformfrage

des Abgeordnetenhauses veröffentlicht die „A.-Z." einen Entwurf ihres Chefredakteurs F. Austerlitz als unverbindlichen Vorschlag, der „auch die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht binde", also eine reine Privatarbeit ist, die allerdings bereits in einer ganzen Anzahl von Aufsätzen als bevorstehendes Ereignis angekündigt worden ist. Der Entwurf enthält, wie alle derartigen Vorschläge, in positiver Hinsicht manche Anregungen, die bei den zur Reform Berufenen Beachtung verdienen, so z. B. bezüglich der Vornahme namentlicher Abstimmungen, bezüglich der Einschränkung der Redezeit und bezüglich der Behandlung widerhaariger Abgeordneter (§ 57); hier wird die seinerzeit von den verschiedensten Seiten angeregte Bestrafung durch Streichung des Taggeldes sowie durch Plakatierung der Strafe im Wahlbezirke des bestraften Mandatars in Paragraphenform gebracht. Als bedenklich erscheinen einige der vom Entwurf vorgeschlagenen Streichungen bisheriger Bestimmungen unter Berufung darauf, daß sie durch die Praxis wertlos geworden seien; da in Zukunft hoffentlich die Praxis eine andere wird, dürften auch einzelne der vorübergehend entwerteten Bestimmungen wieder Inhalt und Zweck erlangen. Ein Mangel ist, daß der Entwurf nichts über die Verhandlungssprache enthält. Hat sich doch das Reden in einer Sprache, die der Vorsitzende und die Mehrheit des Hauses nicht verstehen, zum beliebtesten Obstruktionsmittel herausentwickelt, seit man den vom Präsidenten Dr. Kathrein seinerzeit klassisch formulierten Grundsatz, daß der Redner in einer dem Hause und insbesondere dem Vorsitzenden verständlichen Sprache zu reden habe („Sie müssen logischer- und vernünftigerweise mit uns deutsch reden!"), preisgegeben hat.

Neue Freie Presse

12. V. 1917

Kaiser und Volk.

Ein Dankschreiben für die Leistungen und Entbehrungen der Männer und Frauen.

Wien, 11. Mai.

Der dritte Kriegswinter hat über den April hinaus gedauert. Erst seit einigen Tagen haben wir Sonnenschein und warme Luft, so daß die Bäume in der Frühlingsblüte herrlich anzusehen sind und der Wald sich belaubt. Die Bevölkerung war in der langen Zeit schwerer Nahrungssorgen und harter Entbehrungen musterhaft in der Hingebung und Geduld. Oesterreich hat darin wohl die meisten Länder übertroffen, die solche Kriegsleiden, die schwierigere Zugänglichkeit der Lebensmittel, den Mangel an Kohle und den Kummer der Frauen bei der Führung des Haushaltes zu ertragen haben. Die Ehrfurcht vor einer namenlosen Menge, aus der nicht einzelne Personen herauszugreifen sind, sondern die mit ihren vielen Millionen in der Gesamtheit durch gemeinsame Merkmale sich als Individualität abhebt, haben wir nie so tief empfunden wie in der rauhen Jahreszeit, wie im vierunddreißigsten Kriegsmonat. Wir verstehen das Bedürfnis des Kaisers, sich darüber auszusprechen; wir verstehen ihn selbst, der schon nach kurzer Regierungszeit dem Volke eine vertraute Gestalt ist, zu der jeder Einzelne, den jetzt das Leben drückt, persönlich in Beziehungen zu sein glaubt. Ein warmer Hauch kommt aus der Hofburg, die Stimmung der Menschlichkeit breitet sich vor ihm aus und die Schwachen begegnen dort einem sozialen Empfinden, das sich der Politik und Verwaltung in Oesterreich mitteilt. Wenn es nicht aus dem Herzen käme, wäre es Staatsklugheit; wenn es nicht in der Veranlagung des Gemütes wäre, würde es Voraussicht und Pflichtbewußtsein eines Herrschers sein.

Den nachhaltigsten Eindruck wird machen, was der Kaiser über die Frauen sagt. Sie verdienen, daß er ihr Wirken vorbildlich nennt und ihnen den wärmsten Dank ausspricht. Was sie getan haben, um die Beschwerlichkeiten des Krieges zu mildern, welches Anpassungsvermögen, welche Erfindungsgabe und welche Ausdauer sie Tag für Tag zeigen, davon weiß jeder in seiner eigenen Familie zu erzählen. Es wäre gut, wenn alle Frauen und gerade die einfachsten und schlichtesten in einem Gedenkbuche die Erlebnisse dieses Krieges aufzeichnen würden, um den Nachkommen ein treues Bild vom Hinterlande in den Jahren, da der drohende Hunger von der Schwelle abgehalten werden mußte, zu geben. Die Frauen haben sich selbst übertroffen; sie waren rührend und großartig zugleich. In der Winterskälte, im feuchten Nebel, im Sturm und Schnee standen sie in langen Reihen vor den Läden mit dem Gedanken an die Kinder, die allein gelassen wurden. Wie oft mußten sie zurückkehren, ohne daß sie das Fett oder die Kartoffeln verschaffen konnten, um einen Mittagstisch für ihre Angehörigen zu bereiten und das Zimmer durch Anzünden von ein bißchen Kohle im Ofen behaglicher zu machen. Die Hilfskräfte, die sich in ihnen entwickelten, die Zähigkeit, mit der sie einen gewissen Lebensstand trotz aller Schwierigkeiten zu behaupten suchten, sind ihre Kämpfe gegen einen bösen Feind gewesen, und viele Berichte sind nicht minder aufregend als Schilderungen aus dem Schützengraben über Gefechte. Aber schön ist es, daß in dieser Bedrängnis die Anziehung der echten Weiblichkeit nicht verloren geht, daß die österreichische Frau ihren Mühseligkeiten tapfer begegnet und sich nicht fallen läßt, sondern jede ihr vom Kriege zugewiesene Arbeit, sei es als Gattin und Mutter, sei es als Krankenpflegerin oder an der Spitze von Anstalten zur Milderung der Kriegsfolgen, mit Anmut verrichtet. Der Kaiser hat in seinem Dankschreiben die Frauen aus der gesamten Bevölkerung in einem besonderen Abschnitte herausgehoben. Jede von ihnen gleicht in der Aufopferungsfähigkeit den Frauen von Weinsberg, die ihre Männer auf den Rücken nahmen und aus schwerer Feindesgefahr retteten.

Das Schreiben des Kaisers hat nichts von politischer Berechnung, sondern ist der Ausfluß seiner Natur. Er sieht die Dinge unmittelbar und hat die für jeden Fürsten wichtige Gabe der Anschauung. Vor dem großen Triebrade, das er fortwährend beobachten muß, weil von dem richtigen Griffe das Schicksal der Monarchie abhängig sein kann, vergißt er die Einzelheiten nicht, die Menschen, die unter den höheren Notwendigkeiten leiden. Politische Wirkungen hat jedoch alles, was ein Kaiser unternimmt; wenn er auch nur den Regungen des Gefühls folgt, bleibt er dennoch Herrscher. Er hat im Volke die Ueberzeugung hervorgebracht, daß die Monarchie den Frieden wolle, ohne ihn wollen zu müssen. Die Meinung des Kaisers ist zugleich Volksmeinung, und diese Uebereinstimmung der Krone mit sämtlichen Schichten der Gesellschaft hat in der Prüfung, die uns auferlegt ist, einen unschätzbaren Wert. Er hat die ganze Monarchie in der Politik geeinigt, die Graf Czernin in den amtlichen und halbamtlichen Kundgebungen in das Bewußtsein von Europa und namentlich der Völker, die uns als Feinde gegenüberstehen, bringen wollte. Der Kaiser hat jedoch auch die Nahrungsfrage wie eine persönliche Sorge behandelt, wie etwas, das ihn unausgesetzt beschäftigt. Von ihm ist wiederholt der Anstoß zu wichtigen Maßregeln ausgegangen, und sogar die Liste der Empfänge hat oft gezeigt, daß er den Kreis der Berichterstattung ausdehnt, unmittelbare Zeugnisse über die Entwicklung der Verhältnisse haben will und ein selbständiges Urteil zu gewinnen sucht. Auch die Geschichte von Kaiser Karl im Kriege wird erst im Frieden geschrieben werden können.

Das Handschreiben ist an die gesamte Bevölkerung gerichtet, und der Kaiser würdigt auch die geistigen Kräfte, die im Kriege aufgeboten werden mußten. Die körperliche Arbeit findet im Handschreiben ihren Platz, aber die geistige ist nicht vergessen, und dazu gehört die Leitung der Betriebe, die Fähigkeit der Umgestaltung von Anlagen für den Frieden zu Werkstätten des Krieges und zur Dienstbarkeit des gesamten Wirtschaftslebens für die Verteidigung des Landes. Was der Kaiser von den Arbeitern sagt, von den landwirtschaftlichen, gewerblichen und industriellen, ist nach den Erfahrungen von drei Jahren die lauterste Wahrheit. Die österreichischen Arbeiter haben ihre Pflichten gegen den Staat in der bedenklichsten Krise, von der er jemals heimgesucht worden ist, erfüllt, an der Front und im Hinterlande sich über alle Gegensätze hinweg zur Einheit der Volksgenossenschaft erhoben. Der Kaiser hat das Auge für solche Erscheinungen. Er schildert in seinem Dankschreiben den Feinden ein Oesterreich, wie es tatsächlich ist, mit dem Staatsgefühle aller Klassen, mit einer sozialen Verträglichkeit, die weit größer ist als die nationale, mit ungeahnten Widerstandskräften, die uns hinüberleiten über Wochen neuer Entbehrungen zur Ernte, zur Befreiung und zum Frieden.

Neue Freie Presse
12./V. 1917

Der Dank des Kaisers an die Bevölkerung.

Für die Opferfreudigkeit und Geduld während der Kriegszeit.

Wien, 11. Mai.

Die morgige „Wiener Zeitung" wird das nachstehende l. h. Handschreiben veröffentlichen:

„Lieber Graf Clam-Martinic!

Der dritte Kriegswinter mit allen seinen Härten liegt hinter uns und, wenn es auch noch manchen Monat braucht, bevor die keimende Saat uns Nahrung gibt, so dürfen wir doch erwarten, daß das Frühjahr eine Erleichterung der Lebensführung mit sich bringen wird.

Bis dahin gilt es durchzuhalten und dies wird uns, freilich mit großen Entbehrungen, zweifellos auch gelingen.

In dieser schweren Zeit drängt es Mich, Meinen geliebten Völkern zu sagen, wie tief Mir ihr Mühsal zu Herzen geht und daß Ich ihnen wärmsten Dank für die Opferfreudigkeit und Geduld weiß, mit welcher sie alle Lasten des Krieges auf sich nehmen.

Und dankbar würdige Ich, was von der Bevölkerung mit bewundernswertem Aufgebot ihrer geistigen und materiellen Kräfte in diesen ernsten Tagen geleistet ward: die Arbeit des Landwirtes, des industriellen und gewerblichen Arbeiters, des Bergmannes, kurz aller jener tapferen und ausdauernden Kämpfer des gesamten Wirtschaftslebens, die sich der für unseres Vaterlandes Bestand und Ehre fechtenden Helden würdig erwiesen haben.

Auch des vorbildlichen Wirkens unserer patriotischen Frauen, die sich in schwerster Zeit durch Standhaftigkeit, wirtschaftliche Tüchtigkeit und werktätige Nächstenliebe für immer die Anerkennung des Vaterlandes gesichert haben, gedenke Ich mit innigem Danke.

Von ihnen allen erwarte Ich, daß sie, durchdrungen von der Größe der Zeit, die alle Hände gebieterisch ans Werk ruft, auch weiterhin das Aeußerste leisten, für sie alle erflehe Ich, vertrauensvoll in die Zukunft blickend, Gottes reichsten Segen. Möge die zuversichtliche Hoffnung auf baldige bessere Tage sie bei ihrer weiteren, dem Gesamtwohle des Vaterlandes geweihten Arbeit begleiten!

Dies beauftrage Ich Sie, der Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen.

Laxenburg, am 8. Mai 1917.

Karl m. p.

Clam-Martinic m. p."

Die Zeit

12. IV. 1917

Drei Prinzipien.

Wenn man von der republikanischen Staatsform, die eine revolutionäre Errungenschaft ist, absieht, sind es drei Prinzipien, die der russischen Revolution ihr innerpolitisches Gepräge verleihen. In chronologischer Reihenfolge aufgezählt: die parlamentarische Regierung, das allgemeine und gleiche Wahlrecht und die Autonomie der Völker. Wie stellt sich nun die Rückwirkung dieser Prinzipien im einzelnen auf die Zentralmächte dar?

Für das Deutsche Reich kommt auch das Prinzip der Autonomie der Nationen wenig in Betracht, da das Reich kein Nationalitätenstaat ist. Um so wichtiger sind für Deutschland die beiden anderen Prinzipien: die parlamentarische Regierung für das Reich und das allgemeine Wahlrecht für Preußen und einige andere Bundesstaaten. Sie haben schon vor dem Krieg eine Zeitlang den Angelpunkt der innerpolitischen Kämpfe gebildet, hauptsächlich unter dem Antrieb, der von der ersten russischen Revolution gekommen war. Unter dem Eindruck der neuen russischen Revolution ist die Agitation jäh wiedererwacht. Der Burgfriede, unter dem die innerpolitischen Bestrebungen in den ersten zweieinhalb Jahren des Krieges geschlummert hatten, wurde gebrochen, und Deutschland ist in eine neue Phase der innerpolitischen Reformen eingetreten. Am 30. März wurde vom Reichstag ein Verfassungsausschuß eingesetzt, der, wie sein Name schon andeutet, Aenderungen der seit der Gründung des Reiches unberührt gebliebenen Verfassung beraten soll. Am 8. April erschien die Osterbotschaft des deutschen Kaisers, die eine Reform des preußischen Landtagswahlrechtes in Aussicht stellte, allerdings erst für die Zeit nach dem Kriege, was die Agitation nur noch mehr anspornte. In der vorigen Woche ist der Verfassungsausschuß zusammengetreten, der ungemein rasch gearbeitet und in einigen wenigen Sitzungen, die bereits abgeschlossen sind, eine Reihe von Verfassungsänderungen beschlossen hat, die alle darauf hinauslaufen, Deutschland zum parlamentarischen Regime zu verhelfen. Die Regierung freilich hat sich zu all dem bisher ganz passiv verhalten.

Für Oesterreich liegen die Verhältnisse anders. Das allgemeine Wahlrecht haben wir allerdings, aber seit drei Jahren kein Parlament. In den letzten Wochen ist nun das Parlament einberufen worden. Die anderen beiden Prinzipien der russischen Revolution dagegen fehlen uns noch und tun uns dringend not: das parlamentarische Regime, das freilich die Abschaffung des § 14 voraussetzt, und die Autonomie der Völker, die bei uns durch einen nationalen Ausgleich seit siebzig Jahren angestrebt wird, aber noch nicht erreicht worden ist. Noch siebzig Jahre kann Oesterreich auf die Erfüllung dieser Postulate eines lebensfähigen modernen Nationalitätenstaates nicht warten, die Zeit drängt, und ihren Geboten wird man sich auch bei uns länger nicht entziehen können. Doch ist bisher bei uns von einer Einsicht in die Notwendigkeit dieser Dinge noch wenig zu bemerken.

Ungarn hat nun wohl das parlamentarische Regime, aber es ist hier nur ein Machtmittel der herrschenden Oligarchie gegenüber der Krone, hat also ständischen Charakter und von der Demokratie bloß die äußere Form entlehnt. Was ihm fehlt und erst dieser äußeren Form den demokratischen Inhalt geben würde, ist durch die beiden anderen Prinzipien der russischen Revolution vollständig erschöpft: das allgemeine, gleiche Wahlrecht und Gleichberechtigung der Nationalitäten. Trotz seiner formalen Ueberlegenheit steht somit Ungarn, was den materiellen Inhalt seiner politischen Einrichtungen betrifft, noch hinter Oesterreich zurück, das doch wenigstens das allgemeine Wahlrecht auf dem Papier schon besitzt und Ansätze zu einer gerechten Nationalitätenpolitik immerhin aufzuweisen hat. Das allgemeine Wahlrecht verlangt nun neuestens die Karolyi-Partei. Von einer Aenderung der Nationalitätenpolitik dagegen spricht auf dem ungarischen Globus noch kein Mensch, und das ist der betrüblichste Punkt in dieser ganzen Betrachtung.

Frankfurter

13./V. 1917

Koalitionsregierung und Arbeiterrat.

Der Arbeiter-Vollzugsausschuß gegen die Teilnahme an der Regierung.

K. Petersburg, 11. Mai. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Vollzugsausschuß des Rates der Arbeiter- und Soldatenvertreter hat sich mit 23 gegen 22 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen gegen eine Teilnahme an einem Koalitionskabinett ausgesprochen.

Die Frage wird von einer allgemeinen Versammlung des Rates einer Revision unterzogen werden, was die Möglichkeit einer gegenteiligen Abstimmung wahrscheinlich macht.

Sozialpolitische Wochenplauderei.

Kriegshetzer.

Die politisch gefährlichen Klassen sind die ganz Reichen und die ganz Armen.
Henry George, Fortschritt und Armut.

Daß eine Horde gewissenloser Geldhändler zum Kriege hetze, um aus Blut Dollars zu machen — in Amerika sind es nämlich Dollars, jeder im Frieden vier Mark oder 5 Kronen, jetzt erheblich mehr wert — wurde von Bürgern des großen Freistaates, der von Washington und Lincoln auf Wilson und Roosevelt gekommen ist, schon lange vorausgesehen und gesagt. Man lächelte und lachte über diese Kassandren. Es waren Aktionäre ohne Gewissen, die lachten. Bald werden viele darüber weinen, daß man den Unheilkündern nicht glaubte. Es werden Frauen ohne Gatten und Kinder ohne Väter sein, die weinen.

Ein solcher Vorhersager war Charles A. Collman, der das Buch „Die Kriegshetzer von Wallstreet" geschrieben hat, das ein glücklicher Zufall nach Deutschland brachte. Es ging leicht in eines Reisenden Tasche, denn es hält nicht mehr als achtzig Seiten; aber was es enthält, ist von höchster Bedeutung, denn es zeigt, was Trusts und Kartelle und das Gelderwerben als einziges Lebensziel aus Leuten machen, die wahrscheinlich einst Menschen wie wir waren. Wir haben selten Gelegenheit, die Großen der modernen Kleptokratie so zu sehen, wie der Kammerdiener den großen Mann. Der Verfasser, ein hervorragender Börsenschriftsteller, genauer Kenner Wallstreets und seiner Helden, hatte diese Gelegenheit; daß er uns die Mammonarchen in Hemdärmeln, bei der Arbeit zeigt, die Ärmel hinaufgeschoben und die Arme bis über die Ellbogen in Gold, Shares und Blut, gibt seiner Schrift ihren Wert. Ich denke, wir dürfen von Wallstreets Männern und Sitten auf die der aufgehenden Sonne näheren schließen, von den Morgans der Wolkenkratzer auf die der fünfstöckigen Geldpaläste diesseits des großen Wassers, das die Völker scheidet, damit sich ihre Ausbeuter vereinigen können.

So aber schildert der Verfasser den bösartigsten und deshalb erfolgreichsten Kriegsversilberer; man glaubt wohlbekannte Kleinere zu sehen, die sich offenbar nicht nur das Geld, sondern auch das Wesen des größten Ausbeuters beider Welten zum Vorbild genommen haben:

Als der alte Morgan starb, schrieb ich ihm einen vierseitigen Nachruf im „Herald". Um das nötige Material zu erhalten, las ich alles, was je über ihn geschrieben worden ist. Ich erkundigte mich bei seinen Freunden und Genossen und zog meine eigenen persönlichen Erfahrungen zu Rate. Als ich meinen Nachruf beendigt hatte, wurde ich von einer höchst merkwürdigen Tatsache überrascht. Kein einziges Mal hatte Morgan während seiner langen Laufbahn durch irgend eine gütige Handlung Teilnahme und Herz für seine Mitmenschen gezeigt.

Kein Wunder, daß wir in Wall Street neugierig waren, zu erfahren, als was für ein Mann sich der junge Morgan erweisen würde.

Ich glaube, die erste Eröffnung kam uns allen wie ein Schlag. Am 21. Februar 1915 wurde der junge Morgan als Zeuge in dem Ausschuß für die Industrie-Vereinigungen der Vereinigten Staaten vernommen. Vorsitzender Walsh fragte ihn, wie lange nach seiner Meinung der Arbeitstag seiner Angestellten sein solle.

„Ich habe keine Meinung darüber," erwiderte Morgan junior.

„Welches Einkommen soll ein ungelernter Arbeiter haben?"

„Hierüber habe ich ebenfalls keine Meinung."

„Halten Sie einen Lohn von 10 Dollars die Woche zur Erhaltung eines erwachsenen Arbeiters für genügend?"

„Ich weiß nicht. Wenn das alles ist, was er bekommen kann, und er nimmt es, so halte ich es für genug," und Morgan lachte.

„In welchem Alter sollten Kinder zur Arbeit gehen?"

„Ich habe keine Meinung darüber."

Als dies die Zuschauer gehört hatten, begannen sie den Zeugen mit sonderbarem Interesse zu betrachten.

„Inwieweit meinen Sie, sind Aktienbesitzer für die Arbeitsbedingungen verantwortlich?" fragte der Vorsitzende weiter.

„Ich glaube nicht, daß Aktienbesitzer irgendwelche Verantwortlichkeit in dieser Sache haben," war die Antwort.

„Wie steht es mit der Verantwortlichkeit der Direktoren?" (Die amerikanische Bezeichnung für Verwaltungsräte.)

„Die Direktoren haben überhaupt keine."

Der Zeuge war so gleichgültig und zurückhaltend gegenüber den Fragen, welche die arbeitende Bevölkerung und die Ursachen der industriellen Unruhen betreffen, daß ihn die Mitglieder des Vorstandes gern gehen ließen mit der Bemerkung: „Sie sind dauernd entschuldigt, Herr Morgan."

Als man sich kürzlich im englischen Parlament beklagte, daß Morgan einen zu hohen Preis für seine Schrapnelle verlange, verteidigte ihn sein Freund Lloyd George, indem er sagte, daß Morgan nur 2 % verdiene. Der Handel in Munition soll sich auf nahezu 2 Milliarden Dollar belaufen. 2% von zwei Milliarden sind 40 Millionen Dollar.

Ich glaube nicht, daß irgend ein Vorwurf oder eine Ermahnung den jungen Morgan bewegen würden, sein schreckliches Geschäft aufzugeben, selbst nicht, wenn die Witwen und Waisen, die ihr Unglück auf ihn zurückführen, bei ihm vorstellig werden sollten.

Vor kurzem begab sich ein Geisteskranker zu Morgan und schoß nach ihm.

Ich bin überzeugt, daß das ganze Land Teilnahme für Morgan fühlte, als ein Verrückter versuchte, ihn niederzuschießen. Das Land fühlte auch mit seiner Mutter und seiner Gattin, die auf tiefste erschüttert waren, als sie von dem Anschlag erfuhren. Man glaubt fast zu hören, wie die beiden Frauen den Sohn und Gatten flehentlich

Der Abend 14.12.1915

Hamburger Fremdenblatt
15./V. 1917

Von der Verfassungspartei des Oesterreichischen Herrenhauses.

wb. **Wien**, 15. Mai. (Drahtbericht.) Die Verfassungspartei des Herrenhauses sprach in der letzten Versammlung ihre Befriedigung über die Wiederaufnahme der parlamentarischen Tätigkeit aus und betonte, daß als ihr oberster Grundsatz noch immer die Erhaltung und Befestigung der Staatseinheit gelte. Sollte Galizien eine größere Autonomie zugestanden werden, so kann und muß dies unter der Wahrung des einheitlichen Staatsverbandes geschehen. In dem glücklichen Bewußtsein, daß vermöge der jahrhundertelangen Entwicklung die Interessen des Staates und die Interessen der Deutschen in Oesterreich zusammenfallen, und in Anerkennung der Leistung des deutschen Volkes in Oesterreich während des Krieges wurde von allen Mitgliedern mit völliger warmer Einmütigkeit die Wahrung der Stellung der Deutschen in Oesterreich als Hauptaufgabe der Partei bezeichnet und daraus die Verpflichtung gefolgert, dem begründeten Bestreben der Deutschen in Böhmen nach Anerkennung ihres Sprachgebietes und nach einer dasselbe berücksichtigenden Regelung des Sprachgebrauches bei den staatlichen Behörden sowie nach nationaler Abgrenzung der Bezirke und der darauf gegründeten Kreisordnung Geltung zu verschaffen. Zum Schluß gab die gesamte Partei gehobenen Mutes der treuen Anhänglichkeit an das Bündnis mit dem Deutschen Reiche Ausdruck, das sich im Kriege glänzend bewährte und auch für Politik und Wirtschaft in der nachfolgenden Zeit eine maßgebende Grundlage bleiben wird. Die Partei werde alle Bestrebungen unterstützen, die geeignet sind, uns den Frieden näherzubringen, dessen die ganze Welt bedarf. Nichts dürfe aber unserem Verteidigungskampf Einhalt gebieten, solange nicht ein ehrenvoller, die Zukunft der Monarchie sichernder Friede erreicht und ihr Besitzstand gewährleistet wird.

Abendblatt
15. IV. 1917
202

Die Reform der Geschäftsordnung.

Die Regierungsentwürfe über die Geschäftsordnungsreform enthalten außer den bereits veröffentlichten noch folgende Bestimmungen:

Beseitigung der Dringlichkeitsanträge.

Eine einschneidende Aenderung der Entwürfe gegenüber dem geltenden Zustande betrifft die gänzliche Beseitigung der Dringlichkeitsanträge. Um jedoch die Behandlung wichtiger Initiativanträge zu ermöglichen, wird die Einführung sogenannter Schwerintage vorgesehen: „Im Abgeordnetenhause können zur Verhandlung von Berichten über Reichsratswahlen, von selbständigen Anträgen von Mitgliedern und Ausschüssen und von anderen Angelegenheiten zweimal in der Woche außerordentliche Sitzungen abgehalten werden, für die der Vorrang der Regierungsvorlagen nicht gilt."

Redezeit und Beratungsfristen.

Zahlreiche Bestimmungen der Entwürfe bezwecken eine Beschleunigung der Geschäftsbehandlung in den Sitzungen des Hauses. In erste Lesung wird eine Regierungsvorlage oder ein Beschluß des Herrenhauses nur dann genommen, wenn das Verlangen danach von einem Mitgliede längstens in der nächsten Sitzung, nachdem die Vorlage verteilt worden ist, gestellt und einschließlich des Antragstellers von hundert anwesenden Mitgliedern unterstützt wurde. Gleichviel, ob eine erste Lesung stattgefunden hat oder nicht, weist der Präsident jede Vorlage zur Vorberatung einem schon bestehenden oder zu wählenden Ausschusse zu. Jederzeit, auch während der Ausschußverhandlung, kann der Präsident dem Ausschusse eine Frist zur Berichterstattung stellen. Nach Ablauf der dem Ausschusse zur Berichterstattung gestellten Frist hat die zweite Lesung selbst dann zu beginnen, wenn ein Ausschußbericht nicht vorliegen sollte. Liegt kein schriftlicher Ausschußbericht vor und ist der Ausschuß auch nicht in der Lage, mündlich Bericht zu erstatten, so bestimmt der Präsident den Berichterstatter. Zur Unterstützung von Abänderungs- und Zusatzanträgen in der Spezialdebatte sind mindestens 40 Abgeordnete einschließlich des Antragstellers notwendig. Der Präsident ist jedoch berechtigt, Abänderungs- oder Zusatzanträge von vornherein zurückzuweisen, wenn dieselben ersichtlich nur zu dem Zwecke gestellt werden, die Verhandlung aufzuhalten. Minderheitsberichterstatter erhalten als solche weder in der General- noch in der Spezialdebatte das Wort. Eine tatsächliche Berichtigung darf die Dauer von fünf Minuten nicht überschreiten. Eine Erwiderung auf eine tatsächliche Berichtigung ist nur dann zulässig, wenn es sich um eine persönliche Angelegenheit des sich meldenden Abgeordneten handelt. Sie darf fünf Minuten nicht überschreiten. Auf Vorschlag des Präsidenten kann das Haus bei einzelnen Verhandlungen sowohl für die Generaldebatte als auch für einzelne oder sämtliche Abschnitte der Spezialdebatte beschließen, daß die Redezeit eines jeden Redners mit Ausnahme des Berichterstatters ein bestimmtes Ausmaß nicht überschreiten darf. Abänderungsanträge zum Vorschlag des Präsidenten sind unzulässig. Der Beschluß wird ohne Debatte gefaßt. Aehnliche Bestimmungen werden für die Ausschußberatungen vorgeschlagen.

Abstimmungen.

Die Entscheidung über Einwendungen gegen die vom Präsidenten verkündete Reihenfolge der Abstimmungen steht dem Präsidenten zu, durch welche Bestimmung die oft sehr langwierigen Debatten, die sich bei Abstimmungen entwickelten, ausgeschlossen werden sollen. Die Feststellung des Stimmenverhältnisses ist nur über Verlangen von 50 Abgeordneten vorzunehmen, während gegenwärtig jeder einzelne Abgeordnete diese zeitraubende Abstimmungsform fordern kann. Eine namentliche Abstimmung muß von mindestens 80 (gegenwärtig 50) Mitgliedern begehrt werden. Geheime Abstimmungen können nur auf Vorschlag des Präsidenten oder auf den Antrag von 100 Mitgliedern beschlossen werden. Nach der geltenden Geschäftsordnung ist die Unterstützung eines solchen Antrages auf geheime Abstimmung durch 100 Mitglieder nicht erforderlich. Ueber einen Antrag zur Geschäftsbehandlung kann eine namentliche oder geheime Abstimmung nicht vorgenommen werden.

Rednerbühne.

Die Berichterstatter der Ausschüsse und die übrigen Redner aus dem Hause sprechen von Rednerbühnen aus. Nur in Angelegenheiten der Geschäftsbehandlung sowie in besonderen Fällen, in denen der Präsident die Erlaubnis hiezu erteilt, sprechen die Abgeordneten von ihren Plätzen.

Interpellationen.

Ueber Interpellationen an die Minister und Anfragen an den Präsidenten enthalten die Entwürfe folgende Bestimmungen: Anfragen, die ein Mitglied an einen Minister richten will, sind dem Präsidenten schriftlich, im Herrenhause mit wenigstens zehn und im Abgeordnetenhause mit wenigstens dreißig eigenhändig beigesetzten Unterschriften versehen, zu übergeben und werden sofort dem Gefragten mitgeteilt. Sie werden im Wortlaut in Druck gelegt und an die Mitglieder des Hauses verteilt. Die Verlesung einer Anfrage findet nur auf Anordnung des Präsidenten statt. Der Gefragte kann mündlich oder schriftlich Antwort geben oder die Beantwortung mit Angabe der Gründe ablehnen. Schriftlich erteilte Antworten oder Ablehnungen der Beantwortung werden ohne Verlesung in Druck gelegt und an die Mitglieder des Hauses verteilt. Jedem Abgeordneten steht das Recht zu, an den Präsidenten des Hauses, an die Obmänner der Abteilungen und Ausschüsse schriftliche Anfragen zu richten. Der Gefragte kann mündlich oder schriftlich Antwort geben oder mit Angabe der Gründe die Beantwortung ablehnen. Bei der Besprechung über die Beantwortung einer Anfrage durch einen Minister kann der Antrag gestellt werden, das Haus nehme die Beantwortung zur Kenntnis oder nicht zur Kenntnis. Dem Antrag kann eine kurze Begründung beigegeben sein. Nach der geltenden Geschäftsordnung ist die Stellung eines Antrages bei dieser Besprechung unzulässig.

Neu ist folgende Bestimmung: Im Falle besonderer Dringlichkeit kann auf Vorschlag des Präsidenten oder auf den Antrag von 40 Mitgliedern ohne Debatte beschlossen werden, daß eine in derselben Sitzung eingebrachte Anfrage an einen Minister vom Fragesteller vor Eingehen in die Tagesordnung oder nach deren Erledigung mündlich begründet werde und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfindet. In dieser Debatte darf kein Redner länger als 20 Minuten sprechen.

Petitionen.

Bittschriften und andere Eingaben an eines der beiden Häuser sind nur dann anzunehmen, wenn sie von einem Mitglied des Hauses überreicht werden. Sie werden weder verlesen, noch in Druck gelegt. Diese Schriftstücke gehören nicht zu den Verhandlungen des Reichsrates im Sinne des § 28 des Preßgesetzes. Eine Begründung oder Befürwortung bei Einbringung von Bittschriften und von anderen Eingaben ist nicht zulässig.

Die Zahl der für die Unterstützung von Anträgen erforderlichen Unterschriften wird von zwanzig auf vierzig erhöht.

Die Regierungsentwürfe enthalten weiter zahlreiche die Geschäftsbehandlung bei Eröffnung und Schluß der Sitzung vereinfachende Bestimmungen. Folgendes sei hervorgehoben: Die Anwesenheit der nach § 15 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung zu einem gültigen Beschlusse des Reichsrats notwendigen Anzahl von Mitgliedern (hundert im Abgeordnetenhause, vierzig im Herrenhause) ist in beiden Häusern nur bei Abstimmungen und Wahlen erforderlich. Kann in einem Hause eine Abstimmung oder eine Wahl wegen Beschlußunfähigkeit nicht vorgenommen werden, so schließt der Präsident die Sitzung oder unterbricht sie auf bestimmte Zeit.

Protokolle.

Bedenken gegen die Fassung oder den Inhalt des amtlichen Protokolls über die Sitzungen sind außerhalb der Sitzungen dem Präsidenten mitzuteilen, welcher, wenn er sie begründet findet, die Berichtigung vornimmt. Die weitläufigen Bestimmungen der geltenden Geschäftsordnung über die amtlichen Protokolle, die seinerzeit zu Obstruktionszwecken ausgenützt wurden, sind im Regierungsentwurfe gestrichen. Bezüglich des stenographischen Protokolls wird bestimmt, daß den Rednern nur stilistische Aenderungen gestattet sind. Die gegenwärtige Geschäftsordnung enthält nur die allgemeine Bestimmung, daß die stenographischen Berichte zur Durchsicht der Redner in der Kanzlei aufliegen, und es war eine weitverbreitete Uebung, oft auch inhaltliche Korrekturen vorzunehmen.

Schließlich sei erwähnt, daß der Regierungsentwurf die Wahl von nur vier Vizepräsidenten vorsieht.

Neue Freie Presse

15. IV. 1917

Die Schwierigkeiten in der galizischen Sonderstellungsfrage.

Rücktritt des Polenobmannes Ritter v. Bilinski.

Wien, 14. Mai.

Der Obmann des Polenklubs Ritter v. Bilinski wies in der heutigen Sitzung des Polenklubs darauf hin, daß ohne das Verschulden des Klubs dessen ursprüngliches politisches Programm, das auf der Vereinigung Galiziens mit dem Königreiche Polen aufgebaut war, fallen gelassen werden mußte und daß die Frage der Sonderstellung Galiziens nur als ein Mittel zu betrachten gewesen sei, die Polen der Verwirklichung ihres nationalen Ideals näher zu bringen. Wenn Ritter v. Bilinski heute auch dem Plenum des Polenklubs seinen bereits vor einiger Zeit angekündigten Rücktritt von der Würde des Polenobmannes zur Kenntnis brachte, so ist sein Entschluß gewiß nicht in letzter Linie auf die Schwierigkeiten zurückzuführen, denen nun auch die Erfüllung dieses eingeengten Programms des Polenklubs gegenübersteht. Durch mehr als zwei Jahre hat Ritter v. Bilinski den so verantwortungsvollen Posten bekleidet, von dem er nun in dem Bewußtsein scheidet, nach besten Kräften für das Wohl seines Landes und seiner Nation gewirkt zu haben. Das Plenum des Polenklubs dürfte morgen den Rücktritt Ritter v. Bilinskis zur Kenntnis nehmen. Die Fraktionen des Polenklubs würdigen die formellen Gründe, die Ritter v. Bilinski für seinen Rücktritt anführt. So wie Ritter v. Bilinski in einer schwierigen Zeit die Stelle des Polenobmannes im Interesse seiner Nation übernommen hat, so will er sie jetzt in der Erkenntnis niederlegen, daß es das Wohl des polnischen Volkes erheischt, daß der Polenklub nunmehr, da das parlamentarische Leben in Oesterreich wieder erwacht, von einer Persönlichkeit geführt werde, die dem Abgeordnetenhause angehört. Wer zum Nachfolger Ritter v. Bilinskis gewählt werden wird, ist noch ungewiß. Von einzelnen Gruppen wird Fürst Lubomirski, der Mitglied beider Häuser des Reichsrates ist, als Kandidat genannt. Von anderen Gruppen wird die Wahl des Abgeordneten Doktor Lazarski befürwortet, der keiner der Fraktionen des Polenklubs angehört. Auch Dr. Leo, der vor Ritter v. Bilinski den Polenklub führte, wird als Kandidat bezeichnet. Die Wahl des neuen Klubobmannes dürfte Mittwoch erfolgen.

In der mehrstündigen Beratung, die der Polenklub heute abhielt, stand formell die Frage der Sonderstellung Galiziens auf der Tagesordnung. Tatsächlich standen vor allem die großen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen, die infolge der Heimsuchung Galiziens durch den Krieg aufgetaucht sind, im Vordergrunde. Von allen Seiten wurden schwere Klagen über die wirtschaftliche Lage der galizischen Bevölkerung beider Nationen vorgebracht, an zahlreichen Fällen wurde gezeigt, daß manche Uebelstände sich hätten vermeiden lassen, und von allen Rednern wurde die Forderung aufgestellt, daß nunmehr so rasch als möglich dem geschädigten Lande wirtschaftliche und finanzielle Hilfe gebracht werden müsse. Die Frage der Sonderstellung Galiziens im eigentlichen Sinne des Wortes trat in der heutigen Diskussion zurück. Die Parteien des Polenklubs nähern sich der Auffassung, daß die von ihnen nicht verlangte Sonderstellung Galiziens unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine Aussicht auf Verwirklichung habe und daß es deshalb notwendiger sei, sich mit den Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Galiziens zu befassen.

Ueber den Verlauf der heutigen Sitzung des Polenklubs erfahren wir:

Da die parlamentarische Kommission des Polenklubs sich auch heute auf keine der eingebrachten Resolutionen einigen konnte, wurde beschlossen, die Entscheidung dem Plenum des Klubs zu überlassen. In der Nachmittagssitzung, die um 5 Uhr begann, berichtete Ritter v. Bilinski über den Verlauf der Konferenzen, die das Präsidium des Klubs am 1. und 2. Mai mit der Regierung in Angelegenheit der Sonderstellung Galiziens geführt hatte. Er konstatierte, daß der Finanzminister bisher dem Präsidium das in Aussicht gestellte Projekt über die finanzielle Seite der Sonderstellung noch nicht zugestellt habe. Nach diesem Berichte erklärte Ritter v. Bilinski, daß er gemäß seiner bereits vor mehreren Wochen kundgemachten Absicht sich veranlaßt sehe, die Würde des Obmannes niederzulegen. Er wolle nämlich, da er dem Abgeordnetenhause nicht angehöre, den Polenklub vor allen daraus möglicherweise entstehenden Schwierigkeiten bewahren. Er erinnerte daran, daß seine am 20. Februar 1915 erfolgte Wahl zum Klubobmann von allem Anfange an nicht vom parlamentarischen Gesichtspunkte aus aufgefaßt wurde. In einer Zeit, in der das Abgeordnetenhaus nicht versammelt war, wo das Land von der russischen Invasion heimgesucht war, wo es galt, sich der Kriegsflüchtlinge anzunehmen und wo den Polen schwerwiegende und gänzlich unbegründete Vorwürfe gemacht wurden, hielt er es für seine heilige Pflicht, die Obmannwürde anzunehmen, um im Rahmen seines, wenn auch bescheidenen Einflusses der Nation und dem Lande zu dienen. Wenn auch nicht alles durchgesetzt werden konnte, was das Land mit Recht forderte, so ist es doch den vereinten Bemühungen der Mitglieder des Polenklubs und der polnischen Herrenhausmitglieder gelungen, so manche Unbill zu lindern. Es wurde die Grundlage zum Wiederaufbau des Landes geschaffen, und der Zusammenschluß der Parteien im Obersten polnischen Nationalkomitee ermöglichte die Vereinigung aller Kräfte zum Wohle der gemeinsamen Sache. „Wir verteidigten," fuhr Ritter v. Bilinski fort, „unser politisches Programm, welches auf die Vereinigung Galiziens mit dem Königreiche Polen hinauslief, und als dieses Programm ohne unser Verschulden fallen gelassen wurde, befaßten wir uns mit der Frage der Sonderstellung Galiziens, die aber von uns nur als ein Mittel aufgefaßt wurde, das uns der Verwirklichung unseres nationalen Ideals näherbringen sollte. Dem Polenklub, der heute die parlamentarische Tribüne wieder erlangt, wünsche ich Erfolg in dem Kampfe um die Hebung des schwer geprüften Landes, und insbesondere wünsche ich ihm Wohlergehen bei der Anbahnung des Weges, der zur glücklichen Lösung der polnischen Frage führt." Ritter v. Bilinski schloß mit der Erklärung, daß er gleichzeitig auch die Würde des Präsidenten des Obersten polnischen Nationalkomitees niederlege. Sodann verließ Dr. Ritter v. Bilinski den Beratungssaal.

Obmannstellvertreter Dr. German, der hierauf den Vorsitz übernahm, richtete an den Klub die Frage, ob er die Eröffnung der Debatte über die Resignation verlange. Abgeordneter Ritter v. Wysocki stellte den Antrag, die einzelnen Gruppen mögen die Resignation in Erwägung ziehen. Dieser Antrag wurde mit 22 gegen 12 Stimmen (der polnischen Volkspartei) angenommen.

Der Polenklub ging sodann zur Debatte über den auf der Tagesordnung stehenden ersten Gegenstand: die Sonderstellung Galiziens, über. Es sprachen die Abgeordneten Kendzior, Zieleniewski, Sliwinski, Fürst Lubomirski, Dr. Lazarski, Dr. Diamand und Tertil. Im Einvernehmen aller Gruppen wurde hierauf die Debatte über diesen Gegenstand auf morgen vertagt.

Der Klub erörterte nunmehr verschiedene Approvisionierungsangelegenheiten auf Grund der von einzelnen Abgeordneten vorgebrachten Klagen.

Die Sitzung wurde in vorgerückter Abendstunde geschlossen.

Neue Freie Presse

15/V. 1917

Das Programm der Verfassungspartei des Herrenhauses.

Wien, 14. Mai.

Die Verfassungspartei des Herrenhauses hat letzten Samstag eine lange Beratung abgehalten, in der die politische Lage erörtert wurde. Im Rahmen dieser Erörterung hat die Partei das Programm, dessen Träger sie ist, neu umschrieben. Der Bericht, den die Partei über diese Sitzung versendet, zeigt, daß das alte Programm der Verfassungspartei noch heute tragfähig genug ist und einer Revision nicht bedarf. Mit Recht wurde in der Debatte darauf hingewiesen, daß die alten Grundsätze der Verfassungspartei durch den Krieg eine Bekräftigung erfahren und heute auch von anderen Kreisen anerkannt werden, die außerhalb des Parteiverbandes stehen. Die Partei hält an den bewährten historischen Traditionen fest, die sie nur in einzelnen Punkten zeitgemäß fortentwickelt. Erhaltung und Befestigung der Staatseinheit und der verfassungsmäßigen Einrichtungen, Vertiefung und Förderung freiheitlicher Ideen sind heute wie zur Zeit der Bildung der Partei die Grundpfeiler des Programms. Die Partei hält selbstverständlich auch an der Notwendigkeit fest, die Interessen der Deutschen in Oesterreich, die mit jenen des Staates zusammenfallen, zu fördern. Von diesem Gesichtspunkte aus erblickt die Partei in der Festlegung der deutschen Vermittlungs- und Amtssprache nur die Erfüllung einer Staatsnotwendigkeit und nicht ein nationales Zugeständnis. Den Zeitverhältnissen entsprechend geben die neuen programmatischen Grundsätze der treuen Anhänglichkeit an das Bündnis mit dem Deutschen Reich Ausdruck, um schließlich zu erklären, daß die Partei alle Bestrebungen unterstützen werde, einen ehrenvollen, die Zukunft der Monarchie sichernden Frieden näher zu bringen. Das alte Programm der Verfassungspartei ist auch in seiner neuen Gestalt ein Programm hohen, geistigen Gehalts, ein bewährtes und gutes Programm.

Ueber den Verlauf der Sitzung der Verfassungspartei wird folgender Bericht veröffentlicht:

Die Verfassungspartei des Herrenhauses hat in ihrer Versammlung vom 12. d. dem Andenken des verblichenen Kaisers Franz Josef ihre tiefe Verehrung gezollt und huldigende Wünsche für Kaiser Karl sowie ihre bewundernde Anerkennung der Tapferkeit und Ausdauer unserer Armee ausgesprochen und der Opferwilligkeit und selbstlosen Haltung der Bevölkerung im Hinterland teilnahmsvoll gedacht.

In der Debatte sprachen alle Redner ihre Befriedigung über die Wiederaufnahme der so lange unterbrochenen parlamentarischen Tätigkeit aus, die der patriotischen Gesinnung und den Wünschen der Bevölkerung die legale Form der Aeußerung bietet, und viele wiesen mit Stolz darauf hin, daß die Entwicklung der politischen Ideen während des Krieges eine Bekräftigung der alten Grundsätze der Verfassungspartei gebracht habe, die heute auch von anderen Kreisen anerkannt werden, die außerhalb ihres Verbandes stehen. Als ihr oberster Grundsatz gelte noch immer die Erhaltung und Befestigung der Staatseinheit, die durch die geschichtliche Arbeit großer Monarchen und durch die Bedürfnisse der modernen Staatsentwicklung vorgezeichnet ist und die durch eine stramme, von staatlichem Geist erfüllte Verwaltung wirksam gepflegt werden soll. Ebensolchen Wert lege die Partei auf den Bestand verfassungsmäßiger Einrichtungen, um die berechtigte Mitwirkung der Bevölkerung an dem Zustandekommen des Staatswillens und die notwendige Kontrolle der Verwaltung zu sichern. Die verfassungsmäßige Einheit des Staates schließe die Betätigung öffentlichen Lebens in den einzelnen Ländern nicht aus, die ja durch die Staatsgrundgesetze von 1867 eine namhafte Erweiterung erfahren habe.

Sollte im Laufe der Zeit Galizien eine größere Autonomie zugestanden werden, so könne dies nur unter Wahrung des einheitlichen Staatsverbandes und unter Sicherstellung der finanziellen Hoheitsrechte des Staates sowie mit Berücksichtigung des wirtschaftlichen, verkehrspolitischen und kulturellen Zusammenhanges jenes Landes mit dem Reich geschehen.

Als ein seit langem gefühltes und durch die Erfahrungen des Krieges noch dringender gewordenes Bedürfnis wurde von allen Seiten die formelle Festlegung der deutschen staatlichen Vermittlungs- und inneren Amtssprache bezeichnet, die kein nationales Zugeständnis bedeute, sondern nur zu den eminenten Staatsnotwendigkeiten gehört. Um den staatlichen und patriotischen Sinn der heranwachsenden Jugend zu pflegen, sei eine staatsbürgerliche Erziehung sowie eine Verstärkung des staatlichen Einflusses auf die Schule zur Belebung und Vertiefung des österreichischen Staatsgedankens mit allem Nachdruck anzustreben und das auf diesem Gebiet vielfach Versäumte nachzuholen.

In dem glücklichen Bewußtsein, daß vermöge einer jahrhundertelangen Entwicklung die Interessen des Staates und die Interessen der Deutschen in Oesterreich zusammenfallen, und in Anerkennung der Leistungen des deutschen Volkes in Oesterreich während des Krieges wurde von allen Mitgliedern mit völliger und warmer Einmütigkeit die Wahrung der Stellung der Deutschen in Oesterreich als eine Hauptaufgabe der Partei bezeichnet und daraus die Verpflichtung gefolgert, dem begründeten Bestreben der Deutschen in Böhmen nach Anerkennung ihres Sprachgebietes und nach einer dasselbe berücksichtigenden Regelung des Sprachgebrauches bei den staatlichen Behörden sowie nach nationaler Abgrenzung der Bezirke und einer darauf basierten Kreisordnung Geltung zu verschaffen.

Sodann wurde die bestimmte Zuversicht ausgesprochen, daß die Verfassungspartei an den freiheitlichen Ideen, die in unseren Staatsgrundgesetzen zum Ausdruck gelangt sind, festhalten und stets bestrebt sein werde, den Ausbau unserer öffentlichen Einrichtungen in fortschrittlichem Sinn zu fördern.

Eingehend beschäftigten sich mehrere Redner mit den wirtschaftlichen Fragen. Angesichts der Entstehung neuer staatlicher und kollektiver Organisationen werde es sich darum handeln, das Gleichgewicht zwischen ihnen und der freien wirtschaftlichen Betätigung zu finden; denn die Entfaltung des Unternehmungsgeistes und der produktiven Volkskräfte seien unabweisliche Lebensformen des modernen Staates. Wenn dieser auch in der Folge erweiterte sozialpolitische Richtlinien verfolgen wird, so sei der Schutz der großen industriellen Unternehmungen, des ländlichen Besitzes und des Mittelstandes ebensosehr seine Aufgabe; denn alle Klassen der Bevölkerung haben ihre Pflicht im Laufe des Krieges erfüllt und haben Anspruch auf gleichmäßige Berücksichtigung seitens der Staatsgewalt.

Zum Schluß gab die gesamte Partei gehobenen Mutes ihrer treuen Anhänglichkeit an das Bündnis mit dem Deutschen Reich Ausdruck, das sich im Krieg glänzend bewährt hat und auch für die Politik und Wirtschaft der nachfolgenden Zeit die maßgebende Grundlage bleiben wird. Die Partei werde alle Bestrebungen unterstützen, die geeignet sind, uns dem Frieden näher zu bringen, dessen die ganze Welt bedarf. Nichts dürfe aber unserem Verteidigungskampf Einhalt gebieten, bevor nicht ein ehrenvoller, die Zukunft der Monarchie sichernder Friede erreicht und ihr Besitzstand gewährleistet ist, für dessen Erhaltung die Hingebung unserer Truppen und die kräftigen patriotischen Kundgebungen der berufensten Kreise der ganzen Bevölkerung ein unwiderlegliches Zeugnis geliefert haben.

Nach Schluß der Debatte fand eine Ergänzungswahl in das Exekutivkomitee der Partei statt, bei der Paul v. Schoeller und Dr. Freiherr v. Schey gewählt wurden.

Reichspost Abendbl. 15./V. 1917

Statutenänderung in der Christlichsozialen Vereinigung des Abgeordnetenhauses.

Landeshauptmann Hauser zum ständigen Klubobmann gewählt.

Heute vormittag, 10 Uhr, trat die Christlichsoziale Vereinigung des Abgeordnetenhauses in ihren Klubräumen im Parlamente zu einer Sitzung zusammen, in der nach Entgegennahme verschiedener Berichte im Namen des Klubvorstandes von dem Abgeordneten Fink der Antrag unterbreitet wurde, von dem bisherigen Vorsitz der Klubleitung abzugehen und einen ständigen Klubobmann zu wählen.

Seit den Neuwahlen im Jahre 1911 war die Klubleitung derartig konstituiert gewesen, daß kronlandsweise ein Turnus zwischen den Vorstandsmitgliedern in der Führung der Leitung stattfand; bei versammeltem Parlament wechselte die Leitung in den Personen von Monat zu Monat.

Im Interesse einer einheitlichen Führung des Klubs geht man nunmehr hievon ab.

Der Antrag, einen ständigen Klubobmann zu wählen, wurde einstimmig gefaßt und über Antrag des Abg. Fink ebenfalls einstimmig und unter außerordentlichem Beifall der Landeshauptmann von Oberösterreich Johann N. Hauser zum Klubobmann der Christlichsozialen Vereinigung des Reichsrates gewählt.

*

Reichsratsvorspiele.

Abg. Dr. Glombinski hat die Stelle eines Obmannstellvertreters des Polenklubs sowie alle Mandate in den Ausschüssen zurückgelegt. Ebenso hat gestern R. v. Bilinski die Stelle eines Obmannes des Polenklubs niedergelegt mit der Begründung, daß der Klub nach dem Wiederzusammentritt des Reichsrates einen Obmann haben müsse, der dem Abgeordnetenhause angehöre; R. v. Bilinski ist wohl Mitglied des Herrenhauses, besitzt aber derzeit kein Abgeordnetenmandat. Morgen dürfte die Neuwahl des Obmanns erfolgen. In seiner Rücktrittsrede streifte R. v. Bilinski auch die Galizien betreffenden Vorgänge der letzten Zeit und sagte u. a.: „Wir verteidigten unser politisches Programm, welches auf die Vereinigung Galiziens mit dem Königreiche Polen hinausging, und als dieses Programm ohne unser Verschulden fallen gelassen wurde, befaßten wir uns mit der Frage der Sonderstellung Galiziens, welche aber von uns nur als ein Mittel aufgefaßt wurde, das uns der Verwirklichung unseres nationalen Ideals näher bringen sollte." — Es bliebe aufzuhellen, ob das hier verkündete Programm und politische Ideal auf eine Vereinigung des Königreiches Polen mit Galizien oder umgekehrt Galiziens

Neue Freie Presse

15./V. 1917

Die Erneuerung der deutschen Fortschrittspartei in Böhmen.

Die Rede des Vorsitzenden Professors Bruno Kafka über die politische Lage.

Wien, 14. Mai.

Die Deutschen in Böhmen haben eine neue starke Begabung. Jeder, der ohne Voreingenommenheit die Rede Professor Kafkas auf dem Vertrauensmännertage der deutschen Fortschrittspartei in Böhmen liest, wird das Gefühl haben, hier ist eine neue Kraft am Werk, die Zukunft hat und die in Ursprünglichkeit und in kernigem politischen Willen den besten Ueberlieferungen entspricht. Die deutsche Fortschrittspartei in Böhmen hatte in den letzten Jahren schwere Verluste. Ein Führer nach dem andern ist gestorben. Lippert, Bachmann, Eppinger, Werunsky, Alexander Richter. Die Gefahr war unzweifelhaft vorhanden, daß durch diese Schicksalsschläge der alte Stamm verwittern und der Vorteil den Radikaleren und den Vertretern bestimmter Interessenkreise zufallen könnte. Nun zeigt es sich, daß trotz allem die Freisinnigen in Böhmen ihre Anziehung für das Talent bewahren; die Hoffnung ist nicht geschwunden, daß sie ihre alte Führerstelle zurückgewinnen und die Widrigkeiten der Gegenwart überwinden. Seit Franz Schmeykals Zeiten war es die angestammte Art der Führer der Deutschen in Böhmen, die Wahrheit mit ruhiger und unbefangener Aufrichtigkeit zu sagen. Niemals haben sie hetzerische Töne gebraucht, niemals hochtrabende Worte im Mund geführt, selbst in der ärgsten nationalen Bedrängnis blieb ihnen die Mäßigung in der Form, die sich auch mit dem schneidigsten Inhalt zu vertragen wußte. Die Rede, die der neue Führer im Spiegelsaale des Deutschen Hauses gehalten hat, zeigt die gleichen Eigenschaften. Es ist noch in guter Erinnerung, wie Bachmann mit einem Verzweiflungsruf sein politisches Seelenheil rettete, indem er die berühmten „Eindrücke" des Ministeriums Stürgkh als unannehmbar bezeichnete. Professor Kafka spricht mit der gleichen Unabhängigkeit des Urteils. Er hat womöglich noch besseren Sinn für die Gefahr, die in dem liegt, was er so richtig als überspitzte Taktik bezeichnet. Die überspitzte Taktik, was hat sie alles verschuldet! Aus ihr entsprang das Unglück der Parlamentarisierung, die in ihrer letzten Gestalt wohl die ärgste Verirrung gewesen ist, die jemals von Vertretern des deutschen Volkes begangen wurde. Die überspitzte Taktik war daran schuld, daß Graf Stürgkh imstande war, jahrelang die Deutschen, wie Hamlet sagt, von der Luft zu nähren und mit Versprechungen zu füttern. Professor Kafka schildert noch einmal, was wir schaudernd erlebt haben, das Hin und Her von Ausflüchten und leeren Redensarten, der ewige Verweis auf eine Schublade, in der sich nichts befand, die gar nicht mehr zu verkennende Absicht der Verzögerung. Wahrlich, seltsam und unerklärlich ist das Verhalten mancher Abgeordneten gegenüber einem Ministerpräsidenten, dessen bekannte Gesinnungen auch durch die eindrucksvollen Erlebnisse des Weltkrieges nicht verändert wurden. Professor Kafka hat erklärt, die radikalsten Herren wurden geradezu Beschwichtigungshofräte, wenn auch nur der leiseste Zweifel an dem guten Willen des Grafen Stürgkh geäußert wurde. Er hatte scheinbar eine suggestive Kraft, der naive Kinderglaube, die Vertrauensseligkeit, die Sanftmut der Abgeordneten waren nicht zu vermindern.

Auch nach dem Tode des Grafen Stürgkh kam Fehler auf Fehler. Denn ebenso überspitzt und ebenso verschroben war die Taktik, als das Gefühl schließlich lebhafter wurde, daß eine Erneuerung Oesterreichs auf dem parlamentarischen, verfassungsmäßigen Wege denkbar sei. Herr v. Koerber war, wie Professor Kafka gewiß mit Recht behauptet, kein unbedingter Gegner des Oktrois. Aber er hielt den Zeitpunkt für vorläufig versäumt und wollte, daß das Parlament einen Versuch mache, und erst im Falle eines Mißerfolges gedachte er sich des äußersten Mittels zu bedienen. Auch hier war die deutsche Politik nicht auf dem richtigen Wege. Sie hat die bereits öffentlich von den Polen abgesetzte Forderung nach der Selbständigkeit von Galizien aufgeworfen, obwohl dieses Problem nur im Zusammenhang mit den Forderungen des Staates zu entscheiden war. Sie hat staatliche Wünsche, wie die Reform der Geschäftsordnung, staatliche Notwendigkeiten, wie die deutsche Vermittlungs- und Geschäftssprache, als deutsche „Belange" erscheinen lassen und dadurch spielte sie den Gegnern die gefährlichste Waffe in die Hand, die Behauptung nämlich, die Deutschen hätten den Wunsch nach übermäßiger Machtentfaltung, nach nationaler Eroberung.

Nun ist die Frage, wie aus dem Veralteten das Neue sich entwickeln kann und wie das deutsche Volk endlich über das Gestrüpp hinweg zur klaren Ansicht der Wirklichkeit zu kommen vermag. Professor Kafka weist den richtigen Weg: Demokratisierung auf allen Gebieten, Preßfreiheit, möglichste Einigkeit bis weit nach links, Zusammenschluß aller freisinnigen Elemente, Neuaufbau des Wahlrechts nach den modernsten Grundsätzen und schließlich, und das ist das Wichtigste: die strikte Forderung an die Regierung, die Neuordnung auf dem parlamentarischen Wege, der jetzt beschritten wurde, kraftvoll durchzuführen und das begonnene Werk nun mit der Volksvertretung zu Ende zu bringen. Viel ist versäumt worden, lange Zeit ist tatenlos vergangen. Es bleibt für alle Zeit eine Sünde an diesem Staate, daß die mächtige Welle von Vaterlandsliebe, von Staatsgefühl und Staatszwang nicht rechtzeitig ausgenützt wurde, um die Einigkeit zwischen den Völkern in Böhmen herzustellen und die nationale Frage zu lösen. Es ist vielleicht die letzte Gelegenheit, die sich bietet; vielleicht ist jetzt noch ein Rest von Möglichkeit vorhanden, die Grundtatsachen dieses Krieges in politische Wirklichkeit zu übersetzen. Aber Eile tut not, soll Oesterreich nicht für alle Zeiten an den Sorgenstuhl der nationalen Frage geschmiedet sein und sollen wir nicht immer wieder diese Ketten tragen, die uns verwunden und blutig reiben. Der jetzige Moment muß ausgenützt werden, die jetzige geschichtliche Stunde. Oesterreich darf nicht ewig als Aschenbrödel zurückbleiben und immer von neuem in Hader und innere Zersetzung sinken. Oesterreich braucht Reden wie die in Prag gehaltene als ein erfreuliches Zeichen von innerer Lebenskraft, und dieser Ton wird weiter beben und kann nicht mehr ganz aus der Politik verschwinden. Denn das deutsche Volk, besonders in Böhmen, ersehnt sich einen Führer, den wirklichen, gesinnungsvolle Menschen, die die Wahrheit sehen und sie aussprechen. Die Taktik hat nie etwas erreicht.

für Wien.
Montagmittagsblatt 8 h

Abonnementsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus
Wöchentlich 60 h,
monatl. K 2.60, vierteljähr. K 7.80
Zum Abholen in den Filialen, in allen Tabak-Trafiken und Verschleißstellen:
Monatlich K 2.60.
Provinz und Ungarn:
Monatl. K 3.—, vierteljähr. K 9.—
bei freier Zustellung durch die Post.
Deutschland: Vierteljähr. K 12.—.
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Viertelj. K 15.—.
Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen:
I. Schulerstraße 18, Telephon 9151
II. Taxamitengasse 30, Tel. 40228
X. Wielandplatz 6, Telephon 58244
XIV. Vivningerplatz 6, Tel. 33126
XVI. Klausgasse 54, Telephon 34169
XVII. Lackergasse 22, Telephon 17178
XXI. Angererstraße 14.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind portofrei.

tung

terreich.

r nachmittags.

XXIX. Jahrgang.

„Werden wir einfach hinausschmeißen!"

Das war ein Naturlaut aus der Tiefe des deutschradikalen Gemüts: die deutschen Sozialdemokraten, die werden wir einfach hinausschmeißen! Der wackere Herr Wolf will damit natürlich nicht sagen, daß „wir", nämlich er und seine deutschradikalen Genossen, den Versuch des „Hinausschmeißens" etwa höchstpersönlich unternehmen werden; wir glauben schon, daß sie wissen, er könnte gar übel für sie ausfallen. Aber die Herren Steinwender und Reisser haben ja dafür gesorgt — und obwohl sie das nicht gerade beabsichtigt haben, wissen wir ihnen doch Dank dafür —, daß wir in die Umrisse des Planes, auf dem der Herr Wolf seine „Ankündigung" aufbaut, Einblick erlangen. (Beiläufig wollen wir bemerken, daß Herr Steinwender dieselben „Ideen", die wir gestern bei Herrn Reisser stellig gemacht haben, im „N. W. Tagblatt" entwickelt. „Faust spricht und Mephisto bläst ein.") Man weiß also, was beabsichtigt ist. Das Abgeordnetenhaus wird eine Geschäftsordnung „bekommen", die Lex Reisser, gegen die die berühmte Lex Falkenhayn, sowohl dem Grade ihrer Vergewaltigung als auch der Moral ihrs Ursprungs nach, der reine Waisenknabe wäre. Für diese funkelnagelneue Ordnung ist, wie wir nun gehört haben, die „drakonische Prozedur" in Aussicht genommen: also so etwa Ausschließung von den Sitzungen bis zu acht Wochen, und wenn der Ausgeschlossene aufzumucken wagt, Verlust des Mandats und Verlust der Wahlfähigkeit; „man darf nicht wehleidig sein", scherzt einer der Reformatoren. Und so ausgerüstet, kann das „Hinausschmeißen" der Sozialdemokraten anheben. Man braucht dann nur noch einen Hausknecht oder Henker aus der näheren Umgebung des Herrn Wolf, und die Sache geht wie am Schnürchen. Die Gelegenheit, dem Sozialdemokraten einen hochnotpeinlichen Prozeß zu machen, wird sich unschwer finden; er braucht nur irgend einen Mißbrauch kräftig zu rügen und das „Delikt" der Beleidigung eines Außenstehenden ist gegeben. Dann schließt ihn die Majorität, die Herr Wolf im Abgeordnetenhause schon schrankenlos walten sieht, einfach für ein paar Dutzend Sitzungen aus, und da nicht mit Unrecht vermutet wird, daß sozialdemokratische Abgeordnete diesem neuen „Parlamentsverfahren", das so etwa auf die Etablierung von Feldgerichten im Hause der Gesetzgebung hinausliefe, nicht glatt parieren würden, so ist das zweite „Delikt" da: er hat sich „offen widersetzt", verliert das Mandat und die Wahlfähigkeit — die Sozialdemokraten sind hinausgeschmissen, und, wie man sieht, wirklich „einfach". Sollten sie nun gar den Versuch unternehmen, sich gegen die „Brachialgewalt" des Herrn Wolf zur Wehr zu setzen, so ist auch dafür gesorgt: Polizei, Gendarmerie und, „nötigenfalls", bewaffnete Macht harrt, wie Herr Wolf meint, nur des Winkes, um seine Exekution durchzuführen ... Das ist der Sinn der Ankündigung des Herrn Wolf, daß „wir" die Sozialdemokraten einfach hinausschmeißen werden ...

Es läge nahe, die Ankündigung des Herrn Wolf als eine leere Prahlerei aufzufassen; aber das wäre falsch: Herr Wolf weiß schon, daß die anderen tun müssen und auch tun wollen, was er anordnet. Herr Wolf will in dem österreichischen Parlament befehlen, und was seiner Selbstherrlichkeit im Wege steht, muß beseitigt werden. So ist ja aus der Sonderstellung Galiziens, für die nach dem kaiserlichen Handschreiben die Entstehung des neuen selbständigen Polenstaates der Anlaß sein sollte, die Frage geworden, wie im Abgeordnetenhause eine Majorität geformt werden könnte, innerhalb deren Herr Wolf gebietet. Die Anwesenheit der deutschen Sozialdemokraten wäre geeignet, die Gottähnlichkeit dieser Majorität einigermaßen an der Entfaltung zu hindern; also her mit der „drakonischen Prozedur", die den Sozialdemokraten die Lust zu irgend einem Widerspruch schon austreiben wird. So ist auf der einen Seite der Sinn jener Geschäftsordnung, die das Parlament unheilbar verstümmeln will, der Wunsch, die Demokratie in Oesterreich ins Mark zu treffen, sie zu tiefst zu demütigen; auf der anderen ist ihr Zweck und ihre Bestimmung, die Majorität des Herrn Wolf gegen jeden Widerstand, gegen jeden Widerspruch sogar, zu sichern. Deshalb darf die neue sachgemäße Ordnung, für die ja in dem übereinstimmenden Willen aller Parteien die Voraussetzungen ausreichend geboten sind, nicht aus dem freien Willen der Parteien hervorgehen: da würde der eigentliche Zweck, der der Demütigung des Parlaments, eben nicht erreicht werden, und dann würde die Prozedur wohl auch nicht so „drakonisch" ausfallen, daß die Alleinherrschaft des Herrn Wolf gesichert wäre ... Das alles ist, wie gesagt, nunmehr ganz klar; es fragt sich nur noch, ob sich die ganze österreichische Welt, zu der die deutschen Sozialdemokraten ja immerhin noch gehören, dieser „drakonischen Prozedur" unterwerfen und jener „Ordnung", deren wahrer Vorsatz das „Hinausschmeißen" der Sozialdemokraten ist, Reverenz leisten wird. Die Herrschaften denken wohl, das sei selbstverständlich; wir vermuten aber, daß sich die Reformatoren sehr, aber schon sehr irren würden. In allen Dingen gehören zwei: hier diejenigen, die „hinausschmeißen", und dort diejenigen, die sich „hinausschmeißen" lassen. Diejenigen, die hinausschmeißen wollen, kennen wir; wir glauben aber auch die zu kennen, die sich nicht hinausschmeißen lassen werden. Der theoretische Versuch des Hinausschmeißens, in welcher Gestalt er auch auftreten möge, kann sich auf denselben Widerstand gefaßt machen wie der praktische.

Wen aber will Herr Wolf hinausschmeißen? Dessen achte man wohl! Nicht die Sozialdemokraten, sondern die deutschen Sozialdemokraten! So nun ist die „Zusammenfassung aller deutschen Kräfte" beschaffen, von der man uns von Zeit zu Zeit zu versichern liebt, daß sie die wahre Absicht der deutschbürgerlichen Parteien sei und daß ihre Verwirklichung nur das tadelnswerte Widerstreben der Sozialdemokraten verhindere. Die deutschen Sozialdemokraten stehen dem Gedanken der Sonderstellung Galiziens durchaus sympathisch gegenüber; die deutschen Sozialdemokraten sind die entschiedensten Vertreter des Gedankens der Kreisverfassung; war doch die Kreisverfassung ihr Programm, als die Deutschbürgerlichen an sie noch gar nicht gedacht hatten, und daß sie ins politische Bewußtsein der Allgemeinheit gelangte, ist ausschließlich unser Werk, ist die Frucht unserer unermüdlichen Aufklärungsarbeit. Auch die Notwendigkeit einer Vermittlungssprache ist von uns nie verkannt worden; ist sie doch schon in unserem Brünner Programm bekräftigt. Natürlich stellen wir uns diese Neuordnung nicht derart vor, daß sie vor den nichtdeutschen Nationen gleichsam als Geßlerhut aufgepflanzt werde; wir wollen, daß die Lösungen, wenn sie schon nicht daraus hervorgehen können, wenigstens in einem gewissen Einvernehmen aller Nationen und Parteien geschehen; das halten wir schon deshalb für notwendig, weil der neuen Ordnung nur dann Festigkeit, Dauer und Anerkennung verbürgt sind, wenn sie, soweit das eben bei nationalen Dingen überhaupt erreichbar, den Nationen nicht aufgedrungen, vielmehr von ihnen gewollt wird. Die Behauptung der Wolf-Leute von der nationalen „Unverläßlichkeit" der deutschen Sozialdemokraten ist also, dem wird doch auch in den redlicheren Kreisen des nationalen Bürgertums nicht mehr widersprochen, ein Schwindel; nicht aus nationalen Gründen will uns Herr Wolf „hinausschmeißen", sondern wir sind ihm ein Greuel, weil wir seine dünkelhafte, machtgierige und im innersten Wesen unernste und unwahre Politik bekämpfen.

Fremdenblatt

25./III. 1917

7

Die Nationalitätenfrage.

II.

Universitätsprofessor Dr. Heinrich Kretschmayr

In einer vor neun Jahren veranstalteten „Politischen Rundfrage" habe ich mich zu einem System der nationalen Autonomie als zu einem österreichischen Staatsideale bekannt. In einer Zeit, in der weithin sichtbar der Nationalismus Trumpf geblieben ist über alle „kosmopolitischen Querlagerungen", kann dieses Bekenntnis nur wiederholt werden. Nationale Autonomie, das wäre folgerichtig durchgedacht eine Beseitigung der Landtage und deren Ersatz durch Volkstage mit Eigenrecht in nationalen und Kulturfragen der von ihnen vertretenen Geltungsbereiche, die auf Grundlage nationaler Matrikelführung abzustecken wären; hiebei würde besonders das Recht der Gemeinden fremdnationale Kulturanstalten abzulehnen und die Frage ihrer nationalen Zugehörigkeit zweifelfrei festzulegen sein. Nationale Autonomie, das wäre aber, von einer anderen als der innerpolitischen Warte her gesehen, noch etwas anderes: Die möglichste Geschlossenheit von nicht mehr zerteilt unter verschiedenen Staatshoheiten wohnenden Volksstämmen. Unter jenem Zeichen scheint mir die nahe Zukunft unseres engeren, unter diesem die ferner abliegende Zukunft unseres Gesamtvaterlandes als einer Völkervereinigung zu stehen, die nach Ueberwindung der Irredenten, die es umgeben, Probierland und Kernland werden würde für kommende vereinigte Staaten von Europa. (Man braucht dabei nicht an England und an Rußland zu denken.) Freilich aber, bis zur Verachtung gegründeter historischer Traditionen und geographischer Gegebenheiten darf ein derartiges System nicht gesteigert werden. Zwischen den idealen Forderungen nationaler Autonomie aller Stämme und den realen Notwendigkeiten der Staatshoheit und der zu ihrer Ausübung durch Geschichte und geographische Lage berufenen Völker die mittlere Linie zu finden, zu erstreiten und zu behaupten — das wird die hohe Aufgabe des künftigen Reichsbaumeisters sein.

Dr. Franz Oppenheimer,

Universitätsdozent in Berlin.

Der Begriff „Nationalität" hat sich allmählich von seiner etymologischen Wurzel „nascor ganz abgelöst. Man versteht darunter nicht mehr eine Abstammungsgemeinschaft oder gar Rassengemeinschaft, sondern eine soziale Gruppe, die durch gemeinsame Sprache und Kultur gebildet und durch die mit dieser Sprache und Kultur verbundenen Interessen zu gemeinschaftlicher Handlung determiniert wird.

Wir leben seit etwa einem Jahrhundert in der Zeit des Nationalismus, d. h. einer mehr als kraftvollen Betonung je der eigenen Sprache und Kulturgemeinschaft gegenüber allen anderen mit den stärksten Tendenzen zur Aggression, d. h. der Absicht, die anderen soweit wie möglich zu verdrängen oder aufzusaugen, d. h. zu „entnationalisieren". (Aus diesem Bestreben allein erhellt, daß unsere Begriffsbestimmung die allein richtige ist; denn wie könnte man Stammfremde nationalisieren, wenn Nationalität Stammesgemeinschaft heißt?) Dieser Nationalismus gehört der modernsten Zeit an. Er ist ein charakteristisches Kennzeichen der großbürgerlichen Klassenpsychologie, ein Ausfluß ihrer besonderen wirtschaftlichen Lagerung. Zwischen städtischen Unternehmern herrscht eine ganz besondere Art der Konkurrenz, der aggressive „feindliche Wettkampf". Der Nationalismus der Gegenwart ist nichts anderes als die ideologische Maske dieses feindlichen Wettkampfes. Man kann sich dabei z. B. auf die Tatsache berufen, daß jetzt in Rußland die Großbourgeoisie der fanatische Verfechter des Nationalismus ist; daß ferner in Polen der Nationalismus seine scharfe, gegen die Juden gerichtete Tendenz erst erhalten und in dem Maße gesteigert hat, wie sich ein polnischer Bürgerstand entwickelt hat. Man kann weiter anführen, daß aller Nationalismus im rein agrarischen Staats- und Gesellschaftswesen so gut wie unbekannt ist, abgesehen natürlich von den Fällen, wo nationale und religiöse Verschiedenheiten zusammentreffen. Wo aber in solchen Staatswesen stammesverschiedene, aber religionsgleiche Standesgenossen miteinander lebten, da griff nicht der Versuch gewaltsamer Nationalisierung der Minderheit ein, sondern da vollzog sich in vollem Frieden die allmähliche Aufsaugung der Minderheit durch die Mehrheit. Als Beispiel möchte ich nennen die Germanisierung des Wendenadels in Ostdeutschland, die Czechisierung der deutschen Magnaten in Böhmen, die Polonisierung des Ruthenenadels in Galizien. Diese abweichende Entwicklung ist darauf zurückzuführen, daß zwischen Landwirten nicht der feindliche Wettkampf, sondern der „friedliche Wettbewerb" herrscht, der sich seine eigenen ideologischen Masken schafft.

Wenn diese Auffassung richtig ist, so wird der Nationalismus mit dem Augenblick absinken und verschwinden, mit dem die Bourgeoisie als herrschende Klasse an Einfluß verliert und zuletzt verschwindet, was selbstverständlich ihr endgiltiges Schicksal sein muß. Aber das ist ein Wechsel auf sehr lange Sicht, und dem Politiker ist es nicht erlaubt, seine für die Not des Tages berechnete Arbeit an den unendlich langsamen Verschiebungen der historischen Entwicklung zu orientieren. Er hat dem Tage zu geben, was dem Tage gehört, und seine Schutzbauten auch dann zu errichten, wenn er mit Sicherheit voraussieht, daß sie eines Tages überflüssig sein müssen, weil die Gefahr verschwunden sein wird, die er jetzt zu bekämpfen hat.

Aus diesem Grunde ist es jetzt die dringendste Aufgabe aller Politik, dringender noch als der weitere Abbau der sozialen Verwicklungen, Schutzbauten gegen die Gefahren zu errichten, mit denen der aggressive Nationalismus geradezu Europas Existenz bedroht. Dieser Weltkrieg mit seinen fürchterlichen Verwüstungen an Gut und Blut ist vor allem seine Folge, und wir haben das unsere zu tun, damit derartige Katastrophen sich nicht wiederholen, die Europa ganz und gar vernichten könnten.

Der Weg ist gewiesen: es ist das System der nationalen Autonomie, das wir in dem gegenwärtigen Staatenbau Europas überall dort einzubauen haben, wo Minderheiten von aggressiven Mehrheiten terroristisch zur Aufgabe ihrer Sprache und Sonderkultur gedrängt werden sollen. Man kann das Problem gar nicht weiträumig genug fassen. Es begreift alle Minderheiten in allen Ländern Europas in sich. Allen Minderheiten muß der verfassungsmäßige Schutz ihrer Sprache und Kultur geradeso unangreifbar gesichert werden wie früher den konfessionellen Minderheiten der Schutz ihrer religiösen Sonderart; muß ihnen so gesichert werden, daß alle Kämpfe um diesen Siegespreis überhaupt aufhören, daß auch diese ungeheure Fläche der Reibung und der Erzeugung elektrischer Spannungen geradeso verschwindet wie die einst nicht minder gefährliche Friktionsfläche der religiösen Gegensätze. Den Minoritäten muß, wie früher den Religionsgenossenschaften, das nur durch staatliche Aufsichtsrechte eingeschränkte, sonst unbedingte Recht gegeben werden, sich zu öffentlich-rechtlichen Korporationen zusammenzuschließen, die auf Grund eigener Steuergerechtigkeit die Bedürfnisse ihrer Sprache- und Kulturgemeinschaft, vor allem im Schulwesen autonom regeln dürfen: das sogenannte System der nationalen Matriken oder Kataster, wie es namentlich Karl Renner ausgearbeitet hat. Dieses System gewährt nicht nur Rechte, sondern legt auch korrespondierende Pflichten auf und ist daher dem Vorwurf nicht ausgesetzt, nur der nationalistischen Schikane dienen zu können. Ob man daneben auch noch das sogenannte System der „nationalen Kurien", d. h. die Garantie einer bestimmten Anzahl von Vertretern in den repräsentativen Körperschaften einführen soll, ist sehr zweifelhaft. Vielleicht kann es als Uebergangsmaßnahme in Frage kommen, bis der nationalistische Kampf abgeebbt hat. Keinesfalls darf es in der unglücklichen Form eingeführt werden wie z. B. in Mähren und in der Bukowina, wo es nur Rechte (Wahlrechte) verleiht, ohne damit entsprechende Pflichten zu verbinden und aus diesem Grunde selbstverständlich zur Quelle aller möglichen und unmöglichen Zänkereien und Nörgeleien werden mußte. Mir will scheinen, daß durch Einführung eines gerechten Listenwahlsystems mit Proportionalvertetung alles erreicht werden kann, was die Minderheiten verlangen können, und das ohne die Schwierigkeiten und Gefahren des Kuriensystems.

Reichsratsabgeordneter Theophil Simionovici.

Die Rumänen leben in Siebenbürgen und in Ungarn seit vielen Jahrhunderten; in der Bukowina seit mehr als einem Jahrhundert unter dem Szepter der habsburgischen Dynastie. Sie sind dem Herrscherhause wiederholt eine nie versagende Stütze gewesen und haben für dieses in ihrer nie wankenden Anhänglichkeit ihr Herzblut vergossen. Es ist auch im gegenwärtigen Weltkriege in Strömen geflossen. Die Rumänen sind nicht nur in Erfüllung ihrer Pflicht, sondern auch in zahlreichen Freiwilligenscharen dem Waffenrufe gefolgt und haben an allen Fronten in den ersten Treffen mitgekämpft. Die Verhältniszahl ihrer Gefallenen und Gefangenen zu den Gesamtzahlen beider, beweist ihren Heldenmut im Kampfe und daß sie den Tod der Gefangenschaft vorziehen.

Das ist nicht anders geworden, seitdem das Königreich Rumänien den Gegnern unserer Monarchie sich zugesellt hat. Die Rumänen der österreichisch-ungarischen Monarchie konnten diesen Abfall von einem mehr als dreißigjährigen Bündnis und den Uebertritt zum völkermordenden Rußland nicht fassen und ihn nur dadurch erklären, daß diejenigen, die den rumänischen Staat zur doppelten Untreue gegen das rumänische Volkstum gedrängt haben, dem Wesen und Empfinden des rumänischen Volkes fremd oder entfremdet sind.

Wir hoffen, daß der Sieg unserer Waffen auch dem rumänischen Volke, das außerhalb unserer Monarchie lebt, zum Segen gereichen wird. Wir hoffen, daß die gerechte Sache, für die auch unser Blut geflossen ist, von Erfolg gekrönt sein wird, daß der Krieg uns ein siegreiches, der Frieden ein starkes Oesterreich bringen wird, ein Oesterreich, dessen Kraft die Völker, die es zu einer Gemeinschaft vereinigt, nach außen gegen Haß und Begehrlichkeit schirmen, nach innen zu neidloser Eintracht und blühender Entwicklung führen wird.

Reichsrats-Abgeordneter Vlastimil Tusar.

Vorstandsmitglied des „Czechischen Verbandes".

Bei den Erörterungen über die Voraussetzungen der Neubelebung unseres Parlamentarismus verwechselt man sehr oft, wie es auch bei anderen politischen Fragen in Oesterreich geschieht, die Ursachen mit den Wirkungen. Man ruft nach Reform der Geschäftsordnung und verspricht sich davon nicht nur die Gesundung des Parlaments, sondern auch des österreichischen Staatswesens. Es sollte sich nicht derselbe Fehler wiederholen, der seinerzeit bei der Schaffung der Wahlreform dadurch gemacht wurde, daß man übersah, daß die Demokratisierung des Wahlrechtes allein nicht das nationale Problem zu lösen vermag und auch nicht genügt zur Gesundung der parlamentarischen Verhältnisse.

So ist z. B. eine Geschäftsordnungsreform notwendig; die alte Geschäftsordnung hatte gewiß viele Mängel, entspricht nicht mehr den heutigen komplizierten Parteiverhältnissen und enthielt keine Vorsorge gegen etwaige Obstruktionen. Wer also ein ruhiges Funktionieren unseres Abgeordnetenhauses will, muß eine neue strengere Geschäftsordnung wünschen.

Man darf aber dabei nicht vergessen, daß die Geschäftsordnung ein notwendiger Behelf der parlamentarischen Maschine ist, aber allein noch lange nicht eine fruchtbringende Parlamentstätigkeit verbürgt. Hiezu gehört in erster Linie der Wille zu einem ernsten Konstitutionalismus und vor allem die ernste Absicht zur nationalen Verständigung aller Völker Oesterreichs. In dieser Richtung haben alle Parteien der Monarchie in den letzten Jahrzehnten genug gesündigt, da sie einerseits mit dem § 14 und anderseits mit dem nationalen Chauvinismus kokettierten.

Wer ein modernes Oesterreich will, die Erneuerung des Gesamtreiches und seine Konsolidierung, der muß ohne Rücksicht auf vorübergehende politische Konstellationen für ein gesundes konstitutionelles Leben eintreten, das zugleich allen Völkern den besten Schutz der freien nationalen Entwicklung verbürgt. Die wirtschaftlichen Interessen der Monarchie nach außen und die wirtschaftlichen Aufgaben, die das Reich nach innen zu lösen hat, verlangen, daß die nationale Verständigung besonders zwischen dem czechischen und dem deutschen Volke sobald als möglich in Angriff genommen werde. Sie ist bei gutem Willen und auf Grund der gemachten Erfahrungen der Vergangenheit ebenso notwendig wie möglich.

Die letzten Verhandlungen vor dem Kriege über die böhmischen Angelegenheiten und das gegenseitige Verhältnis zwischen Deutschen und Czechen in Mähren zeigen, daß die vorhandenen Schwierigkeiten überwunden werden können.

Reform der Reichsämter.

A. W. Der Staatssekretär des Innern hat vom Reichstag einen zweiten Unterstaatssekretär bewilligt erhalten, der ihn entlasten soll. Das ist ein Notbehelf. Helfferich selbst ist sich darüber klar, daß später doch die Kardinalfrage einer Teilung des Reichsamts des Innern wieder auftauchen wird. Er freilich gehört nicht zu den Anhängern dieser Teilung. Er nennt sie eine Vivisektion und will nichts von seinem Machtbereich herausgeben. Was er zur Begründung seines Standpunktes anführt, ist aber alles weniger als durchschlagend. Es ist sogar widerspruchsvoll und dient der Forderung nach einer solchen Teilung im Grunde zum Beweise, statt zur Entkräftung. Helfferich meint, daß zwischen ihm und dem an die Spitze eines Reichsamts für Handel und Industrie zu setzenden neuen Staatssekretär bei der engen Verflechtung der Angelegenheiten des Innern, der Sozialpolitik und des Wirtschaftslebens doch eine Verbindung da sein müsse, die dann nur der Reichskanzler herzustellen vermöchte, der das werden müßte, was jetzt der Staatssekretär des Innern ist; das könne aber der stärkste Mann nicht. Zwei Sätze später aber behauptet er wieder, es gebe keine Arbeit, die so wichtig sei, daß sie nicht von einer Stelle aus geleitet werden könnte. Wo bleibt hier die Logik? Wenn ein Reichskanzler die Verbindung seiner Ressorts nicht herzustellen vermag, so ist er den Anforderungen seiner Stellung nicht gewachsen. Er ist die einheitliche Spitze der Regierung, und auf ihn sollte allerdings zutreffen, was Helfferich sich selbst zutraut, daß auch das umfassendste Arbeitsgebiet von einer Stelle geleitet werden kann. Mit diesem Argument also ist der Frage, wieviel Reichsämter wir brauchen, nicht beizukommen.

Helfferichs Hauptargument ist daher auch ein anderes. Er sagt, die Zusammenhänge zwischen der inneren und der Wirtschafts- und Handelspolitik seien ebenso eng, wie auf der anderen Seite die zwischen der inneren und der Sozialpolitik; alle großen Fragen des einen Gebietes hätten ganz notwendig ihre Wirkung auf das andere, Wirkungen, die unter allen Umständen in Betracht gezogen werden müßten, so daß bei einer Teilung die Sache selbst zu kurz kommen würde. Ein seltsamer Ausspruch. Denn eine Sache, für die man ein eigenes Amt einsetzt, wird sicherlich weniger Gefahr laufen, zu kurz zu kommen, als wenn man sie mit den heterogensten Dingen in ein großes Amt zusammenpackt und selbst die Entscheidung über ihre Einzelfragen der Leitung eines einzigen Gehirnes anvertraut, das über die Frage des Chilisalpeters oder der Poolverträge genau so unterrichtet sein soll, wie über die Mittel zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, über die labyrinthischen Gänge der Reichsversicherungsordnung oder die Frage des Main—Donau-Kanals. Schon beim oberflächlichen Durchfliegen der Reichstagsdebatte, in der Helfferich seine große Rede gehalten hat, stößt man auf folgende Begriffe: Arbeitsnachweise, Hilfsdienstgesetz, Ernährungswesen, Lohnfragen, Uebergangswirtschaft, Arbeiterschutz, Mittelstandspolitik, Rohstoffbeschaffung, Privatangestelltenversicherung, Kanalbau, Jugendlichenfürsorge, Reichsgesundheitsamt, Alters-, Hinterbliebenen-, Invaliden- und Unfallrente, Kolonisation, Transportfrage, mitteleuropäischer Wirtschaftsverband, Kriegsbeschädigtenfürsorge, Interessen der landwirtschaftlichen Produktion, Wiederherstellung der Reederei, Kriegsgesellschaften, Ausfuhr und Einfuhr, künftige Handelsverträge usw. usw. Wer wollte behaupten, daß ein solcher Komplex von Begriffen oder vielmehr die Dinge, die hinter ihnen stehen, zu kurz kämen, wenn man sie sachgemäß gliedert und statt einem Staatssekretär zweien oder dreien überantwortet? Irgendwelche Zusammenhänge bestehen zwischen allen Fragen des öffentlichen Lebens. Mit demselben Recht, mit dem Helfferich sagt, er könne keines dieser Dinge missen, könnte er also auch verlangen, daß das Reichseisenbahnamt ihm direkt unterstellt würde, oder die Reichspost, die ja mit den Wirtschafts- wie den sozialen Fragen vielfach eng zusammenhängt, oder selbst das Auswärtige Amt, da ja doch zwischen der auswärtigen Politik und der Wirtschaftspolitik zweifellos auch einige kleine Zusammenhänge und „Rückwirkungen" bestehen, die „unter allen Umständen in Betracht gezogen werden müssen". Hat doch zum Beispiel das Auswärtige Amt seine eigene Handelsabteilung, deren engere Verbindung mit der Handelsabteilung des Reichsamts des Innern in der Tat außerordentlich wünschenswert ist, wovon unser Auslandshandel ein Lied zu singen weiß.

Die Erfahrungen des Krieges sollten eigentlich keinen Zweifel lassen, welchen Weg der Reform unsere innere Reichsorganisation einzuschlagen hat. Welcher Staatssekretär des Innern beispielsweise würde in einer Zeit sozialpolitisch bewegter innerer Kämpfe die Ruhe haben, das ganze Gebiet der auswärtigen Handelspolitik mit jener stets zum Sprung bereiten Aufmerksamkeit zu überwachen, wie das der Chef des englischen Board of Trade zur speziellen Aufgabe hat? Von der Frage seiner persönlichen Sachverständigkeit auf beiden Gebieten ganz zu schweigen. Vollends im Kriege hat sich ja bereits gezeigt, wie vom Reichsamt des Innern eine ganze Reihe neuer Organisationen abgezweigt werden mußte, um unsere Ernährung, unsere Rohstoffbewirtschaftung und -versorgung, und das heißt also, den Verkehr mit Landwirtschaft, Handel und Industrie in die Hand zu nehmen. Beim Kriegsernährungsamt, bei der Z. E. G. und den Kriegsrohstoffgesellschaften ist aber doch immer wieder zu einer geradezu peinlichen Beobachtung geworden, daß das Reichsamt des Innern diese sonst unter seine Zuständigkeit fallenden Gebiete auch jetzt keineswegs ganz aus der Hand lassen will, und daß nicht einmal das Kriegsernährungsamt als selbständigste der neuen Stellen eine reinliche Scheidung vom Reichsamt des Innern aufweist. Das ist schon aus Verantwortlichkeitsgründen auf die Dauer ein unhaltbarer Zustand. Vor allem aber kommt bei der durch Ueberorganisation entstandenen Verwirrung der Kompetenzen hier in der Tat die Sache zu kurz. Im Reichsamt des Innern faßt man freilich all diese Kriegsorganisationen offenbar nur als Provisorien auf, so deutlich auch die Tatsache, daß sie vom Reichsamt des Innern abgezweigt werden mußten, für sich selbst spricht. Helfferich sagt, seine Beamten hätten sich gewöhnt, mit Leuten aus dem praktischen Wirtschaftsleben intensiv in Berührung zu kommen, und er hoffe bestimmt, auch im Frieden diese Kräfte des Wirtschaftslebens für die Staatsaufgaben wirksam machen zu können. War es nötig, das erst zu betonen? Es sieht das ganz so aus, als wenn im übrigen das Reichsamt des Innern nach dem Kriege seine Außenposten wieder einzuziehen und sich auf die alten, früheren Wege der innerbürokratischen Verwaltung zurückzubegeben gedenkt. Das halten wir für völlig ausgeschlossen.

Wir geben zu, daß eine Reform unserer Reichsämter jetzt im Kriege nicht durchführbar ist. Aber wir bleiben bei dem, was wir vor bald einem Jahre ausführten, daß jetzt nicht nur der denkbar beste, sondern auch der einzig mögliche Augenblick ist, die Grundlagen für die kommende Reform zu schaffen. Diese Reform denken wir uns so, daß das Reichsamt des Innern sich auf die eigentlichen Aufgaben der inneren Politik und der Sozialpolitik beschränkt, während ein Reichsamt für Handel und Industrie das Gebiet der Handelsverträge, der Schiffahrt, der Rohstoffversorgung, des Exports und Imports übernimmt. Nur ein solches eigenes Amt, das von sozialen und anderen inneren Dingen nicht belastet ist, kann uns in dem kommenden Wirtschaftskrieg draußen in der Welt voranbringen. Für dieses Amt würde außer den betreffenden Abteilungen des Reichsamts des Innern vor allem auch das Staatskommissariat für Uebergangswirtschaft das geeignete Fundament liefern. Außerdem würden wir es für dringend wünschenswert erachten, wenn das neue Reichshandelsamt so viel wie möglich von der wirtschaftlichen Abteilung des Auswärtigen Amtes übernähme, so daß im Auswärtigen Amt nicht mehr die ganze breite Vorarbeit zu erledigen wäre, sondern die wirtschaftlichen Berater des Auswärtigen Amtes ihr Material aus dem Reichshandelsamt bezögen, dem sie gleichzeitig wiederum die Direktiven der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes zu vermitteln hätten. Wir würden es nebenbei für einen großen Vorteil halten, wenn dadurch der Apparat des Auswärtigen Amtes erleichtert würde, und man von dem bisherigen System der getrennt nebeneinander stehenden politischen, wirtschaftlichen und Rechtsabteilung zu einem System der Zusammenfassung nach Ländergruppen überginge und in jeder dieser Gruppen die wirtschaftlichen und Rechtsfragen mit den politischen enger zusammenfaßte. Daß im übrigen in dem Reichshandelsamt der vor diesem Kriege vernachlässigte Gedanke eines wirtschaftlichen Generalstabes seine Verwirklichung von selbst finden würde, sei nur noch nebenbei bemerkt. Daß die Vernachlässigung dieses Gedankens wenigstens zum Teil auch daraus entsprang, daß unsere Handelspolitik im Reichsamt des Innern nicht Luft genug hatte und zu wenig mit außerpolitischem Geist durchtränkt war, kann kaum bezweifelt werden, auch wenn wir Helfferich recht geben, daß den Umfang dieses Krieges niemand voraussehen hatte. Die Auslandsvertretung des Reichshandelsamtes denken wir uns in Form von Handelsattachés, ohne daß dadurch die Berufskonsuln der Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes entzogen würden, was schwerlich durchführbar wäre, weil die Berufskonsuln an manchen Orten nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Missionen zu erledigen haben.

Dem Reichsamt des Innern würde bei dieser Neuordnung ein überreichliches Arbeitsfeld bleiben, und wir würden es sogar begrüßen, wenn es seine Tätigkeit in einer Beziehung noch erweiterte, indem es nämlich die wirklich zuständige Stelle für die innere Reichspolitik würde. Bisher kam das Reichsamt des Innern auf rein politischem Gebiet zu kurz, weil einerseits die Reichskanzlei, andrerseits sonderbarerweise das Auswärtige Amt die innere Politik des Kanzlers der Oeffentlichkeit gegenüber bearbeitet. Die Verquickung von innerer und äußerer Politik in der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes ist in verschiedener Beziehung eine Quelle sehr unerquicklicher Erscheinungen gewesen, die wir ganz besonders bedauern, weil sie der auswärtigen Politik Abbruch tun. Wenn auch in dieser Beziehung reinliche Verhältnisse geschaffen würden, so würde das nebenbei dem inneren Reichsamt erst die Stellung in unserem politischen Leben verschaffen, die es bisher trotz der ungeheuren Wichtigkeit seines Arbeitsfeldes nicht innegehabt hat, weil der Reichskanzler sich auch in inneren Dingen lieber des auswärtigen Amtes bediente als des inneren. Gründe der räumlichen Nachbarschaft und Bequemlichkeit dürften dafür unserer Meinung nach doch nicht maßgebend sein.

Was wir von einer solchen Neuorganisation unserer Reichsämter erhoffen, wäre aber vor allem eine größere Innerlichkeit [illegible] Verkehrs der verschiedenen Ressorts untereinander. Helfferich scheint vor den [illegible] erleichtern eine Fühlung zwischen einem Staatssekretär des Innern und einem Staatssekretär für Handel und Industrie einen so [illegible]altigen Respekt zu haben, wie wenn man [illegible] erst seinen Koffer packen und sich auf [illegible] Eisenbahn setzen müßte. Darin erkennen [illegible] einen der schwersten Mängel unseres bisherigen Systems. Die Ressorts gehen jedes [illegible]ten eigenen Weg, oft zum öffentlich sichtlichen Schaden des Ganzen. Der Reichskanzler [illegible] bisher dieser Erscheinung nicht Herr geworden, obwohl er seine Sport von der Homogenität nach Kräften [illegible] auf die Reichsämter zu übertragen versucht hat. Noch stehen [illegible] zu sehr im Zeichen [illegible] oft engherziger Ressortpolitik. Davon müssen wir frei werden, und zwar so bald wie möglich.

Die Hauptversammlung des Katholischen Volksbundes für Oesterreich.

Sonntag den 25. März hielt der Katholische Volksbund für Oesterreich im großen Sitzungssaale des Alten Rathauses in der Wipplingerstraße seine 5. Hauptversammlung ab. Unter den Anwesenden waren zu bemerken: Exz. Bgm. Dr. Weiskirchner, LA. Kunschak, die Abgeordneten Wille, Dr. Salzmann und Spalowsky, StR. Brauneiß die Gemeinderäte Dr. Hemala, Körber, Partik, Paulitschke, Schwarz, Solterer, Dr. Stich, Ullreich, ferner Graf Marschall (für den Reichsverband der kath. Wohltätigkeitsvereine), Graf Hartig, Gräfin Walterskirchen (für die Kath. Frauenorganisation von Niederösterr.), Frau Brentano (für die Kath. Reichsfrauenorganisation), Frau Dr. Burjan (für den Verein „Soziale Fürsorge"), Regierungsrat Dr. Hornich (für die Kath. Union), Hofrat Michl und Dr. Kammel (für den Pius-verein), Dr. Fritsch (für den Kath. Schulverein), Univ.-Prof. Dr. Innitzer (für die Leogesellschaft), OLGR. Dr. Kaserer (für den Kath. Männerverein Währing), ferner Generaldirektor Dr. Hößlinger, Migre. Handloß, Direktor Pohl (Mildenau), Prof. Dr. Grentrup, Prof. Dr. Kisser, Prof. Kube, f.-e. geistl. Rat Schmid, Rektor Gotzes u. v. a. Entschuldigungs- bezw. Begrüßungsschreiben hatten gesendet: Oberstleutnant Landmarschall Alois Prinz Liechtenstein, Exzellenz Graf Montecuccoli, Exzellenz Dr. Geßmann, Landeshauptmann Prälat Hauer, LA. Bielohlawek, Kanonikus Dr. Schinzel, die Abgeordneten Baechlé, Miklas und Wollek, der Kath. Volksbund in St. Pölten (Direktor Plöchl), VB. Hoß, die Dechante Rößler, Doppelreiter, Stoiber, Dr. Wildenauer, die Professoren Dr. Landner (Graz), Kemethofer (Wels) und Resch (Oberhollabrunn), ferner Dr. Herzig, Volksvereinssekretär Moser (Linz), viele Geschäftsführer und Mitglieder.

Die Ansprache des Kardinals.

Kardinal-Fürsterzbischof Dr. Piffl eröffnete die Hauptversammlung um ½6 Uhr mit folgender Ansprache:

„Als derzeitiger Kriegspräsident des Katholischen Volksbundes erkläre ich die 5. Hauptversammlung des Katholischen Volksbundes für eröffnet und erlaube mir, alle Anwesenden auf das herzlichste zu begrüßen. Ins besondere freut es mich begrüßen zu können Seine Exzellenz den Herrn Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner, der trotz der schweren Kriegszeit, die ihm im Amte so außerordentlich schwere Bürden auferlegt hat, doch zu uns gekommen ist. Wir sind ihm darum doppelt dankbar. Ebenso begrüße ich die Vertreter der größeren katholischen Vereine, die erschienen sind.

Bevor ich in die Tagesordnung eingehe, möchte ich der Genugtuung Ausdruck geben, daß der Katholische Volksbund auch in der schweren Kriegszeit seine Aufgabe, wenn auch eingeschränkt durch die Verhältnisse, voll und ganz erfüllt hat. Es sind die laufenden Geschäfte erledigt worden, es wurden die laufenden Versammlungen gehalten und die Mitgliederzahl ist nicht sehr gesunken. Es ist eine verhältnismäßig kleine Zahl, die wir heuer streichen müssen. Aber daß dadurch die Kraft nicht geschwächt ist, beweist die Tatsache, daß die Geschäftsstellen und Vertrauensmännergruppen sich vermehrt haben und ebenso die Zahl der Vertrauensmänner nicht gesunken ist. Das Programm des Katholischen Volksbundes ist das gleiche geblieben wie im Frieden, da es aufgebaut ist auf den im Kriege wie im Frieden unverrückbaren Quadern der katholischen Weltanschauung. Wir haben aber doch der Kriegszeit Rechnung tragen müssen und ich glaube, unsere Mitglieder werden uns Dank sagen, wenn wir neben den Vereinsversammlungen, in denen der Volksbund Aufklärung zu verbreiten suchte über die wichtigsten Fragen des Krieges, auch volkstümliche Gottesdienste abhielten, die das Ihrige beitrugen zur Hebung der Herzen. Auch die gegenwärtige Schicksalsstunde soll die Volksbundmitglieder auf ihrem Platze finden. Wir wissen, was wir in diesem ernsten, schicksalsschweren Zeitpunkte dem Vaterlande schuldig sind.

Ich erteile nun Seiner Exzellenz dem Herrn Bürgermeister Dr. Weiskirchner das Wort.

Die Rede des Bürgermeisters.

Bgm. Dr. Weiskirchner hält nun folgende Ansprache: Gerne bin ich der Einladung Seiner Eminenz nachgekommen, um auch heuer wie im Vorjahre in der Hauptversammlung des Katholischen Volksbundes zu sprechen. Die Worte, die ich Ihnen zu unterbreiten habe, sind Worte des innigsten und herzlichsten Dankes für all die Arbeit, welche in den Ortsgruppen und in der Zentrale des Katholischen Volksbundes geleistet worden ist. Ich kenne die Bibliothek des Katholischen Volksbundes, ich habe die Sammlung des sozialen Materials in seiner Zentrale geschaut, ich verfolge mit steter Aufmerksamkeit die Versammlungstätigkeit des Katholischen Volksbundes — ich spreche ihm den besten Dank und auch die vollste Anerkennung aus, besonders für die Versammlungstätigkeit, welche uns die Kaders erhält und uns die Kristallisationspunkte schafft, um welche die treuen Anhänger des Glaubens und die Stützen des Vaterlandes sich sammeln werden. Es ist bedauerlich, daß in manchen Kreisen so wenig Interesse für unsere wahrhaft großen Aufgaben herrscht. Um so verdienstlicher ist die Arbeit derer, die teils in den roten Heften, teils in mündlichen Vorträgen die so notwendige Aufklärung in die breiten Volksschichten tragen.

Der Gemeinderat von Wien bemüht sich, den Aufgaben sich zu nähern, welche der kommende Friede uns schafft, vor allem die Hunderttausende von der Front Zurückkehrenden wieder in das geordnete Geleise bürgerlichen Erwerbslebens zu bringen. Wir sind heute noch nicht in der Lage, die Psyche der Zurückkehrenden zu erfassen, nur das Ziel sehen wir, daß wir alle Vorsorge treffen müssen, um innere Erschütterungen zu vermeiden. Ich glaube, dieser Hinweis allein genügt, um die wichtige und unabweisliche Aufgabe des Katholischen Volksbundes in ihrer ganzen Tragweite darzutun. Mit meinem Danke an den Katholischen Volksbund verbinde ich die innige Bitte, nicht zu erlahmen, die Kreise des Volksbundes zu erweitern und für die Aufklärungsarbeit zu sorgen, so daß wir sagen können: Das Unsere haben wir getan, möge nun Gottes reichster Segen auf dem Katholischen Volksbunde jederzeit ruhen!

Der Kardinal dankte unter lebhaftem Beifall dem Bürgermeister für seine Worte der Anerkennung und erteilte dem Generaldirektor J. Fried das Wort zum Rechenschaftsberichte.

Aus dem Rechenschaftsberichte,

der nun über das abgelaufene 6. Vereinsjahr vom 1. Jänner bis zum 31. Dezember 1916 von Generaldirektor Hochw. Fried erstattet wurde, war zu entnehmen, daß trotz der vielen Schwierigkeiten in der Kriegszeit auch im abgelaufenen Jahre der Volksbund seine großen Aufgaben als katholische Volksorganisation zum Wohl von Kirche, Staat und Volk erfüllen könnte. Die Erfolge dieser Tätigkeit zeigen sich äußerlich in Zahlen. Der Bund begann das Jahr 1916 mit 29.379 Mitgliedern, die sich auf 314 Geschäftsstellen und Vertrauensmännergruppen verteilten. Die Geschäftsführer wurden zu Beginn des Jahres in ihrer Arbeit von 1813 Vertrauensmännern unterstützt. Im Laufe des Jahres haben infolge der Kriegsverhältnisse 8 Geschäftsstellen und Vertrauensmännergruppen ihre Tätigkeit eingestellt, aus den gleichen Ursachen sind im ganzen auch 4166 Mitglieder ausgeschieden. Dafür ist es uns aber gelungen, 26 neue Geschäftsstellen und Vertrauensmännergruppen zu gründen und 3684 neue Mitglieder zu gewinnen. Infolgedessen zählte der Katholische Volksbund zum Schlusse des Jahres 28.897 Mitglieder und 332 Geschäftsstellen und Vertrauensmännergruppen. Die Zahl der Vertrauensmänner betrug am Ende des Jahres 1814. Was die Versammlungstätigkeit betrifft, so wurden im Berichtsjahre 394 Versammlungen und Sprechabende, 104 Geschäftsführer- und Vertrauensmännerkonferenzen und 101 andere Veranstaltungen, wie Lichtbildervorträge, Kriegsandachten usw. abgehalten. Die Gesamtsumme aller Veranstaltungen beträgt also gerade 600, worin die Vertrauensmännerkonferenzen in den einzelnen Geschäftsstellen, die gewöhnlich monatlich abgehalten werden, nicht mitgerechnet sind. Die Gesamtsumme aller Veranstaltungen seit der Gründung des Volksbundes im Jahre 1910 beträgt 4735.

Aufrufe und Flugschriften wurden im Berichtsjahre 158.290 Stück versendet; von der Mitgliedsgabe „Der Volksbund" und den bei uns erscheinenden Zeitschriften betrug die Zahl der versandten Einzelstücke 149.800. Als Gesamtsumme ergibt sich also 308.090 Stück. Seit seinem Bestande hat der Katholische Volksbund 2,696.499 Flugschriften und 1,329.105 Hefte und Broschüren, zusammen also 4.025 604 Stück verbreitet. Den Bemühungen, unsere Zeitschriften „Volkswohl", „Archiv für Präsides" und „Ratgeber für die Vereinsbühne" immer praktischer auszubauen und für die Abnehmer immer brauchbarer zu gestalten, ist ein guter Erfolg beschieden gewesen, der sich im Steigen der Abnehmerzahl kundgibt. Die Bibliothek zählte zu Ende des Jahres 7759 Bände und 176 laufende Zeitschriften, was eine Vermehrung um 364 Bände im Jahre 1916 bedeutet. In der Zeitungsregistratur befinden sich 2702 verschiedene Mappen, in denen die Ausschnitte aus den Zeitungen aller Richtungen übersichtlich geordnet sind. Die Lichtbilderei des Katholischen Volksbundes erfuhr während des Jahres eine bedeutende Vermehrung, so daß ihr Stand 26 Serien in 42 Exemplaren mit 2234 Bildern beträgt. Die Rechtsauskunftsstelle wurde 386mal in Anspruch genommen. Während des Jahres wurden von der Kanzlei zusammen 7652 Schriftstücke erledigt. Bei der Zentralstelle sind gegenwärtig sechs akademisch gebildete Herren im Hauptberuf und einer im Nebenberuf angestellt. Von den sechs Referenten sind aber noch zwei durch den Krieg ganz unserer Arbeit entzogen. Die ganze Versammlungstätigkeit, die Agitation und Organisation, die Redaktion mußte von diesen stark verminderten Kräften geleistet werden; auch die Administration ruhte zum Teil auf ihnen, da die männlichen Kanzleibeamten eingerückt sind. Zahlreiche Anerkennungen lassen nicht verkennen, daß in der ungestörten Aufrechterhaltung des gesamten Betriebes eine außerordentlich anerkennenswerte Leistung der Zentralstelle liegt. Die Zeit wurde benützt, um uns auf die künftige Friedensarbeit so gut als möglich vorzubereiten, führte Direktor Fried aus. Die Organisation unserer Zentralkanzlei wurde in diesem Sinne weiter ausgebaut, wodurch ihre Leistungsfähigkeit bedeutend vermehrt wurde. Wir haben uns bemüht, auch das geistige Rüstzeug soweit als möglich herbeizuschaffen, um unsere Zukunftsarbeit leisten zu können. Der Katholische Volksbund will die Katholiken ja nicht bloß zu einer Organisation zusammenbringen, damit sie in Abwehrstellung alle Angriffe gegen Kirche und Vaterland zurückweisen, er muß auch positive Arbeit leisten. Wessen es vor allem bedarf, das ist, eine wahrhaft soziale und staatsbürgerliche Gesinnung in allen Schichten der Bevölkerung zu wecken, daß in allen der Wille lebendig werde, auch im Frieden nicht bloß den eigenen, sondern mit aller Kraft auch den Interessen der Gemeinschaft zu dienen. Darum wollen und müssen wir unser katholisches Volk schulen und orientieren, damit es in den Stand gesetzt werde, sich rege und mit Verständnis an dem gesamten Staatsleben in seinen vielseitigen Verzweigungen zu beteiligen, mitzuarbeiten auf allen Gebieten der sozialen Fürsorge und der sozialen Organisation und auch in der privaten wirtschaftlichen Betätigung allen den Anforderungen zu entsprechen, welche die moderne Volkswirtschaft an die Arbeit des einzelnen stellt. Gerüstet gehen wir dem kommenden Frieden entgegen, gerüstet zu unserer großen Arbeit im Dienste unserer heiligen Ideale, unseres Volkes, unseres Vaterlandes, unserer Kirche. Mit Sehnsucht erwarten wir aber den Tag, an dem wir unsere Freunde alle wieder in unseren Reihen als unsere Mitarbeiter und Mithelfer begrüßen dürfen.

Der Kardinal dankte mit warmen Worten der Anerkennung für die rastlose Arbeit, welche die Zentralstelle das ganze Jahr hindurch geleistet hat.

Die Neuwahl.

Darauf erfolgte die Neu-, beziehungsweise Wiederwahl der 1917 ausscheidenden Vorstandsmitglieder: Magistratsadjunkt Bauer, Landesausschuß Kunschak, Univ.-Prof. Dr. Mayr, GR. Paulitschke, Weihbischof Generalvikar Dr. Pfluger, Dr. Pultar, P. Schälzky, Diözesanpräses Schaurhofer, Kanonikus Dr. Schinzel, Postsparkassenbeamter Weymann, Dechant Dr. Wildenauer.

LA. Kunschak, der nun die Festrede hielt, wies die oftgehörte Anschuldigung, daß die Volksschule den Mangel an staatsbürgerlicher Gesinnung verschuldet habe, mit scharfen Worten zurück und erbrachte den Beweis, daß ein entsprechender Ausbau unserer ganzen Schulverwaltung durch den Staat, aber immer unter Beibehaltung des Einflusses der autonomen Behörden, die Schule wirklich zum Ausgangspunkt der so notwendigen staatsbürgerlichen Gesinnung machen könne.

Der Kardinal dankte dem Redner für seine grundlegenden Ausführungen und sagte: „Ich fühle mich verpflichtet, den Leitern der Geschäftsstellen und allen Vertrauensmännern für alle Arbeit zu danken. Sie haben oft mit einer Selbstlosigkeit und einem Idealismus gearbeitet, der rührend gewesen ist. Zugleich darf ich auch einen Appell für die Zukunft an Sie alle richten, nicht zu rasten und nicht zu rosten, damit dem Katholischen Volksbund in der Zukunft der Platz gesichert ist, den er sich durch seine bisherige Arbeit und durch sein Programm verdient hat. Sein Programm ist ein wahrhaft katholisches Programm und ein solches allein gibt Zuversicht für die Zukunft unserer Völker.

Abg. Spalowsky sprach im Namen der Hauptversammlung dem Kardinal zum Schlusse den ehrerbietigsten Dank aus, daß er sich an die Spitze des Katholischen Volksbundes in dieser schweren Zeit gestellt und sich so außerordentlich bemüht habe, Schirmherr des Katholischen Volksbundes zu sein, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Arbeiterzeitung
27./III. 1917

Der Irrtum des Grafen Clam-Martinic.

Mit Erstaunen nimmt man wahr, wie ein Mann, dem redliche Absichten zu bestreiten kein Anlaß ist, durch eine falsche Methode auf einen Weg gerät, der ganz bestimmt nicht zu der so notwendigen und herbeigesehnten Konsolidierung unserer innerpolitischen Verhältnisse, zu der Erneuerung und Verfestigung des verfassungsmäßigen Lebens führt, vielmehr eher die Gefahr ernster und schwerer Verwicklungen heraufbeschwört. Diese falsche Methode entspringt einem Gedanken, den wir den des Obrigkeitsstaates nennen möchten: der Vorstellung, daß die Regierung das Recht habe, das Notwendige allein zu setzen, den Staatsbürgern aber die Pflicht obliege, das, was die Obrigkeit anzuordnen als angemessen befindet, als unwiderrufliches Schicksal hinzunehmen. Dieser Auffassung, die im Grunde der Geist des patrimonialen Staates ist, entstammen bereits nicht wenige der § 14-Verordnungen: die Regierung erkennt das Notwendige und ordnet es an; die Staatsbürger haben es schweigend zu tragen. Das Volk ist nun nicht mehr Subjekt der Gesetzgebung, vielmehr ihr Objekt; vor dem § 14 gibt es keine Staatsbürger, sondern nur eigentlich Untertanen. Wenn die Regierung dieser Auffassung nicht anheimgefallen wäre — daß ihr von einer Pseudodemokratie Beifall geklatscht wird, rechtfertigt sie nicht, sondern zeigt nur den Verfall des öffentlichen Geistes an —, so würde sie, da sie doch die Verfassung wiederherstellen will, die Gaben des § 14 nicht gar so reichlich aussäen. Indessen will ja der § 14 des Grafen Clam-Martinic nur eine dringende Notwendigkeit sein und so mag das, was schon geschehen ist, unerörtert bleiben. Der Grundirrtum dieser Regierung scheint uns aber darin zu bestehen, daß Graf Clam-Martinic vermeint, die Tat der Erneuerung Oesterreichs sei eine Sache, die nur die Regierung angehe; sie allein sei befugt, Maß, Umfang, Ziel ihr zu bestimmen, die Völker und Parteien aber hätten nichts dreinzureden. Der Irrtum kann uns leicht die ganze Erneuerung kosten.

Wir wollen gegen den Ministerpräsidenten nicht ungerecht sein und also nicht behaupten, daß diese selbstherrliche Art etwa aus der Einbildung einer besonderen Sendung seiner Regierung oder aus Verachtung des Volkes erfließt; das meinen wir nicht, obwohl dabei die Ueberschätzung der eigenen Autorität natürlich gleichfalls mitspielt. Sondern es ist offenbar so, daß Graf Clam-Martinic die Vorstellung hat, nur auf diese Weise könne Oesterreich „gerettet" werden, und sich auch der (allerdings sehr erstaunlichen) Meinung hingibt, auf diese Weise werde die Konsolidierung unsere inneren Verhältnisse zuwege gebracht werden — entweder glaubt es der Ministerpräsident oder er ist verpflichtet worden, es zu glauben. Ohne Zweifel fällt bei gegensätzlichen Standpunkten, namentlich in nationalen Dingen, der Regierung eine große Aufgabe zu. Nur sie vermag mit Erfolg zwischen den Parteien zu vermitteln, die Gegensätze abzuschwächen, die mittlere Linie herauszufinden, aus den Forderungen gleichsam das Ergebnis zu ziehen, das dann, wenngleich es für keinen Teil die volle Befriedigung bietet, von allen hingenommen werden kann; das ist in Wahrheit die Aufgabe der Regierung, und kein Vernünftiger wird über eine Einmischung klagen, wenn sie ihr gerecht zu werden sucht. Graf Clam-Martinic macht es umgekehrt: er frägt die Parteien nicht, erkundet nicht ihre Meinung, vermittelt nicht zwischen ihnen, er schreibt ihnen die Lösung vor, er ist im Besitz des Steins der Weisen und braucht für seine „Lösung" nicht zu werben, die Zustimmung der Parteien nicht zu gewinnen: er setzt sie und damit ist die Sache für ihn anscheinend erledigt. Aber wie er dazu gekommen ist, sich vorzustellen, daß die Welt, die es angeht, seine Lösung annehmen und als eine endgültige Entscheidung betrachten werde, ist uns, offen gesagt, eigentlich ein Rätsel. Rom hat gesprochen und die Sache ist zu Ende: das gilt heute für das Verhältnis von Regierung und Staatsbürgern doch auch in Oesterreich nicht mehr, und Graf Clam-Martinic kann unschwer die Erfahrung machen, daß die „Sache", die er zu Ende bringen wollte, nämlich der Streit, dann erst recht anhebt. Wie würde Graf Clam-Martinic dastehen, wenn es sich herausstellen sollte, daß die Maßregeln, von denen er glaubt, daß sie den „ruhigen und ersprießlichen Verlauf der Reichsratsverhandlungen verbürgen", diesen Erfolg nicht nur nicht haben, vielmehr den Verlauf unruhig und unersprießlich gestalten? Wenn es sich nur darum handelte, daß Graf Clam-Martinic seine staatsmännische Voraussicht aufs Spiel setzt, indem er Lösungen mechanisch oktroyiert, die, wohlerwogen, nur sich organisch bilden können, so wäre unsere Besorgnis um sein Tun zwecklos. Aber leider steht es so, daß der Ministerpräsident nicht bloß sich, sondern auch das Parlament gefährdet, und darum ist es selbstverständlich, daß alle diejenigen, denen es um die Wiederherstellung der Verfassung, um die Beseitigung des gegenwärtigen entwürdigenden Zustandes ernstlich zu tun ist, seine falsche Methode mit großer Sorge beobachten.

Noch sinnfälliger ist diese falsche Methode in dem Plane zu erkennen, dem Abgeordnetenhause, das sich aus dem Abgrund erheben soll, die Geschäftsordnung zu oktroyieren, also den stärksten Schlag gegen sein Dasein und Wirken zu führen und es um Ansehen und Selbstbewußtsein vollständig zu bringen. Der Oktroyierung der nationalen „Lösungen" könnte schließlich noch ein Gedanke zugrunde liegen: daß die Parteien zwar über die Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Lösung innerlich einig seien, aber die Freiheit ihres Handelns eingebüßt haben, so daß die Regierung im Wesen nur das vollzieht, was sie beide wollen, es aber zu tun nicht vermögen; die Oktroyierung, die es dann nur der Form nach wäre, würde danach gleichsam nur der Vollzug der Einigung sein. Dazu wäre freilich vonnöten, daß sich die Regierung um diese innerliche Einigung ernstlich bemüht, sie vorher wenigstens in der Hauptsache herbeiführt, ihrem absolutistischen Akt also das Verletzende der Oktroyierung nimmt — wovon aber gleichfalls nichts zu sehen ist. Die Oktroyierung der Geschäftsordnung wäre aber, das wollen wir einmal deutlich sagen, ein geradezu verhängnisvoller Fehler, ein Fehler, der nur mit dem Fehler der Badenischen Spracheuverordnungen verglichen werden könnte. Es wird zwar unaufhörlich geraunt, daß die Regierung diesen Plan habe, aber wir sträuben uns noch immer ernstlich, daran zu glauben, daß Graf Clam-Martinic diesen gar nicht mehr gutzumachenden Fehler begehen könnte. Man kann in das Schriftstück hundertmal hineinschreiben, daß die oktroyierte Geschäftsordnung gilt und unabänderlich gilt: das verpflichtet keinen Menschen, sie zu halten, und die Unterwerfung, die man heischt und erwartet, würde niemals eintreten: Graf Clam-Martinic braucht nur nachzulesen, wie es vor zwanzig Jahren war, um zu wissen, wie es wiederum werden könnte. Der Ministerpräsident möge sich von den „Beratern", die diesen gloriosen Plan ausgeheckt haben — weil sie wissen, daß ihr Machwerk sofort in seiner ganzen Herrlichkeit erkannt würde, wenn es an die Oeffentlichkeit kommt — doch freimachen und seinen eigenen Verstand zu Rate ziehen, und er wird schon darauf kommen, daß mit dieser Oktroyierung der Obrigkeitswahn, die Vorstellung, daß die Obrigkeit zu allen Eingriffen zuständig sei und ihr Eingreifen jedermann schweigend zu dulden habe, an einen Punkt gelangt, der die Reaktion gegen ihn geradezu automatisch auslöst. Wenn er den Widerspruch, den seine nationalen „Lösungen" im Gefolge haben werden, noch durch den Widerstand steigert, den dieser unerhörte, nie dagewesene Anschlag gegen die Demokratie entfachen müßte, so ist wirklich schwer zu begreifen, auf was sich seine Hoffnung gründet, daß seine Maßregeln den „ruhigen und ersprießlichen Verlauf der Reichsratsverhandlungen verbürgen". Und weil wir überzeugt sind, daß es dem Grafen Clam-Martinic mit dem Wunsch nach Erweckung des parlamentarischen Lebens Ernst ist, so können und wollen wir nicht glauben, daß er etwas unternehmen könnte, was die Aussichten auf einen ruhigen und ersprießlichen Verlauf der Reichsratsverhandlungen vollständig vernichten würde. Wir glauben daher, daß es nur die eitlen Autoren sind, die die Legende von dem Oktroyierungsplan in Umlauf bringen: sie glauben, ihr Unsinnswerk emporzuheben, indem sie es dem Ministerpräsidenten unterschieben.

Ganz ruhig und nüchtern betrachtet, müßte Graf Clam-Martinic dem Geschick eigentlich dafür dankbar sein, daß die Frage der Geschäftsordnungsreform da ist. Denn es ist natürlich eine schwierige Sache, die Parteien sogleich auf das stachelige nationale Gebiet zu führen. Durch diese drei Jahre sind sie alle einander so entfremdet worden, die Stimmung aller ist so eisigkalt, daß da heute größere Widerstände zu überwinden sind als je zuvor. Nun bietet sich die Geschäftsordnung als die gleichsam neutrale Sache dar, als eine Sache, an der alle Parteien gleichmäßig beteiligt sind und bei der ihr Wollen parallel läuft; da ist die Einigung natürlich unschwer möglich, die Tatsache der Einigung würde aber wieder für jedes andere Verhandeln die günstigste Disposition schaffen; weil sie doch die gemeinsame Bewältigung einer Schwierigkeit wäre, und daraus erwächst Vertrauen, Zuversicht, Eifer und Mut. Ist es also nicht seltsam, daß die Regierung, statt darüber glücklich zu sein, daß ein Objekt vorhanden ist, woran sich ein einträchtiges Verhandeln, ein Zusammenwirken knüpfen läßt, dieses Objekt dazu benützen will, die schon vorhandenen Gegensätze und Schwierigkeiten zu steigern, so zu steigern, daß daraus ein wahrhaftiger Kampf zwischen Autokratie und Demokratie werden müßte? Das wäre wohl der Gipfel der Seltsamkeit und gewiß das Gegenteil einer vorausschauenden Staatskunst! Wieweit der Ministerpräsident jenen „Plan" in sein Bewußtsein aufgenommen hat, wissen wir nicht. Aber wir fühlen uns verpflichtet, ihm die unheilvollen Folgen, die daraus entstehen würden, ganz unverhüllt zu zeigen; das ist schon deshalb notwendig, weil ihm die Urheber des gedankenlosen Entwurfes offensichtlich die Gesamtheit der Abgeordneten als eine Versammlung schildern, deren gesunkenes parlamentarisches Bewußtsein jede Zumutung ertragen würde. Aber das ist ausgeschlossen.

Die Wahrheit darf dem Ministerpräsidenten schon shalb nicht verweigert werden, weil sie aus der flicht erwächst, die er in dem Programm aufgestellt t, womit er seinen Amtsantritt eröffnete. Die Re- erung, hieß es darin, bedarf des Verständnisses und r Mitarbeit aller jener, denen die Zukunft Oesterreichs am Herzen liegt. Wir leisten unsere „Mitarbeit", ndem wir ihm die Tatsachen entschleiern und en Irrtum aufdecken, an dem seine guten und rechtschaffenen Absichten zu Schanden werden müßten.

28/III. 1917 12
Arbeiterzeitung

Die inneren Kämpfe der Revolution.

Die kommenden Wandlungen und Schicksale der Revolution belasten die deutende Weisheit unserer Bürgerlichen und Wohlgesinnten mit einer recht zwiespältigen Aufgabe. Wird die Wirkung der Revolution auf den Krieg erwogen, so gönnt man den russischen Arbeitern und der russischen Sozialdemokratie gut und gern einen täglich wachsenden Einfluß und weiß in nahender Zeit ihre auf den Frieden gerichtete Politik vorwaltend und der Herrschaft gewiß. Aber die russische Arbeiterschaft und ihr Erfolg bedeuten doch auch Republik, folgerichtig durchgeführte Demokratie, den Achtstundentag und alle die anderen Dinge, die so ungeheuer gefährlich und seuchenhaft ansteckend sind. Stellt sich dies vor das Auge des Betrachters, so wird das Zukunftsbild der russischen Revolution mit einemmal auffallend trüb und düster. Dann ist kaum noch etwas zu erblicken als ein wirres Durcheinanderwogen von Interessen und Interessengegensätzen, endlose Spaltungen, gegenrevolutionäre Gefahren, die ihren Ursprung haben in den überspannenden, dem Aeußersten ungehemmt zudrängenden Bestrebungen der Arbeiter. Der Vergleich mit 1905 liegt bequem auf der Hand. Waren es nicht auch damals die „revolutionären Uebertreibungen" des Arbeiterdeputiertenrates, die schließlich die früher einmütig zarenfeindliche „Gesellschaft" kläglich spalteten und der Reaktion aus Adel und Bürgertum rottende Hilfskräfte zuführten?

Der Vergleich der zweiten russischen Revolution mit ihrer Vorgängerin ist zweifellos nicht müßig, er verspricht manche Aufschlüsse, nur fordert er auch eine sorgfältige geschichtliche Analyse. Doch auch bevor diese geleistet ist oder auch bloß zu leisten ist, lehrt schon ein das Allgemeine überschauender Blick, wie sehr bei vielen Aehnlichkeiten, bei vieler Uebereinstimmung der treibenden Kräfte und führenden Parteien und Personen das Gesamtverhältnis ein vom Grunde aus verschiedenes ist. Die Revolution von 1905 verlief vom Anbeginn fast bis zum Ende in rein elementaren Ausbrüchen. Waren auch damals die Arbeiter zwar die Hauptträger der Bewegung, so handelten sie im wesentlichen aus dumpfen Massengefühlen; erst nachträglich und niemals tief und herrschend genug drangen die ordnenden politischen Ideen der Sozialdemokratie in die meist aus nächsten Bedürfnissen und Nöten heraus zum Kampfe sich erhebenden Massen. Zugleich vollzogen sich die einzelnen Handlungen der Revolution zusammenhanglos, zeitlich getrennt; sieht man von dem großen Oktoberstreik ab, so fehlte fast stets ein wirksames Zusammenarbeiten der revolutionären Schichten, Klassen und Parteien der Gesellschaft. Die äußere Organisation der Zarenmacht blieb dabei aufrecht und in der Lage, alle Mißgeschicke und Mißgriffe der Volksbewegung auszunützen, die entstehenden Spaltungen und Lücken der revolutionären Schlachtreihe unheilbar zu erweitern und zuletzt mit wiedergesammelter Kraft alles niederzuschlagen.

Das Merkmal der Lage von heute ist aber gerade die wunderbare Geschlossenheit und Organisation der Revolution, die Einheitlichkeit ihrer Kräfte, die Gleichzeitigkeit ihrer Handlungen, die Einmütigkeit ihrer Ziele. Wie wäre die gewaltigste staatliche und soziale Umwälzung denkbar ohne heftige Gärungen, ohne innere Kämpfe, ohne eine Auseinandersetzung unter den Klassen und Parteien? Sie eben sind das Vorwärtstragende der Revolution, dasjenige an ihr, was Wochen zu Jahren macht und grundändernde Entwicklungen und Wandlungen in einer kurzen Spanne Zeit reifen läßt. Das Wunder eines allseitigen, um Jahrzehnte vorauseilenden, alle Hindernisse des Vorurteils niederwerfenden Fortschritts entspringt gerade den inneren Spannungen und Ausbrüchen einer Revolution. Nun trifft die russische Revolution überdies mit der gleich ungeheuren Tatsache des Weltkrieges zusammen. Mit ihm muß sie sich auseinandersetzen, er stellt ihr das größte Problem zur Lösung. Die im Kriege selbst am gewaltigsten gewachsenen Kräfte, Strebungen, Ideen des Imperialismus, des militärischen Ruhms treffen mit dem ebenfalls aus dem Kriege und seiner Not entsprungenen und genährten Drang nach Friedenssicherheit, sozialer Wohlfahrt zusammen. In schwerem Ringen nur kann die Entscheidung fallen. Doch die Tatsache der Revolution an und für sich schon widerspricht dem Kriege in seiner heutigen Gestalt. Denn dieser verlangt eine rastlose Anspannung aller Volkskräfte nach der Grenze hin, und eben diese Volkskräfte sind mit dem Werke belastet, den Staat umzugestalten. Die Sache des Friedens und der Demokratie hat in Rußland heute den gleichen Weg. Wohl weiß zur Stunde noch niemand mit Sicherheit zu sagen, daß das russische Volk ihn entschlossen einschlagen wird. Aber eine starke Hoffnung spricht dafür, die innere Logik des Geschehens weist auf dieses Ziel hin. An den Mittelmächten aber liegt es, durch eine Politik des Entgegenkommens zu verhindern, daß die Gefühle der Besorgnis um die äußere Sicherheit und Freiheit über den Drang der Revolution, ihr inneres Werden zu vollenden, die Uebergewalt gewinnen.

Disziplin und Disziplinargewalt im Parlament.

Selbstzucht der Abgeordneten, Einordnung in die Gesamtinteressen, Unterordnung unter das Gemeininteresse, kurz die parlamentarische Tugend der Disziplin ist im österreichischen Abgeordnetenhause wenig entwickelt; dagegen aber sind die Disziplinarmittel des Präsidenten sehr gering. Er kann den Redner zur Sache, auch zur Ordnung rufen, er kann dem Redner schließlich das Wort entziehen, das ist alles. Ist es nun so wenig, als man allgemein wähnt? Genau betrachtet, ist es eigentlich alles, was der Präsident braucht, und die allermeisten Parlamente — zum Beispiel alle gesetzgebenden Körper im Deutschen Reiche, der Reichstag voran — kommen damit aus. „Abschweifungen von der Sache ziehen den Ruf des Präsidenten zur Sache nach sich. Nach wiederholten Rufen zur Sache kann der Präsident dem Redner das Wort nehmen." Damit ausgerüstet, vermag der Präsident die Redner zu zwingen, sich an den verhandelten Gegenstand zu halten; den allergrößten Teil der Reden, die das Haus quälen, vor allem alle Obstruktionsreden, könnte er damit hemmen. Ebenso könnte ein sehr beträchtlicher Teil der Skandalszenen erstickt werden, indem der Präsident den Redner, der den Anstand oder die Sitte verletzt, unterbrechen kann, ihm auch das Wort völlig entziehen darf. Dazu wäre allerdings mancherlei vonnöten. Vor allem, daß die Präsidenten den Rednern zuhören — was sie aber nie tun und als lästig und langweilig, obwohl es das ist, zu was sie bestimmt sind, beharrlich ablehnen. Zum zweiten dürfte den Herren Präsidenten das nicht fehlen, woran es ihnen so sehr gebricht: nämlich Würde der Persönlichkeit, männlicher Mut, also Tugenden, die auf das Amt überstrahlen, und Bedeutung und Wirksamkeit ihm verleihen. Aber alle diese Herren Präsidenten haben sich immer und gegen jeden Exzedenten — erinnern wir uns doch, als ein Exempel, an die Redeexzesse des Grafen Sternberg — als höchst feig erwiesen und nicht einmal die Courage aufgebracht, von den Disziplinarmitteln, die ihnen zustehen, Gebrauch zu machen; ein großer Teil der Verwilderung, die in dem Hause Platz gegriffen hat, ist auf die Unzulänglichkeit, Feigheit und Liederlichkeit

Neues Wiener Tagblatt

31./III. 1917

I

17

Worte des Kaisers.

Ueber die Freiheit der Meere, über die Arbeit der Kaufmannschaft und über die Aufgaben der Zeit nach dem Kriege.

Gestern sind vor dem Kaiser und der Kaiserin eine Reihe von Huldigungsdeputationen erschienen, aus deren Kundgebungen, so disparaten Charakters sie sind und in so verschiedenen geistigen Sphären sie sich bewegen, sich doch ein klar und deutlich sprechendes Bild alles dessen ergibt, was heute jeden Oesterreicher bewegt. Da waren Männer der Wissenschaft, die ihren Namen in die Geschichte der heute so wichtigen Kriegsmedizin und Sozialhygiene eingetragen haben; dann Kaufleute, die vor dem Kaiserpaar von der Härte, mit der die Zeit auch ihren Stand trifft, aber mit weit kraftvollerer Betonung noch von den ungeheuren Aufgaben gegenüber der Allgemeinheit, deren sie sich bewußt sind, sprachen. Vertreter aller Konfessionen und Volksstämme aus Bosnien und der Herzegowina traten vor das erlauchte Paar, um von der unverbrüchlichen und unlöslichen Zusammengehörigkeit mit den Geschicken der altehrwürdigen Habsburger-Krone abzulegen, und dann erschien eine Deputation des Flottenvereines, in deren Namen ein verdienter General von der Vergangenheit und Gegenwart unsrer herrlichen Kriegsmarine und den Bedingungen sprach, deren eine staatliche Gemeinschaft wie Oesterreich-Ungarn heute nicht vergessen darf, soll sie nicht, wie der Redner sagte, „Gottes Stiefkind" sein. Und auf alle diese Darlegungen antwortete der Kaiser — antwortete in jener Art, die der Oesterreicher zu seiner mit jeder Gelegenheit sich mehrenden und vertiefenden Freude an diesem erlauchten Redner ja bereits kennt. Da ist alles im Gedanken so ausgereift, daß das umkleidende Wort, in das es gefügt ist, wie eine letzte, klarste und knappste Formel für die Sache annutet, und alles zugleich so von ernster Gewissenhaftigkeit durchtränkt, wie erfüllt und durchsonnt von einem Geiste, der mit sich reißt und ein Vertrauen in Oesterreich-Ungarns Zukunft einflößt, wie er selbst aus allen Tiefen des Herzens in sie vertraut. Die Tage, die wir durchleben, sagte der Kaiser, führen sinnfällig vor aller Augen, welche Bedeutung die Freiheit der Meere für unser Vaterland besitzt. Sie darf uns nie wieder verloren gehen, fuhr er fort, und verwies — welch ein strahlender Gegensatz zu den Reden, die aus den gegnerischen Ländern zu uns herübertönen! — abermals auf die Zeit, da uns der Frieden wieder geschenkt und wiedergekehrte Weltwirtschaft und Weltverkehr den Wagemut des Unternehmers und Kaufmannes zu der neuen Arbeit des Wiederaufbaues rufen wird. Wir dürfen nicht abseits stehen, sagte der Kaiser ..., und wer auf den Ton horcht, der durch seine Antworten geklungen, dem ist es frohe Gewißheit, daß diese seine Worte mit unter die bedeutsamsten und stärkendsten politischen Manifestationen werden gerechnet werden dürfen, die uns in diesen Tagen Zeugnis geben von dem immer sichtbarer fortschreitenden Zusammenbruch der Entente.

Nachstehend der Bericht über den Empfang der Deputationen:

Die bosnische Deputation.

Die „Korr. Wilhelm" meldet:

Seine Majestät der Kaiser hat gestern nachmittag in Laxenburg eine Reihe von Huldigungsdeputationen empfangen. Zuerst erschien vor Seiner Majestät dem Kaiser und Ihrer Majestät der Kaiserin eine

bosnisch-herzegovinische Deputation,

der angehörten: Metropolit und Erzbischof Letica, Weihbischof Dr. Saric, Franziskaner-Ordensprovinzial Andric, Franziskaner-Ordensprovinzial Nevistic, Reis-ul-Ulema Causevich, Hadzi Mehmed Dzemal Uddin-Efendi, Pastor Schäfer, Oberrabbiner Dr. Weszel, Rabbiner Doktor Levi, Advokat Dr. Sunaric, Großkaufmann Budimi-Rovic, Kaufmann Diuc, Großkaufmann Slijepcevic, Beirat des Regierungskommissärs Damjanovic, Großkaufmann Sain, Großkaufmann Kozomara, Grundbesitzer Dabovic, Maso Marinkovic, Vakufdirektor Arnautovic, Bürgermeister in Moster Komabina, Bürgermeister in Travnik Teskeredzic, Bürgermeister in Tuzla Vilovic, Großgrundbesitzer Vzini, Realitätenbesitzer Kulovic-Efendi, Realitätenbesitzer Dr. Basagic und Bürgermeister in Brcko Kucukalic.

Der Landeschef Frh. v. Sarkotic hielt an den Kaiser folgende huldigende Ansprache:

Euer kaiserliche und königliche Apostolische Majestät! In tiefster Ehrfurcht tritt die Abordnung Bosniens und der Herzegowina vor die Stufen des Allerhöchsten Thrones, um Euer Majestät die alleruntertänigste Huldigung unerschütterlicher Treue und Anhänglichkeit zu Füßen zu legen. In schicksalsschwerer Stunde haben Euer Majestät das ruhmreiche Erbe der erlauchten Vorfahren übernommen. Im dritten Jahre bereits tobt mit unverminderter Heftigkeit der Kampf um die Zukunft der altehrwürdigen Monarchie, und alle ihre Völker und Nationen wetteifern mit der Aufgebote aller Kräfte in mutigem Ringen und heldenhafter Abwehr gegen den an Zahl weit überlegenen Feind.

Dank unsrer Wehrkraft unvergleichlichem Heldenmut an dem Gelingen seiner verwerflichen Pläne verzagend, versucht der Gegner durch Ausstreuung der böswilligsten Unwahrheit, durch unverhüllte Bekanntgabe seiner willkürliche territoriale Veränderungen verfolgenden Kriegsziele das zu erreichen, was seiner Uebermacht im offenen Kampfe zu erreichen nicht beschieden war. Mit Entschiedenheit weist Bosnien und die Herzegowina jede solche Absicht, jeden Gedanken an eine Trennung seiner Zukunft von den Geschicken der glorreichen Monarchie zurück.

Durch die gemeinsame harte Prüfung des Weltenringens in ihren Gefühlen noch bestärkt, dankt die Bevölkerung bewegten Herzens der Vorsehung, die Bosnien und die Herzegowina für immerwährende Zeiten als jüngstes Land unter Habsburgs Zepter stellte. Sie ist für die unzertrennliche Schicksalsgemeinschaft, welche ihr allein eine volle Entfaltung ihrer Heimat zu sichern vermag, zu leben und zu sterben bereit und erneuert in diesem feierlichen Augenblick das Gelöbnis unverbrüchlicher Treue und Hingebung und unwandelbarer Anhänglichkeit an Euer Majestät und das Allerhöchste Herrscherhaus.

Euer Majestät! In unvergänglicher Erinnerung ist allen Einwohnern Bosniens die beglückende Tatsache geblieben, daß Allerhöchstderen erste Reise mit Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin im Jahre 1911 auch ihrer Heimat gegolten hat. Durch diesen vielverheißenden Beweis Allerhöchsten Wohlwollens ermutigt, gestattet sich die Abordnung Euer Majestäten Huld und Gewogenheit auch für die zukünftige Entwicklung Bosniens und der Herzegowina ehrfurchtsvollst zu erbitten und den innigsten Segenswünschen des ganzen Landes in dem inbrünstigen Gebet Ausdruck zu verleihen: Gott erhalte, Gott beschütze, Gott segne Euer Majestät! Njegovo Velicanstvo nas premilostivici car kralj Karlo! Njezino Velicanstvo nasa prejasna carica i kraljica Zita Zivjeli!"

Der Kaiser erwiderte:

Mit aufrichtiger Befriedigung nehme ich die im Namen Bosniens und der Herzegowina mir dargebrachte Huldigung entgegen und danke Ihnen wärmstens für die Versicherung der Ergebenheit und Anhänglichkeit an mich und mein Haus. Ihr Treuegelöbnis erfüllt mich mit um so größerer Genugtuung, als mir der allenthalben bewährte Heldenmut der bosnisch-herzegowinischen Truppen bekannt ist und die opferwilligste Selbstverleugnung, mit welcher die daheimgebliebene Bevölkerung

Neues Wiener Tagblatt

II

31./III. 1917

18.

Worte des Kaisers.

die Entbehrungen der schweren Kriegszeit erträgt, meine dankbarste Anerkennung finden. Gern gedenken ich und Ihre Majestät des Aufenthaltes in Ihrem schönen Lande, und wird es mein angelegentliches Streben sein, daß Ihre mit meiner Krone für immer vereinigte Heimat in Friedensjahren einer allseitigen gedeihlichen Entwicklung entgegengehe. In dieser Erwartung entbiete ich Ihnen meinen huldvollsten Gruß und versichere Sie meiner dauernden Gewogenheit.

Sodann huldigten das Kuratorium und die Direktion des Kaiser Franz Josef-Ambulatoriums und -Jubiläumsspitals in Wien, vertreten durch den Geheimen Rat Alexander Prinzen Thurn und Taxis, den kaiserlichen Rat Doktor Dömeny und den Staatshauptkassenkontrollor Paulitschke, dem Kaiser.

* * *

Namens des Präsidiums des

Oesterreichischen Flottenvereines,

von dem Geheimer Rat General der Infanterie Freiherr v. Woinovich, Konteradmiral v. Benigni, Konsul Dr. de Pottere und kaiserlicher Rat Freistadtl sich im Schlosse einfanden, huldigte General der Infanterie Freiherr v. Woinovich dem Monarchen mit folgender Ansprache:

Euer kaiserliche und königliche Apostolische Majestät! Erfüllt von Dankbarkeit und Stolz ob der beglückenden Kunde, daß Euer Majestät allergnädigst geruhten, das Protektorat über den Oesterreichischen Flottenverein zu übernehmen, naht die Vereinsleitung in tiefster Ehrfurcht den Stufen des Thrones, um Euer Majestät als dem höchsten Schirmherrn zu huldigen. Getragen von der Gnade des erlauchten Kaiserhauses und gestützt auf die werbende Kraft der Ideen, die er auf sein Banner geschrieben, erwuchs der Verein binnen wenigen Jahren aus kleinen Anfängen zu einer Organisation, wie es deren in österreichischen Landen nur wenig gibt. Die meisten Flottenligen des Auslandes überflügelnd, breitete er ein Netz von Zweigvereinen über alle Teile der Erde. So dringt überallhin, wo Oesterreicher wohnen, sein Ruf, es möge eine starke Kriegsmarine die Heimat beschützen, ihr den freien Zugang in den Weltenmeeren sichern und ihre ruhmreiche Flagge nach fernen Gestaden führen! Es möge eine mächtige Handelsflotte die Erzeugnisse des heimischen Gewerbefleißes über die See tragen und auf stolzen Dampfern Tausende von Fremden geleiten, daß sie die Schönheiten bewundern und genießen, die unser gastliches Land in so reicher Fülle birgt.

Allzulang war der Sinn des Oesterreichers in die Grenzen der Heimat gebannt, uneingedenk des alten Wahrwortes, daß ein Staat teilhaben muß am freien Meere und am Weltverkehr, soll er nicht Gottes Stiefkind sein. Und allzulang währt es schon, daß Landeskinder in großer Zahl unter fremder Flagge von dannen ziehen, um mit ihrer Hände Arbeit das Ausland zu stärken, das unsrer Heimat gleichgültig oder gar feindlich gegenübersteht. Als einzige unter den großen europäischen Mächten entbehrt Oesterreich-Ungarn gesicherter Gebiete jenseits des Meeres, wo es seine Produkte abzusetzen und Rohstoffe zu gewinnen vermag. In seinem steten Bestreben, die Gedanken der Seegeltung und der wirtschaftlichen Entfaltung in die weitesten Kreise der Bevölkerung zu tragen, hat der Oesterreichische Flottenverein mannigfache Schwierigkeiten zu besiegen, die in der vorwiegend kontinentalen Lage unsres Reiches und in der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Struktur seiner Teile beschlossen liegen, und ein Abbild der Heimat im kleinen, vermittelt er seine Tendenzen allen Nationen des Reiches in ihrer Sprache. Daß Euer Majestät die Gnade hatten, unsern Verein in Allerhöchstderen Obhut zu nehmen, beseelt uns mit doppelter Schaffensfreude und mit unerschütterlichem Vertrauen in den Erfolg unsres patriotischen Strebens. Wir bitten Euer Majestät huldvollst, das Gelöbnis entgegenzunehmen, daß wir — getreu unserm Wahlspruche „Mit ganzer Kraft vorwärts" — nach wie vor unablässig und selbstlos wirken werden im Dienste des geliebten Vaterlandes.

Die Antwort des Kaisers lautete:

Gern habe ich Ihrer Bitte willfahrt, das Protektorat über den Oesterreichischen Flottenverein zu übernehmen. Ihre Huldigung erfüllt mich mit um so lebhafterer Befriedigung, als die stolzen Ziele, zu denen sich der Verein bekennt, den mir so kostbaren Ueberlieferungen meines Hauses entsprechen. Die Tage, die wir durchleben und in welchen meine Kriegsmarine ihren Heldenmut so herrlich bewährt, führen sinnfällig vor aller Augen, **welche Bedeutung die Freiheit der Meere für unser Vaterland besitzt. Sie darf uns nie wieder verloren gehen.**

Neu erstarkt rüstet die Handelsflotte, ihr Werk zu beginnen, sobald die Stunde des Friedens schlägt. Dann mögen meine Völker sich einträchtig zusammenfinden in den großen Aufgaben der Zukunft, auf daß unser Vaterland blühe und gedeihe im Zeichen der Weltwirtschaft und des Weltverkehres. Mit dem Seemannsgeist, der an der Heimatsküste seit jeher lebendig war, verbinde sich der **Wagemut des Unternehmers und des Kaufmannes.** Wir dürfen nicht abseits stehen, wenn es gilt, die Schätze der Erde zu heben!

Nützen Sie das Vertrauen, das sich der Oesterreichische Flottenverein durch seine unverdrossene Arbeit in weiten Kreisen erworben hat, um auch fürderhin aufklärend und befeuernd zu wirken. Steuern Sie, Ihres Wahlspruches eingedenk, „Mit ganzer Kraft vorwärts", Ihren großen Zielen zu! Mein kaiserlicher Dank und meine wärmste Fürsorge werden Sie begleiten.

Nun erschien eine Abordnung der medizinischen Fakultäten der Universitäten in Wien und Budapest vor dem Kaiser. Die Abordnung bestand aus dem Dekan Professor Dr. Tandler, den Hofräten Universitätsprofessoren Dr. Freiherrn v. Eiselsberg und Dr. von Hochenegg für Wien, den Hofräten Dr. Dollinger und Dr. v. Grosz sowie dem Universitätsprofessor Dr. Baron Koranyi für Budapest. Der Monarch nahm die Huldigung mit herzlichem Danke entgegen.

* * *

Der Abordnung der

österreichischen Kaufmannschaft,

die dann beim Kaiser eintrat, gehörten an: kaiserlicher Rat Spitzer, Dr. Freiherr von Wolf-Zdekauer, kaiserlicher Rat Langer, kaiserlicher Rat Vinzl, kaiserlicher Rat Fischmeister, Landtagsabgeordneter Dr. Maurhard, kaiserlicher Rat Perschak, Handelskammerrat Pabst, Dr. Bricht a, Emanuel Placek, Ladislav Čech, Stadtvizepräsident von Krakau Doktor Szarski und Herrenhausmitglied Escher. Die Huldigungsansprache des kaiserlichen Rates Spitzer lautete:

Euer kaiserliche und königliche Apostolische Majestät! Die österreichische Kaufmannschaft, welche sich in den von uns vertretenen gesetzlichen und freien Korporationen zum Schutze ihrer Interessen und zu gemeinsamer wirtschaftlicher Arbeit vereinigt hat, bittet Euer kaiserliche und königliche Apostolische Majestät, ihre untertänigste und ehrfurchtsvollste Huldigung und die aus vollem Herzen kommende Versicherung unwandelbarer Treue und Anhänglichkeit an Euer Majestät geheiligte Person darbringen zu dürfen. In dieser ernsten und schweren Zeit, da das Vaterland den Kampf um seinen Bestand und seine politische und wirtschaftliche Geltung in der Welt kämpft, vertrauen gleich allen Völkern und Ständen des Reiches auch die österreichischen Kaufleute auf Euer Majestät weise und kraftvolle Führung, die dem Vaterlande bald die Zeiten ruhiger und gesicherter wirtschaftlicher Entwicklung wiedergeben und ihm die Wege einer weiteren glücklichen Entfaltung weisen wird. Die Kaufmannschaft, der im Kriege die schwere Aufgabe zufällt, als Mittler zwischen Produktion und Konsum mitzuwirken an den vielfachen staatlichen Maßnahmen zur Sicherung unsrer militärischen und wirtschaftlichen Kriegsbereitschaft und die in patriotischer Begeisterung und in vollem Verständnis für die Notwendigkeiten dieses furchtbaren Kampfes gern und willig viele schwere Opfer auf sich genommen hat, weiß, daß ihr auch in den ferneren Kämpfen noch wichtige wirtschaftliche Aufgaben bevorstehen. Sie weiß, daß ihre Aufgaben im Wirtschaftsleben nach dem Kriege vielleicht noch schwerere und bedeutungsvollere sein werden. Durch die natürliche Ordnung des Wirtschaftslebens berufen, einesteils der heimischen Produktion Rohstoffe zu verschaffen und den Erzeugnissen des heimischen Gewerbefleißes den Weg zu den fernen Absatzgebieten zu eröffnen, anderenteils im Inlande die Verteilung der wirtschaftlichen Güter für den Konsum durchzuführen, wird die Kaufmannschaft für den wirtschaftlichen Wiederaufbau nach dem Kriege und nicht zuletzt für die Wiederherstellung geordneter wirtschaftlicher Beziehungen zum Auslande hochwichtige und für das gesamte Staats- und Wirtschaftsleben bedeutsame Aufgaben zu erfüllen haben. Der Schwere der Zeit und der Probleme, die noch unser harren, bewußt, bitten die Vertreter der österreichischen Kaufmannschaft, Euer kaiserliche und königliche Apostolische Majestät geruhe, dem Kaufmannsstande in seiner wirtschaftlichen Betätigung, in seinen Bestrebungen zur Sicherung der Interessen und Lebensbedingungen seiner Angehörigen und Schutzbefohlenen Allerhöchstihre mächtige Förderung, Allerhöchstihr gnädiges Wohlwollen zu leihen."

Der Kaiser dankte mit folgenden Worten:

Auf das herzlichste danke ich Ihnen für die Versicherung unwandelbarer Treue und Anhänglichkeit. Das Vertrauen, das aus Ihren Worten spricht, gepaart mit dem Willen, auch fürderhin alle Kräfte in patriotischer Opferfreudigkeit den militärischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen des Staates zu widmen, erfüllt mich mit besonderer Befriedigung. Die österreichische Kaufmannschaft ist durch die Verhältnisse, die der gewaltigste aller Kriege zeitigt, vor schwere Aufgaben, ihre Widerstandskraft auf eine harte Probe gestellt. Doch ich kann es mit uneingeschränkter und dankbarer Anerkennung aussprechen, daß sie sich auch diesen schwierigen, neuen Aufgaben voll gewachsen zeigt und ihr altbegründetes Ansehen in rühmlicher Weise rechtfertigt. Mit umso größerer Zuversicht kann ich daher hoffen, daß die heimische Kaufmannschaft mit gleicher Tüchtigkeit auch der noch zu bewältigenden Schwierigkeiten Herr werden und daß sich ihrem Unternehmungsgeiste in der von uns allen erwarteten glücklichen Zukunft eine neue Zeit blühenden Aufschwunges auf dem weiten Gebiet des Weltverkehres eröffnen werde, zur Ehre und zum Frommen des Vaterlandes, zum Wohle des Kaufmannsstandes. Meines Schutzes und meiner Fürsorge können Sie allzeit sicher sein!

* * *

Zuletzt erschien das Präsidium der k. k. Oesterreichischen Gesellschaft für Erforschung der Krebskrankheit vor Seiner Majestät. Der Kaiser dankte aufs herz-

Pester Lloyd
31. III. 1917
21
20

entwerfen; zweifellos ist es Pflicht der Regierung und der Gesetzgebung, darauf zu achten, daß wir durch Besitzverschiebungen die Kräfte der Nation nicht schwächen lassen, wie gefällig die Pläne auch sonst seien, die man uns vorlegen sollte. Die Wirkung der Besitzkäufe der Geldinstitute kann heute noch nicht abgeschätzt werden, es ist aber schon heute klar, daß der Boden in einzelnen Gegenden durch gewisse Parzellierungstransaktionen zum Gegenstand des Geschäftes und des Wuchers wurde. Diese Erscheinung zwingt die Regierung, schon in der allernächsten Zeit dem Hause einen Gesetzentwurf vorzulegen, der zur Sanierung dieser Krankheitssymptome geeignet ist und jede schädliche Besitzverschiebung verhindern wird. Die geschäftsmäßige Vermittlung von Grundbesitzen soll an die Erlaubnis des Ackerbauministers geknüpft sein, damit sich nur verläßliche Leute damit beschäftigen können. Das Ackerbauministerium kann die Vermittler verpflichten, die ihnen zum Verkaufe übertragenen Grundbesitze dem Ministerium, beziehungsweise der Altruistischen Bank anzubieten, die sich über den Ankauf rasch zu äußern hätte. Nur nach so erfolgter Ablehnung könnte ein Grundbesitz verkauft werden. Dieser Gesetzentwurf wird die Verfügung enthalten, daß alle Grundbesitze, die innerhalb sechs Jahren vom Ankauf gerechnet parzelliert werden, zugunsten eines Siedelungsfonds mit einer Taxe belegt werden, die sich nach der Höhe des Preisunterschieds zwischen dem Kauf- und Verkaufspreis richtet. Diese Taxen werden sehr hoch sein. (Zustimmung links und rechts.) Weiter könne man nicht gehen, sonst wäre der erwünschte gesunde Grundbesitzverkehr unmöglich.

Hinsichtlich der Besitzkäufe der Finanzinstitute will die Regierung dem Parlament für die Zeit nach dem Krieg die freie Entschlußmöglichkeit bewahren. Die Regierung soll daher ermächtigt werden, daß alle Grundbesitze, die seit Kriegsausbruch verkauft wurden, vom Verkauf gerechnet fünf Jahre hindurch für den Kaufpreis vom Staate übernommen werden können. Wir sichern damit den Statusquo. Es hängt von der Regierung ab, wie weit sie dieses Recht nach dem Kriege in Anspruch nehmen will, dieser Umstand wird jedoch die Geldinstitute von spekulativen Käufen abhalten, da sie nicht wissen, wann der Staat den Grundbesitz zurückfordert.

Rufe links: Wann wird dieser Entwurf eingebracht?

Ackerbauminister Baron Emerich Ghillány: Schon im nächsten Herbst. Die Regierung wird dann einen gewissen Ueberblick haben und die Aktion nach erfolgter Ermächtigung einleiten. Redner bittet, die Resolutionen zum Regierungsbericht abzulehnen und den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (Lebhafte Zustimmung.)

Präsident unterbricht die Debatte und stellt den Tagesordnungsantrag.

Abgeordneter Géza Polónyi

richtet an den Präsidenten die Frage, wann die noch nicht beantworteten Interpellationen beantwortet und die angemeldeten Anträge auf die Tagesordnung gestellt werden. Er bemängelt aus staatsrechtlichen Rücksichten die Teilnahme der Kroaten an den Debatten über Interpellationen und Anträge.

Präsident lehnt die Angriffe, die Abgeordneter Polónyi in seiner Bemerkung gegen die Regierung gerichtet ab.

Abgeordneter Graf Aladár Zichy

verweist auf die jüngste Rede des deutschen Reichskanzlers, die nicht verklingen darf, ohne daß das ungarische Parlament dazu Stellung nimmt. Wäre der Ministerpräsident heute in der Sitzung anwesend, so hätte er gewiß sein Wort erhoben. Redner ersucht den Präsidenten, dem Hause Gelegenheit zu bieten, in dieser Richtung seinen Gefühlen in geeigneter Form Ausdruck verleihen zu können.

Justizminister Dr. Eugen Balogh

verweist darauf, daß auch die früheren Berichte zahlreiche Verordnungen mit Kroatien gemeinsamer Natur enthielten, ohne daß es der Opposition, wie es heute der Abgeordnete Géza Polónyi tat, bisher eingefallen wäre, eine gesonderte Verhandlung zu fordern. Die kroatischen Abgeordneten haben das Recht, zu diesen Berichten zu sprechen und darüber abzustimmen.

Präsident

erklärt, daß die Rede des deutschen Reichskanzlers noch nicht im authentischen Wortlaute vorliege. Bis das der Fall sein wird, wird auch das ungarische Parlament sich in geeigneter Weise äußern.

Folgen die Interpellationen.

Abgeordneter Julius Hódy

unterbreitet nach einer längeren Begründung eine Interpellation an den Unterrichtsminister über die Zustände bei der Oper und über das Vorgehen der Opernleitung bei dem Abschluß von Verträgen.

Unterrichtsminister Béla v. Jankovich

wendet sich gegen den Vorwurf, als ob die Regierung bei der Subventionierung der Oper engherzig vorgehen würde. Das Opernhaus befindet sich gegenüber den Privattheatern einfach im Nachteil. Dagegen müsse er aber Stellung nehmen, als ob das Opernhaus nicht auf dem Niveau stünde, das man füglich von ihm erwarten kann. Was die Verträge betrifft, so könne die Regierung ja Künstler nicht zwingen, den ihnen angebotenen Vertrag anzunehmen. Béla Környei wurde seinerzeit eine sehr hohe Gage angeboten, die er nicht angenommen hat. Tango war schon vor Kriegsausbruch engagiert. Direktor Kern ist auf eigenes Ansuchen beurlaubt worden. Was das Auftreten der Mitglieder der Oper in den Provinzstädten betrifft, so billigt der Minister diese Idee. Jetzt werden Stipendisten in größerer Zahl engagiert. Diese werden auf den verschiedenen Provinzbühnen auftreten. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Nach einer Bemerkung des Interpellanten nimmt das Haus die Antwort des Ministers zur Kenntnis.

Abgeordneter Iwan Reök

unterbreitet eine Interpellation an den Finanzminister und an den Justizminister in Angelegenheit der Evidenzhaltung der grundbücherlichen Aenderungen.

Finanzminister Johann v. Teleßky

anerkennt die Wichtigkeit gewisser einheitlichen Verfügungen bei den Katasterbemessungen in Ungarn und in Oesterreich. Die vom Interpellanten aufgeworfenen Fragen zählen zu jenen, deren Lösung nach dem Kriege erfolgen muß.

Nach einer Erwiderung des Interpellanten nahm das Haus die Antwort zur Kenntnis.

Abgeordneter Árpád Matta

unterbreitet eine Interpellation in Angelegenheit der militärischen Enthebungen an den Landesverteidigungsminister.

Landesverteidigungsminister Alexander Szurmay:

Die Frage der Enthebungen ist eine sehr schwere Frage. Wir stehen hier einem notwendigen Uebel gegenüber. Es handelt sich dabei um zweifache Interessen, die gleichermaßen wichtig sind. Es stände im Interesse unserer kämpfenden Armee, daß jeder gesunde Mann, der zum Militärdienst geeignet ist, an der Front sei und dort Dienste leiste. (Zustimmung.) Allein es liegt ebenso im Interesse des Heeres wie des Staates, daß auch hier zu Hause Personen in genügender Zahl seien, die die Arbeit hinter der Front verrichten. Natürlich ist es schwer, genau die Grenzlinie zu finden, die beide Interessen voll befriedigt. Mein Standpunkt in dieser Frage ist der Folgende: Unsere tapfer kämpfende Armee bedarf unbedingt einer bestimmten Anzahl Soldaten, die man ihr in gewissen Zeitläuften zur Verfügung stellen muß, um die Lücken auszufüllen. Wir haben dies bisher getan und werden es sicherlich auch weiter tun. (Allg. lebh. Beifall.) Mein Ideal wäre natürlich, daß jedermann, den der gute Gott mit Gesundheit gesegnet hat, mit der Waffe in der Hand in der ersten Linie draußen kämpfe. (Lebhafter Beifall.) Ich gehe weiter und sage, daß es im Interesse der betreffenden Person liegt, nicht zu Hause, sondern draußen den schwersten Dienst zu leisten. Denn es ist nicht gerecht, daß während ein gesunder Mann den ganzen Krieg oder den größten Teil zu Hause verbringt, sein Nachbar oder Freund, der vielleicht älter ist, als er, und vielleicht unter schwereren Familienverhältnissen lebt, die ganze Zeit draußen verbringe. Auch wird die Gesellschaft nach dem Friedensschlusse mit Recht von jedermann darüber Rechenschaft verlangen, welche Dienste er während des Krieges geleistet hat. Die Arbeiten, die in der Heimat verrichtet werden müssen, sollen die erledigen, die infolge irgendeines körperlichen Gebrechens zu einer anderen Dienstleistung nicht geeignet sind. (Zustimmung.) Allein wie schön und gut auch dieses allgemeine Prinzip klingen mag, so kann es leider im praktischen Leben nicht durchgeführt werden. Es gibt gewisse Arbeiten, die nur durch bestimmte Fachkräfte geleistet werden können. Es müssen demnach schon im Interesse des Staates und des Heeres Ausnahmen Platz finden. Jedenfalls vertrete ich den Standpunkt, daß die Arbeiten im Hinterland in erster Reihe durch Personen verrichtet werden, die diesseits oder jenseits der Altersgrenzen der Dienstpflicht stehen, ferner durch Frauen, dann durch diejenigen, die infolge eines Gebrechens nicht eingereiht worden sind und schließlich durch Personen, die zwar gemustert wurden, aber zum Dienst mit den Waffen nicht geeignet sind. Im praktischen Leben kann aber auch dieser Standpunkt nicht durchgeführt werden. Es liegt z. B. im staatlichen Interesse, daß der Grundbesitz womöglich den reichsten Ertrag bringe. Dies kann aber nur dann erreicht werden, wenn der Grundbesitzer selbst die Aufsicht leitet, oder aber, wenn er einen verläßlichen Vertreter hat. Von den beiden muß einer zu Hause bleiben. Dasselbe gilt für die Fabriken und die übrigen Betriebe. (Lebhafter Beifall.) Die Frage der Enthebung muß demnach in jedem einzelnen Falle konkret beurteilt werden. Die Enthebungen passieren verschiedene Zwischenstationen, bis sie zum Ministerium gelangen. Es liegt keine Ursache vor, an der bona fides irgendeines Forums zu zweifeln, allein die entscheidende Beurteilung kann nicht so einheitlich sein, daß ich als Landesverteidigungsminister ruhigen Gewissens sagen könnte, es gebe im Hinterlande niemand, der zum Waffendienste geeignet ist, der nicht durch einen zum Waffendienste Ungeeigneten ersetzt werden könnte. Ich werde jedenfalls alle meine Kräfte daran setzen, das hier betonte Prinzip durchzuführen. (Lebhafter Beifall.) Ich rechne in dieser Frage auf die hingebungsvolle Unterstützung der Herren Abgeordneten. Sollten Mißbräuche mir zur Kenntnis gebracht werden, so werde ich dafür Sorge tragen, sie zu beseitigen. (Lebhafter Beifall und Applaus rechts und links.)

Der Minister beantwortet sodann die konkreten Fragen des Abgeordneten Matta. Die Enthebungsgesuche müssen rechtzeitig unterbreitet werden, damit sie auch rechtzeitig erledigt werden können. Wenn jemand mit der Marschkompanie an die Front abgegangen ist, so ist es schwer, ihn von dort zurückzuberufen. Dies kann nur mit Genehmigung des betreffenden Kommandos geschehen. Schließlich erklärt der Minister, daß er alles tun wird, damit die landwirtschaftlichen Arbeiten rechtzeitig verrichtet werden. (Lebhafter Beifall auf beiden Seiten des Hauses.) Der Minister verliest einen Erlaß, den er an die einzelnen Kommandos gerichtet hat, worin er den Kommandos zur strengsten Pflicht macht, soweit es die militärischen Interessen gestatten, die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiten durch die Entsendung militärischer Arbeiterabteilungen und durch die Beurlaubung der Mannschaften weitestgehend zu unterstützen. (Allgemeiner lebhafter Beifall.) Der Kommandant ist persönlich dafür verantwortlich, daß die auf die Beurlaubungen bezüglichen Bestimmungen auf das genaueste vollstreckt werden. Der Minister wird in dieser Hinsicht die strengste Kontrolle ausüben. (Allgemeiner lebhafter Beifall.) Er bittet, seine Antwort zur Kenntnis zu nehmen. (Allgemeiner lebhafter Beifall und Applaus auf beiden Seiten des Hauses.)

Das Haus nimmt die Antwort des Ministers einstimmig zur Kenntnis.

Abgeordneter Markgraf Georg Pallavicini

richtet eine Interpellation an den Ackerbauminister, ob er geneigt ist, die Volksernährung durch eine Ausgleichung des Fleisch- und Mehlbedarfs zu verbessern.

Die Interpellation wird an den Minister geleitet.

Es folgt die Interpellation des Grafen Moritz Esterházy über den Termin der Fatierungspflicht für die Vermögens-, Einkommen- und Kriegsgewinnsteuer, über die wir im volkswirtschaftlichen Teile unseres Blattes berichten.

Präsident unterbricht die Beratung, da das Haus zur Auslosung der Jury schreiten muß. Auf einen Präzedenzfall vom 15. Januar 1908 gestützt, beantragt er, das Haus möge nach erfolgter Auslosung die übrigen Interpellationen erledigen.

Das Haus nimmt den Antrag an.

Es folgt die Auslosung der Jury in der Inkompatibilitätsangelegenheit des Abgeordneten Felix Szinyei-Merse. Ausgelost wurden: zu ordentlichen Mitgliedern die Abgeordneten Graf Béla Serényi, Andreas Vertán, Georg Malatinßky, Graf Stefan Lázár, Alexander Pető, Graf Géza Andrássy, Sigmund Péchy, Edmund Jónás, Ludwig Bornemißa, Géza Hoványi, Svetislav Popovics, Béla Bernáth; zu Ersatzmitgliedern: Graf Michael Károlyi, Ladislaus Okolicsányi und Alexander Simonyi-Semadam.

Abgeordneter Graf Theodor Batthyány

richtet an den Minister des Innern und an den Honvédminister eine Interpellation, ob sie Kenntnis davon haben, daß das Nagyenyeder Organ der Unabhängigkeits- und Achtundvierziger-Partei Alsó-Fehér seit einigen Monaten verfolgt werde und durch die Suspendierung der Enthebungen des Druckereipersonals am weiteren Erscheinen verhindert werden soll.

Minister des Innern Johann v. Sándor

erklärt in seinem, wie auch im Namen des Honvédministers, daß laut seiner telegraphischen Informationen von Vexationen der genannten Zeitung und des Druckers derselben keine Rede sei. Das Erscheinen des Blattes wurde bisher nicht verhindert und wird auch weiterhin nicht verhindert werden.

Das Haus nahm nach einer ablehnenden Erwiderung des Interpellanten und nach Aufklärungen, die der Minister des Innern bot, die Antwort zur Kenntnis.

Schluß der Sitzung um halb 9 Uhr abends.

Nächste Sitzung Samstag um 3 Uhr nachmittags. Tagesordnung: Die Debatte über den sechsten Regierungsbericht. Auslosung der Jury in der Inkompatibilitätsangelegenheit des Abgeordneten Baron Géza Pap.

Die Inkompatibilitätsjury.

Die zur Verhandlung des Inkompatibilitätsfalles des Abgeordneten Felix Szinyei-Merse ausgeloste Jury wählte den Abgeordneten Grafen Stefan Lázár zum Präsidenten, den Abgeordneten Géza Hoványi zum Schriftführer.

Berichterstatter Koloman Hegedüs

verweist darauf, daß gestern die Inkompatibilitätsjury einen analogen Inkompatibilitätsfall verhandelt und den Abgeordneten Emil Széchenyi für inkompatibel erklärt habe. Die heutige Jury kann selbstverständlich frei ihr Urteil erbringen, es kann auch anders lauten als gestern. Er müsse jedoch darauf hinweisen, daß der Abgeordnete Felix Szinyei-Merse selbst den Inkompatibilitätsfall am Tage seiner Wahl zum Direktionsmitglied der Ungarischen Schweinemästung- und Fleischindustrie A.-G., am 9. Februar 1914, zur Anzeige gebracht habe. Die Untersuchung dieses Inkompatibilitätsfalles wurde zusammen mit den Inkompatibilitätsanzeigen gegen die Abgeordneten Grafen Emil Széchenyi und Baron Géza Pap abgeführt, alle drei Anzeigen haben dieselbe Grundlage.

Der Berichterstatter legt sodann die Geschichte der Konstituierung der obengenannten Nagytétényer Aktiengesellschaft dar, die wir in unserem Morgenblatte vom 29. März, anläßlich der Verhandlung des Inkompatibilitätsfalles des Grafen Emil Széchenyi, schon mitgeteilt haben.

Abgeordneter Felix Szinyei-Merse

erklärt, er habe, da er Kriegsdienst leistet, keinen Einfluß, noch einen Einblick auf die Geschäftsführung der Ungarischen Schweinemastungs- und Fleischindustrie-A.-G. Da zwischen der Gesellschaft und dem Staate oder dem Kriegsärar kein Geschäftsverhältnis bestehe, glaubt er nicht inkompatibel zu sein. Der Stammaktienbesitz des Ackerbauministeriums sei seines Erachtens keine Subvention oder Zinsengarantie für die Besitzer der Prioritätsaktien. Diese Stammaktienzeichnung ist eine einmalige Teilnahme der Regierung an einer Gründung, die die ungarische Schweinemastung zu heben berufen ist. Die Rechte der Aktionäre wurden von den Gründern ohne sein Dazutun festgesetzt. Sein Einkommen aus dieser Stelle beträgt tausend Kronen jährlich, er habe seit zwei Jahren insgesamt 2000 Kronen an Tantiemen erhalten.

Auf Wunsch des Jurymitgliedes Alexander Pető wird das Gründungsprotokoll der Nagytétényer Aktiengesellschaft verlesen.

Abgeordneter Alexander Pető

konstatiert, daß die Aktiengesellschaft das ausschließliche Recht zur Errichtung eventuell aufzustellender Schweinekontumazstationen, geschlossenen Schweinemärkten und Schlachthöfen erhalten hat. Dieses Recht wird zu später zu vereinbarenden Bedingungen ausgeübt.

Abgeordneter Andreas Vertán

verlangt über die Tantiemen der Direktionsmiglieder und über die Aufteilung des Geschäftsgewinnes Aufklärungen vom Berichterstatter.

Berichterstatter Koloman Hegedüs

antwortet, daß das Minimum der Tantiemen jährlich tausend Kronen sei, daß bisher kein Geschäftsgewinn ausgewiesen sei. Die Versorgung der Aktiengesellschaft mit dem notwendigen Mais käme heute nicht in Betracht, denn die Anlagen wurden vom Militärärar für seine eigenen Zwecke in Anspruch genommen, die Gesellschaft bekommt nur eine Entschädigung von der Schweineübernahmskommission, deren Höhe heute nicht bekannt sei, da die Abrechnung noch nicht erfolgte. Die Gesellschaft beherbergt in ihren Anlagen fremdes Eigentum; die Mästung geschieht auf Kosten des Militärärars mit dem Futtermaterial des Aerars selbst.

Die Abstimmung wird angeordnet. Die Inkompatibilität des Abgeordneten Felix Szinyei-Merse wird mit sieben gegen fünf Stimmen ausgesprochen. Mala fides wurde nicht festgestellt. Schluß der Sitzung um halb 9 Uhr.

Pester Lloyd
1/IV. 1917

Kriegstagung des Reichstages.

Annahme des Regierungsberichtes über die Anwendung der Ausnahmegewalt im Kriege.

Budapest, 31. März.

Die Debatte, die im Abgeordnetenhause über den Regierungsbericht betreffend Inanspruchnahme der Ausnahmegewalt im Kriege in den letzten Tagen sich nur mühselig mehr fortschleppen konnte, ist heute in völliger Erschöpfung ausgegangen. Zur Abstimmung über den Bericht mußten die Abgeordneten sozusagen zusammengeholt werden. Nachdem das glücklich geschehen war, wurde der Bericht — wie vorauszusehen war — zur Kenntnis genommen.

Die letzten Stunden der erschöpften Debatte belebte Abgeordneter Urmánczy, indem er zum Beispiel gegen die neue Institution des Ernährungswesens Sturm ritt, selbstverständlich in eifersüchtiger Wahrung der Selbständigkeiten Ungarns. Damit bot er einen schönen Ausklang zu den an Disharmonien so reichen oppositionellen Kundgebungen dieser Debatte. Wenn wir nicht irren, wurde die gemeinsame Regelung dieser Frage noch vor ganz kurzer Zeit und auch schon vor sehr langer Zeit gerade von oppositioneller Seite in einer sehr einschneidenden Form gefordert, anders, als das durch die informative Institution, die heute besteht, geschehen ist. Herr Urmánczy, der ja ein schneidiger Redner ist, sah sich auch bewogen, seine Klagen in ganz eigentümlichen Formen darüber zu erheben, daß der König so wenig Zeit in Ungarn verbringe. Wir verraten Herrn Umánczy das Geheimnis, daß der König jetzt militärisch tätig ist, daß es Weltkrieg gibt. Sollte Herr Urmánczy davon nichts gewußt haben, das Volk Ungarns und der König von Ungarn wissen es, und beide werden ihre Wünsche betreffend den jeweiligen Aufenthalt des Königs den Notwendigkeiten dieser Tatsache weiter anpassen.

Am Schlusse der Sitzung hob sich die Beratung in lichtere Höhen. Es folgte die Beratung über den Antrag der Opposition betreffend die russischen Ereignisse. Diesen Teil der Sitzung würdigen wir an leitender Stelle unseres Blattes.

Der Verlauf der Sitzung.

Vizepräsident Karl Száß eröffnet um 9 Uhr nachmittags die Sitzung.

Schriftführer: Géza Hoványi, Felix Szinyei-Merse, Zoltán Vermes.

Auf den Ministerfauteuils: Sándor, Teleßky, Balogh, Jankovich, Hideghéthy.

Präsident läßt den Bericht der Inkompatibilitätsjury in Angelegenheit des Abgeordneten Felix Szinyei-Merse verlesen, der aufgefordert wird, binnen acht Tagen die Inkompatibilität zu beheben oder auf sein Mandat zu verzichten.

Der Budapester Advokat Dr. Josef Johann Faragó hat gegen den Abgeordneten Johann Ertl eine Inkompatibilität angemeldet, die dem Inkompatibilitätsausschusse ausgefolgt wird.

Präsident unterbreitet die Petitionen der Komitate Turóc und Abauj-Torna über den allgemeinen bürgerlichen Hilfsdienst und des Komitats Abauj-Torna über die Feststellung von Höchstpreisen für Schuhbekleidungen. Die Petitionen werden dem Petitionsausschusse zugewiesen.

Abgeordneter Elemér Jakabffy

unterbreitet als Referent des Justizausschusses die Berichte über die Gesetzentwürfe betreffend die Terminverlängerung für die Ergänzung der Zeitungskautionen und betreffend die Wahl eines Kronhüters.

Folgt die Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über den sechsten Regierungsbericht.

Abgeordneter Svetislav Popovics

kommt in persönlicher Sache auf die vom Abgeordneten Georg Szmrecsányi vorgebrachten Anschuldigungen zurück. Er müsse sich gegen die Insinuation verwahren, daß sein Name auf der Liste Pasics' vorkomme; das sei eine gemeine Mystifikation. Redner kenne Pasics nicht, er sei mit ihm weder mittelbar noch unmittelbar in irgendwelcher Verbindung gestanden. Er habe auch nichts getan, was jemand berechtigen würde, seinen Namen in eine solche Liste einzutragen. Wenn die fragliche Liste tatsächlich von Pasics stammen würde, woran Redner zweifelt, dann war Pasics über seine Person ebenso falsch informiert, wie darüber, ob die serbische Bevölkerung dieses Staates in einem Kriege gegen Serbien alle ihre Pflichten für Thron und Vaterland erfüllen würde. (Beifall.) Redner müsse mit der größten Entschiedenheit und Verachtung die Insinuation zurückweisen, als ob er ein Konfident des serbischen Ministerpräsidenten Pasics gewesen wäre. Szmrecsányi konnte hiefür keinerlei Anhaltspunkte anführen. Einzig und allein das Gericht sei berufen, in dieser Frage zu entscheiden. Die Behauptung Szmrecsányis, Redner wäre in kroatischen politischen Kreisen schon längst als ein Agitator für die großserbische Idee bekannt, sei durch konkrete Daten nicht erhärtet worden. Er sei Advokat, nicht Journalist, wie Szmrecsányi gesagt, er beschäftige sich zwar seit zehn Jahren mit Politik, allerdings nur mit Fragen der kroatischen inneren Politik. Er war wegen dieser Tätigkeit von den Behörden nie belangt. Szmrecsányi hätte die Pflicht gehabt, seinen Informator zu nennen und die inkriminierten Reden und Artikel des Redners im Wortlaut vorzulegen. Das sei die moralische Pflicht Szmrecsányis. Da man ihn denunziert habe, wolle er feststellen, daß ihn Szmrecsányi angeklagt habe, ohne die Möglichkeit zur Prüfung seiner Anschuldigungen zu geben. Er sehe dem Verfahren ruhig entgegen. Es wird beweisen, ob wir einem Hochverrat oder einer gewöhnlichen Verleumdung gegenüberstehen. (Beifall.)

Abgeordneter Johann Bartos:

Die Regierungsverfügungen gelangen in der Regel ohne jede Motivierung zur Durchführung und entsprechen nicht ihrem eigentlichen Zwecke. Besonders die Verfügungen auf dem Gebiete der öffentlichen Verpflegung waren lückenhaft und erfolglos. Redner bespricht die Rolle der Banken, des Kapitales während des Krieges. Die Banken haben Millionen gewinne aufgehäuft und verlegen sich neuestens auf den Bodenkauf, was vom nationalen Standpunkte nicht gebilligt werden kann. Die Regierung hat nichts zur Zügelung der Banken, zur Beseitigung der durch sie geschaffenen Mißbräuche unternommen. Alle Regierungsverfügungen erfolgen nach dem Rezepte der Großbanken. Die Vergiftung der Zustände sei zweifellos eine Folge der Devalvation der Kaufkraft des Geldes. Auf dem Gebiete der gleichmäßigen Verteilung der Vorräte herrsche die größte Anarchie, und es wäre an der Zeit, dieser Anarchie ein Ende zu bereiten und die Preistreiber und Spekulanten mit größter Strenge zu verfolgen. In Ermangelung von Petroleum beginne das Volk auf dem Lande Schweinefett und sogar Butter zu Beleuchtungszwecken zu verwenden; diesen Zuständen müsse dringend Einhalt geboten werden. Redner spricht über die Härten der diesjährigen Requirierungen, die sich in der Zukunft nicht wiederholen dürften. Der Ministerpräsident kenne in seinen Handlungen nur einen Gesichtspunkt: den der Macht. Deshalb nimmt Redner den Bericht nicht zur Kenntnis.

Abgeordneter Georg Szmrecsányi

polemisiert gegen die Ausführungen des Abgeordneten Svetislav Popovics. Er habe seine Anklagen auf Grund von Dokumenten gegen die sechs kroatischen Abgeordneten erhoben, diese kompromittierenden Akten liegen vor, sie wurden vom Militärgouvernement in Serbien gefunden. Redner wollte bloß erreichen, daß der Ministerpräsident endlich etwas in dieser Angelegenheit unternehme. Die Bauern wurden in Kroatien fanatisiert, ihre Seelen vergiftet. (Beifall links.)

Abgeordneter Svetislav Popovics: Legen Sie Beweise vor.

Abgeordneter Georg Szmrecsányi: Das Gericht möge in dieser Frage entscheiden. Das Vorgehen des Banns von Kroatien verurteilt Redner im eigenen Namen und in dem eines jeden rechtschaffen denkenden Ungars.

Abgeordneter Ferdinand Urmánczy

wirft der Regierung bei der Erlassung der Ausnahmeverfügungen Oberflächlichkeit und Mangel an Voraussicht vor. Auf dem Gebiete der Kriegsunterstützungen herrschen düstere, unhaltbare Zustände. Die Regierung sieht den ungeheueren Preistreibereien und Lebensmittelfälschungen untätig gegenüber. Der Ministerpräsident bezeichnete im Vorjahre die zentralistischen Bestrebungen für „gemeingefährlichen Wahnsinn". Und dennoch hat der Ministerpräsident die Errichtung eines neuen gemeinsamen Organs, des gemeinsamen Ernährungsausschusses, beantragt. Dieses neue Organ ist nichts anderes als eine verhüllte zentralistische Einrichtung. Redner greift namentlich den Unterrichtsminister an, der seinen Beruf verkenne und über dessen Tätigkeit die öffentliche Meinung fast einstimmig abfällig urteile.

Der Ministerpräsident hat erklärt, daß in den okkupierten Gebieten Rußlands die österreichische, in den okkupierten serbischen Gebieten aber die ungarische Verwaltung eingeführt sei. In Serbien spricht man aber Deutsch, Tschechisch, Kroatisch oder Serbisch, nur nicht Ungarisch, wenn auch wenige ungarische Beamten dort tätig sind. Wie sehr man Ungarn respektiert, beweist der Toast, den Graf Czernin jüngst an den Kaiser Wilhelm gerichtet hat, anscheinend als Minister des kaiserlichen Hauses. Betrachten wir aber die Landkarte: Oesterreich, für das man alles preisgibt, ist ein Konglomerat fremder Elemente, unzusammenhängend und zerstückelt, wie ein Wundertier, Ungarn aber, das man stets zu unterdrücken sucht, ist ein fester, massiver Block. Was wunder, wenn hier die Erbitterung um sich greift? In Siebenbürgen wehen auf den Gebäuden, wo hohe Honvédkommandos untergebracht sind, die schwarz-gelben Fahnen. Das Dienstreglement läßt dies zu, und wir dulden es, daß bei festlichen Gelegenheiten alles deutsch, österreichisch, bulgarisch und türkisch beflaggt wird, nur die ungarischen Farben finden keinen Platz. (Bewegung rechts.)

Abgeordneter Graf Albert Apponyi: Es ist nicht angenehm, das mit anhören zu müssen. (Eljenrufe links.)

Abgeordneter Ferdinand Urmánczy (fortfahrend): Die ganze Institution der Honvéd wurde vom gemeinsamen Heer expropriiert, der Honvédminister hat eigentlich kein Ressort mehr. Unsere Honvédtruppen werden der österreichischen Landwehr zugeteilt, die Honvédverbände bekommen österreichische Offiziere, die ungarische Mannschaft dient in österreichischen k. k. Landsturmbataillonen. Selbst die ungarischen Landsturmformationen haben deutsche Siegel. Gegen dieses Vorgehen müsse energisch protestiert werden. Der König weilte seit seiner Krönung, seit drei Monaten, bloß zwölf Stunden lang in Ungarn, wir reisen dem jungen Herrscher ebenso nach Wien nach, wie wir dem alten Monarchen zuliebe nach Wien gefahren sind. Redner beklagt, daß unser Herrscher nicht nach Ungarn kommt. Den Bericht lehnt Redner ab. (Zustimmung links.)

Die Debatte wird geschlossen.

Präsident ordnet die Abstimmung und die Auszählung der abstimmenden Abgeordneten an.

Der sechste Bericht der Regierung über die Inanspruchnahme der Ausnahmsgewalt wird mit 93 gegen 59 Stimmen zur Kenntnis genommen. Alle Resolutionen werden abgelehnt. Der Bericht wird an das Magnatenhaus geleitet.

Der Bericht des Inkompatibilitätsausschusses in der Angelegenheit des Abgeordneten Zoltán Lenghel wird verlesen. Das Verfahren wird gegen Lenghel eingestellt.

Das Anträgebuch wird verlesen:

Abgeordneter Wilhelm Vázsonyi hat einen Antrag über die Volksfreiheit eingetragen. Den Text des Antrages haben wir in unserem Morgenblatte vom 30. März veröffentlicht.

Präsident beantragt, das Haus möge die Begründung des Antrages gestatten. (Lebh. Beifall.) Mit Rücksicht auf die große Wichtigkeit dieser Frage möge das Haus erlauben, daß zu diesem Antrag die Vertreter aller Parteien das Wort ergreifen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Finanzminister wünscht im Namen der Regierung eine Erklärung abzugeben. (Lebhafter Beifall. Hört! Hört!)

Finanzminister Johann Teleßky:

Geehrtes Haus! (Hört! Hört!) Im Namen der Regierung nehme ich den Antrag des Herrn Präsidenten an, umso eher, als die Regierung mit der in dem soeben verlesenen Antrag zum Ausdruck gelangenden Auffassung übereinstimmt. (Lebhafter Beifall auf beiden Seiten des Hauses.) In der Monarchie wünscht niemand sich in die inneren russischen Angelegenheiten einzumengen. (Allgemeiner, lebhafter Beifall.) Wir wünschen zunächst ehestens einer solchen, das Vertrauen der russischen Nation genießenden Regierung gegenüberzustehen, mit der wir einen ehrenvollen Frieden schließen können. (Allgemeiner, lebhafter Beifall und Applaus.) Wir wünschen, daß die russische Nation dauernd die Segnungen einer friedlichen Entwicklung und der wirklichen Freiheit genießen möge. (Allgemeiner, lebhafter Beifall und Applaus.)

Graf Albert Apponyi:

Vor allem gebe ich meiner aufrichtigen Freude und Genugtuung darüber Ausdruck, daß der Finanzminister im Namen der Regierung ausdrücklich erklärt hat, daß sie mit diesem Antrag einverstanden ist. Infolgedessen ist die einmütige Stellungnahme des ungarischen Abgeordnetenhauses in dieser Frage gesichert. Dies kann meiner Ansicht nach eine ersprießliche Wirkung auf die weitere Entwicklung nicht verfehlen. (Allgemeiner, lebhafter Beifall.) Ich fühle mich nicht berufen, über die russischen Ereignisse ein Urteil zu fällen. Meine Auffassung, die im übrigen in dieser Hinsicht vollständig identisch ist mit der Auffassung des deutschen Reichskanzlers, ist die, daß wir weder das Recht, noch Veranlassung, noch den Beruf haben, uns in die inneren Angelegenheiten Rußlands oder irgendeines anderen Volkes einzumengen. (Allgemeiner, lebhafter Beifall.) Auch kann ich heute noch nicht beurteilen, welchen Einfluß diese Ereignisse auf unsere Interessen und auf die Entwirrung der Kriegslage ausüben werden. An dieser Revolution nahmen ja auch Elemente teil, die eingestandenermaßen in der Frage der Fortsetzung des auf Eroberung gerichteten Krieges vielleicht einen noch intransigenteren Standpunkt einnehmen, als das Regime des Zaren. Allein es nahmen auch Elemente daran teil, die ausdrücklich diese Eroberungstendenzen ablehnen und die Förderung eines baldigen Friedensschlusses sich zum Ziele setzten. Wir wissen nicht, welche Elemente die Oberhand gewinnen werden. Wir wissen nur, daß unsere defensive Stellungnahme gegenüber dem die territoriale Unversehrtheit unseres tausendjährigen Staates bedrohenden Krieg unverändert bleiben wird, ob nun die Zarenherrschaft oder eine irregeleitete Demokratie diesen Krieg weiterführen mag. (Allgemeiner lebhafter Beifall.) Infolgedessen wünschen wir innig, daß die Faktoren, die in Rußland Oberhand gewinnen werden, eine Tendenz verfolgen, die die wahren Interessen der Völker erkennt und das russische Reich ein für allemal von jenen Eroberungstendenzen befreit, die den europäischen Frieden ständig bedrohten. (Allgemeiner, lebhafter Beifall und Applaus.) Nimmt die Sache diese Wendung, so wird dies der ganzen Menschheit zum Heil gereichen, und es wird dann die Möglichkeit dafür gegeben sein, daß wir mit diesem großen Nachbarvolk ebenfalls in Frieden leben und alle Symptome des inneren Fortschritts in Rußland mit Freude und Sympathie werden begrüßen können. (Allgemeiner, lebhafter Beifall und Applaus.) Die Bedeutung unseres Antrages aber und seiner einmütigen Annahme — und ich glaube, daß auch der andere Staat der Monarchie diese Stellung einnimmt — liegt darin, daß es ausgeschlossen ist, daß die ungarischen Waffen je zur Unterdrückung der Freiheit des russischen oder irgendeines anderen Volkes verwendet werden. (Allgemeiner, lebhafter Beifall und Applaus.)

Abgeordneter Gabriel Ugron:

Im Namen der Verfassungspartei gebe auch ich meiner aufrichtigen Freude über die Erklärung des Finanzministers Ausdruck. Die ungarische Nation führt einen an beispiellosen Opfern und unermeßlichen Leiden reichen Verteidigungskrieg. Wir sind entschlossen auszuhalten und weiterzukämpfen, bis wir einen Frieden schließen können, der unsere Existenz, unsere staatliche Integrität, unsere nationale Selbständigkeit gewährleistet. Wir kämpfen für unsere Nation, wir kämpfen für unseren König solange, als die Kriegsziele unserer Feinde uns dazu zwingen. Die ungarische Nation wünscht aber einen ehrenvollen Frieden und ist geneigt, ihn zu schließen, sobald unsere Feinde auf ihre auf die Vernichtung unserer Nation gerichteten Ziele verzichten. Die revolutionären Erscheinungen, die in Rußland das reaktionäre Regime vernichtet und die mächtigen Schleusen der Volksfreiheit geöffnet haben, können bei jedem freiheitliebenden Volk, also auch bei der ungarischen Nation nur aufrichtige Freude erregen. (Allgemeiner Beifall.) Es besteht die Hoffnung, daß dies zugleich das Ende jener imperialistischen Expansionspolitik bedeutet, die den gegenwärtigen Weltkrieg verursacht hat. Wir hoffen, daß in Rußland die bessere Einsicht Oberhand gewinnen wird und daß Rußland eine auf neuen Grundlagen beruhende Politik inaugurieren wird, die uns dem ersehnten Frieden näherbringt. Es scheint, daß die Erfüllung dieser Hoffnung infolge der englischen Intrigen auf Schwierigkeiten stoßen wird. Der vorliegende Antrag möge als Botschaft an unsere Feinde dienen. Wir kämpfen gegen die russische Autokratie ebenso wie gegen die russische Republik, wenn sie unsere Existenz bedrohen. Doch schließt das freie Ungarn gern einen Frieden mit dem freien Rußland, auf daß wir, uns gegenseitig achtend und schätzend, nebeneinander leben können nach einem Friedensschluß, der unsere nationale Existenz, unsere Entwicklung, unsere nationale Integrität gewährleistet. (Allgemeiner Beifall.)

Graf Theodor Batthyány:

Auch ich und meine Partei nehmen den Antrag mit Begeisterung an. Es ist selbstverständlich, daß die Unabhängigkeitspartei als Fürsprecherin aller radikalen staatsrechtlichen, politischen und sozialen Bestrebungen überall und jederzeit jedem autokratischen Regime feindselig gegenübersteht. Darum geben wir, obwohl wir noch im Kampfe mit Rußland stehen, unserer innigen Freude über den vollen Sieg der Volksherrschaft gegenüber dem korrupten autokratischen Regime des Zarismus Ausdruck. Die Unabhängigkeitspartei verfolgt eine pazifistische Politik und wünscht sehnlich den Frieden herbei. Die Partei begrüßt die russischen Umwälzungen demnach auch vom Gesichtspunkte des Friedens. Denn wir sind überzeugt, daß die russischen Ereignisse die Sache des Friedens fördern müssen. Wir müssen erwarten, daß das Volk, das unter der Devise des Fortschrittes und der Freiheit über die Autokratie triumphiert hat, die gegenseitige Verständigung aller Nationen fördern wird. Wir sind überzeugt, daß die Ereignisse in Rußland das Zustandekommen eines dauernden Weltfriedens unter dem Schutze eines Weltbündnisses und der allgemeinen Abrüstung erleichtern werden. Selbstverständlich würde die Partei dagegen entschieden Stellung nehmen, wenn von welcher Seite immer ein Eingriff in die inneren Angelegenheiten Rußlands zugunsten der retrograden Richtung erfolgen sollte. (Zustimmung äußerst-links.)

Abgeordneter Graf Aladár Zichy:

Ich gebe zunächst meiner Freude darüber Ausdruck, daß die Regierung in einem so großen Augenblick den Antrag der Opposition ohne Verzug angenommen hat. In solchen Fragen war die ungarische Nation stets eines Sinnes. Wenn wir, in Verbindung mit der Revolution in Rußland, vom Frieden sprechen, so können wir dies um so eher tun, weil die Kraftentfaltung und die Opferwilligkeit der ungarischen Nation uns das Recht geben, in erster Reihe für einen ehrenvollen Frieden einzutreten. (Lebhafter Beifall links.) Unsere Friedenssehnsucht ist keineswegs ein Ausdruck der Schwäche. Wir fühlen aber, daß dieser blutige Bruderkrieg zwischen den alten Kulturstaaten die Kultur selbst, die Christenheit, gefährdet. Der Umstand, daß in unserer Nachbarschaft keine Großmacht mehr sein wird, die die Freiheit der menschlichen Rechte nicht erkennen will, wird zur Quelle der weiteren Entwicklung der Freiheit der gesamten Menschheit werden. Ich begrüße im Namen meiner Partei auf das herzlichste den Antrag. (Lebhafter Beifall links.)

Abgeordneter Wilhelm Vázsonyi:

Die große revolutionäre Umwälzung in Rußland kann nur mit der großen französischen Revolution verglichen werden. Mag der Krieg welche Wendungen immer bringen, so ist das eine zweifellos, daß diese Umgestaltung für das Schicksal Europas nicht gleichgültig sein kann. In der Vertretung einer freien Nation kann diese Umgestaltung nicht unerörtert bleiben. (Zustimmung links.) Die Willkürherrschaft, die den europäischen Frieden ständig bedrohte, die Willkürherrschaft, die zugleich das furchtbare, bedrohende Reservoir für jede Tyrannei, für jede Volksverdummung, für jede bösartige Leidenschaft bildete, dieses böse Reservoir der Reaktion, das durch seinen schmutzigen Strom die Kultur und Freiheit ganz Europas bedrohte, die russische Autokratie, der russische Zarismus existiert nicht mehr. (Lebhafter Beifall links.) Ein freiheitliebendes Volk kann sich über diese Umgestaltung nur freuen. Denn je größer die Zahl der Nationen ist, die eine demokratische Staatsform für sich erringen, um so näher kommen wir dem Zeitpunkt, da an Stelle der Eroberungspolitik das Zeitalter des gegenseitigen Vertrauens, der gegenseitigen Achtung der Völker treten wird, da die Nationen einsehen werden, daß neben der Wahrung ihrer nationalen Eigenarten es noch eine große allgemeine Solidarität gibt: die Solidarität der Menschlichkeit, der Verfassung und der Volksrechte. (Lebhafter Beifall und Applaus links.) Und dadurch, daß ein Volk sich freut, wenn ein anderes Volk sich die Verfassung errungen hat, verteidigt es seine eigene Verfassung und handelt im Geiste seiner eigenen Verfassung. Es liegt in der Natur der Despotie, an Stelle der Rechte, der Freiheit, der Kultur die Volksverdummung treten zu lassen, damit das Volk nicht hienieden sein Heil suche. Oder aber sie erweckt die Phantasie für Eroberungsabenteuer, damit das Volk keine Zeit habe, sich mit seinen eigenen Rechten und Interessen zu beschäftigen. Infolgedessen fördert der Sturz der Despotie auch das Werk des Friedens. Es ist zweifellos, daß in Rußland, wenn dort die wahre Demokratie triumphieren wird, zugleich mit der Freiheit des Volkes auch die Idee des Friedens siegen wird. Der Zusammenbruch der großen Despotie läßt uns hoffen, daß die Zeit nicht mehr fernliegt, wo die Schande der Kultur, der Krieg, für immer von der Bildfläche verschwinden wird. Es wird die Zeit kommen, wo alle Nationen unter Wahrung ihrer nationalen Selbständigkeit, ihrer nationalen Eigenart im Dienste der großen gemeinsamen Ideen der Menschheit stehen werden. Infolgedessen handeln wir im Einklang mit dem Geiste der ungarischen Verfassung, wenn wir den Triumph der Volksrechte und der Verfassungsmäßigkeit auch in einem feindlichen Lande begrüßen. (Applaus links.) In der Hoffnung, daß je mehr in Europa der Geist der unbezwinglichen Demokratie Boden gewinnt, um so eher der Friede zwischen den Nationen hergestellt und auch in Ungarn wie überall die Fahne der Demokratie und der Volksrechte triumphierend wehen wird, billige ich den Antrag. (Lebhafter Beifall links.)

Abgeordneter Alexander Gießwein:

Obwohl ich im Parlament alleinstehe, fühle ich mich als Mitglied der Friedensliga berufen, diesen Schritt, der uns dem gegenseitigen Verständnis der Nationen hoffentlich näherbringen wird, zu begrüßen. Denn die Nationen hassen einander nicht, wenn dieser Haß nicht künstlich genährt wird. (Zustimmung links.) Das ehrliche russische Volk fiel den Umtrieben der imperialistischen Koterien, die den Krieg verursacht haben, zum Opfer. Die Völker werden jetzt einander wieder näher gebracht. Abermals kann es heißen: ex oriente lux! Jedes freiheitliebende Volk freut sich des Sieges der russischen Revolution, der, wie ich hoffe, auch die Verbrüderung der Völker fördern wird. (Zustimmung links.)

Das Haus beschließt einstimmig, die Begründung des Antrages Vázsonyi zuzulassen.

Der Tagesordnungsantrag wird angenommen.

Nach einer Pause werden in die Inkompatibilitätsjury die folgenden Abgeordneten als ordentliche: Svetislaw Popovics, Árpád Szentiványi, Alexander Simonyi-Semadam, Emerich Miskolczy, Alexander Gießwein, Alexander Dobieczky, Gabriel Vargha, Iwan Ivanovics, Graf Josef Haller, Sigmund Péchy, Ladislaus Almássy und Béla Bernáth, und die Abgeordneten Michael Zsilinßky, Andreas Bertán, Karl Zeyk als außerordentliche Mitglieder ausgelost.

Die Jurymitglieder legen den Eid ab.

Die Sitzung wird nach Authentikation des Protokolls um 8 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung Donnerstag, 12. April, abends halb 7 Uhr.

Tagesordnung: Auslosung der Inkompatibilitätsjury in der Angelegenheit des Abgeordneten Roland Hegedüs.

Die Zeit Abendbl
7/IV. 1917
57
30

Die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses.

Vom Reichsratsabgeordneten **Emil Kraft.**

Im November 1912 legte der Geschäftsordnungsausschuß des Abgeordnetenhauses zwei Anträge vor. Sie betrafen das Gesetz über die Geschäftsordnung. Die Vorlagen waren Vergleichsbedingungen der Parteien, von der Furcht veranlaßt, daß heute oder morgen eine von ihnen parlamentarisch vergewaltigt werden könnte. Für Obstruktion mannigfacher Art blieb noch Platz genug, immerhin waren darin eine Reihe sehr schätzbarer Vorschläge enthalten, welche vor allem die Sicherung der Erledigung der wichtigsten Berufsgeschäfte des Abgeordnetenhauses bezweckten, insbesonders die der Prüfung und Genehmigung des Staatshaushaltsgesetzes, der Handels- und Staatsverträge und der Rekrutenbewilligung.

Viermal nur seit 16 Jahren war der Staatsvoranschlag ordnungsgemäß erledigt worden, sonst behalfen sich die Regierungen mit kaiserlichen Verordnungen und fristeten meistens ohne Zustimmung des Parlaments ihr ministerielles Dasein fort. Die Schicksalsstunde jeder Regierung entscheidet sich in parlamentarisch regierten Staaten meist dann, wenn an der Hand des Voranschlages an ihrer abgelaufenen Tätigkeit Kritik geübt wird.

Ein Parlament, das nicht imstande ist, ein Ministerium zu verurteilen, ihm den Boden der Geschäftsführung zu entziehen, also kurz gesagt, welchem es nicht möglich ist, ein Ministerium zu stürzen, das sein Vertrauen verloren hat, ein solches Parlament ist ohne wesentlichen Einfluß und fristet ein Scheindasein. Weil aber das österreichische Abgeordnetenhaus nicht imstande war, diesen Einfluß zu erzwingen, so hatte in den Jahren der Obstruktion keine Partei und keine Majorität jene Regierung, zu der sie volles Vertrauen hätte haben können. Die Majoritäten waren in eine seltsame Zwitterstellung geraten. Sie bekämpften vor ihren Wählern und noch in den Ausschüssen die jeweiligen Regierungen und konnten ihnen schließlich doch die Gefolgschaft nicht entziehen, da keine Möglichkeit vorhanden war, auf parlamentarischem Wege eine bessere oder parteimäßig mehr zusagende Regierung zu erzwingen. Trotzdem die Regierung also auf keiner Seite Verteidiger für ihre Maßnahmen hatte, so befanden sich die Ministerien meist ganz behaglich im Besitze der Macht, andererseits aber auch begreiflicherweise nie geneigt, diesem Zustande abzuhelfen. Gestürzt sind dann die jeweiligen Regierungen an Konflikten, die außerhalb des Parlaments lagen. Die besten Männer fanden dann aber auch keinen Halt im Parlament und so wechselten die Regierungen, sie kamen und gingen und die Volksvertretungen mußten sie nehmen, wie sie waren, neue unbekannte Kometen oder alte mehr oder weniger ausgebrannte Lichter am Regierungshimmel.

Es ist also gewiß, daß schon durch die Sicherung dieser sogenannten befristeten Vorlagen nicht nur die Geschäftsführung des Parlaments mehr gefestet wird, sondern auch die Stellung der Parteien, insbesondere der Majorität, eine ganz andere Bedeutung gewinnt. Keine Majorität wird mehr zugleich Opposition sein können, wenn ihr Einfluß auf die Regierung sichergestellt ist, und keine Regierung wird mehr gegen ihre Majorität regieren können, wie dies ebenfalls oft genug geschehen ist. Was sonst noch in der Vorlage enthalten, ist nützliches Beiwerk oder nicht geeignet, jede Obstruktion zu unterdrücken, dazu gäbe nur eine weitaus erhöhte Strafgewalt des Präsidenten volle Sicherheit, es will aber keine Partei die vollständig unterdrückte Obstruktion, das heißt jede Partei will die ihr unangenehme Obstruktion unterdrücken können, dagegen die ihr genehme Obstruktion jederzeit aufnehmen können. Gewiß ist es, daß heute ein Uebereinkommen über eine neue Geschäftsordnung zu machen wäre, insbesondere weil die Parteien, welche zuletzt obstruiert haben, durch die Lahmlegung des Parlaments am meisten gelitten haben und es heute am sehnlichsten herbeiwünschen. Ob irgendeine Geschäftsordnung für spätere Zeiten von Dauer und Wert wäre, ist zu bezweifeln, außer es geschieht etwas, das vor dem Krieg als Wolkenphantasie galt, der nationale Ausgleich oder die Neugestaltung des Reiches. Durch die Sonderstellung Galiziens wird gewiß die innere Organisation des Reichskernes gefestigt, wenn auch nicht die daran geknüpften Hoffnungen voll in Erfüllung gehen werden. Wenn auch die Deutschen zahlenmäßig die Mehrheit haben werden, so werden doch die deutschbewußten Parteien vielleicht nicht die Majorität besitzen. Bei der Umschichtung der wirtschaftlichen Verhältnisse und nach Beseitigung der nationalen Reibungsflächen wird die Anregung zur Bildung wirtschaftlicher und sozialer Parteigruppen größer werden als bisher, und daß dabei die Sozialdemokraten aller Nationen und die ihnen verwandten Gruppen sich enger aneinander schließen werden, dürfte wohl außer Zweifel sein.

Die bürgerlichen Parteien werden daher gut tun, die Erneuerung der Geschäftsordnung nicht nur von der nationalen Seite aus zu betrachten und sich zu fragen ob die Aufzwingung derselben, das Oktroi, wirklich eine so verheißungsvolle Sache sei, wie sie oft dargestellt wird, und ob es nicht besser sein wird, sie parlamentarisch zu machen, und zwar mit jenen unvermeidlichen Luftlöchern, die bei allen Sicherungen es doch möglich machen, in schwersten Augenblicken sich ner Haut mit Erfolg zu wehren.

8/IV. 1917

32

Mehr Demokratie!

Die wahre Liebe ist es nicht, die Liebe nämlich der Regierung des Herrn Grafen Clam-Martinic zum Parlament! Sie hat uns zwar, als sie ins Amt trat — das war am 21. Dezember —, in feierlicher Weise verkündet, „die Herstellung voller verfassungsmäßiger Zustände werde das hohe Ziel der Regierung bilden"; indessen aber, bevor das „hohe Ziel" erreicht ist, hat sie uns wohlgezählte fünfzehn Stück § 14-Verordnungen beschert. Wie der staatsbürgerliche Sinn der Oesterreicher schon beschaffen ist, wird man es wahrscheinlich eine Uebertriebenheit schelten, sich wegen § 14-Verordnungen überhaupt aufzuregen. Als ob es bei den Hunderten und Hunderten Verordnungen auf ein paar mehr oder weniger ankäme! Aber obwohl wir selbst glauben, daß an der armen Verfassung nun nicht viel mehr zu verletzen sein wird, so ist es dennoch nicht gleichgültig, wie sich eine Regierung zu dem berühmten Paragraphen stellt, ob es sie Ueberwindung kostet, zu ihm zu greifen, oder ob sie seine Anwendung als eine gleichgültige oder selbstverständliche Sache betrachtet. Für eine Regierung, die das Parlament aus ihrem Bewußtsein ausgeschaltet hat, wird der Weg „neben der Verfassung" natürlich eine Selbstverständlichkeit sein; von einer Regierung, die an die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände ernstlich denkt, dürfte man allerdings erwarten, daß sie in jeder weiteren § 14-Verordnung eine Abirrung von dem Ziele, das sie sich vorgezeichnet hat, erblicken und insbesondere alle § 14-Verordnungen unterlassen werde, die warten können, bis der Reichsrat zusammentritt, keine erlassen werde, die den verfassungsmäßigen Entscheidungen vorgreift.

Trägt aber die Regierung Clam-Martinic dieses Bedenken? Keineswegs, sie gehabt sich so, als ob der Reichsrat nicht auf der Welt wäre, und das hohe Ziel, das sie sich erkoren, legt ihr offensichtlich keine Beschränkungen auf. Der Geist einer Regierung ist manchmal in Kleinigkeiten am deutlichsten zu erkennen. Erwäge man also, was es bedeutet, daß die Regierung Clam-Martinic den Schutz des Ingenieurtitels plötzlich mit dem § 14 verordnet hat. Wird jemand glauben, daß diese Sache keine Zeit hatte — wobei noch zu beachten ist, daß das „Gesetz" ohnedies erst am 1. Mai in Kraft tritt! Die Wahrheit ist, daß die Regierung Clam-Martinic das Parlament in ihr Bewußtsein nicht aufgenommen hat. O ja, sie weiß schon, daß sie den Reichsrat nicht umgehen können wird, daß sie ihn schließlich wird einberufen müssen, aber der Gedanke an den Reichsrat erfüllt sie durchaus nicht mit Freude. Sie wird ihn einberufen, weil sie es versprochen hat, weil es nun nicht anders mehr geht, aber wenn sie nicht müßte, würde sie ihn ganz gewiß nicht berufen. Man sieht das doch schon an ihrem langen Zögern und ewigen Verschieben; die wahre Liebe ist das nicht. Aber wenn jemand etwas nicht mit innerlicher Freudigkeit tut, so gelingt es ihm nicht; das Mißlingen ist auch heute schon völlig sichtbar. Würde Graf Clam-Martinic das Parlament wollen, so hätte er den Reichsrat sogleich einberufen; in seiner Zuversicht wäre schon die Bürgschaft des Gelingens gewesen. Nun hat sich sein Zweifel auf das Parlament gelegt.

Eine große Gelegenheit war für die Konsolidierung unserer inneren Verhältnisse gegeben, und es wird dem Geschichtschreiber unerklärlich bleiben, wie wenig die Möglichkeiten dieses Augenblicks von den Staatsmännern begriffen wurden. Der Krieg hat das, was in dem langjährigen Streit erstarrt ist, sich verhärtet hat, erweicht und in Fluß gebracht; nun hätte ein Staatsmann wohl die Möglichkeit gehabt, neue Formen zu bilden und in denen, die aus falscher Ueberlieferung

dieses Staates, in dem Adel und Besitz ein Uebergewicht haben, das mit der wirtschaftlichen Entwicklung im stärksten Widerspruch steht; wo wäre nun etwas sichtbar geworden, das Verständnis für die große Forderung unserer Zeit offenbart, für den umgestaltenden, bildenden und belebenden Gedanken der Demokratie! Müssen wir nicht beschämt zur Seite treten, da wir wahrnehmen, daß sich die ganze Welt von der Erkenntnis erfüllt zeigt, die große Stunde der Demokratie sei gekommen, wogegen bei uns nur die Predigten zur staatsbürgerlichen Bescheidenheit, zur Verehrung der Autorität, zur Bewunderung der Mächtigen vernommen werden?

Der Weltkrieg hat das demokratische Selbstgefühl tief in das Bewußtsein jedes einzelnen der Menschen gepflanzt, die diese furchtbare Heimsuchung zu tragen haben und überwinden müssen. Auch die österreichische Politik, wenn sie den Staat vorwärtsführen will, muß dieser großen Losung gehorchen. Mehr Demokratie! ruft ihr die Zeit zu, und die Völker in Oesterreich sind reif genug, um ihr geschichtliches Anrecht voll einzufordern.

Menschen wendet, wenn die Losung in das Willensbewußtsein der Menschen, Parteien und Nationen eingeht. Deswegen war die Aufgabe, die vor dem österreichischen Staatsmann lag, die Verständigung der Nationen; wie wenig sie erfaßt wurde, zeigt sich darin, daß, statt sie anzustreben, vorweg der Gedanke waltete, die „Lösung" zu setzen, nämlich zu oktroyieren. Wir haben vor diesem Wege immer gewarnt; nicht etwa, weil wir davon, daß es wichtig und dringlich sei, die nationalen Streitpunkte aus der Welt zu schaffen, weniger überzeugt wären, sondern deshalb, weil wir die Gefährlichkeit und Unfruchtbarkeit dieses Vorgehens nicht übersehen können. Eben weil wir das innerpolitische Leben von diesem Ballast befreien wollen, eben deshalb erscheint uns ein Weg bedenklich, der, statt zu dem ersehnten Ziele des nationalen Friedens zu führen, neue Kämpfe hervorrufen kann, die angesichts der unermeßlichen Fülle der Aufgaben, vor die uns der Krieg stellt, verhängnisvoll werden müßten. Die Regierung Clam-Martinic, die die Aufgabe übernommen hat, das verfassungsmäßige Leben wiederherzustellen, übernimmt eine große Verantwortung, wenn sie einen Weg einschlägt, der die Erreichung des Zieles aufs stärkste gefährdet.

Immer klarer wird es, daß die innerpolitische Gestaltung der kriegführenden Staaten für den Krieg selbst die größte Bedeutung gewinnt. Das wird in Deutschland gut begriffen! In höchstem Maße geht das aus der Art hervor, wie man sich in Deutschland gegen die Beschuldigungen Wilsons verteidigt. Das Reichskanzlerblatt erklärt mit ungewöhnlichem Freimut, Deutschland wisse selbst, daß dem deutschen Volke „zur Befestigung seiner äußeren Macht und Freiheit auch im Innern wichtige Aufgaben zu lösen bleiben". „Die Worte, die der Kaiser in jenen denkwürdigen Tagen des August 1914 zum Volke und zum Reichstag sprach, haben bereits ein Programm enthalten, das sich mehr und mehr gestaltet hat. Die Reden des Reichskanzlers haben es immer fester umschrieben. Im Drange des Krieges hat der Kaiser niemals seine Aufmerksamkeit von den Fragen der inneren Neuordnung abgewendet." Das ist jedenfalls eine andere Auffassung vom Königtum, als sie vor dem Kriege gerade in Preußen herrschend war, und man sieht auch deutlich, daß die deutschen Machthaber zu erkennen beginnen, was es Deutschland schadet, wenn man es als Hort der dynastischen Selbstherrlichkeit, als Zufluchtsort der Autokratie und als stärkstes Hindernis der Demokratie in Verruf zu bringen vermag. Wo aber wird bei uns etwas sichtbar, was die Verpflichtung zur demokratischen Neuorientierung bekennt?

Hier wirkt nach drei Jahren Erfahrung des Weltkrieges, nach der Heldenleistung der Völker, wie sie unlängst mit so schönen Worten der Graf Czernin gerühmt hat; noch immer auf der ganzen Linie der Geist, der der demokratischen Entfaltung feindselig ist und ihr den Durchbruch weigert. Der verschollene Reichsrat, dessen Auferstehung immer wieder verzögert wird, ist ja nur ein Gleichnis der Dinge. In Preußen steht die Reform des preußischen Landtages auf der Tagesordnung; haben wir je ein Wort vernommen, das die Demokratisierung der Landtage und der Gemeinden, und wie es um beide steht, weiß man, verheißen würde? In Preußen wird die Umwandlung des Herrenhauses in eine gewählte Kammer angekündigt; können wir daran denken, daß hier der Widersinn der erblichen Gesetzgeber begriffen wird? Wie unsere politischen Rechte beschaffen, wie rückständig die Gesetze über die Presse, über die Vereine und Versammlungen sind, weiß man; können wir hoffen, mit der Forderung nach ihrer zeitgemäßen Reformierung bei den Herrschenden Verständnis zu finden? Man denke an die Stellung der Arbeiter in der Justiz, die von der Geschwornenbank ferngehalten werden, an die Uebermacht der Bürokratie, die jedem autonomen Rechte der Staatsbürger widerstrebt; an die ganze Struktur

Neue Freie Presse
8/IV. 1917

ändig in ihren Folgen ausgedachte Einzeländerungen u. dgl. m. können dann keinen Schaden stiften.

Politisch würden die Folgen wenn möglich noch

Parlamentarische Gesetzgebung.

Von Dr. Franz Klein.
Mitglied des Herrenhauses.

Wien, 7. April.

Es beginnt in den Bereich des Wahrscheinlichen zu , daß der Reichsrat einberufen wird. Ist dies der Fall, hält vermutlich das Abgeordnetenhaus eine bessere Ge- sordnung, und zwar, wenn möglich, aus eigenem n. Ferner mag bei allen Parteien und an allen maß- den Stellen der aufrichtige Entschluß vorausgesetzt n, die Wirksamkeit des Reichsrates künftig nach ten vor Störungen zu bewahren. Für den ordnungs- gen Verlauf einer kurzen Tagung, ohne aufregende änge und auflodernde Gegnerschaften dürfte das ge- n. Reicht es aber auch für Sitzungsabschnitte aus, in ein Parlament seinen gesamten Geschäftskreis und Schwierigkeiten, die er in sich birgt, auszuschöpfen hat? gesetzgebenden Körper aus der Mitte des vorigen Jahr- erts sind fast durchwegs auf die reine Theorie des sstaates zugeschnitten. Seither ist Oesterreich wie die en europäischen Länder ein Wirtschafts- und Wohl- sstaat geworden. Damit hat sich nicht bloß die zu über- ende Regierungs- und Verwaltungstätigkeit aus- nt, sondern wegen des zunehmenden Anteiles des tes an der Volkswirtschaft und an der Ordnung der schaftlichen Zustände sowie wegen der Vorherrschaft des zesrechtes ergießt sich nun unaufhörlich eine kaum mehr wältigende Flut von Arbeit in und über die gesetz- en Körper. Ein Beispiel für den Geschäftsstand, der araus ergibt: In der letzten Session (Juli 1911 bis) wurden im österreichischen Abgeordnetenhause 182 erungsvorlagen eingebracht und von 32 Ausschüssen Berichte erstattet. Die Zahl der selbständigen Anträge Abgeordneten betrug 1717, die der Interpellationen und die Zahl der beschlossenen Gesetze und Staatsver- belief sich auf 105. Für diese Arbeitslast ist das reichische Abgeordnetenhaus nicht eingerichtet, und owenig besitzt es eine organische Gewähr, daß es jeder- über die Kenntnisse und Fähigkeiten verfügt, welche die viel schwereren Gesetzgebungsarbeiten erheischen. Daraus men zum Teile die Erscheinungen, durch die es die Gunst Bevölkerung verscherzt hat. Der Reichsrat wird bei m Zusammentreten die nämliche Lage vorfinden, und er künftig nicht bloß arbeiten, sondern wirklich etwas n, so wird man an diesen Tatsachen nicht vorbeigehen n.

Jene Flut zu beherrschen, das läßt sich nicht durch ge Umstimmung, politisch, sondern nur auf technischem e, durch eine Aenderung des parlamentarischen Betriebes len. Sie müßte, was die Gesetzgebung anlangt, eren Anforderungen entsprechen. Das Recht des sjsrates, in den durch die Verfassung bezeich- n Gegenständen an der Gesetzgebung mitzuwirken, unter keinen Umständen verkürzt werden. Dennoch soll Abgeordnetenhause Luft gemacht werden, wozu sich Arbeit zu verringern und ihr Gang sich zu be- nigen hätte. Außerdem wäre anzustreben, daß sich die sgeberischen Schöpfungen qualitativ verbessern, denn in r Hinsicht war gleichfalls ein Herabsinken unter das er übliche Maß mehr und mehr zu bemerken. Das leitet Arbeitsteilung, Ausschluß von Wiederholungen und erstellung fachlicher Kenntnisse hin. Sofern man an das ehende tunlichst anzuknüpfen beabsichtigt, bietet sich hwer eine Form dar, die diese Gedanken wirkungsvoll nigt.

In großen Umrissen wäre es folgende: Regierungsvorlagen und selbständige Anträge von Mitgliedern des Parlaments würden wie früher in dem einen oder anderen Hause eingebracht. Nachdem auf Wunsch eine erste Lesung stattgefunden hat, wobei für die weitere Beratung Richtlinien vorgezeichnet werden könnten, gehen die Vorlagen oder Anträge an den Ausschuß. Aber nicht an einen Ausschuß des fraglichen Hauses, sondern — und hiemit würde das Neue einsetzen — an einen eigenen Körper außerhalb der beiden Häuser, der die Vorlage oder den Antrag für beide Häuser zugleich reif zu machen hätte, indem er sie aufs gründlichste in allen Einzelheiten prüft, berät und eine bestimmte Erledigung beantragt. In diesen vorbereitenden Ausschuß entsendet jedes der beiden Häuser eine bestimmte Zahl seiner Mitglieder und diesen werden fachkundige Personen aus allen Berufs- und Interessenkreisen als ständige Mitglieder mit beschließender Stimme zugesellt. Die letzteren würden größtenteils von den betreffenden Verbänden und Körperschaften zu wählen sein, nur eine kleine Zahl müßte mangels eines solchen Wahlkollegiums ernannt werden; nötigenfalls auf Grund von Vorschlägen der beiden Häuser. In den Ausschuß könnten auch Frauen aufgenommen werden. Den parlamentarischen Mitgliedern würde ein Drittel oder etwas mehr der Ausschußstellen einzuräumen sein. Der Ausschuß wird für die Dauer der Wahlperiode gebildet und löst sich bei vorzeitiger Auflösung zugleich mit dem Reichsrate auf. Seine Geschäftsführung ist aufs einfachste zu regeln. Insbesondere wäre zu bestimmen, welche Wirkung die Schließung des Reichsrates auf die Arbeiten des Ausschusses hat, wobei sich vielleicht Gelegenheit bieten würde, im Umfange der Ausschußtätigkeit die heutige Notverordnung durch ein minder schroffes Mittel zu ersetzen.

Die Beschlüsse des reichsrätlichen Ausschusses für Gesetzgebungssachen, wie er heißen könnte, werden zu gleicher Zeit beiden Häusern vorgelegt, die sie, ohne an eine Reihenfolge gebunden zu sein, auf ihre Tagesordnung stellen. Die Ausschußanträge sind nach einer Generaldebatte im ganzen anzunehmen oder abzulehnen. Eine nochmalige Durchberatung im einzelnen ist ausgeschlossen. Um, zumal für den Anfang, keine Vorsicht außer acht zu lassen, könnte eine einmalige Zurückverweisung an den Ausschuß gestattet werden. Versagt eines der Häuser seine Zustimmung, so ist das Gesetz abgelehnt. Das ist heute in anderer Form ebenso. Alle Schritte und Verhandlungen von der ersten Lesung bis zur letzten Beschlußfassung der beiden Häuser wären zu befristen.

Es kann natürlich keine Rede davon sein, dieses Verfahren auf sämtliche in Gesetzesform eingekleideten Willensäußerungen des Parlaments anzuwenden. Dieses muß der Mittelpunkt der Staatspolitik bleiben, zu dem es die Verfassung machen wollte. Seine politischen Befugnisse dürften am allerwenigsten aus Gründen der Parlamentstechnik angetastet werden. Das Arbeitsfeld des Ausschusses wäre daher die in den Wirkungskreis des Reichsrates fallende Kredit-, Bank- und Gewerbegesetzgebung, die Gesetzgebung über Maß und Gewicht, über Patent-, Marken-, Muster- und Urheberrecht, über Medizinalwesen, Epidemien und Volksseuchen, dann die Gesetzgebung in Sachen der Sozialpolitik, der Strafjustiz, des Polizeistraf- und des Zivilrechtes sowie des Handels-, Wechsel-, See- und Bergrechtes. Es wäre vielleicht nicht unbedingt nötig, um aber Einwendungen zuvorzukommen, soll außer den Angelegenheiten, die das Staatswesen selbst angehen (§ 11 lit. a—d, g, i, l, n und o des Staatsgrundgesetzes über die Reichsvertretung), der alte Stil vorläufig auch noch weiter gelten für die Gesetzgebung in Sachen des Vereins- und Versammlungsrechtes, der Presse und der Durchführung der Staatsgrundgesetze über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, über das Reichsgericht und über die richterliche, Regierungs- und Vollzugsgewalt. Hat der Gesetzgebungsausschuß einmal Proben seines Könnens abgelegt und sich einiges Vertrauen erworben, so kann ihm vielleicht aus dieser Gruppe ebenfalls das eine oder andere übertragen werden. Deswegen wäre zu empfehlen, es zu gestatten, daß im Einvernehmen beider Häuser und auf deren Wunsch das neue Verfahren im einzelnen Falle auch für Vorlagen der eben bezeichneten Gruppe Platz greifen dürfe.

Eine derartige Aenderung der parlamentarischen Arbeitsweise würde kein willkürlicher Einfall sein, sie entspräche vielmehr einem Zuge der heutigen Organisation. In den großen wirtschaftenden oder verwaltenden Personengemeinschaften, zuletzt wieder in der Kriegswirtschaft, wird nun gewöhnlich früher oder später die Gesamtheit der Geschäfte nach den besonderen Erfordernissen ihrer Behandlung gegliedert und der Schwerpunkt ihrer Erledigung in kleinere Kreise verlegt, während die leitenden Hauptstellen nur die grundsätzlichen Anleitungen geben und sich das Genehmigen oder Bestätigen vorbehalten. Die Organisation der Heeresleitung beruht auf ähnlicher Aufteilung der Vorarbeit und Beschränkung auf die letzte Entscheidung. Anders kann man eben mit der Arbeit nicht mehr fertig werden. Die technischen Vorteile dieser Ordnung sind auch vorliegenden Falles einleuchtend. Sie wäre vor allem Zeitersparnis für die meisten Mitglieder des Parlaments, für dieses selbst als tätiges Gebilde und für die zu erledigenden Geschäfte. Viele sonst gebundene Kraft wird frei. Während nun die parlamentarische Tätigkeit, welche die einzelne Gesetzgebungssache beansprucht, eine zweifache Vorbereitung und ein zweifaches vollständiges Durchberaten umfaßt und jeder dieser vier Abschnitte von längerer Dauer ist, würde in Hinkunft aus diesem endlosen Nacheinander eine Gleichzeitigkeit. Der Ablauf bis zum Endbeschlusse bestünde aus bloß zwei Abschnitten und der längeren Ausschußarbeit folgt ein kurzes Nachspiel, in beiden Häusern zur selben Zeit. Jeder Zeitgewinn wäre gleichbedeutend mit erhöhter Ergiebigkeit der Gesetzgebung. Vermöge der angeregten „Rationalisierung" einer bisher dem Zufalle überlassenen Vorbedingung würde zugleich die Güte der Arbeit erheblich zunehmen. Es wäre nämlich damit verbürgt, daß bei allen Angelegenheiten, die im Ausschusse zu behandeln sind, Kenner der tatsächlich obwaltenden Verhältnisse mitwirken, welche die Interessen zu beurteilen und abzuwägen imstande sind, die im einzelnen Falle in Betracht kommen. Durch die Verbindung der Ausschußmitglieder mit den verschiedenen schaffenden und erwerbenden Gesellschaftsschichten bleibt die Gesetzgebung mit dem lebendigen Verkehre stets im Einklange. Eine solche Vereinigung gewährt überdies neue Ausblicke auf ein Ausgleichen und gegenseitiges Anpassen, so daß die Gesetzgebung imstande wäre, mit mehr Sicherheit den Weg zum gesellschaftlichen Frieden einzuhalten. Dazu kommt, daß jede neue Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses für die politisch wichtigsten Vorlagen, die sogenannten Staatsnotwendigkeiten, eine bevorzugte Behandlung mit besonders knappen und scharfen Fristen und Vorrang vor allen übrigen Geschäften bringen wird. Die anderen Zweige der Gesetzgebung, und darunter namentlich diejenigen, die nach dem früher Gesagten dem reichsrätlichen Ausschusse zugewiesen werden sollten, werden dadurch unvermeidlich zurückgesetzt. Es muß also etwas geschehen, um den „Volksnotwendigkeiten" für die Einbuße Ersatz zu geben. Das neue Verfahren ist dazu wie geschaffen. Endlich wird das Zusammendrängen der Vorbereitung auf einen Punkt und das Abschneiden nachträglicher Eingriffe in ein wohlüberlegtes Gefüge ein unleugbares Uebel der parlamentarischen Gesetzgebung beseitigen. Zufallsabstimmungen, nicht voll-

wie in einem Krieg; Reden haben heute wenig Kredit, Taten wiegen!

Fremdenblatt
8./IV. 1917
35

Länderautonomie.

Von **Geheimen Rat Dr. Robert Pattai.**

Kaum hatten die Oktober-Ereignisse von 1789 König und Nationalversammlung Frankreichs zur Uebersiedlung von Versailles nach Paris veranlaßt, so wurde bereits am 11. November über Sieyes Vorschlag die altehrwürdige Provinzialverfassung zerschlagen, den Provinzialständen verboten, sich zu versammeln und der Staat nach der Landkarte in 83 Departements geteilt mit neu gewählten Departementsräten, die aber bald zu Marionetten des Konvents herabsanken und später einer alleinmächtigen Präfektenverwaltung wichen.

Die Argumente, die man damals gegen die alte Provinzialverfassung aufbrachte, waren überraschend ähnlich mit jenen, die man heute bei uns gegen die Autonomie der Länder anruft.

Bald war es deren ungleiche Größe, dann die Vielgestaltigkeit der Administration — ja sogar das Alter einzelner Eigentümlichkeiten selbst. sollte schon ein Mangel sein.

In Wahrheit war es damals der Wille, die Erinnerung an die Vergangenheit, die Anhänglichkeit an die Landschaft und ihre Geschichte auszutilgen und das mächtige Bollwerk zu vernichten, das die hierauf gegründeten festen Verhältnisse der neuen Staatstheorie und ihren Ausschreitungen entgegenstellten. Und diese Absicht wurde im vollsten Maße erreicht. Während der Revolution war es zunächst die Herrschaft der Straße der Hauptstadt, die nie dieses Maß erreicht hätte, wenn nicht die Provinzen ihrer autochtonen Organisation beraubt und ihre schlichte betriebsame Bevölkerung dadurch um jeden selbständigen Einfluß im Sinne der Ordnung gebracht worden wäre.

Im weiteren aber hat der „starke Staat", der angeblich hiedurch geschaffen wurde, seit der großen Revolution nicht weniger als sechsmal die Regierungsform gewechselt, in unaufhörlicher Reihe entweder sich selbst oder Europa beunruhigt und es schließlich dahin gebracht, daß er heute unter der Leitung niedriger Geschäftspolitiker das Blut des Volkes für die Interessen der englischen Plutokratie verspritzt.

Mit Recht sagte neulich ein Politiker von der reichen Erfahrung und kühlen Beobachtung v. Pleners bei Gründung der „Waffenbrüderlichen Vereinigung", daß es die geistigen Nachfahrer der Jakobiner sind, die heute Frankreich demagogisch beherrschen.

Unsere Streiter gegen die Autonomie der Länder haben nun keineswegs die Absicht, etwa ähnliche Folgen bei uns herbeizuführen. Gott behüte den guten Glauben! Ihre Mehrzahl erklärt, daß es ihnen gar nicht darum zu tun ist, die Länder aufzulösen — nur der Ueberspannung ihrer Selbständigkeit gelte der Kampf.

Allein die Richtlinien der Angriffe laufen doch gegen die wesentlichen Grundlagen der Länderverfassung, die sie zumeist nur wie eine unliebsame Notwendigkeit in Kauf nehmen und tunlichst zu beschränken suchen, so daß etwa vorläufig die Länder als möglichst harmlose historische Dekorationsstücke fortbestünden, bis sie allmählich von selbst der Bedeutungslosigkeit verfallen.

Das ist etwa der *Durchschnitt* der Bestrebungen, trifft aber nicht ihre Gesamtheit; einzelne gehen darüber hinaus, andere folgen nicht auf dieser Bahn.

Die „Zeitschrift für öffentliches Recht" holte vierzehn Gutachten von Staatsrechtslehrern im Gegenstande ein, die „Juristische Gesellschaft in Wien" hat an vier Abenden darüber debattiert und die Fachblätter haben davon berichtet.

Die berufenen Vertreter der Autonomie hingegen stehen zumeist mit verschränkten Armen jenen Angriffen gegenüber, die sie im Bewußtsein der Macht der bestehenden Verhältnisse als lediglich theoretische Kampfspiele geringschätzen.

Allerdings sind angesichts dieser Machtverhältnisse jene Bekämpfungen dermalen wohl ohne Aussicht. Trotzdem halte ich die Passivität ihnen gegenüber für einen Fehler, denn zu oft schon haben Angriffe von der Theorie ausgehend und in ihren Anfängen unerwidert gelassen, allmählich die Geister gefangen genommen, und auch fest geglaubte Institute untergraben.

Gewiß beschränkt sich die Aufgabe der Rechts- und Staatswissenschaft nicht darauf, bestehende Normen aus ihrem Buchstaben zu erklären und scholastisch darüber zu disputieren. Diese Wissenschaften sollen Geist und Werdeprozeß der Institute erkunden und zu ihrer Fortbildung pfadfindend *mitwirken* — aber auch nicht mehr als *mitwirken*. Alle Spekulation wird gefährlich, wenn sie die Methoden ihrer Logik mit der sicheren Miene des Mathematikers dem Leben aufdrängen will. Die Staatslenkung ist viel eher eine Kunst als eine Wissenschaft. Das Großteil ihrer Direktiven hängt von Imponderabilien ab, die ihren eigenen Regeln folgen. Der fortwährende Wechsel der staatsrechtlichen Theorien, von denen eine die andere ablöst, zeigt am besten das unsichere ihrer Führung.

Als mit der Februarverfassung für das Reich auch die Länderverfassungen zu kräftigem Leben erweckt wurden, betrachtete man die damit ausgestaltete Selbstverwaltung allgemein als ein kostbares Geschenk bürgerlicher Freiheit. Manche Kreise, die heute gegen die „Länderautonomie" anstürmen, hätten nie gedacht, daran zu rütteln zu einer Zeit, wo beispielsweise Kaiserfeld als Landeshauptmann der Steiermark vorstand, und andere angesehene Führer von damals als Landesausschüsse ihre politische Laufbahn begannen.

Dennoch ist es grundfalsch, wenn die heutigen Gegner der Länderautonomie diese als ein Werk des damals herrschenden „doktrinären Liberalismus" hinstellen wollen, der in individueller Selbstbestimmung sein Ziel fand, gegenwärtig aber einer höheren Staatsauffassung weichen müsse. Die Länderverfassungen und die darauf fußende Autonomie haben mit der Selbstbestimmung des *Individuums* nichts zu tun, wohl aber sind sie eine Anknüpfung an Organisationen, aus denen der Staat erwachsen ist, und die nur zum Nachteil des Ganzen unterbunden werden können.

Oeffnet man ein modernes Buch über Staats- oder Verwaltungsrecht, so ist von „doktrinärem Liberalismus" darin höchstens in Form von Nekrologen die Rede. Der *starke Staat* ist an die Oberfläche getreten.

Seine Beschreibung beginnt aber in der Regel mit einer Darstellung der französischen Verwaltung! Diese ist nun allerdings ein Muster zentralistisch bureaukratischer Geschlossenheit, aber in Widerspruch mit dem Geiste unserer Völker und der darauf gegründeten Staaten. Diese gehen von dem *allmählichen Zusammenschlusse bodenständiger Autonomien aus*; vorerst nur gegenseitige Schutzverhältnisse erwachsen in erweiterten Aufgaben zum Staatsbegriffe, stets unter Achtung angestammter Verhältnisse; die Macht des Herrschers ist vertieft zu einem Treu-Verhältnisse, dessen Bruch als das schändlichste aller Verbrechen gilt.

Dementgegen sind die nach lateinischem Vorbild entstandenen Reiche, ob in der Form monarchisch oder nicht, stets Nachbildungen des auf Eroberung gegründeten Cäsarischen Reiches, in dem Unterwerfung an die Stelle männlicher Treue und Schablone an jene lebensvoller Bildungen tritt.

Der Erfolg besteht bei uns in Deutschland in aus *dem Boden erwachsenen, unerschütterlichen Monarchien*. In den Staaten lateinischer Form hingegen jagt eine Umwälzung die andere. Dies gilt insbesondere, wie schon erwähnt, auch von Frankreich, das die bis in die fränkische Zeit zurückreichenden besseren Anfänge im Laufe der Jahrhunderte erst verdorben und zuletzt zerbrochen hat — aber auch von Rußland, das ganz gegen den Geist der ihm angegliederten Völker den uniformen Cäsarismus mit Gewalt durchführen wollte, und jetzt unter den hiemit verbundenen Erschütterungen leidet.

Wo ist nun heute der *starke Staat*? Bei jenen Mächten, die von Umsturz zu Umsturz eilen — oder bei *unseren durch die Jahrhunderte wetterfesten Monarchien*, die sich heute gegen eine vierfache Zahlenübermacht in ihrer Urkraft unbesieglich wehren?

Unsere Länder bieten kulturelle und gesellschaftliche Zusammenhänge, selbst über die nationalen Scheidungen hinaus. Das Bewußtsein der Landesangehörigkeit endlich ist keine bloße Sentimentalität. Ebenso könnte man über das Vaterlandsgefühl spotten, das seine festesten Wurzeln in der Anhänglichkeit an die Heimat hat. Diese liebt und versteht jeder. Dieses heilige Feuer soll man hüten, gerade in einem Staate, der wie unserer keine einheitliche nationale Grundlage hat.

Gewiß kommt der Soldat aus dem Kriege mit erhöhter Anhänglichkeit an das Reich zurück, für dessen Fahne er gekämpft hat. Sage man aber dem Tiroler, Steiermärker, Oberösterreicher usw., daß er zum Dank für seine unsäglichen Opfer bei der Rückkehr sein Tirol, Steiermark, Oberösterreich nicht mehr finden soll und zeige man ihm statt dessen einen Bezirks- oder Kreishauptmann als Bild des übermäßig zentralisierten Staates, so würde die Freude auf keiner Seite groß und der Staat selbst aber dadurch gewiß nicht stärker sein.

Nun versucht man aber den *nationalen Gedanken* in den Dienst der Bekämpfung der Länderautonomie zu stellen, und zwar insbesondere den Deutschen vorzutragen, daß ihre Stellung in Oesterreich durch die Selbständigkeit der Länder untergraben werde.

Man weist darauf hin, daß in Oesterreich (ohne Galizien und Bukowina) die Deutschen in der Majorität stehen (9,75 Millionen Deutsche gegen 8,75 Millionen Andersprachige), während nach Kronländern geteilt, nur in solchen mit 7,75 Millionen Einwohnern deutsche Majoritäten herrschen, in Ländern mit 10,75 Millionen Einwohnern aber nichtdeutsche Majoritäten die Oberhand haben. Die Deutschen wohnen eben in den Donauländern ungemischt, während in den Sudetenländern mehrere Millionen Deutsche in nationaler Minorität stehen.

Dennoch sind die Folgerungen, die daraus gezogen werden irrig. Die Rechte der Deutschen können durch nationale Kreiseinteilung und Kurien in den Sudetenländern ausreichend gewahrt werden. *Innerhalb der Landesgrenzen* ist eine solche Abgrenzung und Kreiseinteilung vollkommen gerechtfertigt und entspricht auch dem raisonablen Wunsche beider Teile.

Ganz anders stellt sich aber die Sache, wenn man die Ländergrenzen sich wegdenkt. Die slawischen Gebiete Steiermarks, Kärntens, Istriens und des Küstenlandes würden mit jenen Krains — ob man nun nationale Körperschaften bildet oder nicht — zusammenfließen und den deutschen Einfluß von der Adria absperren, der doch mit Rücksicht auf die Situation und wirtschaftliche Stellung der Deutschen Oesterreichs sicher ein hochlegitimer ist.

Den nationalen Rechten der Slowenen Steiermarks und Kärntens will man nicht nahetreten. Die Kreiseinteilung wird sich vielleicht auch dort vollziehen. Aber sie bleiben dabei doch Teile der alten Kronländer, die bis an die Grenzen des einstmals venetianischen Teiles Istriens hinunter Jahrhunderte hindurch Fürstentümer des alten heiligen Reiches waren und als solche dem Hause Oesterreich überkommen sind. Dieses Band aufzulösen, das die Bewohner jener Landstriche an den Kulturkreis des Westens anschließt, dem sie seit etwa einem Jahrtausend angehören, und sie künstlich nach Osten zu drängen, wäre weder zu deren Frommen noch österreichisch noch deutsch gedacht, sondern zu aller Nachteil.

Mit Angriffen auf die historische Struktur Oesterreichs würden aber speziell die Deutschen ihre politische Position selbst abgraben und die Mission aufgeben, die sie in diesem Reiche zum Wohle aller seiner Völker und zur Erhaltung des mitteleuropäischen Kulturkreises zu vollziehen haben.

Aus diesen leitenden Gesichtspunkten nun muß jeder Angriff auf die Länderverfassung sowohl, als auf die von ihr getragene Landes- und Gemeinde-Autonomie beurteilt werden.

Als ein allgemeines Bedenken wird nun der Länderverfassung entgegengehalten, sie passe weder unter den Begriff eines strammen Einheitsstaates noch unter jenen eines Bundesstaates. Die Länder haben selbständiges Gesetzgebungsrecht wie einzelne Staaten und doch legt ihnen niemand diesen Charakter bei. Es seien dies Verhältnisse wie nirgends sonst in der Welt. Im Deutschen Reiche aber besteht ein Bund selbständiger Souveränitäten mit einem erblichen Kaiser an der Spitze — auch ein Verhältnis, wie sonst nirgends in der Welt — und doch befindet man sich sehr wohl dabei.

Staaten und Reiche sind eben Organismen und die Theorie hat ihnen ihre Gesetze abzulauschen, nicht aber sie nach Gesetzen zu reglementieren, die sie anderswo abgelauscht hat, sonst gleicht sie einem Physiologen, der eine vorhandene Lebensform leugnet, weil sie in seinem Buche noch nicht beschrieben ist.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

Frankfurter Zeitung
8./IV. 1917
38

Oesterreichs nächste Aufgaben.

Von Dr. Franz Klein, k. k. Minister a. D.

Die österreichische Regierung hat in letzter Zeit so oft ihren Entschluß kundgegeben, den Reichsrat bald einzuberufen, daß dies, überraschende Zwischenfälle vorbehalten, als sichere Tatsache in Rechnung gesetzt werden darf. Damit würde ein Abschnitt wenig glücklicher Führung der Staatsgeschäfte, ein langer, trostloser politischer Winter sein Ende finden und zugleich für Oesterreich die neue Zeit beginnen, die der Krieg in seinem Schoße trägt. Womit immer sie sich beschäftigen mögen, werden Parlament und politisches Leben von da an im Zeichen der Zukunft stehen und ihre Beweggründe, Ziele und Maße hauptsächlich dieser entnehmen. Das Denken in die Zukunft, das sich jetzt selbst den Trägsten unwiderstehlich aufdrängt, gibt auch dem Wunsche nach einem arbeitsfähigen Parlamente, den nun in Oesterreich alle Parteien und die gesamte Bevölkerung zu haben scheinen, einen starken Rückhalt.

In dieser neuen Zeit werden sich fürs erste die im Kriege erworbenen Erkenntnisse am unmittelbarsten auswirken. Vor allem in Bezug auf die ureigenste Frage der österreichischen Politik, das Verhältnis der Nationalitäten zum Staate, das der Krieg hell durchleuchtet hat. Er hat gefühlsmäßige Zusammenhänge mit dem Staate in allen Volksstämmen aufgezeigt und hat diejenigen einander näher gebracht, die für den Staat das Leben eingesetzt oder doch sich förmlich zum Staate bekannt haben. Sie bilden die erdrückende Mehrheit. Denjenigen aber, die sich abseits hielten, hat der Krieg einen Strich durch ihre Entwürfe gemacht, denn nach allem, was bekannt wurde, werden ausländische Versuche, die Staatstreue zu untergraben, fortan mehr Hindernissen begegnen als vor dem Kriege. Die österreichische Nationalitätenpolitik war stets sehr entgegenkommend und muß sich deswegen häufig Vorwürfe gefallen lassen. Sie wird nach dem Weltkriege und angesichts der Umwälzungen im Osten kaum einen grundsätzlich anderen Kurs nehmen können. Nur wird die Staatsgewalt nicht mehr teilnahmslos zusehen dürfen, wenn sich die Beziehungen zwischen Volksstämmen übermäßig zuspitzen, und das Gleichgewicht zwischen dem, was der Staat gibt und was er verlangen muß, ist nun ebenfalls etwas viel Wichtigeres geworden. Der Staat wird von nun an ganz anders als früher auf das Aufspeichern von Kraft bedacht sein, eine andere Machtwirtschaft lernen müssen. Der Krieg hat an die Fähigkeit zur staatlichen Selbstbehauptung Ansprüche gestellt, von denen man bis dahin kaum eine Ahnung hatte. Der Nationalitätenstaat will ebenso gut leben, mächtig werden und vorwärtsschreiten wie die Nationalstaaten. Diesem obersten Staatsinteresse werden die einzelnen Volksstämme in derselben Weise wie alle anderen großen und kleinen, für den Staat wichtigen Gruppen um ihrer selbst willen Opfer bringen und sich darein schicken müssen, daß der Staat nun ein genauerer Rechner sein wird. Im Rahmen seiner Rechnung sind die nationalen Ansprüche auf dem Fuße der Gleichberechtigung verständnisvoll zu berücksichtigen. Voraussetzung aller Zugeständnisse ist es aber, daß sie wie sonstige politische, wirtschaftliche usw. Zugeständnisse letzten Endes dem Staate dienen und förderlich sind. Es darf durch sie die für die innere und äußere Festigkeit nötige Einheit des Staatswesens ebensowenig geschädigt werden, als sie den dazu bestimmten öffentlichen Einrichtungen (Staats- oder Vermittlungssprache, Armee, Eisenbahndienst u. a.) schaden dürfen. Auf diese Weise wird sich, die Eindrücke des Krieges und seine politischen Lehren verwertend, sowohl zwischen Staat und Nationen, wie zwischen diesen selbst ein politisches Verhältnis herstellen lassen, das als eine große Versicherung auf Gegenseitigkeit für alle annehmbar sein kann, die dem Staate in seinen Nöten ehrlich beigestanden sind und deren politisches Denken sich im eigenen Staate beschließt. Darüber hinaus würden schwierige nationale Probleme nur dann zu lösen sein, wenn über die von den Mittelmächten besetzten slavischen und rumänischen Gebiete in einer Weise entschieden wird, die auch in die innere Ordnung der Monarchie eingreift. Deutsche und Magyaren würden dann wahrscheinlich dafür eintreten, daß ihnen daraus keine Verkürzung erwachsen dürfe.

Abgesehen von den nationalen Fragen könnte sich eine innerpolitische „Neuorientierung" im größeren Stile nur ergeben, wenn im Zusammenhange mit der Unabhängigkeit Polens die Galizien verheißene „Autonomie" oder sonstige Verschiebungen auf die jetzige verfassungsrechtliche Organisation Oesterreichs zurückwirken würden. Das Wiederaufleben der während des Krieges eingeschränkten bürgerlichen Freiheiten, auf das man mit wahrer Sehnsucht wartet, wäre selbstverständlich nicht Neuorientierung. Daß der Krieg als seine Friedensergänzung eine volkstümliche Richtung der gesamten inneren Politik erheischt, hat der deutsche Reichskanzler Mitte März d. J. im preußischen Abgeordnetenhause bestätigt. Nur eine Politik der Rechte und Interessen des Volkes kann gemeint sein, wenn der österreichische Minister des Aeußern vor kurzem sagte, dem Mittelstande und den breiten Massen gebühre das Hauptverdienst am Kriege und es werde der Tag kommen, an dem die Völker der Monarchie den Lohn für ihr Heldentum erhalten werden. Im gegenwärtigen Kriege vollzieht sich ein Austausch von Herrschaft und Freiheit über die ganze Welt hin. England und Nordamerika nehmen Herrschaftliches in ihr demokratisches Leben und Rußland eignet sich dafür Freiheitliches an. Infolge des Krieges schwingt in Ländern mit übergewichtiger Staatsgewalt das Pendel nach der letzteren Richtung und aus den Erklärungen der beiden Minister ist zu entnehmen, daß auch sie so urteilen und überzeugt sind, nur die Politik der Weide, nicht die der unnachgiebigen Eiche werde künftig am Platze sein. Eine volkstümliche Politik in Oesterreich würde wohl auch den bisher davon ausgeschlossenen Klassen das Wahlrecht oder ein besseres Wahlrecht zu den Landtagen und Gemeindevertretungen bringen, und es haben sich, wie schon jetzt in England zu Tage tritt, die Aussichten der Frauen auf Gewährung von Wahlrecht und Wählbarkeit ebenfalls sehr gebessert. Zum mindesten für die Gemeindevertretungen dürfte man sich auch in Oesterreich dem nicht verschließen. Dann wird Oesterreich beim Betreten einer neuen Stufe seiner Geschichte, die eine Fülle von Arbeit aufrollt, an eine Verjüngung seiner öffentlichen Verwaltung denken müssen. Diese hat im Kriege ihre Pflicht getan, die Gründe, warum ihre Erneuerung schon seit langem vorbereitet wird, sind aber nicht weggefallen. Namentlich die Industrie betreibt Aenderungen, deren Vorteile in der Volkswirtschaft baldigst zu fühlen sein sollen. Auch für einen Wandel in der Selbstverwaltung der Kronländer (Länderautonomie) scheint die Stunde zu kommen. Den Anfang dürfte die, wie man glaubt, nahe bevorstehende Einteilung Böhmens in Kreise und das Errichten von Kreisvertretungen und Kreisregierungen bilden, wodurch die oberste staatliche Landes-Verwaltungsbehörde entlastet und zugleich die „nationalen Reibungsflächen" vermindert werden sollen. Den stärkeren Zug zum Staate, der die Umgestaltung der Länderautonomie aus dem akademischen Gedankenreiche nun heraustreten läßt, zeigt auch das Bestreben, in irgend welcher Form die Volks- und Bürgerschule, bisher hauptsächlich ein Gegenstand der Selbstverwaltung, dem Einflußkreise der staatlichen Unterrichtsbehörden einzugliedern. Für die gefühlsmäßige Zugehörigkeit zum Staate und für die Anhänglichkeit an den Monarchen ist in der Tat die Volksschule für Unzählige wichtiger als irgend welcher andere Unterricht.

In der Volkswirtschaft ist namentlich die Verbindung von Selbstversorgung und Außenhandel, die durch die Pläne unserer Feinde und den Stand der Handels- und Zahlungsbilanz aufgezwungen wird, eine Quelle der vielseitigsten Aufgaben. Die Landwirtschaft wird Ergiebigkeit und Ertrag weit über das frühere Maß hinaus zu steigern haben und daher ihre Kräfte anspannen und in vielen Dingen mit neuen Anschauungen sich befreunden müssen. Der Industrie wird es obliegen, ihr die nötigen Mittel eines intensiveren Betriebes zu liefern, durch eigene Erzeugnisse die ausbleibende oder verminderte Einfuhr zu ersetzen, die stark gelichteten Vorräte an wichtigen Waren aufzufüllen und sich für die Ausfuhr zu rüsten. Der Handel wird mit anderen Kräften und Mitteln als vor dem Kriege trachten, die Industrie mit ausländischen Rohstoffen zu versehen und die Ausfälle im Außenhandel, die schon vor dem Kriege beunruhigten, zu verringern oder zu beseitigen. Das macht es notwendig, in allen diesen Zweigen sowohl in der Betriebstechnik, wie in der Geschäftspolitik zu Neuem überzugehen. Nebstdem werden die produktiven Erwerbszweige selbst das schwierige Werk eines Abbaues der Preise in Angriff zu nehmen haben. Der Krieg wird zum Teil Zustände hinterlassen, die es nicht gestatten, erheblich geschwächte Gesellschaftsschichten bloß auf die Hilfe zu verweisen, die ihnen die Wiederkehr des freien Wettbewerbes an sich bringen könnte. Wenn die meisten wirtschaftlichen Stände, wie es den Anschein hat, großes Gewicht darauf legen, der obrigkeitlichen Vogtei nach dem Kriege tunlichst bald zu entrinnen, werden sie in der gesellschaftspolitisch überaus bedeutsamen Preisfrage aus freien Stücken Entgegenkommen beweisen und das Herbeiführen gesünderer und erträglicherer Preisverhältnisse, soweit sie es in ihrer Macht haben, selbst in die Hand nehmen müssen. Ein sehr verbreiteter Wunsch ist es ferner, daß ein angemessenes Wirtschaftsbündnis die deutsche und österreichische Wirtschaft noch mehr einander nähere und mittels enger Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen dem politisch-militärischen Bunde eine unerschütterliche Grundlage gegeben werde. Wiederholte Erklärungen von Persönlichkeiten, die der deutschen Regierung angehören, lassen eine Unterstützung dieses Planes erhoffen. Der Wettbewerb in der Ausfuhr wird nicht aufhören, es wird aber trotzdem, sei es durch Arbeitsteilung, sei es durch rechtschaffenes, anständiges Nebeneinanderarbeiten sich erzielen lassen, daß er nicht zum Schaden des politischen Bündnisses, sondern im bundesfreundlichen Geiste geführt werde. So viel Selbstbeherrschung muß die Wirtschaft um des Staates willen aufbringen können. Für die Rohstoffeinfuhr ist ein gemeinsames Vorgehen sowohl zum Zwecke der ausreichenden Versorgung beider Reiche wie auch deshalb geboten, um ein nur Dritten nützliches gegenseitiges Ueberbieten hintanzuhalten. Das im Deutschen Reiche wiederholt vorgebrachte Verlangen, die Donau mit dem Flußsystem und den Wasserläufen Deutschlands zum Zwecke eines lebhafteren billigen Binnenverkehrs zu verbinden, findet in Oesterreich lauten Widerhall.

Gesellschaftspolitisch wird allen Schäden und Störungen das Augenmerk zuzuwenden sein, von denen die Gesellschaft während des Krieges heimgesucht wurde. Derartige Aufgaben sind, um nur Beispiele anzuführen, die gewerbliche und berufliche Beschäftigung der Kriegsinvaliden, das Errichten von Kriegerheimstätten, das Verschaffen von Arbeits- und Verdienstgelegenheit für die aus dem Felde heimkehrenden Krieger und für die Witwen gefallener Soldaten, Mutter- und Kinderschutz, die Frage der Berufstätigkeit der Frauen, Aenderungen im Unterricht, um der Volkswirtschaft einen rascheren Zufluß ausgebildeter Arbeitskräfte zu ermöglichen, das Wohnungswesen, Maßregeln gegen Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten, die Vermehrung der Arbeitstüchtigen durch die Rückkehr von Staatsangehörigen, die bis zum Kriege im Auslande ihr Brot verdienten, die Aufgaben der Bevölkerungspolitik usw. Es werden ferner nicht bloß die während des Krieges bei Seite geschobenen Vorschriften des gesetzlichen Arbeiterschutzes wieder in Geltung zu setzen sein, auch den noch schwebenden Fragen des Arbeitsverhältnisses, wie z. B. die gesetzliche Regelung der Tarifverträge, die Arbeitsvermittlung, die Vollendung der Sozialversicherung u. a. wird man sich neuerlich, ohne Hinterhältigkeit, mit guten Vorsätzen zuwenden müssen. Der österreichische Ministerpräsident hat vor kurzem eine Anzahl der aufgezählten Angelegenheiten als Aufgaben bezeichnet, die in den Zeiten nach dem Kriege in ihrer ganzen Schwere an Staat und Gesellschaft herantreten werden. Damit ist auch Pflicht und Wille festgestellt, sie tatkräftig, soweit als es geht, zu lösen.

Rechnet man noch hinzu, welche gewaltigen Sorgen und Fragen der Krieg der Finanzwirtschaft hinterläßt — eine Aufgabe, die eine besondere Erörterung verdient — so ist klar, daß der Frieden für Oesterreich ebensowenig wie für die anderen Staaten ein Ausruhen sein wird. Das Wort des deutschen Kanzlers in der früher erwähnten Rede, das Erleben dieses Krieges müsse und werde in wichtigen Beziehungen zu einer Umgestaltung des innerpolitischen Lebens führen, wurde auch für Oesterreich gesprochen und gilt für das gesamte Gemeinleben. Die Zeit nach dem Kriege wird in Oesterreich aus innerster Notwendigkeit eine Zeit der Aufraffung zu entschlossenem Wollen und zu kräftigem Handeln, eine Auferstehung sein. Es wird sich die Erfahrungen des Krieges zu Herzen nehmen und trachten müssen, den Verhältnissen sich anzupassen, wie sie dann sind. Durch die angedeuteten Vorkehrungen wird es alle Anstalten und Werkzeuge eines modernen Staates erlangen und neben den anderen Ländern den ihm gebührenden vollen Anteil am Verkehr gewinnen können, sobald für alle wieder die Zeit des Fortschrittes angebrochen sein wird. Für welche bestimmten politischen Ziele jene Vorkehrungen zu gebrauchen sind, das heißt, welche Politik damit gemacht werden soll, das läßt sich nicht sagen, solange die Würfel des Krieges noch im Rollen sind. Das Gemeinsame ist, daß auf solchem Wege der Staat gekräftigt, handlungsfähig wird. Als nächstes festes Staatsprogramm kann dermalen kaum etwas anderes in Betracht kommen, als politisch, geistig, moralisch, wirtschaftlich und wohl auch militärisch stark sein und bereit, aus der Lage, mit welcher der Krieg abschließen wird, für die Sicherheit, das Wohl und das künftige Gedeihen des Staates und seiner Bürger das Beste herauszuholen. Daß die Oesterreichs harrenden nächsten Friedensaufgaben im Gebiete der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zum größten Teile sachlich die nämlichen sind, an die voraussichtlich auch das Deutsche Reich schreiten wird, ist ein Merkzeichen mehr für den geschichtlichen Gleichlauf dieser beiden Gruppen der Staats- und Volkstätigkeit. Das immer wieder hervorzuheben, ist nicht überflüssig. Die teilweise Verschiedenheit der Politik, die dem ungleichen nationalen Gefüge entspringt, wird dem Güteraustausche im Innern und der Gemeinschaft ihres Handelns nach außen umso weniger anhaben können, wenn sie daneben durch eine außerordentlich weitreichende Uebereinstimmung in der Volkswirtschaft und in den sozialpolitischen Ideen verbunden sind. Das sind feste Reifen; auf diesem Boden reichen sich nationale und völkische Gegensätze die Hand. Und auch daran ist nicht zu vergessen, daß der Krieg die Geistigkeit der Völker, wenn man so sagen darf, umgepflügt hat. Bei Freund und Feind pocht Neues an das Tor und begehrt Einlaß. Der Sinn des Krieges vertieft sich mehr und mehr. Weltanschauungen ringen miteinander, aber nicht der Sieg der einen oder der anderen, sondern gegenseitiges Durchdringen scheint in Wahrheit der Ausgang werden zu wollen. Doch ob Sieg oder Vermählung, mit der einfachen Wiederkehr des Alten ist es vorbei. Dafür sind die Menschen, in Begeisterung oder Kritik, zu sehr aus ihrer früheren Umwelt und aus sich selbst herausgehoben worden.

Fremdenblatt
11./IV. 1917
39

Länderautonomie.

Von Geheimen Rat Dr. Robert Pattai.

II. *)

Eine weitere Beanständung wird dahin formuliert, daß die österreichische Verfassung die Grenzen zwischen Reichs- und Landesgesetzgebung unklar bestimme.

Nun, sie bestimmt sie durch Aufzählung dessen, was dem Reiche vorbehalten ist — das übrige gehört den Ländern. Die gleiche Enumerationsmethode gilt in Deutschland, in der Schweiz, in den Vereinigten Staaten für die Abgrenzung der gemeinsamen Gesetzgebung von der besonderen, nur ist unsere Aufzählung der Reichskompetenz, wie es die Natur des Verhältnisses mit sich bringt, viel reicher als anderswo.

Dann fehle uns der Grundsatz, daß das Reichsgesetz dem Landesgesetz vorgeht. Im Deutschen Reiche ist er ausgesprochen und dort auch notwendig, denn die Gesetzgeber sind dort in beiden Fällen verschiedene: Bei Reichsgesetzen der Bundesrat und der Reichstag — bei Landesgesetzen der Landesherr und der Landtag. In Oesterreich unterliegen Gesetze beider Art einer und derselben Sanktion, jener des Kaisers.

Meint man nun etwa, daß der Reichsrat im Werden eines Gesetzes legitimiert sein solle, einseitig die Angelegenheit dem Landtage abzunehmen, so wäre das eigentlich ein Beschluß des einen Parlaments darüber, was dem anderen sanktioniert werden darf!!

Ein Redner in der Juristendebatte bemerkte aber sogar, die Notwendigkeit dieses Rechtes ergäbe sich schon daraus, weil das Abgeordnetenhaus des allgemeinen Stimmrechtes dem bloßen Kurienparlament des Landes doch vorgehen müsse!

Abgesehen von der Seltsamkeit dieser Argumentation, gilt zum Beispiel zum niederösterreichischen Landtag das allgemeine Stimmrecht schon seit 1902 für Wien (das ist fünf Jahre vor dessen Einführung im Reichsrat); für das flache Land aber werden ohnehin nach beiden Wahlsystemen fast stets dieselben Abgeordneten gewählt. Die wenigen Kurienabgeordneten der Handelskammern und des Großgrundbesitzes aber werden doch nicht das Niveau herabsetzen! So weit meine Erfahrung reicht, haben sie im niederösterreichischen Landtag stets ein sehr arbeitsames und fachkundiges Element gebildet, das, ohne das Klasseninteresse einseitig vorzudrängen, vielmehr ausgleichend wirkte und der Körperschaft nur zum Nutzen gereichte.

Aber man geht noch weiter. Weil das Staatsgesetz die Landesrechte gab, könne es sie auch nehmen. Mit der Kompetenz zur Entscheidung über die Kompetenz stehe es — so führte ein Redner aus — dem Reichsrat auch zum Beispiel zu, das Herzogtum Salzburg ungefragt an Oberösterreich anzuschließen, dessen Verwaltung es schon zur Zeit der absoluten Regierung angegliedert war.

Aus Gefallen an bureaukratischer Symmetrie würde nach diesem Geschmack eine musterhafte und klaglose Landesverwaltung beseitigt und zugleich eine Stadt — die Jahrhunderte hindurch selbständige Residenz war und jetzt eine glänzende Landeshauptstadt ist — zur Kreisstadt herabgedrückt!

Kommt es etwa in Oesterreich, das ohnehin an Mittelstädten und selbständigen Kulturzentren arm ist, auf ein Opfer mehr oder weniger nicht mehr an? Zur Verteidigung wird eine Ersparung einiger Beamtenstellen angeführt, deren andererorts zahllose geschaffen werden, und die auch in diesem Falle gewiß zum größten Teile mitübertragen würden.

Sogar von einer Zusammenlegung Kärntens mit Krain und Schlesiens mit Mähren wurde in einzelnen der Gutachten gesprochen, wenn auch weniger laut, weil dort die Erhöhung der nationalen Schwierigkeiten zu sehr in die Augen springt.

Zugleich mit der Verbeugung vor dem allgemeinen Stimmrecht des Reichsrates wird eine solche vor dem absoluten Regime gemacht, das solche Schwierigkeiten nicht kannte, und mit solchen Argumenten je nach Bedarf gewechselt.

Nicht aber bloß derartige phantastische Zusammenlegungen, sondern die wesentliche Schwächung der Landesautonomie überhaupt würde zunächst alle Landeshauptstädte treffen und in ihrer Bedeutung herabsetzen, und zwar nicht so sehr zum Nutzen der Kreisstädte, sondern zur Vermehrung des ungesunden Zuzugs in die Zentrale, die dessen schon mehr hat, als ihr gut tut.

Die Wiederbelebung und Kräftigung der Landesverfassungen hat v. Schmerling in die Wege geleitet und die Männer der Dezemberverfassung haben sie weitergebildet — alles gewiß keine Föderalisten. Heute bestehen die neuen Verfassungen bald durch sechzig Jahre. Man kann mit ihnen nicht so umgehen, wie einst mit den absterbenden Ständeversammlungen, deren allmähliches Herabsinken zu Formalitäten wohl manches verwaltungstechnische Hindernis beseitigte, aber ohne Ersatz durch lebensvolle Institutionen jene Stagnation der Verhältnisse mit sich brachte, die niemand mehr herbeiwünscht.

Diese lebendige Mitwirkung der Bevölkerung wird aber gerade in den engeren Kreisen triebkräftig erreicht und keineswegs durch die bloße Verweisung auf das allgemeine Wahlrecht zu einem Zentralparlament ersetzt. Bei jeder Vielgestaltigkeit der Formen gibt es natürlich auch Hemmungen, allein diese liegen im Wesen jedes Organismus und sind ebenso viel Garantien gegen Irrwege.

Daß neue Verhältnisse auch Aenderungen erheischen, ist zweifellos. Dies mag z. B. in Anpassung der Kommunikationswege an den entwickelteren Verkehr, Gewinnung neuer Kraftquellen besonders aus den Gewässern, Erhöhung der allgemeinen Fürsorge für Erzeugung und Verteilung der Lebensmittel, verbunden mit Reformen des Bodenrechtes und der Wahlfahrtsgesetzgebung gelten. Diese Dinge liegen aber heute schon teils unbestritten im Gebiete der Reichsgesetzgebung, teils werden einzelne Aenderungen dort, wo sie unter der Macht der Verhältnisse erwünscht sind, viel leichter durchzusetzen sein, als durch Gesamtangriffe, die das Gute mit dem Besserungsbedürftigen zugleich in Streit ziehen. In vielen Dingen ist es übrigens nur Sache der Reichsgesetzgebung, sich die Initiative nicht aus der Hand nehmen zu lassen, für die schon die gegenwärtigen Verfassungsbestimmungen manchen weiteren Raum ließen.

Hier sind wir aber bei der Wurzel des Uebels:

Den Landtagen werden Vorwürfe gemacht, daß sie, abgesehen von rühmenswerten Ausnahmen, die man insbesondere für Niederösterreich zuließ, in ihrer Gesetzgebung insbesondere in sozialpolitischen Dingen wenig geleistet hätten. Legt man aber an die Landesgesetzgebung strenge Kritik, was müßte man erst zur Reichsgesetzgebung sagen, die in den letzten drei Jahren des Friedens nicht ein einziges Budget mehr zustande brachte, und damit das wichtigste Parlamentsrecht selbst aus der Hand ließ? Auch Gesetze des dringenden Bedürfnisses konnten oft nur im Fluge erhascht werden, wobei sachliche Diskussion ausgeschlossen war, weil sonst die Konstellation, einen Beschluß überhaupt zu erreichen, wieder entronnen sein konnte. Dabei ging es wie in schwachen Familien, wo dem ungebärdigsten Kind die meisten Rechte überlassen werden, um es bei Laune zu erhalten. Die Kunst der Gesetzgebung wurde von einer sorgfältigen Erwägung und Ausgleichung berechtigter Interessen zu einem Verhandeln über Parteibegehren, die oft ganz außer Zusammenhang mit dem Gegenstande waren.

Zuletzt mußte das Notverordnungsrecht als Weg der Erlösung dienen, über den sich dann aber wieder jene am entrüstesten gebärdeten, die ihn durch ihr Gebahren herbeigerufen hatten. An das Notrecht hat uns die Not selbst glauben gemacht. Ein Notrecht gibt es für jedermann, daher auch für den Staat. Wo das öffentliche Wohl am Spiele steht, wird dessen Anwendung unausweichlich. Wo eine an sich gute und notwendige Institution ihre Wirksamkeit versagt, kann nichts die Pflicht begründen, sie ohne Hilfe zu Grunde gehen zu lassen. Rettende Maßregeln, auf Grundlage strengster Gerechtigkeit durchgeführt, würden trotz etwaiger Verwahrungen, hüben und drüben als Erlösung empfunden, dem so wieder zur Lebensfähigkeit erweckten Vertretungskörper sodann zur Genehmigung oder sachgemäßen Aenderung vorgelegt und hiemit auch die Form gewahrt werden.

Was nun die Frage der Autonomie der Landesverwaltung betrifft, so ist diese betreffs der eigentlichen Landesanstalten wohl unbestritten.

Die Angriffe richten sich vielmehr gegen jene Zweige der Landesverwaltung, die Dinge der allgemeinen, öffentlichen Interessen betreffen und daher die Wirksamkeit der Staatsorgane in manchen Punkten berühren. Diesfalls wird von einem Doppelgeleise der Verwaltung gesprochen, aus dem „zahllose Kompetenzkonflikte" entstanden sein sollen.

Ich war schon in der erwähnten Juristendebatte in der Lage, darauf hinzuweisen, daß das Reichsgericht, welches Kompetenzkonflikte zu entscheiden hat, laut seines Index vom Jahre 1914 seit seinem Bestande 153 Konflikte zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden, jedoch nur 26 Konflikte zwischen den autonomen und den staatlichen Verwaltungsbehörden untereinander zu entscheiden hatte. Also erschreckend ist diese Zahl nicht. Ich konnte auch weiters aus meiner mehrjährigen Tätigkeit als niederösterreichischer Landesausschuß kaum einen einzigen derartigen ernsten Konflikt, wohl aber den Umstand feststellen, daß in den zahlreichen Fällen, in denen das Gesetz ein einvernehmliches Vorgehen der autonomen und der staatlichen Organe vorschreibt, dieses Einvernehmen stets kulant, meist im kurzen Wege und durchaus nicht unter einem überwiegenden Einfluß der autonomen Behörde gepflogen wurde. Die „unerträglichen Verzögerungen und Verteuerungen", die hieraus entstanden sein sollen, sind mir nicht bekannt geworden. Wohl aber leuchtet es ein, welch großen Wert es hat, wenn Verwaltungsangelegenheiten, bei denen das freie Ermessen eine Rolle spielt, im Zusammenwirken von Behörden geregelt werden, von denen die eine vornehmlich das allgemeine Interesse, die andere das Bedürfnis der unmittelbar betroffenen Kreise zu wahren hat, die sie aus unmittelbarer Anschauung kennt.

Oft wurde schon wiederholt, daß die Nützlichkeit von Gesetzen von den Personen abhängt, die sie handhaben, und in jenem Zusammenwirken der beiden von einander unabhängigen Faktoren liegt eine ganz vorzügliche Garantie. Statt dessen werden nun von den Gegnern der heutigen Form gemischte Behörden vorgeschlagen, und zwar so:

Der Staat behält allein seine bisherigen Gebiete; jene der autonomen Verwaltung aber gehen an gemischte Behörden über, an deren Spitze stets ein Staatsorgan steht, denen aber neben den Staatsbeamten auch gewählte Ehrenbeamte angehören.

Es wird darauf verwiesen, daß in einzelnen Fällen, insbesondere in Schulsachen solche Behörden bereits mit Erfolg bestehen. Auf diesem Gebiete ist allerdings das Interesse an der Jugenderziehung und an der entsprechenden Stellung der Lehrpersonen ein so allgemeines, daß sogar an eine Ausgestaltung dieser Form gedacht werden könnte.

Verallgemeinert aber würde jenes System zu einer Entwertung der Selbstverwaltung führen: Hinter dem Staatsbeamten steht der große Organismus und die alleinige Verfügung über die Exekutive. Die autonomen Landesorgane, die sodann zu bloßen Vermögens- und Stiftungsverwaltungen herabsinken würden — wie es etwa die beschauliche Tätigkeit der alten ständischen Verordneten war — könnten den in die gemischten Kollegien entsandten Ehrenbeamten keine Stütze mehr sein. (Es gab sogar Stimmen, die verlangten, daß an Stelle der Landeshauptleute den Landeschefs das Präsidium im Landesausschuß übertragen werden solle!)

Dem Staatsbeamten kommt die größere formale Schulung und die berufsmäßige Befassung mit der Sache zu statten, die von selbst auf Ausdehnung drängt. Der gewählte Ehrenbeamte hingegen, der die ganze Aufgabe nur

*) Siehe Nr. 96 des „Fremden-Blatt" vom 8. April 1917.

Neues Pester Journal
11/III. 1917
40

ournal.

Erscheint (mit Ausnahme des Montags) täglich.
Redaktion und Administration:
Vilmos császár-út (Kaiser Wilhelmstraße) Nr. 84.
phon: Redaktion 26—09. Administration 26—10, 28—81.

Kriegsdienst und Immunität.

Von **Bartholomäus v. Lányi,**
Wirklicher Geheimer Rath, Justizminister a. D.

Die jüngst stattgefundene lange Kriegstagung des ungarischen Abgeordnetenhauses hat leider das Interesse der Kriegführung und der mit derselben zusammenhängenden sonstigen Maßnahmen nur in einem höchst geringen Maße gefördert, hingegen aber Vieles dazu beigetragen, daß in der Auffassung der innerpolitischen Lage Dissonanzen entstehen und die vor dem Krieg bestandenen Gegensätze aufgefrischt, ja sogar verschärft werden. Unter den Mitteln, mit welchen man operirte, finden sich auch solche, die auf den ersten Blick den Anschein ganz bedeutungsloser Inzidenzfälle haben, im Falle einer tendenziösen Behandlung jedoch geeignet sind, solche Schlüsse und Konsequenzen zu zeitigen, welche die öffentliche Meinung irreführen und die Gemüther unnöthigerweise beunruhigen könnten. Es ist daher angezeigt, ihr inneres Wesen klarzulegen, noch bevor das richtige Verständniß durch weitere Komplikationen beeinträchtigt wäre.

Wir meinen hier unter Anderem die Affaire des Grafen Michael Károlyi, welche in einer Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses als Immunitätsverletzung angemeldet und behufs schleuniger Verhandlung und Berichterstattung an den Immunitätsausschuß geleitet wurde. Das Substrat bildet bekanntermaßen der folgende Thatbestand: Die Centralorganisation für einen dauernden Frieden im Haag hat bei dem Grafen Michael Károlyi angefragt, ob er geneigt wäre, der Centralorganisation beizutreten und seiner

können; — der zur aktiven Kriegsdienstleistung Einberufene ist ja so wie so schon in seiner persönlichen Freiheit beschränkt und seine Theilnahme an der gesetzgeberischen Thätigkeit hängt davon ab, ob ihm die militärische Kommandobehörde für die Dauer der Parlamentstagung den nöthigen Urlaub mit Rücksicht auf die Kriegslage ertheilen kann und thatsächlich auch ertheilt. Auf Grund einer Disziplinarverfügung gegen einen im aktiven Kriegsdienste stehenden Abgeordneten kann daher kaum eine Immunitätsverletzung konstruirt werden, im gegenwärtigen Falle speziell auch deshalb nicht, da es sich hier vorläufig blos um die Aufklärung des Thatbestandes handelt. Laut der bisherigen parlamentarischen Rechtsansicht unterliegen aber derartige Vorbereitungsakte keiner Beschränkung, und die vorhergehende parlamentarische Zustimmung muß — wie zum Beispiel bei einer Zeugenvorladung — erst zur Vornahme solcher Zwangsmaßregeln eingeholt werden, welche mit der Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit verbunden sind. Im gegenwärtigen Falle ist es nicht ausgeschlossen, daß es sich im Wege der eingeforderten Aeußerungen herausstellen wird, daß diesmal keine aktuelle politische Aktion, namentlich keine dem Kriegsführungszweck zuwiderlaufende Friedensagitation beabsichtigt wird, sondern daß lediglich von späteren Bestrebungen die Rede ist, im Wege eines geistigen Zusammenschlusses Mittel und Wege zu suchen, damit ähnliche Kriegsausbrüche wie der gegenwärtige in der Zukunft möglichst vermieden und die Garantien eines dauernden Friedens begründet und gefestigt werden. In

Das Duellverbot.

(Original-Feuilleton des „Neues Pester Journal".)

— Von Zola Emil. —

Wir lieben den Frühling von Herzen, mit Schmerzen, er uns oder ein wenig oder gar nicht; in Folge dessen wird es sich nur selbst zukünftige Tafel nehmen oder uns gar über ihn hinwegsehen. Wozu brauchen wir ihn eigentlich? Welchen bekommt man in den Stimmenhandlungen das ganze Jahr, die ersten Wochen ist der Gebliebene schon im November, statt der Nachtigall haben wir das Grammophon, und — was die Hauptsache ist — Frühlingsmoden wird es immer geben, ob nun der Frühling erlogen lebt oder nicht. Einen Frühling

Pester Lloyd 12/IV. 1917
43

Der Krieg mit Italien.

Ein Hochverratsprozeß in Rom.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Lugano, 12. April.

Messaggero berichtet über einen neuen großen Hochverrats- und Spionageprozeß, der in Rom zur Verhandlung kommen und außerordentliche und sensationelle Enthüllungen bringen werde. Die Angeklagten werden auch mehrfacher Attentate gegen militärische Einrichtungen beschuldigt. Zweiundvierzig Personen, darunter mehrere Frauen und drei fremde Staatsangehörige, wurden in verschiedenen Städten verhaftet und nach Rom gebracht. Sowohl auf die Verbrechen dieser als auch der Angeklagten in dem am 12. April beginnenden Prozeß gegen Monsignor Gerlach und Genossen stehe die Todesstrafe.

Patriotische Spenden.

Bisheriges Gesamtergebnis k 4,724.556.71.

Für die Familien der Reservisten und Hinterbliebenen unserer gefallenen Soldaten sind uns zugegangen:

von der Gschwindtschen Spiritus-, Preßhefe-, Likör- und Rumfabriks-A.-G. (für die Kriegswitwen und -waisen) k 50.000, hiezu die im Morgenblatte vom 10. April ausgewiesenen k 839.976.02, Totale k 889.976.02.

Für das Elisabethheim der Offizierswitwen und -waisen (Erzsébet-Otthon) erhielten wir:

von Heinrich Terényi, Tállya k 25, Paul Schnell, Szenice k 5, Anton Imgrund, Bácsalmás k 3, Frau Witwe Simon Brack, Ipolyeßi k 2, Philipp Szekuler, Kiskunhalas k 1, zusammen k 36, hiezu die im jüngsten Morgenblatte ausgewiesenen k 123.715.87, Totale k 123.751.87.

Für die Kriegsinvaliden an das königlich ungarische Invalidenamt erhielten wir:

von der Gschwindtschen Spiritus-, Preßhefe-, Likör- und Rumfabriks-A.-G. k 25.000.

Für „das Kind" erhielten wir:

von Frau Witwe Jakob Goldstein k 200.

Für Gratisbrot erhielten wir:

als Kranzablösung für Frau Emma Spitzer: von Dr. Albert v. Tószeghy k 30.

Für „Schuhe für die Armen", VI., Podmaniczky-utca 46 erhielten wir:

von Gebrüder Rieß k 300.

Für die notleidenden Angehörigen unserer internierten Landsleute in Rumänien erhielten wir:

von Simon Székely k 5.

Für den Landes-Kinderschutzverein, Bajza-utca 35, erhielten wir:

als Kranzablösung für Frau Emma Spitzer: von Frau Marzell Neuschloß k 30, von Frau Witwe Rudolf Pollak k 25, zusammen k 55.

Für die Frauenbeschäftigungswerkstätte des Pester israelitischen Frauenvereins erhielten wir:

als Kranzablösung für Frau Emma Spitzer von Frau Betti Allmann k 25.

Für die israelitische Mensa academica erhielten wir:

als Kranzablösung für Frau Emma Spitzer von Géza und Józsa Kovács k 50.

Witwen und -waisen 100.000 Kronen betrug.

Wir beehren uns, hier diese unsere Spende mit einer Anweisung an die Ungarische Landes-Zentralsparkasse auf 100.000 Kronen, sage einmalhunderttausend Kronen zu übersenden, und sind so frei, die löbl. Redaktion zu ersuchen, den Betrag an seinen Bestimmungsort gelangen lassen zu wollen.

Das Bewußtsein, daß es uns gegönnt ist, aus den Früchten unserer Tätigkeit diesen Wohltätigkeitszwecken gewidmeten Betrag zur Linderung des Jammers unserer leidenden Mitmenschen zu verwenden, dient uns zur seelischen Beruhigung. Mit der Bitte um Veröffentlichung dieser Zeilen an geeigneter Stelle verbleiben wir

hochachtungsvoll

Gschwindtsche Spiritus-, Preßhefe-, Likör- und Rumfabrik-A.-G.

Für „Frühstück für die armen Schulkinder" erhielten wir:

als Kranzablösung für Frau Emma Spitzer: von Johann Pongrácz und Frau k 50, Paul Nándor und Frau k 50, zusammen k 100, hiezu die im jüngsten Morgenblatte ausgewiesenen k 38.033, Totale k 38.133.

Kriegstagung des Reichstages.

Der sechste Regierungsbericht im Magnatenhause.

Budapest, 12. April.

Das Magnatenhaus trat heute in die Debatte über den sechsten Regierungsbericht ein. Vorher nahm Graf Robert Zselénßky Gelegenheit, gegen den Vorwurf, daß ihm ein Recht zur Bekämpfung der Wahlrechtsreform nicht zustehe, weil er früher ein Wahlrechtskabinett unterstützt habe, Stellung zu nehmen. Er tat es, indem er den dokumentarischen Nachweis dafür führte, daß er schon in den Tagen des Kabinetts Khuen-Héderváry die Idee des allgemeinen Wahlrechts entschieden verworfen hatte.

Graf Gabriel Bay, gegen dessen frühere Ausführungen sich diese Feststellungen richteten, antwortete launig und geistvoll. Er sprach mehr vom Wesen der Dinge und schloß mit einem Ausblick auf die Zukunft, in der der Geist des Wahlrechtsmanifestes des Königs von Preußen auch in Ungarn wirksam werden würde.

Ueber den Bericht des Ministerpräsidenten sprach Erzbischof Arpád v. Várady. Er gab ein Bild der auslandspolitischen Ereignisse bis zum Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg, konstatierte die Gerechtigkeit unserer Sache und die Haltlosigkeit der feindlichen Berufung auf die Gebote der Demokratie. Die ehrliche Friedensbereitschaft unserer Staaten, die tapfere und doch durchaus humane Kampftüchtigkeit unserer Truppen trat aus den einzelnen Stücken der Rede des Erzbischofs plastisch hervor. Sie zeigten, wie alle Schichten des ungarischen Volkes in gleichem Heldenmut eintraten für das Vaterland. Neben dem Bauernsohn sank ein Graf Paul Esterházy blutend zu Boden für die Heimat. Der Heldenmut ist der gleiche, so führte der Erzbischof aus, vielleicht nur die Größe des Opfers ist verschieden, denn Graf Paul Esterházy ließ nicht nur sein junges Leben, er ließ auch

Pester Lloyd
14./IV. 1917

Kriegstagung des Reichstages.

Vertagung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 12. April.

Das Abgeordnetenhaus wurde heut durch ein königliches Handschreiben ohne Bezeichnung seines nächsten Zusammentrittes vertagt. Der Verlesung des königlichen Handschreibens waren Szenen vorangegangen, die die Zweckmäßigkeit der Vertagung des Hauses reichlich begründen. Das Haus hat seine eigentlichen legislatorischen Aufgaben gelöst und die Ereignisse von heute waren keinesfalls geeignet, die Ersprießlichkeit einer weiteren

tungen machen kann. (Fortdauernder großer Lärm links und äußerstlinks. Rufe äußerstlinks: Wir fordern die Volksrechte!)

Abgeordneter Georg Szmrecsányi: Er ergreift vor meiner Interpellation die Flucht. (Großer, andauernder Lärm links.)

Vizepräsident Karl Száß: Ich bitte um Ruhe. (Rufe links: Wir fordern das Wahlrecht!)

Abgeordneter Ludwig Beck: Sie ergreifen in feiger Weise die Flucht. (Großer Lärm links. Rufe rechts: Hört! Hört!)

Vizepräsident Karl Száß: Ich bitte die Herren Abgeordneten, die Präsidialunterbreitungen anhören zu wollen. (Fortdauernder Lärm links und äußerstlinks.)

Abgeordneter Stefan Zlinsky: Unterbreiten Sie das Wahlrecht!

Abgeordneter Wilhelm Sümegi: Wir fordern die Herrschaft des Volkes! (Großer Lärm. Präsident läutet.)

Abgeordneter Ludwig Holló: Wir brauchen eine nationale Regierung und keinen Usurpator!

Abgeordneter Julius Justh: Sie sind eine Gefahr für die Nation!

Abgeordneter Johann Bartos: Das Volk hungert!

Vizepräsident Karl Száß: Wollen Sie gestatten, daß der Präsident pflichtgemäß seine Unterbreitungen machen könne. (Andauernder großer Lärm links.)

Abgeordneter Ludwig Beck: Sie flüchten in feiger Weise vor dem Wahlrecht. Wo werden Sie sein, wenn das Volk zurückkehren wird? (Andauernder großer Lärm.)

Abgeordneter Wilhelm Sümegi: Brot dem hungernden Volk! Brot den Beamten! (Großer andauernder Lärm links und äußerstlinks. Rufe: Danken Sie ab! Es lebe das Wahlrecht!)

Abgeordneter Stefan Zlinßky: Wahlrecht den Soldaten!

Vizepräsident Karl Száß: Ich bitte um Ruhe. Wollen Sie nicht verhindern, daß der Präsident seine Unterbreitungen mache. (Andauernder großer Lärm links und äußerstlinks.)

Abgeordneter Georg Szmrecsányi (auf ein Aktenbündel zeigend): Davor fürchten Sie sich! (Andauernder großer Lärm links und äußerstlinks.)

Abgeordneter Graf Michael Károlyi: Panama! (Bewegung rechts.)

Abgeordneter Vinzenz Nagy: Eine Schmach, daß Sie es wagen, hieher zu kommen. (Großer Lärm.)

Vizepräsident Karl Száß: Bitte zu ermöglichen, daß wir die Beratung beginnen. (Rufe links: Das Wahlrecht!) Ich muß pflichtgemäß meine Unterbreitungen machen. (So ist's! So ist's! rechts; großer Lärm links.)

Abgeordneter Graf Theodor Batthyány: Die Frage ist, ob Sie das Wahlrecht unterbreiten wollen, ja oder nein? (Großer Lärm.) Wir lassen die Vertagung nicht zu. (Großer Lärm äußerstlinks.)

Abgeordneter Alexander Pető: Melden Sie das Wahlrecht an. (Großer Lärm.)

Abgeordneter Martin Lovászy: Herr Rip van Winkle ist noch nicht erwacht. (Bewegung rechts.)

Vizepräsident Karl Száß: Geehrtes Haus! Ich will vor allem der Pflicht der Pietät entsprechen. (Andauernder Lärm links und äußerst links.)

Abgeordneter Wilhelm Sümegi: Wir fordern eine nationale Regierung und Brot den Beamten! (Andauernder Lärm.)

Abgeordneter Martin Lovászy: In diesem Saale kann von nichts anderem mehr gesprochen werden, als vom Wahlrecht. (Großer Lärm. Rufe links und äußerst links: Danken Sie ab!)

Abgeordneter Ludwig Beck: Dieses Regime ist zu Ende. (Bewegung rechts.)

Abgeordneter Georg Szmrecsányi: Das ist der Anfang vom Ende.

Vizepräsident Karl Száß: Ich bitte den Herrn Abgeordneten Szmrecsányi, sich ruhig zu verhalten. (Lärm links, Beifall rechts.)

Abgeordneter Wilhelm Sümegi: Brot den hungernden Beamten. (Rufe links: Danken Sie ab!)

Vizepräsident Karl Száß: Ich bitte den Herrn Abgeordneten Sümegi, sich ruhig zu verhalten.

Abgeordneter Martin Lovászy: Trollen Sie sich von Ihrem Platz! (Bewegung rechts.)

Abgeordneter Géza Polónyi: Weshalb ist der Kriegsminister gestürzt, ist es wahr, daß man das Geld des Landes unterschlagen hat? Darf man zu einer solchen Zeit den Reichstag vertagen? (Andauernder großer Lärm links und äußerstlinks.)

Abgeordneter Georg Szmrecsányi: Ich will beweisen, daß man das Geld des Landes stiehlt. (Andauernder großer Lärm.)

Vizepräsident Karl Száß: Ich rufe den Herrn Abgeordneten Georg Szmrecsányi zur Ordnung. (Zustimmung rechts, Lärm links.)

Graf Theodor Batthyány: Was ist mit dem Kriegsminister? Wo sind die vielen Milliarden, die vergeudet worden sind? Die Ehre der Armee erfordert es, daß diese Fragen geklärt werden.

Abgeordneter Géza Polónyi: Einige Herren haben gestohlen! (Großer Lärm. Bewegung rechts.)

Abgeordneter Georg Szmrecsányi: (Hört! Hört! links.) Zu Beginn der Sitzung ... (Lärm links.)

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa: Setzen Sie sich! (Rufe rechts: Setzen Sie sich! Andauernder großer Lärm.)

Vizepräsident Karl Száß: Ich suspendiere die Sitzung für fünf Minuten.

Nach der Pause eröffnet

Vizepräsident Karl Száß wieder die Sitzung. (Großer Lärm links und äußerstlinks.)

Abgeordneter Georg Szmrecsányi erhebt sich von seinem Sitz und will sprechen. (Rufe rechts: Setzen Sie sich! Großer Lärm und Rufe äußerstlinks: Hören wir Szmrecsányi!)

Vizepräsident Karl Száß: Die Herren Abgeordneten ... (Großer Lärm und Rufe links und äußerstlinks: Der 18. November! Weshalb notieren die Stenographen? Sie können ja kein Wort hören!)

Abgeordneter Georg Szmrecsányi: Geehrtes Haus! (Rufe rechts: Setzen Sie sich!)

Vizepräsident Karl Száß: Der Herr Abgeordnete hat nicht das Recht, zu sprechen. (Andauernder großer Lärm links und äußerstlinks.)

Vizepräsident Karl Száß suspendiert die Sitzung für fünf Minuten.

Nach der Pause eröffnet

Vizepräsident Karl Száß wieder die Sitzung. (Großer Lärm links. Rufe rechts: Hört! Hört! Zahlreiche Zwischenrufe links.)

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa:

(Fortwährender Lärm links.) Ich beehre mich, ein allerhöchstes königliches Handschreiben zum Zwecke der Verkündigung zu übergeben. (Andauernder großer Lärm links.)

Vizepräsident Karl Száß:

Das allerhöchste königliche Handschreiben wird verkündet werden.

Schriftführer Ladislaus Almássy

verliest das königliche Handschreiben. Es lautet:

Wir, Karl I., von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen usw. und dieses Namens IV. apostolischer König von Ungarn.

Den Bannerherren, kirchlichen und weltlichen Magnaten und Abgeordneten Unseres getreuen Ungarn und seiner Nebenländer, die sich auf dem durch Unseren verewigten Großoheim, Seine kaiserliche und apostolisch königliche Majestät Franz Josef I., für den 21. Juni 1910 in Unsere Residenz- und Hauptstadt Budapest einberufenen Reichstag versammelt haben, Unseren königlichen Gruß.

Unsere lieben Getreuen!

Auf Unterbreitung Unseres ungarischen Ministeriums erklären Wir hiemit die Sitzungen des gegenwärtigen Reichstages für vertagt.

Denen wir im übrigen mit Unserer königlichen Huld ständig gewogen bleiben.

Gegeben zu Baden am 12. April 1917.

Karl m. p.

Graf Stefan Tißa m. p.

Während der Verlesung des königlichen Reskripts ertönen rechts lebhafte Rufe: Es lebe der König! Der König muß angehört werden! (Fortgesetzter großer Lärm links und äußerst links. Lebhafte Rufe rechts: Es lebe der König!)

Vizepräsident Karl Száß:

Geehrtes Haus! Ich bitte um Ruhe. (Fortgesetzter großer Lärm links.) Das soeben verlesene allerhöchste Handschreiben wird mit homagialer Ehrfurcht zur Kenntnis genommen und zum Zwecke der Promulgierung dem Magnatenhause übermittelt. (Lebhafte Eljenrufe rechts. Andauernder großer Lärm links.)

Nach Authentikation des Protokolls wird die Sitzung um 8 Uhr 15 Minuten geschlossen. (Andauernder großer Lärm links, Eljenrufe und Applaus rechts.)

•

Beratungen vor der Sitzung.

Für halb 7 Uhr war die heutige Sitzung, auf deren Tagesordnung ausschließlich die Auslosung der Jury in Angelegenheit des Abgeordneten Roland Hegedüs stand, einberufen. Schon lange vor der anberaumten Zeit ging es in den Wandelgängen lebhaft zu. Gegen viertel 7 Uhr begaben sich die Führer der Opposition zum Vizepräsidenten Karl Száß, um sich über die Absichten der Regierung betreffend das nächste Arbeitsprogramm des Abgeordnetenhauses zu orientieren. Der Vizepräsident teilte den Führern der Opposition mit, daß das Abgeordnetenhaus heute sich durch eigenen Beschluß vertagen soll. Die Führer der Opposition teilten diesen Entschluß der Regierung in den Wandelgängen ihren Parteimitgliedern mit. Die Nachricht von der bevorstehenden Vertagung verbreitete sich rasch und erregte bei den oppositionellen Abgeordneten großen Unwillen. Namentlich Graf Theodor Batthyány geriet ganz außer Rand und Band. Die Abgeordneten Béla Kun, Wilhelm Sümegi, Karl Hußár und viele andere gaben ebenfalls laut ihrer Unzufriedenheit Ausdruck.

Die Erregung der oppositionellen Abgeordneten steigerte sich noch, als Abgeordneter Georg Szmrecsányi sie verständigte, daß der Vizepräsident ihm nicht gestattet habe, seine Interpellation über die Heereslieferungen in dringlicher Form in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses zu unterbreiten. Die jüngeren Mitglieder der oppositionellen Parteien erklärten, sie werden unter keinen Umständen eine Beschlußfassung des Hauses über die Vertagung zulassen, und sofort wurde ein Bogen ausgefertigt, auf dem die sofortige Einberufung des Abgeordnetenhauses verlangt wird, falls das Abgeordnetenhaus sich durch eigenen Beschluß vertagen sollte.

Auch Graf Michael Károlyi wollte heute seine dringliche Interpellation über die Arbeiterausschüsse unterbreiten, und als die Sitzung bereits eröffnet war, mitten in der stürmischesten Lärmszene begab er sich auf die Estrade des Präsidenten und erklärte dem Vizepräsidenten Karl Száß, er wolle heute seine Interpellation, zu deren Unterbreitung er bereits die Erlaubnis des Hauses in der jüngsten Sitzung erhalten habe, einbringen. Vizepräsident Karl Száß bedeutete dem Grafen, daß dies nicht angehe.

Vor der Tagesordnung beabsichtigten auch die kroatischen Abgeordneten, die in großer Zahl zu der heutigen Sitzung erschienen waren, zwei Erklärungen zu verlesen. Die eine bezog sich auf die bekannte Interpellation Szmrecsányi, die andere auf die Inkompatibilitätsangelegenheit des Grafen Markus Pejacsevich. Auch hiezu konnte es wegen der Tumulte nicht kommen.

Die ganze Taktik der Opposition beruhte sichtlich auf der Voraussetzung, daß es dem Ministerpräsidenten nicht gelungen sei, ein königliches Reskript über die Vertagung des Reichstages zu erwirken. In oppositionellen Kreisen galt es als sicher, die Regierung werde die Vertagung durch Beschluß des Hauses beantragen, und der ganze Lärm wurde inszeniert, um die Abstimmung über diesen Antrag tunlichst zu vereiteln. Um so größer war die Bestürzung der Opposition, als Graf Tißa nach den zwei Pausen, die der Präsident eingelegt hatte, mitten im wiederanhebenden Lärm sich erhob und durch den Saalkommissär das königliche Reskript auf die Präsidentenestrade schickte. Darauf war man nicht gefaßt gewesen, und der ganze Aufwand an Lärmszenen erwies sich als Blindgänger.

Neues Pester Journal
14./IV. 1917
54

Budapest, 1917. Nr. 99. Samstag, 14. April.

Neues Pester Journal.

Abonnement: Ganzjährlich 36 Kronen; halbjährlich 18 Kronen, vierteljährlich 9 Kronen; monatlich 3 Kronen 20 Heller.
Einzelne Nummer in Budapest, in der Provinz und auf den Bahnhöfen 12 Heller.

Sechsundvierzigster Jahrgang.

Erscheint (mit Ausnahme des Montags) täglich.
Redaktion und Administration:
Vilmos császár-út (Kaiser Wilhelmstraße) Nr. 64.
Telephon: Redaktion 26—02. Administration 26—10, 28—31.

Berichte unseres Generalstabs

Lebhafter Geschützkampf an der italienischen Front.

(Amtlicher Bericht.)

Oestlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts von Belang zu melden.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Der Geschützkampf auf der Karsthochfläche und im Wippachthal ist bei guter Sicht andauernd lebhaft.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs
v. Höfer, Feldmarschall-Lieutenant.

Meldungen der deutschen Heeresleitung.

Der englische Vorstoß bei Arras zum Stehen gebracht. — Sämmtliche neuerliche Angriffe zurückgewiesen. — Zunahme des Artilleriekampfes an der Aisne und in der Champagne.

(Großes Hauptquartier.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Am Nordflügel des Kampffeldes bei Arras wurden anfangs erfolgte englische Angriffe auf Angres und Givenchy en Gohelle durch unsere Gegenstöße wettgemacht. Von der Straße Arras—Gavrelles bis zur Scarpe zweimal angreifende feindliche Divisionen wurden verlustreich abgewiesen. Südöstlich von Arras sind mehrere Angriffe auch von Kavallerie gescheitert. An den von Péronne auf Cambrai und Le Catelette führenden Straßen kleinere Gefechte bei Gouzeaucourt und Hargicourt. Das gestern auf St. Quentin und den südlichen Anschlußlinien liegende lebhafte Feuer dauerte an. Es bereitete französische Angriffe vor, die auf beiden Sommeufern heute Früh einsetzten. Sie schlugen fehl.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz:

Der heftige Artilleriekampf längs der Aisne und in der westlichen Champagne dauerte in wachsender Stärke an. Vielfach vorfühlende Erkundungsabtheilungen wurden zurückgewiesen. Dabei blieben hundert Franzosen in unserer Hand.

Heeresgruppe Herzog Albrecht von Württemberg:

Lage unverändert.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz und an der mazedonischen Front keine besonderen Ereignisse.

Im Westen verloren die Gegner 13, im Osten 2 Flugzeuge.

Der erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Eine Rede Tißa's.

Zurückweisung aller oppositionellen Angriffe. — Hinauskomplimentirung des Grafen Johann Zichy. — Erklärungen über die Unmöglichkeit des Konzentrationskabinets und über das Wahlrechtsproblem.

Der Klub der Nationalen Arbeitspartei war heute Abends der Schauplatz einer hochbedeutsamen politischen Manifestation. Ministerpräsident Graf Tißa rechnete von der Rednertribüne der Majoritätspartei mit der Opposition ab. Seine Unpäßlichkeit hatte es ihm in den letzten Wochen unmöglich gemacht, in der parlamentarischen Arena diesen Kampf auszufechten und gestern vereitelte es die thörichte Haltung der Opposition, daß eine Auseinandersetzung über alle schwebenden Fragen vor dem kompetenten Forum stattfinde. So benützte Graf Tißa die Abschiedskonferenz seiner Partei dazu, um der Opposition wieder einmal gründlich die Leviten zu lesen. Seine Beredsamkeit hatte hier vielleicht noch größeren, wirksameren Erfolg, weil die störenden Zwischenrufe fehlten. Er konnte ungestört und ungehindert die stärksten Sachen sagen. Das hob den Effekt seiner Argumente. Die heutige Rede des Grafen Tißa wird jedenfalls für die Dauer der Unterbrechung der parlamentarischen Thätigkeit reichlich Stoff zu politischen Diskussionen geben. Man wird ihm die Antwort nicht schuldig bleiben, aber er hat vorderhand die Genugthuung, Alles gesagt zu haben, was ihm an dem Herzen lag. Er sagte gründlich seine Meinung. Und während man ihm zuhörte, hatte man die Empfindung, daß mit solcher Entschiedenheit und Klarheit nur ein in verantwortlicher Stellung stehender Mann sprechen kann, der seiner Sache sicher ist, und weiß, daß er mit seinen Erklärungen weder nach oben anstoßt, noch sich nach unten hin schaden könne.

Graf Tißa baute seine heutige Anklage gegen die Opposition in fünf Sätzen auf. Zuerst wies er unwürdige und unparlamentarische Bemerkungen, die in einer während der letzten Sitzungen des Abgeordnetenhauses gehaltenen oppositionellen Rede gegen die Person des Königs fielen, mit jener sarkastischen Schneidigkeit zurück, die eine seiner Stärken ist. Dann aber wies er der Opposition nach, daß sie in der Diskussion über die Approvisionirungsfragen mit einer Leichtfertigkeit vorging, die dem Lande nur schaden konnte. Der Ministerpräsident vertheidigte nicht die Regierung, sondern die ungarische Nation gegen den oppositionellen Vorwurf, daß man Oesterreich und Deutschland aus unseren Vorräthen nicht genügende Mengen abtrat, wäre dies wahr, so würde dies eine schwere Beschuldigung unserer Bundesgenossenschaft sein, ein Vorwurf, der umso grundloser ist, weil Ungarn mit Hintansetzung der Erfordernisse der eigenen Bevölkerung an seine Bundesgenossen Alles abgab, was es entbehren konnte. Der dritte Theil seiner höchst bemerkenswerthen Ausführungen bezog sich auf die Haltung der Opposition bei der Erörterung aller innerpolitischen Fragen. Hier vertheidigte sich Tißa nicht mehr, sondern wurde zum scharf attakirenden Angreifer. Bezüglich der Inkompatibilitätshetze erklärte er, daß hier die Opposition ein unwürdiges Spiel mit den heiligsten Interessen des Landes trieb, indem sie den Anschein erwecken wollte, als wäre in Ungarn das Parlament nicht integer und korrekt; das gründliche Verfahren, das in allen Inkompatibilitätsangelegenheiten durchgeführt wurde, bewies das Gegentheil.

Ebenso entschieden lauteten die Ausführungen des Kabinetschefs über die Konzentrationspläne. In diesem Theile seiner Darlegungen griff Tißa zur Begründung seiner Haltung weit auf seine politische Laufbahn zurück und betonte in höchstem Affekt, daß er während seiner dreißigjährigen öffentlichen Thätigkeit wohl immer im Kampfe gestanden, aber immer nur im Kampfe um die Erreichung zweier Ziele: einerseits um die Sicherung der militärischen Kampftüchtigkeit der Monarchie und andererseits um die Ehre unseres parlamentarischen Regimes, niemals aber um die Macht, allerdings um die persönliche Macht. Zur Begründung dieses politischen Bekenntnisses verwies er auf seine Haltung während des Koalitionsregimes, während dessen er sich beiseite stellte, damit die damaligen Machthaber nicht behaupten können, daß er ihnen in der Durchführung ihrer Ziele im Wege stand, ferner auf seine Haltung dem Fejérváry'schen Unternehmen gegenüber, welches, wenn es mißlang, ausschließlich darauf zurückzuführen sei, daß die Mitglieder der einstmaligen liberalen Partei gerade über seine Initiative ihre Unterstützung verweigerten, trotzdem sie der Person des Barons Fejérváry gegenüber eine geradezu abgöttische Verehrung hegten. Mit diesen elegisch klingenden Reminiszenzen begründete Graf Tißa, daß er einem Zusammenwirken aller werthvollen Kräfte des Landes durchaus nicht ablehnend gegenübersteht, aber ein Zusammenwirken nur dann für möglich erachtet, wenn alle Elemente wirklich harmonisch miteinander arbeiten wollen, nicht aber mit dem Hintergedanken, eine Formation anzustreben, um sie auch sofort zu zersprengen und zu zerstören, sobald dies ihren Zielen besser entspricht. Die heutige Opposition wünsche die Konzentration nicht aus dem Grunde, um eine Vereinigung aller Kräfte herbeizuführen, sondern sie wolle die Desorganisation, die Zerstörung der heute eben deshalb werthvollen Majorität, weil diese homogen, stark, einig und unbeugsam sei. Hier hatte Graf Tißa auch den Muth, mit voller Schroffheit ein Mitglied der Nationalen Arbeitspartei von sich und seiner Partei abzuschütteln, das in letzter Zeit ihm und der Partei wiederholt Verlegenheit bereitet hatte. Es ist dies niemand Geringerer als Graf Johann Zichy, den die Fama seit Wochen als zukünftigen Ministerpräsidenten genannt, den aber heute Ministerpräsident Graf Tißa direkt aus dem Tempel der Mehrheit hinausjagte. Er warf dem Grafen Johann Zichy nichts Geringeres vor, als daß er seinen Pflichten der Partei gegenüber nicht nachkomme und durch seine Aeußerungen mit den Intentionen der Partei wiederholt in stärkstem Widerspruch gelangt sei. Nach einer solchen Abkanzelung kann Graf Johann Zichy kaum mehr darauf rechnen, daß ihm irgendwelche beachtenswerthe Gruppe der Nationalen Arbeitspartei in welcher Situation immer Gefolgschaft leisten werde. Tißa hat also der Opposition und auch Jenen, die vielleicht in der eigenen Partei für die Konzentrationsidee Propaganda machen wollten, sehr entschieden seinen Standpunkt klargelegt und alle Hoffnungen auf das Zustandekommen dieses Projektes zunichte gemacht. Unser Standpunkt in dieser Frage ist aber durch die wenn auch noch so wirksam aufgebaute Logik des Grafen Tißa nicht erschüttert. Gewiß sind auch wir davon überzeugt, daß nur gleichgesinnte, wirklich die Ruhe des Landes verbürgende Elemente zur gemeinsamen nationalen Arbeit vereinigt werden müssen, Störenfriede

Westungarischer Grenzbote

14./IV. 1917

55

e Gestaltung Preußens grundlegende Arbeit
nell im Wege der Gesetzgebung durchgeführt
eden könne." So will es der Kaiser des großen
itschen Volkes. Voll Stolz rühmt er die Leistun-
der gesamten Nation in Kampf und Not, die
chtend vor seiner Seele stehen. „Die Erlebnisse
ses Ringens um den Bestand des Reiches leiten
t erhabenem Ernste eine neue Zeit ein...
handle nach den Ueberlieferungen großer Vor-
ren, wenn ich einem treuen, tapferen, tüchtigen
d hochentwickelten Volk das Ver-
auen entgegenbringe, das es verdient."

Dieser Erlaß des Kaisers bleibt für immerwährende Zeiten ein Schriftstück von welthistorischem Gepräge. Es ist dermaßen von der Größe des gegenwärtigen Zeitalters durchtränkt, daß man aus jedem Satze den Pulsschlag der Geschichte herausfühlt. Der Kaiser spricht mit eherner Vertrauensstärke von einem glücklichen Ende des Krieges das, wie er zuversichtlich hofft, nicht mehr ferne ist. Er will die Wehrmacht als wahres Volksheer erhalten und den „sozialen Aufstieg" des Volkes in allen seinen Schichten gefördert wissen. Dazu bedarf es einer eingreifenden Verfassungsänderung. Sie betrifft vor allem die unmittelbare, geheime Wahl der Abgeordneten und gleichzeitig eine Reform des Herrenhauses in dem Sinne, daß es „in weiterem und gleichmäßigerem Umfange als bisher aus den verschiedenen Kreisen und Berufen des Volkes hervorgegangen, durch die Achtung ihrer Mitbürger ausgezeichnete Männer in seiner Mitte vereinigt."

Der ganze Erlaß des Deutschen Kaisers ist in seiner klassisch-edlen Einfachheit und wahrhaft fürstlichen Größe so gehalten, daß er scheinbar vollkommen auch auf unsere Verhältnisse paßt. Aehnliche Ursachen sollten ähnliche Wirkungen nach sich ziehen und es ist darum leicht begreiflich, daß alle politischen Kreise Ungarns, die teils aus ehrlicher Ueberzeugung, teils aus parteitaktischen Beweggründen auf irgendeine Wahlreform hinarbeiten, seit der Veröffentlichung des kaiserlichen Schreibens lebhafter als je vorher die Einführung irgendeines „allgemeinen, gleichen, geheimen" Wahlrechtes als die Grundbedingung unserer politischen Wiedergeburt hinstellen. Die innere Politik steht auch bei uns in höchstem Maße unter dem Eindruck der Worte des Deutschen Kaisers und es müßte im Budapester Parlamente ganz wunderlich zugehen, wenn sie auf die weitere Gestaltung unserer Parteiverhältnisse ohne nachhaltige Wirkung blieben.

Schon vor ungefähr einem Monat, am 14. März d. J., sprach der Reichskanzler Bethmann-Hollweg im preußischen Abge-

Wahlrechtsschmerzen.

Das ungarische Abgeordnetenhaus ist mit königlichem Handschreiben auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Es war hoch an der Zeit, dem wüsten Geschwätze und der sportmäßigen Skandalsucht dieser „teuren" Körperschaft ein vorläufiges Ende zu bereiten. Bis das „geehrte Haus" wieder zusammentritt, wird man Muße haben, darüber nachzudenken, wie sich die Regierung und die Parteien in der Frage der Wahlrechtsreform zu verhalten haben. Die nächste Session, deren Beginn ungefähr für die Mitte des Monats Mai zu gewärtigen ist, wird allem Anschein nach im Zeichen dieser brennendsten aller nicht unmittelbar mit dem Krieg zusammenhängenden Fragen stehen. Wir halten es daher für zeitgemäß, unseren Standpunkt in dieser Angelegenheit schon jetzt zu kennzeichnen.

Die offene und entschiedene Stellungnahme des Deutschen Kaisers für die Einführung des unmittelbaren geheimen Wahlrechtes im Königreiche Preußen hat allenthalben, wo die Staatsverfassung noch auf reaktionär-konservativer Grundlage fußt, nachhaltigen Eindruck gemacht. „Nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kampfe ist nach meiner Ueberzeugung für das Klassenwahlrecht kein Raum mehr." Wenn vor drei Jahren jemand behauptet hätte, daß Kaiser Wilhelm nach Ablauf von drei Jahren einen Erlaß solchen Inhaltes an seinen Reichskanzler richten werde, der Mann mit diesem Prophetensinn wäre als verrückt ausgelacht worden. Es gehört eben zu den vielen gewaltigen Umwälzungen, die der lange, graue Weltkrieg veranlaßt hat, daß sogar im klassischen Lande des alleinherrschenden Junkertums die Ausdehnung des Wahlrechtes nicht mehr hintangehalten werden kann. Der Reichskanzler wird als Präsident des Staatsministeriums binnen kürzester Zeit Vorschläge zu unterbreiten haben, „damit bei der Rückkehr unserer Krieger diese für die in-

Arbeiterzeitung

15/IV. 1917

„Es werde Licht!"

Gedanken am Frauentag.

Menschen, die von Gottvertrauen erfüllt sind, noch mehr aber die, deren Vertrauen aus dem Gefühl der Kraft entsteht, die sie in ihrem eigenen Innern schlummern fühlen, werden in den Tagen der Trübsal und der Not von dem Gedanken aufrecht erhalten, daß sie durch müssen, daß das dunkle Tor durchschritten werden muß, wenn sie das Licht erobern wollen. In den Tagen des Weltkrieges haben alle die, die auf Licht und Freiheit hoffen, die erwarten, daß die Völker ihres Glückes Schmied sein werden, ähnliche Gefühle erlebt. Dunkel und lähmend waren die Geschicke des einzelnen und der Gesamtheit, schwer trugen und tragen wir an dem Wahnsinn des Krieges, der täglich mehr an Sinn und Zweck verliert, aber tief im innersten Kern unseres geistigen Seins haben wir die Hoffnung getragen und mutig den Glauben nicht verloren, daß der Tag des Schreckens doch ein Tag der Erlösung ist. Manchmal, wenn die Handlungen der Herrschenden in allen Ländern immer vernunftloser erschienen und der Zwang, dem Kriege zu dienen, ihm nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen und die Kinder zu opfern, unerträglich war und eigenes und fremdes Leid wie Kreuz und Not auf uns drückte, schien alle Hoffnung doch nur eine Selbsttäuschung zu sein. Und doch sehen wir, daß trotz der Verschärfungen des Krieges an allen Fronten und der wachsenden Zahl der Kriegführenden unsere Hoffnung nicht getrogen hat. Alle absolutistischen Gelüste der rohen Staatsgewalt, die keine demokratische Form lindert, sind zusammengebrochen und die Tage des März sind wiedergekehrt. Mag noch soviel des Unmöglichen und des Gewalttätigen geschehen, das große Erlebnis der russischen Revolution wird nie mehr aus den Hirnen und den Herzen der Völker schwinden. Jauchzender denn je ertönt der Ruf: „Ich war, ich bin, ich werde sein!"

Zusammengebrochen ist der russische Zarismus, diese ewig drohende reaktionäre Gewalt, und zusammen bricht das System der preußischen Junkerherrschaft, wie es war, das System, das Deutschland den Haß des Westens gebracht hat, den Haß aller bewußten Demokraten. Die Kriegsziele der Demokratie können täglich mehr erreicht werden, und je mehr sie täglich gewonnen werden, um so mehr müssen die Kriegsziele des Imperialismus scheitern, denn beide können niemals Erfüllung finden. Noch ringen in allen Ländern die Truppen der beiden großen Heerhaufen, der Imperialisten und der Demokraten, um den letzten Sieg, und täglich müssen alle, die es ehrlich mit der Demokratie meinen, erkennen, daß ihre ganze Kraft dazu gehört, um der Demokratie auf der ganzen Linie zum Sieg zu verhelfen. Mag auch in Oesterreich, dem Lande der politischen Unentschiedenheit, der Kampf mit halben Kräften und mit kleinen Mitteln geführt werden, auch bei uns ist der Kampf da und der Kampf um die Einberufung des Parlaments ist auch ein Kampf um die Demokratie. Unser Bürgertum hält allerdings den Vergleich mit den bürgerlichen Parteien Deutschlands oder Rußlands nicht aus, denn unser Bürgertum ist unpolitisch und unorganisiert oder es ist selbst das Hindernis zur demokratischen Entwicklung. Die große freiheitliche und demokratische bürgerliche Partei fehlt uns und damit die Möglichkeit, mehr zu erreichen, als was das Proletariat aus eigener Kraft zu erreichen vermag. Aber auch bei uns keimt der Wunsch nach Demokratie empor und auch in unseren Völkern werden die russischen Stimmen niemals vollständig schweigen.

In diesem großen Ringen, dem größten seit der französischen Revolution, lebt ein Neues auf. Die Frauen, die ja immer in allen Heeren der Volksbewegung gekämpft haben, die vom Christentum und seinen revolutionären Anfängen bis zur großen französischen Revolution den Heldentod für die Freiheit gestorben sind, sie waren wohl die instinktiven Trägerinnen freiheitlicher Ideen, aber sie waren nicht die bewußten Bannerträgerinnen der Freiheit der Völker, die Kämpferinnen für ihre eigene persönliche Freiheit. An der Haltung der Frauen kann man am deutlichsten studieren, wie aus der schwärmerisch geliebten Freiheit der Vergangenheit immer klarer und reiner die Vorstellungen und die praktischen Möglichkeiten der Demokratie entfaltet wurden. Was einstmals Gefühl und leidenschaftliche Pose war, hat sich nun zur praktischen Forderung geklärt und die Ziele und die Wege schreiten von der Utopie zur Wirklichkeit.

Es ist kein Zufall, wenn die Frauen gerade im Kriege den Weg dieser Entwicklung mit Siebenmeilenstiefeln zurückgelegt haben. Niemals hat die Gesellschaft so ungeheuerliche Anforderungen an die Frauen gestellt, niemals ihnen so große Verantwortung auf die Schultern gelegt wie nun in dem großen Ringen der drei Kriegsjahre. Der Mensch wächst mit seinen höheren Zwecken und die Frauen haben ihr höheres Maß an Selbständigkeit und ehrlichem Arbeitskönnen und Wollen erobert. Schon daß die Frauen mit aller Brutalität der kapitalistischen Gesellschaft in den Erwerbskampf gestellt wurden, daß sie nicht anders konnten, als den Kampf um das tägliche Brot in unerhörtem Ausmaß nach Leistung und Zahl aufzunehmen, hat jedes vernünftige Argument gegen ihre Gleichberechtigung aufgehoben. Frauen, die alles können, was volkswirtschaftliche Not erfordert, die keiner Gefahr und keiner Schwierigkeit unterliegen, die zu unterdrücken, das wäre sicher ein sehr unfruchtbarer und gefährlicher Gedanken. Im Gegenteil! Die Gesellschaft hat nun erkannt, welch große, ungenützte Kräfte verlorengehen, wenn man den Frauen die Möglichkeit, diese Kräfte zu entfalten, einfach nimmt. Das kann niemand wollen, der an eine volkswirtschaftliche Entwicklung nach dem Kriege denken will; das kann niemand, der die Gesellschaft in ihrer Aufwärtsentwicklung nicht hemmen möchte. Fehlende männliche Arbeitskräfte auf allen Gebieten der Kultur, der Wissenschaft, der Volkswirtschaft und der Technik, Mangel an allem, was diese Entwicklung täglich erheischt: wer wollte sich verwundern, wenn angesichts dieser Tatsachen das Frauenwahlrecht als der höchste Ausdruck der Gleichberechtigung seine Verwirklichung findet! Niemand kann sich der Notwendigkeit verschließen, sogar das preußische Abgeordnetenhaus hat die Forderung, den Frauen vorderhand gesetzlich die Mitarbeit in den Gemeindekommissionen und Deputationen zu sichern, einem seiner wichtigsten Ausschüsse zur Beratung übergeben. Daß die russische Revolution nur mit der Gleichberechtigung der Frauen enden kann, mag man auch noch zaudern, ist gewiß, denn keine russische Freiheitsbewegung könnte jemals der Märtyrerinnen vergessen, die den Weg zum Sieg durch ihre Freiheit und ihr Blut erkauft haben. In den nordischen Staaten schreiten heute die Frauen zur Wahlurne, in Finnland, dem Lande, wo zuerst die Mädchen und die Buben auf einer Schulbank gesessen sind, wo die ersten Frauen als Landtagsabgeordnete gesprochen haben, lebt heute die Gleichberechtigung der Frauen als Tatsache, die niemals verschwinden kann.

Aber nicht nur die Unentbehrlichkeit für die gesamte gesellschaftliche Entwicklung, nicht nur die Bewährung der Frauenkräfte im Kriege und nicht nur ihr Kampf um die Freiheit bahnen der Gleichberechtigung der Frauen eine Gasse. Mehr als alles ebnet ihnen doch der Gedanke den Weg, daß die Frauen mehr als die Männer und mehr als heute den Frauen in ihrer Gesamtheit bewußt ist, die Hüterinnen des Friedens werden müssen. Alle alten Volksstämme sahen in der Frau die Hüterin des heiligen Feuers, die allein das Recht hatte, dieses höchste Priesteramt zu verrichten. Der Mann war von ihm ausgeschlossen und konnte weder den Dienst versehen, noch die Dienerin besitzen, denn nur dem reinen Weibe ward das höchste Amt zuteil. Das heiligste Feuer, das die Menschheit zu hüten hat, ist der Friede, und je mehr der Kriegsruf durch die Lande schallt, um so tiefer empfinden wir die Heiligkeit dieses Feuers. Friede, das ist die Gottheit, der wir alle dienen wollen mit ganzer Seele und mit ganzer Kraft. Aber auch hier dienen wir nicht mehr mit dem Wort, auch hier bereiten und müssen wir den Weg täglich bereiten durch die Tat. Die Völker wollen alle den Frieden; aber noch leidenschaftlicher wollen die Mütter den Frieden, doch nicht nur durch Wunsch und Sehnsucht allein. Lange bevor die Männer irgend ein Band des internationalen Verstehens geknüpft haben, lange bevor ernstlich der Weg zur Verständigung gesucht wurde, haben sich die Frauen über die Schützengräben hinweg die Hände gereicht und sich gefunden. Ist es nicht etwas Wunderbares, daß der Frauentag als die letzte große internationale Kundgebung noch lebt und daß alle drei Kriegsjahre unseren Tag der Internationale trotz des Krieges und seiner Schrecken, trotz Zensur und Absolutismus nicht hindern konnten, zu leben und zu wirken und zu werben! Niemals haben wir alle diesen Tag so tief empfunden, niemals haben wir unsere Kraft mit so heiligem Eifer in den Dienst unseres Kampfes gestellt wie im Kriege, denn niemals haben wir uns brüderlicher verbunden gefühlt mit der ganzen Welt als nun, wo wir gegeneinander kämpfen.

Liegt darin nicht schon die Berufung der Frauen für ihr neues Priesteramt, für ihre neue große Tat, die sie tun wollen mit ganzem Herzen und mit ganzer Kraft? Unser Glaube lebt, unsere Hoffnung stirbt nicht, unser Tag der Freiheit muß kommen, denn nicht mehr der Wille der Frau ist der Träger und der Werber für den Gedanken der Gleichberechtigung der Frauen, die Gesellschaft selbst, muß der Träger dieses großen Gedankens werden, der bewußte Träger der Demokratie, wenn sie leben will. Noch dräuen die Wolken finster und gefahrdrohend, aber schon leuchten die ersten Grüße des kommenden Frühlings aus den revolutionären Sturmtagen der Völker hervor. Die Demokratie wird kein Geschenk sein, die Festungen der Vergangenheit fallen nicht auf einen Streich. Aber sie fallen, wenn die Völker ihre Kraft einsetzen und Männer und Frauen den Weg bahnen helfen, der zur Freiheit und zur Gleichheit führt.

In diesem Geiste feiern wir heute den Frauentag, in diesem Geiste grüßen wir unsere sozialistischen Brüder und Schwestern der ganzen Welt. Stolz und freudig können die Frauen rufen, sie, die die bewußten Trägerinnen des internationalen Gedankens sind:

Es lebe die internationale Sozialdemokratie! Es lebe die Freiheit der Völker, die Freiheit der Frauen!

Emmy Freundlich.

König die Konzentration für durchführbar hielt. Auch das sei eine unglaubliche Situation. Der Ministerpräsident bedauerte, daß konstitutionell denkende Männer sich auf die individuelle Anschauung des Königs berufen. Graf Andrássy meint demgegenüber: sowie der König in einer innerhalb seines Rechtskreises liegenden Frage eine Anschauung zum Ausdruck bringt und gestattet, daß diese von Politikern in die Oeffentlichkeit gebracht werde, hat diese Anschauung aufgehört, eine individuelle Meinung zu sein, sie ist dann die Auffassung des Königs geworden. Ich bin der letzte, zu sagen, daß jeder verpflichtet ist, sich der Anschauung des Königs unbedingt zu beugen. Jedermann hat das Recht und die Pflicht, nach eigenem Gewissen vorzugehen. Aber der verantwortliche Minister muß in dem Augenblick zurücktreten, da seine individuelle Auffassung in Gegensatz zu der vom König zum Ausdruck gebrachten Auffassung gerät, denn bleibt er im Amte, so hat er die Verantwortung zu tragen für diese Anschauung, da eine Einsicht des Königs keine Sekunde lang ohne verfassungsmäßige Deckung bleiben darf. Sonst ist der König einer Kritik ausgesetzt, und es ist niemand da, ihn mit seiner Verantwortlichkeit zu decken. Nicht die Opposition hat diese Differenz der Auffassungen in das Licht der Oeffentlichkeit zerren wollen, sie war in der Zwangslage, sich gegen den Vorwurf der Perfidie verteidigen zu müssen. Aber sowie dieser Gegensatz offenkundig wurde, muß ich darin schon eigentlich ein Krisenzeichen erblicken, denn es fehlt bereits die Vorbedingung der konstitutionellen Regierung, daß das Ministerium den König deckt. Seltsam ist es, daß der Ministerpräsident sich auf das Recht der Mehrheit beruft und sich gleichzeitig gewissermaßen geringschätzend über die individuelle Anschauung des Königs äußert, obgleich er einer solchen individuellen Anschauung des Königs das Dasein seiner Regierung dankt. Eine derartige königliche Anschauung hat die heutige Mehrheit und Regierung aus dem Nichts geschaffen. Ein Mann hat seinerzeit ohne Partei es unternommen, die Verantwortung für eine derartige persönliche Anschauung des Königs zu übernehmen, und er hat dies getan, als die Koalitionsregierung sich auf die Mehrheit der Nation stützen konnte. Heute kann die gegenwärtige Regierung nicht das gleiche für sich geltend machen, denn das Mandat des Reichstages sei abgelaufen, und niemand kann mithin durch Tatsachen von verfassungsmäßiger Beweiskraft den Nachweis führen, daß die Mehrheit der Nation hinter ihm steht. In solcher Lage sollten Regierung und Mehrheit doppelt darauf achten, mit König und Nation nicht in Widerspruch zu geraten. In solcher Zeit ist das Recht des Königs die Inkarnation des Rechts der Nation. Das Recht der Auflösung des Reichstages gibt dem König die Möglichkeit, seinen veränderten Willen zum Ausdruck zu bringen und denen gegenüber Stellung zu nehmen, die sein Vertrauen verloren haben. Ein einseitiges Parteiregiment wäre heute die Tyrannei unverantwortlicher Personen, die vor sieben Jahren für die Dauer von fünf Jahren gewählt worden sind. Das wäre ein Absolutismus von 250 oder 260 Leuten, die niemandem verantwortlich sind und gegen die es keine Möglichkeit der Verteidigung gibt. Das Vertrauen der Krone besitzt der Ministerpräsident nicht mehr, und ob er noch das Vertrauen der Nation besitzt, kann nicht mit Sicherheit festgestellt werden.

Graf Andrássy erörtert sodann die halbamtliche Verlautbarung des Auswärtigen Amtes. Graf Czernin hat hiedurch einen guten Dienst geleistet. Auf dem normalen diplomatischen Wege kann hier nicht vorgegangen werden. Den durch systematische Lügen irregeführten Massen in Rußland mußte man zur Kenntnis bringen, daß wir bereit sind, bei entsprechender Verteidigung unserer eigenen Lebensinteressen einen ehrbaren Frieden mit ihnen zu schließen. Zu bedauern sei nur, daß nicht das ungarische Parlament dazu verwendet wurde. Da leider der österreichische Reichsrat noch nicht funktioniert, sollten solche Kundgebungen durch das ungarische Parlament erfolgen, denn es wäre sehr unrichtig, bloß wegen der Ungleichheit das Parlament auszuschalten und ausschließlich mit Communiqués zu arbeiten. Seltsam ist es jedenfalls, daß Graf Tißa, der eine Zeitlang den Kanzler gespielt hat, es ruhig hinnimmt, daß er übergangen und eine so große Sache wie diese anscheinend ohne sein Wissen beschlossen und erledigt wurde. Das ist auch eine jener schwerwiegenden Aenderungen, in die ein Ministerpräsident sich unmöglich schicken kann. Ich glaube demnach, daß die Lage der Regierung unhaltbar geworden ist, und je früher sie selbst dies einsieht, desto besser für das Land.

Auf die Vertagung zurückkommend, sagte Graf Andrássy, Graf Tißa hätte der Opposition mitteilen müssen, daß er das königliche Vertagungsreskript in der Tasche hat. Das hat Graf Tißa unterlassen, er schwelgte in dem Gedanken, die Opposition durch die königliche Autorität zu Boden zu strecken. Die Opposition kann, da das Abgeordnetenhaus vertagt ist, nichts anderes tun, als die Ereignisse abzuwarten, aber kampfbereit, mit voller Kraft beisammen zu bleiben, wenn bis zur Einberufung des Reichstages die nach ihrer Ansicht unumgängliche Aenderung nicht eingetreten ist. (Lebhafter Beifall.)

Der geschäftsführende Präsident der vereinigten Unabhängigkeitspartei Johann Tóth brachte das Vertrauen und die Anhänglichkeit der Parteien zum Ausdruck und stellte fest, daß die Parteiführer, die in Audienz erschienen waren, die einzuhaltenden Grenzen nicht überschritten haben. (Zustimmung.)

Wilhelm Vázsonyi will in dem Faktum allein, daß der Ministerpräsident auf die Rede des Abgeordneten Urmánczy zurückgekommen ist, einen Beweis dessen erblicken, daß der Ministerpräsident seine Position für geschwächt ansehe und sich dadurch helfen wolle, daß er sich hinter dem Königsmantel verberge. Er habe die Opposition denunzieren wollen, um auch hiedurch seine Lage zu festigen. Dies sei ein Zeichen von Schwachheit und Verfall, zumal da hinter ihm kein Parlament, kein Volk stehe. Graf Tißa achte aber auch seine eigene

Eine Konferenz der oppositionellen Parteien.

Budapest, 16. April.

Die oppositionellen Parteien hielten Sonntag in den Klubräumen der Volkspartei eine vom Grafen Michael Károlyi und Wilhelm Vázsonyi einberufene gemeinsame Konferenz ab.

Als erster Redner ergriff Graf Michael Károlyi das Wort, um die Einberufung der Konferenz zu begründen. Das Hauptmotiv sei die Vertagung des Reichstages in einer Zeit, in der internationale Fragen von hoher Wichtigkeit die Aufmerksamkeit erregen, so zunächst das Communiqué unseres Auswärtigen Amtes, das der erste Schritt zum Frieden sei. Samstag nachmittag antwortete der Ministerpräsident auf die Interpellation des Grafen Sigray noch, eine Regierungsäußerung über die Wendung der Dinge in Rußland sei nicht notwendig, sie könnte der Sache nur abträglich sein. In der nämlichen Stunde sei die feierliche Kundgebung des Grafen Czernin erschienen. Es scheine also, daß Graf Tißa nunmehr eine quantité négligeable geworden sei, diese Rolle des Ministerpräsidenten beeinträchtige aber auch das Ansehen des ungarischen Parlaments, weil dieses die Ereignisse nicht erfahre und sich über sie nicht äußern könne. Regierung und Mehrheit wären eigentlich verpflichtet, aus dieser Sachlage die weitestgehenden Konsequenzen zu ziehen. Die Männer der Opposition, denen übrigens der König Genugtuung geboten habe, sollten den Herrscher aufklären, daß die Einberufung des Parlaments, um in den wichtigen Fragen Stellung zu nehmen, dringlich geboten sei.

Graf Julius Andrássy, der sodann das Wort ergriff, kam auf die mit der jüngsten Audienz des Grafen Aladár Zichy zusammenhängenden Dinge zu sprechen. Se. Majestät war so gnädig und ritterlich, den Führern der Opposition die Ermächtigung zu erteilen, öffentlich erklären zu dürfen, daß sie die Wahrheit gesprochen haben, als sie in Freundeskreisen nach ihrer jüngsten Audienz behaupteten, daß der König in der Frage des Konzentrationsministeriums sich ihrem Standpunkte nicht verschlossen habe. Diese Ermächtigung beweise, daß der Ministerpräsident nicht weiß, was der Standpunkt des Königs in dieser wichtigen Frage sei. Dies beleuchte die Lage des Ministerpräsidenten, der nicht mehr über das Vertrauen verfüge, das in einem Verfassungsstaate die Vorbedingung der Ausübung der Regierungsgewalt sei. Ferner zeigte es sich in der Sitzung des Magnatenhauses in klassischer Klarheit, daß die Auffassung des Grafen Tißa mit der Anschauung des Königs nicht übereinstimme. In seiner Antwort an den Grafen Hadik erklärte Graf Tißa, die Konzentration unter den heutigen Verhältnissen für unmöglich zu betrachten. Unmittelbar nachher konnte aber Graf Hadik die Erklärung verlesen, aus der hervorgeht, daß der

Frankfurter Zeitung

63

17./IV. 1917

Reform der ungarischen Besitzpolitik.

Ⓑ Budapest, Anfang April.

Schon einmal, vor etwa zehn Jahren, ist von der ungarischen Regierung der Versuch gemacht worden, der ungarischen Besitzpolitik neue Richtlinien zu geben. Der damalige Ackerbauminister Ignatz Darányi hatte ein weitausgreifendes Ansiedlungs- und Parzellierungsprogramm entworfen, welches neben vielen lebensfähigen Ideen eine solche Fülle von ultranationalen Wünschen umfaßte, daß hierdurch die Verwirklichung des Ganzen verhindert wurde. Nun haben es in der letzten Zeit gewisse Vorkommnisse auf dem Gebiete des Besitzwechsels und der Parzellierungen der Regierung nahegelegt, Vorkehrungen gegen Besitzverschiebungen zu treffen, welche etwa das Gleichgewicht des nationalen Besitzstandes gefährden könnten oder durch welche nicht den landwirtschaftlichen Zwecken gedient, sondern ausschließlich gewinnsüchtigen, wucherischen Zwecken Vorschub geleistet wird. Der Besitzwechsel war, wie Ackerbauminister Baron Ghillány vor einigen Tagen im Abgeordnetenhause feststellte, während der Kriegszeit wohl bedeutend geringer als im Frieden, trotzdem will die Regierung durch Schaffung eines die Erwerbung und den Besitz von Grund und Boden regelnden Gesetzes jeder Schwächung der nationalen Kräfte, wie sie durch Verwirklichung von allerlei sonst ganz erwünschten und auch materiell vorteilhaft erscheinenden Ansiedelungen und Besitzverschiebungen eventuell veranlaßt werden könnte, in gründlicher Weise vorbeugen. Die bezügliche Vorlage soll schon in nächster Zeit dem Reichstag zugehen, jedenfalls aber noch in diesem Jahre Gesetzeskraft erlangen. Ueber die leitenden Gesichtspunkte bei Schaffung der neuen Richtlinien für die ungarische Besitzpolitik hat sich, wie bereits in der „Frankfurter Zeitung" berichtet wurde, Ackerbauminister Baron Ghillány in einer der jüngsten Sitzungen des ungarischen Abgeordnetenhauses ausgesprochen.

Wie der Minister besonders betonte, sollen in erster Reihe bei Besitzverschiebungen beobachtete Uebelstände ausgemerzt werden. Vor allem soll die geschäftsmäßige Vermittlung von Grundbesitz an eine Erlaubnis des Ackerbauministers geknüpft werden, wodurch eine gewisse Garantie für die Verläßlichkeit der Vermittler geschaffen werden soll. Von oppositioneller und auch landwirtschaftlicher Seite wird gegen diese Absicht schon heute energisch Stellung genommen und darauf hingewiesen, daß man dadurch gewissermaßen eine neue, vom Ackerbauministerium abhängige und diesem moralisch unterstehende Kaste schaffe, was den Auffassungen über den freien Verkehr gewiß nicht entspreche. Die Vermittler sollen verpflichtet werden, allen ihnen zum Verkaufe übertragenen Grundbesitz dem Ackerbauministerium oder der Altruistischen Bank vorerst zum Kaufe anzubieten. Ein Verkauf kann erst dann tatsächlich erfolgen, wenn die erwähnten beiden Stellen den Ankauf des betreffenden Besitzes ablehnen. Dagegen, daß auch den an dem verkäuflichen Besitztum interessierten Gemeinden ein Vorkaufsrecht gesichert werde, hat sich der Minister schon jetzt erklärt, indem er darauf hinwies, daß dadurch der Besitzverkehr überhaupt unterbunden, erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht werden würde. Demgegenüber muß jedoch betont werden, daß dadurch die von einzelnen Komitaten und landwirtschaftlichen Vereinigungen aufgestellte Forderung, das Ankaufsrecht für den kleinen Landwirt sicherzustellen, auch weiterhin unberücksichtigt bleiben wird. Durch dieses Vorgehen wird dem kleinen Landwirt, dem die Erwerbung von Grund und Boden durch die bestehenden Fideikommisse und riesigen Kirchengüter ohnehin schon unmöglich gemacht, auch die Erlangung des Privatbesitzes ganz außerordentlich erschwert, wodurch er auch fernerhin in staatlicher, kirchlicher und aristokratischer Hörigkeit gehalten wird. Die Vorlage wird ferner eine Verfügung darüber enthalten, daß aller Grundbesitz, der, innerhalb sechs Jahren vom Ankauf gerechnet, parzelliert wird, zugunsten eines Siedelungsfonds mit einer Taxe belegt werde, die sich nach der Höhe des Preisunterschiedes zwischen dem Kauf- und Verkaufspreis richtet und etwa 20 bis 50 Prozent des jetzigen Kaufpreises betragen wird.

Besondere Aufmerksamkeit wird in der neuen Vorlage den Besitzerwerbungen der Finanzinstitute zugewendet werden. Es soll in erster Reihe dem Parlament für die Zeit nach dem Kriege die freie Entschließungsmöglichkeit gewahrt werden. Der Regierung soll zu diesem Zwecke die Ermächtigung erteilt werden, allen Grundbesitz, der seit Kriegsausbruch verkauft worden ist, vom Verkaufstermin gerechnet, fünf Jahre hindurch für den bezahlten Kaufpreis für den Staat zu übernehmen. Dadurch sollen die Geldinstitute von spekulativen Käufen abgehalten werden, da sie ja nie wissen können, wann der Staat möglichenfalls von dem ihm zustehenden Kaufrecht Gebrauch machen wird. Durch diese Verfügung werden Spekulationskäufe kaum verhindert, eher aber wird dadurch erreicht werden, daß durch allerlei Kunstgriffe höhere Kaufpreise zum Vorschein kommen werden, als tatsächlich geleistet worden sind. Auch darf nicht vergessen werden, daß unter der Einwirkung dieser den jeweiligen Besitzer bedrohenden Verfügung die Bewirtschaftung der Güter unbedingt leiden wird.

Eine besondere Bedeutung verlangt diese von der Regierung in Aussicht genommene Verfügung für jene reichsdeutschen Staatsbürger, Banken und wirtschaftliche Vereinigungen, welche in der letzten Zeit in ziemlich ausgedehntem Maße Grundbesitz in Ungarn erworben haben. Hoffentlich wird die Vorlage, bis sie greifbare Formen annimmt und vor das Parlament gelangt, manche Glättung erfahren und nicht nur den berechtigten staatlichen und nationalen Interessen, sondern auch jenen der Landwirte und sonstigen Interessenten entgegenkommen.

Der Streit zwischen Tisza und der Opposition.

Ⓑ Budapest, 16. April. (Priv.-Tel., zf.) Der zwischen den oppositionellen Parteien des Abgeordnetenhauses und dem Ministerpräsidenten Grafen Tisza entstandene Streit nimmt sonderbare Formen an. Auf die am Samstag veröffentlichte, vorher vom Monarchen gutgeheißene Erklärung, in welcher betont wurde, daß das Bestreben der Opposition, ein Konzentrationsministerium zu bilden, sich nicht im Gegensatz zur Auffassung des Monarchen befinde, wird heute zur Antwort in einer von der Regierung ausgehenden Auslassung betont, daß sich die betreffenden Herren zur richtigen verfassungsmäßigen Auffassung und zu der pflichtgemäßen Rücksicht gegenüber dem Monarchen in Gegensatz gestellt haben, als sie, wenn auch nach erfolgter Anmeldung beim König eine solche Erklärung veröffentlichten. Durch diese würden jedoch die Erklärungen des Ministerpräsidenten nicht berührt und nicht abgeschwächt. Von niemandem sei je behauptet worden, daß die Idee des Konzentrationskabinetts an der Auffassung des Monarchen ein Hindernis finden würde. Außer den bestehenden objektiven Schwierigkeiten stehe dem nur der Umstand entgegen, daß die oppositionellen Parteien keine Konzentration, sondern unter Benutzung dieses Schlagwortes nur die Lähmung der Majorität, die Verdrängung der ihnen mißliebigen Faktoren und eine solche Gestaltung wollen, welche die Macht in ihre Hände bringt. Die offiziöse Kundgebung ergeht sich sodann in weiteren scharfen Vorwürfen gegen die Opposition, die vertrauliche Besprechungen mit dem König für ihre „selbstsüchtigen Parteiinteressen" ausnutze.

Heute liegen übrigens auch noch Sondererklärungen des Grafen Johann Zichy und Julius Andrássy vor. Ersterer verwahrt sich gegen die durch Grafen Tisza in der jüngsten Parteikonferenz erfolgte Hinauskomplimentierung. Der Parteiklub sei keine Privatwohnung, aus welcher der Hausherr die ihm nicht passenden Besucher hinauskomplimentieren könne. Er (Zichy) bleibe weiter Mitglied der Regierungspartei. Graf Andrássy dagegen erklärt, daß Graf Tisza mit seinen letzten Erklärungen in direkten Widerspruch mit dem Grafen Czernin gelangt sei und hieraus gewiß die Konsequenzen ableiten werde.

Ⓑ Budapest, 16. April. (Priv.-Tel., zf.) In einer gemeinsamen Konferenz der oppositionellen Parteien wurde die rasche Einberufung des Abgeordnetenhauses, die Abdankung der Regierung und die Ernennung einer neuen Regierung mit dem Programm des demokratischen Fortschrittes und des allgemeinen Wahlrechtes gefordert. Auf die über die Frage des Konzentrations-Ministeriums erschienene offiziöse Note veröffentlicht nun wieder die Opposition eine Erklärung, in welcher betont wird, daß die Führer der Opposition nur für die Behauptung die Verantwortung übernehmen, daß der von ihnen unterbreitete Gedanke einer Konzentrationsregierung mit der Auffassung des Monarchen nicht im Widerspruch steht. Dies sei das Wesen der Sache, alles andere die Suche nach Nebengeleisen.

Neues ... Tagblatt

64

17./IV. 1917

Die Einberufung des Parlaments.

Eines lehrte der Weltkrieg, die richtige Distanz zwischen den großen und den kleinen Fragen zu suchen und zu finden und die Unterordnung der Interessen, der verschiedenartigsten, der berechtigten und der sich vordrängenden, unter das Staatsbedürfnis. Was sich im Krieg als die einzig richtige Maxime bewährt hat, das beansprucht naturgemäß die Forderung auch für die Friedenszeit und muß gewiß in der Epoche des Ueberganges in Kraft bleiben. Nun hat sich ein markantes Ereignis in den Vordergrund geschoben, die Friedensfrage als solche, und verlangt die entsprechende Bewertung auch auf anderm als dem diplomatischen Gebiet; diese neue Phase, scharf gekennzeichnet durch die Erklärungen des deutschen Reichskanzlers, durch die Aktion unsres Ministers des Aeußern Grafen Czernin, mußte ihren Einfluß auch auf die Struktur der inneren Politik ausüben. Man sah diese Unterordnung der inneren Politik unter die Gebote der Weltlage und der Friedensfrage in Preußen, man sah sie in Hamburg, man nimmt die mächtige Bewegung zum Aufgebot aller Kräfte nun auch in Ungarn wahr. Diese Erkenntnis, daß alle Kräfte zusammengefaßt werden müssen, um den großen Aufgaben der näheren und weiteren Zukunft zu dienen, sie macht nun auch auf dem Gebiet unsrer inneren Politik ihre ersten bedeutsamen Schritte.

Eben im Hinblick auf die letzten Geschehnisse in der Weltpolitik geht das Kabinett Clam-Martinitz daran, den Programmpunkt seiner Regierungserklärung zeitgemäß zu verwirklichen, der da bekanntlich lautete: „sie hofft, daß der öffentliche Geist, durch die Erfahrungen des Krieges geläutert, sie unterstützen werde und daß das Parlament, seiner verfassungsmäßigen Bestimmung eingedenk, zur Vollendung dieser Arbeiten seine Hand bieten wird". So hat gestern eine Ministerzusammentretung stattgefunden, die dem Einklang der äußeren Politik mit der inneren zu Nutz und Frommen die Einberufung des Parlaments ohne jede Belastung, ohne jegliches Oktroi ins Auge faßt. Es sollen alle Parteien, das heißt alle Kräfte, sich in der Volksvertretung in gleicher Arbeitsfreudigkeit betätigen. Die Aufgaben des Reichsrates, der im Monat Mai tagen soll, sind so gewaltig, die Verantwortung, die er bei seinem Zusammentritt übernimmt, ist derart überwältigend im Hinblick auf die Gestaltung der Verhältnisse in Europa und auf die Neuordnung in Oesterreich, daß allen Kräften, die während des Weltkrieges dem Staatsgedanken freudig und opfervoll gehorchten, die volle Aktionsfähigkeit gewährt werden soll. Alle guten Kräfte sollen, getragen vom Staatsbewußtsein, in patriotischer Freiheit ihre Entschließungen zum Wohle des Vaterlandes fassen, ihr Verantwortungs-

---

erben kann, wenn es mit größter Schaffensfreudigkeit an seine Tätigkeit herantritt. Aus diesem Gesichtspunkt erachtet man es als angezeigt, daß das Abgeordnetenhaus die Schaffe der neuen, wahrhaft historischen Session ohne politische Belastung, die geschäftsordnungen hervorrufen könnte, in Angriff nehmen kann. Beginn seiner Tätigkeit und die sachgemäße Erledigung der vorliegenden Geschäfte. Es ist anzunehmen, daß diese grundlegenden Gesetze auf die Entschließungen der Regierung nicht ohne Einfluß bleiben werden."

Neue Freie Presse

17/IV. 1917

67

Teilweise Ministerkrise in Oesterreich.

Entlassungsgesuche des Handelsministers Doktor Urban und des Ministers Dr. Baernreither.

Wien, 17. April.

Der Beschluß des Kabinetts des Grafen Clam-Martinic über das Unterbleiben der außerparlamentarischen Regelung nationaler Fragen hat zum Ausbruche einer teilweisen Ministerkrise geführt.

Der Handelsminister Dr. Urban und der Minister ohne Portefeuille Dr. Baernreither haben ihr Entlassungsgesuch überreicht. Die Entscheidung über die Genehmigung des Gesuches durch die Krone ist jedoch noch nicht erfolgt.

Der Handelsminister Dr. Urban und Minister Doktor Baernreither sind im Einvernehmen mit dem Deutschen Nationalverband in das Kabinett des Grafen Clam eingetreten. Der Deutsche Nationalverband hatte sich an die Politik gebunden, daß vor Einberufung des Reichsrates auf außerparlamentarischem Wege durch den Paragraphen Vierzehn und durch Patente eine neue Geschäftsordnung, eine Kreisverfassung in Böhmen und Sicherungen für die Einheit der deutschen Amtssprache geschaffen werden sollen. Diese Forderung wurde auch an den Ministerpräsidenten Doktor v. Koerber gestellt. Aber die damalige Regierung hatte die Auffassung, daß zunächst der Reichsrat sofort einberufen werden solle und daß erst nach einem Versuche, ob das Parlament seine Arbeitsfähigkeit nicht aus eigenen Kräften sichern und ob die Parteien nicht aus freiem Willen zu einer nationalen Verständigung gelangen können, eine Entscheidung getroffen werden solle, ob bei Ungangbarkeit des parlamentarischen Weges außerparlamentarische Lösungen in Betracht gezogen werden müssen. Nach diesem Plane hätte die Tagung des Reichsrates schon im Januar begonnen und beiläufig im Juni wäre es klar geworden, welchen Einfluß der Krieg auf die Parteien gehabt und ob die Frage künstlicher Eingriffe, ob diese Krise unserer Verfassungsgeschichte wieder in den Vordergrund kommen müsse.

Der Deutsche Nationalverband wollte sich dieser Politik nicht anschließen und der sich daraus entwickelnde Gegensatz

Haltung die deutschen Parteien zur Regierung des Grafen Clam-Martinic einnehmen sollen. In der Demission der beiden deutschen Minister ist die geänderte Situation bereits in Erscheinung getreten. Ueber die weitere Haltung der deutschen Gruppen liegen noch keine Beschlüsse vor. Nach den in den parlamentarischen Kreisen herrschenden Stimmungen behauptet man die Möglichkeit, daß ein Teil der Deutschen ihrer Mißstimmung über die Wendung, die mit den ihnen gegebenen Zusicherungen in scharfen Widerspruch geraten ist, dadurch Ausdruck geben wird, daß er gegen das Kabinett in Opposition treten wird.

Eine weitere Frage wird das Verhalten der deutschen Parteien gegenüber der Reichsratstagung sein. Die Auffassungen sind hierüber noch nicht geklärt. Die Christlichsozialen werden voraussichtlich die Notwendigkeit, den Reichsrat ehestens einzuberufen, wie sie dies auch bisher in ihren Beschlüssen getan haben, besonders betonen und einen Weg zu finden trachten, der unter der geänderten politischen Richtung eine Reichsratstagung ermöglichen könnte.

Unter den Parteien des Deutschen Nationalverbandes dürfte es zu einer einheitlichen Auffassung kaum kommen. Die deutschradikale Partei und ein Teil der deutschböhmischen Abgeordneten, die nicht im radikalen Lager stehen, fühlen sich durch den plötzlichen Umschwung der Verhältnisse ganz besonders getroffen. Diese Abgeordneten stehen auf dem Standpunkte, daß ohne die Schaffung der so oft in feierlicher Weise in Aussicht gestellten Voraussetzungen eine Reichsratstagung für sie keinen Wert habe. Es wird von Einzelnen sogar der Gedanke erörtert, ob die Deutschen unter solchen Umständen überhaupt ihre Mandate ausüben sollen oder ob nicht durch eine Niederlegung der Mandate den deutschen Wählern Gelegenheit gegeben werden soll, ihre Auffassung unmittelbar zum Ausdruck zu bringen.

Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft wird einen Mittelweg einzuschlagen suchen und allzu radikale Beschlüsse des Nationalverbandes möglichst hintanzuhalten versuchen. Diese Gruppe rechnet hiebei auf die Mitwirkung der deutsch-agrarischen Abgeordneten, deren Obmann Dr. Damm telegraphisch nach Wien berufen wurde.

Die Meinungsverschiedenheiten im Deutschen Nationalverband sind, wie die Dinge heute stehen, ziemlich groß. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß ein Zusammenbleiben der heute im Verbande vereinigten Parteien sich auf die Dauer als unmöglich herausstellen könnte.

Besprechung des Obmannes der Christlichsozialen Landeshauptmann Hauser mit dem Ministerpräsidenten.

Der Landeshauptmann von Oberösterreich, Hauser, der derzeit die Geschäfte der Christlichsozialen Vereinigung führt, hatte heute mittag eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic. Landeshauptmann Hauser hat in dieser Konferenz den Ministerpräsidenten um Mitteilungen über die Absichten der Regierung in der Reichsratsfrage ersucht.

Der Deutsche Nationalverband und die bevorstehende Einberufung des Reichsrates.

Wie die „Politischen Tagebücher" berichten, hat die Meldung von der Einberufung des Reichsrates ohne Erfüllung der von der Regierung bei ihrer Berufung programmatisch verheißenen Neuordnungen die deutschen Abgeordneten aus Böhmen vor eine ganz unerwartete neue Sachlage gestellt, da die von den Ministern Dr. Baernreither und Dr. Urban in letzter Zeit abgegebenen Erklärungen sich mit den vom Grafen Clam-Martinic aufgestellten Grundsätzen deckten und im vollen Einklang mit den Aeußerungen der Ressortminister standen. Ueber die Haltung der Abgeordneten wird die Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes beschließen. Der Vorstand wird Vorkehrungen treffen und zu diesem Behufe heute nachmittag eine Sitzung abhalten, um festzustellen, ob die neueste Wendung der Dinge für die deutschen Minister gleichfalls überraschend kam.

Heute nachmittag sollte eine Besprechung in einer anderen Frage beim Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic stattfinden. Diese Besprechung dürfte abgesagt werden, weil man nicht glaubt, daß der Ministerpräsident in der Lage ist, weiter zu verhandeln.

Deutsche Parteiberatungen.

Die Mitteilung von der Einberufung des Reichsrates ohne vorherige Oktroyierungen wird im Kreise der parlamentarischen Parteien lebhaft besprochen und wird in der allernächsten Zeit zu eingehenden Beratungen im Schoße der Parteien führen. Die deutsch-bürgerlichen Parteien, die Vorstände des Nationalverbandes und der Christlichsozialen Vereinigung, sind bereits für heute zu Sitzungen einberufen worden, denen eine gemeinsame Beratung der Führer der beiden Parteien vorangehen wird. Diese gemeinsame Beratung ist für 3 Uhr nachmittags ins Rathaus einberufen.

Die Stimmen der deutsch-böhmischen Blätter über die Einberufung des Reichsrates.

Prag, 17. April.

Zur voraussetzungslosen Einberufung des Parlaments schreibt die „Bohemia": Man wird die baldigste Einberufung unseres Parlaments gewiß nicht ohne frohe Demut zur Kenntnis nehmen; zunächst schon wegen der schönen Hoffnung auf eine nahe Friedensmöglichkeit, an der das Haus nach besten Kräften mitwirken soll, dann aber auch wegen des darin geäußerten Vertrauens auf die Einsicht und Arbeitskraft dieses Parlaments. Aber es ist und bleibt bedauerlich, daß jene Staatsnotwendigkeiten, welche die Deutschen mehr als zu eigenem Vorteil, zu Nutz und Frommen des von ihnen begründeten Staates vertreten, wieder ins Ungewisse zurücktreten. Niemand leugnet die Schwierigkeiten, die deren Festlegung im gegenwärtigen Augenblick finde. Es lasse sich aber verkennen, daß die Regierung mancherlei Hoffnungen auf die Zukunft offen lasse. Will die Regierung, was sie auf der einen Seite nimmt, auf der anderen wiedergeben? Die Deutschen in Oesterreich haben die Verfassung erstritten und geschaffen. Es könnte und müßte ihnen nur lieber sein, wenn sich die Regierung auf die parlamentarische Durchsetzung jener staatsnötigen Voraussetzungen festlegte.

Das „Prager Tagblatt" sagt: Die Völker Oesterreich-Ungarns haben in der schweren Probezeit des Krieges ein so starkes Bekenntnis zu ihrem Vaterland abgelegt, daß sie ein Recht haben, sich nun das Haus nach ihrem Willen zu bestellen. Sie werden damit dem Lande am besten dienen, zugleich aber auch jene Lüge wohl endgültig beseitigen, mit welcher die Entente seit Jahr und Tag herumhausiert, die Lüge, daß Oesterreichs Völker mundtot seien und eines „Erlösers" bedürfen. Es ist mit Gewißheit anzunehmen, daß sich die Volksvertretung Oesterreichs der ungeheuren Pflicht bewußt wird, die es nun übernehmen muß. Wir können ruhig sagen: Diesmal wird ganz Europa nach Wien blicken, das österreichische Parlament wird zur europäischen Angelegenheit. Freilich wird es allen Sonderwünschen der Fraktionen und Parteiegoismen absagen und sich allein die großen Aufgaben vor Augen halten müssen. Die Zeit der Demagogie und des Chauvinismus ist vorbei. Die Menge erwartet sachliche Arbeit für ein neues demokratisches Oesterreich.

Die Ansicht der Czechen.

Die „Narodni Listy" verweisen auf die ungeheure Verantwortung vor der Gegenwart und der Zukunft, welche das Parlament nun auf sich nimmt, und erklären: Das Parlament wird seinen Aufgaben nur dann in vollem Maße gerecht werden können, wenn es sich leiten lassen wird von eintrachtigen und ausschließlichen Rücksichten auf seine großen geschichtlichen Aufgaben.

Der „Ventov" führt aus: In einem Augenblick, da Rußland unserer Monarchie einen ehrenvollen Frieden anbiete, werde der Reichsrat zur parlamentarischen Tätigkeit aufgerufen. In Momenten wie dem jetzigen müssen sich die Abgeordneten nur die tatsächlich wichtigsten Angelegenheiten vor Augen halten, die mit der größtmöglichen Ueberlegung, aber auch mit einer Energie gelöst werden müssen, wie sie die jetzige gewaltige Zeit erfordert.

Die „Narodni Politika" schreibt: Der Reichsrat werde den großen Aufgaben, die ihn erwarten, nur dann gerecht werden, wenn er in die Beratungen mit jener freudigen Lust und Energie eintreten werde, wie es in dieser hochernsten Zeit der Vorteil aller österreichischen Völker und das Interesse des Staates und des Reiches erfordert.

„Hlas Naroda" spricht die feste Hoffnung aus, daß unser Parlament ein anderes werden wird, als es gewesen war, und daß es sich der kleinlichen Zänkereien entledigen und ohne Belastung aus der Vergangenheit mit neuer Lust sich zu den Beratungen über die Zukunft versammeln wird.

Der „Czech" führt aus: Die Abgeordneten müssen dessen eingedenk sein, daß das Abgeordnetenhaus nur dann den Hoffnungen, die seitens der Regierung in das Haus gesetzt werden, entsprechen kann, wenn es bereitwillig und freudig allen Wünschen der Regierung entspricht, alle ihre Anträge genehmigt und jede Erschwerung dieser Aufgaben vermeidet. Denjenigen, welche in den Fußstapfen Palackys schreiten, wird es nicht schwer sein, sich darüber zu entscheiden, was sie tun wollen. Die czechischen Abgeordneten stehen vor einer staatsmännischen Prüfung.

Im „Pravo Lidu" spricht Abg. Dr. Smeral die Ueberzeugung aus, daß keine Verschärfung der nationalen Gegensätze, sondern eine Abschleifung der Spitzen eintreten werde. Smeral verweist auf die am letzten Samstag kundgegebene Bereitwilligkeit des Czechischen Verbandes, auf verfassungsmäßigem Boden das möglichste für die Einigung der Nationen zu tun. Darauf sei die Antwort erteilt mit dem Beschlusse, das Parlament voraussetzungslos einzuberufen. Wir sind überzeugt, schließt Smeral, daß die bürgerliche Demokratie ebenso, wie sie am Beginn des Krieges einflußlos war, überall, auch bei uns, zu großen Aufgaben in der letzten Phase des Krieges berufen sein wird.

für Wien.
Mittagsblatt 8 Heller.

Abonnementsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus: Wöchentlich 70 h, monatl. K 3.—, vierteljähr. K 9.—. Zum Abholen in den Filialen, in allen Tabak-Trafiken und Verschleißstellen: Monatlich K 3.—.
Provinz und Ungarn: Monatl. K 3.40, viertelj. K 10.20 bei freier Zustellung durch die Post.
Deutschland: Viertelj. K 14.40.
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Viertelj. K 18.—.
Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen:
Schulerstraße 18, Telephon 9191
III. Vazmanitengasse 30, Tel. 40228
X. Wielandplatz 5, Telephon 58244
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 83136
XVI. Klausgasse 34, Telephon 84146
XVII. Zacknergasse 22, Telephon 17175
XXI. Angererstraße 14.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind portofrei

tung

terreich.

r nachmittags.

XXIX. Jahrgang.

71

Rasche Arbeit tut not.

Die Regierung Clam-Martinic ist mit ihren politischen Plänen in die Sackgasse geraten und sie tut, was man vernünftigerweise tun muß, wenn man aus einer Sackgasse herauskommen will, sie kehrt um: das ist der Sinn des Beschlusses, die Voraussetzungen, mit denen man die Einberufung des Reichsrates belastet hat, fallen zu lassen und sich zu der Einberufung, ohne Bedingungen und Erschwerungen, zu bekennen. Wir, die wir seit einem halben Jahre einesteils dem deutschen Bürgertum das Nebelhafte dieser Zusagen, das Unfruchtbare dieser Politik klarzumachen suchen und anderenteils die Regierung auf das Gefährliche und Ziellose dieses Weges ununterbrochen aufmerksam gemacht haben, wir können diese Umkehr als das Einlenken in den geraden Weg wohl begreifen und begrüßen. Aber jene Presse, die nun, nachdem sie dieser Politik, die in den Sumpf führt, monatelang untätig zugeschaut hat, nie ein besinnendes und mahnendes Wort sprach, da die Regierung umkehrt, mit fliegenden Fahnen umschwenkt, diese Presse kann einem nur Verachtung erregen. Es hätte nie so weit kommen können, wenn diese charakterlose Presse nicht allem Zweideutigen und Verderblichen, in der Politik wie überall, Vorschub leisten würde. Drei Jahre hat sie der Ausschaltung des Parlaments gleichgültig zugesehen und jetzt gebärdet sie sich, als wäre die Einberufung immer ihr Herzenswunsch gewesen! Diese hohle Windbeutelei muß immer wieder gekennzeichnet werden.

Die Notwendigkeit der Einberufung des Reichsrates braucht wahrlich nicht, wie man meint, irgend einer Begründung; daß sie der Regierung erst vermittelt werden mußte, zeigt schon, daß bei ihr wohl vieles nicht in Ordnung ist. Die tragsamen Oesterreicher hatten sich an den Zustand, daß sie ohne Parlament regiert werden, also behandelt werden wie schlechthin kein zivilisiertes Volk auf der Erde, freilich schon gewöhnt; vor ihnen konnte sich der Absolutismus alles herausnehmen und er hat ja allmählich alle schamhaften Hüllen fallen gelassen. Aber — und das hat wohl niemand schmerzlicher empfunden als der Minister des Aeußern — wir sind mit diesem entwürdigenden Zustand geradezu in Europa in Verruf gekommen; diese politische Schandwirtschaft nahm „von unseren Taten, noch so groß verrichtet, den Kern und Ausbund unsres Wertes weg"; und alle militärischen Leistungen vermochten nicht den Eindruck zu verwischen, daß wir, politisch angesehen, als kein solventer Staat dastanden. Gewisse internationale Tatsachen, die immer auf die Bezweiflung der Lebensfähigkeit des Nationalitätenstaates hinausliefen, haben ihre letzte Quelle in der Ausschaltung des Reichsrates, in dem absolutistischen Regime, das, indem es seine Notwendigkeit beteuerte, die Daseinsfähigkeit des Staates verneinte. Der Krieg hat das Selbstbewußtsein aller Völker gesteigert, jeden einzelnen gegen Druck und Unbill empfindlicher gemacht; wenn nun in Oesterreich der verfassungswidrige Zustand aufrecht blieb, es bleiben konnte, so mußte das geradezu naturnotwendig dahin gedeutet werden, daß dieser Staat auch von den eigenen Völkern nicht als das Naturgegebene und Endgültige betrachtet werde. Was alles das inmitten des Weltkrieges bedeutet, wo tausend mißgünstige Augen nach jedem Zeichen staatlicher Schwäche spähen, braucht nicht auseinandergesetzt zu werden; der Schaden, der aus der § 14-Wirtschaft entstand, ist unermeßlich: er hat das innere Leben vergiftet und die Lage nach außen unendlich erschwert. Man wird es noch erkennen, daß jene Regierung, mit deren Sünden die gegenwärtige zu ringen hat, die Oesterreich rettete, indem sie die Kirchhofsruhe über das ganze Land breitete und den Staat zu einem Gegenstand des Mitleids für die Freunde, zu einem Gegenstand der Geringschätzung für die Feinde machte, an dem Reich, an allen seinen Völkern und an der Gesamtheit der Staatsbürger schwer gefrevelt hat. Wenn die Regierung Clam-Martinic sich zur Umkehr entschließt, wenn sie entschlossen ist, den Reichsrat in den Mittelpunkt zu rücken und ihm die Achtung nie mehr zu weigern, auf die die Volks-

Pester Lloyd
18. IV. 1917
73

Die Wendung in der inneren Politik Oesterreichs.

— Von einem Wiener Mitarbeiter. —

Wien, 17. April.

Der zähe Kampf, der seit Wochen mehr in der Stille verschwiegener Beratungszimmer, als in der vollen Oeffentlichkeit geführt wurde, ist entschieden. Die Politik der vor der Reaktivierung des Reichsrates zu schaffenden „Voraussetzungen" fällt über Bord, die voraussetzungslose Rückkehr zu Verfassung und Parlament hat den Sieg davongetragen. Eine der fernen Ausstrahlungen der russischen Revolution, die von aufmerksamen Beobachtern der inneren österreichischen Politik sofort vorausgeahnt wurde. Der verwickelte Organismus des österreichischen Staatswesens hat neben anderen Besonderheiten auch die Eigentümlichkeit, daß er viel empfindlicher, als dies in anderen Ländern der Fall ist, auf Vorgänge in den Nachbarstaaten reagiert. Die starken Zusammenhänge, die überall und zu allen Zeiten zwischen äußerer und innerer Politik bestehen, in Oesterreich waren sie immer handgreiflicher und unmittelbarer. Die intimeren Kenner der zeitgenössischen österreichischen Chronik haben sich, als heute die Mitteilungen über die Entschließung der Regierung, den Reichsrat ohne vorherige Oktrois einzuberufen, bekannt wurden, gewiß an die Entstehung des allgemeinen Wahlrechts erinnert. Diese größte Reform der inneren Politik seit Beginn des Verfassungslebens hat ihre Antriebe von der ersten russischen Revolution empfangen. Die Schwingungen, die von Osten her die labile österreichische Politik in Erregung setzten, haben damals den Entschluß ausgelöst, die seit 1893 in Fluß befindliche Wahlrechtsfrage ein für allemal zu lösen. Nun entbindet abermals eine Erschütterung im Osten die Starrheit, die mehr als drei Jahre das österreichische Verfassungsleben gefesselt hielt. Es gibt geschichtliche Vorgänge, die lange unter der Oberfläche bleiben und deren Wirkungen erst allmählich hervorkommen, andere historische Ereignisse stoßen gleichsam mit Ungestüm die Tore auf und verändern auch dem blödesten Auge sichtbar das Antlitz des Tages. Die russische Revolution ist von der letzteren Art. Nach diesem gewaltigen Ausbruch tiefster Not eines großen Volkes hat der Krieg, dieser scheinbar unbesiegliche Riese, einen Arthieb erhalten. Ein neues Kapitel hat begonnen, nichts, was gestern war, ist heute unverändert. Die Welt spürt überall, daß es nun gilt, sich für den kommenden Frieden vorzubereiten. So wird auch das österreichische Verfassungsleben jäher aus der Betäubung aufgerüttelt, als man gedacht hatte.

Der Krieg mit seinem Donnerlärm hatte das österreichische Parlament nicht erweckt. Es ist stets als ein Problem betrachtet worden, warum der verstorbene Ministerpräsident Graf Stürgkh nicht im Sommer 1914, als die Monarchie in den Existenzkampf eintrat, das Abgeordnetenhaus einberief, warum er nicht die im Streit befangenen Parteien vor die Oeffentlichkeit stellte und darauf ankommen ließ, ob nicht die in den Völkern lebende und in der Begeisterung der Armee zum Ausdruck kommende Staatstreue allen kleinlichen Zwist wie in einem rotglühenden Ofen zum Schmelzen gebracht hätte. Damals gewann ängstliches Zurückblicken auf die jüngste Vergangenheit die Oberhand. Vielleicht hätte mutigeres Zugreifen nicht bloß manche der unerquicklichen Erscheinungen an den Fronten und im Hinterlande in den Keimen erstickt, vielleicht wären die Fragen, die im Frieden wie böses Schlinggewächs sich auf Kosten der gesunden Säfte auswuchsen, rasch zur Lösung gebracht worden. Die Zeit wurde versäumt, und später haben die wirtschaftlichen Sorgen Regierung und Verwaltung vollauf in Anspruch genommen. In der parlamentslosen Zeit hat sich jedoch ein Gedanke eingenistet, mit dem auch, ehe die nationalen Wirren und die Unfähigkeit der Parteien, von sich aus zum Frieden zu kommen, die Oeffentlichkeit ungeduldig machten, manchmal gespielt worden war, der aber im Flusse der praktischen parlamentarischen Regierung immer wieder als undurchführbar erkannt worden ist. Es war der anscheinend einfache Gedanke, die Streitigkeiten, die das Parlament verödeten, durch ein Machtwort von oben aus der Welt zu schaffen. Die „Neuordnung Oesterreichs" im Wege von Oktrois schien ein bequem gangbarer Ausweg. Man erzählt, daß Graf Stürgkh dieser Idee geneigt war, und die deutschen Radikalen, die Hauptträger des Oktroigedankens, beriefen sich auf direkte Versprechungen, die ihnen der verstorbene Ministerpräsident gemacht habe. Dr. v. Koerber, der während seiner ersten Regierung gegen den § 14 keine Gewissensgedanken gehegt, jedoch die Abgründe des nationalen Kampfes genau kannte, hat, als ihn der Tod des Grafen Stürgkh wieder ins Ministerium brachte, den Wagen von dem Oktroistrang wieder auf die normalen Geleise allmählichen Ueberganges zur Verfassung zu schieben gesucht. Die politischen Faktoren, die sich für die Oktroierung entschieden hatten, ließen ihm keine Zeit, sein Programm der Bedächtigkeit zu versuchen. Mit dem Amtsantritt des Grafen Clam-Martinic trat das Oktroi in den Vordergrund, die zwei deutschen Minister Dr. Urban und Dr. Baernreither übernahmen den deutschen Parteien gegenüber die Verpflichtung, vor Einberufung des Parlaments die Oktrois durchzuführen. Freilich, je weiter die Zeit vorannückte, desto höher wuchsen die Schwierigkeiten der Oktroipolitik. Begreiflicherweise! Man mußte erwägen, wie die Entscheidung nationaler Fragen über den Kopf der Vertreter der nationalen Parteien hinweg auf die Bevölkerung wirken würde. Man mußte beachten, daß auch auf deutscher Seite über den Umfang des Oktrois starke Meinungsverschiedenheiten herrschten. Die Christlichsozialen wollten nur eine Geschäftsordnung, die Deutschböhmen die Lösung aller sprachlichen und nationalpolitischen Streitfragen im gesamten Bereiche der staatlichen und autonomen Verwaltung, andere Gruppen hielten eine Festsetzung des Deutschen als der gemeinsamen Verkehrssprache in den vitalen staatlichen Angelegenheiten für genügend. Dazu kam das galizische Problem, welches wohl nicht aus dem Gedankenkreise der Oktroipolitik stammt, sondern mit der großen polnischen Frage zusammenhängt, jedoch unmittelbare Wirkung auf das österreichische Parlament übt, weil die Polen als große geschlossene Partei stets einen maßgebenden Einfluß auf die Stärke des deutschen und slawischen Lagers üben. Blieb die galizische Frage außerhalb der Oktroipolitik, nahmen also die Polen nach wie vor voll an den Verhandlungen und Abstimmungen im Abgeordnetenhause teil, so war die Mehrheit des Parlaments nach wie vor slawisch; damit war aber den extremsten Vertretern des Oktroi nicht Genüge getan. Versuchte man, das Oktroi auf Galizien auszudehnen, was, nebenbei bemerkt, ohne starke Eingriffe in klare Verfassungsbestimmungen schwer angängig war, so brachte man die übriggebliebenen slawischen Parteien, Tschechen und Slowenen, in die Stellung hoffnungsloser Minorität. Damit wäre der leidenschaftliche Kampf um Sprache und Nation anstatt beendet, nur tiefer aufgewühlt worden. Diese inneren Schwierigkeiten der Oktroipolitik brachten eine nervöse Spannung in die innerpolitische Lage. Die Unruhe, die sich in Gerüchten und in Gegengerüchten Luft machte, wuchs unverkennbar an.

In dieser Verworrenheit und in diesem Kampf brachten Ereignisse von außenher die Entscheidung. Der erste, der dem Oktroigedanken einen schweren Schlag versetzte, war der deutsche Reichskanzler von Bethmann Hollweg. Seine Erklärung gegen das Oktroi in der preußischen Verfassungsfrage hat hier ungewöhnliches Aufsehen erregt. So war der Oktroigedanke bereits erschüttert, als die russische Revolution ausbrach. Für Oesterreich bedeutete dieses große Ereignis, daß die Frage der Wiederherstellung des parlamentarischen Lebens, die seit ungefähr einem halben Jahre die Regierung und die Bevölkerung beschäftigt, in beschleunigtem Tempo gelöst werden mußte. Mit der Revolution war die Möglichkeit des Friedens in greifbare Nähe gekommen. Die Regierungen, die an den Frieden herantreten, bedürfen der vollen Autorität einer geschlossen hinter ihnen stehenden öffentlichen Meinung. Wie am Beginn des Kampfes für den Krieg mobilisiert wurde, so gilt es jetzt, die Mobilisierung für den Frieden einzuleiten. Oesterreich war bisher das einzige der kriegführenden Länder, in dem die Volksvertretung nicht mitgesprochen hat. Nur innere Fragen waren es, die die Einberufung des Parlaments verzögerten. Denn niemand zweifelt daran, daß der österreichische Reichsrat, wenn die Abgeordneten sich auf dem Franzensring wieder zusammenfinden, ein Bild einmütiger Geschlossenheit der auswärtigen Front gegenüber zeigen wird. Die Frage war nur, ob das Parlament mit den Oktrois belastet werde, oder ob die Arbeit ohne dieses Schwergewicht beginnen soll. Die Frage ist eine rein innerpolitische und sie ist ausschließlich nach innerpolitischen Zweckmäßigkeitsgründen entschieden worden. Der Entschluß fiel gegen das Oktroi, weil viele schmerzliche Erfahrungen der inneren österreichischen Geschichte gezeigt hatten, daß Oktrois nur vorübergehende Auskunftsmittel sind, daß jedes Oktroi sich selbst verzehrt und daß es auch für die Lösung der inneren

e der gesündere Gedanke ist, auf das Zusammen-
igkeitsgefühl der Nationen, das sich in der Armee so
bewährt hat, zu vertrauen. Mit der Politik der im
iwege zu schaffenden Voraussetzungen mußten
gemäß auch die deutschen Kabinettsmitglieder
und Baernreither über Bord fallen, und gleichzeitig
ten hat auch der galizische Minister seine Demission
t. Ob die bisher bloß partielle Krise nicht zur Er-
ung der Stellung des ganzen Ministeriums Clam-
ic führen werde, bleibt noch abzuwarten. Der neue
ber wird, auch wenn die Berufung eines neuen
ts notwendig werden sollte, sich unter allen Um-
durchsetzen.

Tägliche Rundschau

18/IV. 1917

18/75

Ministerkrisis in Oesterreich.

Wien, 17. April. Wie die Blätter erfahren, haben die Minister Dr. Bärnreither und Handelsminister Dr. Urban ihre Entlassung angeboten.

Für uns Reichsdeutsche bedeutet die Meldung von einer Ministerkrisis in Wien in diesem Augenblick eine erhebliche Ueberraschung. Sie ist zwar eine rein häusliche Angelegenheit Oesterreichs, berührt uns im Reich aber doch stark, da wir bei der Betrachtung des österreichischen Nationalitätenwesens und -Unwesens die Stimme des Blutes natürlicherweise nicht überhören können. Die Wiener Ueberraschung ist uns zunächst nicht angenehm, denn es ist eine einfache Rechnung, daß der gemeinsame Rücktritt der deutschen Vertreter im Kabinett Clam-Martinitz — als solche vor allem doch hat man Dr. Bärnreither und Dr. Urban anzusehen — seinen Grund haben muß in der Befürchtung, daß das Kabinett Clam-Martinitz in der Nationalitätenpolitik einen Kurs steuern wolle, den mitzumachen die Herren Bärnreither und Urban als Vertrauensmänner des österreichischen Deutschtums mit ihrem Gewissen nicht glauben vereinigen zu können. Die ersten zu der Rücktrittsmeldung vom Draht aus Wien gegebenen Mitteilungen bestätigen diese Annahme, in deutschem Sinne eine erhebliche Befürchtung, durchaus. Danach wird nämlich in Wiener deutschen Parteikreisen das Entlassungsgesuch der Herren Bärnreither und Urban mit dem Hinweis darauf begründet, daß die Einberufung des Reichsrates für den Mai erfolgen solle, daß es aber maßgebende politische Kreise mit Rücksicht auf die Vorgänge auf dem Gebiete der auswärtigen Politik nicht für zeitgemäß erachteten, durch Anwendung des Paragraphen 14 die sogenannten Voraussetzungen für die Einberufung zu schaffen, und daß diese maßgebenden Kreise deshalb von den zuvor in Erwägung gestellten kaiserlichen Verordnungen über die neue Geschäftsordnung des Reichsrates, die Neuordnung der nationalen Verhältnisse in Böhmen sowie über die Festsetzung einer Verkehrssprache absehen wollen. Die beiden deutschen Minister waren seinerzeit in das Kabinett mit ausdrücklicher Zustimmung der deutsch-bürgerlichen Parteien eingetreten. Da in mehreren Beschlüssen des deutsch-nationalen Verbandes und der christlich-sozialen Vereinigung jene Voraussetzungen für die Einberufung des Reichsrates verlangt worden waren, sahen sich die beiden Minister durch die angedeuteten Sinnesänderungen und neuen Absichten an maßgebender Stelle zu ihrem Entlassungsgesuch veranlaßt.

Ohne noch die Einzelheiten dieser allerjüngsten inneren Krisis in Oesterreich zu kennen, darf man doch kurz feststellen, daß sie für die Deutschen Oesterreichs nichts Erfreuliches bedeuten kann. Man steht einer völligen Schwenkung des Kabinetts Clam-Martinitz gegenüber. Als im letzten Dezember die rasche Reihe Stürgkh-Körber-Spitzmüller bei Clam-Martinitz anlangte und einstweilen Halt machte, wiesen wir darauf hin, daß der politische Gedanken- und Vorstellungskreis, der um den Namen des tschechischen Feudalen Clam-Martinitz gezogen sei, uns Deutsche vor allem an die Nationalitätenfrage gemahnen müsse, die doch immer und zumal heute mit als wichtigster Punkt auf dem Arbeitsprogramm eines österreichischen Kabinetts stehen müsse, ob das nun Körber, Spitzmüller oder Clam-Martinitz heiße. Hier sei es denn, wo bei dem Namen Clam-Martinitz deutsche Zweifel und Bedenken sich regen könnten. In der Tat, wer zuvor in dem Grafen Clam-Martinitz, als dem Ackerbauminister Körbers, eine Gefahr für das österreichische Deutschtum sah, um deretwillen er den raschen Sturz Körbers vielleicht begrüßte, der mußte in einem Ministerpräsidenten Clam-Martinitz erst recht eine Gefahr sehen und befürchten, die Deutsch-Oesterreicher seien auf dem Wege von Körber zu Clam-Martinitz aus dem Regen in die Traufe geraten. Tatsächlich waren die Deutschradikalen gegen Körber gewesen, weil er die Nationalitätenfrage nicht mit dem § 14, sondern mit dem Parlament, mit Polen, Tschechen und anderen Slawen hatte regeln wollen. Auch Clam-Martinitz, der Ministerkollege und Nachfolger Körbers, hatte sich noch kurz vor seinem Eintritt in das Kabinett im Herrenhaus lebhaft für die Wiederbeteiligung des Kabinetts an der tätigen Politik bemüht. Das ergab naturgemäß von vornherein einen Gegensatz und schwere Bedenken vom deutschen Standpunkt auch

Frankfurter Zeitung

77

18. IV. 1917

Der Umschlag in Oesterreich.

Der Rücktritt der deutschen Minister.

Der österreichische Reichsrat soll im Mai einberufen werden. Das ist das Ergebnis einer durch länger als ein halbes Jahr fortgesetzten politischen Unterhaltung in Oesterreich. Da im Juni überhaupt das Mandat dieses Reichsrates abläuft, so wird die Regierung sich mit der Einberufung einigermaßen beeilen müssen. Aber es ist möglich, daß sie gerade aus diesem Grunde recht lange gewartet hat; denn ein Parlament, dessen Lebensdauer nur noch kurz bemessen ist und ohne Zustimmung der Regierung nicht verlängert werden kann, ist — so rechnet vielleicht Graf Clam-Martinitz — gefügiger als eines, das noch in der Maienblüte seiner ungeberdigen Kraft steht. Man hat das Parlament nicht eher einberufen, weil man bisher nicht sicher war, die Möglichkeit, mit ihm zu regieren, besser geworden sei, als vor dem Kriege. Damals, vor mehr als drei Jahren, hat Graf Stürgkh das Abgeordnetenhaus fortgeschickt, weil die tschechische Obstruktion jede geordnete parlamentarische Tätigkeit unmöglich machte. Als dann der Krieg kam, zeigten mancherlei Erscheinungen in diesem, daß das bisherige System der inneren Politik zu Schlimmerem, als der bloßen Lahmlegung des Reichsrates führen und daß man daher neue Wege betreten müsse, um dem alten Kaiserstaat seine politische Zukunft sicherzustellen. Für diese glaubte man die nächsten Voraussetzungen in der Schaffung einer vernünftigen Geschäftsordnung für das Abgeordnetenhaus, in der nationalen Abgrenzung der Verwaltungsgebiete in Böhmen und der Festsetzung des Deutschen als Staatssprache zu schaffen. Dazu sollten dann noch durch die Autonomie Galiziens die galizischen Abgeordneten aus dem Reichsrat ausscheiden und damit eine unbedingt regierungsfähige und staatstreue Mehrheit in diesem gebildet werden. Weil aber so gut wie sicher war, daß diese politischen Umgestaltungen im bisherigen Reichsrat ausgeschlossen sind, so stand man vor der Frage, ob man diese Reformen unter dem augenblicklich noch geltenden Notparagraphen 14 im Verordnungswege einführen oder ob man sie dem Parlament zur verfassungsmäßigen Beratung unterbreiten sollte, was einem Fallenlassen gleichkäme. Die deutschen Minister in der Regierung, Dr. Urban und Dr. Baernreither, und die deutschen Parteien sind für die Einführung durch Verordnung eingetreten. Die Slaven, Feudalen und ein großer Teil der Bureaukratie, bei denen sonst die Anwendung des § 14 ein sehr beliebtes Aushilfsmittel war, sind dagegen.

Noch vor einigen Tagen schien es, als sei Graf Clam-Martinitz entschlossen, die Reformen auf alle Fälle durchzuführen, und jedenfalls hat er bis ganz vor Kurzem die deutschen Minister seines Kabinetts in dem Glauben erhalten, das Parlament werde erst einberufen werden, wenn diese Verordnungen, mit denen für Oesterreich gewissermaßen eine neue Zeit anheben sollte, durchgeführt seien. Noch am 12. April hat Dr. Urban im Deutschen Nationalverband eine ganz bestimmte Mitteilung dieser Art gemacht. Vier Tage später wurde der Welt mitgeteilt, daß die Regierung zwar den Reichsrat im aMi einberufen, aber von der Schaffung jener oben erwähnten Voraussetzungen für die Einberufung absehen will. Das sieht natürlich wie eine Vertagung bis zum St. Nimmerleinstag aus, und es kann auch wohl kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß die Regierung in ihrer Mehrheit sich dieser Bedeutung ihres Entschlusses nicht bewußt wäre. Daß die beiden deutschen Minister unter solchen Umständen, unter denen sie als die Irregeführten erscheinen müssen, um ihren Rücktritt nachgesucht haben, ist ganz selbstverständlich. Denn es liegt auf der Hand, daß eine Maßregel, die über ihre Köpfe hinweg ergriffen worden ist, und von der sie bis vor wenigen Tagen noch nicht einmal etwas gewußt haben, ein ganz augenfälliger Sieg des alten slavisch-feudalen Systems ist und seine Spitze gegen die Deutschen richtet, die jene Reformpolitik zu ihrem Programm gemacht haben.

Welche weiteren Folgen das Ausscheiden der beiden Minister aus der Regierung nach sich ziehen wird, ist einstweilen noch nicht zu erkennen. Daß in den deutschen Parteien eine starke Erbitterung um sich greift, wie in einem Wiener Telegramm gemeldet wird, versteht man ohne weiteres. Aber es ist nicht wahrscheinlich, daß die deutschen Parteien unter den jetzigen Umständen in die Opposition gehen werden. Sie waren immer die Staatstreuen. Das weiß man auch an den bestimmenden Stellen und damit rechnet man. Eine nationale Abgrenzung in Böhmen zu schaffen und die deutsche Verkehrssprache einzuführen wagte man nicht, weil man da-

Reichspost

19./IV. 1917

Die Programmänderung der Regierung.

Empfang der deutschen Parteiführer durch den Monarchen. — Voraussichtliche Beseitigung der Schwierigkeiten.

Wien, am 18. April.

Im Laufe des heutigen Tages wurden die Bemühungen, über die Schwierigkeiten, welche durch die plötzliche Programmänderung der Regierung hervorgerufen wurden, möglichst rasch hinwegzukommen, unermüdlich fortgesetzt. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß diese Bemühungen, nicht zuletzt dank der eifrigen besonnenen Einflußnahme der christlichsozialen Führer, zum Erfolge führen werden, wenn auch auf den Ernst der Enttäuschung, die insbesondere die Vertreter Deutschböhmens über die abermalige Verschleppung der endlichen Ordnung in Böhmen zeigen, nicht nachdrücklich genug hingewiesen werden kann.

Gestört könnte diese Entwicklung der Dinge zu einer befriedigenden Klärung nur noch durch die Giftmischereien jener gewissenlosen, nur auf die Zersprengung des deutschen Blocks bedachten Presse werden, die gegen einzelne Gruppen des Nationalverbandes mit der Unterstellung arbeitet, daß sie den Reichsrat hintertreiben, eine Abstinenzpolitik machen, ja sogar den zukünftigen Frieden obstruieren wollen. Dafür, daß deutschen Parteien, die ein arbeitsfähiges Parlament und eine Stärkung des Staates anstreben, das Hinausschieben jener Voraussetzungen, die ihnen die Erreichung des Gewollten im Interesse des Staates und aller seiner Völker zu verbürgen schienen, nicht gleichgültig sein kann und daß sie nicht heute über das Gegenteil dessen, was ihnen gestern noch Hoffnung gewesen, Freude zeigen können, fehlt den erwähnten, von Konjunktur zu Konjunktur springenden Organen der öffentlichen Meinung freilich alles Verständnis.

Es ist, wie sich die Dinge seit gestern gestaltet haben, nicht ausgeschlossen, daß der Uebergang vom bisherigen zum neuen Arbeitsprogramm der Regierung auf einem andern Wege als auf dem des Rücktrittes der Minister Dr. Bärnreither, Dr. Urban und Dr. v. Bobrzynski gefunden wird. Wenn es nämlich gelingt, den deutschen Parteien die Ueberzeugung zu verschaffen, daß im vorliegenden Falle „aufgeschoben" nicht gleichbedeutend ist mit „aufgehoben", also daß die Regierung ernstlich gewillt ist, den wesentlichen Inhalt der „Voraussetzungen" auf dem Wege parlamentarischer Vereinbarungen und Beschlüsse zu verwirklichen, und in dem unwahrscheinlichen Falle, als sich das Parlament abermals funktionsunfähig erweisen sollte, ohne es zu tun, worauf nun einmal der Staat nicht mehr verzichten kann, dann erschiene die Zurückziehung der Vertrauensmänner aus der Regierung kaum mehr als ein zweckmäßiger Schritt. Gewiß ist, daß unter den einmal gegebenen Verhältnissen den deutschen Parteien mit einem Wechsel der Regierung selbst, deren Chef Graf Clam-Martinic sich übrigens des ungeschmälerten Vertrauens der Krone erfreut, nicht gedient wäre; ebenso gewiß ist ferner, daß dem Nationalverband ein Kabinett Clam-Martinic ohne Vertrauensmänner des Verbandes nicht erwünschter sein kann als mit solchen. Unter solchen Umständen wäre die Zurückziehung der Vertrauensmänner wohl eine eindrucksvolle, aber schwerlich eine nützliche Demonstration; wohl eine konstitutionell „richtige" Schlußfolgerung aus den geänderten Verhältnissen, aber kaum eine zweckmäßige und zielführende. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß die Rücktrittsgesuche der drei Minister wieder rückgängig gemacht werden, ja dies ist sogar wahrscheinlich, wenn der Regierung es gelingt, den Nationalverband von der Zwangslage, von der sie zur Programmänderung genötigt wurde, und von ihrer festen Absicht, die Sache selbst nicht mit der Form und mit dem Termin fallen zu lassen, sondern mit allem Ernste weiter zu verfolgen, zu überzeugen.

Diese Form der Lösung ist, wie wir erfahren, unterwegs.

Die Führer der bürgerlichen deutschen Parteien, und zwar für den Nationalverband die Abgeordneten Dr. Groß, Dr. Damm, Wolf, Pacher und Dr. Steinwender, für die Christlichsozialen Landeshauptmann Prälat Hauser (beziehungsweise in dessen Vertretung Abgeordneter Fink), Landmarschall Prinz Liechtenstein und Bürgermeister Dr. Weiskirchner sind für morgen zum Kaiser ins Schloß Laxenburg in Audienz beschieden. Von dieser Audienz ist eine völlige Klärung der Lage und eine die deutschen Parteien beruhigende Aufhellung der Sachlage zu erwarten. Zum Sprecher der Abordnung in der Audienz wurde Bürgermeister Dr. Weiskirchner gewählt, doch wird jeder der Teilnehmer selber in die Lage kommen, seine Ansichten vorzubringen.

So dürfte auch diesmal, wie so oft schon, das persönliche Eingreifen des Monarchen die Lösung des gordischen Knotens bewirken. Der Entschluß des Kaisers, ähnlich wie es in Budapest immer, und zwar mit guten Ergebnissen, geübt wird, auch in Oesterreich in kritischen Stunden die Führer und Vertrauensmänner der Parlamentsparteien zur unmittelbaren Berichterstattung und Aussprache vorzuladen, wurde in den parlamentarischen Kreisen mit freudiger Genugtuung aufgenommen und als ein großer Fortschritt auf dem Wege zur Ueberwindung der alten innerpolitischen Schwierigkeiten begrüßt.

•

Ueber den Verlauf der heutigen Beratung des gemeinsamen Vollzugsausschusses der deutschbürgerlichen Parteien wird folgende parteiamtliche Mitteilung ausgegeben:

Unter Vorsitz des Abg. Dr. Groß hielt der gemeinsame Vollzugsausschuß der deutschbürgerlichen Parteien heute nachmittag eine vierstündige Beratung ab, in der sich eine vollständige Uebereinstimmung der Meinungen kundgab. Die Beratung, der als Vertreter des Deutschen Nationalverbandes die Abgeordneten Doktor Groß, Dr. Damm, Wolf, Dr. Stölzel, Dr. Freißler, Dr. Schreiner, Pacher und Steinwender, als Vertreter der Christlichsozialen Landeshauptmann Hauser, Landmarschall Prinz Liechtenstein, Herrenhausmitglied Dr. v. Wittek, die Abgeordneten Baron Fuchs, Fink, Schraffl, Stöckler und Dr. Mataja, Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Oberkurator v. Steiner, Vizebürgermeister Rain, Landesausschuß Kunschak und Regierungsrat Schmid, ferner die Herrenhausmitglieder Fürst Fürstenberg und Braß, sowie die Minister Doktor Baernreither und Dr. Urban beiwohnten, wird am Freitag fortgesetzt.

•

Von deutschradikaler Seite wird die Meldung einzelner Blätter, die deutschradikale Partei habe eine Abstinenzpolitik beantragt, entschiedenst in Abrede gestellt. — Die deutschböhmische Vereinigung wird über ihre endgültige Stellungnahme am 20. d. im Ausschusse und 23. d. in einer Vollversammlung schlüssig werden. — Der Nationalverband hält am 24. d. eine Vollversammlung ab.

19./IV. 1917

86

Die Anschuldigungen gegen Mitglieder der serbo-kroatischen Koalition.

Erwiderung auf die Erklärung des Ministerpräsidenten Graf Tisza in der „Reichspost" vom 17. April.

Wir erhalten folgendes Schreiben:

Sehr geehrter Herr Chefredakteur!

Ende des vergangenen Monates hielt ich im ungarischen Abgeordnetenhause zwei Reden, in welchen ich [be]hauptete, daß mehrere Mitglieder der den Ministerpräsidenten Graf Tisza und den Banus von Kroatien Skerlecz unterstützenden serbisch-kroatischen Koalition durch Dokumente aufs schwerste kompromittiert [wur]den, die von unseren militärischen Behörden im besetzten [ser]bischen Gebiet unter den Schriften der geflüchteten [ser]bischen Regierung und der Narodna Odbrana entdeckt [wor]den. Es sind dies sechs Abgeordnete der serbisch-kroatischen Koalition [und] mehrere der mit dieser in innigster Freundschaft [ste]henden Personen. Ich legte dem Abgeordnetenhause [die] Originaldokumente in photographischen Aufnahmen [und] gleichzeitig in der amtlichen deutschen Uebersetzung [den] betreffenden militärischen Behörden vor.

Bei diesen Anlässen enthüllte ich das Vorgehen des [Mini]sterpräsidenten und des Banus, die von diesen [Doku]menten seit Anfang Dezember 1916 Kenntnis be[saßen], also seit Monaten im Besitz derselben waren — [was] dies übrigens Graf Tisza in seiner Rede anerkannte [und] dadurch bestätigte — und dennoch zur Aufklärung [dieser] peinlichen politischen Affäre keinen Schritt unter[nahm].

Aus der Rede des Grafen Tisza erfahren wir, daß [einige] Tage vor meiner ersten Rede die hohen militäri[schen] Kommanden von Sr. Majestät einen Befehl er[hielten], daß der ungarischen Regierung der Inhalt der [diesbe]züglichen Akten und Dokumente mitzuteilen sei.

Die Konklusion meiner parlamentarischen Reden war [also] bleibt, daß dieses Vorgehen des Ministerpräsidenten [und] des Banus mit den wichtigsten Interessen der Dynastie und der Monarchie [nicht] vereinbart werden kann.

Nun finde ich in der heutigen „Reichspost" eine [Erklä]rung des Grafen Tisza, die mich veranlaßt, fol[gende] Tatsachen öffentlich festzustellen:

Ich behauptete, daß auf dem Konfidentenverzeichnis des gewesenen serbischen Ministerpräsidenten Pasic sechs Abgeordnete genannt sind, die auch heute noch zu den Stützen des Regimes Skerlecz-Tisza gehören.

Ich behauptete, daß ein in der Liste befindlicher Abgeordneter als Gewährsmann eines serbischen Spähers aus Syrmien bezeichnet wurde.

Ich behauptete ferner, daß ein mittlerweile ins Ausland geflüchteter Abgeordneter der serbisch-kroatischen Koalition zu Beginn des Krieges vom ungarischen Abgeordnetenhaus, beziehungsweise kroatischen Landtag seine Diäten und von der Regierung Pasic gleichzeitig Spionagegehalt bezog.

Ich behauptete weiter, daß bei einem unserer kompromittierten Abgeordneten ein entwendeter Staats-Chiffreschlüssel bei einer Hausdurchsuchung gefunden wurde und trotzdem gegen diesen Abgeordneten kein Strafverfahren durchgeführt wurde. Auf diese und ähnliche schwerwiegendsten Anklagen, die auch die „Reichspost" in ihrem Artikel vom 14. d. erwähnt, hat der Ministerpräsident kein Wort der Entgegnung. Dagegen spricht er davon, daß ich behauptet hätte, die Mitglieder der Koalition hätten in Kroatien für die serbische Narodna Odbrana Geldbeträge gesammelt. Hier dementiert der Ministerpräsident, seiner Gewohnheit gemäß, wieder etwas, was ich niemals behauptete. Ich behauptete und behaupte neuerdings, daß sich bei einer der Stützen des Tisza-Skerleczschen Regimes in Kroatien auch ein Notizbuch über gesammelte Gelder für die Narodna Odbrana vorfand. Die einzige Verteidigung hiefür soll sein, daß es sich um eine angeblich kroatische Geheimgesellschaft mit ähnlichem Namen handelt. Obwohl diese Detailfrage angesichts der von mir erhobenen schweren Anklage keine sonderliche Beachtung verdient, muß ich konstatieren, daß nach Serbien geflüchtete Studenten, die zu Komitadschis ausgebildet wurden, durch den Sammler dieser Beträge direkt unterstützt wurden, wie ich dies durch authentische Dokumente bewiesen habe.

Wenn aber Ministerpräsident Tisza kein Wort der Entschuldigung und Verteidigung für die vorerwähnten Anklagen gegen seine politischen Anhänger und Stützen findet, ist es kennzeichnend, daß ein Minister für Kroatien in einem Interview heute folgende Tatsachen konstatiert:

Die Mitglieder der serbisch-kroatischen Koalition Hinkovic, Supilo usw., sind durchgebrannt. Der noch im Parlament sitzende Abgeordnete Budisaljevic wurde wegen Aufwiegelung verurteilt. Viele Blätter der Koalition mußten wegen ihrer unpatriotischen Haltung suspendiert werden. Die Abgeordneten Surmin und Lorkovic standen in Untersuchung. Und endlich sagt der Minister Hideghety wörtlich: Der Chiffreschlüssel kann nicht auf anständige Weise in den Besitz des Abgeordneten Surmin gekommen sein!

Zum Schluß nur noch eines: Ich hätte gewünscht und erwartet, daß diese peinliche Angelegenheit im ungarischen Parlament, dort, wo sie aufgerollt wurde, auch ihre Erledigung finde. Ich hätte weiter gewünscht und erwartet, daß die gerichtliche Untersuchung, die ich forderte und die mir zugesagt wurde, streng objektiv und gewissenhaft erfolge. Leider ist dies nicht der Fall. Statt im Parlament auf die schweren Anklagen offen und ehrlich zu antworten, flüchtet sich Ministerpräsident Tisza in die „Reichspost", wo er allerdings kein Wort über die Hauptsache spricht, sondern sich mit einem ganz nebensächlichen, niemand interessierenden und von mir niemals behaupteten Detail beschäftigt. Die Art und Weise aber, wie die in Aussicht gestellte Untersuchung durchgeführt wird, gibt bereits zu ernsten Bedenken Anlaß. Für heute will ich an dieser Stelle nur festlegen, daß Banus Skerlecz mit der Prüfung der Dokumente einen Staatsanwaltsubstituten betraute, der in nahen politischen und verwandtschaftlichen Beziehungen zu den in dieser peinlichen Affäre interessierten Personen steht und der im Jahre 1896 wegen politischer Aufwiegelung zu drei Monaten schwerer Arreststrafe verurteilt wurde, die er auch abgebüßt hat.

Vorläufig ist dies meine Antwort auf den Angriff des Grafen Tisza in der „Reichspost", und ich bitte Sie, geehrter Herr Chefredakteur, diese Entgegnung, zu welcher ich provoziert wurde, in Ihrem geschätzten Blatte veröffentlichen zu wollen.

Mit besonderer Hochachtung

Georg Szmrecsanyi, Reichstagsabgeordneter.

Budapest, 17. April.

(Wiederholt aus dem letzten Morgenblatt der „Reichspost" nach heute erfolgter Genehmigung durch die Zensur. D. R.)

für Wien:
monatlich . . . . . K 4.20
vierteljährlich . . . . . „ 12.—
halbjährlich . . . . . „ 24.—
Für Oesterreich-Ungarn:
monatlich . . . . . K 5.—
vierteljährlich . . . . . „ 14.50
halbjährlich . . . . . „ 29.—
Bei täglich einmaliger Zustellung (das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages) für auswärts:
monatlich . . . . . K 4.20
vierteljährlich . . . . . „ 12.—
halbjährlich . . . . . „ 24.—
Für Deutschland:
viertelj. Kreuzbandsend. K 18.— und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.
Länder des Weltpostvereines:
viertelj. Kreuzbandsend. K 22.— und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.
Einzelpreise für auswärts:
Morgenblatt . . . . . 14 h
Sonn- und Feiertage . . . 16 „
Nachmittagsblatt . . . . . 6 „

oft.

eich-Ungarns.

7 XXIV. Jahrgang

en versenkt

Laxenburg. — Aufhebung n deutschen Bundesrat.

was der Aufschub der Neuordnung Oesterreichs, der Voraussetzungen, bedeutet, nun wissen sie die Aufgaben der nächsten und ferneren Zukunft, nun kennen sie, die Programmatiker der „politischen Richtlinien", die Richtlinien der Politik, die man maßgebendenorts zu machen entschlossen ist; nun haben sie die Gewißheit, daß die Sehnsucht der Deutschen Oesterreichs nach einem starken, durch innere Reformen verjüngten Oesterreich, nach einem Oesterreich der klaren Verhältnisse, das nicht erst um jede einzelne seiner Lebensbedingungen, um jede Selbstverständlichkeit einen unfruchtbaren, lähmenden Zank der eigenen Bürger zu bestehen braucht, auch das Ziel jener ist, die das Steuer führen, und daß alles, was die Deutschen mit glühender Seele für den Staat — nicht für sich, wie ihnen mißtrauisch immer wieder unterschoben wird — wünschen, um endlich im nationalen Frieden und in wetteifernder Zusammenarbeit mit den andern Völkern Oesterreichs an dessen Macht und Kraft weiterbauen zu können, auch den Regierenden zur Aufgabe gemacht ist.

Die Deutschen Oesterreichs, an das der Monarch heute das auszeichende Wort richtete, er zähle auf sie, werden das kaiserliche Vertrauen zu rechtfertigen wissen. Was an ihnen liegt, die kommende Reichsratstagung segensreich für das Vaterland zu gestalten, jene Geschlossenheit zu ermöglichen, welche der Kaiser, der beste Kenner des uns allen Notwendigen und Ersprießlichsten, mit besonderen Nachdrucke allen Parteien anempfahl, wird geschehen. Auf die Deutschen wurde niemals vergeblich gezählt. Wie eine stolze Verheißung ist der Tag von Laxenburg, wie das Vorwort zu einem neuen, schöneren, friedlicheren, gesünderen und stärkeren Oesterreich.

Kaiserworte an die Deutschen Oesterreichs.

Wien, am 19. April.

Unter den vielen denkwürdigen Worten, die während der drei harten Opferjahre in Oesterreich gesprochen wurden, werden die ehernen Sätze, die heute der Träger der Kaiserkrone im Audienzsaale seines Laxenburger Schlosses an die Abordnung der beiden bürgerlichen deutschen Parteien und durch sie an die Deutschen Oesterreichs gerichtet hat, für immer zu den denkwürdigsten gehören, wie das Erscheinen der Sprecher Deutschösterreichs vor dem Monarchen selber den ewig denkwürdigen Begebenheiten in der Geschichte der Deutschen Oesterreichs beizuzählen ist.

In einer Stunde patriotischer Sorge, die erhaben ist über den billigen Vorwurf national- oder parteipolitischer Alltagsschmerzen, hatten die Führer des Blocks der bürgerlichen deutschen Parteien den einzig richtigen Entschluß gefaßt, vor ihrer endgültigen Entscheidung sich um authentischen Aufschluß an jene Stelle zu wenden, die allein ihn zu geben vermag, weil sie nicht nur die staatliche Macht, sondern auch das staatliche Wissen und Wollen verkörpert, an jene Stelle, deren Worte wie die Quadern sind, aus denen die ehrwürdige Habsburgermonarchie erbaut ist, an den Träger der Krone selbst und sein landesväterliches Herz. Durch den Mund des Bürgermeisters der Reichshaupt- und Residenzstadt legten die erwählten Vertrauensmänner Deutschösterreichs, nach einer feierlichen, huldigenden Bekundung deutscher Treue, ihre Besorgnisse in schlichter Aufrichtigkeit, wie es deutsche Art ist, dar. Und die Antwort des Landesvaters, an den sie sich vertrauensvoll gewendet, zerteilte wie heller Sonnenstrahl alles düstere Gewölk der Beunruhigung und Sorge, das die bekannten Ereignisse und Entscheidungen und allerlei unkontrollierbare Gerüchte und Auslegungen auf die deutschen Gemüter geweht hatten. Der Gang nach Laxenburg, die unmittelbare Rede an den Monarchen brachte die Lösung des gordischen Knotens. Getröstet, mit neuem unerschütterlichen Vertrauen in die Zukunft erfüllt, die Aussicht auf ein neues, innerlich gekräftigtes Oesterreich im frohen Herzen, so verließen die deutschen Führer das kaiserliche Schloß.

In der Tat, so ist zu den Deutschen Oesterreichs noch nicht gesprochen worden, wie es heute der Kaiser getan hat. Was die Deutschösterreicher fühlen, ersehnen und anstreben, aber auch das, was sie wollen sollen und müssen, ist so lapidar noch nicht formuliert worden, wie in der heutigen landesväterlichen Botschaft an die Deutschen Oesterreichs, die sie als ihre goldene Bulle aus dem Weltkrieg behüten und den kommenden Geschlechtern als kostbaren Schatz vererben werden. Was Krone und Staat am deutschen Volke Oesterreichs besitzen, was es für das gemeinsame Vaterland aller österreichischen Völker geleistet hat, ist nunmehr in Worten von unvergänglichem Klange ausgesprochen worden. Aber auch was das deutsche Volk Oesterreichs und der Staat einander im beiderseitigen Interesse schulden, ist festgehalten in ehernen Kaiserworten, von denen auch heute noch die berühmte Sentenz des Dichters der „Weiber von Weinsperg" gilt. Nun wissen die Deutschen aus erster und allerbester Quelle,

Die deutschen Parteiführer beim Kaiser.

Der Verlauf der Audienz in Laxenburg.

Ueber den heutigen feierlichen Empfang der von den Christlichsozialen und vom Deutschen Nationalverband gewählten Abordnung durch den Kaiser in Laxenburg wird folgender amtlicher Bericht ausgegeben:

Wien, 19. April.

Der Kaiser hat heute um 6 Uhr abends in Laxenburg in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic die Reichsratsabgeordneten Dr. Hans Damm, Jodok Fink und Dr. Gustav Groß, den Landmarschall im Erzherzogtum Oesterreich unter der Enns Alois Prinzen von Liechtenstein, die Reichsratsabgeordneten Rafael Pacher und Dr. Otto Steinwender, den Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien Geheimen Rat Dr. Richard Weiskirchner und den Reichsratsabgeordneten Karl Hermann Wolf in besonderer Audienz empfangen.

Der Sprecher der deutschen Parteien.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner richtete an den Kaiser die nachstehende Ansprache:

„Eure Majestät! Die Vertreter des deutschen Volkes in Oesterreich danken Eurer Majestät ehrfurchtsvollst für die gnädigst gewährte Audienz, da ihnen hiedurch die ersehnte Gelegenheit geboten wird, der unbedingten Treue und opferwilligen Hingebung des deutschen Volkes neuerlich Ausdruck zu verleihen.

Wir haben uns in dieser schweren und harten Kriegszeit, in welcher sich eine unvergleichliche Kraftentfaltung aller Völker der Monarchie, insbesondere des deutschen Volkes erwiesen hat, der Hoffnung hingegeben,

Fremdenblatt
20./IV. 1917
88

Das Herrenhaus während des Krieges.

Die Reichsrats-Korrespondenz versendet folgende Mitteilung:

Der Grundsatz, daß nach der Vertagung des Reichsrates keines der beiden Häuser eine politische Tätigkeit zu entwickeln hat, wurde auch auf die Parteien des Herrenhauses übertragen. Auch sie sind seit Juli 1914 nur einmal, aber auch da nur außerhalb des Parlamentsgebäudes, zusammengetreten.

Gleichwohl überdauerte ihre Organisation die bald dreijährige parlamentslose Zeit während des großen Krieges. Als Korporationen wurden sie von dem Präsidenten des Herrenhauses und von der Regierung anerkannt. Der Krieg und seine Bedürfnisse waren eben die stärkeren.

Der Kampf des Hinterlandes stellte aber auch Ansprüche an die Tätigkeit der Mitglieder der Parteivorstände und Exekutivkomitees. Sie mahnten zuerst — im Herbst 1914 — und wiederholt sowie in langen Beratungen an die bevorgestandene Knappheit der Nahrungsmittel und an die Pflicht einer voraussehenden Obsorge.

Als das erste Kriegsjahr vorüber und der innere Notstand noch mehr zutage getreten war, und als die öffentliche Verwaltung zu versagen begann, da waren es die Vorstände der drei Herrenhausparteien, welche dem Ministerpräsidenten am 27. Oktober 1915 in einer Denkschrift, die auch zur Kenntnis des Kaisers gebracht wurde, die allgemeine Lage offen und wahrheitsgetreu schilderten.

Und wieder in einem Jahr waren es abermals diese Parteivorstände des Herrenhauses, die in den am 6. Oktober 1916 — außerhalb des Parlamentsgebäudes — abgehaltenen Versammlungen den Weckruf zur Einberufung der Delegation, und zur Schaffung der Voraussetzungen einer ungestörten parlamentarischen Tätigkeit, sowie zu dieser selbst ergehen ließen.

Die dadurch hervorgerufene Bewegung war viel zu allgemein, als daß sie niedergekämpft werden konnte. Ministerpräsident Graf Stürgkh war das so sehr beklagenswerte Opfer des dagegen eingeleiteten Widerstandes!

Am 24. Oktober, einen Tag nach diesem erschütternden Mordattentate, tagten — das erste Mal seit dem Bestande der parlamentarischen Einrichtungen in Oesterreich — die Vorstände der drei Herrenhausparteien gemeinschaftlich mit den Parteivorständen des Abgeordnetenhauses. Nicht die Einberufung der 1913 gewählten Delegation, sondern des 1911 gewählten Abgeordnetenhauses ging als Siegerin aus dieser Versammlung hervor.

Seither waren zwei Ministerien bemüht, den Schutt aufzuräumen, den die Obstruktion innerhalb des Parlamentes und dessen fast dreijährige Ausschaltung vor seinen Toren aufgehäuft hatte.

Das jetzt amtierende Ministerium Clam-Martinic ist gerade vier Monate im Amte. Es hatte zunächst mit der noch viel dringender gewordenen Ernährungsfrage, dann mit der Finalisierung des ungarischen Ausgleiches und mit den gesetzlich festzustellenden Bedingungen der Sonderstellung Galiziens zu tun. Zugleich hat es sich mit der Schaffung der Voraussetzungen des ungestörten Parlamentsbetriebes beschäftigt.

Graf Clam-Martinic, ein hervorragendes Mitglied des Herrenhauses, wurde von Dr. v. Koerber als Vertreter des Herrenhauses in sein Kabinett berufen. Die Parteien dieses Hauses haben ihn auch als Chef der Regierung als ihren Vertreter angesehen. Während er von Abgeordneten usw. nicht selten begrüßt wurde, sind bisher offizielle Deputationen des Herrenhauses bei ihm nicht erschienen. Er genießt mindestens von dieser Seite Gottesfrieden.

Das hat sich seit 12. April d. J. in einem Punkte geändert. Es erschienen an diesem Tage, in Vertretung des als Korpskommandant im Felde stehenden Obmannes der Mittelpartei Fürsten Schönburg die beiden Obmannstellvertreter Baron Czedik und Graf Larisch im Auftrage der Partei, die sich in den letzten Tagen des Monats März d. J. in dem seiner Bestimmung wiedergegebenen Parlamentsgebäude versammelt und den Bericht des Exekutivkomitees über die das Herrenhaus berührenden politischen Angelegenheiten, sowie bezüglich spezieller Anträge entgegengenommen hat.

Das neue Programm der Mittelpartei.

Unter den letzteren befand sich auch ein neues Parteiprogramm, das aus inneren und äußeren Gründen an Stelle des 1897 beschlossenen Programmes zum Beschluß erhoben wurde.

Auf Grund der vom Kaiser dem Obmann der Mittelpartei Fürsten Schönburg erteilten Ermächtigung ist das beschlossene Programm im Wege des Ministerratspräsidiums zur Kenntnisnahme dem Kaiser unterbreitet und dem Herrn Ministerpräsidenten ein Exemplar davon überreicht worden.

Dieses Programm lautet:

Eingedenk der Ursachen, welche zur Bildung der Mittelpartei geführt haben, getreu ihrer bisherigen Haltung und auf Grund der Erfahrungen des Krieges, erachtet die Partei, daß die Lösung gerade der schwierigsten österreichischen Probleme nicht durch Bekenntnisse zu extremen Richtungen oder Anwendung derartiger Mittel, sondern nur durch Einhaltung einer den österreichischen Verhältnissen angepaßten mittleren Linie gefunden werden kann, welche auch die Erhaltung des Bewährten und einen zeitgerechten Fortschritt verbürgt.

Hauptrichtlinien.

Von diesem Standpunkt aus erachtet die Partei, daß die in den Staatsgrundgesetzen verbrieften Rechte, Freiheiten und Pflichten aller Staatsbürger ohne Unterschied der Konfession und Nationalität gewahrt bleiben sollen. Wenn auch die Staatsgrundgesetze im Laufe der Zeiten Abänderungen erfahren können, so werden doch die diesen Gesetzen zugrunde liegenden richtunggebenden Prinzipien nicht zu ändern sein.

Der Krieg hat klar und deutlich gezeigt, worin das Staatsinteresse besteht. Das Festhalten an dieser Erkenntnis und deren Verwirklichung bilden eines der wichtigsten Postulate. Das Staatsinteresse muß allenthalben und losgelöst von den Interessen der politischen Parteibestrebungen zur Geltung gelangen.

Das Staatsinteresse fordert gebieterisch die sorgfältige und planmäßige Pflege des österreichischen Staatsgedankens sowie die Festigung der Zentralgewalt und die Stärkung ihrer Autorität.

Den Volksstämmen, die Oesterreich bewohnen, ist auf Grundlage der Gleichberechtigung die Entfaltung ihres nationalen Wesens zu gewähren, soweit dies mit der Einheit des Staates, mit dem notwendigen engeren inneren Zusammenschlusse aller seiner Teile und mit der Wahrung seiner Kraft nach außen vereinbar ist. Das Entgegenkommen des Staates gegenüber nationalen Ansprüchen eines Volksstammes darf das Staatswesen niemals schwächen; es soll vielmehr die Pflicht der Staatstreue und die Verbindlichkeit erhöhen, in dem vom Staatsinteresse geforderten Maße zur Einheit sowie zur inneren und äußeren Stärkung des Staatswesens beizutragen.

Staatssprache.

Das Staatsinteresse fordert auch die Festlegung einer Sprache als Staatssprache, um die Einheitlichkeit und Ordnung der Verwaltung zu sichern und den militärischen Bedürfnissen zu entsprechen. Daß diese Sprache mit Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse nur die deutsche Sprache sein kann, ist ebenso klar, wie daß hierin keinerlei Beeinträchtigung anderer Sprachen, vielmehr ein Element der Verständigung und des Friedens liegt.

Verwaltungsreform.

Die seit langem vorbereitete Reform der allgemeinen staatlichen Verwaltung ist baldigst durchzuführen, um den Anforderungen des modernen Staats- und Wirtschaftslebens besser zu entsprechen und die Kosten der Verwaltung einzuschränken. Dabei ist die Mitwirkung ehrenamtlicher Vertrauensmänner aus dem Kreise der Bevölkerung ins Auge zu fassen.

Bei voller Würdigung der Leistungen, auf welche die autonome Verwaltung in einzelnen Ländern hinweisen kann, lassen die Erfahrungen, die in anderen Kronländern mit der Selbstverwaltung gemacht wurden, mehrfache Aenderungen wünschenswert erscheinen.

Vor allem haben sich daraus, daß in den Landesangelegenheiten ein Nebeneinander von staatlicher und Selbstverwaltung besteht, abgesehen von der Verteuerung der Gesamtverwaltung, nicht befriedigende Erscheinungen ergeben. Es wurde ferner wiederholt in den Vertretungskörpern wie auch sonst in der Oeffentlichkeit eine gewisse Kontrolle über die Verwendung der finanziellen Landesmittel verlangt. Auch die Entwicklung des Verhältnisses zwischen der Gesetzgebung des Reichsrates und der Landtage hat nach einer verbreiteten Ansicht allmählich zu einer nicht immer zweckmäßigen Verkürzung der Reichsratsgesetzgebung geführt.

Die Partei kann sich diesen Einwendungen nicht verschließen und ist der Meinung, daß neben anderen politischen und wirtschaftlichen Gründen namentlich auch die allseitige Verstärkung des staatlichen Einflusses, die nach dem Kriege unerläßlich sein wird, es verlangt, den angeführten Bedenken gerecht zu werden. Sie hält daher für diejenigen Länder, in welchen die Vorbedingungen dafür gegeben sind, die

Schaffung von Kreisvertretungen und Kreisregierungen

für empfehlenswert, und zwar um so mehr, als man sich davon eine Abschwächung im nationalen Streite erhofft. Wo diese Einrichtung untunlich ist, soll durch angemessene Einschränkung der Doppelverwaltung eine Vereinfachung ermöglicht werden, allenfalls mit Einführung von Verwaltungsstellen, die aus Berufsbeamten und Laien gebildet sind und unter der Leitung eines staatlichen Organes stehen.

Die Partei hält ferner die Anordnung einer staatlichen Kontrolle über die Landesfinanzverwaltung für ratsam, wobei die dagegen erhobenen Bedenken sich insofern mildern ließen, als diese Kontrolle dem Obersten Rechnungshofe übertragen werden könnte. Insofern sich die gegenwärtige Zuständigkeit der Landesgesetzgebung in gewissen Materien als nicht praktisch erweisen oder unter den jetzigen Verhältnissen die Einheitlichkeit der Gesetzgebung vorteilhaft erscheinen sollte, würde es der Auffassung der Partei entsprechen, diese Angelegenheiten wieder an den Reichsrat zu übertragen. Außerdem ist dafür zu sorgen, daß die Landesgesetzgebung im Rahmen der ihr eingeräumten Zuständigkeit stets im Einklange mit den Bestimmungen und Grundsätzen der Reichsgesetzgebung erhalten werde. Eine Erweiterung der gegenwärtig bestehenden Länderautonomie ist nach dem Vorangehenden keinesfalls in Aussicht zu nehmen.

Krieg und Wehrwesen.

Die kräftige Führung des Weltkrieges bis zum endgiltigen Siege der Zentralmächte ist als der Kampf Oesterreich-Ungarns um seinen Fortbestand die Aufgabe und das Ziel jedes Patrioten. Zu diesem uns allen heiligen Zwecke ist die Heranziehung der gesamten Kräfte der Monarchie bis an die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit geboten.

Es entspricht dem durch die pragmatische Sanktion gefestigten monarchischen Gefüge Oesterreich-Ungarns, daß die Wehrmacht in ihrer Gesamtheit, auch nach Beendigung des Weltkrieges als Machtmittel zur Verteidigung des Vaterlandes stets in der Hand des Kaisers und Königs bleibe.

Verhältnis zu Ungarn.

Die Partei steht, was das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn betrifft, auf dem Boden der durch den Ausgleich des Jahres 1867 geschaffenen Rechtslage, erwartet aber auch, daß an dem Geiste dieses Ausgleiches und seinen Bestimmungen festgehalten und in Hinkunft jeder einseitigen Weiterentwicklung oder Abbröckelung entschieden vorgebeugt werde.

Insbesondere darf an den pragmatischen Einrichtungen nicht gerüttelt und daher auch die gemeinsame Vertretung im Auslande nicht beeinträchtigt werden, die zur Wahrung des Ansehens der Monarchie sowie zur wirksamen Geltendmachung der diplomatischen und wirtschaftlichen Interessen unerläßlich ist.

Die Partei gibt der Meinung Ausdruck, daß für die Aufteilung des gemeinsamen Aufwandes eine gerechte, bleibende, die Leistungsfähigkeit beider Staaten entsprechend ausdrückende Grundlage zur Anwendung zu bringen ist.

Bei den periodisch abzuschließenden wirtschaftlichen Vereinbarungen beider Staaten ist die sorgfältige und nachdrückliche Wahrung der Interessen Oesterreichs erforderlich. Ebenso ist durch den Ernst der Zeiten ein beiderseitiges loyales Zusammenwirken zur Förderung und Stärkung der wirtschaftlichen Verhältnisse beider Staaten geboten. Daher erachtet die Partei es auch im Interesse beider Staaten gelegen, wenn diese Verträge jeweils auf eine lange Dauer abgeschlossen werden.

Ordnung in den Vertretungskörpern.

Die parlamentarische Störungen waren geeignet, im Auslande den irrigen Glauben an tiefgehende Zerwürfnisse zwischen den verschiedenen, seit Jahrhunderten in Oesterreich vereinigten Völkern und an einem Mangel des staatlichen Zusammenhalts hervorzurufen. Indem sie die regelmäßigen Beratungen und Beschlüsse des Reichsrates sowie einiger Landtage beeinträchtigen, hemmten diese Störungen außerdem die Befriedigung von Staatsnotwendigkeiten und der regelmäßigen Arbeit der Landesverwaltungen und schädigten den Gang der Staatsgeschäfte sowie den Staatskredit und den Haushalt der Länder. Die Partei legt daher ebensowohl aus Gründen der auswärtigen, wie der inneren Politik das größte Gewicht darauf, daß dem Parlament und den Landtagen strengere Ordnungsmittel als bisher zur Verfügung gestellt werden und vor allem die Präsidialgewalt eine entsprechende Stärkung erfahre.

Galizien.

Die Partei ist der Ueberzeugung, daß für den Fall einer Neuordnung der Verhältnisse Galiziens eine Minderung der Macht und Bedeutung Oesterreichs nicht im Einklange zu bringen wäre mit den Opfern, welche viele tausend braver Soldaten aus allen Teilen unseres Vaterlandes für die Verteidigung der Grenzen des Reiches gebracht haben. Wir führen diesen uns aufgedrängten schweren Kampf auch, um Oesterreich gefestigt an Ansehen und Kraft aus ihm hervorgehen zu sehen.

Die Neuordnung der Stellung Galiziens würde die übrigen österreichischen Länder in mannigfacher Weise berühren. Deswegen sollen ihre künftigen endgiltigen Beziehungen im Wege der verfassungsmäßigen Gesetzgebung unter Mitwirkung beider Häuser des Reichsrates geregelt werden. Hiebei wird Sicherheit dafür zu schaffen sein, daß die Regierungsgeschäfte Galiziens im Einklange mit der gesamtstaatlichen Politik geführt werden und die Gleichberechtigung der Angehörigen solcher Volksstämme in Galizien, die auch in den übrigen österreichischen Ländern angesiedelt sind, von der Gesetzgebung und Verwaltung Galiziens anerkannt und gewahrt werde. Ferner ist zu bestimmen, daß je nach dem Umfange der Galizien und den übrigen österreichischen Ländern gemeinsam verbleibenden Angelegenheiten die Vertreter Galiziens an der Tätigkeit des Reichsrates nur mit Beschränkung auf diese Angelegenheiten mitwirken.

Bei Durchführung der in Frage stehenden Aenderungen sind die Reichsinteressen sowohl in militärischen Angelegenheiten, wie im Bereiche des Schulwesens, der Volkswirtschaft, der Eisenbahnen und sonstigen Verkehrsmittel, und ebenso hinsichtlich des in Galizien befindlichen Staatsvermögens und dessen Verwaltung aufs vollkommenste zu wahren.

Auswärtige Politik.

Im Kampfe gegen eine Welt von Feinden hat sich die Waffenbrüderschaft zwischen uns und unseren deutschen Bundesgenossen neuerdings auf das glänzendste bewährt.

Die Partei sieht in der Aufrechterhaltung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche die unabänderliche Richtlinie unserer auswärtigen Politik und wird jede in unserem wohlverstandenen Interesse liegende Ergänzung des Bündnisses durch Annäherung auf wirtschaftlichem Gebiete — unter der selbstverständlich vollen Wahrung unseres souveränen Verfügungsrechtes — mit Freude begrüßen.

Weitere Programmpunkte betreffen das Schulwesen, die finanziellen Fragen, Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Schließlich wird ausgeführt:

Indem die Mittelpartei sich als eine vom österreichischen Geiste erfüllte politische Arbeitspartei zu diesem Programm erklärt, wird sie es bei Beurteilung aller an sie herantretenden Fragen zur Richtschnur nehmen, behält sich aber auch vor, erforderlichenfalls zur Verwirklichung ihrer programmatischen Anschauungen in geeigneter Weise die Initiative zu ergreifen. Bei dieser ihrer Arbeit wird sich die Mittelpartei stets durch die Bedachtnahme auf das Wohl des Staates wie auf die Rechte und Interessen des gesamten Volkes leiten lassen.

Tägliche Rundschau

20./IV. 1912.

Beilegung der österreichischen Krisis.

Die plötzlich ausgebrochene Ministerkrisis in Wien ist fast ebenso plötzlich wieder beigelegt worden. Wie gemeldet wird, werden die beiden deutschen Minister v. Bärnreither und Dr. Urban nach den in diesen Tagen gepflogenen Verhandlungen im Amte bleiben. Zweifellos geschieht das im Einverständnis mit den deutschen Parteien, mindestens ihrer Mehrheit, da ja ohne ein solches Einverständnis der Ministerschaft der beiden deutschen Herren jeder Sinn genommen wäre. Ohne Bedenken jedenfalls hat man sich auf deutscher Seite zu diesem neuen Kompromiß nicht entschlossen. Noch eben hieß es in einem von der Zensur stark zerstrichenen Artikel der Wolff-alldeutschen „Ostdeutschen Rundschau" über den Regierungsbeschluß auf Einberufung des Reichsrats:

Dieser überraschende Schritt der Regierung, der mit der auswärtigen Lage in Zusammenhang stehen soll, muß jedem, der es mit dem Staate ehrlich meint, zu den schwersten Bedenken Anlaß geben.

Die Neuordnung, um die es sich handelt, ist eine Staatsnotwendigkeit, und wenn die Deutschen mit aller Entschiedenheit ihre Durchführung verlangen, so tun sie das nicht nur für sich, sondern in erster Linie um des Staates willen. Die Neuregelung muß früher oder später kommen, wenn der Bestand des Staates gesichert sein soll, und die Deutschen beharren auf dieser ihrer Forderung im Interesse des Staates sowie ihrer eigenen Stellung im Staate.

Wenn man diese Dinge jetzt ablehnt oder aufschiebt oder in nur allzu durchsichtiger Absicht auf einen Weg verweist, auf dem ihre Erfüllung nach allen bisher gemachten Erfahrungen gänzlich ausgeschlossen ist, so ergibt sich daraus mit Notwendigkeit, daß sich der Staat in Hinkunft auf die stützen muß, denen zuliebe er jetzt diese Neuordnung unterläßt . . .

Wie man sich das Parlament ohne diese Voraussetzungen vorstellt, das bleibt der Einbildungskraft jener überlassen, die für die Entwicklung der Ereignisse verantwortlich sind.

Gleichzeitig freilich wurde in der liberalen deutschen Presse schon abgewurzelt. So heißt es z. B. in der „N. Fr. Pr.":

Unwillkürlich entsteht die Frage, warum sich die ganze Sache so lange hinausgezogen hat. Der Grund liegt in der galizischen Autonomie. Sie ist ein ungeheuer schwieriges Problem, das die größten politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Konsequenzen haben kann, und zu der Zeit, als es aufgeworfen wurde, absolut nicht durchdacht und nicht reif war. Deshalb hat sich die Angelegenheit so lange hinausgeschleppt. Ursprünglich hätte Oktroi und Autonomie im März fertig werden sollen, dann im April, aber der Weg zog sich immer mehr in die Länge. Unterdessen kamen die großen Ereignisse der auswärtigen Politik. Sie brachten die Erkenntnis zur Reife, daß man überhaupt jetzt nichts machen kann und soll. Die Folge war die vorübergehende Zurückstellung des deutsch-tschechischen Ausgleiches und der galizischen Autonomie.

Prinzipielle Aenderungen oder ein Frontwechsel in der Politik sind nicht in Aussicht genommen und ebensowenig eine grundsätzliche Neuorientierung. Der deutsch-tschechische Ausgleich wird prinzipiell gewiß aufrechterhalten werden. Die Zusagen, die gemacht worden sind, werden gehalten werden. Im Gegenteile dürfte eine Erklärung kommen, daß keine Frontänderung und keine Aenderung der Orientierung beabsichtigt ist.

Ueber die Form, in welcher der Ausgleich durchgeführt werden soll, wird noch gesprochen werden. Sicher ist es, daß dies nicht im Wege eines Oktrois geschieht. Vielleicht wird der Versuch gemacht werden, den Ausgleich zunächst parlamentarisch durchzusetzen. Man wird den Deutschen zeigen, daß ihre Wünsche nicht ad acta gelegt werden, da sie ja als Staatsforderungen anerkannt sind.

Dabei wurde denn auch schon ausgesprochen, daß „die drei Herren", Baernreither, Urban, Bobrzynski, doch vielleicht im Amt verbleiben würden, was inzwischen für die beiden deutschen Herren ja Tatsache geworden ist. Die Verhandlungen, in denen dies angestrebt und erreicht wurde, haben ihren sozusagen dekorativen Abschluß gefunden durch einen Empfang der

deutschen Führer beim Kaiser Karl,

über den der Draht berichtet. Danach empfing der Kaiser in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martiniz die Reichsratsabgeordneten Damm, Fink, Dr. Groß, den Landmarschall Alois Prinzen Liechtenstein, die Reichsratsabgeordneten Pacher und Steinwender, den Bürgermeister von Wien Dr. Weiskirchner und den Reichsratsabgeordneten Wolf in besonderer Audienz. Dr. Weiskirchner richtete an den Kaiser eine Ansprache, in der er für den Empfang dankte, da hierdurch Gelegenheit geboten worden sei, der unbedingten Treue und der opferwilligen

Hamburger Fremdenblatt 93
20/IV. 1917

Die Aufrollung der Wahlrechtsfrage in Oesterreich und Ungarn.

Von unserem Vertreter.

ei. **Wien**, 17. April.

In Deutschland und auch in Oesterreich-Ungarn sind die Völker und die an den Fronten kämpfenden Heere nicht in erster Linie das Werkzeug eines autokratischen Willens, sondern sie haben das Bewußtsein, für ihre eingenen Interessen zu kämpfen. Deshalb werden die Spekulationen unserer Feinde auf den Eintritt gefährlicher Gärungen im Innern unseres Staates jetzt ebenso fehlschlagen, wie sich ihre Hoffnungen auf den unvermeidlichen Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie bei Beginn des Krieges als falsch erwiesen haben. Daß gewisse Reflexwirkungen der gewaltigen, welthistorischen Ereignisse, die wir gegenwärtig miterleben, nicht ausbleiben können, ist selbstverständlich. Als solche Erscheinung ist die in den letzten Tagen oft erwähnte Osterbotschaft Kaiser Wilhelms über die Reform des Preußischen Landtags zu betrachten, und die Forderung der österreichischen Sozialdemokratie nach Erweiterung des Gemeindewahlrechts ist ebensogut eine Folge der in Fluß geratenen, auf die Demokratisierung der öffentlichen Verwaltung abzielenden Bewegung, wie die Vorgänge in Ungarn, die zur plötzlichen Vertagung der ungarischen Volksvertretung Anlaß gaben und, nach den Wünschen der Gegner des Ministerpräsidenten Grafen Tisza, dessen Rücktritt in absehbarer Zeit herbeiführen sollen.

In Oesterreich werden sich die Bemühungen nach Demokratisierung des Wahlrechts naturgemäß nur auf das Gemeindewahlrecht und auf die Verordnungen für die Kronlandsvertretungen erstrecken können. Das Interesse für diese tritt aber einigermaßen zurück, weil es durchaus nicht sicher ist, ob die Autonomie der Länder nicht bei der politischen und administrativen Neuordnung nach dem Kriege starke Veränderungen erfahren wird. Dagegen kann mit ziemlicher Bestimmtheit vorausgesetzt werden, daß die Selbstverwaltung der Gemeinden nicht angetastet werden wird. Die fast feierliche Verwahrung, die der Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, Dr. Weiskirchner, im Gemeinderat gegen jeden Versuch der Beschneidung der Gemeinde-Autonomie abgegeben hat, kann wohl als ein allgemeiner Protest der österreichischen Städte und Gemeinden gegen Pläne in dieser Richtung aufgefaßt werden. Durch die Stellung des Antrages, die Beratungen über die „Reform des Gemeindewahlrechts im Schoße eines eigens hierzu bestimmten Ausschusses zu pflegen, ist vorläufig auch weitgehenden Wünschen entgegengekommen worden. Auch die Sozialdemokraten konnten nicht erwarten, daß ihre Anregung sogleich mit der Etatsberatung bestimmter Vorschläge beantwortet werden würde. Bei der Festsetzung der Normen für das Gemeindewahlrecht kommt besonders für Wien auch das nationale Moment sehr wesentlich in Betracht. Es ist nicht zu umgehen, und auch Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat sich in diesem Sinne geäußert, daß die gemeinsame Arbeit, die die Angehörigen aller Schichten der Bevölkerung während des Krieges an der Front und im Hinterlande geleistet haben, auch in der Verleihung möglichst gleicher Rechte die verdiente Anerkennung finden müsse. Das kann aber in vollem Maße geschehen, ohne das Rücksichten vernachlässigt werden, auf deren Wahrung unbedingter Anspruch besteht. So wird die Reichshauptstadt Wien unter allen Umständen Wert darauf legen müssen, daß auf die Gemeindeverwaltung die seßhafte, das ist die deutsche Bevölkerung, auch fernerhin maßgebenden Einfluß ausübt, während die slawischen Elemente, die zumeist nur vorübergehenden Aufenthalt im Zentrum des Reiches nehmen, von diesem Einfluß ausgeschaltet bleiben müssen. Mit diesem Vorbehalt wird sich sicherlich ein Weg finden lassen, auf dem man zu einer Ausgestaltung des Gemeindewahlrechts auf breiterer Grundlage gelangen kann.

In außerordentlich heftiger und leidenschaftlicher Weise haben die oppositionellen Parteien des ungarischen Reichstags die Wahlrechtsfrage aufgerollt. Die vorläufige Wirkung des Auftretens der Opposition ist für diese — wenigstens anscheinend — keineswegs befriedigend gewesen, da sie nur in der sofortigen Vertagung des Parlaments bestand, wodurch alle Erörterungen über die Wahlrechtsfrage und auch über alle anderen Angelegenheiten, die zur Sprache gebracht werden sollten, vorläufig unmöglich gemacht worden sind. Wenn man die ganz spezifischen und für den etwas ferner Stehenden nicht leicht zu beurteilenden politischen Verhältnisse Ungarns in Betracht zieht, wird man vielleicht zu dem Ergebnis gelangen, daß das Ungestüm, mit dem Graf Karolyi und Genossen die Wahlrechtsfrage auf die Tagesordnung brachten, nicht ganz echt ist, und daß sie sich dabei an den, gewiß nicht einwandfreien Grundsatz, daß der Zweck das Mittel heilige, anlehnten. Daß das ungarische Wahlrecht in seiner bisherigen Rückständigkeit, die auch durch die noch vor dem Kriege beschlossene Reform nicht beseitigt wurde, nicht aufrechterhalten werden kann, ist einleuchtend. Es ist aber zu bezweifeln, ob sich die Führer der ungarischen Oppositionspartei durch die Vorgänge in Rußland und durch die vom Deutschen Kaiser angekündigte Beseitigung des preußischen Klassenwahlrechts zu einer Wahlrechts-Aktion hätten bestimmen lassen, wenn sie nicht schon seit langem den Plan gehabt hatten, das Kabinett des Grafen Tisza zu stürzen und durch ein Koalitions- oder Konzentrations-Ministerium zu ersetzen. Dadurch, daß sich Graf Tisza bisher als ein starrer Gegner jeder einschneidenden Aenderung des Wahlsystems für das ungarische Abgeordnetenhaus erwiesen hat, gewinnt der Sturmlauf der Opposition gegen ihn eine gewisse innere Berechtigung. Wenn die Taktik gegen den Grafen Tisza zu einem Erfolge führen sollte, müßte sich bald zeigen, wie ernst die Entschiedenheit zu nehmen ist, mit der jetzt die Opposition für die Demokratisierung des Wahlrechts eintritt. Jedenfalls muß festgehalten werden, daß jede wirkliche Aenderung der Grundlagen, auf denen sich bisher die Wahlen in das ungarische Parlament vollzogen haben, die Hegemonie des Magyarentums streift und ganz unmöglich sein würde ohne eine gleichzeitige Lösung der ungarischen Nationalitätenfrage. Ob sich zu einer solchen die jetzigen oppositionellen Parteien eher verstehen würden, als Graf Tisza und die Arbeitspartei, muß dahingestellt bleiben.

Aus dem Wiener Herrenhause.

wb. **Wien**, 20. April. (Drahtbericht.) Die Mittelpartei des Herrenhauses veröffentlicht ihr neues Programm, das auf Grund der vom Kaiser Karl dem Obmann Fürsten Schönburg erteilten Ermächtigung, zur allgemeinen Kenntnisnahme unterbreitet und auch dem Ministerpräsidenten überreicht wurde. Das Programm tritt für die sorgfältige und planmäßige Pflege des österreichischen Staatsgedankens, für die Festigung der Zentralgewalt ein. Den Volksstämmen, die Oesterreich bewohnen, sei auf der Grundlage der Gleichberechtigung die Entfaltung ihres nationalen Wesens zu gewähren, soweit dies mit der Einheit des Staates vereinbar sei. Weiter wird in dem Programm die Festlegung der deutschen Sprache als Staatssprache verlangt, worin jedoch keinerlei Beeinträchtigung anderer Sprachen, vielmehr ein Element des Friedens liege. Unter dem Punkt „Krieg und Heerwesen" wird erklärt; die kräftige Führung des Weltkrieges bis zum endgültigen Siege der Zentralmächte, ist als Kampf Oesterreich-Ungarns um seine Existenz Aufgabe und Ziel jedes Patrioten. Hierzu ist die Heranziehung der gesamten Kräfte der Monarchie bis zur äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit geboten. Auch nach der Beendigung des Krieges hat die Wehrmacht in ihrer Gesamtheit in der Hand des Kaisers zu bleiben. In bezug auf die auswärtige Politik sieht die Partei in der Aufrechterhaltung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche die unabänderliche Richtlinie unserer auswärtigen Politik, und es wird jede in unserem wohlverstandenen Interesse liegende Erganzung des Bündnisses zur Annäherung auf wirtschaftlichem Gebiete unter der selbstverständlichen Wahrung unseres souveränen Verfügungsrechtes mit Freuden begrüßt.

Blattes:

Mit täglicher Postzusendung.
Für das Inland:

monatlich	K. 3.—
vierteljährig . . .	K. 8 80
halbjährig	K. 17 60
ganzjährig	K. 35 20

Für das Ausland:

vierteljährig . . .	K. 15.—

Mit der dazugehörigen „Illustrierten Sonntags-Beilage" monatlich . . 20 Heller mehr

46. Jahrgang.

...te

...stgalizien.

...n Kabinett.

...tinopel.

Westungarisch

96

Wiener Brief.

—, 18. April 1917.

Eine der schwersten politischen Enttäuschungen, die den Deutschen in Oesterreich je geworden, bedroht sie jetzt.

Bekanntlich erwies sich der österreichische Reichsrat lange vor Kriegsbeginn als nicht arbeitsfähig. Die soundsovielte tschechische Obstruktion hatte ihn völlig lahmgelegt, er wurde vertagt und jedermann hatte das Gefühl, daß er unter den gleichen Vorbedingungen, das heißt unter der bestehenden Geschäftsordnung und dem unentwirrten deutsch-tschechischen Gegensatz in Böhmen, nicht mehr einberufen werden könnte. Die Herren Masaryk, Klofac, Kramarz und wie sie alle hießen, hatten den Karren glücklich in den Sumpf gestoßen, dort mochte er liegen bleiben, damit die Verschwörertätigkeit dieser tschechischen Patrioten ohne Kontrolle bliebe.

Dann kam der Mord von Sarajewo, unser Ultimatum an Serbien, der Krieg. Ohne Reichsrat vollzog sich die große Tragödie, niemand wagte, ihn einzuberufen, um der Außenwelt kein Schauspiel zu bieten, wie es unsere Feinde erwartet haben mochten. Wir erlebten gleich am Beginn des Krieges allerlei mit den tschechischen Truppen. Die Rgimenter in ihrer ersten Form hielten ja noch Stand, aber die Nachschübe von Reserven, namentlich die der verhetzten tschechischen Intelligenz entnommenen Reserveoffiziere, richteten da und dort großes Unheil an. Die Vertuschungen halfen nichts, es drang die Wahrheit alsbald durch. Der Prozeß gegen Kramarz und Genossen klärte die Welt weiter auf und die Flucht Masaryks und anderer Vaterlandsverräter vollendete das Kulturbild aus Böhmen.

Während all dieser Vorgänge tagte kein Reichsrat! Graf Stürgkh regierte mit dem § 14 und blieb stumm. Aber er versprach in dieser Zeit den deutschen Abgeordneten, die Grundlage für eine künftige ersprießliche Tätigkeit des Reichsrates ebenfalls mit dem § 14 zu schaffen. Er wollte dem Parlament eine neue Geschäftsordnung diktieren, die deutsche Sprache als Staatssprache festsetzen, die Kreiseinteilung in Böhmen durchführen und die Sonderstellung Galiziens erwägen. Der Graf Stürgkh wurde im vorigen Sommer vom Sohn unseres sozialistischen Führers Doktor Adler erschossen und nächstens wird endlich der Prozeß gegen den Mörder stattfinden, den man durchaus als irrsinnig hinstellen wollte. Doch dies nur nebenbei.

Graf Stürgkh war tot, aber ein Dokument über seine Zusage an die deutschen Abgeordneten hinterließ er nicht, seine Versprechungen hingen in der Luft. Schon sein Nachfolger Dr. v. Koerber, ein ausgesprochener Gegner des § 14, zögerte, sich zu ihnen zu bekennen. Er wollte den Reichsrat einberufen, aber die deutschen Parteien, namentlich der radikale Flügel unter Wolfs Führung, lehnten sich dagegen auf. Das wäre ein nutzloses Beginnen, sagten sie, zuerst müsse die Bahn frei gemacht werden für eine Arbeitsmöglichkeit des Hauses. Die schärfsten Anklagen der Judenpresse, die stets mit Koerber ging, hagelten nieder auf die Deutschen, aber sie gaben nicht nach. Jetzt machten sie das Parlament unmöglich. Koerber stürzte über Nacht und die Gründe sind nicht ganz aufgeklärt worden. Man glaubte, daß die Haltung der Deutschradikalen es bewirkt oder doch viel dazu beigetragen hätte. Und es kam Graf Clam-Martinic, der ehemalige Führer des tschechisch gesinnten böhmischen Hochadels. Er galt als ein Günstling des ermordeten Thronfolgers und er hatte an der Front Erfahrungen gesammelt, hieß es, die ihn ganz bekehrt hätten. Er wolle die Ordnung herstellen, die Graf Stürgkh versprochen habe. Das wurde allgemein verbreitet. Und er hat es auch den deutschen Parteien zugesagt, sie vertrauten ihm. Nur vereinzelte Stimmen behaupten, es sei von einem Clam-Martinic für die deutsche Sache gar nichts zu erwarten.

Unsere vier deutschen Parteien, die im deutschen Nationalverband vereinigt sind und in allen grundlegenden Fragen als Einheit auftreten, glaubten und vertrauten blind. Sie legten den neuen Ministerpräsidenten all die Programme vor, die in langer politischer Arbeit der Parteien während des Krieges entstanden sind und die in allen wesentlichen Fragen übereinstimmen; sie waren bereit für den Reichsrat, sobald die Vorbedingungen erfüllt sein würden. Nur die deutschen Sozialdemokraten standen abseits. Diese Doktrinäre hatte auch der Krieg nicht dazu bekehrt, daß sie zu ihrem Volke gehören.

Vergeblich wartete man seit Monaten auf eine Tat des Grafen Clam-Martinic. Man merkte nur, daß er verhandelte. Bald konferierte er mit den Tschechen, mit den Polen — und mit den Christlichsozialen, die bekanntlich die ehemaligen Klerikalen in sich aufgenommen haben, jene Klerikalen, die einst unter Taaffe mit Tschechen und Polen gegen die Deutschen einen Ring bildeten. Aber die Zeiten haben sich geändert, unsere Klerikalen sind Deutsche geworden. Und die christlichsoziale Partei ging nicht in die Laube. Schon flogen Notizen auf, sie sei für die Einberufung

Frankfurter Zeitung

21./IV. 1917.

21/99

Frankfurt, 21. April.

Mit den Erklärungen, die zwischen dem Wortführer der deutschen Parteivertreter und Kaiser Karl ausgetauscht worden sind, scheint die Krise in Oesterreich ihr Ende erreicht zu haben. Zwar ist bis jetzt noch nicht bekannt gegeben worden, ob die beiden Minister, die als Vertrauensmänner der Deutschen in das Kabinett Clam-Martinitz eingetreten waren, ihre Rücktrittsgesuche zurückziehen. Doch wird allgemein angenommen, daß der Kaiser in einem besonderen Handschreiben den beiden Ministern mitteilen wird, er nehme ihr Rücktrittsgesuch nicht an. Vermutlich wird, so ist dabei wohl vorausgesetzt, in diesem kaiserlichen Schreiben auch gesagt werden, warum der Kaiser das Gesuch ablehnt, und diese Gründe werden sich vermutlich im wesentlichen mit dem decken, was er den deutschen Parteiführern in der vorgestrigen Antwort gesagt hat. Im Lager der Deutschen scheint man von dieser Ansprache des Kaisers sehr befriedigt zu sein und darin eine volle Anerkennung dessen zu erblicken, wovon Bürgermeister Weiskirchner dem Kaiser als von den Forderungen der Deutschen für die Neugestaltung Oesterreichs gesprochen hatte. Aber sowohl der Sprecher der Abordnung hat nur in allgemeinen Wendungen von der „Erfüllung von Staatsnotwendigkeiten", der „Neuordnung der Dinge" und der „Sicherung der Arbeitsfähigkeit und der Arbeitsmöglichkeit des Parlaments" und der Besorgnis der Deutschen gesprochen, diese unabweisbaren Staatsnotwendigkeiten könnten in den Hintergrund geschoben werden, als auch hat der Kaiser in noch allgemeineren Wendungen darauf geantwortet. Der Kaiser lobt die Deutschen für ihre Loyalität, Opferwilligkeit und „unerschütterliche Staatstreue", versichert, daß diese wertvollen Eigenschaften nicht vergessen werden sollen und drückt ihnen sein Vertrauen aus. Gleichzeitig spricht er die Erwartung aus, daß sie, wie alle anderen Parteien, in diesem Augenblick mit „achtunggebietender Entschlossenheit für die höchsten Staatsinteressen und Staatsnotwendigkeiten eintreten werden", er versichert weiter, daß die „Ordnung der Verhältnisse, die schon während des Krieges angebahnt wurde, nach dessen Beendigung mit Konsequenz durchgeführt werden müsse und daß die Regierung an ihren Zielen unverrückt festhalten werde", und er weist den Deutschen, „als sicheren Stützen der Staatseinheit eine große Aufgabe" zu. Die Erwartung, daß die Vertreter der Völker im Reichsrat „einträchtig zusammenwirken" werden, ergibt sich als Abschluß einer solchen Aussprache ganz von selbst. Für den Fernerstehenden ist es schwer, aus solchen Erklärungen ein bestimmtes Programm herauszulesen. Es wäre nun allerdings möglich, daß neben diesen für die Oeffentlichkeit bestimmten Kundgebungen, die vielleicht zwischen beiden Teilen vereinbart waren, noch Versicherungen ausgetauscht worden sind, die eigentlich erst den Inhalt der Audienz bilden. Solange darüber jedoch nichts bekannt ist, vermag man auch nicht zu beurteilen, wie berechtigt die Zufriedenheit der Deutschen mit dem Ergebnis dieser Audienz ist.

Fast sieht es so aus, als seien die Vertreter der deutschbürgerlichen Parteien sehr froh darüber, daß ihnen die freundlichen Worte des Kaisers die Möglichkeit geben, auf eine gute Art aus einer sehr unangenehmen Lage herauszukommen. Denn es war von vornherein ausgeschlossen, daß die Deutschen entweder in den Schmollwinkel der Abstinenz gingen oder gar nach dem Vorbilde von Tschechen und Slowenen das Abgeordnetenhaus durch eine gewaltsame Obstruktion lahmlegten. Das käme für sie erst dann in Frage, wenn erwiesen wäre, daß man ihnen, wie unter Badeni, ernstlich an das nationale Leben will. In einem Augenblick wie dem jetzigen aber, in dem das Reich sich im Kriege und noch immer in einer Lage befindet, die mancherlei Gefahren in sich birgt, wäre es geradezu ein Hohn auf die sprüchwörtliche und mit vollem Recht vom Kaiser anerkannte Staatstreue der Deutschen gewesen, wenn jetzt sie dem Staatswagen in die Räder gefallen wären. Ob die Politik, die sie zum Programm erhoben haben, unter allen Umständen die richtige ist, mag dahingestellt bleiben. Körber wollte sie ohne Parlament ebensowenig machen wie den Ausgleich mit Ungarn, er ist zum großen Teil deswegen gegangen. Dann kam Graf Clam-Martinitz, und das Ueberraschende war, daß die Deutschen zu diesem aus dem tschechischen Feudaladel gekommenen Kavalier das Vertrauen hatten, er werde ihr Programm durchführen und zwar mit dem Notparagraphen, der zwar in der österreichischen Verfassung steht, der aber doch in der Anwendung, die er seit Jahrzehnten erfährt, eine Ausschaltung der Verfassung ist. Daß die Richtung, der Graf Clam angehört hatte gegen die Anwendung des Paragraphen keine große Bedenken hatte, wußte man. Das Neue war, daß dieser Paragraph in einer Richtung angewendet werden sollte, die derjenigen entgegengesetzt war, in der man ihn bisher benutzt hatte. Ob Graf Clam ernstlich entschlossen gewesen ist, auf dem Verordnungswege die von den Deutschen, aber nicht bloß von diesen, sondern auch von dem einsichtigen Teile des reinen Oesterreichertums, verlangten Reformen: Ausgleich zwischen Deutschen und Tschechen, deutsche Staatssprache, vernünftige Geschäftsordnung für das Abgeordnetenhaus, Lostrennung Galiziens, durchzuführen, ob er erst nachträglich die Schwierigkeiten und Bedenken erkannt hat, die einem solchen Verfahren entgegenstehen, und ob er unter dem dadurch bewirkten Zögern den richtigen Augenblick hat verstreichen lassen, läßt sich nicht leicht sagen. Jedenfalls mußte man nun auch im Lager der Deutschradikalen erkennen, daß nun eigentlich durch den von ihnen erstrebten Rücktritt Körbers nichts erreicht worden ist, als daß an die Stelle eines deutschen Leiters der Regierung ein angeblich bekehrtes Mitglied des böhmischen Feudaladels getreten ist. In den deutschen Parteien ist man sich wohl der nicht gerade sehr imponierenden Lage bewußt, in der man sich nach diesem viermonatigen Zwischenspiel befindet und die noch durch die brüske Form, in der Graf Clam seine Sinnesänderung kundgab, sofern es eine war, verschärft worden ist. Die Erklärungen des Kaisers erleichtern ihnen ihre Lage, aber die Art, wie über den Kopf ihrer Vertreter in der Regierung hinweg plötzlich der Kurs des Schiffes herumgeworfen worden ist, sollte sie doch zu äußerster Vorsicht mahnen.

Tatsächlich ist durch das Ergebnis der Audienz an der wirklichen Lage und an den Schwierigkeiten, die in Oesterreich den Hemmschuh für eine vernünftige Entwickelung und eine tatkräftige Politik gebildet haben, gar nichts geändert worden. Man weiß nicht, welches der eigentliche Grund ist, aus dem Graf Clam unerwartet seine den Deutschen gegebenen Versprechungen hat fallen lassen. Es mag richtig sein, daß er heftige Stürme im Parlament befürchtet hat, aber die offiziöse Hindeutung auf die näherrückende Möglichkeit eines Friedensschlusses zeigt doch auch, daß Erwägungen der auswärtigen Politik, die über die bloßen Friedensmöglichkeiten auch noch ein Stück hinausgehen können, dabei mitsprechen. Das könnte nun in der verschiedensten Weise der Fall sein und es könnte vor allem in einer Richtung geschehen, die den Deutschen in Oesterreich höchst unerwünscht und geradezu gefährlich wäre. In dieser Hinsicht geben allerdings die freundlichen Worte des Kaisers, die in Gegenwart des Ministerpräsidenten gesprochen wurden, eine gewisse Beruhigung; daß sie aber eine feste Garantie bildeten, wird man nach der oben schon dargelegten Allgemeinheit ihrer Fassung nicht sagen können. Wie weit man in der Person des Ministerpräsidenten eine Garantie sehen will, das hängt natürlich von Momenten ab, die mehr persönlicher als sachlicher Art sind.

Für Oesterreich liegt das Problem, auf das es ankommt, heute so, wie es vor der Audienz und wie es vor dem Kriege gelegen hat. Es hat sich nur insofern etwas verschoben, als der Krieg den zentrifugalen Elementen im Staate gezeigt hat, daß dieser alte Staat soviel historische Dauerhaftigkeit und soviel Schwergewicht in sich birgt, daß man ihn nicht durch einen Stoß zertrümmern oder aus der Bahn werfen kann. Er hat aber auch den Lenkern des Staates die Gefahren gezeigt, in die man durch eine fortgesetzte Politik des nationalen Handelsgeschäfts bei dem schließlich ein Teil betrogen sein muß, gerät. Man darf also erwarten, daß der Reichsrat, wenn er nun im Mai zusammentritt, nicht dort wieder anfangen wird, wo er im Spätwinter 1914 aufgehört hat, mit der Tschechischen Obstruktion, die ihn arbeitsunfähig macht. Die Tschechen werden sich vermutlich hüten, heute eine neue Obstruktion zu beginnen. Aber gewonnen ist damit noch nicht viel. Ob der Reichsrat, auch ohne Obstruktion, imstande sein wird, die „Staatsnotwendigkeiten", von denen der Kaiser gesprochen hat, positiv zu erledigen, ist eine ganz andere Frage. Was aus dem Ausgleich mit Ungarn, was aus der Autonomie Galiziens, was aus dem nationalen Ausgleich in Böhmen, der deutschen Staatssprache, der Reform der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses wird, das alles sind sehr schwerwiegende Fragen, aber eben Fragen, die eine noch so optimistische kaiserliche Kundgebung noch nicht beantwortet. Der Kern aller dieser Wirrnisse ist schließlich der nationale Ausgleich zwischen Deutschen und Tschechen. Die Hoffnung, daß die nationalen Parteien sich einigen könnten, ist nach den Kämpfen und Bemühungen eines Menschenalters gering. Man ist von beiden Seiten zu sehr festgerannt und kommt wohl zu einer Einigung erst, wenn man einen neuen Geist in sich aufgenommen hat. Wenn der altersschwache und zu Ende gehende Reichsrat von diesem neuen Geiste erfüllt sein sollte, um so besser für ihn und Oesterreich. Das Wahrscheinliche ist aber doch wohl, daß er den Weg aus dem Wirrsal nicht finden wird und daß die Regierung noch einmal an die Völker Oesterreichs selbst appellieren, dabei aber selbst die Führung in die Hand nehmen muß. Das kann sie aber nur, wenn sie Vertrauen genießt und wenn in ihr selbst der Geist lebendig ist, der ein Oesterreich erneuern und beleben soll.

Die Zeit

101

21./IV. 1917

Die Ministerkrise.

Deutsche Parteiberatungen.

* Wien, 20. April.

Bisher ist es noch nicht gelungen, die durch das Fallenlassen der Verordnungspolitik hervorgerufene Krise zu lösen. Das Verhältnis des Polenklubs zur Regierung hat sich noch nicht gebessert, und Dr. Bobrzynski beharrt auf seiner Demission.

Sollte Dr. Bobrzynski aus dem Ministerium ausscheiden und der Polenklub keinen Nachfolger aus seinen Reihen entsenden, so wird der Posten mit einem polnischen Beamten besetzt werden.

Auf deutscher Seite fanden heute mehrere wichtige Parteiberatungen statt, die der Berichterstattung über die gestrige Audienz der deutschen Führer beim Kaiser sowie den Fragen des Verbleibens der deutschen Minister im Kabinett und der Haltung der deutschen Parteien zur Regierung galten. Der gemeinsame Vollzugsausschuß der deutschbürgerlichen Parteien setzte unter Vorsitz des Abgeordneten Dr. Groß im Rathaus die vorgestern unterbrochene Beratung fort. Es wurde vor allem einmütig dem Kaiser für die Gewährung der Audienz, für den huldvollen Empfang und für die in den kaiserlichen Worten gelegene Anerkennung der Leistungen des deutschen Volkes im Kriege der tiefgefühlte Dank ausgesprochen. Die weitere politische Debatte wurde einer nächsten Montag den 23. d. stattfindenden Sitzung vorbehalten.

Sehr lebhaft war die Debatte in der Vorstandssitzung der Deutschböhmischen Vereinigung, der Handelsminister Dr. Urban beiwohnte. Die meisten Vorstandsmitglieder sprachen sich gegen das Verbleiben der Minister Dr. Urban und Dr. Baernreither im Kabinett aus, am schärfsten Abg. Hummer. Es wurde beschlossen, der für nächsten Montag einberufenen Vollversammlung der deutschböhmischen Abgeordneten einen in diesem Sinne gehaltenen Antrag zur Annahme zu empfehlen. Wie in der Vorstandssitzung mitgeteilt wurde, werden in der Zwischenzeit die beiden deutschen Minister abermals beim Kaiser in Audienz erscheinen. Ueber diese Audienzen werden die Minister in der montägigen Sitzung berichten, worauf die definitive Stellungnahme der Deutschböhmischen Vereinigung erfolgen wird.

Um 4 Uhr nachmittags versammelte sich dann der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes zur Vorbereitung der in der Vollversammlung des Verbandes am nächsten Dienstag zu stellenden Anträge. Auch in dieser Sitzung vertraten die deutschböhmischen Mitglieder den radikalen Standpunkt gegenüber der einer raschen Lösung der Krise geneigten Mehrheit. Einig waren aber alle Vorstandsmitglieder in der Ansicht, daß der Tagung des Reichsrates selbst keine Schwierigkeiten gemacht werden dürfen. Abg. Dr. Steinwender stellte und vertrat einen Antrag, demzufolge die Parteien des Hauses über ein Arbeitsprogramm schlüssig werden mögen, wenn die Regierung in dieser Frage nicht die Führung übernehme.

Morgen finden keine Parteiberatungen statt.

Eine tschechische Stimme.

& Prag, 20. April. (Priv.-Tel.)

Die alttschechische Narodni Politika schreibt zu der nach der Audienz geschaffenen Lage: Für uns Tschechen hat sich die Situation in

[illegible]

Sonntag den 25.: „Der Rosenkavalier" (Hauptf.); Montag den 26.: „Margarete" (Hauptf.); Dienstag den 27. (kann entfallen): „Eine Florentinische Tragödie" und „Arlen Haas Blumen"; Samstag den 28.: „Der Barbier von Sevilla"; Sonntag den 29.: „Siegfried". — Burgtheater: Sonntag den 22.: „Weh dem, der lügt"; Montag den 23.: „Der Bibliothekar"; Dienstag den 24.: „Frau Richard der Zweite"; Mittwoch den 25.: „Das

Westungarischer-Grenzbote

102

21./IV. 1917

Die beschworene Krise.

(Wiener Brief.)

Wien, 20. April 1917.

Wundern Sie sich nicht, daß Sie einen zweiten „Wiener Brief" über unsere politische Krise erhalten, denn diese ist leider interessanter als wir wünschen.

Der Ministerpräsident Graf Clam Martinic hat seine, den deutschen Parteien gegebenen Versprechungen nicht gehalten. Die Geschäftsordnung des arbeitsunfähigen Parlaments wird nicht geändert, die deutsche Staatssprache wird nicht diktiert, die Kreiseinteilung in Böhmen nicht geschaffen, die Sonderstellung Galiziens wird nicht durchgeführt. Alles, was seit Jahren zugesagt, was als Voraussetzung künftiger ersprießlicher Tätigkeit galt, wurde ganz plötzlich aufgegeben. Und man hält den Parteien als Schild die nahe Friedensmöglichkeit vor. Sie soll alles entschuldigen, die Regierung decken. Wir kehren zurück zum alten Wirrwarr und suchen uns fortzuwursteln, so gut es geht.

Ein Sturm drohte loszubrechen bei den Deutschen. Aber die Drahtzieher hinter den Kulissen veranlaßten schleunigst, daß die deutschen Parteiführer in Audienz beim Kaiser und König erschienen und ihm ihre Wünsche, ihre Bedenken in loyaler Form vortrugen. Und Se. Majestät gab ihnen die Zusicherung, daß die Ziele seiner Regierung sich nicht geändert hätten, wenn auch die Forderungen der Zeit jetzt andere Fragen in den Vordergrund stellten. Er zähle auf das Staatsvolk der Deutschen und werde seine Haltung während des Kriegs nicht vergessen.

Dagegen gibt es keine Opposition. Die Deutschen werden sich mit diesen neuen Versprechungen [illegible] begnügen und in das Parlament eintreten, obwohl es hoffnungslos ist. Auch die zwei deutschen Parteiminister, die um ihre Entlassung gebeten, werden bleiben. Aber der polnische Landsmannminister, der ebenfalls demissionierte, tut das nicht, er geht. Er hatte sein Programm festgelegt auf die Sonderstellung Galiziens und da diese vertagt, das heißt aufgegeben erscheint, habe er nichts mehr mit dieser Regierung zu schaffen, sagt er. Und der Polenklub scheint dies zu billigen.

Das beweist nur, welch zielbewußte, kluge Politiker die Polen sind. Als das neue Königreich Polen vor einem Jahr von uns und von Deutschland etwas voreilig verkündet wurde, erschien zum Erstaunen aller Welt jenes feierliche Patent unserer Regierung, welches die Sonderstellung Galiziens zusagte. Es sollte künftig etwa in der Form wie Kroatien zu Ungarn neben Oesterreich bestehen. Damit war nicht nur eine polnische Sehnsucht der Erfüllung nahe, damit war auch eine alte Forderung der Deutschen in Oesterreich erfüllt, die sich nicht von den Slawen majorisieren lassen wollten. Sie durften hoffen, nach Ausscheidung der Polen aus dem Reichsrat dauernd die Mehrheit zu erlangen. Aber siehe da, alles hat seine Zeit, auch politische Programme müssen von Zeit zu Zeit revidiert werden. Neben einem russischen Polen war ein selbständiges Galizien eine große Sache, neben einem verjüngten Königreich Polen konnte es nur ein Zentrum von Gefahren werden für Oesterreich. Es würde selbstverständlich nach Warschau gravitieren und nicht nach Wien. Alle denkenden Köpfe in Oesterreich waren verblüfft von dieser wenig voraussehenden Politik des Grafen Stürgkh, der damals noch Ministerpräsident war. Sollten die Deutschen warnen? Das war nicht ihre Aufgabe. Sie sahen eine ihrer alten Forderungen erfüllt und überließen die Durchführung der Regierung. Hoffnungsfroh sahen sie in die Zukunft.

Jetzt ist aber das galizische Problem von zwei

Neues Pester Journal 103

21./IV. 1917

ournal.

Erscheint (mit Ausnahme des Montags) täglich.
Redaktion und Administration:
Vilmos császár-út (Kaiser Wilhelmstraße) Nr. 44.
Telephon: Redaktion 26—09. Administration 26—10, 28—31.

Zur Wahlrechtsfrage.*)

Es gibt Schlagworte, die wie Lauffeuer zünden, mit blinder Gewalt um sich greifen und oft vernichten, ohne Rücksicht darauf, was als Ersatz für die bestehenden Werthe geboten wird. Ein solches Schlagwort ist das allgemeine Wahlrecht. Es hat sich der Gemüther bemächtigt, die Politiker kommen aus dem Bannkreis dieser Frage nicht heraus, und angesichts dessen sollte man glauben, daß das Wohl und Wehe unseres Vaterlandes just von dieser Reform abhängt.

Allerdings stellt man sich für ein ideales Staatsleben das Wahlrecht als allgemeines vor, aber dieses setzt auch alle anderen Vorbedingungen des idealen Staatslebens voraus, und mir dünkt, daß bei dem Bestreben, sich diesem idealen Zustande zu nähern, vorerst das Fundament gelegt und jener Prachtbau aufgeführt werden müßte, welcher dann zur Krönung mit dem allgemeinen Wahlrecht eingedeckt werden könnte.

Das dem demokratischen Ohre wohlgefällige Schlagwort ist daher nicht einfach als unfehlbares Dogma zu acceptiren, sondern es muß sorgfältig geprüft werden, ob dieses moderne Dach schon zu unserem Hause paßt und ob letzteres die Tragkraft hiefür besitzt. Außerdem gibt es hinsichtlich staatlicher Einrichtungen nichts absolut gutes; was für den einen Staat gut ist, kann für den anderen zum Verhängniß werden; der Umstand also, daß das allgemeine Wahlrecht in anderen Staaten eingeführt oder geplant ist, ist an und für sich noch kein Grund dafür, daß wir dieses moderne Gewand unbedingt auch anziehen müssen; übrigens sei dahingestellt, ob sich diese Reform anderswo auch soweit bewährt, daß sie nachahmenswerth schiene.

*) Von geschätzter Seite erhalten wir den vorstehenden Artikel, mit dessen Inhalt wir zwar nicht einverstanden sind, den wir aber bereitwillig reproduziren, um auch der gewiß von lauterer patriotischen Besorgniß beeinflußten Gegenansicht Raum zu bieten.
Die Red.

Mittagsblatt 8 Heller.

Abonnementsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus:
Wöchentlich 70 h,
monatl. K 3.—, vierteljähr. K 9.—.
Zum Abholen in den Filialen, in allen Tabak-Trafiken und Verschleißstellen
Monatlich K 3.—.
Ausland und Ungarn:
Monatl. K 3.40, viertelj. K 10.20
bei freier Zustellung durch die Post.
Deutschland: Viertelj. K 14.40.
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Viertelj. K 18.—.
Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen:
Schulerstraße 18, Telephon 9191
II. Taborstraße 30, Tel. 40228.
X. Wielandplatz 5, Telephon 58214.
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 83125.
XVI. Klausgasse 34, Telephon 34148.
XVII. Sechsergasse 22, Telephon 17175.
XXI. Angererstraße 14.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind portofrei

tung

terreich.

r nachmittags.

XXIX. Jahrgang.

Die Politik der Deutschen in Oesterreich.

Neuerdings hat das deutsche Bürgertum Oesterreichs eine schwere politische Enttäuschung erfahren. Seine parlamentarische Vertretung hat in außerordentlicher Zeit, wo ihr alle äußeren und inneren Umstände günstig schienen wie noch nie, so unheilvoll operiert, daß der sachliche Erfolg völlig ausblieb und der Fehlschlag in einem moralischen Mißerfolg endete, in einem Mißerfolg, unter dem nicht bloß diese Politik und ihre Träger, sondern bedauerlicherweise die deutsche Nation selbst zu leiden hat. Nichts wäre nützlicher als die gewissenhafteste Selbstprüfung, damit die Nation aus ihren Fehlern lerne, dadurch endlich behütet werde, sie zu wiederholen, und den richtigen Weg zum rechten Ziele sich bahne. Leider ist die politische Kritik — trotz einzelner wackerer Versuche — bei uns viel zu zag und zu arm, um das Werk der Selbstaufklärung bis zu Ende zu vollziehen.

Die Ziele, die der Nationalverband durch volle zwei Jahre verfolgt hat, sind bis in die letzten Monate nicht bekanntgeworden, sie blieben das Geheimnis weniger Wissender. Bevor wir uns mit ihrem sachlichen Werte befassen, halten wir zunächst an diesem Vorgang fest: Ein Zehnmillionenvolk wie die Deutschen Oesterreichs war also so geführt, daß durch Jahre bloß ein paar Dutzend Leute wußten, in welcher Weise es beglückt werden sollte! Damit dieser Geheimstreich gelinge, mußten das Parlament und damit die politische Vertretung dieses Volkes in der kritischesten Zeit seiner Geschichte mit dem Willen und, wie sich jetzt herausstellt, mit der Zustimmung dieser Drahtzieher ausgeschaltet bleiben, mußten die wahre Kraft und das volle Leben eines Zehnmillionenvolkes reduziert werden auf ein bloßes Kulissengeheimnis! Seine ganze öffentliche Meinung, seine Versammlungen und seine Presse mußten stillgesetzt und damit das ganze Volk selbst im Kriege den Zufälligkeiten einer ganz kontrollos gewordenen Verwaltung preisgegeben werden. Welche Opfer dieses Vorgehen gekostet hat, läßt sich heute nur noch aus gelegentlichen Streiflichtern des Gerichtssaales ahnen. Totenstille mußte über das Land gebreitet bleiben, damit das raunende Kulissengeheimnis nicht übertönt werde. Die Deutschen Oesterreichs wurden so herabgewürdigt zur Rolle schleichender Verschwörer, die das, was angeblich ihre eigene Daseinsnotdurft und zugleich des ganzen Staates Bestes ausmacht, durch geheime Schliche durchzusetzen angewiesen sind. Und diese Brutusse des § 14 fühlen gar nicht, welche beschämende Erniedrigung hiemit dem größten und ältesten Kulturvolk Oesterreichs angetan wird!

Hat es das Deutschtum Oesterreichs wirklich not, zu solchen Methoden zu greifen? Das Bürgertum dieser Nation wird durch solches Vorgehen würdeloser dargestellt, als es ist. Wohl fehlt es ihm seit jeher an dem Selbstgefühl des Staatsbürgers, der in der Behörde, und sei sie noch so hoch, nichts anderes kennt als sein eigenes, von ihm mitbestelltes Organ, um er die schuldige Pflichterfüllung mit der schuldigen Achtung vergilt und dessen gesetzliche Anordnungen von vornherein ruhen müssen auf der Achtung vor dem Staatsbürger, um dessentwillen ja alle staatlichen Einrichtungen da sind. Niemals hat sich der österreichische Deutsche zu solchem modernen Staatsgefühl hoben, noch ist er das vormärzliche Untertanengefühl ganz losgeworden, das selbst die gesetzliche Pflichterfüllung übergeordneter Stellen als Ausfluß der Herrengnade hinnimmt. Aber so schlimm steht es wahrhaftig nicht, daß das, was als eines ganzen Volkes Höchstes vorgestellt wird, diesem ahnungs- und teilnahmslosen Volke durch Jahre verschwiegen und eines Morgens im Gnadenweg zugewendet werden müßte, so wie St. Nikolaus schlafenden Kindern nachts Nüsse in die Schuhe legt.

Wie sollte das Geheimnis zur offenen Tat werden? Einige Minister — wie viele eingeweiht waren, weiß man noch nicht — arbeiteten Entwürfe aus, die zunächst in der Schublade verwahrt blieben, zu guter Stunde mit der Unterschrift des Staatsoberhauptes versehen und im Reichsgesetzblatt kundgemacht werden sollten. Es ist niederdrückend, zu erfahren, wie wenig wir aus unserer eigenen Leidensgeschichte zu lernen vermögen. Der ganz gleiche Vorgang war voreinst einmal, wenn auch in weit bescheidenerem Umfang, vom Grafen Badeni in seinen unheilvollen Sprachenverordnungen eingeschlagen worden, er ist also gar nicht mehr originell! Jedermann weiß, wie er geendet hat! Man erinnert sich, daß er das ganze Reich in eine zehnjährige furchtbare, heute nicht ganz überwundene Krise gestürzt hat. Und was war der Ausweg? Der einseitig gegebene Akt wurde einseitig wieder aufgehoben und deutsche Politiker waren es, die die getäuschten Nutznießer mit dem Bibelwort verhöhnten: „Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen, gepriesen sei der Herr!" Nun hat sich eine Abordnung der deutschen Vertretung zu dieser Hiobsrolle selbst gemeldet und hat dabei um so schlechter abgeschnitten, als es genommen war, bevor es gegeben wurde. Ein wahres Glück — denn das hat uns bloß vor einer noch größeren Enttäuschung behütet!

Man beachte aber den Fehler dieser sogenannten Nationalpolitik genau. Wenn jemals, so ist in diesem Kriege jedermann klar geworden, daß der Staat nichts ist als die Zusammenfassung seiner Bürger und ihrer Kräfte nach außen und innen, daß die Staatsgewalt, wie immer sie organisiert sei, nichts ist als ihre organisierte Gesamtkraft. Hier aber wird die Staatsgewalt ganz in der Denkweise des Vormärz als außerhalb des Bürgers und über ihn, wie eine fremde Macht vorgestellt, unter deren gnädigem oder strafendem Auge der Bürger zum Untertan wird, der die Rute oder die Gnade empfängt, und diese Alternative wird in letzter Linie entschieden durch das — Geheimnis der Kulissen!

Seltsam, daß der Bodensatz alter Bedientenhaftigkeit, der aus solchen politischen Auffassungen und Methoden entspringt, hierzulande so wenig empfunden wird! Seltsam, daß wirklich Bürger des zwanzigsten Jahrhunderts die Lebensinteressen der Nation auf Dank und Undank stellen! Und dennoch nicht seltsam! Man muß nämlich dagegen halten, daß sich derselbe Nationalverband mit verbissener Hartnäckigkeit sträubt, die Massen des deutschen Volkes in demokratischer Selbstbestimmung an der politischen Arbeit teilnehmen zu lassen, daß er als zäher Gegner jeder demokratischen Entwicklung diese Massen selbst fernhält von allem Einfluß auf die Geschicke der Nation, höchstens gewillt, sie gelegentlich mit seiner Fürsorge zu begnaden, niemals aber, sie als Gleichberechtigte mitbestimmen zu lassen. Darum erniedrigt er die Ziele, die, wenn sie wahrhaft nationale Güter sein sollen, doch vor allem offenliegendes allgemeines Gut der ganzen Nation und von dem Willen aller getragen sein müßten, darum erniedrigt er sie zu Kulissengeheimnissen, und weil er Untertanen hinter sich hat, wird er zum Untertan und stellt alles und jedes auf Herrengnade!

Man fordert heute allgemein die Abschaffung der Geheimdiplomatie — sie ist jetzt abgeschafft und die Staatsmänner sprechen im Kriege über Weltteile hinweg offen miteinander. Hier hat man das Musterbeispiel einer Geheimpolitik und ihrer fruchtlosen Kraftanstrengungen.

Das, was die Deutschen in Oesterreich geregelt wissen wollen, ist nicht ihr Verhältnis zum Staatsoberhaupt, denn dieses ist in den Staatsgrundgesetzen festgelegt und in geschichtlichen Ueberlieferungen gestaltet. Ihr Verhältnis zu den anderen Völkern dieses Staates ist es, das nach Regelung schreit, denn es ist auf der ganzen Linie fließend, ungewiß und im fortwährenden Wechsel der Umstän-

ichspost.

s Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

halbjährlich . . . . . 24.—

Für Oesterreich-Ungarn:
monatlich . . . . . K 8.—
vierteljährlich 14.50
halbjährlich . . . . . 28.—
Bei täglich einmaliger Zustellung (das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages) für auswärts:
monatlich . . . . . K 4.50
vierteljährlich . . . . . 12.—
halbjährlich . . . . . 24.—

Für Deutschland:
viertelj. Kreuzbandsend. K 18.—
und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.

Länder des Weltpostvereines:
viertelj. Kreuzbandsend. K 22.—
und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.

Einzelpreise für auswärts:
Morgenblatt . . . . . 14 h
Sonn- und Feiertags . . . 18 „
Nachmittagsblatt . . . . . 6 „

Vien, Sonntag, den 22. April 1917 XXIV. Jahrgang

der Schlacht an der Aisne.

pedoboote auf Calais und Dover. — Dunkle gen den Friedensgedanken in Rußland.

Champagne scheiterten die Angriffe vor unseren Stellungen.

Nördlich von Reims und in den Argonnen brachen unsere Sturmtrupps in die feindlichen Linien und kehrten mit Gefangenen zurück.

Heeresgruppe Herzog Albrecht: Oestlich von St. Mihiel verlief ein Unternehmen nach Wunsch; auch dort blieben mehrere Franzosen gefangen in unserer Hand.

Ungünstiges Wetter der letzten Tage schränkte

die Flugtätigkeit

ein. Seit dem 17. April sind in Luftkämpfen 7, durch Abwehrkanonen 3 feindliche Flugzeuge abgeschossen worden.

Auf dem

östlichen Kriegsschauplatz

und an der

mazedonischen Front

ist bei meist geringer Gefechtstätigkeit die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister:
Ludendorff."

•

Berlin, 21. April.

Das Wolffsche Bureau meldet:

„21. April, abends.

Bei Arras starker Feuerkampf nördlich der Scarpe. An der Aisne- und Champagneschlacht-Front im ganzen geringere Tätigkeit, die bei Brahe, Heurtebise Fe. und nordwestlich von Auberive zeitweilig zunahm.

Im Osten nichts Neues."

Wahre und falsche Demokratie.

Wien, am 21 April.

Das Schlagwort „Demokratie" rauscht durch die elt. Es ist die Parole der Weltpresse, auch der ver-eitetsten Organe der Mittelmächte. Es lebe die Demo-atie! wurde gejubelt — auch bei uns — als der rus-che Zar entthront wurde, obwohl er zu einem Son-frieden mit den Mittelmächten entschlossen war, hrend die an seine Stelle getretenen Bürger- und beiterausschüsse allem nach den Krieg weiterführen en. Mehr Demokratie hieß es — auch bei uns —, Wilson, obwohl Vertreter der größten Demokratie Welt, unserem Bundesgenossen den Krieg erklärte. h lebe die Demokratie! rauscht es im Blätterwald — im heimischen, da die Ankündigung eines neuen de-ratischen Wahlrechtes in Preußen durch die preu-e Regierung bekannt wird. Mehr Demokratie! ist Tenor der Beschlüsse der reichsdeutschen, deutsch-reichischen und ungarischen Sozialistenvertreter in n. Mehr Demokratie! wird gerufen, so oft von den ssetzungen nötiger und nützlicher Reformen des - und Wirtschaftslebens gesprochen wird.

er wollte etwas einwenden gegen eine Demo-in der das Beste, Idealste, was in der Volks-der Volkstradition lebt, bestimmend würde für ierung? Wer wollte leugnen, daß der Schweiß beiters und des Bauers, daß die Weisheit des en, daß der Fleiß des Bürgers Anspruch darauf von den Regierungsentschließungen berücksichtigt en? Wer wollte leugnen, daß in einer Zeit, wo ruf und Leben aufs Spiel setzen müssen im fürs Vaterland, alle auch Anspruch haben auf ad Stütze durch das Vaterland? — Aber wird das alles garantiert durch möglichst viel bloße demokratische Einrichtungen? Etwa durch die bloße republikanische Staatsverfassung? Durch das bloße, immer weitere Kreise, auch die Frauen, umfassende allgemeinste Wahlrecht? Durch den bloßen reinen Parlamentarismus?

Nein, noch wichtiger als die Form ist der Geist; noch wichtiger als die Konstitutionen sind die Kulturen, die sie stützen und durchtränken; noch wichtiger als die Gesetzesparagraphen sind die Seelen. Männer, nicht Maßregeln! Auf diese Voraussetzungen muß immer wieder hingewiesen werden gegenüber solchen, die von den bloßen äußeren Volksfreiheiten alles Heil für das Volk erwarten. Demokratische Einrichtungen können von höchstem Nutzen sein. Es kann in ihnen die Möglichkeit ruhen, Völker von verdorbenem Fürstenabsolutismus, von verstumpfter Bureaukratie, von fauler Gentry zu erlösen und zu geordnetem Staatsleben überzuführen. Aber Voraussetzung ist die Herrschaft großer sittlich-religiöser Ideen in den Seelen; Voraussetzung ist die Gesundheit der öffentlichen Meinung. Voraussetzung ist der Sinn für Autorität und Unterordnung, für Wissen und Charaktergröße bei den Wählern. Voraussetzung ist die Unbestechlichkeit, der große soziale und patriotische Geist bei den Volksvertretern im Parlament. Fehlen diese geistig-kulturellen Voraussetzungen, dann sind die letzten Dinge schlimmer als die ersten und im Zeichen der Demokratie können Volksbedrückungen, Volksausbeutungen, Volkserniedrigungen bis zur unmenschlichen Sklaverei eintreten, die alles in Schatten stellen, was selbst unter dem Regime fürstlicher Tyrannei, absoluter Despoten möglich war. Fehlt die gesunde Kultur und die gesunde öffentliche Meinung, dann werden von verdorbener Presse verdorbene Wähler nicht die sittlich und geistig Hervorragendsten wählen, sondern die bloßen Schmeichler, die immer nur von Rechten aber nie von Pflichten sprechen, die dem Volke Paradiese verheißen, es irreführend bezüglich des in diesem Tränental praktisch Erreichbaren. Fehlt die gesunde Kultur und die gesunde öffentliche Meinung, dann werden in den Parlamenten immer zahlreicher werden jene zweifelhaften Charaktere, die allen Bestechungsversuchen und Bestechungen der Hochfinanz zugänglich, bis sie zu bloßen Bewilligungsmaschinen und Kronadvokaten der Hochfinanz herabsinken. Gerade die Anhänger echter, gesunder Demokratie können nicht oft genug auf diese sittlich-kulturellen Voraussetzungen alles gesunden Staatslebens hinweisen. Können nicht genug warnen vor der Betonung der bloßen Verfassungsformen. Können nicht oft genug warnen vor der Pseudodemokratie. Können dem Volke, den Wählern, nicht oft genug sagen, daß nicht jeder, der sagt: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! diese Dinge auch schon verbürgt.

Welche Erwägungen und Mahnungen werden in besonderer Weise nahegelegt durch die Weltkriegserfahrungen mit gewissen demokratisch geleiteten Ländern. Die Erfahrungen sind niederschmetternd. Schon vor dem Weltkrieg war Schlimmes zu vernehmen; nun sind die letzten Masken gefallen. Wo wir freie Völker vermuteten, sehen wir Sklaven. Wo wir die Sprachrohre freier Parlamente vermuteten, sehen wir die Puppen der Plutokratie.

•

Was wurde Amerika im Zeichen der bloßen äußeren Freiheiten? Antwort: Das Land der unumschränkten Geldherrschaft. Das Land, wo der Senator Call erklärt, die Trusts seien der Regierung über den Kopf gewachsen; die Trusts beherrschten die Wahlen, beeinflußten die Gesetzgebung, seien wirksam hinter der Rechtsentscheidung der Gerichte; die Regierung sei ihnen gegenüber ohnmächtig. Das Land, wo die öffentliche Meinung so korrumpiert, daß Lumpen wie Pu-

Neues Wiener Tagblatt
24/IV. 1917
117

und südwestlich des Doiransees heftiges
ee ein englischer Angriff folgte. – Er wurde
en abgewiesen; eines unsrer Flieger-
ampf ein.
er Erste Generalquartiermeister: Ludendorff."

* *

ei Arras zusammengebrochen.

Bureau meldet: 23. April 1917, abends.
Arras ist heute der neue englische
erlusten ergebnislos zusammen-

ampagne zeitweilig starker Artillerie-

---

in Bulgarien genau vertraut gemacht. Man hat
ihn als Gesandten gern wiederkommen gesehen,
[illegible] Tradi-
[illegible] Deutschböhmen gegenüber [illegible]
[illegible] Allg. Ruff erörterte die Stellung der
[illegible] Friedhofrates wurde in dieser Versammlung
[illegible] Erwähnung getan.

versammlung des Deutschen Nationalverbandes gab, wurde einem Bericht des Abg. Hadek über die politische Lage eingeleitet. Daran schloß sich eine mehrstündige Debatte, in deren Vordergrund die in der inneren Politik eingetretene Lebensung der Verhältnisse rotwie die bevorstehende Einberufung des Reichsrates stand. Schließlich wurde die in der Debatte aufgeworfene Frage der Einberufung des Reichsrates in dieser Versammlung dahin beantwortet, daß der Einberufung des Reichsrates keine Hindernisse entgegenstehen, daß aber die Regierung sich vorbehalte, den Zeitpunkt der Einberufung des Reichsrates nach Maßgabe der Notwendigkeit zu bestimmen.

Während die beiden deutschen Parteien, die Deutschnationale Vereinigung und die Deutschradikalen, ihre Beratungen im Abgeordnetenhause fortsetzten, versammelte sich im Herrenhause der gemeinsame Vollzugsausschuß des Deutschen Nationalverbandes und der Christlichsozialen. Dieser wohnten die beiden deutschen Minister Dr. Baernreither an und Dr. Urban sowie die beiden deutschen Vizepräsidenten des Herrenhauses Graf Schönborn und Dr. Gleispach bei. Nach einleitenden Worten des Obmannes Abgeordneten Dr. Gyllbeiter wurde in die Tagesordnung eingetreten. Der Obmann der Deutschen Vereinigung, Abgeordneter Dr. Groß, referierte über die Lage, wie sie durch die jüngsten Ereignisse sich gestaltet hat. Nach eingehender Debatte nahm die Versammlung eine Resolution an, in der unter Hinweis auf die dringenden Erfordernisse der Zeit die Notwendigkeit betont wird, daß der Reichsrat noch vor Pfingsten einberufen werde. Ferner wurde beschlossen, daß die Deutschen Abgeordneten in der heute stattfindenden Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes gemeinsam mit den Christlichsozialen für die Einberufung des Reichsrates vor Pfingsten eintreten werden.

Deutsche Arbeitsgemeinschaft.

Um 5 Uhr nachmittags trat gestern im Abgeordnetenhause die Vollversammlung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft unter Vorsitz ihres Obmannes Abgeordneten Dr. Lammasch zusammen. Der Sitzung ging eine Besprechung der Obmänner der Klubs voraus. Dr. Gyllbeiter hat bei. Den ausführlichen Bericht über die Ereignisse der letzten Tage, wie sie durch die jüngsten Vorkommnisse auf die Tagesordnung gesetzt wurden, erstattete Dr. Groß. Hierauf wurde in die Debatte eingetreten, an der sich die Abgeordneten Dr. Lammasch, Dr. Baernreither, Dr. Urban, Graf Schönborn, Dr. Gleispach, Dr. Ofner, Dr. Hellmer, Dr. Ellenbogen, Dr. Hanke, Dr. Wilhelm, Dr. Hruby, Dr. Pattai, Dr. Stransky, Dr. Gyllbeiter, Dr. Groß,

Neues Wiener Tagblatt
25./IV. 19

Die innerpolitische Situation.

Das Interesse aller parlamentarischen Kreise konzentrierte sich auf die gestern nachmittag abgehaltene Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes, denn man wußte, daß ihr Ergebnis für die Klärung der Situation von großer Bedeutung sein werde. Diese Erwartung hat sich in vollstem Maße erfüllt. Die Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes hat nämlich den von uns bereits angedeuteten Antrag der Deutschen Arbeitsgemeinschaft mit einem Amendement einhellig angenommen. In diesem Resolutionsantrag wird ausgesprochen, daß der Deutsche Nationalverband, der bekanntlich der größte parlamentarische Verband unsres Abgeordnetenhauses ist, nach wie vor seine Pflicht gegen Staat und Volk treu erfülle und daher auch seine besten Kräfte für die Herstellung und Erhaltung eines arbeitsfähigen Parlaments einsetzen werde. Der Verband halte aber auch an der Verwirklichung der nationalpolitischen Forderungen der Deutschen, die eigentlich in erster Reihe im Interesse des Staates liegen, fest. Bezüglich des Verbleibens der beiden deutschen Minister im Kabinett erklärte die Vollversammlung dasselbe für wünschenswert; das Verhältnis des Verbandes zur Regierung werde von der Haltung der Regierung abhängig gemacht werden.

Mit der Annahme dieser Kundgebung, die, das sei nochmals betont, einhellig gefaßt wurde, — auch die deutsch-böhmischen Abgeordneten hatten sich dem Antrag akkommodiert — erscheint dieser Teil der innerpolitischen Krise beigelegt. Was die Demission des galizischen Landsmannministers Dr. v. Bobrzynski und die dadurch geschaffene Situation anlangt, kann heute gleichfalls gesagt werden, daß hieraus kaum mehr Weiterungen entstehen werden. Eine führende politische Persönlichkeit, die auch die Intentionen der Regierung kennt, äußerte sich über die gegenwärtige politische Lage wörtlich folgendermaßen: „Meiner Anschauung und meiner Informationen zufolge ist nunmehr die Bahn frei für eine ersprießliche gesetzgeberische Tätigkeit des Parlaments, und die drohenden Wolken sind geschwunden." Auf die weitere Frage, ob die Polen noch eine Krise herbeiführen würden, meinte die erwähnte Persönlichkeit: „Hier ist die Situation wohl noch nicht ganz geklärt, das Bild wechselt von Stunde zu Stunde, doch steht zu erwarten, daß auch hier bald wieder heiterer Himmel sein wird."

Die Sitzung des Deutschen Nationalverbandes.

Das Communiqué.

Kurze Zeit nach 4 Uhr trat der Deutsche Nationalverband unter Vorsitz seines Obmannes Abg. Dr. Groß zu einer Vollversammlung zusammen. Jene erregte Stimmung, die zu Beginn der Vorwoche in den deutschen parlamentarischen Kreisen geherrscht hatte, war, wie man sofort erkennen konnte, völlig geschwunden und allenthalben drang die Anschauung durch, daß der krisenhafte Zustand eine durchaus befriedigende Lösung finden werde. Auch die als ganz intransigent geltenden Abgeordneten hatten ihre Haltung revidiert. Die Vollversammlung der deutschen Abgeordneten nahm denn auch einen würdigen Verlauf; die Debatte war eine ruhige und sachliche und nach mehrstündiger Beratung wurden dann einhellige Beschlüsse gefaßt.

Das parteiamtlich verlautbarte Communiqué lautet:

Der Deutsche Nationalverband hielt gestern eine Vollversammlung, auf deren Tagesordnung die Besprechung der innerpolitischen Lage gesetzt worden war. An der Beratung nahm auch Handelsminister Dr. Urban teil. Die Abgeordneten, die dem Deutschen Nationalverband angehören, waren nahezu vollzählig erschienen.

Abschiedsrede des Präsidenten Dr. Sylvester.

Vor Eingang in die Tagesordnung gab der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Sylvester die Erklärung ab, daß er mit Rücksicht auf seine persönlichen Verhältnisse nicht in der Lage sei, beim Wiederzusammentritt des Abgeordnetenhauses eine Wiederwahl zum Präsidenten anzunehmen. Diese seine Willenskundgebung sei unwiderruflich. Er danke jedem einzelnen Abgeordneten ebenso wie dem ganzen Verband für ihr Vertrauen, bitte, ihm als Präsidenten ein gutes Andenken zu bewahren und stelle sich als Soldat wieder in die Reihen.

Der Vorsitzende Abg. Dr. Groß brachte hierauf zur Kenntnis, daß Dr. Sylvester bereits vor längerer Zeit ein in ähnlichem Sinne gehaltenes Schreiben an den Vorstand des Deutschen Nationalverbandes abgesandt habe, worauf seinerzeit der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes ihm Anerkennung, Vertrauen und Dank ausgesprochen habe. Diese Bemerkung des Vorsitzenden wurde vom Verband mit allgemeiner Zustimmung und Ovationen für den Präsidenten Dr. Sylvester aufgenommen.

Der Verband beschloß sodann in die Besprechung der Präsidentenfrage augenblicklich nicht einzugehen und diese einer späteren Vollversammlung vorzubehalten.

Die politische Resolution.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingegangen, und es fand eine eingehende längere politische Besprechung statt, deren Inhalt für strengst vertraulich erklärt wurde. Nach der Besprechung wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Der Deutsche Nationalverband wird nach wie vor seine Pflicht gegen Staat und Volk treu erfüllen und daher auch seine besten Kräfte füt die Herstellung und Erhaltung der Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses einsetzen. Der Verband hält an der Verwirklichung seiner nationalpolitischen Forderungen, die in erster Reihe im Interesse des Staates erhoben worden sind, fest.

Das Verbleiben der beiden Minister Dr. Urban und Dr. Baernreither in der Regierung wird als wünschenswert erklärt. Die weitere Stellung des Verbandes zur Regierung wird von ihrer Haltung abhängen.

Der Reichsrat ist raschestens einzuberufen."

* * *

Nach Erledigung der Tagesordnung beschäftigte sich die Vollversammlung mit einer Reihe andrer, vor allem wirtschaftlicher Angelegenheiten. Zur Annahme gelangte ein namens der Deutschen Arbeitsgemeinschaft gestellter Antrag des Abg. Kraft, wonach der Beschluß gefaßt wurde, einen Ausschuß zur Beratung der Angelegenheiten der Festbesoldeten einzusetzen.

Auf Antrag des Abgeordneten Heine wurde ebenso beschlossen, für die verschiedenen wirtschaftlichen Angelegenheiten Unterausschüsse und Berichterstatter einzusetzen, die weiteren Vorarbeiten in dieser Fragen dem Vorstande zu übertragen.

Ein Antrag des Abgeordneten Dobernig über die Zensur gelangte einstimmig zur Annahme. Dieser lautet:

„Der Deutsche Nationalverband stellt mit Bedauern fest, daß ohne jede Notwendigkeit die innerpolitische Zensur nach wie vor in der unverständigsten Weise geübt wird. Die Bevormundung wird sogar auf Kundgebungen der parlamentarischen Parteien ausgedehnt. Der Deutsche Nationalverband protestiert auch dagegen, daß politische Meinungen zensuriert werden. Er fordert von der Regierung die sofortige und ausdrückliche Aufhebung der innerpolitischen Zensur, da die Bevölkerung Oesterreichs, die in der harten Kriegszeit genügend Proben ihres Patriotismus und ihrer Reife gegeben hat, nicht schlechter behandelt werden kann als die Völker aller andern Staaten. Die Aufrechterhaltung der innerpolitischen Zensur muß nicht nur als unwürdig, sondern sogar als schädlich erachtet werden."

Abg. Teufel hatte folgenden Antrag gestellt:

„Der Verbandsvorstand wird beauftragt, von der Regierung zu verlangen, daß sie sofort nach Zusammentritt des Reichsrates Gesetzesvorlagen 1. bezüglich der Regelung der Witwen-, Waisen- und Invalidenversorgung, 2. bezüglich der Schaffung eines entsprechenden gewerblichen Kredit- und Hilfsfonds und 3. hinsichtlich der Neuregelung der Bezüge aller Gruppen der staatlichen Beamten und Angestellten dem Hause zur dringlichen Beratung

Neues Wiener Tagblatt
20./IV. 1917

Die innerpolitische Situation.

Aus dem Polenklub.

Der Polenklub war gestern in Permanenz. Bald waren die einzelnen Fraktionen zu Beratungen versammelt, bald hatte die parlamentarische Kommission eine Besprechung, und so konnte das Plenum erst in später Abendstunde zur Beschlußfassung zusammentreten. Die Anschauungen über die Stellungnahme des Klubs gegenüber dem Verhalten der Regierung waren so voll Dissonanzen — im Laufe des Tages waren nicht weniger als fünfzehn Resolutionen über dieses Thema eingebracht worden —, daß die Mittler im Polenklub reichlich Mühe hatten, nach mehrstündiger Arbeit eine Entschließung fertigzustellen, die endlich die einhellige Annahme in der Vollversammlung möglich machte. Diese Resolution führt aus, daß der Klub Vorschläge der Regierung erwartet und sein Präsidium beauftragt, in der Zeit vom 10. bis 15. Mai das Ergebnis der Verhandlungen mit der Regierung entgegenzunehmen.

Mit der Annahme dieser Entschließung erscheint nunmehr auch die Krise im galizischen Landsmannministerium beigelegt, und es steht zu erwarten, daß, wie gestern im Abgeordnetenhause verlautete, schon in den nächsten zwei oder drei Tagen die kaiserlichen Handschreiben zur Publikation gelangen werden, wonach die Demission der beiden deutschen Minister Dr. Urban und Dr. Baernreither und des galizischen Landsmannministers Dr. Bobrzynski nicht angenommen wird.

Um 8 Uhr abends trat der Polenklub unter Vorsitz seines Obmannes Dr. v. Bilinski zur Vollversammlung zusammen. Der Vorsitzende erörterte in einer kurzen Ansprache die Ereignisse der letzten Zeit und beantragte zunächst anläßlich der Revolution in Rußland folgende Entschließung:

„Der Polenklub begrüßt den durch die Revolution in Rußland bewirkten Sturz des Zarates, des größten Feindes der polnischen Nation, und erwartet, daß dieses die Freiheit der Völker befestigende Ereignis eine Botschaft des baldigen Friedens sein wird."

Der Antrag, der in der Kommission vom Abg. Daszynski gestellt worden war, wurde in der Vollversammlung mit lebhaftem Beifall einhellig angenommen.

Hierauf erstattete der Obmann den Bericht über den Verlauf der Verhandlungen des Präsidiums mit der Regierung in der Frage der Sonderstellung Galiziens. Dr. v. Bilinski brachte hiebei jene Erklärung, welche der Ministerpräsident Graf Clam-Martinitz ihm am 23. d. zukommen ließ, zur Kenntnis der Versammlung. Diese Erklärung lautet:

„Die Regierung will für die Verwirklichung des kaiserlichen Handschreibens vom 4. November 1916 sich mit vollem Ernst einsetzen. Sie beabsichtigt diesbezüglich, sich mit dem Polenklub unverzüglich ins Einvernehmen zu setzen und ein von demselben aufzustellendes Programm in Erwägung zu ziehen und tunlichst zu berücksichtigen. Selbstverständlich wird die Regierung dabei bemüht sein, eine Annäherung beider das Königreich Galizien bewohnenden Völker zu erzielen. Dabei wird sie von dem Bestreben geleitet sein, Mittel und Wege zu finden, um dem Land Galizien die unerläßlichen Bedingungen seiner wirtschaftlichen Entwicklung und die geordnete Führung seines Haushalts zu sichern. Bei der Regelung des finanziellen Verhältnisses Galiziens zum Staat will sie periodische Abmachungen vermeiden.

Die Regierung will sich für die Gutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden unter gebotener Rücksichtnahme auf die Staatsfinanzen einsetzen und dabei eine dem Land in Jahresraten auszuzahlende Pauschalsumme in Aussicht nehmen, die durch Vermittlung der Landesverwaltung für die Beschädigten zu verwenden sein wird. Die Regierung ist bestrebt, auf die sofortige Auszahlung der Kriegsleistungsvergütungen ihren ganzen Einfluß zu üben. Wenn der Krieg viele Entbehrungen und Opfer mit sich bringt, so will die Regierung, daß die hartgeprüfte Bevölkerung Galiziens von allem verschont bleibe, was als unnötige Härte, Mißtrauen oder Uebelwollen gedeutet werden könnte."

Hieran knüpfte sich eine längere Debatte, worauf die folgende, zwischen den einzelnen Fraktionen des Klubs vereinbarte Resolution gleichfalls einstimmig angenommen wurde:

„1. Nach Anhörung des Berichtes seines Obmannes sowie der Erklärung, welche der Ministerpräsident dem Obmann des Polenklubs am 23. d. zukommen ließ, erwartet der Polenklub die Vorschläge der Regierung über die in dieser Erklärung berührten Angelegenheiten.

2. Der Polenklub beauftragt sein Präsidium, die Beschlüsse der parlamentarischen Kommission zur Richtschnur seiner Verhandlungen mit der Regierung zu nehmen und behält sich die definitive Beschlußfassung über das Ergebnis dieser Verhandlungen vor.

Zu diesem Zweck soll der Polenklub in der Zeit zwischen 10. und 15. Mai 1917 einberufen werden.

3. Der Polenklub fordert entschieden eine sofortige Aenderung der mißgünstigen und kränkenden Behandlung, die seit Kriegsbeginn der polnischen Bevölkerung gegenüber seitens der Behörden geübt wird.

4. Im Anschluß an die in Aussicht genommene Sitzung des Polenklubs soll die Vollversammlung polnischer Reichs- und Landtagsabgeordneten behufs Besprechung der Gesamtheit der Polenfrage einberufen werden.

Sodann wurde nach 9 Uhr abends die Sitzung geschlossen. Schon morgen dürften die Verhandlungen des Präsidiums des Polenklubs mit der Regierung ihren Anfang nehmen, bei denen Minister Dr. Bobrzynski als Vertreter des Polenklubs fungieren wird. Heute vormittags versammelt sich der Klub zu einer Besprechung über wirtschaftliche Angelegenheiten.

Neues W

130

Neue Freie Presse Abend
26./IV. 1917

Die Regelung der staatsrechtlichen Verhältnisse in Galizien.

Das Elaborat der parlamentarischen Kommission des Polenklubs.

Das von der parlamentarischen Kommission des Polenklubs fertiggestellte Elaborat über die Sonderstellung Galiziens enthält, wie jetzt bekannt wird, hinsichtlich der Regelung der staatsrechtlichen Verhältnisse folgende Bestimmungen:

Der Kompetenz der gesetzgebenden Körperschaft Galiziens werden aus dem durch das Staatsgrundgesetz bestimmten Wirkungskreise des Reichsrates zufallen: Die Finanz-, Verkehrs-, Gewerbe- und Sanitätsangelegenheiten, ferner die Gesetzgebung über das Heimatsrecht, die Feststellung der Grundsätze des Unterrichtswesens bezüglich der Volks- und Mittelschulen sowie der Universitäten, die Strafjustiz-, Polizeistraf- sowie die Zivilgesetzgebung, die Gesetzgebung über das Handels- und Bergrecht, die Gesetzgebung über die Grundzüge der Organisation der Gerichts- und Verwaltungsbehörden, schließlich die zur Durchführung der Staatsgrundgesetze über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger (Preßfreiheit, Versammlungs- und Vereinsrecht) zu erlassenden Gesetze. Die Staatsgrundgesetze vom 21. Dezember 1867 haben die Grundlage der Landesverfassung zu bilden. Die gesetzgebende Körperschaft Galiziens ist berechtigt, diesbezügliche Aenderungen vorzunehmen, es obliegt ihr außerdem, die Abgeordneten in den österreichischen Reichsrat zu entsenden, die an den Verhandlungen über die gemeinsamen Angelegenheiten teilzunehmen haben, wie auch die galizischen Mitglieder der gemeinsamen Delegation zu nominieren.

Die gesetzgebende Körperschaft soll aus einem Senat und aus einem Landtage mit 166 polnischen und 62 ruthenischen Mitgliedern, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes zu wählen sind, bestehen. In den gemischtsprachigen Landtagswahlbezirken wird die Errichtung eines nationalen Katasters vorgesehen. In den Städten werden nach dem Listenproportionalsystem ein- oder mehrmandatige Wahlbezirke, in den Landgemeinden dagegen nur zweimandatige Wahlbezirke geschaffen. Frauen, welche akademische Studien absolviert haben oder ein öffentliches Amt bekleiden, dürfen persönlich ihr Wahlrecht ausüben. Dem Senat werden 130 bis 140 Mitglieder angehören, und zwar die im Lande wohnhaften volljährigen Mitglieder des Kaiserhauses, die 13 Virilisten, die bisher im galizischen Landtage Sitz und Stimme hatten, überdies der Rektor der künftigen Bergakademie, die Stadtpräsidenten von Lemberg und Krakau, ein Vertreter der Judenschaft, 45 Delegierte des Großgrundbesitzes, je 3 Mitglieder des Lemberger und Krakauer Gemeinderates, je 3 Mitglieder der Lemberger und Krakauer Handelskammer, 1 Vertreter der Brodyer Handelskammer und die vom Kaiser ernannten erblichen und ebenslängli,en Mitglieder des österreichischen Herrenhauses. Der Landtag hat seinen Präsidenten und die nationalen Kurien haben seine Stellvertreter zu wählen. Das Präsidium des Senats wird vom Kaiser ernannt.

Mit der Verwaltung des Landes wird eine vom Kaiser ernannte und dem gesetzgebenden Körper Galiziens verantwortliche Regierung mit einem Kanzler an der Spitze betraut. Dem Kanzler, der aus den Reihen des Landtages zu entnehmen ist, werden Staatssekretäre beigegeben als Chefs der Abteilungen für politische Angelegenheiten, für die Finanzen, Unterricht, Verkehr, Justiz, Ackerbau, Handel und Gewerbe. Die Sekretariate mit ihren Beiräten werden die Vorinstanz in Angelegenheiten bilden, über die der österreichische Reichsrat endgültig zu entscheiden hat. Dem Kanzler steht das Recht zu, an den Ministerratssitzungen und an der Entscheidung der Galizien betreffenden Angelegenheiten teilzunehmen. Um den Kontakt zwischen der österreichischen und galizischen Regierung herzustellen, wird ein Minister für Galizien mit einem ausgedehnteren Wirkungskreise als bisher ernannt.

In Galizien werden ein Oberster Gerichtshof, ein Staatsgerichtshof sowie ein mit den Befugnissen eines Verwaltungsgerichtshofes und eines Reichsgerichtes ausgestatteter Staatsrat errichtet. Die Administration sämtlicher Eisenbahnen im Lande wird dem Staatssekretär für Verkehrswesen überantwortet. Dem Staatssekretär für Kultus und Unterricht soll ein Landesunterrichtsrat, bestehend aus Vertretern der Religionsgenossenschaften, der Lehrerschaft, der Bevölkerung und des ärztlichen Standes, beigegeben werden.

Die höheren Beamten, Lehrer und Richter ernennt der Kaiser auf Vorschlag der Landesregierung, dagegen ernennt die Beamten und Lehrer der unteren Rangstufen die Landesregierung.

Das gesamte Verwaltungsgebiet des Landes wird in aus mehreren Bezirken zusammengelegte Landschaften, denen Landschaftspräsidenten vorstehen, eingeteilt. Die alljährlich nach dem Kurialsystem zu wählenden Landschaftsräte haben die Beschlüsse über den Voranschlag für wirtschaftliche und kulturelle Zwecke zu fassen. In den Landschaften mit einer nationalen Minorität von mindestens 15 Prozent werden ebenso wie im Landtage nationale Kurien geschaffen, die berechtigt sind, über ihre speziellen Bedürfnisse auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete zu entscheiden. Mit politischen Fragen haben sich die Landschaftsräte nicht zu befassen. Stadtgemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern werden in ähnlicher Weise organisiert. Die Bezirksbehörden mit einem von der Regierung ernannten Bezirkshauptmann gelten als erste Instanz in der politischen Verwaltung. Der bisher den Gemeinden übertragene Wirkungskreis fällt dem Bezirkshauptmanne zu; die Gemeindebehörden haben nur das Gemeindevermögen zu verwalten, die Wohlfahrts- und Unterrichtsanstalten zu überwachen sowie einen Teil der Ortspolizeiagenden zu besorgen.

Die polnische Sprache ist die Amtssprache der galizischen Behörden. Die Eingaben an die galizischen Behörden und Gerichte sind in einer der beiden Landessprachen zu richten. Der Bescheid hat in ruthenischer Sprache zu erfolgen, wenn in dem Bezirke, aus dem die Eingabe herrührt, die ruthenische Bevölkerung mindestens 10 Prozent ausmacht. Ueber die Errichtung von Mittelschulen entscheiden der Landtag und die Regierung Galiziens. Den Ruthenen wird die Errichtung einer selbständigen Universität zugestanden. In den gemischtsprachigen Bezirken wird, wenn vierzig ruthenische Schüler im schulpflichtigen Alter vorhanden sind, eine besondere Schule für dieselben errichtet, sonst aber für den Unterricht der ruthenischen Sprache in entsprechender Weise in den anderen Schulen Vorsorge getroffen.

Ueber die Unterrichtssprache in den Volksschulen entscheidet die Landesregierung im Einvernehmen mit den diese Schulen erhaltenden Gemeinden und über die Errichtung der Mittelschulen wie auch über die Unterrichtssprache in denselben die Landesregierung selbständig.

Ueber den Gebrauch der deutschen Sprache neben der polnischen im inneren Dienste der Eisenbahnen, der Gendarmerie und der Landwehr hat der Kaiser auf Antrag der Landesregierung zu verfügen. Das Eisenbahnpersonal muß mit Ausnahme der Bahnarbeiter der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein.

In den nationalen Anstalten der Ruthenen bildet die ruthenische Sprache die innere Dienstsprache. Die an den Thron zu richtenden Akten sollen paritätisch in polnischer und deutscher Sprache abgefaßt werden. Mit den Behörden und Aemtern der anderen Länder sowie mit dem Kriegsministerium und den sonstigen Militärbehörden haben die galizischen Behörden in deutscher Sprache zu verkehren. Die amtlichen Kundmachungen im Lande sollen in polnischer Sprache, in den gemischtsprachigen Gemeinden auch in ruthenischer Sprache verlautbart werden. Die Verhandlungssprache des galizischen Landtages ist polnisch mit Berücksichtigung der der ruthenischen Sprache nach der bisherigen Gepflogenheit zuerkannten Rechte. Die Landschafts- und Bezirksvertretungen haben selbständig ihre Verhandlungssprache zu bestimmen.

Das Land hat über die Einnahmen Galiziens (Steuern, Monopole, Eisenbahnen, Kohle, Petroleum usw.) zu verfügen und eine prozentmäßig festzustellende Quote dieser Einnahmen wie auch den Gesamteingang der Zölle an die Kasse der österreichischen Verwaltung abzuführen. Die Kosten für den Wiederaufbau Galiziens hat der österreichische Staat zu tragen. Dem Lande Galizien sind auch Subsidien in Form eines Darlehens zu gewähren.

Die prozentmäßig festzustellende galizische Landesquote für die gemeinsamen Ausgaben des österreichischen Staatshaushaltes wird in den ersten fünf Jahren wegen der durch die Kriegsereignisse geschaffenen Lage geringer sein als in den nächstfolgenden Jahren.

Der Entwurf enthält überdies genaue Bestimmungen über die Organisation der Gerichtsbehörden und über die Vorkehrungen für die Gesamtverwaltung in der Uebergangsperiode.

Pester Lloyd
28/IV. 1917
135

3.30 K. Bloss Abendblatt: Ganzj. 20 K, halbj. 10 K, viertelj. 5 K, monatlich 2 K. Mit täglich zweimaliger Zustellung ins Haus: Ganzj. 52 K, halbj. 26 K, viertelj. 13 K, monatl. 4.50 K. Für das Inland und Oesterreich: Bloss Morgenblatt: Ganzj. 42 K, halbj. 21 K, viertelj. 10.50, monatl. 3.60 K. Bloss Abendblatt: Ganzj. 30 K, halbj. 15 K, viertelj. 7.50, monatl. 2.60 K. Morgen- u. Abendblatt: Ganzj. 56 K, halbj. 28 K, viertelj. 14 K, monatlich 5.— K. Mit separater Postversendung des Abendblattes viertelj. 2 K mehr. Für Wien auch durch Herm. Goldschmidt. Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung vierteljährig: Für Deutschland 20 K, für alle übrigen Staaten 24 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

PESTER LLOYD

MORGENBLATT

Pester Lloyd und in den Annoncen-Bureaus: J. Blockner, S. Eckstein, Győri & Nagy, Jaulus & Co., Geb. Leopold, Ant. Mezei, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Hegyi, Jos. Schwarz. Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 16. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den Pester Lloyd.

Einzeln: Morgenblatt in Budapest und in der Provinz 14 Heller. Abendblatt in Budapest 8 Heller, in der Provinz 10 Heller.

Redaktion und Administration: V., Mária Valéria-utcza 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

64. Jahrgang. Budapest, Sonntag, 29. April 1917 Nr. 112

Ein königliches Handschreiben an den Grafen Tißa.

Die morgige Nummer des amtlichen Blattes wird das folgende, an den Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tißa gerichtete allerhöchste Handschreiben Sr. Majestät des Königs veröffentlichen:

Lieber Graf Tißa!

Nach Meiner Thronbesteigung fühlte Ich Mich bewogen, durch unmittelbare Berührung die verschiedenen Richtungen des ungarischen öffentlichen Lebens und die Auffassung der Führer der Parteien über die Lage und die vor uns stehenden Aufgaben kennen zu lernen.

Demgemäß habe Ich Ihrer Unterbreitung, die führenden Mitglieder der ungarischen politischen Parteien ohne Unterschied der Parteien zur Audienz zu berufen, stattgegeben und die Führer der Minorität auf ihre Bitten wiederholt empfangen.

Nach Abschluß dieser Audienzen sehe Ich keinen Beweggrund, Mich von der Regierung zu trennen, die im Parlament über eine feste Majorität verfügt und in schweren Zeiten, seit bald vier Jahren in der Verteidigung des Vaterlandes und im Interesse der tunlichsten Erleichterung der schwierigen Lage der Bevölkerung des Landes eine von seltener Selbstaufopferung und tiefem Patriotismus geleitete, zielbewußte Tätigkeit entfaltet, für die Ich Meine besondere Anerkennung und Meinen Dank ausspreche.

Indem Ich Sie und die übrigen Mitglieder der Regierung Meines für Sie auch bisher gehegten vollen Vertrauens versichere, fordere Ich die Regierung auf, die Angelegenheiten des Landes mit ihrer erprobten Treue auch weiterhin zu führen und Mir entsprechende Vorschläge zu unterbreiten, die Meine dankbare Anerkennung für die wunderbare Kraftentfaltung und patriotische Haltung, die die Nation in den schicksalsentscheidenden Tagen des gegenwärtigen Weltringens bekundet, in einer Reihe von Volkswohlfahrtseinrichtungen und einer derartigen Ausdehnung des Wahlrechtes zum Ausdruck bringen sollen, die mit Berücksichtigung der Daseinsinteressen des ungarischen Staates der Größe der gegenwärtigen Zeit und den vom Volke gebrachten Opfern entspricht.

Laxenburg, 28. April 1917.

Karl m. p.

Graf Stefan Tißa m. p.

Im Anschlusse an dieses allerhöchste Handschreiben erhält die Budapester Korrespondenz von zuständiger Stelle das folgende Communiqué:

Die Regierung wird dem allergnädigsten Auftrage Sr. Majestät binnen kürzester Zeit Genüge leisten und die in Rede stehenden Entwürfe unterbreiten. Die Volkswohlfahrtsentwürfe werden außer den im Interesse der Invaliden, Kriegswitwen und Kriegswaisen erfolgenden Verfügungen die Befriedigung der sanitären und kulturellen Ansprüche des Volkes zum Ziele haben, sowie darauf gerichtet sein, die Besitzerwerbung möglichst breiten Volksschichten zugänglich zu machen, die Reform und Ergänzung der Arbeiterversicherung und die naturgemäß anschließende entsprechende Anerkennung und Regelung der Rechtsstellung der Arbeitergewerkschaften anstreben. Dabei schreibt die Regierung einer entsprechenden Regelung der Bezüge, des Avancements und der Lebensverhältnisse der Beamten besondere Bedeutung zu.

Bei den Verfügungen, die betreffend das Wahlrecht erfolgen können, darf nicht die Tatsache außer acht gelassen werden, daß die ungarische Legislative vor kaum vier Jahren eine weitgehende demokratische Wahlrechtsreform geschaffen hat, so daß im gegebenen Augenblick eher nur von einer Ergänzung des bisher noch nicht einmal geprüften Reformwerkes die Rede sein kann.

Bei der Lösung dieser Aufgaben müssen wir an dem Prinzip festhalten, daß auch bei der Erteilung des Wahlrechts jene Personen der Anerkennung teilhaftig werden, die sich in der Verteidigung des Vaterlandes besonders hervorgetan haben. Auf diesem Gebiete ist das Wahlrechtsgesetz vom Jahre 1913 bahnbrechend, da es allen jenen das Wahlrecht zuerkennt, die während ihrer militärischen Dienstleistung den Unteroffiziersrang erhielten. Im Laufe des Krieges hat schon diese Verfügung allein vielen verdienstvollen Bürgern das Wahlrecht gesichert.

Von demselben Prinzip ausgehend, beabsichtigt die Regierung zu beantragen, daß die Besitzer der Tapferkeitsmedaille das Wahlrecht erhalten; außerdem wünscht die Regierung die Verfügungen des Wahlrechtsgesetzes in dem Sinne zu modifizieren, daß jenen Staatsbürgern, die des Lesens und Schreibens kundig sind, nicht nur der Steuerzensus von 20 Kronen, sondern auch der Besitz von acht Joch Ackerland oder eines gleichwertigen Grundbesitzes das Wahlrecht sichere. Die Regierung verschließt sich auch nicht der Erwägung weiterer solcher Detailfragen, deren richtige Lösung die rechtserweiternden Verfügungen des Wahlgesetzes vom Jahre 1913 ergänzen könnte, ohne die Grundlagen dieses Gesetzes anzugreifen und die führende politische Stellung der ungarischen Intelligenz zu gefährden.

*

Budapest, 28. April.

Mit der Vertrauenskundgebung für das Ministerium Tißa erklärt der König die Uebergangszeit als abgeschlossen, die naturgemäß seit seiner Thronbesteigung in der inneren Politik bestanden hat. Von dem Rechte, das einem konstitutionellen Herrscher zweifellos zusteht, in der Wahl seiner verantwortlichen Berater auch das Moment seines persönlichen Vertrauens und der eigenen politischen Auffassung mitspielen zu lassen, hat König Karl in den vier Monaten seit seiner Krönung insofern Gebrauch gemacht, als er durch unmittelbare Fühlungnahme sich mit allen parteipolitischen Richtungen unseres öffentlichen Lebens vertraut zu machen gesucht hat. Der König hat zunächst alles geprüft und sich dann erst entschlossen, seine Entscheidung zu treffen. Nun ist diese Entscheidung gefallen. Sie erscheint feierlich verkündet in dem königlichen Handschreiben, das die gegenwärtige Regierung auch für die Zukunft des Vertrauens des Trägers der Krone versichert und dies mit der Begründung tut, daß Se. Majestät sich nicht bewogen fühlt, sich von einer Regierung zu trennen, die über die feste Mehrheit des Abgeordnetenhauses verfügt. Damit bekennt sich König Karl nach reiflicher Erwägung zu dem Grundgedanken des parlamentarischen Regierungssystems, dem sein großer Vorgänger als gekrönter König Ungarns bis ans Lebensende mit nie wankender Willenskraft treu geblieben ist und dem nicht nur Ungarn seine staatliche Konsolidierung und seinen politischen Aufstieg, sondern auch die Monarchie die reichen Kraftquellen zu verdanken hat, die ihr im Weltkriege von Ungarn zur Verfügung gestellt worden sind.

Im Weltkriege ist manche Ueberlieferung auf dem Gebiete des Völkerlebens zusammengebrochen, manche politische Doktrin, an deren Unanfechtbarkeit sich bisher kein Zweifel herangewagt, um ihren Kurswert gekommen. Aber unter den zerbrochenen Werttafeln befindet sich die herkömmliche Vorstellung von der Zweckmäßigkeit des parlamentarischen Regierungssystems mit nichten. In dieser Hinsicht haben die Staaten und die Völker wahrlich keine Veranlassung zum Umlernen. Das große Völkerringen hat den Beweis erbracht, daß die Länder, die parlamentarisch regiert sind, imstande waren, die ungeheuren Kraftentfaltungen dieses Krieges klaglos aufzubringen, eben weil das parlamentarische Regierungssystem trotz seiner Lücken und Mängel, die nicht in Abrede gestellt werden sollen, die zentrale Staatsgewalt verhältnismäßig doch noch am zuverlässigsten mit dem Volkswillen zu verkoppeln und dadurch die in der Volkskraft aufgespeicherten Energien mit dem höchst erreichbaren Grade der Vollständigkeit dem nationalen Lebenskampfe dienstbar zu machen vermag. Zwar sind auch parlamentarisch regierte Völker, wie das Beispiel Frankreichs, Englands und Italiens zeigt, nicht der Gefahr entrückt, von verblendeten und gewissenlosen Regierungen irregeleitet zu werden; aber auch diese Beispiele noch bekunden, daß im parlamentarischen Regierungssystem die Bürgschaft liegt, daß der Staat, einerlei aus welchen Gründen vor die Schicksalsfrage des Krieges gestellt, unter allen Umständen auf den vollen Einsatz der gesamten Volkskräfte zählen kann. Soll auf die Katastrophe der autokratischen Herrschaft in Rußland als auf einen beredten Beweis a contrario

Reichspost Abend
28./IV. 1917
137

Verständigungsbemühungen zwischen Oesterreich und Ungarn.

Aussprache zwischen österreichischen und ungarischen Politikern.

Bemühungen, durch Herbeiführung unmittelbarer Aussprachen zwischen österreichischen und ungarischen Politikern ein besseres Verständnis der beiderseitigen Bestrebungen anzubahnen, sind um so löblicher, als das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn vielleicht gerade durch bloße Mißverständnisse, Unkenntnis der beiderseitigen Terminologien und Lieblingsvorstellungen, durch Fiktionen und Einbildungen viel häufiger und mehr gestört und vergiftet worden ist, als durch wirkliche Interessengegensätze, die sich dann freilich um so höher türmten, in je größere gegenseitige Verärgerung man sich hineingeredet hatte. Die Kriegszeit hat Millionen von Kriegern aus beiden Staaten der Monarchie zu gemeinsamer Verteidigung zusammengeführt, zu Kameraden gemacht, die ein Herz und eine Seele geworden sind. Wenn jemals, sind jetzt die Voraussetzungen gegeben, um auch die beiderseitigen politischen Auffassungen einander näher zu bringen. Aus diesen Gesichtspunkten heraus wurde kürzlich in Wien über Veranlassung einer Gruppe von österreichischen Politikern eine Zusammenkunft mit ungarischen Parlamentariern zu einem Meinungsaustausch veranlaßt. Man kann über die Zweckmäßigkeit der Einladung heterogenster Elemente eine abweichende Meinung haben; sicherlich schiene es leichter, eine Verständigung zwischen Verwandtem herbeizuführen; aber der Gedanke unmittelbarer gegenseitiger Aussprache ist jedenfalls gesund und zeitgemäß. Die Zusammenkunft, zu der aus Ungarn der gewesene Minister und Führer der Unabhängigkeitspartei Graf Albert Apponyi an der Spitze einer Anzahl von Parlamentariern erschienen war, fand unter dem Vorsitze des Sektionsrates Dr. Karl Scheimpflug statt. Nach den Begrüßungsworten des Vorsitzenden entwickelte Schriftsteller Karl M. Danzer, der Herausgeber von „Danzers Armeezeitung", die Absichten der Veranstaltung, indem er u. a. sagte:

Wir stehen jetzt vor neuen Tatsachen. Wir alle haben in diesen harten Kriegsjahren umgelernt. Was Sie, verehrte Gäste, einst als Gespenst des Zentralismus bekämpft haben, ist heute überhaupt nicht mehr vorhanden. Manche von uns haben selbstredend über die historischen und staatsrechtlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn Anschauungen, die von den Ihren verschieden sind. In der Hauptsache aber bekennen wir uns zu Ihrem Standpunkte. Ungarn ist ein selbständiger Staat wie Oesterreich. Niemand ist hier im Saale, der nicht die Versicherung unterfertigen wollte: wir wollen Ungarn weder vergewaltigen, noch in seinem Eigenleben beschränken. Wir wollen lediglich mit Ungarn in erträglicher Weise zusammenleben können. Das Problem ist nur, wie dieses Zusammenleben aussehen soll. Die bisherige Form befriedigt weder Sie, noch uns. Uns schon gar nicht. Oesterreich und Ungarn haben den Krieg gemeinsam durchgefochten. Wir wollen diesen zwei Staaten den Lohn für ihre Opfer sichern. Es handelt sich darum, über die alten staatsrechtlichen Streitigkeiten hinweg einen direkten Weg hinüber und herüber, eine Verständigung von Volk zu Volk zu suchen. Statt Gravaminalpolitik sachliche Realpolitik.

Abg. Graf Apponyi sagte in seiner Antwort, etwas abwinkend:

Dem erwünschten Zusammenfassen der Kräfte darf nicht die Kraft aufgeopfert werden. Unsere Kraft und unser ganzer Wert aber beruhen auf der tausendjährigen Ideologie, daß die ungarische Nation eine Mission hatte und hat und in der Zukunft erfüllen muß. Nehmen Sie dieses Gefühl von uns und unser Wert hat aufgehört. Bei aller Hingebung für den Zweck der gegenseitigen Verteidigung haben wir auf unserer staatlichen Selbständigkeit bestanden und werden es auch in Zukunft tun. Es ist zu wünschen, daß Oesterreich und Ungarn ihr Zusammenleben nicht bloß als ein unabwendbares geschichtliches Fatum ertragen, sondern als eine Wohltat, die man mit Freuden begrüße. Dazu aber wäre es nötig, daß man die staatsrechtlichen Fragen einmal vollkommen bereinige. Mit einem Aufruf an die österreichischen Politiker, auch in wirtschaftlichen Dingen die Selbständigkeit Ungarns ohne Rückhalt anzuerkennen, gab Graf Apponyi der Hoffnung Ausdruck, daß sich das Verhältnis Oesterreichs und Ungarns in Freundschaft entfalten werde.

In einer zweiten Rede sprach Graf Apponyi den Gedanken einer „ewigen Solidarität" beider Staaten aus. Man darf nicht übersehen, daß Graf Apponyi den 67er Ausgleich als Führer der 48er Unabhängigkeitspartei negiert, daß aber in Ungarn das Werk Deaks denn doch auch viele Anhänger zählt, derzeit die Regierungspartei und von der Ostposition die Andrassygruppe und wohl auch die Volkspartei.

Von österreichischer Seite sprachen u. a. die Abgeordneten Dr. Mataja, Dr. Renner, Dr. Redlich, ferner Prof. Dr. Steinacker. Den alten Zentralismus verfocht der liberale Abgeordnete Zenker.

In der nächsten Woche sollen die Besprechungen ihre Fortsetzung finden. Ob es da nicht gleich ersprießlicher wäre, gelegentlich der Delegationstagungen gemeinsame Sitzungen der Auslese aus beiden Parlamenten zu veranstalten?

Frankfurter Zeitung

138

28./IV. 1917

Hauptausschuß des Reichstags.

N Berlin, 27. April. (Priv.-Tel.) Der Hauptausschuß des Reichstages setzte heute die Beratung des Heeresetats fort. Ein Fortschrittler sprach sich erneut für die volle Gleichberechtigung der Juden bei der Beförderung zu Reserveoffizieren aus; der die Juden von den Kadettenanstalten ausschließende Bescheid des früheren preußischen Kriegsministers solle aufgehoben werden. In Bayern habe man längst mit den Vorurteilen gegen die Juden gebrochen. Die Entnahme von Proviant aus den Mannschaftskantinen bei den Truppenteilen in den besetzten Gebieten zur Heimsendung an Offiziersfrauen sei zu beschränken. Wenn auf Kosten der Mannschaften Lebensmittel abgegeben werden könnten, so sollten diese zunächst den Bergleuten zur Verfügung gestellt werden. Die Aushebung Hilfsdienstpflichtiger und ihre Weiterbeschäftigung bei geringem Lohn entspreche nicht den bei der Fassung des Hilfsdienstgesetzes gegebenen Zusicherungen.

Kriegsminister v. Stein wies zunächst die gestrigen Ausführungen eines konservativen Abgeordneten betreffend die Stäbe als stark einseitig zurück. Die Stäbe hätten eine große Aufgabe und Arbeitslast, sie müßten mit gewandten und tüchtigen Offizieren besetzt werden. Das sei auch der Fall. Auch eine größere Zahl verwundeter Offiziere finde in den hohen Stäben Verwendung. Unter den Adjutanten befänden sich zahlreiche ältere Offiziere des Beurlaubtenstandes. Eine Ueberschwemmung mit Papierverordnungen möchte auch er hintanhalten; vieles werde aber in der Praxis durch mündliche Besprechung der Kommandeure mit den Offizieren erledigt. Bei der Frage der Zurückführung von Lebensmitteln aus den besetzten Gebieten sei zu unterscheiden zwischen Kantinen und Küchen. Den Küchen dürften Lebensmittel nicht entnommen, die Rationen der Mannschaften dürften keinesfalls gekürzt werden. Auch aus den Kantinen dürfte nicht soviel abgegeben werden, daß damit berechtigte Interessen anderer geschädigt würden. Hinsichtlich der Zulassung von Juden zu den Kadettenanstalten stehe er auf dem Standpunkt seiner Vorgänger.

General Langermann v. Erlencamp legte dann die von einem Fortschrittler berührten Verhältnisse eines Gefangenenarbeitslagers in Schleswig-Holstein klar. Ein anderer Vertreter des Kriegsministeriums betonte, die allgemeine Nachmusterung erstrecke sich nicht nur auf die Hilfsdienstpflichtigen, es handle sich um die Auffüllung des Ersatzes, also einer im Interesse der Kriegführung notwendigen Maßnahme. Die Wehrpflicht gehe der Hilfsdienstpflicht voran. Es entspreche auch der Auffassung weitester Volkskreise sowie des Reichstages, daß nicht etwa junge kräftige Leute bei gutem Gehalt oder Lohn in Geschäften oder Bureaus belassen würden, während ältere Leute bis zu 45 Jahren Militär- und Frontdienst zu leisten hätten.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter kam auf die

Streikfrage

zu sprechen und bezeichnete einige militärische Maßnahmen als Ausfluß der Nervosität. Er verlangte, daß der Kriegsfürsorge, namentlich für die Kriegsbeschädigten, größere Aufmerksamkeit gewidmet werde und insbesondere die zur Mitwirkung berufenen Landleute besser ihre Pflicht erfüllen sollten.

Generalleutnant Gröner erklärt dagegen, daß die für die deutsche Waffen- und Munitionsindustrie getroffenen Maßnahmen keineswegs als Ausfluß von Nervosität angesprochen werden könnten. Aus Behörden- und Arbeiterkreisen seien ihm viele Zeugnisse zugegangen, die die Notwendigkeit dieser Maßnahmen und ihre segensreiche Wirkung zeigten. Die verbrecherische Agitation gehe in den Fabriken von ganz wenigen, oft 2 oder 3 Leuten aus. Generalleutnant Gröner verlas ein Flugblatt, das in einer Fabrik verteilt worden ist und von schändlichen Beeinflussungsversuchen auf die Arbeiter Zeugnis ablegt. Die Gewerkschaften dürften nicht glauben, daß man diesem Treiben allein mit gutem Zureden entgegentreten dürfe. Hier heiße es: Es darf nicht bloß der Mund gespitzt, hier muß gepfiffen werden!

Oberst Marquard äußerte sich zu der sozialdemokratischen Entschließung, die von verschiedenen stellvertretenden Generalkommandos erlassenen Verordnungen über Arbeitshilfe in der Land- und Forstwirtschaft, die mit den Bestimmungen des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst in Widerspruch stehen, aufzuheben. Bei dem Erlaß der Generalkommandos handle es sich um Sicherstellung der Ackerbestellung und Heranziehung hauptsächlich von Jugendlichen und weiblichen Arbeitskräften, die dem Hilfsdienst nicht unterstellt seien. Bei Notständen müßten auch diese mobil gemacht werden, um die restlose Bestellung der Felder zu gewährleisten. Es seien Sicherheiten getroffen, daß diese Arbeitskräfte entsprechend entlohnt und ihnen Familienunterstützungen gewährt werden. Ein fortschrittlicher Abgeordneter erklärte, daß das verlesene Flugblatt verbrecherisch sei, und seiner Verbreitung entgegengetreten werden müsse. Die gestrige Erklärung des Generals Gröner habe ihm besser gefallen als der heutige Aufruf, nicht wegen der scharfen Ausdrücke, sondern wegen des ganzen Tones. Auf die Hetzer werde er nicht wirken, aber die Form zur Aufforderung der Aufklärung erschwere diese aufs Aeußerste. Man sollte auch den Anschein der Nervosität vermeiden. Auch bei den Angestellten und anderen Vorgesetzten der Arbeiter gäbe es Unzufriedenheit aus verschiedenen Gründen. Solange der Schleichhandel und die Begünstigung der Schwerarbeiter in der jetzigen Form beständen, werde diese Unzufriedenheit nicht verschwinden. Hinsichtlich der Besoldung wolle man nichts Unmögliches, wohl aber Gleichartigkeit und Gerechtigkeit. Die auf Privatverträge Angestellten in Heeres- und Marinebetrieben wurden von allen Teuerungszulagen ausgeschlossen. Die Mitwirkung der Organisationen sei unentbehrlich, aber man schiebe sie zur Seite. Das entspreche nicht mehr der heutigen Zeit und nehme den Organisationen den Einfluß, den man andererseits von ihnen erwarte. Zu begrüßen sei es, daß das Kriegsamt, wenn erforderlich, auch gegen Arbeitgeber einschreiten wolle. Bedenklich wäre es, wenn man den Gelben Konzessionen machen würde. Der Redner fragt, ob es wahr sei, daß an der Front Möbel hergestellt und nach Hause geschickt werden. Er trägt eine Reihe weiterer Beschwerden vor.

Der Kriegsminister antwortet, daß Möbelfabrikation an der Front ein Unfug wäre; es werde dem nachgegangen werden. Hinsichtlich der vom Vorredner angeregten Verleihung des Eisernen Kreuzes auch an die mittleren Beamten, die Schipper usw. werde entgegengekommen.

Der Präsident des Waffen- und Munitionsbeschaffungsamtes erklärt, daß die Einkommensverhältnisse der Angestellten tatsächlich nicht glänzend seien, aber es werde durch Zulagen geholfen, und es würden auch Belohnungen erteilt. Jede Hilfe, auch die der Organisationen, werde dankbar angenommen. — Der Redner der Deutschen Fraktion betonte, die Hersteller des hetzerischen Flugblattes gehörten an die Wand gestellt. Die Fassung des Grönerschen Aufrufes sei nicht durchweg glücklich. Ueber die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den Streiks bestehe kein Zweifel. Der Redner fragt, warum die Bildung der Ausschüsse des Hilfsdienstgesetzes verzögert worden sei. Die großen Unternehmer hätten Widerstand geleistet und trügen die Schuld an der Mißstimmung der Arbeiter. Auch die Regelung der Ernährungsfrage habe versagt. Die Städter wüßten, daß in ländlichen Bezirken noch gut gelebt werde, und das bringe den Zündstoff. Die „Deutsche Tageszeitung" entstelle die Tatsachen auch heute noch. Das unselige Gerede von den hohen Löhnen aller Munitionsarbeiter habe falsche Auffassungen auf dem flachen Lande erzeugt. Die leitenden Stellen trügen einen großen Teil der Schuld an der herrschenden Mißstimmung. Der Redner empfiehlt die Unterstützung der Soldatenheime. Das Beschwerderecht wäre unzulänglich. Bei der Verleihung des Hilfsdienstkreuzes bildeten sich dieselben Mißstände heraus wie bei den Eisernen Kreuzen. An manchen Stellen des Inlandes seien zu viele Offiziere. Die Bureaukratie in der Heeresverwaltung treibe wunderbare Blüten. Den Bezirksfeldwebeln werde im Publikum viel Mißtrauen entgegengebracht.

Ein Sozialdemokrat führte aus, der Aufruf des Kriegsamtes werde das Gegenteil seiner Absicht erreichen. Von den Rechten der Arbeiter und ihrem Schutze sei keine Rede darin. Die Zentralstellen hemmten die lokalen Organisationen für den Bezug notwendiger Lebensmittel. Es

Arbeiterzeitung
29./IV. 1917

Graf Tisza fest im Sattel!

soll eine „Erweiterung des Wahlrechtes" vorschlagen.

An den Grafen Tisza ist ein Handschreiben ge-
tet worden, das mit allen Hoffnungen auf eine „Neu-
ntierung" in Ungarn Schluß macht. Denn darüber
natürlich keine Täuschung möglich: irgend ein
tisches System, ein Regieren und Verwalten, das nur
geringsten den berechtigten Forderungen der Demo-
te Rechnung trägt, das den bescheidensten sozialen und
nlpolitischen Ansprüchen entspräche, ist von Stephan
za unter keinen Umständen zu erwarten, ist mit der
olutistischen Willkür, die des Grafen Tisza Lebens-
fassung ist, einfach nicht vereinbar. Wer gehofft
daß sich aus der Bewegung und Gärung in
garn irgend etwas herausbilden werde, was sozu-
n ein neuer Kurs wäre, wer nämlich gehofft hatte,
dieser neue Kurs durch eine Kraft außerhalb des
lens der Nationen und des Volkes in Ungarn
tehen und wirksam werden könnte, der hat sich
r Hoffnung hingegeben, die mit der Bekräftigung
Regimes Tisza gründlich widerlegt wird. Es ist
r, daß Kaiser Karl den Grafen Stephan Tisza
fordert, ihm „umgehend" die Vorschläge zu unter-
ten, in denen eine „Erweiterung des Wahlrechtes
Tage tritt, die der jetzigen großen Zeit und den
der Bevölkerung gebrachten Opfern entspricht";
es unterliegt wohl auch keinem Zweifel, daß
Aufforderung die Bedingung war, an die
Kaiser sein weiteres Vertrauen zu Tisza geknüpft
: mit anderen Worten, daß der Kaiser ernstlich
, dem Volke in Ungarn das, was es im
ge geleistet und gelitten hat, durch soziale
demokratische Reformen, vor allem durch eine
eiterung des Wahlrechtes, zu vergelten.

Aber von Stephan Tisza, in dessen Wesen nur
Vorstellung Raum hat, daß die Herrschaft der
garchie in Ungarn eine von der Vorsehung gesetzte
dsalsnotwendigkeit ist, sind solche Vorschläge, die
ernste und rechtschaffene Erweiterung des Wahl-
es bezwecken, absolut nicht zu erwarten. Der Graf
a ist, aller Gewandtheit und Geschicklichkeit
achtet, die er in den politischen Kleinkämpfen
baren mag, den politischen Grundsätzen nach ein
arch), ein Krautjunker; er hat kein Herz
r die Demokratie, kein Herz
Volk; und wem Volksrechte und
kratische Entwicklung innerlich ein Greuel
taugt zum Vollstrecker einer Politik, die der
kratischen Entfaltung dienen will, einer Politik,
ie Kaiser Karl anscheinend auch für Ungarn als
endig erkannt hat, absolut nicht. Was für Wahl-
n kann man von Tisza erwarten, der die Er-
rung des Wahlrechtes in sein Programm nur auf-
t, weil er muß, wenn er im Amte bleiben will,
r widerwillig aufnimmt? Wie soll man von Tisza
d eine rechtschaffene Reform erwarten
n, der sich bisher, in unzähligen Reden
bis in die letzten Tage hin, gegen jede
iterung des Wahlrechtes hartnäckig gestemmt
Er hat sich der Aufforderung gefügt, weil er
onst im Amte eben nicht behauptet hätte! Aber
Demokratie kann nur Dienste leisten, der ihr
g dient, der in ihr einen politischen Fortschritt
t; davon ist Tisza weltenweit entfernt. Von
nd nur „Vorschläge" zu erwarten, die genau so
wahrheit und Ueberlistung sein werden, wie es die
eform war, die er, mit Hilfe seiner Mameluken,
ngarischen Volke aufgedrängt hat, nachdem ihm
Franz Josef das allgemeine, gleiche und
Wahlrecht verhieß. Zumal da sich Graf Tisza
n Satze: „mit Berücksichtigung
ebensinteressen des ungarischen
tes" für jede List und Unterschlagung schon
rwand verschafft hat. Unsere Hoffnungen auf
läge", die Tisza erstattet, sind also gering;
da sie „umgehend" zu erstatten, was andeutet,
Tisza schon fertig hat, also das Ausweichen von
nokratischen Reform schon vorbereitet! Wenn
orschläge" da sein werden, wird wohl die Mög-
gegeben sein, schlüssig darzutun, daß von

brechen vermochten, dränge sich naturgemäß allen Gegnern Tiszas der Gedanke auf, daß anstatt mit Audienzen und Parteikonventikeln man mit viel schärferen Waffen und im offenen Kampfe ihm gegenübertreten müsse.

Die erste Frucht dieser Ueberlegung war, daß sich alle Oppositionsparteien darauf einschworen, sich mit dem Grafen Stephan Tisza in keinerlei wie immer geartete Verhandlungen einzulassen, und überdies auch noch, so lange er Ministerpräsident ist, keinerlei geregelte Verhandlungen im Parlament zuzulassen, unbekümmert darum, ob er, wie schon einmal, auch jetzt wieder mit der militärischen Parlamentswache die Opposition, in deren Reihen es zahlreiche Offiziere gibt, aus dem Saale schmeißen lassen oder ob er es vorziehen wird, ganz ohne Parlament, also absolutistisch zu regieren. Daß aber neben diesem passiven Widerstand auch eine tatkräftige Aktion und ein neues Programm nötig war, ebenfalls einleuchtend. Und ebenso, daß sich diese Aktion und dieses Programm auf die großen Massen und eine mächtige Bewegung im Lande stützen müsse. Solange noch das Parlament ruhig und regelrecht funktionierte, konnte man daran denken, aus dem Parlament heraus, durch Konzentration der verschiedenen Parteien, eine Neuorientierung in demokratischer Richtung zu suchen und damit die Gärungen zu beschwichtigen. Nun aber, nachdem ein ruhiges und regelrechtes Funktionieren des Parlaments unmöglich geworden, kann man auch die Neuorientierung nicht mehr im Parlament suchen. Eine Aktion außerhalb des Parlaments ist aber nur im Zeichen des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes möglich, und so ist denn dieses wieder in jene Stellung gelangt, aus der es Graf Stephan Tisza schon endgültig oder doch für Jahrzehnte verdrängt zu haben glaubte: es ist wieder das Zentralproblem der ungarischen Politik.

Kaum hatte es sich herausgestellt, daß man für die Opposition und ihre Bestrebungen wohl freundliche Worte hat, Unterstützung aber einzig und allein dem volksfeindlichen und parteiabsolutistischen Tisza gewährt, ertönte aus allen oppositionellen Parteien heraus der Ruf nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht. Das geschah ohne jede Verabredung, ganz spontan, fast könnte man sagen instinktiv. Nicht nur die Karolyi- und die Demokratenpartei, die ja schon die ganze Zeit her das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht fordern, sondern auch der christlichsoziale Flügel der Volkspartei sowie auch mehrere Mitglieder der Apponyi-Partei und der Andrassyschen Verfassungspartei kamen zu dem Entschluß, nur noch eine solche Regierung zu unterstützen, ja zu dulden, die sich auf das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht verpflichtet und es auch noch jetzt, während des Krieges, verwirklicht.

Ob sich nun diese verschiedenen parlamentarischen Parteien und Gruppen und die außerparlamentarischen Wahlrechtsparteien und Gruppen — unter ihnen in erster Linie unsere Partei — zum gemeinsamen Kampfe auch näher aneinanderschließen werden, in Form eines Wahlrechtsblocks auf Grundlage einer gemeinsamen Erklärung oder sonstwie, oder ob nur einzelne Parteien und Gruppen sich so zusammenfinden werden, ist wohl sehr bedeutsam, aber nicht entscheidend. Da für alle diese Parteien und Gruppen das demokratische Wahlrecht eine Existenzfrage ist, weil ohne dasselbe der Tisza sie bei den nächsten Wahlen erschlagen könnte und auch würde, und da — was noch mehr gilt — der Druck von unten her immer heftiger wird und man ihm ein Ventil öffnen muß, wenn es nicht zur Explosion kommen soll, werden alle Wahlrechtsparteien und Gruppen gezwungen sein, auch wenn sie getrennt marschieren, doch vereint zu schlagen.

zu unterbreiten, in welcher diese parlamentarische Körperschaft die bewunderungswürdigen Kraftanstrengungen und patriotische Haltung der Nation in den schicksalsschweren Tagen dieses Weltringens in einem umfassenden System der Reife

Vor und hinter den Kulissen.

Wer nach einem leitenden Gedanken in der Politik der Monarchie Ausschau hält, der kann ihn jetzt aus den beiden Handschreiben des Kaisers und Königs an seine beiden Ministerpräsidenten lesen. Zuerst kräftigte er die Stellung des österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinitz durch eine feierliche Vertrauenskundgebung und zwei Tage später die des Grafen Tißa. In beiden Staaten der Monarchie gab es innere Konflikte, wollte sich so etwas wie eine Krise bilden, da trat der Monarch vor und beschwor die Elemente, indem er erklärte, daß er seinen Ratgebern vertraue, daß er keinen Grund habe, sich von ihnen zu trennen, daß er aber deren Vorschläge erwarte zur Milderung dieses und jenes Uebels, zur Erfüllung dieser und jener billigen Forderung. Damit ist ein Stillstand gesichert in der Weiterentwicklung der inneren Zerklüftungen.

In Oesterreich drohten die Deutschen, das eigentliche Staatsvolk, in die Opposition getrieben zu werden gegen die Regierung des Grafen Clam Martinitz, da dieser sich plötzlich veranlaßt sah, seine weitgehenden Versprechungen an sie für geplante Staatsreformen zurückzuziehen oder doch zu vertagen. Die Krise ist beschworen worden durch eine gemeinsame Audienz der deutschen Führer, von der nur die offizielle Ansprache des Doktor Weiskirchner und die offizielle Antwort des Herrschers bekannt geworden sind, nicht aber die freie Aussprache des Kaisers und Königs mit den einzelnen Führern. Dieser Audienz, die ziemlich bewegt gewesen sein soll, folgte dann das Handschreiben an den österreichischen Ministerpräsidenten und der Wiedereintritt der demissionierten deutschen Parteiminister in das Kabinett.

Aehnliches vollzog sich in Ungarn. Der König empfing die Parteiführer, hörte all ihre Wünsche und Forderungen an und entschied sich dann für das Verbleiben des Grafen Tißa. Der fortgesetzten Wühlarbeit der Opposition aber trat er entgegen mit der feierlichen Vertrauenskundgebung und Berücksichtigung einiger Wünsche der Herren, die im Begriffe waren, mitten im Kriege einen regelrechten Wahlrechtsfeldzug gegen Tißa zu beginnen. Das Ende ist, daß der Ministerpräsident eine Ergänzung oder Erweiterung seiner noch gar nicht erprobten neuen Wahlordnung vorlegen wird. Der Reichstag wird sich wohl schon in seiner nächsten Tagung damit zu beschäftigen haben. Das Hauptziel aber, der Sturz des Ministeriums, ist nicht erreicht worden.

men zu. So wie wir vorausgesagt, ist es gekommen! Aber waren wir die Enthüllung der Situation ab. Man kann eine Sache, die noch gährt, nicht filtrieren, aber ein endgültiges Urteil über sie ist es muß sich alles, alles wenden.

Das Wichtigste ist und bleibt, daß jeder neue Durchbruchsversuch im Westen scheitert, daß die U-Boote Tag und Nacht am Werke sind und daß an allen anderen Fronten ein Krieg ein Ganz stilles Dasein führt. Ob England mit oder nicht,

Reichspost

3./IV. 1917

158

Innerpolitisches.

Reichsratsvorspiele.

Morgen 10 Uhr vormittags findet im Reichsratsgebäude die angekündigte Zusammenkunft von vierzehn Vertretern parlamentarischer Klubs statt, zu der Präsident Dr. Sylvester die Einladungen ergehen ließ. Es handelt sich um eine unverbindliche Aussprache über die zweckmäßigste einvernehmliche Art des Vorgehens beim Wiederbeginn der parlamentarischen Beratungen. — Morgen nachmittag und Freitag vormittag halten die verschiedenen Gruppen des Nationalverbandes sowie dessen Vorstand Beratungen ab, denen eine Vollversammlung des Verbandes am Freitag um 4 Uhr nachmittags folgen wird.

In der konservativen Gruppe des Polenklubs wurden kürzlich an Stelle de serkrankten Dr. R. von Czaykowski, Fürst Andreas Lubomirski zum Obmann, R. v. Jaworski zum Obmannstellvertreter und zu Mitgliedern der parlamentarischen Kommission gewählt.

Die Deutschb. Korr. wartet mit folgenden „authentischen Informationen über die Absichten der Regierung" auf: Das Arbeitsprogramm für die kommende Parlamentstagung wird das Budgetprovisorium, die §-14-Verordnungen, die Delegationswahlen, die Verlängerung der Mandatsdauer und die Frage der Geschäftsordnungsreform umfassen. Mit dem Budgetprovisorium im Zusammenhange stehen die Indemnität für die neue Kriegsanleihe und gewisse Steuervorlagen. Bei der ersten Lesung des Budgetprovisoriums soll eine große politische Debatte, die mit einer Regierungserklärung eingeleitet werden wird, geführt werden. Nach der Verabschiedung dieses Arbeitsprogramms wird in den Vollsitzungen ein längeres Intervall eintreten, das sich bis zum Herbste erstrecken wird. Für den Frühherbst ist die Einberufung der Delegationen beabsichtigt, der dann wieder eine Tagung des Parlamentes folgen wird, in welcher die Erledigung der nationalen Fragen angestrebt werden wird. Der parlamentarische Betrieb wird aber in den Sommermonaten nicht völlig stillstehen, da die Regierung dem Hause die Einsetzung von permanenten Ausschüssen vorschlagen will, und zwar eines Ausschusses, welcher sich mit allen aktuellen Fragen der Kriegswirtschaft zu befassen haben wird, ferner eines Ausschusses für die Regelung der finanziellen Fragen und endlich eines solchen für die Durchführung der Geschäftsordnungsreform. In Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß es zweckdienlicher wäre, für die kommende Parlamentstagung nur eine provisorische Geschäftsordnungsreform gründlichst durchzuberaten. Hinsichtlich der sogenannten nationalen Vorlagen will die Regierung von Ausgleichsverhandlungen zwischen den Parteien nichts wissen, sie beabsichtigt vielmehr nach Eröffnung des Parlaments informative Besprechungen mit den Parteien einzuleiten, einerseits um die Auffassung der einzelnen Gruppen kennen zu lernen, anderseits um dieselben mit ihren eigenen Absichten bekanntzumachen. Soweit die von der Regierung einzubringenden Vorlagen die böhmischen Angelegenheiten betreffen, werden diese informativen Besprechungen sich nur auf die beteiligten Parteien erstrecken, wobei die Regierung die politische Repräsetation des Kronlandes Böhmen derzeit in den parlamentarischen Parteien erblickt. Dagegen werden die Verhandlungen über die staatliche Verkehrssprache mit allen Parteien des Hauses geführt werden. Im übrigen wird die Regierung alle Anregungen, so weit sie einvernehmlich von den Parteien des Hauses gestellt werden und der Sache förderlich erscheinen, bereitwilligst annehmen. Sollte von Seite der Parteien die Einsetzung eines Ausschusses verlangt werden, in dem die nationalen Angelegenheiten vorberaten werden sollen, so würde sich die Regierung dieser Art der Vorberatung keineswegs widersetzen. — So erzählt die genannte Korrespondenz nach „Aeußerungen aus Regierungskreisen".

*

Die auf dem Boden des „Osterprogramms" stehenden und zum Nationalverband sich bekennenden „deutschvölkischen Körperschaften", deren Vertreter am Sonntag in Wien versammelt waren, haben einhellig eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Wir geben der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Neuordnung der Verhältnisse in Oesterreich nur von den Lebensnotwendigkeiten des Staates und nicht vom Beifall unserer Feinde und den bei ihnen zurzeit gerade herrschenden Ansichten über die beste Form staatlicher Einrichtungen bestimmt werden kann. Diese Betätigung eines zielbewußten Staatswillens bei der inneren Umgestaltung kann unser Ansehen bei Freund und Feind nur erhöhen. Wir sind nach wie vor von dem Vertrauen in den Sieg unserer und der Verbündeten Heere erfüllt und wollen in unerschütterlicher Bundestreue bis zum Ende an der Seite des Deutschen Reiches ausharren. Es ist nur der Schwäche der leitenden Staatsmänner, gewiß nicht der Kriegslage zuzuschreiben, wenn unsere Feinde eine mittelbare oder unmittelbare Beeinflussung unserer inneren Verhältnisse versuchen wollen. Wir weisen jede Einmischung unserer Feinde in unsere inneren Verhältnisse auch bei Friedensverhandlungen als demütigend und unser vaterländisches Empfinden aufs tiefste verletzend zurück."

Vossische Zeitung 4.IV.1917 163

Freitag, 4. Mai 1917

Zeitung

1704

nd gelehrten Sachen

tl. M. 2.70 bei tägl. zweimalig. Zustellung. Durch die Post monatl. M. 2.50
gebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche 50 Pf., Stellenangebote
ine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. — Annahme
, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages Ullstein & Co

26 Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801 bis 11 850, 15 280, 15 281 bis 15 291. Zentrum 8693

sstoß gescheitert.

Die politischen Vorgänge in Oesterreich.

Von

Dr. Gustav Stolper.

* Wien, 1. Mai.

Eine Verlautbarung in der „Wiener Zeitung" beruft den österreichischen Reichsrat für den 30. Mai zusammen, und gleichzeitig wird die Demission der Minister Dr. Urban, Baernreither und Bobrzynski von der Krone abgelehnt. Damit findet die schleichende Krise ihren formellen Abschluß, die seit drei Jahren die österreichische Verfassung lahmgelegt hat und in den letzten 14 Tagen zum offenen Ausbruch gelangt ist. Es ist ein historischer Tag, an dem die österreichischen Vertreter nach dreijähriger Unterbrechung wieder zu ihrer Tätigkeit gerufen werden, und die Ereignisse der letzten 14 Tage haben gezeigt, wie groß die Schwierigkeiten sind, die in Oesterreich der Wiedererweckung eines verfassungsmäßigen Lebens entgegenstanden. Was das absolutistische Zwischenspiel, das jetzt sein Ende findet, für Oesterreich bedeutet hat, wird erst eine fernere Zukunft lehren. Daß in diesen drei Jahren schwer an diesem Staat gesündigt worden ist, läßt sich schon jetzt übersehen, am deutlichsten von denen, die nie an der unversiegbaren Lebenskraft der Monarchie gezweifelt haben und mit dem Krieg die Gelegenheit gekommen sahen, die Hemmungen zu beseitigen, die bis dahin die Entfaltung dieser Lebenskraft gelähmt hatten. Alles Heldentum der Armee, aller Opfermut der Bevölkerung können nicht die Folgen einer Politik aus der Welt schaffen, die in der Zeit der schwersten Not, der größten seelischen Erschütterung, die die europäischen Völker jemals durchgemacht haben, in einer Zeit, da die Grenzen zwischen Utopie und Wirklichkeit, Realpolitik und Phantastentum sich verwischt haben, der Weisheit letzten Schluß in einem findet: Quieta non movere.

Man mache sich klar, was das gerade für Oesterreich bedeuten mußte. Oesterreich ist kein einheitliches Staatsgebilde wie die geschlossenen Nationalstaaten Europas. Die Wünsche und Sorgen der Deutschen sind nicht immer dieselben wie die der Tschechen oder Südslawen, der Polen oder Rumänen. Gewiß, der Krieg hat gelehrt, daß das allgemeine Staatsgefühl das Bewußtsein der nationalen Zusammengehörigkeit in weitem Umfange zu ersetzen vermag. Aber um so sorgfältigerer Pflege bedarf dann dieses Staatsgefühl, um so gewissenhafter muß es wachgehalten und genährt werden, um so unentbehrlicher ist die Zusammenarbeit der verschiedenen Staatsglieder, um ihnen das gemeinsame Staatsinteresse sinnfällig zu machen, sie in gemeinsamer Tätigkeit einander immer näher zu bringen.

In den ersten Kriegswochen ist dieses Staatsgefühl in Oesterreich höher aufgeflammt, als es die größten Optimisten in Oesterreich geglaubt hatten. Das wäre die Zeit gewesen, in der eine kräftige, schöpferische Regierung diesem Staat die Formen hätte geben können, die seinen Bedürfnissen angemessener sind als die Verfassung von 1867. Das ist nicht geschehen. Das Parlament, das, unmittelbar nach der Kriegserklärung einberufen, ohne Zweifel ebensoviel Patriotismus bekundet hätte wie irgendeines der Welt, weil die staatsfremden Elemente sich wohl gehütet hätten, die elementare Geschlossenheit zu stören, in der die erdrückende Mehrzahl der Bevölkerung zum Staate stand, blieb ausgeschaltet, die Presse wurde einer Zensur unterworfen, die strenger und zielloser war als in jedem anderen der kriegführenden Staaten. Und so ist gekommen, was kommen mußte: die einzelnen Volksstämme haben den Kontakt miteinander und mit der Regierung verloren. Da der verbindende Wille fehlt, haben sich ihre Wünsche und Befürchtungen unabhängig voneinander und daher vielfach in entgegengesetzter Richtung entwickelt. Da es keine Stelle gab, an der man sich aussprechen konnte, mußten sich die Mißverständnisse häufen, die Gegensätze immer größer werden, die die nationalen Gegner voneinander trennten.

Es kamen der ungünstige Verlauf des galizischen Feldzuges bis zum Mai 1915, die Rückschläge in Serbien, es kamen die Nachrichten über unverläßliche Haltung einzelner tschechischer Truppenkörper, man sprach von militärischem Verrat in ruthenischen und südslawischen Gebieten, es kamen die Hochverratsanklagen gegen einflußreiche Führer der Tschechen — die Regierung Stürgkh schwieg und sorgte dafür, daß auch die Oeffentlichkeit ein Gleiches tat. Um so eifriger wurden die Gerüchte und Anklagen weitergetragen.

Diese und andere Wirkungen eines dreijährigen Absolutismus muß man sich vor Augen halten, um die Vorgänge der letzten Wochen zu verstehen. Die Deutschen mußten im Krieg die schwersten Opfer auf sich nehmen. Sie bluteten am meisten, brachten den weitaus größten Teil der Kriegsanleihen auf, leisteten Wunder in der industriellen Technik zur Versorgung des Heeres, und sie empfinden namentlich in dem wirtschaftlich und kulturell höchst entwickelten Kronland Böhmen das Mißverhältnis zwischen

Arbeiterzeitung

4./V. 1917

164

würde jeden anderen nachdenklich machen, nur nicht unseren Sigurd, der ja neben der Löwenkraft auch noch so viel Verstand hat ...

Das ist nämlich das Merkwürdige. Graf Stephan Tisza kam letzten Samstag aus Wien als unbestrittener Sieger heim. Er brachte sich ein königliches Handschreiben mit, das ihn, seine Minister und seine Partei über den grünen Klee lobte; er brachte sich gleichzeitig aus Wien einen Kommentar eines königlichen Handschreibens mit, der alle Versprechungen desselben in ihr Gegenteil verwandelte, und trotz alledem will man hier seinen Sieg nicht anerkennen. Das einzige, was man vorläufig hier anerkennt, ist, daß er Wien besiegt hat, und man beglückwünscht schon im vorhinein Wien und Oesterreich dazu, daß es so wie früher von Tisza durch Stürgkh nun von Tisza durch andere Männer regiert werden wird, was ja im Geiste der Parität ganz recht und billig ist. Mitriechen, verehrte österreichische Brüder!

Im übrigen nahm man aber hier den Tiszaschen Sieg nicht allzu ernst. Vor allem, weil man schon seit vierzehn Tagen darauf vorbereitet war, daß der Tisza bleibt. Ob es ihm aber bei dieser Gelegenheit gelingt, sich etwas mehr oder weniger Anerkennung herauszupressen, wirkt auf unsere Nerven ganz und gar nicht. Woher man das aber wußte, soll auch kein Geheimnis bleiben. Seit genau fünfzig Jahren ist Oesterreich-Ungarn die Heimstätte der dialektischen Politik. Immer wird in Gegensätzen Politik gemacht, nur daß sich statt einer höheren Einheit immer nur eine höhere Verwirrung daraus ergibt. Solange der Reichsrat unterdrückt war, wurde unser Reichstag verhätschelt; nun der Reichsrat aufleben wird, muß, nach dem Gesetz des Gegensatzes, der Reichstag karnüffelt werden. Aber muß Tisza bleiben?

Dann aber nahm man den Sieg nicht allzu ernst, weil es — für Budapest und Ungarn — gar kein Sieg, sondern eine Niederlage war. Tisza, der aufrechte Mann, ist plötzlich Opportunist geworden. Er, der unbeugsame Gegner der demokratischen Wahlreform, übernimmt es, der Träger jener königlichen Botschaft zu sein, die das demokratische Wahlrecht ankündigt. Er, der ohne Unbeugsamkeit [illegible]

[illegible]

Tiszas Kriegsziel.

Von Josef Tiner-Lenes (Budapest).)

Nun endlich kennen wir das Kriegsziel des Zehn-Zehen-Mannes. Die Aufrechterhaltung der Herrschaft der Intelligenz. So verkündet er es in der Erklärung, mit der er das jüngste königliche Handschreiben begleitete. Was das im Tiszaschen Jargon bedeutet, weiß ja alle Welt. Die Intelligenz, das ist bei ihm die Gentry oder, noch klarer gesprochen, die wenigen führenden Gentry- und Aristokratenfamilien, die Tiszas und Karolyis, Andrassys und Esterhazys, Batthyanys und Zichys, Karolyis und Festetics, Erdödys und Sztárays, Apponyis und Károlyis, Forgách und Pallavicini, Révay und Wenckheim, Keglevich und Pejacsevich, Draskovich und Jankovich, Csáky und Csekonics, Szapáry und Szécsen, Andrássy und Sigray, Pálffy und Nádasdy, Erdödy und Batthyány, Zichy und Esterházy, Károlyi und Tisza, Wenckheim und Festetics, Révay und Keglevich, Pejacsevich und Draskovich, Jankovich und Csáky, Csekonics und Szapáry, Szécsen und Andrássy, Sigray und Pálffy, Nádasd

Neues Pester Journal 165

4/IV. 1917

Telephon: Redaktion 26—09. Administration 26—10, 23—81.

Das Wahlrecht.

Vom Ministerpräsidenten **Grafen Stephan Tißa.**

Das ungarische Abgeordnetenhaus hat in diesem Kriege ein wahrhaft herzerhebendes Beispiel von Einigkeit und Verschmelzen in der Vertheidigung des Vaterlandes geboten, und Alles, was im ersten Jahre des Krieges im ungarischen Abgeordnetenhause geschehen, gereichte dem Namen Ungar zu hoher Ehre, der einen Kampf auf Leben und Tod kämpfenden Nation zum Heile. Leider konnte dieser Zustand nicht bis zum Ende des langen Krieges andauern. Immer mehr traten die Symptome der Intoleranz und Leidenschaftlichkeit der Parteimänner zutage und wenn auch das Abgeordnetenhaus auch große Tage hatte, an denen es sich der Nation würdig erwies, wurden doch auch dieser Tage durch manche, dieser großen Zeit unwürdige Aeußerungen des Parteiinteresses, der Parteileidenschaften immer mehr und mehr getrübt, bis endlich die Parteileidenschaften die Oberhand behielten, so daß seit der Vertagung des Reichstages ein ansehnlicher Theil der ungarischen Presse sich in den Dienst der Parteikämpfe und der Parteiinteressen gestellt hat.

Stillschweigend habe ich diese Gestaltung der Lage geduldet, so lange es irgend möglich war. Ich wollte bis an Aeußerste gehen, um einen Zwist zu vermeiden. Jetzt aber wäre es eine sträfliche Gefährdung der Interessen des Vaterlandes, wollte ich unthätig mitansehen, wie meiner Ueberzeugung nach schädliche und gefährliche Strömungen die öffentliche Stimmung für sich zu gewinnen bestrebt sind. Ich greife daher wieder zur Feder, um mit den Waffen politischer Argumente und der Ueberzeugung an die öffentliche Meinung zu appelliren. Ich will mich nicht mit den in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vor sich gegangenen Szenen und auch nicht mit den an diese sich knüpfenden leidenschaftlichen Aeußerungen beschäftigen. Wenn es nothwendig sein wird, werde ist pflichtgemäß auch das thun. Ich will an dem Glauben festhalten, daß diese Wogen der Parteileidenschaften sich von selbst legen werden, ich will hoffen, daß die ungarische Opposition von ihrem eigenen Patriotismus überzeugt werden wird davon, daß sie auf dem Pfade der Zwietracht und des Hasses ohne Schädigung der heiligsten Interessen des Vaterlandes nicht länger fortschreiten darf. Ich halte meine Gegner für besser, als sie selbst scheinen wollen, und will die Hoffnung nicht aufgeben, daß sie bei Wiederzusammentritt des Reichstages den Faden der ruhigen parlamentarischen Verhandlungen, den Kampf der Argumente wieder aufnehmen werden. Diesem Kampf der Argumente aber werden wir auch schon während des Krieges nicht ausweichen können und auch ich kann mich der Pflicht nicht entziehen, von dieser Arbeit meinen Theil herauszunehmen.

Die Natur der Sache würde es mit sich bringen, daß ich mich in erster Reihe mit den vielen Fragen befassen sollte, welche die vom Kriege geschlagenen Wunden und die hehre Aufgabe der Heilung dieser Wunden betreffen, damit wir die Spuren der Verwüstung wegräumen und das leibliche und geistige Wohl dieses ungarischen Volkes, das so viel gelitten, so viel gekämpft und so unendlich viel geopfert hat, nach Kräften fördern. Wenn ich nun doch die Erörterung dieser Fragen auf später verschiebe und in erster Reihe mich mit der Wahlrechtsfrage befasse, möge man dies dem Umstande zuschreiben, daß ein Theil der Opposition ohne eigentliche Ursache und ohne zwingenden Grund, mit Hintansetzung mancher für das Volk wichtigerer und nützlicherer Fragen seine Kraftanstrengungen zur Verwirklichung des extremsten allgemeinen Wahlrechtes konzentrirt hat.

Ich habe gesagt: ohne Ursache und ohne zwingenden Grund. Sind doch kaum vier Jahre verflossen, seitdem unsere Gesetzgebung sich mit dem Wahlrecht befaßt und getreu den heiligsten Traditionen unserer Vorfahren mit großer Umsicht und liebevoller Erwägung der Interessen des Vaterlandes auf dem Gebiete der Erweiterung dieses Rechtes einen großen Schritt nach vorwärts gethan hat. Die Gesetzgebung hat der großen Masse der geschulten industriellen Facharbeiter das Wahlrecht verliehen, das Wahlrecht auch auf die des Schreibens und Lesens kundigen, in der Landwirthschaft beschäftigten Staatsbürger ausgedehnt und selbst Jenen, die die sechsklassige Elementarschule mit Erfolg absolvirt haben, das Wahlrecht gesichert, wenn sie auch nur den bescheidensten Besitz an Grund und Boden nachweisen oder drei Jahre hindurch im Dienste eines und desselben Landwirthes stehen. Dadurch wurde im ganzen Lande die Zahl der Wähler um mehr als das Anderthalbfache erhöht und damit war die größere Hälfte der über dreißig Jahre alten Bevölkerung in die Reihe der Wähler aufgenommen.

Diejenigen, denen dieser Fortschritt nicht genügt, bemängeln das Gesetz besonders aus zwei Gründen: 1. weil das Gesetz das Wahlrecht nicht Krethi und Plethi verleiht, ohne jede Rücksicht auf Schulbildung, und 2. weil es das Wahlrecht an die Altersgrenze von dreißig Jahren knüpft. Alle Jene, die sich auf den Standpunkt stellen, daß wir nur Denjenigen das Recht einräumen sollen, in der Leitung der Geschicke des Landes ein Wort mitzureden, die wenigstens ein bescheidenes Vermögen ihr eigen nennen oder doch die im Sinne unserer Gesetze obligatorische und unentgeltliche elementare Schulbildung und damit einige Lebenserfahrung erworben und die leichtgläubige Heißblütigkeit der frühen Jugend abgelegt haben, jene Alle werden als Feinde des Fortschrittes der Nation hingestellt. Und das Eigenthümlichste ist, daß diese Anklagen am wüthendsten gerade von Jenen erhoben werden, die noch vor wenigen Jahren selbst im allgemeinen Wahlrecht den Ruin der ungarischen Nation erblickten, die gegen die Verkünder dieser Idee Zeter und Mordio schrien und die Anhänger des allgemeinen Wahlrechtes als Vaterlandsverräther, als im Dienste fremder Interessen stehende vaterlandslose Gesellen stigmatisirten. Damals waren sie mit mir eines Sinnes über die Wahrheit, daß das Wahlrecht die hehrste patriotische Pflicht sei, welche wir nur Denjenigen verleihen dürfen, die genug Einsicht haben, diese Pflicht zum Wohle des Vaterlandes auszuüben und daß bei der Feststellung der Peripherien des Wahlrechtes nicht das Interesse oder der Wunsch Einzelner, sondern einzig und allein das Wohl des Vaterlandes maßgebend sein darf. Es ist dies eine goldene Wahrheit, welche uns der gesunde Verstand und auch die Erfahrung lehren. Ist es doch selbst für die Verwaltung der kleinsten Gemeinde eine Gefahr, wenn in derselben das unerfahrene, unüberlegte, weniger einsichtige Element

Reichspost
5./V. 1917

Dauernde Ziele.

Von **Universitätsprofessor Dr. Robert Sieger** (Graz).

Einleitung und Inhalt der folgenden zeitgemäßen Darlegungen machen eine Begründung, warum wir an dieser Stelle einem erklärten parteipolitischen Gegner das Wort erteilen, überflüssig. In der Tatsache, daß der geschätzte Verfasser, dessen Veröffentlichungen über das österreichische Problem in allen Parteilagern verdiente Beachtung gefunden haben, Wert darauf legt, von der Tribüne der „Reichspost" aus seinen Mahnruf an die Deutschen Oesterreichs zu richten, erblicken wir eine Anerkennung unseres bisherigen positiven Wirkens und zugleich der Stellung, die sich gerade dadurch die „Reichspost" in der deutschen Presse Oesterreichs erworben hat. — D. Red.

Ein Parteiloser, der die Erregungen dieser Tage it der Sorge betrachtet, daß Augenblickslagen und ugenblicksstimmungen auch besonnene Männer zu ebereilungen hinreißen, die dem österreichischen eutschtum Schaden bringen können — nebenbei be- erkt: ein Freisinniger, aber in vielem Konservativer, r die nationalen und die Verfassungsfragen heute r wichtiger hält, als die Gegensätze der allgemeinen eltanschauung oder gar die des Wirtschaftslebens, die preis bieten, der ihren ideologischen Vorstellungen entspricht, gleichviel ob er dauerhaft und vorteilhaft sein kann oder nicht, die sich deshalb im Vorhinein als Friedensstifter beräuchern und damit eine wirksame Wahlparole zu gewinnnen hoffen. Wir müssen es uns gefallen lassen, als Kriegshetzer verschrien zu werden, wenn wir die dauernde Behauptung der Stellung, welche der Monarchie im Südosten gebührt, die Sicherung unserer auswärtigen Kultur- und Wirtschaftsarbeit, die Grundlagen eines dauernden Friedens verlangen. Wir dürfen dem Sirenengesang, mit dem uns gerade diejenigen locken, die immer für die Anschauungen und die Handlungen unserer Feinde Worte der Entschuldigung, ja der Begründung fanden, unsererseits den Hinweis auf die verhängnisvollen politischen und wirtschaftlichen Folgen eines unglücklichen Friedens entgegenhalten. Gerade die Arbeiterschaft würde darunter besonders leiden. Auch ich halte ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie nach dem Kriege in vielem für möglich, wenn sie gleich uns ernsthaft aufräumen will mit den ungesunden wirtschaftlichen Erscheinungen, die der Krieg gezeitigt hat, wenn sie mit uns den Auswüchsen krasser Selbst- und Gewinnsucht zu Leibe rückt, von denen unsere Volkswirtschaft gereinigt werden muß — es ist ja auch ein dauerndes Ziel von höchster Wichtigkeit, für die Sittlichkeit im Wirtschaftsleben mehr Raum zu schaffen. Auch ich freue mich, daß einzelne ihrer Führer auch in nationalen Fragen Verständnis für unsere Anschauungen zeigen. Aber wir müssen klare Grenzlinien ziehen zwischen dem, was uns gemeinsam mit ihnen ist, und was nicht sein kann.

Halten wir unsere dauernden Richtlinien einträchtig fest, so nützen wir dem Staat und dem Volk. Tun es die Abgeordneten und die Parteien besonnen, aber entschieden, so werden auch viele mit ihnen gehen, die vor dem Krieg von dem politischen Leben sich enttäuscht und verbittert abgewandt hatten.

Die Kriegslage und unsere neue Kriegsanleihe.

Der Gouverneur der Postsparkasse über unsere günstigen militärischen und politischen Verhältnisse und Aussichten.

Wien, am 4. Mai.

In einer Ansprache an die bei ihm erschienenen Vertreter der Presse sagte der Gouverneur des Postsparkassenamtes Exz. Dr. Freih. v. Schuster, daß die Aussichten, welche sich für eine neue Kriegsanleihe aus unserer gegenwärtigen äußeren Lage entrollen, durchaus günstig und erfolgversprechend seien. Trotz der Vermehrung unserer Gegner und alle übelwollenden Insinuationen Lügen strafend, halten wir weite Strecken feindlichen Gebietes besetzt, den Feinden ist es nicht gelungen, mühsam errungene Teilvorteile auszunützen, und nach den übermächtigen, an fast allen Grenzen unseres Reiches versuchten Angriffen verbürge die in heldenhafter Abwehr erprobte Kraft unserer Truppen volle Sicherheit auch gegen die äußersten Anstrengungen der Feinde. Daß diese übrigens die Grenze höchster Spannungsfähigkeit bereits überschritten haben, darauf deute offen-

Kulturaustausch.

Von Dr. G. B.

Kriege auf weite Entfernungen haben immer einen regen Kulturaustausch zur Folge gehabt, ja man kann sprechende Beispiele dafür anführen, daß solche Kriege eine ganz eigenartige neue Kultur hervorgerufen haben. Griechenland und Indien sind weit voneinander gelegen; Alexanders Zug hat sie verknüpft. Die Folge war die Gewinnung Vorderasiens und Aegyptens für die griechische Kultur; aus der Vermischung griechischen Wesens mit den einheimischen Elementen entstand die neue sogenannte hellenistische oder alexandrinische Kultur. Ganz ähnlich steht es mit dem Einfluß der Kreuzzüge auf die christlich-germanische Kultur des Mittelalters. Ihren äußeren Ausdruck fand die durch die Kreuzzüge verursachte Neubelebung der Kultur in der mittelhochdeutschen Blütezeit der deutschen Dichtung.

Kann auch der Weltkrieg eine neue Kultur zur Folge haben? Kann auch er einen Austausch ähnlich wie der Alexanderzug und die Kreuzzüge heraufführen? Ja; und zwar zwischen Mitteleuropa und Rußland. Die Bedingungen sind gegeben; denn Völker, die voneinander nichts gewußt, treten hier im Kampfe gegen einander. Es kämpft der Sohn der Tundra mit dem Sohn der Puszta, der Tiroler mit dem Tschungusen, der Bewohner des Kaukasus mit dem Winzer am Rhein. Aber nicht die Kämpfe an sich bilden die Vermittlung des Kulturaustausches, sondern die Gefangenschaft. Es dürfte Alexander kaum mehr Griechen nach Vorderasien geführt haben, als heute Oesterreicher in Rußland gefangen sind oder Asiaten in Mitteleuropa. Die einen wie die andern sind in den verschiedensten Betrieben tätig und lernen so die Lebens- und Arbeitsweise fremder Völker kennen; es muß dem aus dem Innern Rußlands oder gar aus Asien stammenden russischen Gefangenen doch in die Augen fallen, wie viel entwickelter und fortgeschrittener der maschinelle Betrieb in Deutschland ist als in seiner Heimat. Und mancher Oesterreicher, der heut in Sibirien das karge Brot des Gefangenen seufzend verzehrt, wird sich allerlei Gedanken bilden, wenn er Sibiriens ungeheuren Viehreichtum betrachtet oder in den unermeßlichen Waldungen am Ural arbeitet oder auch mit den primitivsten Werkzeugen einen Bauernhof irgendwo in Rußland bestellt. Beide, der Sibirier, der heute in Deutschland oder Oesterreich lebt, wie der deutsche Gefangene, der aus Sibirien seine Klagerufe schickt, müssen sich denken: Müßte doch Sibirien reich werden, wenn einmal Bahnen und landwirtschaftliche Ma-

persönlichen Machtaspirationen hege. Als Politiker halte er aber zunächst die Klärung des wirtschaftlichen, militärischen und des Wahlrechtsprogramms der Regierung für notwendig. Die Hauptbedingung für den Eintritt in das Kabinett sei aber, daß in der Tat ein Zusammenwirken aller Parteien ermöglicht werde. Er trat dann mit mehreren oppositionellen Politikern in Berührung und teilte am 3. Mai abends dem Ministerpräsidenten mit, daß durch das königliche Handschreiben und die daran geknüpfte Regierungserklärung eine politische Situation geschaffen werde, die der sachlichen Vorbedingungen entbehrt, unter denen sein Eintritt in das Kabinett von Erfolg begleitet sein könnte.

Gabriel Ugron beschäftigt sich zunächst mit dem königlichen Handschreiben und der unter Gegenzeichnung des Ministerpräsidenten erschienenen Vertrauenskundgebung. Er wundert sich, daß nicht sämtliche Mitglieder des Kabinetts nach österreichischem Muster diese Vertrauenskundgebung unterfertigt haben, schon mit Rücksicht auf die feste Mehrheit, die ja den Augenblick kaum erwarten kann, mit ihrem Führer in die Opposition zu gehen. Der zweite Teil des königlichen Handschreibens ist würdig der gegenwärtigen Zeit. Er stellt Reformen in Aussicht, die die Regierung bisher stets bekämpft hat. Der Ministerpräsident setzte aber auch nach dem Erscheinen des königlichen Handschreibens das gefährliche Spiel fort, indem er sich beeilte, in einem halbamtlichen Communiqué den Glauben daran zu erschüttern, daß die Wünsche des Königs auch tatsächlich erfüllt werden sollen. Der Ministerpräsident ist besorgt wegen der Zukunft der ungarischen Nation. Er fürchtet sich vor jenen ungarischen organisierten Arbeitern, die zu Hause und an der Front während des ganzen Krieges die größte Disziplin bekundet und ihren bürgerlichen Pflichten mit Anstand entsprochen haben. Ein ebenso leichtfertiges Spiel ist es, wenn der Ministerpräsident erst jetzt, auf Königs Befehl, an die Durchführung von Wohlfahrtseinrichtungen schreiten will, während er bisher die diesbezüglichen Forderungen der Opposition stets verhöhnt hat. Ein ebenso leichtfertiges Spiel ist es, wenn der Ministerpräsident die Konzentration der Kräfte durchführen wollte, indem er mit Umgehung der Parteien, ja mit Umgehung des Führers der Verfassungspartei zwei Mitglieder dieser Partei ohne sachliche Konzessionen zum Eintritt in das Kabinett veranlassen wollte. Diese beiden oppositionellen Abgeordneten im Kabinett hätten als Geisel für alle oppositionellen Parteien dienen sollen. Das Vorgehen des Ministerpräsidenten war nur ein naiver Versuch, um die einheitlichen Reihen der Opposition zu erschüttern. Oder sollte dies ein taktischer Kniff nach unten oder vielleicht eher nach oben gewesen sein? In den gegenwärtigen ernsten Zeiten aber können wir nichts anderes tun, als lächelnd über diese Angelegenheit zur Tagesordnung zu schreiten und die Berichte des Grafen Moritz Esterházy und des Grafen Stefan Bethlen zur Kenntnis zu nehmen.

Graf Julius Andrássy weist darauf hin, daß das königliche Handschreiben nicht eine Handlung des Königs ist, die zum Gegenstand der Kritik nicht gemacht werden könnte. In dem ersten Teil des königlichen Handschreibens kommt das Vertrauen zur Regierung zum Ausdruck. Das bedeutet nicht, daß der König mit seiner Person die Politik dieser Regierung deckt, sie in Schutz nimmt, so daß die Opposition diese Politik nicht mehr angreifen könnte, ohne dadurch zugleich die geheiligte Person des Königs zu verletzen. Eine jede Regierung, die am Ruder ist, kann sich eine solche Vertrauenskundgebung erwirken, so daß dadurch jeder politische Kampf lahmgelegt würde. Diese Kundgebung bedeutet nichts anderes als die Feststellung dessen, daß die verfassungsmäßigen Vorbedingungen für die Tätigkeit der Regierung vorhanden sind. Eine solche Kundgebung bedeutet nicht die Kraft der Regierung, sondern im Gegenteil, sie bedeutet, daß die Regierung schwer krank ist und daß sie einer Injektion bedarf, die die Krankheit nicht beseitigt, sondern nur dem Patienten Zeit gibt, das Leben eine Zeitlang weiter zu fristen. Eine solche Vertrauenskundgebung ist ein Rettungsbrett, das der König der in Ertrinkungsgefahr befindlichen Regierung zuwirft. Wenn eine Regierung einer solchen Kundgebung bedarf, so weiß man, daß sie schwer krank ist. Namentlich, wenn zugleich mit der Vertrauenskundgebung Weisungen an diese Regierung erteilt werden, Weisungen, die aus dem Programm der Opposition genommen sind und die die Regierung bisher in brüsker Weise zurückgewiesen hat. Eine Regierung, die angewiesen wird, gegen ihre bisher wiederholt geäußerte Ueberzeugung Wahlrechtsreformen durchzuführen, kann alles sein, nur nicht lebenskräftig. Es ist klar, daß zwischen den Intentionen des Königs und der im Communiqué der Regierung ausgedrückten Auffassung ein diametraler Gegensatz besteht, ja, die Kundgebung der Regierung ist eine direkte Verhöhnung der Intentionen des Königs. Ein solches Vorgehen der Regierung kann nur Empörung und Erbitterung hervorrufen. Ein direkter Gegensatz besteht aber auch zwischen dem gegenwärtigen Standpunkt und den bisherigen Aeußerungen des Ministerpräsidenten. Graf Tißa hat wiederholt erklärt, das Wahlrecht könne nicht als Belohnung erteilt, die Tapferkeit nicht als Kriterium der Reife für das Wahlrecht angesehen werden. Und jetzt erklärt der Ministerpräsident, daß er das Wahlrecht denjenigen erteilen will, die die Silberne Tapferkeitsmedaille besitzen. Der Ministerpräsident hat uns bis jetzt verhöhnt, wir seien nicht konsequent, indem wir unsere Auffassung in der Frage des Wahlrechts ändern. Jetzt tut er es selbst. Wir begründen unsere Stellungnahme. Wir weisen auf die Lehre des Weltkrieges, auf die Erfahrungen der Weltgeschichte hin. Der Ministerpräsident begründet seine neue Stellungnahme nicht. Die Lösung, die der Ministerpräsident vorschlägt, bildet ein Unglück, denn sie ist nur dazu geeignet, die Frage des Wahlrechts mit neuer Kraft auf die Tagesordnung zu bringen und die öffentliche Meinung zu vergiften. Was der Ministerpräsident bietet, kann unmöglich die Gemüter beruhigen. Ein großer Teil derjenigen, die Auszeichnungen erhalten, sind zumeist Unteroffiziere oder auch sonst Wähler. Nicht diejenigen erhalten das Wahlrecht, die organisiert sind, die das Wahlrecht fordern, sondern diejenigen, die daran gar nicht gedacht haben. Der Kampf um die Volksrechte wird jetzt nur noch schärfer, als es vor dieser Aktion der Regierung der Fall war, geführt werden. Dazu kommt noch die Absurdität, daß fremde, nichtungarische Staatsbürger indirekt auf die Erteilung des Wahlrechtes Einfluß üben, denn die Tapferkeitsmedaillen werden durch die untergeordneten Kommandanten nach verschiedenen Grundsätzen verteilt. Eine solche Gabe bildet eher ein nationales Gravamen, als den Ausdruck des Dankes für die Opferwilligkeit der Nation. Für dieses Vorgehen und für die übrigen bisherigen Handlungen der Regierung kann keine oppositionelle Partei die Verantwortung übernehmen. Das wäre aber geschehen, wenn die beiden Mitglieder dieser Partei das ihnen angebotene Portefeuille übernommen hätten. Die Opposition strebte ein neues System an, sie wollte während des Krieges dem Parteiregime, dem Parteiabsolutismus ein Ende bereiten. Sie wollte auf dem Gebiete des demokratischen Fortschrittes so weit gehen, daß dadurch für die Dauer des Krieges die Klassenkämpfe und der Kampf für die Volksrechte aufhören sollen. Statt dessen will die Regierung das Parteiregime nur kräftigen. Sie hätte uns gnädig gestattet, uns an die feste Mehrheit anzuschließen, ohne daß die Vorbedingungen hiefür geschaffen worden wären. Redner will die Intentionen des Ministerpräsidenten nicht verdächtigen. Würde der Ministerpräsident tatsächlich von der Absicht geleitet, die Harmonie zwischen den Parteien zu verwirklichen, dann hat er sich keineswegs der Mühe unterzogen, die Situation zu erwägen und das beste Mittel dazu zu wählen. Wurde er aber nur von der Absicht geleitet, die Idee der Konzentration der Kräfte abzuschütteln, so ist er sehr geschickt vorgegangen. Er hätte wissen können, daß es sich nicht um die Machtvelleitäten des einen oder des anderen Abgeordneten handelt, sondern darum, sachliche Grundlagen für ein Zusammenwirken zwischen der Mehrheit und der Opposition zu schaffen. Der Ministerpräsident hätte ein Programm geben, nicht aber Portefeuilles anbieten sollen. Durch sein Vorgehen hat er jede weitere Verhandlung unmöglich gemacht. Infolgedessen beantragt Redner, das Vorgehen der Grafen Stefan Bethlen und Moritz Esterházy zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Die Konferenz nimmt die Berichte des Grafen Stefan Bethlen und des Grafen Moritz Esterházy zustimmend zur Kenntnis.

Zum Schluß wurde auf Antrag des Grafen Johann Hadik beschlossen, den Grafen Albert Apponyi aus Anlaß seiner Sophioter Reise und in Anerkennung seiner Verdienste, die er durch seine Vorträge in der bulgarischen Hauptstadt der Nation abermals geleistet hat, auf das herzlichste zu beglückwünschen.

Konferenz der Verfassungspartei.

Die Ablehnung der angebotenen Ministerstellen.

Budapest, 5. Mai.

Die Verfassungspartei hielt heute vormittag 11 Uhr unter dem Vorsitze des Grafen Julius Andrássy eine Konferenz, auf deren Tagesordnung das Angebot des Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tißa an die beiden Mitglieder der Partei Graf Stefan Bethlen und Graf Moritz Esterházy, in das Kabinett einzutreten, stand.

Graf Julius Andrássy ersuchte die beiden Abgeordneten, über diese Angelegenheit zu berichten.

Graf Stefan Bethlen will sich auf die Tatsachen beschränken und sich jeder Impression und Folgerung enthalten. Graf Stefan Tißa ersuchte ihn, ein Portefeuille im Kabinett zu übernehmen, dessen Wirkungskreis erst später im Wege der Gesetzgebung festgestellt werden sollte, oder aber als Minister ohne Portefeuille in das Kabinett einzutreten. Der Ministerpräsident fügte hinzu, daß durch den Eintritt der beiden oppositionellen Politiker in das Kabinett eine Annäherung zwischen der Mehrheit und der Opposition herbeigeführt und dadurch die Arbeitsfähigkeit des Parlaments gesichert werden soll. Graf Stefan Tißa drückte zugleich sein Bedauern aus, Mitgliedern der Unabhängigkeitsparteien ein ähnliches Anerbieten angesichts der weitgehenden Differenzen, die in der Ausgleichsfrage zwischen der Auffassung der Mehrheit und diesen oppositionellen Parteien bestehen, gegenwärtig nicht stellen zu können, doch hoffe er, auch mit der Volkspartei ähnliche Verhandlungen anzuknüpfen. Redner stellt gegenüber der Einstellung einiger Blätter fest, daß davon nicht die Rede war, daß er und Graf Moritz Esterházy aus der Verfassungspartei austreten sollen; denn unter dieser Bedingung hätten er und Graf Esterházy die Verhandlungen nicht fortgesetzt. Er habe dem Ministerpräsidenten erklärt, daß er seit Beginn des Krieges bestrebt war, den Frieden zwischen den Parteien herzustellen, daß er daher jede Initiative der Regierung, die dieses Ziel erreichen will, billigt. Mit Bedauern müsse er aber feststellen, daß diese Aktion der Regierung nicht geeignet ist, das erwünschte Ziel zu erreichen. Zunächst müßten nämlich die sachlichen Hindernisse, die der Annäherung der Parteien im Wege stehen, beseitigt werden. In der Frage des Wahlrechts, der Kriegswirtschaft, des Ausgleichs, der Behandlung des Parlaments gehen die Ansichten der Mehrheit und der Opposition so sehr auseinander, daß eine Annäherung ohne Klarstellung dieser Fragen unmöglich ist. Redner nimmt in der Frage des Wahlrechts einen weniger radikalen Standpunkt ein als seine politischen Freunde, doch weiß er, daß die Opposition an ihrer Forderung festhält, so daß in erster Reihe über diese Frage verhandelt werden müsse. Auch in der Ausgleichsfrage fehlen einstweilen die sachlichen Grundlagen für eine Annäherung. Er halte daher den Schritt des Ministerpräsidenten für vergeblich, doch wolle er vor der endgültigen Antwort seiner Partei hierüber Bericht erstatten. Er wurde in seiner Erwartung nicht getäuscht. Die Partei hat die Ablehnung des Angebots beschlossen. Der Ministerpräsident nahm diesen Entschluß mit Bedauern zur Kenntnis und erklärte, er halte die Türe, die er geöffnet habe, auch weiter offen.

Graf Moritz Esterházy führt aus, er habe dem Ministerpräsidenten erklärt, daß er schon infolge der schweren Verluste, die seine Familie in dem Kriege erlitten hat, keine

Arbeiterzeitung

6.V.1917

172

4. Mai führten einige unserer Seeflugzeuge einen erfolgreichen Angriff auf die Bahnhofanlagen von Pescara, Castellamare und Ortona an der italienischen Ostküste sowie auf die Wasserkraftanlagen des Pescaraflusses bei Piano d'Orte aus. Von beiden Aktionen kehrten unsere Flugzeuge ohne Verluste zurück.

Flottenkommando.

Der deutsche Schlachtbericht.

Berlin, 5. Mai. Das Wolffsche Büro meldet:
Großes Hauptquartier, 5. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Nach dem blutigen Zusammenbruch der englischen Angriffe an der Arrasfront kam es gestern nur bei Bullecourt zu größeren Infanteriekämpfen. Beiderseits des Dorfes angreifende dichte englische Massen wurden verlustreich abgewiesen. Schwächere Vorstöße bei Lens und Fresnoy schlugen fehl. Die Gefangenenzahl erhöhte sich auf 10 Offiziere, 1225 Engländer. Mindestens 35 Maschinengewehre sind erbeutet. An der siegreichen Abwehr des vierten englischen Durchbruchsversuchs haben besonders hervorragenden Anteil Gardetruppen, Bayern, Württemberger, Sachsen und Badener sowie Regimenter der Provinzen Ostpreußen, Posen, Schlesien, Hannover und der Rheinlande. Nördlich von Saint-Quentin hatten Vorfeldkämpfe für uns günstigen Ausgang.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz. An der Aisnefront hält die Artillerieschlacht unter größtem Munitionseinsatz an. Starke feindliche Erkundungsvorstöße wurden an mehreren Stellen abgewiesen. Um den Besitz des Winterberges (westlich von Craonne) haben sich Kämpfe entwickelt, die noch nicht abgeschlossen sind. Zwischen der Aisne und dem Brimont brachen gestern morgen durch tagelanges, ausgiebigstes Artilleriefeuer vorbereitete Angriffe von vier französischen Divisionen zusammen. Wie aus erbeuteten Papieren hervorgeht, lag das Ziel des Angriffs mehrere Kilometer hinter der vorderen Linie. Dank dem zähen Aushalten unserer Truppen ist es dem Feinde aber nur an einer vorspringenden Ecke gelungen, sich im ersten Graben festzusetzen. Oestlich von La Neuville wurden vergehend eingedrungene Franzosen unter Verlust von Gefangenen und mehreren Maschinengewehren zurückgeworfen. Südlich der Aisne in den Abendstunden erneuerte Angriffe konnten an der Niederlage nichts ändern.

Nördlich von Prosnes mißglückten erneute französische Versuche, sich mit mehreren Divisionen in den Besitz unserer dortigen Höhenstellungen zu setzen. Mit schwersten Verlusten erkauften die Franzosen vorübergehend südöstlich von Nauroy geringen Geländegewinn. Gegenangriffe brachten unsere Infanterie wieder in den vollen Besitz ihrer bisherigen Linien. Mehr als 100 Gefangene wurden zurückgeführt.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. Außer beiderseitiger Erkundertätigkeit keine Ereignisse von Bedeutung.

Der Feind verlor gestern sieben Flugzeuge und einen Fesselballon. Durch Fliegerangriff auf Ostende wurde eine größere Anzahl Belgier getötet und verwundet. Militärischer Schaden ist nicht angerichtet.

Oestlicher Kriegsschauplatz. Lebhaftes russisches Feuer zwischen Kowel und Stanislau veranlaßte entsprechendes Vergeltungsschießen.

Mazedonische Front. Im Cernabogen, westlich des Doiransees und in der Strumaniederung lebte die Artillerietätigkeit zu einzelnen Tagesstunden auf.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der Abendbericht.

Berlin, 5. Mai. Das Wolffsche Büro meldet vom Abend: Auf den Höhen nördlich der Aisne ist eine neue Schlacht im Gange.

Heumann und Karl Seitz.

Sie begreifen nichts!

Ein Trümmerfeld hat der dreijährige § 14-Absolutismus zurückgelassen. Die Verwüstungen, die er angerichtet hat, werden mit fortschreitender Zeit erst ganz sichtbar werden. Auf dieser Trümmerstätte, wo alle Zusammenhänge zerrissen sind, ist jetzt die Volksvertretung neu aufzubauen. Was dazu gehört, mag man an der einen jetzt beobachteten Schwierigkeit ermessen, dem Parlament einen tüchtigen und würdigen Vorsitz zu geben. Das ist nur eine Frage und sicherlich nicht die wichtigste; aber an ihr allein kann sich ein Parlament dauerndes Siechtum holen. Nun zeigt sich, daß von den großen Parteien viele durch das lange aufgezwungene Feiern an innerem Zusammenhang, an Fühlung und Haltung eingebüßt haben — wie steht es erst um die tausendfältigen Beziehungen von Partei zu Partei, die sonst in jahrelangem Zusammenarbeiten zu organischen Bindungen verwachsen und in hundert Fragen der täglichen Geschäftsführung rasche Entscheidungen ermöglichen? Alle Parteien sind einander fremd geworden, kein Abkommen besteht zwischen ihnen, zwischen vielen Gruppen ist nicht nur das letzte Einverständnis gelöst, sondern geradezu durch Mißtrauen oder Feindseligkeit ersetzt! Nicht einmal zehn Menschen, die sich im ganzen verstehen, ist geregeltes Zusammenarbeiten ohne Organisation denkbar, selbst der kleinste Verein Gleichstrebender bedarf der Organisation. Hier aber ist eine Organisation zu schaffen, die die Vertreter von acht Nationen, die ein Viertelhundert Parteien und ein halbes Tausend Menschen zum formal einheitlichen Handeln verbindet!

Das erste, was auffällt, ist, daß keine Regierung sichtbar ist, die dieses Organisationswerk einleitet und führt, die daran auch nur mitarbeitet! Wie aber soll sie es später beherrschen, wenn sie es nicht mitschöpft? Wie soll sie es auch nur verstehen, wenn sie sich nicht einmal darum kümmert? Schlimm stünde es um unsere öffentlichen Interessen, wenn sich die Regierung in dieser Schicksalsstunde ausschließlich als Hof- und gar nicht als Parlamentsministerium empfände!

Aber das ist unser nächstes Leid nicht! Das Gehaben der bürgerlichen Parteien verrät schon jetzt allzu deutlich, daß sie ihr altes Kulissentreiben in der alten Weise dort fortsetzen, wo sie es im Frühsommer 1914 abgebrochen haben. Der Vorschlag des Herrn Dr. Gustav Groß zum Präsidenten und noch mehr die Vorgänge, die mit diesem Vorschlag verbunden waren, veranschaulichen das jedermann. Die drei Jahre tiefster Demütigung der Volksvertretung, die drei Jahre falscher Politik mit offenkundigstem Mißerfolg, die zweieinhalb Jahre Krieg, die gewaltigen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und moralischen Erschütterungen der Volksseele, die bitteren Erfahrungen und leidenschaftlichen Erwartungen der Völker — all das ist an den Leuten, die vor geraumer, durch den Krieg weit zurückgerückter Zeit einmal gewählt worden sind, offenbar spurlos vorübergegangen. Auch nicht eine Andeutung ist sichtbar, daß irgend eine Wandlung im Denken, eine Verjüngung oder Erneuerung eingetreten, irgend eine gestaltende Idee, eine neue bestimmende Tatkraft, irgend etwas dazugekommen wäre, woran sich die Erwartung klammern und die Hoffnung aufrichten könnte. Offenbar hat man Dr. Gustav Groß vorgeschlagen, um der Welt jeden Zweifel zu nehmen, daß der alte Jammer fortgesetzt wird.

Anders, das Neue, das nun kommen muß, ist voll Grauen und Abscheu vor dem Gedanken, das alte trostlose Spiel könnte wieder aufgenommen werden. Was da in den Couloirs vorgeht, erweckt die Besorgnis, daß im alten Rahme die alte Misere wieder anhebt, und rechtfertigt die Annahme, daß die Gewählten des Jahres 1911 von dem, was die Volksmassen im dritten Kriegsjahre 1917 bewegt, beinahe unberührt geblieben sind.

Von der Umwertung aller Werte, die sich überall vollzogen hat, tritt die eine in der ganzen Welt besonders hervor: Allenthalben sieht sich das Bürgertum bestimmt, sein Verhältnis zu den arbeitenden Klassen zu revidieren. Die Arbeit selbst hat in der öffentlichen Schätzung unendlich an Gewicht gewonnen und der verbissenste Gegner des Proletariats begreift heute ihren unmittelbaren Wert für das Gemeinleben. Man braucht nicht erst an das naheliegende Beispiel der deutschen Reichsregierung, an Bethmann Hollwegs Reden und an den Hindenburg-Brief zu erinnern,

wie er zweifellos bereits ihre Zukunft vermindert und herabgedrückt hat. Diejenigen, die um belanglosen Landgewinns oder um einiger Entschädigungsmillionen wegen entschlossen sind, den Krieg fortzusetzen, treiben in ihrer Torheit das frevelste Spiel mit dem Glück und der Größe ihres Volkes. Nur noch ein Linderungsmittel gibt es, einen Rettungsweg: den Frieden. Ihn verlangt die Macht und Größe des Vaterlandes nicht minder als das Heil und Glück des Volkes.

K. L.

tung

terreich.

r nachmittags.

Mittagsblatt 8 Heller.

Abonnementsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus: Wöchentlich 70 h, monatl. K 3.—, vierteljähr. K 9.—.
Zum Abholen in den Filialen, in allen Tabak-Trafiken und Verschleißstellen: Monatlich K 3.—.
Provinz und Ungarn: Monatl. K 3.40, viertelj. K 10.20 bei freier Zustellung durch die Post.
Deutschland: Viertelj. K 14.40.
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Viertelj. K 18.—.
Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen: Schulerstraße 13, Telephon 9191
II. Vazmanitengasse 30, Tel. 40223
X. Wielandplatz 5, Telephon 58244
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 83126
XVI. Klausgasse 34, Telephon 34146
XVII. Bacnergasse 22, Telephon 17175
XXI. Angererstraße 14.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind portofrei

XXIX. Jahrgang.

Jede Schuld rächt sich auf Erden. Es soll uns wohl der Anschauungsunterricht nicht erspart werden, welch ein verhängnisvoller Fehler geschah, da man das Parlament aus allen machtvollen Einwirkungen des Krieges, aus seinen großen Pflichten und Opfern, seinen gewaltigen Erhebungen und Sorgen, aus seinen erschütternden, anspornenden, sammelnden, zwingenden Erfahrungen ganz ausschaltete. Nun ist ihm der Krieg mit seinem Ernst und seiner Zucht ganz verloren! Was an der deutschen Nation im Reiche aller Welt wie ein Wunder auffiel, der grandiose Wandel ihrer geistigen Verfassung, ausgedrückt und geformt und verwirklicht durch den Reichstag, durch die auf weltöffentlicher Tribüne vollzogene Erwägung und Entschließung eines reifen Volkes, durch einen psychologischen Prozeß, der sich jedem einzelnen Bürger tief einprägt, verinnerlicht und organisch wird, dieses Wunder ist an uns vorbeigegangen. Geblieben sind uns die alten Couloirs und das alte kleinliche Geschlecht, das sie bevölkert. Man hat gemeint, klug zu handeln, indem man trachtete, der Bürgerschaft des Staates in seiner geschichtlichen Stunde das verantwortungsvolle Bekenntnis zu ersparen und sich offen mit ihrem Staate auseinanderzusetzen! Man hat wahrhaftig das Recht nicht, sich hinterher zu beklagen; man hat es ja so gewollt.

Noch zu der Zeit, wo das zweite Ministerium Koerber ins Amt trat, hätte die rasche Einberufung des Parlaments günstigere Umstände vorgefunden. Man wäre, um im Bilde zu reden, noch zur Nachfeier gekommen; nun ladet man zum Kehraus! Alles, was die bürgerliche Welt dem Kriege Großes und Erhebendes nachsagt, drängt sich um seinen Auftakt, um seine Peripetien, nicht aber um seinen Ausklang. Wenn vom Kriege beinahe nichts mehr zurückbleibt als — die Kriegsgewinner, dann ist die Nachlese trostlos. Diesem Parlament war es nicht wie dem deutschen Reichstag gegönnt, der Held des Krieges zu sein, es bleibt ihm die Rolle eines Nachrichters offen. Darüber ist kein Zweifel, daß die schwere Verschuldung der Regierung des Grafen Stürgkh an dem Staate von jedermann begriffen wird und der Nachwelt unvergessen bleibt.

Trotz aller Verfehlungen der Vergangenheit können Oesterreichs Völker von ihrer Vertretung erwarten, daß diese sich ermannt, das Versäumte nachholt, die neue Gegenwart erkennt und die Zukunft sichert. Wenn die Abwesenheit so vieler Mannschaften Neuwahlen zu dieser Stunde nicht ausschlösse, wären Neuwahlen jetzt am Platze, damit die politisch Toten endlich bestattet, die Parteien im Feuer allgemeiner Wahlen geläutert, mit den durchaus neugearteten Volksstimmungen und Volksinteressen erfüllt werden und die Volksvertretung mit dem Willen und der Kraft zu allseitiger Erneuerung wiederkehre. Leider ist dieser Ausweg zurzeit gleichfalls verrammelt. Dennoch müßte man annehmen, daß die Gewählten nicht so außerhalb der allgemeinen Geistigkeit des Volkes stehen, daß sie von dem Wandel aller Dinge nicht wenigstens das Auffälligste miterlebt und aufgenommen, daß sie nicht fühlten, wie zehn Völker geradezu schreien nach einer völligen Abkehr von den bisherigen Methoden und Zielen der inneren Politik und der parlamentarischen Arbeit. Der Mann in der Werkstatt und im Büro, auf dem Felde und im Comptoir, der Mann auf der Straße, jedermann ist voll der Erwartung auf das Andere, das Neue, das nun kommen muß, ist voll Grauen und Abscheu vor dem Gedanken, das alte trostlose Spiel könnte wieder aufgenommen werden. Was da in den Couloirs vorgeht, erweckt die Besorgnis, daß im alten Raume die alte Misere wieder anhebt, und rechfertigt die Annahme, daß die Gewählten des Jahres 1911 von dem, was die Volksmassen im dritten Kriegsjahre 1917 bewegt, beinahe unberührt geblieben sind.

Von der Umwertung aller Werte, die sich überall vollzogen hat, tritt die eine in der ganzen Welt besonders hervor: Allenthalben sieht sich das Bürgertum bestimmt, sein Verhältnis zu den arbeitenden Klassen zu revidieren. Die Arbeit selbst hat in der öffentlichen Schätzung unendlich an Gewicht gewonnen und der verbissenste Gegner des Proletariats begreift heute ihren unmittelbaren Wert für das Gemeinleben. Man braucht nicht erst an das naheliegende Beispiel der deutschen Reichsregierung, an Bethmann Hollwegs Reden und an den Hindenburg-Brief zu erinnern.

6./V. 1917

Sie begreifen nichts!

Ein Trümmerfeld hat der dreijährige § 14-Absolutismus zurückgelassen. Die Verwüstungen, die er angerichtet hat, werden mit fortschreitender Zeit erst ganz sichtbar werden. Auf dieser Trümmerstätte, wo alle Zusammenhänge zerrissen sind, ist jetzt die Volksvertretung neu aufzubauen. Was dazu gehört, mag man an der einen jetzt beobachteten Schwierigkeit ermessen, dem Parlament einen tüchtigen und würdigen Vorsitz zu geben. Das ist nur eine Frage und sicherlich nicht die wichtigste; aber an ihr allein kann sich ein Parlament dauerndes Siechtum holen. Nun zeigt sich, daß von den großen Parteien viele durch das lange aufgezwungene Feiern an innerem Zusammenhang, an Fühlung und Haltung eingebüßt haben — wie steht es erst um die tausendfältigen Beziehungen von Partei zu Partei, die sonst in jahrelangem Zusammenarbeiten zu organischen Bindungen verwachsen und in hundert Fragen der täglichen Geschäftsführung rasche Entscheidungen ermöglichen? Alle Parteien sind einander fremd geworden, kein Abkommen besteht zwischen ihnen, zwischen vielen Gruppen ist nicht nur das letzte Einverständnis gelöst, sondern geradezu durch Mißtrauen oder Feindseligkeit ersetzt! Nicht einmal zehn Menschen, die sich im ganzen verstehen, ist geregeltes Zusammenarbeiten o h n e O r g a n i s a t i o n denkbar, selbst der kleinste Verein G l e i c h s t r e b e n d e r bedarf der Organisation. Hier aber ist eine Organisation zu schaffen, die die Vertreter von acht Nationen, die ein Viertelhundert Parteien und ein halbes Tausend Menschen zum formal einheitlichen Handeln verbindet!

Das erste, was auffällt, ist, daß keine Regierung sichtbar ist, die dieses Organisationswerk einleitet und führt, die daran auch nur mitarbeitet! Wie aber soll sie es später beherrschen, wenn sie es nicht mitschöpft? Wie soll sie es auch nur verstehen, wenn sie sich nicht einmal darum kümmert? Schlimm stünde es um unsere öffentlichen Interessen, wenn sich die Regierung in dieser Schicksalsstunde ausschließlich als H o f - und gar nicht als P a r l a m e n t s m i n i s t e r i u m empfände!

Aber das ist unser nächstes Leid nicht! Das Gehaben der bürgerlichen Parteien verrät schon jetzt allzu deutlich, daß sie ihr altes Kulissentreiben in der alten Weise dort fortsetzen, wo sie es im Frühsommer 1914 abgebrochen haben. Der Vorschlag des Herrn Dr. Gustav Groß zum Präsidenten und noch mehr die Vorgänge, die mit diesem Vorschlag verbunden waren, veranschaulichen das jedermann. Die drei Jahre tiefster Demütigung der Volksvertretung, die drei Jahre falscher Politik mit offenkundigstem Mißerfolg, die zweieinhalb Jahre Krieg, die gewaltigen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und moralischen Erschütterungen der Volksseele, die bitteren Erfahrungen und leidenschaftlichen Erwartungen der Völker — all das ist an den Leuten, die vor geraumer, durch den Krieg weit zurückgerückter Zeit einmal gewählt worden sind, offenbar spurlos vorübergegangen. Auch nicht eine Andeutung ist sichtbar, daß irgend eine Wandlung im Denken, eine Verjüngung oder Erneuerung eingetreten, irgend eine gestaltende Idee, eine neue bestimmende Tatkraft, irgend etwas dazugekommen wäre, woran sich die Erwartung klammern und die Hoffnung aufrichten könnte. Offenbar hat man Dr. Gustav Groß vorgeschlagen, um der Welt jeden Zweifel zu nehmen, daß der alte Jammer fortgesetzt wird.

Neues Pester Journal 176

8./V. 1917

ournal.

Erscheint (mit Ausnahme des Montags) täglich.
Redaktion und Administration:
Vilmos császár-út (Kaiser Wilhelmstraße) Nr. 34.
Telephon: Redaktion 26—09. Administration 26—10, 28—31.

Die Wahlrechtsreform.

Von **Bartholomäus v. Lánhi,**
Wirklicher Geheimer Rath, Justizminister a. D.

Die Wahlrechtsreform hat sich bei uns zur hohen Bedeutung der schwierigsten politischen Probleme emporgeschwungen. Nicht nur darum, weil an und für sich die Feststellung eines den sozialen und wirthschaftlichen, sowie den staatlichen und nationalen Interessen entsprechenden Wahlsystems die größte Umsicht, die Würdigung der Traditionen der Vergangenheit und der Aspirationen der Zukunft, das Durchfühlen der die Volksseele bewegenden Bewußtseinsmotive und Kräfte erheischt: sondern besonders darum, weil diese Frage mit den ephemeren Fragen der Tagespolitik verwoben ist, in den Kreis des parteipolitischen Machtringens hineingezerrt und als ein parteipolitisches Kampfmittel dazu benützt wird, um den Besitz der Macht zu behaupten oder in den Besitz der Macht zu gelangen. Und eben die Verquickung der Wahlrechtsreform mit den politischen Parteiränken hat es verursacht, daß den Rücksichten, welche das Meritum der Sache betreffen, keine genügende Beachtung gezollt, der Gesammtstoff keiner beruhigenden kooperativen Bearbeitung theilhaftig gemacht und die Reformbewegung mit dem Wahlrechtsgesetz vom Jahre 1913 nicht zum Stillstand gebracht werden konnte. Hiezu gesellten sich noch die Erfahrungen und die Lehren des Krieges, so daß es nunmehr allgemein gefühlt wird, daß neuere gesetzliche Verfügungen nothwendig sind, um die Wahlrechtsnormirung mit den Anforderungen der politischen, sozialen und wirthschaftlichen Entwicklung in Einklang zu bringen.

Bisher wurde diesem Ansinnen der Einwand gegenübergestellt, daß im Jahre 1913 auf dem Gebiete der Erweiterung der Wahlberechtigung bereits ein bedeutender Schritt gethan wurde und daß man, insolange die Wirkungen dieses Gesetzes nicht erprobt sein werden, weitere Neuerungen nicht unternehmen könne und unternehmen dürfe; mittlerweile ist jedoch in dieser Auffassung einige Aenderung eingetreten. Das jüngst erlassene königliche Handschreiben deutet als eine der nächsten Aufgaben eine solche Ausdehnung des Wahlrechtes an, die unter Rücksichtnahme auf die Existenzinteressen des ungarischen Staates den gegenwärtigen großen Zeiten und den vom Volke gebrachten Opfern entspricht. Einer halbamtlichen Mittheilung nach wird die Regierung die diesbezüglichen Vorlagen bereits in der kürzesten Zeit in der Form einer Ergänzung des Gesetzes vom Jahre 1913 unterbreiten. Es wurden zwar nur in zwei Punkten konkrete Ergänzungsverfügungen angekündigt, nämlich hinsichtlich der Besitzer von Tapferkeitsmedaillen und hinsichtlich der Besitzer eines Areals von acht Katastraljochen, hiebei wurde aber im Allgemeinen bemerkt, daß sich die Regierung vor der Erwägung sonstiger Theilfragen nicht verschließt, deren richtige Lösung die wahlrechtsausdehnenden Bestimmungen des Wahlgesetzes zweckentsprechend zu ergänzen vermag, ohne die Grundlage des Gesetzes zu schädigen und die politische Führerrolle der ungarischen Intelligenz zu gefährden. Es ist daher zu hoffen, daß es mit den zwei angekündigten Punkten nicht abgethan, sondern möglich sein wird, die Frage in einer minder schroffen Weise zu erörtern und einer beruhigenden Lösung zuzuführen.

Westungarischer Grenzbote 178

8.V. 1917

Wiener Brief.

—, 6. Mai 1917.

Wien hat wieder einmal sein Ereignis gehabt, nen großen Prozeß. Aber diesmal ging es nicht gen Bankdirektoren und Kriegswucherer, was on beinahe ein und dasselbe ist, es ging gegen en Theaterdirektor. Und auch sonst fehlt es ht an Sensationen aller Art in diesem vielver- ungenen Millionenkörper einer großen Stadt. d die Politik spielt darin natürlich die erste lle. Daß die Deutschen beruhigt wurden, habe schon berichtet, jetzt werden es auch die Polen. r dazu war eine Reise beider Majestäten und Ministerpräsidenten durch Galizien nötig und stens wird wohl eine solche durch Böhmen fol- Der junge Monarch greift selber ein und er t überall den besten Eindruck, es kann ihm es glücken in diesen Flittermonaten seiner schaft. Daß sie gut angewendet werden, ersieht man aus hundertfältigen Maßnahmen und Entschlüssen, es ist eine frische Beweglichkeit in diesen Staat gekommen, die man lange vermißte.

Eine der Sensationen war auch das völlige Ausbleiben der reichsdeutschen Blätter. Seit einer Woche hat man hier keine „Tägliche Rundschau", keine „Deutsche Tageszeitung", „Kreuzzeitung", keine „Post" und alle ähnlichen Blätter gesehen, die entweder der mächtigen konservativen Partei oder den deutschen Nationalparteien gehören. Nur gewisse große Judenblätter, wie das „Berliner Tageblatt", die „Vossische Zeitung" und die Frankfurter Hebräerin ließ man zuletzt durch, die anderen sind auch heute noch nicht gekommen. Und man führt dies auf das naive Mißverständnis einer Postverordnung durch die deutschen Postbeamten zurück. Aber das ist offiziöser Humbug. Die reichsdeutschen Blätter blieben von dem Tage an aus, an dem unser gemeinsamer Minister des Auswärtigen die sozialistisch-jüdische Losung zu der seinen machte: Frieden ohne Annexion! Man wollte uns das Echo dieser diplomatischen Extratour Czernins unterschlagen, das im Deutschen Reich zu erwarten war. Die sonst übliche Form der Inszenierung solcher Schritte unterblieb vollständig, man sammelte keine belobenden Stimmen von auswärts, keine Stimmungsbilder über den „Eindruck" ministerieller Weisheit. Die Mache wurde nur sichtbar in einer Basler Zeitungsstimme über die österreichisch-ungarische Politik, die dem Ereignis vorherging. Daß diese Stimme ihren Sitz im Wiener Auswärtigen Amt hatte, das roch man sogleich, denn ein allzu obskures Schweizer Blatt wurde da benützt und offiziös zitiert wie ein Quell der Offenbarung. Es war für alle Eingeweihten eine heitere Stunde, das zu lesen. Wie zu den Zeiten des seligen Metternich wird noch heute regiert in Wien. Inzwischen hat der Graf Czernin einen höchsten Orden erhalten für seine Tat, aber was man im Deutschen Reich über ihn denkt, wissen wir noch immer nicht. Oder ja, wir wissen es! Auf Umwegen wird uns angedeutet (der Weg geht diesmal von Wien über den Pester Lloyd), daß Czernin eigentlich das zum Ausdruck gebracht habe, was Bethmann Hollweg gern zum Ausdruck bringen würde, wenn er sich traute. Der Graf Czernin ließ sich als Patrouille vorausenden, er sollte den Weg frei machen für den deutschen Reichskanzler, damit dieser nächstens etwas Aehnliches sagen könne — unter Berufung auf Oesterreich-Ungarn. Die Annexionisten,

11/IV. 1917

191

Die Reform der Geschäftsordnung.

Ein Entwurf als Vorschlag.

Im nachfolgenden unterbreiten wir der Oeffentlichkeit, insbesondere aber den Abgeordneten, einen Entwurf zur Reform der Geschäftsordnung. Es ist ein absolut unverbindlicher Vorschlag, das Werk sozusagen eines Privaten, der die sozialdemokratischen Abgeordneten natürlich nicht bindet und nicht verpflichtet — was wohl beachtet werden möge. Er rechtfertigt sich einfach durch den redlichen Eifer, dem Abgeordnetenhause dienen zu wollen und ihm von gleichsam unbeteiligter Seite zu helfen, die so dringende wie bestrittene Sache sachgemäß zur Lösung zu bringen. Er hat vielleicht den Vorteil, ein fertiges Elaborat zu sein, wirklich die ganze Geschäftsordnung erwogen und geprüft zu haben. Die in Klammern gesetzten Bemerkungen sind zwar nur kurz und beiläufig, aber dennoch als Begründung erschöpfend. Indem wir das Interesse der Oeffentlichkeit für diese eigentlich innerparlamentarische Frage so ausführlich in Anspruch nehmen, leitet uns der Gedanke, daß in der richtigen Lösung der Geschäftsordnungsfrage, von der die Gesundung des Abgeordnetenhauses so wesentlich abhängt, auch ein Stück der demokratischen Entwicklung beschlossen ist, an der wir alle beteiligt sind und wobei daher jedermann mitzuarbeiten verpflichtet scheint. F. A.

* * *

Entwurf der Abänderungen der Geschäftsordnung.

§ 3.

Der zweite Absatz hat zu lauten:

Zu diesem Behufe teilt sich das Haus durch das Los in neun Abteilungen. Jede Abteilung wählt einen Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und zwei Schriftführer. (Die unterstrichenen Worte, die eine Lücke ausfüllen, sind neu.)

§ 12.

Der erste Absatz hat zu lauten:

Urlaub für acht Tage erteilt der Präsident, für längere Zeit das Haus ohne Debatte. (Die unterstrichenen Worte sind neu.)

§ 16.

Im dritten Absatz sind die Worte „und können ohne Vorberatung nicht abgelehnt werden" zu streichen. (Die Streichung ist notwendig, um zwecklose Vorberatungen beseitigen zu können.)

§ 18.

Als letzter Absatz ist anzufügen: „Als Antragsteller ist allein der in der Reihenfolge als erster Unterfertigte anzusehen."

§ 22

hat zu lauten: „Zur Vorberatung der Verhandlungsgegenstände werden Ausschüsse gewählt. Das Haus bestimmt von Fall zu Fall die Anzahl der Mitglieder." (Die zwecklose Wahl „durch die Abteilungen" wird beseitigt.)

§ 23

ist zu streichen. (Regelt die zwecklose Wahl von Ausschüssen „durch die Abteilungen".)

§ 24

ist zu streichen. (Bestimmt, was nun im § 22 bestimmt, daß das Haus die Anzahl der Mitglieder des Ausschusses festsetzt.)

§ 32.

Jeder Ausschuß ist beschlußfähig, wenn mehr als ein Drittel der Mitglieder anwesend sind.

Für jeden Abgeordneten gilt als Redezeit eine halbe Stunde. Doch kann beschlossen werden, entweder für eine ganze Verhandlung, also über den Verhandlungsgegenstand in Gänze, oder über bestimmte Teile desselben die Redezeit zu verlängern oder zu verkürzen. (Ist neu.)

Jeder Beschluß wird mit absoluter Stimmenmehrheit der anwesenden Ausschußmitglieder gefaßt.

Der Vorsitzende hat sein Stimmrecht nur bei Gleichheit der Stimmen auszuüben.

Der Ausschuß kann, insolange der Bericht an das Haus nicht erstattet ist, seine Beschlüsse jederzeit modifizieren, jedoch darf die Stimmenzahl, mit welcher ein Beschluß geändert werden soll, niemals geringer sein, als jene war, mit welcher der abzuändernde Beschluß gefaßt war.

Sobald der Bericht an das Haus erstattet ist, kann eine Zurücknahme desselben nur mit Zustimmung des Hauses erfolgen.

Der Ausschuß wählt einen Berichterstatter, der in seinem Bericht ausschließlich den Gang der Verhandlung und der Beschlußfassung im Ausschuß zusammenfaßt und die gestellten Anträge und die gefaßten Beschlüsse wiedergibt. Er hat in der Verhandlung im Hause diese Beschlüsse zu vertreten. (Eine schärfere Umschreibung der Aufgabe des Berichterstatters.)

Wenn eine Minderheit des Ausschusses von wenigstens drei Mitgliedern einen vom Beschluß des Ausschusses abweichenden Antrag an das Haus bringen will, so ist sie berechtigt, dem Hause einen Minderheitsantrag zu unterbreiten und einen Minderheitsberichterstatter zu bestellen. (Die bisherige Fassung spricht unrichtigerweise von einem „abgeforderten Gutachten".)

Der Minderheitsbericht muß dem Präsidenten rechtzeitig übergeben werden, so daß derselbe gleichzeitig mit dem Hauptbericht des Ausschusses in Druck gelegt werden kann.

Der Minderheitsbericht ist von dem gewählten Berichterstatter der Minorität zu unterzeichnen.

§ 34.

Im ersten Absatz sind die Worte: „Den Fall des § 42 ausgenommen," zu streichen. (Der § 42: Dringlichkeitsanträge, wird gestrichen.)

Als zweiter Absatz ist anzufügen: „Anträge von Mitgliedern oder von Ausschüssen, die keine Gesetzentwürfe enthalten, werden nur einmal gelesen." (Diese sehr nötige Unterscheidung zwischen Anträgen und Gesetzentwürfen fehlte bisher.)

§ 35.

Erste Lesung.

Die erste Lesung eines Gesetzentwurfes hat sich auf die Besprechung der allgemeinen Grundsätze des Entwurfes zu beschränken.

Ist der beantragte Gesetzentwurf ein selbständiger Antrag eines Abgeordneten, erhält der Antragsteller das Wort zur Begründung.

Das Haus kann beschließen, die zweite Lesung sogleich im Hause vorzunehmen oder den Entwurf an einen Ausschuß zu weisen. Sollte darüber kein Antrag gestellt werden, schlägt der Präsident dem Hause vor, wie vorzugehen sei und an welchen Ausschuß der Entwurf gegebenenfalls zu weisen wäre. (Diese neue Fassung ergibt sich aus den vorangehenden Aenderungen.)

Die letzten zwei Absätze sind zu streichen. (Sie betreffen den „Fall", daß das Haus die Zuweisung an einen Ausschuß nicht beschließt; aber dann ist die Sache ja ohnedies zu Ende.)

§ 37.

Ist die zweite Lesung des Gesetzes auf der Tagesordnung, so wird die Beratung im Hause, und zwar vorerst die allgemeine Debatte (Generaldebatte), von dem Berichterstatter des Ausschusses eröffnet. Minderheitsberichterstatter gelangen bei den Paragraphen, zu denen sie Abänderungen beantragen, zum Worte. (Die unterstrichenen Worte, die eine Lücke ausfüllen, sind neu.)

Der zweite Absatz ist zu streichen. („Regelt" die Verlesung der Berichte, welche doch allimmer sinnlos wäre.)

Die übrigen Absätze unverändert.

§ 38.

Der Generaldebatte folgt unmittelbar die Spezialdebatte, das ist die Beratung und Abstimmung über die einzelnen Teile des Gesetzes.

Der Präsident bestimmt, welche Teile des Gesetzes bei der Spezialdebatte für sich oder vereint zur Beratung und Beschlußfassung kommen sollen. Hiebei hat er den Grundsatz zu beobachten, daß die Vereinigung von Teilen nur in einer die Uebersichtlichkeit der Beratung fördernden Weise zu erfolgen habe. Wird dagegen eine Einwendung erhoben, so entscheidet das Haus ohne Debatte. (Gesperrte Worte sind neu.)

Die übrigen Absätze unverändert.

§ 40.

Der erste Absatz hat zu lauten:

Nachdem das Gesetz in zweiter Lesung in den einzelnen Teilen beschlossen ist, folgt die dritte Lesung, das ist die Abstimmung im ganzen. Sie kann, wenn es dreißig Abgeordnete verlangen, erst erfolgen, nachdem sie auf die Tagesordnung gesetzt ist. Sie ist in der Regel auf die Tagesordnung der darauffolgenden Sitzung zu setzen. (Bisher mußte die dritte Lesung eigens auf die Tagesordnung gesetzt werden.)

§ 41

ist zu streichen. (Enthält die Regelung der Anträge auf Beschlüsse, die nun im § 35 erfolgt.)

§ 42

ist zu streichen. (Dringlichkeitsanträge.)

§ 43

ist zu streichen. (Zwecklose Regelung der „Anträge" auf Niedersetzung von Ausschüssen.)

§ 44

hat zu lauten:

Anträge, welche sich bloß auf die formelle Geschäftsbehandlung beziehen, brauchen nicht schriftlich überreicht zu werden; sie bedürfen keiner Unterstützung. Sie können vom Präsidenten auch ohne Debatte sogleich zur Abstimmung gebracht werden. Das Wort zu ihnen oder zur Geschäftsordnung erteilt der Präsident nach seinem Ermessen; er kann auch für jeden Redner die Redezeit mit fünf Minuten bestimmen. (Eine Regelung, die dem ständigen Zank um die „Begründung" von Anträgen auf formelle Geschäftsbehandlung ein Ende macht.)

§ 45

ist zu streichen. (Beseitigung der sinnlos gewordenen Bestimmung, daß eine abgelehnte Vorlage „in der laufenden Jahressession" nicht mehr erscheinen darf.)

§ 46.

Im zweiten Absatz ist der letzte Satz: „Endlich wird das Verzeichnis der bis zum Tage vor der Sitzung eingelangten Petitionen mit Angabe ihres wesentlichen Inhalts mitgeteilt," zu streichen. (Ganz wertlos geworden.)

Der dritte Absatz hat zu lauten: Dem Präsidenten steht es frei, derlei Mitteilungen auch am Schluß der Sitzung zu machen. (Hier ist die Begrenzung auf „wichtige oder dringende Fälle" gestrichen.)

§ 47.

Der letzte Absatz: „Im Verlauf der Sitzung ist der Präsident nur dann verpflichtet, die Beschlußfähigkeit des Hauses zu konstatieren, wenn dies von einem Mitglied des Hauses ausdrücklich gefordert wird," ist zu streichen. (War eine ganz zwecklose Behelligung.)

§ 50.

Der dritte Absatz: „Sollte der Präsident die geforderte Berichtigung verweigern, so steht es dem dieselbe fordernden Mitglied frei, in der nächsten Sitzung den Antrag auf Berichtigung zu stellen," ist zu streichen.

Der vierte Absatz: „In diesem Falle ist die beanstandete Stelle des Protokolls sowie die beantragte Aenderung zur Verlesung zu bringen und wird hierüber vom Hause Beschluß gefaßt," ist zu streichen.

Der siebente Absatz: „Das Haus kann außerdem die Erwähnung bestimmter Vorkommnisse beschließen," ist zu streichen.

(Dies alles ist angesichts der Unerheblichkeit des sogenannten amtlichen Protokolls zwecklos geworden.)

§ 51.

Der erste Absatz hat zu lauten:

Ueber die Sitzungen werden stenographische Berichte in deutscher Sprache durch das hiezu bestellte stenographische Büro verfaßt und durch den Druck veröffentlicht. (Ratifiziert den bisherigen Brauch des Hauses.)

§ 52

hat zu lauten:

Redeordnung und Redezeit.

Wer über einen auf der Tagesordnung stehenden Gegenstand sprechen will, kann dies am Tage der Beratung auch

für Wien.
Mittagsblatt 8 Heller.
Abonnementsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus:
Wöchentlich 70 h,
monatl. K 3.—, vierteljähr. K 9.—.
Zum Abholen in den Filialen, in allen Tabak-Trafiken und Verschleißstellen:
Monatlich K 3.—.
Provinz und Ungarn:
Monatl. K 3.40, viertelj. K 10.20
bei freier Zustellung durch die Post.
Deutschland: Viertelj. K 14.40.
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Viertelj. K 18.—.
Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen:
Schulerstraße 13, Telephon 9191
I. Bognanitengasse 30, Tel. 40228
X. Wielandplatz 5, Telephon 58244
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 83128
XVI. Klausgasse 34, Telephon 34143
XVII. Lacknergasse 22, Telephon 17175
XXI. Angererstraße 14.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind portofrei

tung

erreich.

nachmittags.

XXIX. Jahrgang.

Dauerverordnungen.

Ein staatsrechtliches Unikum.

Unter den kaiserlichen Verordnungen, die seit Kriegsausbruch erlassen worden sind — wie viele hundert mögen es wohl sein? —, beanspruchen zwei eine besondere Betrachtung: sie sind nämlich sozusagen von Raum und Zeit unabhängig geworden und wirken, über diese hinweg, weiter und weiter. Der § 14 faßt den Fall ins Auge, daß sich, während der Reichsrat nicht versammelt ist, die dringende Notwendigkeit solcher Anordnungen herausstellt, zu denen verfassungsmäßig die Zustimmung des Reichsrates notwendig ist; der § 14 erfüllt die dringende Notwendigkeit, leistet die nötige Anordnung und damit ist der „Fall" zu Ende. Bei diesen zwei Verordnungen ist es anders; sie bezwecken nicht, eine von einer dringenden Notwendigkeit diktierte Anordnung zuwege zu bringen, sondern sie bieten eine allgemeine Ermächtigung: aus welcher allgemeinen Ermächtigung immer neue Anordnungen hervorgehen können, die immerzu neue Verordnungen hecken, welche, mit anderen Worten, ein § 14 neben und über dem § 14 ist. Das Ergebnis dieses staatsrechtlichen Unikums ist folgendes: Während der § 14 nur angewendet werden kann, wenn der Reichsrat nicht versammelt ist, böte jene allgemeine Ermächtigung die volle Möglichkeit, auf Grund des § 14 zu verordnen, auch wenn der Reichsrat versammelt ist — wobei es natürlich ganz unerheblich ist, daß die Verordnungen dann nicht auf Grund des § 14, sondern auf Grund einer Verordnung auf Grund des § 14 erfolgen. Die Sache ist wichtig, um beachtet zu werden, und so grotesk, daß sie selbst die interessieren kann, die Verfassungsfragen ansonsten als ihres Interesses unwürdig erachten.

Die eine dieser Dauerverordnungen — verfassungsmäßige „Dauerware" — ist die kaiserliche Verordnung vom 4. August 1914 „betreffend die Vornahme von Kreditoperationen zur Bestreitung der Auslagen für außerordentliche militärische Vorkehrungen aus Anlaß der kriegerischen Verwicklungen"; ihr Inhalt ist dieser: „Meine Regierung wird ermächtigt, die Geldmittel, welche zur Bestreitung der Auslagen für außerordentliche militärische Vorkehrungen aus Anlaß der kriegerischen Verwicklungen erforderlich sind, ohne dauernde Belastung des Staatsschatzes durch Kreditoperationen zu beschaffen." So lange diese § 14-Verordnung Gesetzeskraft hat — und diese hat sie so lange, als sie nicht aufgehoben wird, welche Aufhebung nur erfolgen kann, indem eine § 14-Verordnung sie vollzieht oder wenn ein ausdrücklicher Beschluß eines der beiden Häuser die Genehmigung versagt —, so lange währt die Ermächtigung, so lange hat also die Regierung das Recht, Geldmittel durch Kreditoperationen zu beschaffen. Da nun die Auslagen „aus Anlaß der kriegerischen Verwicklungen" noch nach Jahren und Jahrzehnten zu bestreiten sein werden und da in die „Geldmittel", die zur „Bestreitung der Auslagen für außerordentliche militärische Vorkehrungen" notwendig sind, wohl durch ein Jahrzehnt alle Anleihen einbezogen werden können, so bedeutet die Ermächtigung, daß die Regierung der Zustimmung des Reichsrates zu Anleihen für etliche Jahre gänzlich entbunden ist, daß sie dauernd Anleihen machen kann, ohne dabei auf die Zustimmung des Reichsrates angewiesen zu sein. Und indem diese § 14-Verordnung der Regierung eine allgemeine, zeitlich und sachlich unbegrenzte Ermächtigung gibt, macht sie es ihr möglich, auf Grund des § 14 vorzugehen, auch wenn der Reichsrat versammelt ist. Der Unterschied zwischen kaiserlichen Verordnungen, die der § 14 im Sinne hat, welche nämlich eine bestimmte Anordnung bezwecken, und dieser Verordnung, die eine allgemeine Ermächtigung gibt, die also sozusagen der § 14 in zweiter Potenz ist, wird durch folgendes besser verdeutlicht werden: Nehmen wir an, es wäre mit dem § 14 die Bewilligung einer Kriegsanleihe in bestimmter Höhe geschehen; also wie in Deutschland fünf, zehn oder zwölf Milliarden. Dann wäre die § 14-Verordnung mit der Anleihe konsumiert, und für jede neue Anleihe wäre eine § 14-Verordnung nötig gewesen. In dem Augenblick, da der Reichsrat versammelt ist, wäre aber jede § 14-Verordnung unmöglich geworden. Die allgemeine Ermächtigung wirkt, als Folge ihres dauernden Charakters, über den Reichsrat hinweg; die Verordnung hat Gesetzeskraft, und mit ihr ausgestattet, erscheint die Regierung, soweit es sich um die Zustimmung des Reichsrates zu Anlehen handelt, vom Reichsrat unabhängig. Das wird man wohl ein Unikum nennen können!

Die zweite Dauerverordnung ist die kaiserliche Verordnung vom 10. Oktober 1914, „mit welcher die Regierung ermächtigt wird, aus Anlaß der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse die notwendigen Verfügungen auf wirtschaftlichem Gebiet zu treffen"; ihr Wortlaut ist dieser: „Die Regierung wird ermächtigt, durch Verordnung die notwendigen Verfügungen zur Förderung des wirtschaftlichen Lebens, insbesondere der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und Gewerbes, ferner zur Approvisionierung der Bevölkerung zu treffen." Diese § 14-Verordnung ist die Grundlage der gesamten Verwaltungstätigkeit während des Krieges geworden: von ihr stammen alle die zahllosen Verordnungen ab, mit denen wir im Kriege beglückt oder heimgesucht worden sind. Es werden ihrer viele hundert gewesen sein, denn dieser § 14 vermehrt sich eben ins vierte Glied: auf Grund der § 14-Verordnung verordnen zuerst die Minister (und, ihnen gleichgestellt, das Amt für Volksernährung), auf Grund der Verordnung des Ministers verfügt die Landesbehörde, auf Grund der Verordnung der Landesbehörde die Bezirkshauptmannschaft, auf Grund der Verordnung der Bezirkshauptmannschaft die Gemeinde: und alles, dieses schier unübersehbare Geflecht von Verordnungen, die vom Gesamtministerium zu den Fachministern, von dem Fachminister zu den Statthaltern, vom Statthalter zu den Bezirkshauptmannschaften, von dem Bezirkshauptmann zu den Gemeinden gehen, alles das beruht auf dem § 14, auf jener kaiserlichen Verordnung vom 10. Oktober 1914. Diese § 14-Verordnung behält natürlich, wie schon oben dargelegt wird, ihre Gesetzeskraft so lange, als sie nicht aufgehoben ist. Das heißt, auf Grund ihrer können weiter Anordnungen erlassen werden, zu denen verfassungsmäßig die Zustimmung des Reichsrates erforderlich ist, auch wenn der Reichsrat versammelt ist; sie ist der § 14, der sich auch neben dem Reichsrat behauptet. Und da in die „notwendigen Verfügungen zur Förderung des wirtschaftlichen Lebens, insbesondere der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und Gewerbes" so ziemlich alles hineingezwängt werden kann, was auf materiellem Gebiet überhaupt zu verfügen ist, so bedeutet der Fortbestand dieser § 14-Verordnung, daß die Regierung auf Grund des § 14 — daß es nur mittelbar, nicht unmittelbar geschieht, ist nebensächlich — auch weiterhin alles „anordnen" kann, was nur durch ein Gesetz angeordnet werden kann, obwohl der Reichsrat bereits versammelt ist. Der § 14 dauert weiter und die Anwesenheit des Reichsrates bannt ihn nicht!

Wie soll sich nun der Reichsrat zu dieser Sachlage, die so ziemlich sein ganzes Gesetzgebungsrecht in Frage stellt, verhalten? Nehmen wir an, die Sachlage würde dem Abgeordnetenhause bewußt werden und es wollte es für die Zukunft hindern, daß ohne seine Zustimmung Anleihen aufgenommen oder Gesetze „zur Förderung des wirtschaftlichen Lebens" (worunter man bis zu den Handelsverträgen und zum Zolltarif wohl alles verstehen kann) erlassen werden. Was soll es tun? Der Rat scheint einfach: es fasse einen Beschluß, der der § 14-Verordnung die Genehmigung versagt, und die Gesetzeskraft der Verordnung erlischt. Aber ginge das so einfach? Angenommen, daß die Aufhebung einer § 14-Verordnung nicht rückwirkt, sie demnach nur die fernere Gesetzkraft aufhebt, nicht vom Ursprung an sie auslöscht, so scheint es doch gerade keine einfache Sache, einer § 14-Verordnung die Genehmigung zu versagen, auf die sich sechs Kriegsanleihen aufbauen. Diese Anleihen bleiben, und auf was sollen sie sich stützen, wenn ihnen ihr Rechtsgrund, nämlich die § 14-Verordnung, gleichsam unter den Füßen weggezogen wird? Noch spießiger erscheint die Sachlage bei der „wirtschaftlichen" Verordnung, die, wenn sie einfach aufgehoben würde, das ganze Verordnen und Verwalten in den Ernährungsfragen unmöglich machen würde. Gründet sich doch beispielsweise die ganze Verordnungsgewalt des Amtes für Volksernährung

Die Reform der Geschäftsordnung des Reichsrates.

Der offizielle Entwurf.

Nach der letzten Konferenz der Parteiführer beim Präsidenten Dr. Sylvester wurde bekanntlich ein aus neun Mitgliedern bestehendes Komitee eingesetzt, das die Vorberatungen über die Reform der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses pflegen sollte. Als Grundlage für die Beratungen dienten die in früheren Sessionen gestellten Reformanträge sowie je ein Entwurf der Minister Dr. Baernreither und Freiherr v. Handel. Wir haben kürzlich einige Bestimmungen aus diesen Entwürfen mitgeteilt und sind heute in der Lage, aus den offiziellen Gesetzesvorschlägen weitere Abänderungsanträge zu publizieren, die von wesentlicher Bedeutung erscheinen. Die Abänderungen betreffen sowohl das Gesetz über die Geschäftsordnung als auch die autonome Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses. Aus der Reihe dieser Abänderungen seien im folgenden die wichtigsten hervorgehoben.

Anfragen und Interpellationen.

Anfragen, die ein Mitglied des Abgeordnetenhauses an einen Minister richten will, sind dem Präsidenten schriftlich, im Herrenhause mit wenigstens 10 und im Abgeordnetenhause mit wenigstens 30 eigenhändig beigesetzten Unterschriften versehen, zu übergeben und werden sofort dem Gefragten mitgeteilt. Sie werden im Wortlaut in Druck gelegt und an die Mitglieder des Hauses verteilt. Die Verlesung einer Anfrage findet nur auf Anordnung des Präsidenten statt. Der Gefragte kann mündlich oder schriftlich Antwort geben oder die Beantwortung mit Angabe der Gründe ablehnen. Schriftlich erteilte Antworten oder Ablehnungen der Beantwortungen werden ohne Verlesung in Druck gelegt und an die Mitglieder des Hauses verteilt. Bittschriften und andre Eingaben sind nur dann anzunehmen, wenn sie von einem Mitgliede des Hauses überreicht werden. Sie werden weder verlesen noch in Druck gelegt. Diese Schriftstücke genießen nicht die Immunität.

Befristete Regierungsvorlagen.

Sehr bedeutsame Abänderungsanträge beinhalten jene Abschnitte der Geschäftsordnung, die die Behandlung gewisser Regierungsvorlagen betreffen. Handels- und Staatsverträge, Regierungsvorlagen über gemeinsame Angelegenheiten, über das Budget, über die Finanzangelegenheiten, über das Rekrutenkontingent werden einer ersten Lesung nur dann unterzogen, wenn es vom Hause auf Vorschlag des Präsidenten beschlossen wird. Der Beschluß wird ohne Debatte gefaßt. Wird die Vornahme der ersten Lesung beschlossen, so bestimmt das Haus, wie viele Stunden für die erste Lesung zu verwenden sind. Sodann wird die Vorlage dem Ausschusse zugewiesen, welchem eine nicht erstreckbare Frist für die Berichterstattung gestellt wird. Nach Ablauf dieser Frist tritt das Haus in die zweite Lesung ein, auch dann, wenn ein Ausschußbericht nicht erstattet ist. Der Präsident hat am Beginn der ersten oder der zweiten Lesung sowie der Ausschußobmann im Ausschusse einen Vorschlag darüber zu erstatten, welche Redezeit kein Redner überschreiten darf. Auf die zweite Lesung folgt dann unmittelbar die dritte Lesung. Für die Beratung des Budgets gelten gleichfalls eigene Bestimmungen.

Die Geschäftssprache des Reichsrates.

Die Geschäftssprache des Reichsrates ist die deutsche. Die beiden Häuser verkehren miteinander und mit der Regierung in deutscher Sprache. Die Mitglieder des Reichsrates können die Angelobung in jeder in Oesterreich gesetzlich anerkannten Sprache leisten. Sie können ihre Reden in den Sitzungen des Hauses nicht bloß in deutscher Sprache, sondern auch in einer in Oesterreich gesetzlich anerkannten Landessprache halten. Der Vorsitzende hat ihnen jedoch, wenn sie eine ihm nicht verständliche Sprache gebrauchen, das Wort zu entziehen, sobald er begründeten Anlaß zu der Annahme hat, daß sie von der Sache abschweifen oder Anstand und Sitte verletzen oder strafwürdige Aeußerungen vorbringen. Nichtdeutsche Reden werden in die stenographischen Protokolle nicht aufgenommen.

Schaffung einer Parlamentsgarde.

Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Reichsrate und zur Vollstreckung der Anordnungen des Präsidenten eines jeden Hauses wird eine Parlamentsgarde aufgestellt.

Die Parlamentsgarde ist ein militärisch organisierter Körper, welcher bezüglich der militärischen, ökonomischen und administrativen Angelegenheiten, dann der Kontrolle des Dienstes seinen militärischen Vorgesetzten, in letzter Linie dem Minister für Landesverteidigung, hinsichtlich des ihm obliegenden Dienstes aber dem Präsidenten der beiden Häuser des Reichsrates untersteht. Erforderlichenfalls ist hierüber das Einvernehmen zwischen den Präsidenten zu pflegen. Die näheren Vorschriften über die Organisation, das Dienstreglement und die Gebühren der Parlamentsgarde werden durch die beteiligten Minister erlassen.

Die Diäten der Abgeordneten.

Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses erhalten eine Entschädigung von 800 K. monatlich. Außerdem erhalten jene Mitglieder des Abgeordnetenhauses, die ihren ständigen Wohnsitz nicht in Wien haben, ein Wohnungsgeld von 600 K. vierteljährlich. Der Präsident des Abgeordnetenhauses bezieht für die Dauer seiner Amtsführung außer der Entschädigung und dem Wohnungsgeld 1000 K. monatlich, jeder Vizepräsident 500 K. monatlich.

Redezeit.

Nach dem Geschäftsordnungsentwurf für das Abgeordnetenhaus kann auf Vorschlag des Obmannes eines Ausschusses für jeden Redner eine Redezeit festgesetzt werden, die nicht überschritten werden darf.

Sitzungen des Hauses.

Der Präsident eröffnet die Sitzung zur anberaumten Stunde ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden. Sodann macht er aus dem Einlauf die ihm notwendig erscheinenden Mitteilungen. Diese Mitteilungen können auch im Laufe oder am Schlusse der Sitzung vorgebracht werden. Regierungsvorlagen müssen den Vorrang vor andern Verhandlungsgegenständen haben.

Eine tatsächliche Berichtigung darf die Dauer von fünf Minuten nicht überschreiten, ebenso eine Erwiderung auf eine tatsächliche Berichtigung. Die Berichterstatter der Ausschüsse und die übrigen Redner aus dem Hause sprechen von Rednerbühnen aus.

Ordnungsbestimmungen.

Nach dem dritten Rufe „Zur Sache" kann der Präsident dem Redner das Wort entziehen. Der Ruf „Zur Ordnung" kann vom Präsidenten auch ausgesprochen werden, wenn eine außerhalb des Hauses stehende Persönlichkeit beleidigt wird. Ein Mitglied des Abgeordnetenhauses, sei es in der Sitzung des Hauses, eines Ausschusses, sei es sonst in den Räumen des Hauses, das sich einer groben Ruhe- oder Ordnungsstörung schuldig gemacht, kann vom Präsidenten sogleich auf 24 Stunden aus dem Hause und dessen Räumen ausgeschlossen werden. Ist die Störung in der Sitzung eines Ausschusses geschehen, so hat der Vorsitzende des Ausschusses unverzüglich die Anzeige an den Präsidenten zu erstatten. Der Präsident bringt eine von ihm verfügte Ausschließung mit kurzer Angabe des Tatbestandes dem Hause einfach zur Kenntnis. Der Präsident kann auch die Angelegenheit dem Ordnungsausschusse vorlegen. Dieser besteht aus 12 Mitgliedern und 12 Ersatzmännern, die am Beginn jeder Session aus der Mitte des Hauses gewählt werden. Den Vorsitz führt das an Lebensjahren älteste anwesende Mitglied. Zu seiner Vertretung im Ordnungsausschusse bestellt der Präsident, falls er nicht selbst erscheinen will, einen Abgeordneten als Ordnungsanwalt. Der Ausschuß kann den beschuldigten Abgeordneten hören, der allein oder mit einem dem Hause angehörenden Rechtsbeistande erscheinen oder sich durch einen andern Abgeordneten vertreten lassen kann. Der Ausschuß stellt womöglich binnen 48 Stunden den Tatbestand fest, nimmt die Erklärungen der Parteien entgegen und fällt nach einer in Abwesenheit der Parteien durchgeführten Beratung das Erkenntnis, das dem Präsidenten in schriftlicher Ausfertigung übermittelt wird. Der Antrag auf Ausschließung muß spätestens in der zweitnächsten Sitzung des Hauses gestellt werden, worauf das Haus sogleich ohne Debatte und ohne Abänderungsanträge mit einfacher Mehrheit entscheidet. Ein vom Präsidenten oder vom Hause ausgeschlossenes Mitglied bezieht für die Dauer der Ausschließung nicht die Abgeordnetenentschädigung. Durch eine Vertagung des Reichsrates oder den Schluß der Session erlischt die Wirksamkeit der Ausschließung.

Sollte ein Mitglied des Abgeordnetenhauses jemand, der zur Teilnahme an den Verhandlungen nicht berechtigt ist, im Hause oder in einem Ausschuß mündlich oder schriftlich gröblich beleidigen, so steht dem Beleidigten das Recht zu, beim Präsidenten schriftlich Beschwerde zu führen. Die Beschwerde muß binnen vier Wochen, nachdem jene Aeußerung gefallen oder das Schriftstück eingebracht worden ist, an den Präsidenten gelangt sein. Der Präsident weist die Beschwerde dem Ordnungsausschuß zur Vorberatung zu, der den Beschwerdeführer und den Beleidiger hören kann. Der Ordnungsausschuß kann beschließen, daß eine Beschwerde beiseite gelegt werde oder daß das Haus über den Beleidiger die Rüge ausspreche. In letzterem Fall kann der Ordnungsausschuß außerdem beantragen, daß dem Beleidiger für eine bestimmte Zeit bis zu vierzehn Tagen die Entschädigung entzogen oder daß der Beleidiger für eine bestimmte Zeit bis zu acht Tagen mit Entziehung dieser Entschädigung aus dem Hause ausgeschlossen werde. Der Antrag des Ordnungsausschusses wird ohne Abänderung angenommen oder abgelehnt.

Kommt ein ausgeschlossenes Mitglied des Abgeordnetenhauses der dreimaligen vom Präsidenten unter ausdrücklichem Hinweis auf die Rechtsfolgen einer Weigerung ergangenen Aufforderung, das Haus zu verlassen, nicht nach, so verliert das Mitglied das Reichsratsmandat. Der Mandatsverlust wird vom Präsidenten ausgesprochen.

Die Zeit
13./V. 1917

Falsche Methode.

Die Frühsommermonate, in denen die Vorräte zur Neige gehen und aus den Speichern die letzten Reserven geholt werden, sind in jedem Kriegsjahr die schwerste Zeit für die Bevölkerung. Und das verschlechtert sich von einem Jahr zum andern, weil bei den gegebenen kriegswirtschaftlichen Verhältnissen der Bodenertrag in allen kriegführenden Ländern naturgemäß zurückgeht. Zu solchen Zeiten der Knappheit und Sorge hat jedermann das Bedürfnis, genaue Rechnung und Uebersicht zu erhalten. Wer flott leben kann, ist kein ängstlicher Rechner; wer sich's aber täglich abknappen muß, möchte gern auch täglich Bilanz machen. Leider wird diesem Rechenbedürfnis der österreichischen Oeffentlichkeit keinerlei Befriedigung gewährt, denn die wichtigsten Tatsachen und Ziffern unseres Ernährungswesens bilden ein sorgsam gehütetes Amtsgeheimnis. Wir stehen mit dieser Art, die Angelegenheiten der Volksernährung zu behandeln, in der Welt ziemlich allein da. In dem verbündeten Deutschen Reich wird das einschlägige statistische Material in wissenschaftlichen und parlamentarischen Erörterungen mit größter Offenheit behandelt. Es gibt dort kein Detail der Ernährungsfragen, das nicht zu öffentlicher Diskussion stünde. Der deutsche Reichstag führt eben jetzt wieder eine Ernährungsdebatte, die von Herrn v. Batocki mit einer Rede voll aufrichtiger Bekenntnisse eröffnet wurde. Der Chef des deutschen Ernährungsamtes macht gar kein Hehl daraus, daß in seinem Verwaltungsressort beträchtliche Fehler begangen wurden, Rechenfehler sowohl wie Organisationsfehler. Man hat Grund, anzunehmen, daß derlei auch in Oesterreich vorgekommen sein mag — aber hat man je ein offenes Wort darüber gehört? Wir haben freilich kein Parlament, es fehlt uns bis auf weiteres die freie Tribüne zu solchen Auseinandersetzungen. Aber wir haben doch einen Ernährungsrat, der diesen Mangel wenigstens auf seinem eigenen Gebiet ersetzen könnte. Liest man aber die offiziellen Berichte, die über die Verhandlungen des Ernährungsrates ausgegeben werden, was findet man da? Dürftige Inhaltsangaben der gestellten Anträge, Abstimmungsresultate; aber nichts von Debatten, nichts sachlich Aufklärendes, keine Kritik, keine Diskussion. Der Oeffentlichkeit gegenüber ist der Ernährungsrat ebenso bureaukratisch abgeschlossen wie das ganze Verwaltungsressort, dessen lebendige Verbindung mit der Oeffentlichkeit darzustellen, sein angeblicher Beruf ist.

Diese österreichische Methode, das Ernährungswesen als Amtsgeheimnis zu behandeln, das Publikum nicht zur Mitarbeit zuzulassen und Verordnungen auf Verordnungen zu häufen, ohne die Bevölkerung mit deren tatsächlichen Voraussetzungen vertraut zu machen, ist schwer verständlich. Was soll damit erreicht werden? Will man das Ausland nicht zum Mitwisser unserer Ernährungsheimlichkeiten haben? In einer Zeit, wo in allen Staatskanzleien die Handels-, Verkehrs- und Ernährungsverhältnisse der Gegner aufs sorgfältigste kontrolliert und studiert werden, wo die Minister in öffentlichen Parlamentsreden sich gegenseitig den Stand der Lebensmittelvorräte nachrechnen, ist doch jedes Versteckenspielen völlig nutzlos. Aus den Verordnungen selbst, aus den Bevölkerungs-, Nationierungs- und Preisziffern kann man sich im Ausland — wohin die Macht unserer Zensur nicht reicht — die genauesten Rechnungen zusammenstellen. Man ist dort über unsere Verhältnisse besser unterrichtet, als es unsere eigene Bevölkerung ist. Diese, gerade diese von solcher Kenntnis auszuschließen, schadet niemandem als uns selbst. Eine Geheimtuerei, die die wichtigsten Tatsachen und Ziffern verschweigt oder allenfalls nur zögernd mit halben oder Viertelwahrheiten herausrückt, beraubt sich der kräftigsten Stütze in schwerer Zeit: der zweckbewußten, verständigen, freiwilligen Mitarbeit des Publikums. Der Bureaukratie kann nicht alles Gute einfallen; aber sie läßt die Möglichkeit nicht zu, daß anderen etwas Besseres einfalle. Ein Vertrauensverhältnis kann immer nur auf Gegenseitigkeit beruhen. Eine Regierung, die wünscht, daß man ihr vertraue, muß auch die Bevölkerung ins Vertrauen ziehen. Tut sie das nicht, isoliert sie sich, was Wunder dann, daß dieses Beispiel Nachahmung findet, daß jeder einzelne sich isoliert, jeder auf eigene Faust Wirtschafts- und Ernährungspolitik treibt, daß statt des Gemeingeistes, der an das Ganze denkt, der selbstsüchtige Hamstergeist dominiert? Will man darin Wandel schaffen, so muß man unser Ernährungswesen in helles Licht und auf breite, volkstümliche Grundlage stellen.

Neues Pester Journal
13./IV. 1917

199

Journal.

Erscheint (mit Ausnahme des Montags) täglich.
Redaktion und Administration:
Ullmos császár-út (Kaiser Wilhelmstraße) Nr. 64.
Telephon: Redaktion 26—09. Administration 26—10, 23—31.

Politische Annäherungssymptome.

Von **Bartholomäus v. Lányi.**
Wirklicher Geheimer Rath, Justizminister a. D.

Der Zeitungsartikel, welchen der Ministerpräsident Graf Tißa vor Kurzem veröffentlicht und in welchem er seinen Standpunkt betreffend das Stimmrecht der Gewerbearbeiterklasse klargelegt hat, hat in den weiten Kreisen des öffentlichen Lebens ein lebhaftes Interesse hervorgerufen. An und für sich der Umstand ist schon einer besonderen Beachtung werth, daß sich der Ministerpräsident veranlaßt fühlte, seine Ansichten in die Form einer publizistischen Mittheilung zu kleiden und auf diese Art dem großen Publikum zugänglich zu machen. Was aber den Inhalt anbelangt, so findet man darin in mehrfacher Beziehung neuere Beweise dafür, daß den Ministerpräsidenten in seinem konsequent reservirten Verhalten gegenüber der radikalen Wahlrechtsreform keineswegt einseitige partei- oder klassenherrschaftliche Rücksichten leiten, sondern daß seine Bedenken der lauteren Quelle der patriotischen Ueberzeugung entströmen, laut welcher er in dem plötzlichen Uebergang in ein Neues und Unbekanntes eine imminente Gefahr für die leitende Rolle der Intelligenz und in Folge dessen für die staatliche und nationale Einheit Ungarns erblickt. Zugleich bieten die diesmaligen Erörterungen des Ministerpräsidenten auch Anhaltspunkte zu der Annahme, daß in dem Maße, in welchem er die sachlichen Grundlagen der staats- und nationsgefährdenden Momente zu schwinden oder sich zu verringern sieht, keinen Anstand nehmen wird, auf dem Pfade der liberalen Ausdehnung des Stimmrechtes fortzuschreiten.

Wir fühlen uns ganz und gar nicht berufen, die Intentionen des Ministerpräsidenten zu interpretiren; die Erfahrung jedoch, die wir aus der

Für Dein Beamtenkopf noch nicht aufgegangen!

Landes erschüttern, in der neueren Zeit wesentlich vermindert. In den schweren Tagen der Vaterlandsvertheidigung haben sowohl die Sozialisten wie auch die Nationalitäten in den Reihen der übrigen Landesbevölkerung unverkennbare Beweise des Heldenmuthes, der Opferwilligkeit und somit der staatsbürgerlichen Zusammengehörigkeit geliefert. Sie sind daher dort, wo es sich um die Betheiligung an den Staatsbürgerrechten, speziell an dem Stimmrechte handelt, im großen Durchschnitt einer angemessenen Beachtung werth.

Und so glauben wir uns der Hoffnung hingeben zu können, daß wir in der Wahlrechtsfrage binnen Kurzem in ein Stadium treten werden, wo das durch feste Ueberzeugung und Energie getragene profunde Wissen, gepaart mit einer schmiegsamen Behandlungsmethode, den wahren Sinn und die freimüthige Tendenz der bereits getroffenen und noch zu gewärtigenden Verfügungen — unter Mitwirkung eines zielbewußten Gesinnungsgenossenkreises, nicht nur auf streng argumentirende, sondern auch schwungvoll anregende Weise — dem Volksbewußtsein näher bringen könnte und auf diese Art im Stande wäre, die Sturmwellen der Tagespolitik zu glätten und die nach universaler Selbstbehauptung begründetermaßen strebenden Elemente zu beruhigen.

Frankfurter Zeitung
15. IV. 1917

Reichstagswahlrecht und Wahlkreiseinteilung.

Die Warnungen vor übertriebener Nachgiebigkeit, die die Konservativen unter mehr oder minder deutlicher Bekundung ihres Mißtrauens und unter gänzlicher Mißachtung des in der Osterbotschaft angekündigten Ausbaus des innerpolitischen Lebens an die Regierung richten, nehmen sich angesichts der Zurückhaltung in die Beschlüsse des Verfassungsausschusses und gegenüber der großen Mehrheit, mit der diese Beschlüsse gefaßt worden sind, wie reiner Hohn aus. Die vor der Vertagung der Ausschußberatungen von Ministerialdirektor Lewald abgegebene Erklärung läßt erkennen, daß die Regierung ihre Entschließungen nicht so bald fassen wird. Richtet sie ihre Stellungnahme aber nach den konservativen Wünschen ein, so kann man umgekehrt mit viel mehr Recht von einer übertriebenen Nachgiebigkeit nach dieser Seite, von einer Rücksichtnahme auf eine ganz kleine Minderheit sprechen, hinter der ein noch kleinerer Volksteil steht, als ihrer Vertretung im Reichstag entspricht. Denn die Konservativen haben von einer Wahlkreiseinteilung, die die geringbevölkerten Landesteile vor den dichtbevölkerten Bezirken außerordentlich bevorzugt, den Hauptvorteil, weil sie ihre Hauptstärke in den vom Großgrundbesitz beherrschten Gebieten haben. Das ist auch der eigentliche Grund, warum sie einer ausgleichenden Aenderung der Wahlkreiseinteilung ebensosehr widerstreben wie einer Wahlreform in Preußen; denn der bisherigen Wahlkreiseinteilung verdanken sie im Reich wie in Preußen den größten Teil ihrer „sicheren" Sitze.

Eine solche Neueinteilung der Wahlkreise aber gehört zu den unabweisbaren Notwendigkeiten, weil ohne sie die Gleichheit des Reichstagswahlrechts doch nur eine scheinbare ist; denn bei der großen Verschiedenheit der Wählerzahl in den Wahlkreisen ist der Wert der Wählerstimmen ein außerordentlich verschiedener je nach den Wahlkreisen, in denen die Stimmen abgegeben werden; er ist um so höher, je weniger Wahlberechtigte auf einen Abgeordneten entfallen, und sinkt in dem Maße wie diese Wählerziffer steigt. Wenn trotzdem der Verfassungsausschuß nicht sogleich dazu übergegangen ist, sogleich eine allgemeine Neuregelung der Wahlkreiseinteilung zu fordern, so ist das gewiß eine weitgehende Zurückstellung berechtigter Wünsche, die sich nur durch das Verlangen rechtfertigt, möglichst bald wenigstens eine Abstellung der allerdringendsten Mißstände zu erreichen. Darum beschränkt sich der Beschluß des Ausschusses auf die Forderung, daß bis zu einer allgemeinen Neuregelung für Wahlkreise mit besonders starkem Bevölkerungszuwachs die Mandate unter Einführung der Verhältniswahl vermehrt werden sollen. Es soll also zunächst eine Teilung der Riesenwahlkreise und dementsprechend eine Vermehrung der Mandate vorgenommen werden, um so wenigstens nicht den Zustand fortbestehen zu lassen, daß 100 000 und mehr Wahlberechtigte nur durch einen Abgeordneten vertreten werden.

Wenn diese Forderung erfüllt wird — und der Regierungsvertreter hat wenigstens in diesem Punkte ein baldiges Entgegenkommen in Aussicht gestellt, das schon bestimmter hätte lauten dürfen — dann werden einige Milderungen erreicht werden, und es wird zugleich Gelegenheit zur weiteren Erprobung der Verhältniswahl gegeben. Aber die grundsätzliche allgemeine Forderung bleibt deshalb unvermindert bestehen, die Forderung nach einer allgemeinen Neueinteilung der Wahlkreise entsprechend den Veränderungen in der Bevölkerungsverteilung seit der noch jetzt in Kraft bestehenden Regelung vor fast 50 Jahren. Diese Forderung ist weder umstürzend noch neu, sie verlangt lediglich die Erfüllung dessen, was schon damals für die kommenden Bevölkerungsvermehrungen vorgesehen war. Für die Wahlkreiseinteilung ist jetzt noch maßgebend die Volkszählung vom 3. Dezember 1864, nach der ein Abgeordneter auf 100 000 Einwohner kam. Während ursprünglich auf dieser Grundlage sich eine ziemlich gleichmäßige Verteilung ergab, haben die Verhältnisse sich seitdem vollständig verschoben. Nicht nur hat sich durch die Bevölkerungszunahme die Volksziffer im Vergleich zur Abgeordnetenzahl gewaltig gesteigert, so daß nach der letzten Volkszählung im Reichsdurchschnitt 163 541 auf einen Abgeordneten entfielen, sondern weit größer sind die zwischen den Wahlkreisen eingetretenen Verschiedenheiten, sodaß aus der früheren Gleichheit die größte Ungleichheit geworden ist. Wir haben Wahlkreise, die fast das Neunfache des Reichsdurchschnitts an Einwohnerzahl erreichen, und andere, deren Einwohnerzahl noch nicht ein Drittel dieses Durchschnitts beträgt. In einer ganzen Anzahl von Wahlkreisen beträgt heute die Zahl der Wahlberechtigten mehr, als ursprünglich der Durchschnitt der Einwohnerzahl sein sollte. So hatten bei der letzten Reichstagswahl folgende 12 Wahlkreise mehr als 100 000 Einwohner:

	Wahlberechtigte	Einwohnerzahl
Teltow-Beeskow-Charlottenburg	338 798	1 315 601
Berlin VI	219 782	865 637
Hamburg III	182 193	723 392
Bochum-Gelsenkirchen	162 995	764 774
Niederbarnim	152 415	591 016
Leipzig-Land	134 754	571 511
Berlin IV	133 822	517 914
München II	128 912	553 802
Duisburg-Mülheim (Ruhr)	126 929	615 730
Dortmund	125 551	568 055
Essen	124 551	556 577
Düsseldorf	106 984	443 791

Ihnen stehen andere Wahlkreise mit nur Bruchteilen dieser Ziffern gegenüber. Sehen wir vom kleinsten, Schaumburg-Lippe, ab, weil es sich hier um ein vollständiges Bundesgebiet handelt — seine 10 707 Wahlberechtigte haben das 31fache Wahlrecht der Wähler im größten Wahlkreise —, so sind über 20 andere Wahlkreise vorhanden, deren Wählerzahl noch nicht den zwanzigsten Teil des größten Wahlkreises ausmacht, und dessen Wähler demgemäß das 20—26fache Wahlrecht haben. Im ganzen wird die auf einen Wahlkreis entfallende durchschnittliche Wählerzahl von 36 377 von 110 Wahlkreisen überschritten, während sie in 287 Wahlkreisen nicht erreicht wird. Das bedeutet, daß durch den jetzigen Zustand ein Drittel der Wahlkreise stark bevorzugt, die anderen zwei Drittel entsprechend benachteiligt werden. Unter diesen bevorzugten Wahlkreisen mit geringerer Wählerzahl stehen die ostelbischen Großgrundbezirke in Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen und Schlesien an der Spitze. Wie sich das Mißverhältnis von einer Wahl zur andern gesteigert hat, zeigt schon allein die Tatsache, daß noch bei der vorletzten Reichstagswahl der Unterschied zwischen dem größten und kleinsten Wahlkreis 21:1 betrug, der seitdem auf 31:1 angewachsen ist. In einem Bericht, den Rechtsrat Dr. Merkt (München) dem deutschen Städtetage von 1911 erstattet hat, wurde eine Zusammenstellung gegeben, aus der hervorging, daß diese Veränderungen in der Bevölkerungsverteilung, die sich vornehmlich durch die außerordentliche Zunahme der städtischen und industriellen Bevölkerung erklären, im Ganzen — von einzelnen Ausnahmen abgesehen — zu einer starken Stimmrechtssteigerung in den ländlichen gegenüber den städtischen Wahlkreisen — wir haben 153 städtische gegenüber 244 überwiegend ländlichen Wahlkreisen — geführt haben. 51 großstädtische Wahlkreise, die ein Viertel der Einwohnerschaft des Reichs umfassen, müßten nach dem Reichsdurchschnitt 97 Abgeordnete, also fast das Doppelte ihrer jetzigen Vertretung entsenden.

Diese Beispiele mögen genügen. Sie beweisen unwiderleglich, daß die jetzige Wahlkreiseinteilung von Wahl zu Wahl mehr wie ein Pluralwahlrecht gewirkt hat. Eine Teilung der ganz großen Wahlkreise mit entsprechender Mandatsvermehrung wird zwar zunächst die allerschlimmsten Ungleichheiten mildern, darf aber doch nur als eine vorläufige Maßnahme gelten, die die allgemeine Neueinteilung der Wahlkreise weder ersetzen kann, noch sie weniger dringlich macht. Schon das geltende Wahlgesetz hat eine solche neue Abgrenzung der Wahlkreise entsprechend der steigenden Bevölkerungszahl bestimmt. Das damals angekündigte Gesetz harrt nach fast einem halben Jahrhundert noch immer der Einbringung.